

Einladung

Gremium: Rat - öffentlich
Sitzungstermin: Dienstag, 22.07.2014, 17:00 Uhr
Ort, Raum: Genossenschaftsakademie Weser-Ems, Oldenburger Straße 118,
26180 Rastede

Rastede, den 10.07.2014

1. An die Mitglieder des Rates der Gemeinde Rastede

Hiermit lade ich Sie zu einer Sitzung mit öffentlichen Tagesordnungspunkten ein.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- | | | |
|--------------|--|--|
| TOP 1 | Eröffnung der Sitzung | |
| TOP 2 | Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung | |
| TOP 3 | Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 20.05.2014 | |
| TOP 4 | Einwohnerfragestunde | |
| TOP 5 | Berufung beratender Mitglieder in den Kinder-, Jugend- und Sozialausschuss | |
| | Vorlage: 2014/111 | Berichterstatter: Bürgermeister von Essen |
| TOP 6 | Verteilung der Ausschussvorsitze | |
| | Vorlage: 2014/116 | Berichterstatter: Bürgermeister von Essen |
| TOP 7 | Abwasserbeseitigungssatzung | |
| | Vorlage: 2014/092 | Berichterstatter: Herr Röben |
| TOP 8 | Satzung zur Übertragung der Abwasserbeseitigungspflicht bei Kleinkläranlagen | |
| | Vorlage: 2014/093 | Berichterstatter: Herr Röben |
| TOP 9 | 60. Änderung des Flächennutzungsplans - Wohngebiet Am Stratjebusch | |
| | Vorlage: 2014/083 | Berichterstatter: Herr Röben |

- Mit freundlichen Grüßen**
gez. von Essen
Bürgermeister

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2014/111

freigegeben am **23.06.2014**

GB 2

Sachbearbeiter/in: Herr Fritz Sundermann

Datum: 16.06.2014

Berufung beratender Mitglieder in den Kinder-, Jugend- und Sozialausschuss

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	22.07.2014	Rat

Beschlussvorschlag:

Frau Monika Schütte-Tamminga wird für den Bereich öffentliche Jugendhilfe als beratendes Mitglied in den Kinder-, Jugend- und Sozialausschuss berufen.

Frau Anke Lippert wird für den Bereich öffentliche Jugendhilfe als stellvertretendes beratendes Mitglied in den Kinder-, Jugend- und Sozialausschuss berufen.

Sach- und Rechtslage:

Die Gemeinde Rastede hat, wie auch die anderen kreisangehörigen Gemeinden und die Stadt Westerstede, durch Vereinbarung mit dem Landkreis Ammerland entsprechend den Regelungen des § 69 Sozialgesetzbuch – Achtes Buch – Kinder- und Jugendhilfe (SGB VIII) in Verbindung mit § 13 des Gesetzes zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (AG KJHG) freiwillig örtliche Aufgaben der Jugendhilfe übernommen. Es handelt sich hierbei um Aufgaben auf den Gebieten der Jugendarbeit (Jugendpflege) einschließlich der Förderung der Jugendverbände sowie der Förderung der Kinder in Tageseinrichtungen (Krippen, Kindergärten und Horte) mit Ausnahme der wirtschaftlichen Jugendhilfe.

Gemäß § 71 SGB VIII in Verbindung mit § 13 Absatz 2 AG KJHG hat die Gemeinde einen Jugendausschuss zu bilden, wenn sie die vorgenannten Aufgaben wahrnimmt. Es handelt sich hierbei um einen Ausschuss nach besonderer Rechtsvorschrift (§ 73 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz – NKomVG).

Die nicht dem Rat angehörenden Mitglieder haben gemäß § 71 Abs. 5 SGB VIII in Verbindung mit § 13 Abs 2. AG KJHG kein Stimmrecht. Beschäftigte der Gemeinde (z. B. die Leiterin eines kommunalen Kindergartens) können gem. § 71 Abs. 7 NKomVG nicht Mitglied des Ausschusses werden.

In der konstituierenden Sitzung des Rates am 09.11.2011 wurde der Kinder-, Jugend- und Sozialausschuss mit elf Mitgliedern gebildet und die Mitglieder benannt, darunter als beratendes Mitglied Frau Marion Paries-Erdmann für den Bereich der örtlichen Aufgaben der Jugendhilfe. Als ihre Stellvertreterin wurde Frau Monika Schütte-Tamminga benannt. Frau Paries-Erdmann hat in der Sitzung des Kinder-, Jugend- und Sozialausschusses am 25.03.2014 erklärt, dass sie ihre beratende Tätigkeit im Ausschuss zum 31.08.2014 aufgibt, da sie zum gleichen Termin beim Diakonischen Werk Hahn-Lehmden gekündigt hat.

Als neues beratendes Mitglied wird die bisherige Stellvertreterin und langjährige Leiterin des Kindergarten Wahnbek, Frau Monika Schütte-Tamminga, vorgeschlagen. Zu ihrer Stellvertreterin wird die langjährige Leiterin des Kinderspielkreises Rastede-Nord in Heubült, Frau Anke Lippert, vorgeschlagen.

Finanzielle Auswirkungen:

Keine.

Anlagen:

Keine.

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2014/116

freigegeben am **24.06.2014**

Stab

Sachbearbeiter/in: Herr Ralf Kobbe

Datum: 23.06.2014

Verteilung der Ausschussvorsitze

Beratungsfolge:

Status

Ö

Datum

22.07.2014

Gremium

Rat

Beschlussvorschlag:

Frau Dr. Sabine Eyting wird für den Finanz- und Wirtschaftsausschuss als Vertreterin für den Vorsitzenden Herrn Gerd Langhorst benannt.

Sach- und Rechtslage:

In der konstituierenden Sitzung des Rates der Gemeinde Rastede am 09.11.2011 sind nach § 71 Abs. 8 NKomVG für die Fachausschüsse die Vorsitze nach dem sogenannten Zugriffsverfahren verteilt worden.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat seinerzeit für den Finanz- und Wirtschaftsausschuss den Vorsitzenden Herrn Gerd Langhorst und den Vertreter Herrn Michael Köver benannt. Herr Köver hat jedoch bereits im vergangenen Jahr schriftlich gegenüber dem Bürgermeister seinen Mandatsverzicht zum 18.06.2013 erklärt. Dieser formale Schritt wurde in der Rats-sitzung am 18.06.2013 vollzogen, sodass nunmehr noch ein neuer Vertreter für den Ausschussvorsitzenden Herrn Langhorst zu benennen ist.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat zwischenzeitlich mitgeteilt, dass sie Frau Dr. Sabine Eyting als Vertreterin für den Vorsitzenden Herrn Gerd Langhorst benennen möchte.

Finanzielle Auswirkungen:

Keine.

Anlagen:

Keine.

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2014/092

freigegeben am **05.06.2014**

GB 3

Sachbearbeiter/in: Ahlers, Sandra

Datum: 21.05.2014

Abwasserbeseitigungssatzung

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	17.06.2014	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	24.06.2014	Verwaltungsausschuss
Ö	22.07.2014	Rat

Beschlussvorschlag:

Die Abwasserbeseitigungssatzung der Gemeinde Rastede wird beschlossen.

Sach- und Rechtslage:

Die Aufgaben der Abwasserbeseitigung gehören zum eigenen Wirkungskreis der Gemeinde und werden für die Benutzung der öffentlichen Einrichtungen zur Abwasserbeseitigung und dem Anschluss an die Abwasserbeseitigung von Grundstücken im Gemeindegebiet durch den Erlass von Satzungen geregelt.

Der gemeindlichen Regelungsbefugnis unterfallen nicht nur die Geschehensabläufe im öffentlichen Abwasserbeseitigungssystem, vielmehr werden auch Regelungen bezüglich der Einleitung von Abwasser über die privaten Grundstücksentwässerungsanlagen in das öffentliche System getroffen.

Als Grundlage zur Regelung der Abwasserbeseitigung der Gemeinde Rastede dient zurzeit die Abwasserbeseitigungssatzung vom 12.06.1995.

Im Hinblick auf die bereits lange Geltungsdauer dieser Satzung war nunmehr eine Überprüfung insbesondere hinsichtlich der Rechtsprechung und Aktualität der dieser Satzung zugrunde liegenden DIN-Normen erforderlich.

Dabei handelt es sich im Wesentlichen um folgende Änderungen:

- Die Paragraphenangaben und Verweise aus dem Niedersächsischen Wassergesetz (NWG) und Wasserhaushaltsgesetz (WHG) wurden dem geltenden Recht angepasst.
- Es ist eine Anpassung zum Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) erfolgt.

- Die Begrifflichkeiten wurden dem neuen Wasserrecht und den aktuell geltenden technischen Normen angepasst. Beispielsweise wurde der bisher verwendete Begriff „Fäkalschlamm“ in Anlehnung an den im WHG verwendeten Begriff durch „in Kleinkläranlagen anfallender Schlamm“ ersetzt und für die Begriffe „Revisionsschacht/-kasten“ die in der DIN 1986-100 verwendete Bezeichnung „Schächte/Einsteigschächte oder Inspektionsöffnungen“ übernommen.
- Bei gemeinsamen Anschlusskanälen wird nunmehr neben der Eintragung einer Bau- last die gleichzeitige Sicherung durch eine Dienstbarkeit gefordert.
- Es wurden die jeweils geltenden Fassungen der technischen Normen eingefügt.

Die überarbeitete Satzung kann in der Anlage 1 mit Kennzeichnung der Änderungen (rot/kursiv) eingesehen werden.

Hinweis:

Durch die Aktualisierung der Abwasserbeseitigungssatzung ist auch die Änderung der Satzung zur Übertragung der Abwasserbeseitigungspflicht gemäß § 96 Niedersächsisches Wassergesetz notwendig, die in einer gesonderten Vorlage behandelt wird.

Finanzielle Auswirkungen:

Keine.

Anlagen:

1. Abwasserbeseitigungssatzung

Abwasserbeseitigungssatzung der Gemeinde Rastede

Aufgrund der §§ 10, 13 und 58 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) i. d. F. vom 17.12.2010 (Nieders. GVBl. 2010, 576), zuletzt geändert durch *Artikel 1 des Gesetzes vom 16.12.2013 (Nieders. GVBl. 307)* i. V. m. den §§ 95, 96 des Niedersächsischen Wassergesetzes (NWG) i. d. F. vom 19.02.2010 (Nieders. GVBl. 2010 S. 64), zuletzt geändert durch *§ 87 Abs. 3 des Gesetzes vom 03.04.2012 (Nds. GVBl. S. 46)* i. V. m. §§ 54 ff. Wasserhaushaltsgesetz (WHG) i. d. F. vom 31.07.2009 (BGBl. 2585), zuletzt geändert durch *Artikel 4 Abs. 76G vom 07.08.2013 I 3154*, hat der Rat der Gemeinde Rastede in seiner Sitzung vom *22.07.2014* folgende Satzung beschlossen:

1. Allgemeine Bestimmungen

§ 1 Allgemeines

- (1) Die Gemeinde betreibt nach Maßgabe dieser Satzung zur Beseitigung des in Ihrem Entsorgungsgebiet anfallenden Abwassers jeweils eine öffentliche Einrichtung zur
 - a) zentralen Schmutzwasserbeseitigung
 - b) zentralen Niederschlagswasserbeseitigung
 - c) Beseitigung des Inhalts von abflusslosen Sammelgruben und des in Kleinkläranlagen anfallenden Schlamms.
- (2) Die Abwasserbeseitigung erfolgt mittels zentraler Kanalisations- und Abwasserbehandlungsanlagen im Trenn- und/oder Mischverfahren (zentrale Abwasseranlage) oder mittels Einrichtungen und Vorkehrungen zur Abfuhr und Behandlung von Abwasser aus abflusslosen Sammelgruben und des in Kleinkläranlagen anfallenden Schlamms (dezentrale Abwasseranlage).
- (3) Art, Lage und Umfang der öffentlichen Abwasseranlagen sowie den Zeitpunkt ihrer Herstellung, Erweiterung, Anschaffung, Verbesserung und Erneuerung bestimmt die Gemeinde.

§ 2 Begriffsbestimmungen

- (1) Die **Abwasserbeseitigung** im Sinne dieser Satzung umfasst das Sammeln, Fortleiten, Behandeln, Einleiten, Versickern, Verregnen und Verrieseln von Abwasser sowie das Entwässern von Klärschlamm im Zusammenhang mit der Abwasserbeseitigung und die Beseitigung des in Kleinkläranlagen anfallenden Schlamms und des in abflusslosen Gruben gesammelten Abwassers, soweit die Gemeinde abwasserbeseitigungspflichtig ist.
- (2) **Abwasser** im Sinne dieser Satzung ist Schmutzwasser und Niederschlagswasser.

Schmutzwasser ist

- a) das durch häuslichen Gebrauch verunreinigte Wasser (häusliches Abwasser),
- b) das durch gewerblichen, industriellen, landwirtschaftlichen oder sonstigen Gebrauch verunreinigte oder sonst in seinen Eigenschaften veränderte Wasser (nichthäusliches Abwasser). Ausgenommen ist das durch landwirtschaftlichen Gebrauch entstandene Abwasser, das dazu bestimmt ist, auf landwirtschaftlich, forstwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzte Böden aufgebracht zu werden.

Niederschlagswasser ist das aufgrund von Niederschlägen aus dem Bereich von bebauten und befestigten Flächen *gesammelte* abfließende Wasser.

Als Abwasser gilt auch jedes sonstige in die Kanalisation eingeleitete Wasser.

- (3) **Grundstück** im Sinne dieser Satzung ist das Grundstück im Sinne des Grundbuchrechts.
- (4) **Grundstücksentwässerungsanlagen** im Sinne dieser Satzung sind alle Einrichtungen, *die der Sammlung, Vorbehandlung, Prüfung, Rückhaltung, Ableitung und Reinigung des Abwassers auf dem Grundstück dienen, soweit sie nicht Bestandteil der öffentlichen Abwassereinrichtung sind. Zu den Grundstücksentwässerungsanlagen zählen auch abflusslose Sammelgruben.*
- (5) Die **öffentliche zentrale Abwasser***einrichtung* für **Schmutzwasser** endet an der Grenze des zu entwässernden Grundstücks

Die **öffentliche zentrale Abwasser***einrichtung* für **Niederschlagswasser** endet an der Grenze des zu entwässernden Grundstücks

- (6) Zur **öffentlichen zentralen Abwasser***einrichtung* gehören
 - a) das gesamte öffentliche Entwässerungsnetz einschließlich aller technischen Einrichtungen wie (je nach den örtlichen Verhältnissen) das Leitungsnetz mit getrennten Leitungen für Schmutzwasser und Niederschlagswasser (Trennverfahren), die Anschlussleitungen, Reinigungsschächte, Pumpstationen, Rückhaltebecken, Schächte, Einsteigsschächte oder der Inspektionsöffnungen, Schächte mit Ventileinheiten und Kleinpumpwerke auf dem Grundstück,
 - b) alle Einrichtungen zur Behandlung des Abwassers, das sind Klärwerke und ähnliche Anlagen, die von der Gemeinde oder von ihr beauftragten Dritten betrieben werden,
 - c) offene und verrohrte Gräben und Wasserläufe, *die zur Aufnahme der Abwässer diesen und nicht Gewässer im Sinne des NWG sind sowie*
 - d) alle zur Erfüllung der in der Ziff. a) bis c) genannten Aufgaben notwendigen Sachen und Personen bei der Gemeinde und von ihr beauftragten Dritten.
- (7) Zur **öffentlichen dezentralen Abwasser***einrichtung* gehören alle Vorkehrungen und Einrichtungen für Abfuhr und Behandlung von Abwasser aus abflusslosen Gruben und in Kleinkläranlagen anfallendem Schlamm außerhalb des zu entwässernden Grundstücks *sowie die zur Erfüllung der dabei anfallenden Aufgaben eingesetzten Sachen und Personen bei der Gemeinde und deren Beauftragten.*

- (8) Soweit sich die Vorschriften dieser Satzung auf den/die Grundstückseigentümer/in beziehen, gelten die Regelungen entsprechend auch für Erbbauberechtigte, Nießbraucher/innen und sonstige dingliche Berechtigte.

§ 3

Anschlusszwang- und Benutzungszwang Abwasser

- (1) Jeder/Jede Grundstückseigentümer/in ist verpflichtet, sein/ihr Grundstück nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen an eine öffentliche Abwasseranlage anzuschließen, sobald auf dem Grundstück Abwasser auf Dauer anfällt.
- (2) Dauernder Anfall von Abwasser ist anzunehmen, sobald das Grundstück mit Gebäuden für den dauernden oder vorübergehenden Aufenthalt von Menschen oder für gewerbliche oder industrielle Zwecke bebaut ist oder mit der Bebauung des Grundstücks begonnen wurde.
- (3) Die Verpflichtung nach Abs. 1 richtet sich auf den Anschluss an die zentrale Abwasseranlage, sobald die öffentliche Abwasserbeseitigungseinrichtung vor/auf dem Grundstück betriebsbereit vorhanden ist, sonst auf den Anschluss an die dezentrale Abwasseranlage.
- (4) Die Gemeinde kann den Anschluss an die zentrale Abwasseranlage auch nachträglich verlangen, sobald die Voraussetzung des Abs. 3 nachträglich eintreten und soweit die Vorschrift des § 96 Abs. 6 S. 3 NWG dem nicht entgegensteht. Der Grundstückseigentümer erhält eine entsprechende Mitteilung durch die Gemeinde. Der Anschluss ist binnen 6 Monaten nach Zugang der Mitteilung vorzunehmen.
- (5) Werden an einer Erschließungsstraße, in die später Entwässerungskanäle eingebaut werden sollen, Neubauten errichtet, so sind auf Verlangen der Gemeinde alle Einrichtungen für den künftigen Anschluss an die zentrale Abwasseranlage vorzubereiten und die erforderlichen Maßnahmen zu dulden.
- (6) Wenn und soweit ein Grundstück bezüglich des Abwassers an eine öffentliche Abwasseranlage angeschlossen ist, ist der Grundstückseigentümer verpflichtet, alles anfallende Abwasser – sofern nicht eine Einleitungsbeschränkung nach dieser Satzung besteht – der öffentlichen Abwasseranlage zuzuführen.

§ 4

Befreiung vom Anschluss- und/oder Benutzungszwang

- (1) Die Befreiung vom Anschluss- und/oder Benutzungszwang für Abwasser kann auf Antrag ausgesprochen werden, wenn der Anschluss des Grundstücks an die öffentliche Abwassereinrichtung oder seine Benutzung für den/die Grundstückseigentümer/in unter Berücksichtigung der Erfordernisse des Gemeinwohls unzumutbar ist. Der Antrag soll schriftlich innerhalb von 3 **Monate** nach der Aufforderung zum Anschluss bei der Gemeinde gestellt werden. Für Befreiungsanträge gilt § 5 Abs. 2 entsprechend. Die Gemeinde kann bei Bedarf Unterlagen nachfordern.
- (2) Die Befreiung vom Anschluss- und/oder Benutzungszwang ist unter dem Vorbehalt des Widerrufs und auf eine bestimmte Zeit anzusprechen.

§ 5 Entwässerungsgenehmigung

- (1) Die Gemeinde erteilt nach den Bestimmungen dieser Satzung eine Genehmigung zum Anschluss an eine zentrale Abwasseranlage und zum Einleiten des Abwassers (Entwässerungsgenehmigung). Änderungen der Grundstücksentwässerungsanlage, der der Entwässerungsgenehmigung zugrunde liegenden Abwasserverhältnisse oder des Anschlusses an die Abwasseranlagen bedürfen ebenfalls einer Genehmigung.
- (2) Genehmigungen nach Abs. 1 sind von Grundstückseigentümer/innen schriftlich zu beantragen (Entwässerungsantrag).
- (3) Die Gemeinde entscheidet, ob und in welcher Weise das Grundstück anzuschließen ist. Sie kann Untersuchungen der Abwasserbeschaffenheit sowie Begutachtungen der Grundstücksentwässerungsanlagen durch Sachverständige verlangen, sofern dies zur Entscheidung über den Entwässerungsantrag erforderlich erscheint. Die Kosten hat der/die Grundstückseigentümer/in zu tragen.
- (4) Die Genehmigung wird ungeachtet privater Rechte erteilt und lässt diese unberührt. Sie gilt auch für und gegen die Rechtsnachfolger/innen der Grundstückseigentümer/innen. Sie ersetzt nicht Erlaubnisse und Genehmigungen, die für den Bau oder Betrieb der Grundstücksentwässerungsanlage nach anderen Rechtsvorschriften erforderlich sein sollten. *Leitungsrechte sind ggf. dinglich abzusichern.*
- (5) Die Gemeinde kann – abweichend von den Einleitungsbedingungen dieser Satzung – die Genehmigung unter Bedingungen und Auflagen sowie unter dem Vorbehalt des Widerrufs sowie der nachträglichen Einschränkung oder Änderung erteilen, *solange dadurch die ordnungsgemäße Abwasserbeseitigung durch die Gemeinde nicht gefährdet wird.*
- (6) Vor der Erteilung der Entwässerungsgenehmigung darf mit der Herstellung oder Änderung der Grundstücksentwässerungsanlage nur begonnen werden, wenn und soweit die Gemeinde ihr Einverständnis erteilt hat.
- (7) Die Genehmigung erlischt, wenn innerhalb von 3 Jahren nach ihrer Erteilung mit der Herstellung oder Änderung der Grundstücksentwässerungsanlage nicht begonnen oder wenn die Ausführung 3 Jahre unterbrochen worden ist. Die Frist kann auf Antrag um jeweils höchstens 3 Jahre verlängert werden.

§ 6 Entwässerungsantrag

- (1) Der Entwässerungsantrag ist bei der Gemeinde mit dem Antrag auf Baugenehmigung oder *der Bauanzeige* einzureichen, wenn eine Entwässerungsgenehmigung erforderlich ist. In den Fällen des § 3 Abs. 4 ist der Entwässerungsantrag spätestens 3 Monate nach der Aufforderung zum Anschluss vorzulegen. Bei allen anderen Vorhaben ist der Entwässerungsantrag 3 Monate vor deren geplanten Beginn einzureichen.

Bei genehmigungsfreien Bauvorhaben nach § 62 NBauO ist der Entwässerungsantrag mit dem Antrag auf Bestätigung der Gemeinde, dass die Erschließung im Sinne des § 30 BauBG gesichert ist, vorzulegen.

(2) Der Antrag für den Anschluss an eine zentrale Abwasseranlage hat zu enthalten:

- a) Erläuterungsbericht mit
 - einer Beschreibung des Vorhabens und seiner Nutzung
 - Angaben über die Größe und Befestigungsart der Grundstücksflächen
- b) Eine Beschreibung nach Art und Umfang der Produktion bzw. sonstigen Tätigkeiten und der Menge und Beschaffenheit des dabei anfallenden Abwassers sowie die Angabe der Anzahl der Beschäftigten, wenn es sich um einen Gewerbe- oder Industriebetrieb oder *eine ihm gleichzusetzende Einrichtung (z. B. Krankenhaus, Labor)* handelt.
- c) Bei Grundstücksentwässerungsanlagen mit Vorbehandlungsanlagen Angaben über
 - Menge, Anfallstelle und Beschaffenheit des Abwassers,
 - Funktionsbeschreibung der Vorbehandlungsanlage,
 - Behandlung und Verbleib von anfallenden Rückständen (z. B. Schlämme, Feststoffe, Leichtstoffe)
- d) Einen mit Nordpfeil versehenen Lageplan des anzuschließenden Grundstücks im Maßstab nicht kleiner als 1 : 500 mit folgenden Angaben:
 - Straße und Hausnummer,
 - Gebäude und befestigte Flächen,
 - Grundstücks- und Eigentumsgrenzen,
 - Lage der Haupt- und Anschlusskanäle,
 - Gewässer, soweit vorhanden oder geplant,
 - in der Nähe der Abwasserleitungen vorhandener und vorgesehene Baumbestand.
- e) Einen Schnittplan im Maßstab 1 : 100 durch die Fall- und Entlüftungsrohre des Gebäudes mit den Entwässerungsobjekten. Einen Längsschnitt durch die Grundleitung und durch die Revisionsschächte mit Angabe der Höhenmaße des Grundstücks und der Sohlenhöhe im Verhältnis der Straße, bezogen auf NN.
- f) Grundrisse des Kellers und der Geschosse im Maßstab 1 : 100, soweit dies zur Klarstellung der Grundstücksentwässerungsanlagen erforderlich ist. Die Grundrisse müssen insbesondere die Bestimmung der einzelnen Räume und sämtliche Fallleitungen und Entwässerungsobjekte unter Angabe der lichten Weite und des Materials erkennen lassen, ferner die Entlüftung der Leitungen und die Lage etwaiger Absperrschieber, Rückstauverschlüsse oder Hebeanlagen.

(3) Schmutzwasserleitungen sind mit ausgezogenen, Niederschlagswasserleitungen mit gestrichelten Linien darzustellen. Später aufzuführende Leitungen sind zu punktieren.

Folgende Farben sind dabei zu verwenden:

für vorhandene Anlagen = schwarz

für neue Anlagen = rot
für abzubrechende Anlagen = gelb.

- (4) Die Gemeinde kann weitere Unterlagen anfordern, wenn diese zur Beurteilung der Entwässerungsanlage erforderlich sind.

§ 7 **Allgemeine Einleitungsbedingungen**

- (1) Wenn eine Einleitung der Genehmigung **nach § 98 NWG** bedarf, treten die in dieser Genehmigung vorgegebenen Werte und Anforderungen an die Stelle der in dieser Satzung festgelegten Einleitungsbedingungen. Eine **aufgrund § 98 Abs. 1 NWG** erteilte Genehmigung ersetzt im Übrigen nicht die Entwässerungsgenehmigung nach dieser Satzung. Der/die Grundstückseigentümer/in ist verpflichtet, eine Ausfertigung der Genehmigung **nach § 98 Abs. 1 NWG** innerhalb eines Monats nach Zugang der Gemeinde auszuhändigen, soweit die Gemeinde nicht für die Erteilung dieser Genehmigung zuständig ist.
- (2) Alle Abwässer dürfen nur über die Grundstücksentwässerungsanlagen eingeleitet werden.
- (3) In den nach dem Trennverfahren entwässerten Gebieten darf unbelastetes Niederschlagswasser, unbelastetes Grund- und Dränwasser sowie unbelastetes Kühlwasser nur in den Niederschlagswasserkanal, Schmutzwasser nur in den Schmutzwasserkanal eingeleitet werden.
- (4) Die Gemeinde ist berechtigt, jederzeit die Grundstücksentwässerungsanlagen darauf zu überprüfen und überprüfen zu lassen, ob die Einleitungsbedingungen nach dieser Satzung eingehalten werden. Sie kann zu diesem Zweck auch jederzeit Proben des Abwassers entnehmen und untersuchen oder Messgeräte in den öffentlichen oder privaten Schächten, Einsteigschächten oder Inspektionsöffnungen installieren. Soweit Schächte, Einsteigschächte oder Inspektionsöffnungen nicht vorhanden sind, ist die Gemeinde berechtigt, die zur Messung erforderlichen Einrichtungen **ein**zubauen.

Die Kosten für diese Überwachungsmaßnahmen hat der/die Grundstückseigentümer/in zu tragen.

Der/die Grundstückseigentümer/in ist verpflichtet, der Gemeinde die für die Prüfung der Grundstücksentwässerungsanlage und des Abwassers erforderlichen Auskünfte zu erteilen.

- (5) Ist damit zu rechnen, dass das anfallende Schmutzwasser nicht den Anforderungen dieser Satzung entspricht, kann gefordert werden, dass geeignete Vorbehandlungsanlagen und/oder Rückhaltungsmaßnahmen zu erstellen sind.
- (6) Die Gemeinde kann eine Rückhaltung und Vorbehandlung **des Niederschlagswassers** auf dem Grundstück fordern, wenn die zulässige Einleitungsmenge überschritten wird und/oder das Niederschlagswasser nicht den Anforderungen dieser Satzung entspricht.
- (7) Werden von dem Grundstück Stoffe oder Abwässer i.S.d. Satzung unzulässigerweise in die öffentliche Abwasseranlage eingeleitet, ist die Gemeinde berechtigt, auf Kosten des Grundstückseigentümers/der Grundstückseigentümerin die dadurch entstehenden Schäden in der Abwasseranlage zu beseitigen.

- (8) Entspricht ein Anschluss nicht mehr den jeweils geltenden Einleitungsbedingungen, sind der/die Grundstückseigentümer/in sowie ggf. der Abwassereinleiter verpflichtet, die Einleitung entsprechend auf ihre Kosten anzupassen. Die Gemeinde kann eine solche Anpassung verlangen und dafür eine angemessene Frist setzen.

§ 8 Besondere Einleitungsbedingungen

- (1) In die öffentlichen Abwasseranlage(n) dürfen keine Stoffe eingeleitet werden, die
- die Kanalisation verstopfen oder zu Ablagerungen führen
 - giftige, übelriechende oder explosive Dämpfe oder Gase bilden,
 - Bau- und Werkstoffe der öffentlichen Abwasseranlage in stärkerem Maße angreifen sowie
 - die Abwasserreinigung und/oder die Schlammabeseitigung erschweren oder
 - *die öffentliche Sicherheit gefährden*
 - *das in den öffentlichen Abwasseranlagen tätige Personal gefährden.*

Hierzu gehören insbesondere folgende Stoffe:

- Schutte, Asche, Glas, Sand, Müll, Küchenabfälle, Treber, Hefe, Borsten, Lederreste, Fasern, Kunststoffe, Textilien, grobes Papier u. a. (diese Stoffe dürfen auch in zerkleinertem Zustand nicht eingeleitet werden);
 - Kunstharz, Lacke, Latexreste, Zement, Kalkhydrat, Gips, Mörtel, flüssige und später erhärtete Abfälle sowie Bitumen und Teer und deren Emulsionen;
 - Jauche, Gülle, Mist, Silagesickersaft, Blut, Molke und Futterreste aus der Tierhaltung;
 - Kaltreiniger oder ähnliche Stoffe, die chlorierte Kohlenwasserstoffe enthalten oder die Öl- und Fettabcheidung verhindern;
 - Benzin, Heizöl, Schmieröl, tierische und pflanzliche Öle und Fette einschließlich des durch diese Stoffe verunreinigten Waschwassers;
 - Säuren und Laugen (zulässiger pH-Bereich 6,5 – 10), chlorierte Kohlenwasserstoffe, Phosgen, Schwefelwasserstoff, Blausäure und Stickstoffwasserstoffsäure sowie deren Salze, Carbide, die Acetylen bilden; ausgesprochen toxische Stoffe;
 - *Schlämme aus Neutralisations-, Entgiftungs- und sonstigen privaten Behandlungsanlagen;*
 - *Inhalte von Chemietoiletten;*
 - *Nicht desinfiziertes Abwasser aus Infektionsabteilungen von Krankenhäusern und medizinischen Instituten;*
 - *Grund-, Drain- und Kühlwasser;*
 - *Medikamente und pharmazeutische Produkte;*
 - *Abwasser aus Schlachthöfen, deren Rückhaltesystem nicht den Anforderungen der Verordnung über das Inverkehrbringen von Düngemitteln, Bodenhilfsstoffen, Kultursubstraten und Pflanzenhilfsmitteln (Düngemittelverordnung – DüMV) i.d.F. vom 16.12.2008 (BGBl. I S. 2524), zuletzt geändert durch Art. 1 Erste ÄndVO vom 14.12.2009 (BGBl. I S. 3905), entspricht³¹.*
- (2) *Schmutzwasser mit radioaktiven Inhaltsstoffen darf nur eingeleitet werden, wenn es der Strahlenschutzverordnung i.d.F. vom 20. Juli 2001 (BGBl. I S. 1714) – insbesondere § 47 Abs. 4 – entspricht.*
- (3) *Schmutzwasser* – insbesondere aus Industrie- und Gewerbebetrieben oder vergleichbaren Einrichtungen (z. B. Krankenhäuser) – darf, abgesehen von den

übrigen Begrenzungen des Benutzungsrechts, nur eingeleitet werden, wenn es in der qualifizierten Stichprobe die Einleitungswerte laut **Anlage 1** nicht überschreiten. § 7 Abs. 1 Satz 1 gilt entsprechend.

- (4) Für die in der Anlage 1 nicht aufgeführten Stoffe werden die Einleitungswerte im Bedarfsfall festgesetzt, wenn dies von der Menge oder der Beschaffenheit des einzuleitenden Abwassers her erforderlich ist, um eine ordnungsgemäße Abwasserbeseitigung sicherzustellen, *soweit sie nicht als nach § 7 Abs. 1 festgesetzt gelten.*
- (5) Bei der Einleitung von Schmutzwasser von gewerblich und industriell genutzten Grundstücken oder von anderem nicht **häuslichen Schmutzwasser** in öffentliche Abwasseranlagen ist grundsätzlich eine **qualifizierte Stichprobe** vorzusehen. Sie umfasst mindestens fünf Stichproben, die – in einem Zeitraum von höchstens zwei Stunden Abstand von nicht weniger als zwei Minuten entnommen – gemischt werden. Die qualifizierte Stichprobe ist nicht bei den Parametern Temperatur und pH-Wert anzuwenden. Dabei sind die in dieser Satzung oder in der Einleitungsgenehmigung genannten Grenzwerte einzuhalten. *Es gelten die Messverfahren nach der Verordnung über Anforderungen an das Einleiten von Abwasser in Gewässer (Abwasserverordnung – AbwV) i.d.F. vom 17.06.2004 (BGBl. I S. 1108), zuletzt geändert durch Art. 20 G zur Neuregelung des Wasserrechts vom 31.07.2009 (BGBl. I. S. 2585).*
- (6) Niedrigere als die aufgeführten Einleitungswerte und Frachtenbegrenzungen können im Einzelfall festgesetzt und die Einhaltung der niedrigeren Einleitungswerte kann angeordnet werden, soweit dies nach den Umständen des Falles geboten erscheint, um eine Gefährdung der öffentlichen Abwasseranlage(n) oder der in der/den Anlage(n) beschäftigten Personen, die Beeinträchtigung der Benutzbarkeit der Anlage(n) oder einer Erschwerung der Abwasserbehandlung sowie der landwirtschaftlichen Klärschlammverwertung zu verhüten. Das Einleiten oder Einbringen von Stoffen, die die niedrigeren Einleitungswerte überschreiten, fällt im Geltungsbereich der Anordnung unter das Einleitungsverbot nach Abs. 3.

Höhere Einleitungswerte können im Einzelfall – nur unter Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs – zugelassen werden, wenn nach den Besonderheiten des Falles die schädlichen Stoffe und Eigenschaften der Abwässer innerhalb dieser Grenzen für die öffentliche(n) Abwasseranlage(n), die darin beschäftigten Personen oder die Abwasserbehandlung vertretbar sind.

- (7) Es ist unzulässig, entgegen den jeweils in Betracht kommenden allgemein anerkannten Regeln der Technik Abwasser zu verdünnen oder zu vermischen.

2. Besondere Bestimmungen für zentrale Abwasseranlagen

§ 9 **Anschlusskanal**

- (1) Jedes Grundstück muss einen eigenen, unmittelbaren Anschluss an die jeweilige öffentliche Abwasseranlage haben (bei Trennkanalisation zwei Anschlüsse). Die Lage und lichte Weite des Anschlusskanals und die Anordnung des Schachts, Einsteigschachts oder der Inspektionsöffnung bestimmt die Gemeinde. Es besteht kein Anspruch auf eine bestimmte Entwässerungstiefe.
- (2) Die Gemeinde kann ausnahmsweise den Anschluss mehrerer Grundstücke an einen gemeinsamen Anschlusskanal zulassen. Diese Ausnahme setzt voraus, dass die beteiligten Grundstückseigentümer/innen die Verlegung, Unterhaltung und Benutzung der Grundstücksentwässerungsanlagen auf dem jeweils fremden Grundstück durch Eintragung der Baulast und **einer Dienstbarkeit** gesichert haben.
- (3) Die Gemeinde lässt den Anschlusskanal bis an die Grundstücksgrenze herstellen.
- (4) Ergeben sich bei der Ausführung eines Anschlusskanals unvorhersehbare Schwierigkeiten, die auch ein Abweichen von dem genehmigten Plan erfordern können, so hat der/die Grundstückseigentümer/in den dadurch für die Anpassung der Grundstücksentwässerungsanlage entstehenden Aufwand zu tragen. Der/die Grundstückseigentümer/in kann keine Ansprüche geltend machen für Nachteile, Erschwernisse und Aufwand, die durch solche Änderungen des Anschlusskanals beim Bau und beim Betrieb der Grundstücksentwässerungsanlage entstehen.
- (5) Die Gemeinde hat den Anschlusskanal zu unterhalten und bei Verstopfungen zu reinigen. Der/die Grundstückseigentümer/in hat die Kosten für die Reinigung des Anschlusskanals zu erstatten, **soweit die Ursache für die Verstopfung nicht im Bereich der öffentlichen Abwassereinrichtung liegt.**
- (6) Der/die Grundstückseigentümer/in darf Anschlusskanäle nicht verändern oder verändern lassen.

§ 10 **Grundstücksentwässerungsanlage**

- (1) Die Entwässerungsanlagen auf dem anzuschließenden Grundstück sind vom/von der Grundstückseigentümer/in nach den jeweils geltenden allgemein anerkannten Regeln der Technik, insbesondere **gem. DIN EN 752 „Entwässerungssysteme außerhalb von Gebäuden“, DIN EN 12056 „Schwerkraftentwässerungsanlage innerhalb von Gebäuden“ von April 2008 in Verbindung mit der DIN 1986 Teil 3 von November 2004, 4 von Februar 2003, 30 von Februar 2003 und 100 von Mai 2008 – „Entwässerungsanlagen für Gebäude und Grundstücke“** – und nach den Bestimmungen dieser Satzung auf eigene Kosten zu errichten und zu betreiben.

Die in der DIN 1986-30 von Februar 2003 genannten Fristen für die Durchführung der Dichtheitsprüfung finden keine Anwendung.
- (2) Die Verfüllung von Rohrgräben hat **nach DIN EN 1610 von Oktober 1997 in Verbindung mit DWA A 139 (Ausgabe 2009)** zu erfolgen.

- (3) Die Grundstücksentwässerungsanlage darf erst nach ihrer Abnahme durch die Gemeinde in Betrieb genommen werden. Bis zur Abnahme dürfen Rohrgräben nicht verfüllt werden. Über das Prüfungsergebnis wird ein Abnahmeschein ausgefertigt, soweit das Prüfungsergebnis die Inbetriebnahme der Anlage erlaubt. Werden bei der Abnahme Mängel festgestellt, so sind diese innerhalb der gestellten Frist zu beseitigen. Der Abnahmeschein befreit den/die Grundstückseigentümer/in nicht von seiner/ihrer Haftung für den ordnungsgemäßen Zustand der Grundstücksentwässerungsanlage.
- (4) Die Grundstücksentwässerungsanlage ist stets in einem einwandfreien und betriebsfähigen Zustand zu erhalten. Werden Mängel festgestellt, so ist dies der Gemeinde unverzüglich mitzuteilen; die Gemeinde kann fordern, dass die Grundstücksentwässerungsanlage auf Kosten des Grundstückseigentümers/der Grundstückseigentümerin in den vorschriftsmäßigen Zustand gebracht wird.
- (5) Entsprechen vorhandene Grundstücksentwässerungsanlagen nicht oder nicht mehr den jeweils geltenden Bestimmungen im Sinne des Abs. 1, so hat der/die Grundstückseigentümer/in sie entsprechend auf eigene Kosten anzupassen. Die Gemeinde kann eine solche Anpassung verlangen. Sie hat dazu dem/der Grundstückseigentümer/in eine angemessene Frist zu setzen. Der/die Grundstückseigentümer/in ist zu Anpassung der Grundstücksentwässerungsanlage auch dann verpflichtet, wenn Änderungen an der öffentlichen Abwasseranlage das erforderlich machen. Die Anpassungsmaßnahmen bedürfen der Genehmigung durch die Gemeinde. Die §§ 5 und 6 dieser Satzung sind entsprechend anzuwenden.

§ 11

Überwachung der Grundstücksentwässerungsanlage

- (1) Der Gemeinde oder Beauftragten der Gemeinde ist zur Prüfung der Grundstücksentwässerungsanlage oder zur Beseitigung von Störungen sofort und ungehindert Zutritt zu dieser Anlage, zu den Abwasservorbehandlungsanlagen und zu den Abwasseranfallstellen zu gewähren. Die Gemeinde oder Beauftragte der Gemeinde sind berechtigt, notwendige Maßnahmen anzuordnen, insbesondere das eingeleitete oder einzuleitende Abwasser zu überprüfen und Proben zu entnehmen.
- (2) Alle Teile der Grundstücksentwässerungsanlage, insbesondere Vorbehandlungsanlagen, Schächte, Einsteigschächte oder Inspektionsöffnungen, Rückstauverschlüsse sowie Abwasserbehandlungsanlagen müssen zugänglich sein.
- (3) Der/die Grundstückseigentümer/in ist verpflichtet, alle zur Prüfung der Grundstücksentwässerungsanlage geforderten Auskünfte zu erteilen.
- (4) *Soweit das Grundstück an die zentrale Abwasseranlage angeschlossen ist, kann die Gemeinde dem/der Grundstückseigentümer/in die Eigenüberwachung für die Grundstücksentwässerungsanlage und für das auf dem Grundstück anfallende Abwasser nebst Vorlagepflicht der Untersuchungsergebnisse auferlegen sowie die Duldung und Kostentragung für eine regelmäßige gemeindliche Überwachung festsetzen. Die Gemeinde ist berechtigt, Art und Umfang der Eigenüberwachung zu bestimmen.*

§ 12 **Sicherung gegen Rückstau**

- (1) *Gegen den Rückstau des Abwassers aus den öffentlichen Abwasseranlagen hat sich jede/r Grundstückseigentümer/in selbst zu schützen. Aus Schäden, die durch Rückstau entstehen, können Ersatzansprüche gegen die Gemeinde nicht hergeleitet werden. Der/die Grundstückseigentümer/in hat die Gemeinde außerdem von Schadensersatzansprüchen Dritter freizuhalten.*
- (2) *Die Rückstauenebene ist die Straßenoberfläche vor dem anzuschließenden Grundstück.*

Bei unter der Rückstauenebene liegenden Räumen, z. B. Wohnungen, gewerbliche Räume, Lagerräume für Lebensmittel oder andere wertvolle Güter ist das Schmutzwasser mit einer automatisch arbeitenden Abwasserhebeanlage bis über die Rückstauenebene zu heben und dann in die öffentliche Abwasseranlage zu leiten.

3. Besondere Vorschriften für die Beseitigung von in Kleinkläranlagen anfallendem Schlamm und Abwasser aus abflusslosen Sammelgruben

§ 13 **Bau und Betrieb von Kleinkläranlagen und abflusslosen Sammelgruben**

- (1) *Kleinkläranlagen und abflusslose Sammelgruben sind so anzulegen und vorzuhalten, dass sie von den eingesetzten Entsorgungsfahrzeugen ungehindert angefahren und entleert werden können. Der Gemeinde oder den von ihr Beauftragten ist zum Zwecke der Entleerung der Kleinkläranlagen und der abflusslosen Sammelgruben ungehindert Zutritt zu gewähren.*
- (2) *Der Gemeinde ist jede vorhandene oder in Betrieb genommene Kleinkläranlage oder abflusslose Sammelgrube durch deren Betreiber anzuzeigen. Die Anzeige hat folgende Angaben zu enthalten:*
 - a) *Angaben über Art und Bemessung der Kleinkläranlage oder abflusslosen Sammelgrube*
 - b) *Einem mit Nordpfeil versehenen Lageplan des anzuschließenden Grundstücks im Maßstab nicht kleiner 1 : 500 mit folgenden Angaben:*
 - *Straße und Hausnummer,*
 - *Vorhandene und geplante bauliche Anlagen auf dem Grundstück,*
 - *Lage der Kleinkläranlage oder der abflusslosen Sammelgrube*
 - *Lage der Entwässerungsleitungen außerhalb des Gebäudes mit Schächten,*
 - *Anfahr- und Entleerungsmöglichkeiten für das Entsorgungsfahrzeug.*
 - c) *Eine Kopie der wasserbehördlichen Erlaubnis (gilt nur für Kleinkläranlagen).*
- (3) *Hinsichtlich der Einleitung von Stoffen gelten für Kleinkläranlagen und für abflusslose Sammelgruben die auch für die Grundstücksentwässerungsanlagen geltenden Vorschriften.*

§ 14

Besondere Regelung für abflusslose Sammelgruben

- (1) *Abflusslose Sammelgruben (Grundstücksentwässerungsanlage) sind vom/von der Grundstückseigentümer/in nach DIN 1986/100 von Mai 2008 und nach den Bestimmungen dieser Satzung auf eigene Kosten zu errichten und zu betreiben.*
- (2) *§ 11 gilt entsprechend.*
- (3) *Abflusslose Sammelgruben werden bei Bedarf von der Gemeinde oder durch von ihr beauftragte Dritte entleert. Der Grundstückseigentümer ist verpflichtet, alle Vorkehrungen zu treffen, damit eine Entleerung rechtzeitig erfolgen kann. Insbesondere hat er die Notwendigkeit einer Entleerung gegenüber der Gemeinde rechtzeitig anzuzeigen.*

§ 15

Entsorgung des in Kleinkläranlagen anfallenden Schlammes

- (1) *Kleinkläranlagen werden von der Gemeinde oder durch von ihr Beauftragte bedarfsgerecht und nach den anerkannten Regeln der Technik, insbesondere nach der allgemeinen bauaufsichtlichen Zulassung oder der DIN 4261 Teil 1 von Oktober 2010, entleert.*
- (2) *Voraussetzung für eine bedarfsgerechte Entsorgung des in Kleinkläranlagen anfallenden Schlammes ist, dass durch den Grundstückseigentümer/die Grundstückseigentümerin die Durchführung regelmäßiger fachgerechter Messungen/Untersuchungen sichergestellt wird, anhand derer die Notwendigkeit einer Abfuhr des in der Kleinkläranlage angefallenen Schlammes beurteilt werden kann. Diese haben nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik zu erfolgen.*
- (3) *Werden der Gemeinde die Ergebnisse der regelmäßigen Messungen/Untersuchungen im Sinne des Abs. 2 nicht bzw. nicht rechtzeitig vorgelegt, erfolgt eine regelmäßige Entleerung der Vorklärung der Kleinkläranlagen.*
- (4) *Eine Entleerung der Vorklärung hat alle 5 Jahre zu erfolgen.*
- (5) *Die Gemeinde oder von ihr Beauftragte geben die Entsorgungstermine bekannt. Die Bekanntgabe kann öffentlich geschehen. Der/die Grundstückseigentümer/in ist verpflichtet, alle Vorkehrungen zu treffen, dass die Entsorgung zum festgesetzten Zeitpunkt erfolgen kann.*

4. Schlussvorschriften

§ 16

Maßnahmen an der öffentlichen Abwasseranlage

Einrichtungen öffentlicher Abwasseranlagen dürfen nur von Beauftragten der Gemeinde oder mit Zustimmung der Gemeinde betreten werden. Eingriffe an öffentlichen Abwasseranlagen sind unzulässig.

§ 17

Anzeigepflichten

- (1) Entfallen für ein Grundstück die Voraussetzungen des Anschlusszwanges (§ 3), so hat der/die Grundstückseigentümer/in dies unverzüglich der Gemeinde mitzuteilen.
- (2) Gelangen gefährlich oder schädliche Stoffe in eine der Abwasseranlagen, so ist die Gemeinde unverzüglich – mündlich oder fernmündlich, anschließend zudem schriftlich – zu unterrichten.
- (3) Der/die Grundstückseigentümer/in hat Betriebsstörungen oder Mängel am Anschlusskanal unverzüglich – mündlich oder fernmündlich, anschließend zudem schriftlich – der Gemeinde mitzuteilen.
- (4) Wenn Art und Menge des Abwassers sich erheblich ändern (z. B. bei Produktionsumstellungen), so hat der/die Grundstückseigentümer/in oder der/die Nutzer/in dies unverzüglich der Gemeinde mitzuteilen.

§ 18

Altanlagen

- (1) Anlagen, die vor dem Anschluss an eine öffentliche Abwasseranlage der Beseitigung des auf dem Grundstück anfallenden Abwassers dienen, und die nicht als Bestandteil der angeschlossenen Grundstücksentwässerungsanlage genehmigt sind, hat der/die Grundstückseigentümer/in *binnen 1 Monats* auf seine Kosten so herzurichten, dass sie für die Aufnahme oder Ableitung von Abwasser nicht mehr benutzt werden können.
- (2) Ist ein Grundstück nicht mehr zu entwässern, *hat der Grundstückseigentümer den Anschluss zu schließen.*

§ 19

Befreiungen

- (1) *Die Gemeinde kann von Bestimmungen dieser Satzung, soweit sie keine Ausnahme vorsehen, Befreiung erteilen, wenn die Durchführung der Bestimmungen im Einzelfall zu einer offenbar nicht beabsichtigten Härte führen würde und die Befreiung mit den öffentlichen Belangen vereinbar ist.*
- (2) Die Befreiung kann unter Bedingungen und Auflagen sowie befristet erteilt werden. Sie steht unter dem Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs.

§ 20 Haftung

- (1) Für Schäden, die durch satzungswidrige Benutzung oder satzungswidriges Handeln entstehen, haftet der/die Verursacher/in. Dies gilt insbesondere, wenn entgegen dieser Satzung schädliche Abwässer oder sonstige Stoffe in die öffentliche Abwasseranlage eingeleitet werden. Ferner hat der/die Verursacher/in die Gemeinde von allen Ersatzansprüchen freizustellen, die andere deswegen bei ihr geltend machen.
- (2) Der Grundstückseigentümer haftet außerdem neben dem Verursacher für alle Schäden und Nachteile, die der Gemeinde durch den mangelhaften Zustand der Grundstücksentwässerungsanlage, ihr vorschriftswidriges Benutzen und ihr nicht sachgemäßes Bedienen entstehen.
- (3) Wer durch Nichtbeachtung der Einleitungsbedingungen dieser Satzung die Erhöhung der Abwasserabgabe (§ 9 Abs. 5 AbwAG i.d.F. v. 06.11.1990, BGBl. I S. 2432) verursacht, hat der Gemeinde den erhöhten Betrag der Abwasserabgabe zu erstatten.
- (4) Mehrere Verursacher/innen haften als Gesamtschuldner/innen.
- (5) Bei Überschwemmungsschäden als Folge von
 - a) Rückstau in der öffentlichen Abwasseranlage, z. B. bei Hochwasser, Wolkenbrüchen, Frostschäden oder Schneeschmelze,
 - b) Betriebsstörungen, z. B. Ausfall eines Pumpwerkes,
 - c) Behinderungen des Abwasserabflusses, z. B. bei Kanalbruch oder Verstopfung,
 - d) zeitweiliger Stilllegung der öffentlichen Abwasseranlage, z. B. bei Reinigungsarbeiten im Straßenkanal oder Ausführung von Anschlussarbeiten,hat der/die Grundstückseigentümer/in einen Anspruch auf Schadenersatz nur, soweit die eingetretenen Schäden von der Gemeinde schuldhaft verursacht worden sind. Andernfalls hat der/die Grundstückseigentümer/in die Gemeinde von allen Ersatzansprüchen freizustellen, die andere deswegen bei ihr geltend machen.
- (6) Wenn bei der *Entleerung von abflusslosen Sammelgruben* bzw. der Entleerung von Kleinkläranlagen trotz erfolgter Anmeldung zur Entleerung infolge höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörungen oder betriebsnotwendiger anderer Arbeiten die Entleerung erst verspätet durchgeführt werden kann oder eingeschränkt bzw. unterbrochen werden muss, hat der/die Grundstückseigentümer/in keinen Anspruch auf Schadensersatz.

§ 21 Ordnungswidrigkeiten

- (1) *Ordnungswidrig i.S.d. § 10 Abs. 5 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes in der jeweils gültigen Fassung handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig entgegen*

1. *§ 3 Abs. 1 sein Grundstück nicht rechtzeitig an die öffentliche Abwasseranlage(n) anschließen lässt;*
 2. *§ 3 Abs. 6 das bei ihm anfallende Abwasser nicht in die öffentliche Abwasseranlage(n) ableitet;*
 3. *dem nach § 5 genehmigten Entwässerungsantrag die Anlage ausführt;*
 4. *§ 6 den Anschluss seines Grundstücks an die öffentliche Abwasseranlage(n) oder die Änderung der Entwässerungsgenehmigung nicht beantragt;*
 5. *§§ 7, 8, 13 Abs. 3 Abwasser und Stoffe einleitet, die einem Einleitungsverbot unterliegen oder das nicht den Einleitungswerten entsprechen;*
 6. *§ 10 Abs. 3 die Grundstücksentwässerungsanlage oder Teile hiervon vor der Abnahme in Betrieb nimmt oder Rohrgräben vor der Abnahme verfüllt;*
 7. *§ 10 Abs. 4 die Entwässerungsanlage seines Grundstücks nicht ordnungsgemäß betreibt;*
 8. *§ 11 Beauftragten der Gemeinde nicht ungehindert Zutritt zu allen Teilen der Grundstücksentwässerungsanlage gewährt;*
 9. *§ 13 Abs. 1 die Entleerung behindert;*
 10. *§ 14 Abs. 3 die Anzeige der Notwendigkeit einer Entleerung unterlässt oder die Entleerung selbst vornimmt und durch nicht von der Gemeinde beauftragte Dritte vornehmen lässt;*
 11. *§ 15 Abs. 1 die Entleerung selbst vornimmt oder durch nicht von der Gemeinde beaufsichtigte Dritte vornehmen lässt,*
 12. *§ 16 die öffentliche Abwasseranlage betritt oder sonstige Maßnahmen an ihr vornimmt;*
 13. *§ 17 seine Anzeigepflicht nicht oder nicht unverzüglich erfüllt.*
- (2) *Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis 5.000 Euro geahndet werden.*

§ 22 **Hinweis auf archivmäßige Verwahrung**

Die DIN-Normen und sonstigen außerrechtlichen Regelungen, auf die in dieser Satzung verwiesen wird, sind bei der Gemeinde – **Geschäftsbereich 3** – archivmäßig gesichert, verwahrt und können dort während der Dienststunden der Gemeindeverwaltung eingesehen werden.

§ 23 **Übergangsregelung**

- (1) Die vor Inkrafttreten der Satzung eingeleiteten Genehmigungsverfahren werden nach den Vorschriften dieser Satzung weitergeführt.
- (2) Soweit mit dem Inkrafttreten dieser Satzung die Anschlussvoraussetzungen gegeben sind und das Grundstück noch nicht an eine öffentliche Abwasseranlage

angeschlossen ist, ist der Entwässerungsantrag gem. § 6 dieser Satzung spätestens 3 Monate nach ihrem Inkrafttreten einzureichen.

§ 24 Inkrafttreten

Die Satzung tritt am **01.08.2014** in Kraft. Gleichzeitig tritt die Abwasserbeseitigungssatzung vom 12.06.95 außer Kraft.

Gemeinde Rastede, den 22.07.2014

*Dieter von Essen
Bürgermeister*

1. Allgemeine Parameter		DIN Normen – DEV-Nummern	
a) Temperatur 35°C		DIN 38404-C4	Dez. 1976
b) pH-Wert	wenigstens 6,5 höchstens 10,0	<i>DIN EN ISO 10523</i>	<i>April 2012</i>
c) Absetzbare Stoffe nur soweit eine Schlamm- abscheidung aus Gründen der ordnungsgemäßen Funktionsweise der öffent- lichen Abwasseranlage erforderlich ist: Zur Kontrolle anderer Parameter können auch niedrigere Werte fest- gelegt werden, wie z. B. 0,3 ml/l für toxische Metall- hydroxide.	1-10 ml/l, nach 0,5 Std. Absetzzeit	DIN 38409-H9	Juli 1980
2. Schwerflüchtige. lipophile Stoffe (u. a. verseifbare Öle, Fette)	gesamt 300mg/l	DEV H 56 (Vorschlag für ein DEV, Blaudruck, 46. Lieferung 2000) ³	Juli 2001
3. Kohlenwasserstoffe⁴			
a) Kohlenwasserstoff gesamt	100 mg/l	DIN EN ISO 9377-2-H 53 DIN EN 856 - 1 <i>DIN EN 858 - 2</i>	Juli 2001 <i>Febr.2005 Okt. 2003</i>
b) Kohlenwasserstoffindex soweit im Einzelfall eine weitgehende Entfernung der Kohlenwasser-stoffe erforderlich ist:	20 mg/l	DIN EN ISO 9377-2-H 53	Juli 2001
c) absorbierbare organische Halogenverbindungen (AOX) ⁵	1 mg/l	DIN EN <i>ISO 9562</i>	<i>Febr.2005</i>
d) Leichtflüchtige halogenierte Kohlenwasserstoffe (LHKW) als Summe ⁶ aus Trichlorethen, Tetrachlorethen, 1,-1,-1- Trichlorethan, Dichlormethan und Tichlormethan, gerechnet als Chlor (Cl)	0,5 mg/l	DIN EN ISO 10301-F4	Aug. 1997
4. Organische halogenfreie Lösemittel		DIN 38407-F9	<i>Mai 1991</i>

	Mit Wasser ganz oder teilweise mischbar und biologisch abbaubar: Entsprechend spezieller Festlegung, jedoch Richtwert nicht größer als er der Löslichkeit entspricht oder als	10 g/l als TOC	gschromatisch z. B. analog DIN 38407 – F 9 <i>Sofern die Stoffe bekannt sind, erfolgt Bestimmung als DOC nach DIN EN 1484 DIN EN 1484:1997-08.</i> <i>Wasseranalytik – Anleitungen zur Bestimmung des gesamten organischen Kohlenstoffs (TOC) und des gelösten organischen Kohlenstoffs (DOC); Deutsche Fassung EN 1484-1997</i>	Mai 1991
5.	Anorganische Stoffe (gelöst und ungelöst)			
	a) Arsen (As)	0,5 mg/l	DIN <i>EN ISO 17294-2</i> DIN EN ISO 11969-D 18 DIN EN ISO 11885 – E 22	<i>Febr.2005</i> Nov. 1996 <i>Sept.2009</i>
	b) Blei (Pb)	1,0 mg/l	DIN 38406-E 6 DIN 38406-E 16 DIN EN ISO 11885-E 22 <i>DIN EN ISO 17294-2-E 29</i>	Juli 1998 März 1990 <i>Sept.2009</i> <i>Febr.2005</i>
	c) Cadmium ⁷ (Cd)	0,5 mg/l	DIN 38406-E 16 DIN EN ISO 5961-E 19 DIN EN ISO 11885-E 22 <i>DIN EN ISO 17294-2-E 29</i>	März 1990 Mai 1995 <i>Sept.2009</i> <i>Febr.2005</i>
	d) Chrom <i>VI</i> (Cr)	0,2 mg/l	DIN EN ISO 10304-3 – D 22 DIN 38405-D 24 DIN EN ISO 11885-E 22	Aug. 1997 Mai 1987 <i>Sept.2009</i>
	e) Chrom (Cr)	1,0 mg/l	DIN EN 1233 – E 10 <i>DIN EN ISO 17294-2-E 29</i> DIN EN ISO 11885-E 22	Aug. 1996 <i>Febr.2005</i> <i>Sept.2009</i>
	f) Kupfer (Cu)	1,0 mg/l	DIN 38406-E 16 DIN 38406-E 7 DIN EN ISO 11885-E 22 <i>DIN EN ISO 17294-2-E 29</i>	März 1990 Sept.1991 <i>Sept.2009</i> <i>Febr.2005</i>
	g) Nickel (Ni)	1,0 mg/l	DIN 38406-E 11 DIN 38406-E 16 DIN EN ISO 11885-E 22 <i>DIN EN ISO 17294-2-E 29</i>	Sept.1991 März 1990 <i>Sept.2009</i> <i>Febr.2005</i>
	h) Quecksilber (Hg)	0,1 mg/l	DIN EN <i>ISO 12846-E-12</i> DIN EN <i>ISO 12846-E-31</i>	<i>Aug. 2012</i> <i>Aug. 2012</i>
	i) Selen ⁸ (Se)			
	j) Zink (Zn)	5,0 mg/l	<i>DIN 38406-E-8-1</i> <i>DIN 38406-E 16</i> <i>DIN EN ISO 11885-E 22</i> <i>DIN EN ISO 17294-2-E 29</i>	<i>Okt. 2004</i> März 1990 <i>Sept.2009</i> <i>Febr.2005</i>
	k) Zinn (SN)	5,0 mg/l	<i>DIN EN ISO 11969-D 18</i> <i>DIN EN ISO 5961-E 19</i> <i>DIN EN ISO 11885-E 22</i> <i>DIN EN ISO 17294-2-E 29</i>	<i>Nov. 1996</i> Mai 1995 <i>Sept.2009</i> <i>Febr.2005</i>

	l) Cobalt (Co)	2,0 mg/l	DIN 38406-E 16 DIN 38406-E 24 DIN EN ISO 11885-E 22 DIN EN ISO 17294-2-E 29	März 1990 März 1993 Sept.2009 Febr.2005
	m) Silber ⁹ (Ag)			
	n) Antimon ¹⁰ (Sb)	0,5 mg/l	DIN EN ISO 11969-D 18 DIN 38405-D 32 DIN EN ISO 11885-E 22	Nov. 1996 Mai 2000 Sept.2009
	o) Barium ¹¹ (Ba)			
	p) Aluminium (Al) und Eisen (Fe)	Keine Begrenzung, soweit keine Schwierigkeiten bei der Abwasserableitung und -reinigung auftreten.		
	q) Mangan (Mn) Thallium (Tl) Vanadium (V)	Auf die Nennung eines Richtwertes wird verzichtet. Dennoch werden Mn, Tl und V aufgeführt, da sie in der 17. BImSchV begrenzt sind, welche bei der Verbrennung der anfallenden Klärschlammes zu berücksichtigen ist.		
6.	Anorganische Stoffe (gelöst)			
	a) Stickstoff aus Ammonium und Ammoniak (NH ⁴ -N+NH ₃ -N)	100 mg/l <5000 EW 200 mg/l >5000 EW 1,0 mg/l	DIN 38406-E5 DIN EN ISO 11732-E23 DIN 38406-E5-2 DIN EN ISO 11732-E23 DIN 38405-D 13	Okt. 1983 Mai 2005 Okt. 1983 Sept.1997 April 2011
	b) Cyanid, leicht freisetzbar ¹²			
	c) Fluorid (F)	50 mg/l	DIN 38405-D4 entspr. DIN EN ISO 10304-1	Juli 1985 Juli 2009
	d) Stickstoff auf Nitrit (NO ² -N)	10 mg/l	DIN EN 26777-D 10 DIN EN ISO 10304-1 DIN EN ISO 13395-D 28	April 1993 Juli 2009 Dez. 1996
	e) Sulfat (SO ₄ ²⁻) ¹³	600 mg/l	DIN EN ISO 10304-1 DIN 38405-D 5	Juli 2009 Jan. 1985
	f) Phosphor, gesamt (P)	50 mg/l	DIN EN ISO 6878-D 11 DIN EN ISO 1885- E 22	Sept.2004 Sept.2009
	g) Sulfid, leicht freisetzbar (S ²⁻)	2,0 mg/l	DIN 38405-D27	Juli 1992
7.	Organische Stoffe			
	a) Phenolindex, wasserdampfgefährlich ¹⁴	100 mg/l	DIN 38409-H16-2	Juni 1984
	b) Farbstoffe	Nur in einer so niedrigen Konzentration, dass der Vorfluter nach Einleitung des Ablaufs einer mechanisch-biologischen Kläranlage visuell nicht mehr gefärbt erscheint.		

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2014/093

freigegeben am **05.06.2014**

GB 3

Sachbearbeiter/in: Ahlers, Sandra

Datum: 21.05.2014

Satzung zur Übertragung der Abwasserbeseitigungspflicht bei Kleinkläranlagen

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	17.06.2014	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	24.06.2014	Verwaltungsausschuss
Ö	22.07.2014	Rat

Beschlussvorschlag:

Die Satzung zur Übertragung der Abwasserbeseitigungspflicht auf die Nutzungsberechtigten der Grundstücke gemäß § 96 Absatz 4 Niedersächsisches Wassergesetz (NWG) wird beschlossen.

Sach- und Rechtslage:

Mit der Satzung zur Übertragung der Abwasserbeseitigungspflicht auf die Nutzungsberechtigten der Grundstücke gemäß § 96 Absatz 4 Niedersächsisches Wassergesetz (NWG) regelt die Gemeinde den Umgang von häuslichem Abwasser der Kleinkläranlagen im Gemeindegebiet.

Grundsätzlich ist die Gemeinde Rastede nach dem Niedersächsischen Wassergesetz für die Entsorgung des in Kleinkläranlagen anfallenden Klärschlammes sowie häuslichen Abwassers zuständig.

Mit dem § 96 Abs. 4 NWG wurde den Kommunen eine gesetzliche Regelung an die Hand gegeben, den Nutzungsberechtigten der Grundstücke zumindest die Beseitigung des häuslichen Abwassers durch Satzung zu übertragen. Der anfallende Schlamm aus den Kleinkläranlagen ist weiterhin durch die Gemeinde Rastede zu beseitigen.

Die Satzung zur Übertragung der Abwasserbeseitigungspflicht auf die Nutzungsberechtigten der Grundstücke gemäß § 96 Absatz 4 NWG wurde bereits erstmalig nach der alten Rechtsgrundlage (§ 149 Abs. 4 NWG) am 11. Dezember 2000 durch den Rat der Gemeinde Rastede beschlossen und ist zum 01.01.2001 in Kraft getreten.

Durch die Novellierung des Niedersächsischen Wassergesetzes und die Aktualisierung der Anlage dieser Satzung war eine Überarbeitung notwendig.

Der Satzungstext sowie die Anlage zur Satzung sind als Anlage 1 und 2 beigelegt.

Die Anlage 1 der Satzung zur Übertragung der Abwasserbeseitigungspflicht auf die Nutzungsberechtigten der Grundstücke gemäß § 96 Absatz 4 NWG führt alle Nutzungsberechtigten auf, die vom Anschluss- und Benutzungszwang der zentralen Abwasserbeseitigung befreit sind. Um eine häufige Änderung der Anlage zur Satzung zu vermeiden, wurde der § 1 (Geltungsbereich) ergänzt. Damit sollen bereits alle Grundstücke erfasst werden, die zukünftig in Bebauungsplangebiete fallen und damit automatisch aus der Anlage gestrichen werden können. Für alle weiteren Fälle ist eine regelmäßige verwaltungsinterne Prüfung und nach Bedarf eine Änderung der Anlage notwendig.

Gemäß § 96 Absatz 5 NWG bedarf die Satzung nach Satzungsbeschluss der Zustimmung der Wasserbehörde (Landkreis Ammerland). Eine Vorabstimmung hat bereits stattgefunden.

Finanzielle Auswirkungen:

Keine.

Anlagen:

1. Satzung gemäß § 96 Absatz 4 Niedersächsisches Wassergesetz
2. Anlage 1 zur Satzung

Satzung

der Gemeinde Rastede zur Übertragung der Abwasserbeseitigungspflicht auf die Nutzungsberechtigten der Grundstücke.

- dezentrale Abwasserbeseitigung -

Aufgrund der § 10 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) i. d .F. vom 17.12.2010 (Nieders- GVBl. 2010, 576), zuletzt geändert durch *Artikel 1 des Gesetzes vom 16. Dezember 2013 (Nds. GVBl. S. 307)* i. V. m. § 96 Abs. 4 des Niedersächsischen Wassergesetzes (NWG) i. d. F. vom 19.02.2010 (Nieders. GVBl. 2010 S. 64), zuletzt geändert durch *§ 87 Abs. 3 des Gesetzes vom 03.04.2012 (Nds. GVBl. S. 46)* hat der Rat der Gemeinde Rastede in seiner Sitzung am *22.07.2014* folgende Satzung beschlossen:

§ 1 **Geltungsbereich**

- (1) *Diese Satzung gilt für alle Grundstücke im Gebiet der Gemeinde Rastede, auf denen häusliches Abwasser anfällt.*

Ausgenommen sind:

- 1. die Grundstücke, die bereits durch eine betriebsbereite öffentliche Kanalisationsanlage erschlossen sind*

und

- 2. Grundstücke in zukünftigen Baugebieten (Wohn-, Gewerbe- und Sondergebiete), für die ein Bebauungsplan eine zentrale Abwasserentsorgung fordert und die nach Inkrafttreten dieser Satzung durch eine öffentliche Kanalisationsanlage erschlossen werden.*

- (2) *Die durch Kleinkläranlagen zu entsorgenden Grundstücke ergeben sich aus der Anlage 1 zu dieser Satzung in der Fassung vom 01.08.2014.*

§ 2

Übertragung der Abwasserbeseitigungspflicht

- (3) Die Abwasserbeseitigungspflicht für häusliches Abwasser wird für die in der Anlage 1 zur Satzung in der Fassung vom **01.08.2014** aufgelisteten Grundstücke auf die Nutzungsberechtigten übertragen. Das Abwasser der betroffenen Grundstücke ist durch Kleinkläranlagen zu beseitigen. Die Pflicht zur Beseitigung des in den Kleinkläranlagen anfallenden Schlammes verbleibt bei der Gemeinde Rastede.
- (4) Das gereinigte Abwasser aus den Kleinkläranlagen ist nach Maßgabe der von der Unteren Wasserbehörde zu erteilenden Einleitungserlaubnis in den Untergrund oder in die in der Anlage genannten Gewässern II. Ordnung über offene Gräben oder Verrohrungen einzuleiten.
- (5) Die Abwasserbeseitigungspflicht für die Nutzungsberechtigten entfällt, sobald das Grundstück an die zentrale Abwasseranlage der Gemeinde Rastede angeschlossen ist. Der freiwillige Anschluss an die zentrale Abwasseranlage wird durch diese Satzung nicht beeinträchtigt.

§ 3

Ausschluss des Anschluss- und Benutzungszwanges an die zentrale Schmutzwasseranlage

- (1) Hat der Nutzungsberechtigte eines Grundstückes während der Geltungsdauer dieser Satzung eine Kleinkläranlage ordnungsgemäß errichtet oder wesentlich geändert, so darf die Gemeinde ihn auf die Dauer von 15 Jahren, beginnend mit der Errichtung oder wesentlichen Änderung der Anlage, nicht zum Anschluss an die zentrale Abwasseranlage und zu deren Benutzung verpflichten, es sei denn, seine Befugnis nach § 10 NWG zur gesonderten Einleitung des Abwassers ist erloschen.
- (2) Betreibt der Nutzungsberechtigte eines Grundstückes zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Satzung eine ordnungsgemäße Kleinkläranlage, so darf die Gemeinde ihn auf die Dauer von 15 Jahren, beginnend mit der Errichtung der Anlage, nicht zum Anschluss an die zentrale Abwasseranlage und zu deren Benutzung verpflichten, es sei denn, seine Befugnis nach § 10 NWG zur gesonderten Einleitung des Abwassers ist erloschen.

- (3) Betreibt der Nutzungsberechtigte eines Grundstückes zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Satzung eine ordnungsgemäße Kleinkläranlage, obwohl die Anschlussmöglichkeit an die zentrale Abwasseranlage vorhanden ist, so darf die Gemeinde ihn für den bereits bewilligten Zeitraum der Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang nicht zum Anschluss die zentrale Abwasseranlage verpflichten, es sei denn, seine Befugnis nach § 10 NWG ist erloschen.

§ 4 Inkrafttreten

Die Satzung tritt am **01.08.2014** in Kraft.

Rastede, den 22. Juli 2014

Gemeinde Rastede

Dieter von Essen
Bürgermeister

	Belegenheit	Bauerschaft	Flur	Flurstück	Gewässer
1.	Achterdörper Weg 04	Wapeldorf	1	4/16	84/4 Dringenburger Bäke (Wzg.26)
2.	Achterdörper Weg 09	Wapeldorf	2	218/3	84/4 Dringenburger Bäke (Wzg.26)
3.	Achterdörper Weg 19	Wapeldorf	2	549/223	84/4 Dringenburger Bäke (Wzg.26)
4.	Achterdörper Weg 24	Wapeldorf	1	119/5	84/4 Dringenburger Bäke (Wzg.26)
5.	Achterdörper Weg 27	Wapeldorf	2	243/2	84/4 Dringenburger Bäke (Wzg.26)
6.	Achterdörper Weg 38	Wapeldorf	1	137/16	84/4 Dringenburger Bäke (Wzg.26)
7.	Achterdörper Weg 44	Wapeldorf	1	236/17	84/4 Dringenburger Bäke (Wzg.26)
8.	Achterdörper Weg 51	Wapeldorf	2	250/3	84/4 Dringenburger Bäke (Wzg.26)
9.	Achterdörper Weg 54	Wapeldorf	1	219/18	84/4 Dringenburger Bäke (Wzg.26)
10.	Achterdörper Weg 61	Wapeldorf	2	269/1	84/4 Dringenburger Bäke (Wzg.26)
11.	Achterdörper Weg 76	Wapeldorf	1	42/1	84/4 Dringenburger Bäke (Wzg.26)
12.	Achterdörper Weg 80	Wapeldorf	1	220/42+224/42	84/4 Dringenburger Bäke (Wzg.26)
13.	Achterdörper Weg 83	Wapeldorf	2	479/304	84/4 Dringenburger Bäke (Wzg.26)
14.	Achterdörper Weg 93	Wapeldorf	2	553/310	84/4 Dringenburger Bäke (Wzg.26)
15.	Achtern Grode Feldhus 05	Neusüdende II	41	147/2	75/6.02.1 Wzg.-im kleinen Strehl
16.	Achtern Grode Feldhus 11	Neusüdende II	41	563/139+137	73/3 Ofener Bäke
17.	Achtern Grode Feldhus 12	Neusüdende II	40	83/26	75/6.02.1 Wzg.-im kleinen Strehl
18.	Achtern Grode Feldhus 21	Neusüdende II	41	134/4	73/3 Ofener Bäke
19.	Achtern Grode Feldhus 23	Neusüdende II	41	134/5	73/3 Ofener Bäke
20.	Achtern Grode Feldhus 33	Neusüdende II	41	518/118	73/3 Ofener Bäke
21.	Achtern Kamp 03	Delfshausen	27	340/43	84/51 Delfshauser Pumpgraben 1
22.	Achtern Kamp 07	Delfshausen	27	47/2	84/51 Delfshauser Pumpgraben 1
23.	Achtern Kamp 11	Delfshausen	27	314/56	84/51 Delfshauser Pumpgraben 1
24.	Achtern Kamp 17	Delfshausen	27	342/70	84/51 Delfshauser Pumpgraben 1
25.	Ackerweg 12	Rastederberg	5	296/104	84/29 Hahner Bäke (Wzg.29)
26.	Ackerweg 14	Rastederberg	5	119/1	84/29 Hahner Bäke (Wzg.29)
27.	Ackerweg 16	Rastederberg	5	119/2	84/29 Hahner Bäke (Wzg.29)
28.	Ackerweg 23	Rastederberg	5	121/4	84/29 Hahner Bäke (Wzg.29)
29.	Alpenrosenweg 07	Rastederberg	5	265/123	84/19 Geestrandtief
30.	Alt Ipweger Weg 03	Ipwege	50	61/1	75/6.00 Geestrandgraben
31.	Alt Ipweger Weg 04+15+26	Ipwege	50	61/6	75/6.00 Geestrandgraben
32.	Alt Ipweger Weg 38	Ipwege	50	61/3	75/6.00 Geestrandgraben
33.	Alt Ipweger Weg 46	Ipwege	50	70/1	75/6.00 Geestrandgraben
34.	Alt Ipweger Weg 80	Ipwege	50	80/3	75/6.00 Geestrandgraben
35.	Alter Lehmder Weg 10	Lehmdermoor	16	478/35	84/47 Lehmdermoorgaben
36.	Alter Lehmder Weg 14	Lehmdermoor	16	477/35	84/47 Lehmdermoorgaben
37.	Alter Lehmder Weg 30	Lehmdermoor	16	421/37	84/47 Lehmdermoorgaben
38.	Alter Lehmder Weg 42	Lehmdermoor	16	40/3	84/47 Lehmdermoorgaben
39.	Alter Lehmder Weg 48	Lehmdermoor	16	487/43	84/47 Lehmdermoorgaben
40.	Alter Lehmder Weg 51	Hahn	14	114/1	84/34 Östpumpgraben
41.	Alter Lehmdermoorweg 09	Lehmdermoor	16	222/1	84/44 Südbäke
42.	Alter Lehmdermoorweg 43	Lehmdermoor	15	90/2	84/48 Lehmdermoorpumpgraben 2
43.	Alter Lehmdermoorweg 43a	Lehmdermoor	15	90/4	84/48 Lehmdermoorpumpgraben 2
44.	Alter Lehmdermoorweg 50	Lehmdermoor	15	151/96	84/46 Lehmdermoorpumpgraben 3
45.	Alter Lehmdermoorweg 55+57	Lehmdermoor	15	196/87	84/48 Lehmdermoorpumpgraben 2
46.	Alter Lehmdermoorweg 61	Lehmdermoor	15	184/86	84/48 Lehmdermoorpumpgraben 2
47.	Am Eichenwall 07	Liethe	20	465/2	84/27 Rehorner Bäke (Wzg.35)
48.	Am Eichenwall 100+102	Liethe	20	176/5	84/27 Rehorner Bäke (Wzg.35)
49.	Am Eichenwall 30	Liethe	19	10/5	84/27 Rehorner Bäke (Wzg.35)

Anlage 1 Satzung der Gemeinde Rastede zur Übertragung der Abwasserbeseitigungspflicht

50.	Am Eichenwall 36	Liethe	19	10/1	84/27 Rehorner Bäche (Wzg.35)
51.	Am Eichenwall 42	Liethe	19	10/2	84/27 Rehorner Bäche (Wzg.35)
52.	Am Eichenwall 61	Liethe	20	505/6	84/27 Rehorner Bäche (Wzg.35)
53.	Am Eichenwall 69	Liethe	20	6/9	84/27 Rehorner Bäche (Wzg.35)
54.	Am Eichenwall 75	Liethe	20	6/2+6/10	84/27 Rehorner Bäche (Wzg.35)
55.	Am Ende 02	Wahnbeck	48	584/130	75/6.02 Wahnbüke
56.	Am Hardenkamp 20	Hankhausen II	33	389/119	84/21 Hülsbüke (Wzg.39)
57.	Am Hardenkamp 26	Hankhausen II	33	363/116	84/21 Hülsbüke (Wzg.39)
58.	Am Hardenkamp 34	Hankhausen II	33	362/112	84/21 Hülsbüke (Wzg.39)
59.	Am Hardenkamp 36	Hankhausen II	33	112/1	84/21 Hülsbüke (Wzg.39)
60.	Am Hardenkamp 37	Hankhausen II	33	404/43	84/21 Hülsbüke (Wzg.39)
61.	Am Hardenkamp 38	Hankhausen II	33	112/3	84/21 Hülsbüke (Wzg.39)
62.	Am Hardenkamp 42	Hankhausen II	33	312/112	84/21 Hülsbüke (Wzg.39)
63.	Am Hardenkamp 44	Hankhausen II	33	112/5	84/21 Hülsbüke (Wzg.39)
64.	Am Hardenkamp 48	Hankhausen II	33	310/143	84/21 Hülsbüke (Wzg.39)
65.	Am Hardenkamp 65	Hankhausen II	33	402/48	84/21 Hülsbüke (Wzg.39)
66.	Am Hardenkamp 70	Hankhausen II	33	140/2	84/21 Hülsbüke (Wzg.39)
67.	Am Heidkamp 01	Hankhausen II	39	3/1	84/20 Loyer Bäche (Wzg.40)
68.	Am Heidkamp 02	Hankhausen II	33	382/194	84/20 Loyer Bäche (Wzg.40)
69.	Am Heidkamp 100	Hankhausen II	33	396/172	84/21 Hülsbüke (Wzg.39)
70.	Am Heidkamp 25	Hankhausen II	33	419/134	84/20 Loyer Bäche (Wzg.40)
71.	Am Heidkamp 33	Hankhausen II	33	135/1	84/20 Loyer Bäche (Wzg.40)
72.	Am Heidkamp 35	Hankhausen II	33	135/2	84/20 Loyer Bäche (Wzg.40)
73.	Am Heidkamp 43	Hankhausen II	33	302/136	84/20 Loyer Bäche (Wzg.40)
74.	Am Heidkamp 57	Hankhausen II	33	416/149	84/20 Loyer Bäche (Wzg.40)
75.	Am Hornkamp 20	Barghorn	34	416/22	84/20 Loyer Bäche (Wzg.40)
76.	Am Hornkamp 22	Barghorn	34	11/6	84/20 Loyer Bäche (Wzg.40)
77.	Am Langenberg 70	Barghorn	34	411/160	84/19 Geestrandtief
78.	Am Palsterkiel 14	Leuchtenburg	46	235/13	73/1 Haaren
79.	Am Palsterkiel 29	Leuchtenburg	46	245/1	73/1 Haaren
80.	Am Palsterkiel 76	Neusüdende I	42	261/1	73/1 Haaren
81.	Am Schippstroth 06	Leuchtenburg	46	107/3	73/1 Haaren
82.	Am Schippstroth 20	Leuchtenburg	46	57/3	73/1 Haaren
83.	Am Schippstroth 57	Leuchtenburg	46	228/65	73/1 Haaren
84.	Am Stratjebusch 60	Südende II	43	17/1	73/1 Haaren
85.	An den Wellen 20	Barghorn	34	145/110	84/20 Loyer Bäche (Wzg.40)
86.	An der Badeanstalt 02	Hahn	13	300/51	84/28 Rehbäche (Wzg.34)
87.	An der Badeanstalt 29	Lehmden	17	495/236	84/28 Rehbäche (Wzg.34)
88.	An der Badeanstalt 37	Lehmden	17	237/4	84/28 Rehbäche (Wzg.34)
89.	An der Braker Bahn 04	Loy	38	29/4	84/20 Loyer Bäche (Wzg.40)
90.	An der Braker Bahn 06	Loy	38	29/3	84/20 Loyer Bäche (Wzg.40)
91.	An der Braker Bahn 10	Loy	38	29/2	84/20 Loyer Bäche (Wzg.40)
92.	An der Braker Bahn 17	Loy	38	29/7	84/20 Loyer Bäche (Wzg.40)
93.	An der Braker Bahn 19	Loy	38	29/8	84/20 Loyer Bäche (Wzg.40)
94.	An der Lemmelheide 04	Hahn	13	83/20	84/28 Rehbäche (Wzg.34)
95.	An der Wapel 02	Heubült	3	429/164	84/1 Wapel
96.	An der Wapel 12	Heubült	3	230/171	84/1 Wapel
97.	An der Wapel 16	Heubült	3	395/177	84/1 Wapel
98.	An der Wapel 28	Heubült	3	182/1	84/1 Wapel
99.	An der Wapel 31	Heubült	3	381/85	84/1 Wapel

Anlage 1 Satzung der Gemeinde Rastede zur Übertragung der Abwasserbeseitigungspflicht

100.	An der Wapel 36	Heubült	3	393/177	84/1 Wapel
101.	An der Wapel 48	Heubült	3	404/83	84/1 Wapel
102.	An der Wapel 59	Heubült	3	89/1	84/1 Wapel
103.	An der Wapel 60	Heubült	3	427/72	84/1 Wapel
104.	Auf dem Kamp 09	Südende I	43	469/2	84/21 Hülsbäke (Wzg.39)
105.	Auf dem Kamp 21	Südende I	43	470/1	84/21 Hülsbäke (Wzg.39)
106.	Auf dem Kamp 27+31	Südende I	43	484/1	84/21 Hülsbäke (Wzg.39)
107.	Auf dem Kamp 34	Südende I	43	420/1	84/21 Hülsbäke (Wzg.39)
108.	Auf dem Knollen 05	Bekhausen	6	233/2	84/2 Bekhauser Bäke (Wzg.27)
109.	Auf dem Knollen 20	Bekhausen	6	516/21	84/2 Bekhauser Bäke (Wzg.27)
110.	Auf dem Knollen 40	Bekhausen	6	16/1	84/2 Bekhauser Bäke (Wzg.27)
111.	Bahnweg 35	Hostemost	20	74/1	84/25 Moorbäke (Wzg.36)
112.	Bahnweg 39	Hostemost	20	72/1	84/25 Moorbäke (Wzg.36)
113.	Bahnweg 45	Hostemost	20	83/20	84/25 Moorbäke (Wzg.36)
114.	Bäkenweg 11	Hahn	14	303/125	84/34 Ostpumpgraben
115.	Bäkenweg 21	Hahn	14	135/2	84/34 Ostpumpgraben
116.	Barkenweg 05	Bekhausen	4	173/4	84/2 Bekhauser Bäke (Wzg.27)
117.	Barkenweg 07	Bekhausen	4	173/5	84/2 Bekhauser Bäke (Wzg.27)
118.	Bekhauser Esch 125	Bekhausen	12	107/5	84/29 Hahner Bäke (Wzg.29)
119.	Bekhauser Esch 134	Bekhausen	7	154/17	84/29 Hahner Bäke (Wzg.29)
120.	Bekhauser Esch 140	Bekhausen	7	157/13	84/29 Hahner Bäke (Wzg.29)
121.	Bekhauser Esch 154	Bekhausen	7	206/160	84/29 Hahner Bäke (Wzg.29)
122.	Bekhauser Esch 17	Bekhausen	7	110/1	84/29 Hahner Bäke (Wzg.29)
123.	Bekhauser Esch 39	Bekhausen/Hahn	7	265/122	84/29 Hahner Bäke (Wzg.29)
124.	Bekhauser Esch 43	Bekhausen	7	124/1	84/29 Hahner Bäke (Wzg.29)
125.	Bekhauser Esch 47	Bekhausen	7	139/1	84/29 Hahner Bäke (Wzg.29)
126.	Bekhauser Esch 50	Bekhausen	7	216/88	84/29 Hahner Bäke (Wzg.29)
127.	Bekhauser Esch 53	Bekhausen	7	133/2	84/29 Hahner Bäke (Wzg.29)
128.	Bekhauser Straße 25	Wapeldorf	8	142/97+95	84/2 Bekhauser Bäke (Wzg.27)
129.	Bekhausermoorweg 11	Bekhausen	6	260/4	84/2 Bekhauser Bäke (Wzg.27)
130.	Bekhausermoorweg 122	Bekhausen	8	83/2	84/2 Bekhauser Bäke (Wzg.27)
131.	Bekhausermoorweg 128	Bekhausen	8	75/1	84/2 Bekhauser Bäke (Wzg.27)
132.	Bekhausermoorweg 13	Bekhausen	6	260/1	84/2 Bekhauser Bäke (Wzg.27)
133.	Bekhausermoorweg 139	Bekhausen	8	160/68	84/3 Bekhausermoorgraben (W28)
134.	Bekhausermoorweg 17	Bekhausen	6	525/257	84/2 Bekhauser Bäke (Wzg.27)
135.	Bekhausermoorweg 18	Bekhausen	6	508/256	84/2 Bekhauser Bäke (Wzg.27)
136.	Bekhausermoorweg 19	Bekhausen	6	502/267	84/2 Bekhauser Bäke (Wzg.27)
137.	Bekhausermoorweg 21	Bekhausen	6	501/267	84/2 Bekhauser Bäke (Wzg.27)
138.	Bekhausermoorweg 23	Bekhausen	6	500/267	84/2 Bekhauser Bäke (Wzg.27)
139.	Bekhausermoorweg 25	Bekhausen	6	498/267	84/2 Bekhauser Bäke (Wzg.27)
140.	Bekhausermoorweg 30	Bekhausen	6	255	84/2 Bekhauser Bäke (Wzg.27)
141.	Bekhausermoorweg 64	Bekhausen	7	9/7	84/2 Bekhauser Bäke (Wzg.27)
142.	Bekhausermoorweg 86	Bekhausen	7	5/1	84/2 Bekhauser Bäke (Wzg.27)
143.	Bekhausermoorweg 94	Bekhausen	7	240/2	84/3 Bekhausermoorgraben (W28)
144.	Bentweg 25	Hahn	14	295/47	84/29 Hahner Bäke (Wzg.29)
145.	Bentweg 5	Hahn	14	231/1	84/29 Hahner Bäke (Wzg.29)
146.	Birkendamm 01	Hankhausen I	30	150/35	84/22 Hankhauser Bäke (Wzg.38)
147.	Birkendamm 65	Hankhausen I	29	449/183	84/86 Hankhauser Moorgraben 1
148.	Birkendamm 71	Hankhausen I	29	464/183	84/86 Hankhauser Moorgraben 1
149.	Birkendamm 72	Hankhausen I	29	369/234	84/86 Hankhauser Moorgraben 1

Anlage 1 Satzung der Gemeinde Rastede zur Übertragung der Abwasserbeseitigungspflicht

150.	Birkenstraße 101	Ipwegermoor	52	89/2	75/2.02 Westlicher Randgraben
151.	Birkenstraße 105	Ipwegermoor	52	90/2	75/2.02 Westlicher Randgraben
152.	Birkenstraße 109	Ipwegermoor	52	91	75/2.02 Westlicher Randgraben
153.	Birkenstraße 117	Ipwegermoor	51	3/3	75/2.02 Westlicher Randgraben
154.	Birkenstraße 118	Ipwegermoor	49	207/77	75/2.02 Westlicher Randgraben
155.	Birkenstraße 15	Loy	37	4	84/19 Geestrandtief
156.	Birkenstraße 25	Loy	37	5	84/19 Geestrandtief
157.	Birkenstraße 29	Loy	37	6	84/19 Geestrandtief
158.	Birkenstraße 32	Loy	38	203/12	84/19 Geestrandtief
159.	Birkenstraße 33	Loy	37	7	84/19 Geestrandtief
160.	Birkenstraße 37	Ipwegermoor	52	25/2	75/2.04 Nördlicher Mittelgraben
161.	Birkenstraße 41	Ipwegermoor	52	26	75/2.04 Nördlicher Mittelgraben
162.	Birkenstraße 45	Ipwegermoor	52	27/1	75/2.04 Nördlicher Mittelgraben
163.	Birkenstraße 46	Ipwegermoor	52	29	75/2.04 Nördlicher Mittelgraben
164.	Birkenstraße 48	Ipwegermoor	52	30/2	75/2.04 Nördlicher Mittelgraben
165.	Birkenstraße 50	Ipwegermoor	52	30/1	75/2.04 Nördlicher Mittelgraben
166.	Birkenstraße 53	Ipwegermoor	52	33/1	75/2.04 Nördlicher Mittelgraben
167.	Birkenstraße 57	Ipwegermoor	52	34/2	75/2.04 Nördlicher Mittelgraben
168.	Birkenstraße 61	Ipwegermoor	52	35/1	75/2.04 Nördlicher Mittelgraben
169.	Birkenstraße 65	Ipwegermoor	52	36	75/2.04 Nördlicher Mittelgraben
170.	Birkenstraße 69	Ipwegermoor	52	37/1	75/2.04 Nördlicher Mittelgraben
171.	Birkenstraße 71	Ipwegermoor	52	60/1	75/2.02 Westlicher Randgraben
172.	Birkenstraße 74	Ipwegermoor	52	69	75/2.02.1 Ipwegermoor-Graben
173.	Birkenstraße 75	Ipwegermoor	52	81/4	75/2.02.1 Ipwegermoor-Graben
174.	Birkenstraße 79	Ipwegermoor	52	82/3	75/2.02.1 Ipwegermoor-Graben
175.	Birkenstraße 81	Ipwegermoor	52	83/1	75/2.02.1 Ipwegermoor-Graben
176.	Birkenstraße 83	Ipwegermoor	52	83/3	75/2.02.1 Ipwegermoor-Graben
177.	Birkenstraße 85	Ipwegermoor	52	84/3	75/2.02.1 Ipwegermoor-Graben
178.	Birkenstraße 88	Ipwegermoor	52	75/2	75/2.02.1 Ipwegermoor-Graben
179.	Birkenstraße 89	Ipwegermoor	52	85/2	75/2.02 Westlicher Randgraben
180.	Birkenstraße 93	Ipwegermoor	52	87/2	75/2.02 Westlicher Randgraben
181.	Birkenstraße 97	Ipwegermoor	52	88/2	75/2.02 Westlicher Randgraben
182.	Blauer Baum 33	Bekhausen	6	660/159	84/29 Hahner Bäke (Wzg.29)
183.	Bohlendamm 13	Ipwegermoor	51	134/11	75/7.00 Ipweiger Tief
184.	Bohlendamm 16	Ipwegermoor	50	89/2	75/7.00 Ipweiger Tief
185.	Borbecker Weg 103+105	Neusüdende I	42	18/9	73/1 Haaren
186.	Borbecker Weg 108	Neusüdende I	42	52/6	73/1 Haaren
187.	Borbecker Weg 210	Südende I	43	430/1	84/21 Hülsbäke (Wzg.39)
188.	Borbecker Weg 82	Neusüdende I	42	50/3	73/1 Haaren
189.	Borbecker Weg 86	Neusüdende I	42	49/1	73/1 Haaren
190.	Borbecker Weg 99	Neusüdende I	42	18/20	73/1 Haaren
191.	Brahmweg 26	Leuchtenburg	46	255/34	73/1 Haaren
192.	Braker Chaussee 02	Neusüdende II	39	8/6	84/20 Loyer Bäke (Wzg.40)
193.	Braker Chaussee 02a	Neusüdende II	39	8/8	84/20 Loyer Bäke (Wzg.40)
194.	Braker Chaussee 04	Neusüdende II	39	9/2+46/10	84/20 Loyer Bäke (Wzg.40)
195.	Braker Chaussee 20	Neusüdende II	39	9/8	84/20 Loyer Bäke (Wzg.40)
196.	Braker Chaussee 21	Hankhausen II	33	382/194	84/20 Loyer Bäke (Wzg.40)
197.	Braker Chaussee 280	Loy	38	183/1	84/19 Geestrandtief
198.	Braker Chaussee 282+284	Loy	38	208/2	84/19 Geestrandtief
199.	Braker Chaussee 30	Neusüdende II	39	35/5	84/20 Loyer Bäke (Wzg.40)

Anlage 1 Satzung der Gemeinde Rastede zur Übertragung der Abwasserbeseitigungspflicht

200.	Braker Chaussee 31	Hankhausen II	33	368/194	84/20 Loyer Bäke (Wzg.40)
201.	Braker Chaussee 365	Loy	36	65/1	84/39 Schanze
202.	Braker Chaussee 37	Hankhausen II	33	367/194	84/20 Loyer Bäke (Wzg.40)
203.	Braker Chaussee 379	Loy	36	70/1	84/39 Schanze
204.	Braker Chaussee 39	Hankhausen II	33	194/1	
205.	Braker Chaussee 391	Loy	36	341/72	84/39 Schanze
206.	Braker Chaussee 399	Loy	36	342/73	84/39 Schanze
207.	Braker Chaussee 415	Loy	36	301/64	84/39 Schanze
208.	Braker Chaussee 417	Loy	36	73/1	84/39 Schanze
209.	Braker Chaussee 429	Loy	36	87/3	84/39 Schanze
210.	Braker Chaussee 449	Loy	36	348/84	84/39 Schanze
211.	Braker Chaussee 45+47	Barghorn	39	180/88	84/20 Loyer Bäke (Wzg.40)
212.	Brombeerweg 21	Ipwege	48	594/3	84/20 Loyer Bäke (Wzg.40)
213.	Brombeerweg 31	Ipwege	48	3/8	84/20 Loyer Bäke (Wzg.40)
214.	Brombeerweg 37	Wahnbek	48	583/87	84/20 Loyer Bäke (Wzg.40)
215.	Brombeerweg 65	Ipwege	48	594/3	Verrieselung
216.	Brombeerweg 75	Ipwege	48	3/8	84/20 Loyer Bäke (Wzg.40)
217.	Brombeerweg 79	Ipwege	48	583/87	84/20 Loyer Bäke (Wzg.40)
218.	Buchenstraße 02	Hankhausen II	33	100/3+105/6	84/21 Hülsbäke (Wzg.39)
219.	Buchenstraße 02a	Hankhausen II	33	105/7	84/21 Hülsbäke (Wzg.39)
220.	Buchenstraße 05	Hankhausen II	33	82/6	84/21 Hülsbäke (Wzg.39)
221.	Buchenstraße 08	Hankhausen II	33	100/6	84/21 Hülsbäke (Wzg.39)
222.	Buchenstraße 09	Hankhausen II	33	82/11	84/21 Hülsbäke (Wzg.39)
223.	Buchenstraße 12	Hankhausen II	33	91/14	84/21 Hülsbäke (Wzg.39)
224.	Buchenstraße 24	Hankhausen II	33	85/2	84/21 Hülsbäke (Wzg.39)
225.	Buchenstraße 45	Hankhausen II	33	76/1	84/21 Hülsbäke (Wzg.39)
226.	Buchenstraße 52	Hankhausen II	32	207/1	84/21 Hülsbäke (Wzg.39)
227.	Buchenstraße 77	Hankhausen II	32	504/260	84/21 Hülsbäke (Wzg.39)
228.	Butjadinger Str. 13	Wahnbek	48	277/6	
229.	Butjadinger Str. 130	Ipwege	50	14/7	Wahnbäke
230.	Butjadinger Str. 138	Ipwege	50	4/2	Geestrandtief
231.	Butjardinger Straße 108	Ipwege	50	532/23	75/6.02.2 Schulbäke
232.	Butjardinger Straße 122	Ipwege	50	14/5	75/6.02.2 Schulbäke
233.	Butjardinger Straße 129	Ipwege	48	18/4	84/20 Loyer Bäke (Wzg.40)
234.	Butjardinger Straße 132	Ipwege	50	588/10	84/20 Loyer Bäke (Wzg.40)
235.	Butjardinger Straße 133	Ipwege	48	18/1	84/20 Loyer Bäke (Wzg.40)
236.	Butjardinger Straße 142	Ipwege	50	587/4	84/20 Loyer Bäke (Wzg.40)
237.	Butjardinger Straße 149	Ipwege	48	9/2	84/20 Loyer Bäke (Wzg.40)
238.	Butjardinger Straße 154	Ipwege	50	2/8	84/20 Loyer Bäke (Wzg.40)
239.	Butjardinger Straße 163	Ipwege	48	599/6	84/20 Loyer Bäke (Wzg.40)
240.	Butjardinger Straße 165	Ipwege	48	1/8	84/20 Loyer Bäke (Wzg.40)
241.	Butjardinger Straße 181	Ipwege	49	7/30	84/20 Loyer Bäke (Wzg.40)
242.	Butjardinger Straße 185	Ipwege	49	7/31	84/20 Loyer Bäke (Wzg.40)
243.	Butjardinger Straße 200	Ipwege	49	19/1	84/20 Loyer Bäke (Wzg.40)
244.	Butteler Weg 01	Loy	38	504/179	84/20 Loyer Bäke (Wzg.40)
245.	Butteler Weg 02	Loy	38	390/224	84/20 Loyer Bäke (Wzg.40)
246.	Butteler Weg 121	Ipwege	49	20/1	84/20 Loyer Bäke (Wzg.40)
247.	Butteler Weg 30	Loy	38	444/228	84/20 Loyer Bäke (Wzg.40)
248.	Butteler Weg 94	Loy	38	63/3	84/20 Loyer Bäke (Wzg.40)
249.	Buttelmannsweg 18	Barghorn	35	172/1	84/19 Geestrandtief

Anlage 1 Satzung der Gemeinde Rastede zur Übertragung der Abwasserbeseitigungspflicht

250.	Buttelmannsweg 30	Barghorn	35	169	84/40 Loyer Moorgraben (Wzg.40)
251.	Buttelmannsweg 32	Barghorn	35	166/1	84/40 Loyer Moorgraben (Wzg.40)
252.	Consensweg 13	Wapeldorf	1	34/1	84/4 Dringenburger Bäke (Wzg.26)
253.	Consensweg 29	Wapeldorf	1	29/1	84/4 Dringenburger Bäke (Wzg.26)
254.	Dachsweg 12	Bekhausen	6	60/1	84/2 Bekhauser Bäke (Wzg.27)
255.	Dachsweg 20	Bekhausen	6	490/97	84/2 Bekhauser Bäke (Wzg.27)
256.	Dachsweg 22	Bekhausen	6	495/96	84/2 Bekhauser Bäke (Wzg.27)
257.	Deelenweg 16	Hankhausen I	29	460/164	84/41 Rasteder Bäke
258.	Deelenweg 18	Hankhausen I	29	460/164	84/41 Rasteder Bäke
259.	Deelenweg 82	Hankhausen I	29	525/236	84/41 Rasteder Bäke
260.	Delfshauser Straße (Parkplatz Gaststätte Decker)	Delfshausen	28	260/1	84/45 Delfshauser Pumpgraben 3
261.	Delfshauser Straße 01	Kleibrok	26	19/3	84/44 Südbäke
262.	Delfshauser Straße 01a	Kleibrok	26	18/3	84/44 Südbäke
263.	Delfshauser Straße 106	Delfshausen	26	58/5	84/45 Delfshauser Pumpgraben 3
264.	Delfshauser Straße 13	Delfshausen	26	387/21	84/44 Südbäke
265.	Delfshauser Straße 15	Delfshausen	26	22/3	84/44 Südbäke
266.	Delfshauser Straße 24	Delfshausen	26	287/54	84/44 Südbäke
267.	Delfshauser Straße 31	Delfshausen	26	386/25	84/44 Südbäke
268.	Delfshauser Straße 33	Delfshausen	26	27/2	84/44 Südbäke
269.	Delfshauser Straße 37	Delfshausen	26	385/29	84/44 Südbäke
270.	Delfshauser Straße 38	Delfshausen	26	54/2	84/44 Südbäke
271.	Delfshauser Straße 41	Delfshausen	26	361/31	84/44 Südbäke
272.	Delfshauser Straße 45	Delfshausen	26	384/35	84/44 Südbäke
273.	Delfshauser Straße 57	Delfshausen	26	383/39	84/44 Südbäke
274.	Delfshauser Straße 68	Delfshausen	26	52/2	84/44 Südbäke
275.	Delfshauser Straße 69	Delfshausen	26	355/43	84/44 Südbäke
276.	Delfshauser Straße 71	Delfshausen	26	44/2	84/44 Südbäke
277.	Delfshauser Straße 82	Delfshausen	26	362/52	84/45 Delfshauser Pumpgraben 3
278.	Denkmalsweg 24	Hankhausen II	33	383/31	84/21 Hülsbäke (Wzg.39)
279.	Denkmalsweg 36	Hankhausen II	33	321/38	84/21 Hülsbäke (Wzg.39)
280.	Diedrich-Blohm-Weg 05	Wahnbek	48	270/3	75/6.02 Wahn bäke
281.	Dorfstraße 01	Loy	38	30/8	84/20 Loyer Bäke (Wzg.40)
282.	Dorfstraße 13	Loy	38	43/1	84/20 Loyer Bäke (Wzg.40)
283.	Dorfstraße 17	Loy	38	58/2	84/20 Loyer Bäke (Wzg.40)
284.	Dörostraat 91	Delfshausen	28	580/254	84/45 Delfshauser Pumpgraben 3
285.	Dörpstraat 100	Delfshausen	28	95/2	84/50 Delfshauser Pumpgraben 2
286.	Dörpstraat 110	Delfshausen	28	94/2	84/50 Delfshauser Pumpgraben 2
287.	Dörpstraat 111	Delfshausen	28	699/257	84/45 Delfshauser Pumpgraben 3
288.	Dörpstraat 114	Delfshausen	28	94/5	84/45 Delfshauser Pumpgraben 3
289.	Dörpstraat 143	Delfshausen	27	353/155	84/45 Delfshauser Pumpgraben 3
290.	Dörpstraat 157	Delfshausen	27	352/164	84/45 Delfshauser Pumpgraben 3
291.	Dörpstraat 31	Delfshausen	28	709/206	84/43 Delfshauser Pumpgraben 4
292.	Dörpstraat 35	Delfshausen	28	620/208	84/43 Delfshauser Pumpgraben 4
293.	Dörpstraat 38	Delfshausen	28	717/119	84/50 Delfshauser Pumpgraben 2
294.	Dörpstraat 45	Delfshausen	28	708/222	84/43 Delfshauser Pumpgraben 4
295.	Dörpstraat 67	Delfshausen	28	704/241	84/45 Delfshauser Pumpgraben 3
296.	Dörpstraat 70	Delfshausen	28	100/2+98/2	84/50 Delfshauser Pumpgraben 2
297.	Dörpstraat 70a	Delfshausen	28	100/1	84/50 Delfshauser Pumpgraben 2
298.	Dörpstraat 79	Delfshausen	28	254/1	84/45 Delfshauser Pumpgraben 3
299.	Dörpstraat 82	Delfshausen	28	721/97	84/50 Delfshauser Pumpgraben 2

Anlage 1 Satzung der Gemeinde Rastede zur Übertragung der Abwasserbeseitigungspflicht

300.	Dörpstraat 95	Delfshausen	28	701/254	84/45 Delfshauser Pumpgraben 3
301.	Dreschkamp 15	Nethen	11	159/1	84/32 Hahner Graben (Wzg.33)
302.	Dringenburger Straße 02	Bekhausen	6	162/4	84/2 Bekhauser Bäke (Wzg.27)
303.	Dringenburger Straße 05	Bekhausen	6	36/1	84/2 Bekhauser Bäke (Wzg.27)
304.	Dringenburger Straße 06	Bekhausen	4	414/162	84/2 Bekhauser Bäke (Wzg.27)
305.	Dringenburger Straße 160	Wapeldorf	2	146/5	84/2 Bekhauser Bäke (Wzg.27)
306.	Dringenburger Straße 192	Wapeldorf	2	330/2	84/2 Bekhauser Bäke (Wzg.27)
307.	Dringenburger Straße 193	Wapeldorf	8	170/1+171/1	84/2 Bekhauser Bäke (Wzg.27)
308.	Dringenburger Straße 195	Wapeldorf	8	143/1	84/2 Bekhauser Bäke (Wzg.27)
309.	Dringenburger Straße 203	Wapeldorf	8	174/1	84/2 Bekhauser Bäke (Wzg.27)
310.	Dringenburger Straße 210	Wapeldorf	2	331/2	84/2 Bekhauser Bäke (Wzg.27)
311.	Dringenburger Straße 216	Wapeldorf	1	207/44	84/2 Bekhauser Bäke (Wzg.27)
312.	Dringenburger Straße 217	Wapeldorf	1	44/1	84/2 Bekhauser Bäke (Wzg.27)
313.	Dringenburger Straße 250	Wapeldorf	1	200/46	84/4 Dringenburger Bäke (Wzg.26)
314.	Dringenburger Straße 268	Wapeldorf	1	50/2	84/4 Dringenburger Bäke (Wzg.26)
315.	Dringenburger Straße 277	Wapeldorf	8	40/25	84/2 Bekhauser Bäke (Wzg.27)
316.	Dringenburger Straße 50	Bekhausen	4	180/2	84/2 Bekhauser Bäke (Wzg.27)
317.	Dringenburger Straße 54	Bekhausen	4	441/193	84/2 Bekhauser Bäke (Wzg.27)
318.	Dringenburger Straße 70	Bekhausen	4	204/12	84/2 Bekhauser Bäke (Wzg.27)
319.	Dringenburger Straße 71	Bekhausen	6	15/1	84/2 Bekhauser Bäke (Wzg.27)
320.	Dringenburger Straße 73	Bekhausen	6	2/3	84/2 Bekhauser Bäke (Wzg.27)
321.	Düserweg 20	Leuchtenburg	45	11/1	
322.	Dwowed 01	Lehmden	17	42/4	84/19 Geestrandtief
323.	Dwowed 11	Lehmden	17	42/1	84/19 Geestrandtief
324.	Dwowed 156	Lehmden	16	72/2	84/19 Geestrandtief
325.	Dwowed 185	Kleibrok	25	12/10	84/44 Südbäke
326.	Dwowed 190	Kleibrok	25	165/12	84/44 Südbäke
327.	Dwowed 38	Lehmden	17	517/45	84/19 Geestrandtief
328.	Dwowed 39	Lehmden	17	43/2	84/19 Geestrandtief
329.	Dwowed 55	Lehmdermoor	16	62/2	84/47 Lehmdermoorgraben
330.	Dwowed 70	Lehmden	16	402/66	84/47 Lehmdermoorgraben
331.	Eggerkingweg 01	Hankhausen I	29	358/98	84/41 Rasteder Bäke
332.	Eggerkingweg 02	Hankhausen I	29	340/98	84/41 Rasteder Bäke
333.	Eggerkingweg 15	Hankhausen I	29	359/98	84/41 Rasteder Bäke
334.	Ellbogenstraße 31	Neusüdende I	42	412/57	73/1 Haaren
335.	Ellbogenstraße 51	Neusüdende I	42	59/1	73/1 Haaren
336.	Ellbogenstraße 59	Neusüdende I	42	608/66	73/1 Haaren
337.	Ellbogenstraße 65	Neusüdende I	42	72/7	73/1 Haaren
338.	Emsoldstraße 01a	Hankhausen II	32	455/173	84/21 Hülsbäke (Wzg.39)
339.	Emsoldstraße 54	Hankhausen II	32	202/2	84/21 Hülsbäke (Wzg.39)
340.	Emsoldstraße 64	Hankhausen II	32	203/4	84/21 Hülsbäke (Wzg.39)
341.	Erlenweg 03, 05	Heubült	3	128/3	84/2 Bekhauser Bäke (Wzg.40)
342.	Erlenweg 10	Heubült	4	334/1	84/2 Bekhauser Bäke (Wzg.27)
343.	Erlenweg 14	Heubült	4	335	84/2 Bekhauser Bäke (Wzg.27)
344.	Erlenweg 15	Heubült	4	336	84/2 Bekhauser Bäke (Wzg.27)
345.	Fabrikweg 17	Hostemost	20	79/5	84/25 Moorbäke (Wzg.36)
346.	Fabrikweg 18	Hostemost	20	81/3	84/25 Moorbäke (Wzg.36)
347.	Fabrikweg 21	Hostemost	20	79/6	84/25 Moorbäke (Wzg.36)
348.	Fischteichstraße 15	Wahnbek	48	287/8	75/6.02 Wahn bäke
349.	Fischteichstraße 30	Wahnbek	48	264/3	75/6.02 Wahn bäke

Anlage 1 Satzung der Gemeinde Rastede zur Übertragung der Abwasserbeseitigungspflicht

350.	Gabelweg 30	Barghorn	34	471/151	84/19 Geestrandtief
351.	Gabelweg 43	Barghorn	34	410/160	84/19 Geestrandtief
352.	Gabelweg 44	Barghorn	34	156/1	84/19 Geestrandtief
353.	Geestrandstraße 104	Ipwege	49	244/87	84/20 Loyer Bäke (Wzg.40)
354.	Geestrandstraße 105	Ipwege	49	206/34	84/20 Loyer Bäke (Wzg.40)
355.	Geestrandstraße 110	Ipwege	49	266/91	84/20 Loyer Bäke (Wzg.40)
356.	Geestrandstraße 25	Ipwege	50	599/120	75/6.00 Geestrandgraben
357.	Geestrandstraße 62	Ipwege	50	497/46	75/6.00 Geestrandgraben
358.	Geestrandstraße 73	Ipwege	49	234/39	75/6.00 Geestrandgraben
359.	Grabenweg 09	Heubült	4	418/339	84/1 Wapel
360.	Grabenweg 17	Heubült	4	415/349	84/1 Wapel
361.	Grafestraße 04	Neusüdende I	41	344/57	75/6.02 Wahn bäke
362.	Grafestraße 10	Neusüdende II	41	556/58	75/6.02 Wahn bäke
363.	Grafestraße 16	Neusüdende II	41	557/60	75/6.02 Wahn bäke
364.	Grafestraße 20	Neusüdende II	41	476/156	75/6.02 Wahn bäke
365.	Grafestraße 23	Neusüdende II	41	442/78	75/6.02 Wahn bäke
366.	Grafestraße 29	Neusüdende II	41	120/1	75/6.02.1 Wzg.-im kleinen Strehl
367.	Grafestraße 30	Neusüdende II	41	533/155	75/6.02 Wahn bäke
368.	Grafestraße 39	Neusüdende II	41	147/3	75/6.02.1 Wzg.-im kleinen Strehl
369.	Grüner Brink 22	Ipwege	48	471/31	84/20 Loyer Bäke (Wzg.40)
370.	Grüner Weg 45	Kleibrok	25	236/34	84/44 Südbäke
371.	Grüner Weg 66	Kleibrok	24	217/63	84/42 Alte Rasteder Bäke
372.	Grüner Weg 75	Kleibrok	25	35/3	84/44 Südbäke
373.	Grüner Weg 83	Kleibrok	25	36/8	84/44 Südbäke
374.	Grüner Weg 85	Kleibrok	25	36/3	84/44 Südbäke
375.	Gut Hahn 11	Hahn	13	26/1	84/28 Rehbäke (Wzg.34)
376.	Gut Hahn 55	Hahn	13	291/35	84/28 Rehbäke (Wzg.34)
377.	Haarenkamp 19	Leuchtenburg	46	23+21/1	73/1 Haaren
378.	Haarenkamp 36	Leuchtenburg	46	33/2	73/1 Haaren
379.	Haarenkamp 64	Leuchtenburg	46	259/43	73/1 Haaren
380.	Haarenkamp 72	Leuchtenburg	46	258/48	73/1 Haaren
381.	Hahnermoorweg 137/137A	Hahn	14	250/74	84/35 Grenzgraben Hahnermoor
382.	Hahnermoorweg 216/216A	Hahn	14	97+93/1	84/33 Westpumpgraben
383.	Hahnermoorweg 221	Hahn	14	301/105	84/33 Westpumpgraben
384.	Hahnermoorweg 35	Rastederberg	5	47/1	84/35 Grenzgraben Hahnermoor
385.	Hahnermoorweg 39	Rastederberg	5	49	84/35 Grenzgraben Hahnermoor
386.	Hahnermoorweg 42+56	Rastederberg	5	313/92	84/35 Grenzgraben Hahnermoor
387.	Hahnermoorweg 43	Rastederberg	5	302/52	84/35 Grenzgraben Hahnermoor
388.	Hahnermoorweg 45	Rastederberg	5	58/12	84/35 Grenzgraben Hahnermoor
389.	Hahnermoorweg 47	Rastederberg	5	58/11	84/35 Grenzgraben Hahnermoor
390.	Hahnermoorweg 51	Rastederberg	5	45/2 45/3	84/35 Grenzgraben Hahnermoor
391.	Hahnermoorweg 56	Rastederberg	5	92/2	84/35 Grenzgraben Hahnermoor
392.	Hahnermoorweg 57	Rastederberg	5	287/78	84/35 Grenzgraben Hahnermoor
393.	Hahnermoorweg 75	Rastederberg	5	216/72	84/35 Grenzgraben Hahnermoor
394.	Hahnermoorweg 80	Rastederberg	5	127	84/35 Grenzgraben Hahnermoor
395.	Hahnermoorweg 86	Rastederberg	5	284/131	84/35 Grenzgraben Hahnermoor
396.	Hakenstraße 33	Neusüdende I	42	612/153	73/3 Ofener Bäke
397.	Hakenstraße 72	Neusüdende I	42	538/101	73/3 Ofener Bäke
398.	Hakenstraße 77	Neusüdende I	42	83/2	73/3 Ofener Bäke
399.	Halfterweg 10	Hankhausen II	32	502/254	84/21 Hülsbäke (Wzg.39)

Anlage 1 Satzung der Gemeinde Rastede zur Übertragung der Abwasserbeseitigungspflicht

400.	Halfterweg 11	Hankhausen II	32	457/220	84/21 Hülsbäke (Wzg.39)
401.	Hankhauser Weg 101	Loy	39	61/4	84/20 Loyer Bäke (Wzg.40)
402.	Hankhauser Weg 103	Loy	39	59/2	84/20 Loyer Bäke (Wzg.40)
403.	Hankhauser Weg 111	Loy	39	61/1	84/20 Loyer Bäke (Wzg.40)
404.	Hankhauser Weg 132	Loy	34	29/2	84/20 Loyer Bäke (Wzg.40)
405.	Hankhauser Weg 147	Barghorn	39	214/64	84/20 Loyer Bäke (Wzg.40)
406.	Hankhausermoorweg 41	Hankhausen I	29	333/98	84/41 Rasteder Bäke
407.	Hankhausermoorweg 43	Hankhausen I	29	452/98	84/41 Rasteder Bäke
408.	Hankhausermoorweg 45	Hankhausen I	29	385/98	84/41 Rasteder Bäke
409.	Hasenbült 23	Kleibrok	24	99/1	84/19 Geestrandtief
410.	Heiddornweg 01	Ipwege	48	18/1	84/20 Loyer Bäke (Wzg.40)
411.	Heiddornweg 08	Ipwege	48	12/3+12/4	84/20 Loyer Bäke (Wzg.40)
412.	Heiddornweg 14	Ipwege	48	641/12	84/20 Loyer Bäke (Wzg.40)
413.	Heiddornweg 15	Ipwege	48	13/1	84/20 Loyer Bäke (Wzg.40)
414.	Heiddornweg 26	Ipwege	48	499/4	84/20 Loyer Bäke (Wzg.40)
415.	Heiddornweg 30	Ipwege	48	498/4	84/20 Loyer Bäke (Wzg.40)
416.	Heidkamper Weg 27	Neusüdende I	41	346/24	73/2 Putthaaren
417.	Heidkamper Weg 52	Neusüdende I	42	215/1	73/2 Putthaaren
418.	Helmsweg 67	Delfshausen	26	238/58	84/43 Delfshauser Pumpgraben 4
419.	Hillers Weg 71	Ipwege	49	7/11	Loyer Bäke (Wzg. 38)
420.	Hirtenweg 103	Nethen	9	42	84/30 Mollberger Graben (Wzg.30)
421.	Hirtenweg 105	Nethen	9	51/17	84/30 Mollberger Graben (Wzg.30)
422.	Hirtenweg 131	Bekhausen	9	14/3	84/30 Mollberger Graben (Wzg.30)
423.	Hirtenweg 133	Bekhausen	9	14/1	84/30 Mollberger Graben (Wzg.30)
424.	Hirtenweg 45	Nethen	10	61/3	84/29 Hahner Bäke (Wzg.29)
425.	Hohe Brink 45	Wahnbek	48	50/41	75/6.02.2 Schulbäke
426.	Hohe Brink 50	Wahnbek	48	83/1	75/6.02.2 Schulbäke
427.	Hohe Horst 15	Hankhausen I	30	258/19	84/22 Hankhauser Bäke (Wzg.38)
428.	Hohe Liethe 13	Liethe	20	35/3	84/26 Liether Graben (Wzg.37)
429.	Hohe Liethe 33	Liethe	20	26/1	84/26 Liether Graben (Wzg.37)
430.	Hohe Liethe 65	Liethe	20	10/1	84/26 Liether Graben (Wzg.37)
431.	Hoher Kamp 08	Neusüdende I	41	15/1	73/3 Ofener Bäke
432.	Hohlweg 17	Wahnbek	48	225/4	75/6.02 Wahn bäke
433.	Hohlweg 24	Wahnbek	48	287/17	75/6.02 Wahn bäke
434.	Hohlweg 29	Wahnbek	48	201/7	75/6.02 Wahn bäke
435.	Hundertjückweg 15	Kleibrok	25	143/30	84/44 Südbäke
436.	Hundertjückweg 25	Kleibrok	25	30/7	84/44 Südbäke
437.	Hundertjückweg 30	Kleibrok	25	30/2	84/44 Südbäke
438.	Hundertjückweg 35	Kleibrok	25	145/30	84/44 Südbäke
439.	Huntorfer Damm 02	Ipwegermoor	51	1/2	75/2.02 Westlicher Randgraben
440.	Im Dreieck 30	Südende I	43	595/1	73/1 Haaren
441.	Im Dreieck 40	Südende I	43	596/5	73/1 Haaren
442.	Im Dreieck 43	Südende I	43	602/1	73/1 Haaren
443.	Im Dreieck 44	Südende I	43	596/1	73/1 Haaren
444.	Im Dreieck 45	Südende I	43	602/2	73/1 Haaren
445.	Im Dreieck 46	Südende I	43	597/5	73/1 Haaren
446.	Im Dreieck 47	Südende I	43	604/5	73/1 Haaren
447.	Im Dreieck 48	Südende I	43	597/6	73/1 Haaren
448.	Im Dreieck 49	Südende I	43	604/4	73/1 Haaren
449.	Im Dreieck 50	Südende I	43	598/5+599/2	73/1 Haaren

Anlage 1 Satzung der Gemeinde Rastede zur Übertragung der Abwasserbeseitigungspflicht

450.	Im Göhlen 32	Rastede I	30	268/77	84/22 Hankhauser Bäke (Wzg.38)
451.	Im Göhlen 56	Hankhausen I	30	12/5	84/22 Hankhauser Bäke (Wzg.38)
452.	Im Himmel 29	Barghorn	39	179/80	84/20 Loyer Bäke (Wzg.40)
453.	Kiebitzmoor 08	Delfshausen	26	58/13	84/44 Südbäke
454.	Klarmanns Kamp 18	Loy	38	120/1	84/20 Loyer Bäke (Wzg.40)
455.	Kleibroker Straße 349	Delfshausen	26	324/76	84/43 Delfshauser Pumpgraben 4
456.	Kleibroker Straße 359	Delfshausen	26	79	84/43 Delfshauser Pumpgraben 4
457.	Kleibroker Straße 359a	Delfshausen	26	402/75	84/43 Delfshauser Pumpgraben 4
458.	Kleibroker Straße 395	Delfshausen	28	711/191	84/43 Delfshauser Pumpgraben 4
459.	Kleibroker Straße 409	Delfshausen	28	664/188	84/43 Delfshauser Pumpgraben 4
460.	Kleibroker Straße 421	Delfshausen	28	176+710/174	84/43 Delfshauser Pumpgraben 4
461.	Kleibroker Straße 451	Delfshausen	28	714/170	84/50 Delfshauser Pumpgraben 2
462.	Kleibroker Straße 524	Delfshausen	28	617/502	84/38 Jade
463.	Klinkerstr. 32	Neusüdende II	40	49/4	84/20 Loyer Bäke (Wzg.40)
464.	Klostermoorweg 11	Neusüdende II	40	6/1	84/21 Hülsbäke (Wzg.39)
465.	Klostermoorweg 13	Neusüdende II	40	6/2	84/21 Hülsbäke (Wzg.39)
466.	Klostermoorweg 18	Neusüdende II	40	288/128	84/21 Hülsbäke (Wzg.39)
467.	Klostermoorweg 24	Neusüdende II	40	290/129	84/21 Hülsbäke (Wzg.39)
468.	Klostermoorweg 30	Neusüdende II	40	123/1	84/21 Hülsbäke (Wzg.39)
469.	Knickweg 45	Neusüdende II	42	122/2	84/21 Hülsbäke (Wzg.39)
470.	Knickweg 65	Neusüdende II	40	133/2	84/21 Hülsbäke (Wzg.39)
471.	Kolonatsweg 02	Hankhausen I	29	384/234	84/41 Rasteder Bäke
472.	Kolonatsweg 24	Hankhausen I	29	383/234	84/39 Schanze
473.	Kolonatsweg 72	Barghorn	35	42	84/39 Schanze
474.	Köttersweg 30	Südende II	43	15/4	73/1 Haaren
475.	Köttersweg 31	Südende II	43	534/11	73/1 Haaren
476.	Köttersweg 33	Südende II	43	9/1	73/1 Haaren
477.	Köttersweg 38	Südende II	43	13/6	73/1 Haaren
478.	Krevenstraße 148	Nethen	9	65/27	84/30 Mollberger Graben (Wzg.30)
479.	Krevenstraße 146	Nethen	9	32/1	84/30 Mollberger Graben (Wzg.30)
480.	Kuhdamm 48	Lehmden	17	529/14	84/47 Lehmdermoorgraben
481.	Kurze Straße 10	Rastederberg	5	82/2	84/35 Grenzgraben Hahnermoor
482.	Lammers Damm 21	Delfshausen	28	685/38	84/50 Delfshauser Pumpgraben 2
483.	Lammers Damm 31	Delfshausen	28	677/49	84/50 Delfshauser Pumpgraben 2
484.	Lammers Damm 39	Delfshausen	28	725/58	84/50 Delfshauser Pumpgraben 2
485.	Lehmder Straße 101	Lehmden	17	189/9	84/28 Rehbäke (Wzg.34)
486.	Lehmder Straße 109	Lehmden	17	160/4	84/47 Lehmdermoorgraben
487.	Lehmder Straße 109a	Lehmden	17	27/6	84/47 Lehmdermoorgraben
488.	Lehmder Straße 121	Lehmden	17	27/5	84/47 Lehmdermoorgraben
489.	Lehmder Straße 125	Lehmden	17	27/2	84/47 Lehmdermoorgraben
490.	Lehmder Straße 143	Lehmden	17	24/7 29/3	
491.	Lehmder Straße 145	Lehmden	17	24/7	84/47 Lehmdermoorgraben
492.	Lehmder Straße 175	Lehmden	17	412/37	84/47 Lehmdermoorgraben
493.	Lehmder Straße 250	Lehmdermoor	16	59/2	84/47 Lehmdermoorgraben
494.	Lehmder Straße 27	Lehmden	17	256/4	84/28 Rehbäke (Wzg.34)
495.	Lehmder Straße 28	Lehmden	18	15/2	84/28 Rehbäke (Wzg.34)
496.	Lehmder Straße 288	Lehmdermoor	16	429/52	84/47 Lehmdermoorgraben
497.	Lehmder Straße 300	Lehmdermoor	16	639/108	84/47 Lehmdermoorgraben
498.	Lehmder Straße 308	Lehmdermoor	16	628/108	84/47 Lehmdermoorgraben
499.	Lehmder Straße 318	Lehmdermoor	16	482/111	84/47 Lehmdermoorgraben

Anlage 1 Satzung der Gemeinde Rastede zur Übertragung der Abwasserbeseitigungspflicht

500.	Lehmder Straße 326	Lehmdermoor	16	486/117	84/47 Lehmdermoorgraben
501.	Lehmder Straße 334	Lehmdermoor	16	627/118	84/47 Lehmdermoorgraben
502.	Lehmder Straße 344	Lehmdermoor	16	626/129	84/47 Lehmdermoorgraben
503.	Lehmder Straße 349	Lehmdermoor	16	445/176	84/47 Lehmdermoorgraben
504.	Lehmder Straße 352	Lehmdermoor	16	475/130	84/47 Lehmdermoorgraben
505.	Lehmder Straße 360	Lehmdermoor	16	624/139	84/47 Lehmdermoorgraben
506.	Lehmder Straße 370	Lehmdermoor	16	623/148	84/47 Lehmdermoorgraben
507.	Lehmder Straße 380	Lehmdermoor	16	622/152	84/47 Lehmdermoorgraben
508.	Lehmder Straße 384	Lehmdermoor	16	155/2	84/47 Lehmdermoorgraben
509.	Lehmder Straße 386	Lehmdermoor	16	155/1	84/47 Lehmdermoorgraben
510.	Lehmder Straße 392	Lehmdermoor	16	620/163	84/47 Lehmdermoorgraben
511.	Lehmder Straße 41	Lehmnden	17	480/216	84/28 Rehbäke (Wzg.34)
512.	Lehmder Straße 423	Lehmdermoor	16	616/199	84/47 Lehmdermoorgraben
513.	Lehmder Straße 43	Lehmnden	17	217/8	
514.	Lehmder Straße 436	Lehmdermoor	15	265/32	84/47 Lehmdermoorgraben
515.	Lehmder Straße 436a	Lehmdermoor	15	264/29	84/47 Lehmdermoorgraben
516.	Lehmder Straße 472	Lehmdermoor	15	49/1	84/47 Lehmdermoorgraben
517.	Lehmder Straße 48	Lehmnden	17	21/10	84/28 Rehbäke (Wzg.34)
518.	Lehmder Straße 49	Lehmnden	17	535/217	84/28 Rehbäke (Wzg.34)
519.	Lehmder Straße 51	Lehmnden	17	208/2	84/28 Rehbäke (Wzg.34)
520.	Lehmder Straße 63	Lehmnden	17	205/12	84/28 Rehbäke (Wzg.34)
521.	Lehmder Straße 65	Lehmnden	17	205/13	84/28 Rehbäke (Wzg.34)
522.	Lehmder Straße 82	Lehmnden	17	373/145	84/28 Rehbäke (Wzg.34)
523.	Lehmder Straße 99	Lehmnden	17	179/2	84/28 Rehbäke (Wzg.34)
524.	Leuchtenburger Straße 10	Leuchtenburg	45	28/3	84/25 Moorbäke (Wzg.36)
525.	Lilienstraße 13a	Nethen	18	456/193	84/32 Hahner Graben (Wzg.33)
526.	Logemanns Damm 124	Kleibrok	25	20/7	84/42 Alte Rasteder Bäke
527.	Logemanns Damm 126	Kleibrok	25	20/8	84/42 Alte Rasteder Bäke
528.	Logemanns Damm 49	Kleibrok	22	210/10	84/19 Geestrandtief
529.	Logemanns Damm 61	Kleibrok	22	18/2	84/19 Geestrandtief
530.	Logemanns Damm 62	Kleibrok	24	191/41	84/19 Geestrandtief
531.	Loyer Weg 208	Barghorn	39	172/66	84/20 Loyer Bäke (Wzg.40)
532.	Meendeelweg 04	Hankhausen II	33	183/1	84/21 Hülsbäke (Wzg.39)
533.	Meendeelweg 32	Barghorn	39	69/1	84/20 Loyer Bäke (Wzg.40)
534.	Meenheitsweg 85	Hahn	12	84/10	84/32 Hahner Graben (Wzg.33)
535.	Metjendorfer Straße 121	Leuchtenburg	45	70/1	73/1 Haaren
536.	Metjendorfer Straße 102	Leuchtenburg	46	93/3	107/5.11 Bokeler Schaftriftwzg.
537.	Metjendorfer Straße 120	Leuchtenburg	46	107/3	Bokeler Bäke
538.	Metjendorfer Straße 124	Leuchtenburg	46	76/1	73/1 Haaren
539.	Metjendorfer Straße 125	Leuchtenburg	46	109/5	73/1 Haaren
540.	Metjendorfer Straße 139	Leuchtenburg	46	115/8	73/1 Haaren
541.	Metjendorfer Straße 139a	Leuchtenburg	46	115/15	73/1 Haaren
542.	Metjendorfer Straße 160	Neusüdende I	46	2/9	73/1 Haaren
543.	Metjendorfer Straße 166	Neusüdende I	46	2/17	73/1 Haaren
544.	Metjendorfer Straße 174	Neusüdende I	42	16/5	73/1 Haaren
545.	Metjendorfer Straße 176	Neusüdende I	46	2/15	73/1 Haaren
546.	Metjendorfer Straße 180	Neusüdende I	42	4/7	73/1 Haaren
547.	Metjendorfer Straße 188	Neusüdende I	42	4/12	Haaren
548.	Metjendorfer Straße 199	Neusüdende I	42	8/7	73/1 Haaren
549.	Metjendorfer Straße 210	Neusüdende I	42	602/35	73/2 Putthaaren

Anlage 1 Satzung der Gemeinde Rastede zur Übertragung der Abwasserbeseitigungspflicht

550.	Metjendorfer Straße 225	Neusüdende I	42	524/44	73/2 Putthaaren
551.	Metjendorfer Straße 260	Neusüdende I	42	157/5	73/2 Putthaaren
552.	Metjendorfer Straße 29	Leuchtenburg	47	87/4	107/5.12 Nutteler Bäke
553.	Metjendorfer Straße 377	Neusüdende I	41	72/2	75/6.02 Wahn bäke
554.	Metjendorfer Straße 378	Neusüdende I	41	43/6	75/6.02 Wahn bäke
555.	Metjendorfer Straße 388	Neusüdende I	41	4/4	73/3 Ofener Bäke
556.	Metjendorfer Straße 397	Neusüdende I	41	554/68	75/6.02 Wahn bäke
557.	Metjendorfer Straße 419	Neusüdende I	41	53/4	75/6.02 Wahn bäke
558.	Metjendorfer Straße 423	Neusüdende I	41	53/2	75/6.02 Wahn bäke
559.	Metjendorfer Straße 428	Neusüdende I	41	53/2	73/3 Ofener Bäke
560.	Metjendorfer Straße 77	Leuchtenburg	45	52/9	107/5.11 Bokeler Schaftriftwzg.
561.	Metjendorfer Straße 92	Leuchtenburg	46	88/2	107/5.11 Bokeler Schaftriftwzg.
562.	Metjendorfer Straße 94	Neusüdende I	46	88/2	Bokeler Schaftriftwzg.
563.	Meyersweg 21	Wapeldorf	8	151/3	84/2 Bekhauser Bäke (Wzg.27)
564.	Meyersweg 30	Wapeldorf	8	2/1	84/2 Bekhauser Bäke (Wzg.27)
565.	Mitteldörper Weg 01	Wapeldorf	2	201/5	84/1 Wapel
566.	Mitteldörper Weg 04	Wapeldorf	2	213/4	84/1 Wapel
567.	Mitteldörper Weg 14	Wapeldorf	2	533/231	84/1 Wapel
568.	Mitteldörper Weg 15	Wapeldorf	2	200/1	84/1 Wapel
569.	Mitteldörper Weg 22	Wapeldorf	2	529/238	84/1 Wapel
570.	Mitteldörper Weg 23	Wapeldorf	2	192/1	84/1 Wapel
571.	Mitteldörper Weg 30	Wapeldorf	2	256/4	84/1 Wapel
572.	Mitteldörper Weg 31	Wapeldorf	2	538/182	84/1 Wapel
573.	Mitteldörper Weg 32	Wapeldorf	2	256/3	84/1 Wapel
574.	Mitteldörper Weg 41	Wapeldorf	2	177/1	84/1 Wapel
575.	Mitteldörper Weg 48	Wapeldorf	2	260/6	84/1 Wapel
576.	Mitteldörper Weg 53	Wapeldorf	2	171/5	84/1 Wapel
577.	Mitteldörper Weg 56	Wapeldorf	2	287/1	84/1 Wapel
578.	Mitteldörper Weg 57	Wapeldorf	2	171/4	84/1 Wapel
579.	Mitteldörper Weg 65	Wapeldorf	2	160/2	84/1 Wapel
580.	Mitteldörper Weg 68	Wapeldorf	2	295/1	84/1 Wapel
581.	Mitteldörper Weg 77	Wapeldorf	2	158/3	84/2 Bekhauser Bäke (Wzg.27)
582.	Mitteldörper Weg 82	Wapeldorf	2	319/1	84/1 Wapel
583.	Mitteldörper Weg 90	Wapeldorf	2	323/4	84/2 Bekhauser Bäke (Wzg.27)
584.	Moordiek 04	Barghorn	35	84	84/39 Schanze
585.	Moorweg 01	Leuchtenburg	47	38/4	84/25 Moorbäke (Wzg.36)
586.	Moorweg 04	Leuchtenburg	20	149/5	84/25 Moorbäke (Wzg.36)
587.	Moorweg 09	Leuchtenburg	47	32/1	84/25 Moorbäke (Wzg.36)
588.	Mühlenstraße 121	Hankhausen I	32	108/1	84/22 Hankhauser Bäke (Wzg.38)
589.	Nethener Kirchweg 21	Nethen	11	470/60	84/27 Rehorner Bäke (Wzg.35)
590.	Nethener Kirchweg 22	Nethen	11	22/6	84/27 Rehorner Bäke (Wzg.35)
591.	Nethener Kirchweg 25	Nethen	11	22/1	84/27 Rehorner Bäke (Wzg.35)
592.	Nethener Weg 65	Nethen	18	454/193	84/32 Hahner Graben (Wzg.33)
593.	Nethener Weg 74	Nethen	12	79/20	84/32 Hahner Graben (Wzg.33)
594.	Nethener Weg 76	Nethen	12	463/156	84/32 Hahner Graben (Wzg.33)
595.	Nethener Weg 78	Nethen	12	155/3	84/32 Hahner Graben (Wzg.33)
596.	Nethener Weg 78a	Nethen	12	155/2	84/32 Hahner Graben (Wzg.33)
597.	Neuekamp 06+08	Bekhausen	6	427/206	84/2 Bekhauser Bäke (Wzg.27)
598.	Neusüdender Straße 03	Neusüdende II	40	63/6	84/20 Loyer Bäke (Wzg.40)
599.	Neusüdender Straße 121	Neusüdende II	40	100/3	Wasserzug im kleinen Strehl

Anlage 1 Satzung der Gemeinde Rastede zur Übertragung der Abwasserbeseitigungspflicht

600.	Neusüdender Straße 91	Neusüdende II	40	100/3	84/20 Loyer Bäke (Wzg.40)
601.	Nordermoordamm 06	Ipwegermoor	52	60/5	75/2.02.1 Ipwegermoor-Graben
602.	Nordermoordamm 08	Ipwegermoor	52	60/4	75/2.02.1 Ipwegermoor-Graben
603.	Nordermoordamm 10	Ipwegermoor	52	60/7	75/2.02.1 Ipwegermoor-Graben
604.	Nordermoordamm 20	Ipwegermoor	52	57/2	75/2.00 Ipweger-Moor-Kanal
605.	Nordpol 03	Nethen	11	404/198	
606.	Oldenburger Str. 75	Südende I	43	447/2	
607.	Oldenburger Straße 01	Wahnbek	48	589/129	75/6.02 Wahnböke
608.	Oldenburger Straße 05	Wahnbek	48	484/132	75/6.02 Wahnböke
609.	Oldenburger Straße 09	Wahnbek	48	135/1	75/6.02 Wahnböke
610.	Oldenburger Straße 10	Wahnbek	48	225/2	75/6.02 Wahnböke
611.	Oldenburger Straße 13	Wahnbek	48	141/3	75/6.02 Wahnböke
612.	Oldenburger Straße 13a	Wahnbek	48	141/1	75/6.02 Wahnböke
613.	Oldenburger Straße 21	Wahnbek	48	152/3	75/6.02 Wahnböke
614.	Oldenburger Straße 36	Wahnbek	48	638/96	84/20 Loyer Bäke (Wzg.40)
615.	Oldenburger Straße 40	Neusüdende II	39	198/21	84/20 Loyer Bäke (Wzg.40)
616.	Oldenburger Straße 419	Rastede II	20	61/1	84/26 Liether Graben (Wzg.37)
617.	Oldenburger Straße 42	Neusüdende II	39	22/4	84/20 Loyer Bäke (Wzg.40)
618.	Oldenburger Straße 429	Rastede II	20	51/1	84/25 Moorbäke (Wzg.36)
619.	Oldenburger Straße 44	Neusüdende II	39	15/1	84/20 Loyer Bäke (Wzg.40)
620.	Oldenburger Straße 47	Neusüdende II	40	300/37	84/20 Loyer Bäke (Wzg.40)
621.	Oldenburger Straße 48	Hankhausen II	33	7/1	84/20 Loyer Bäke (Wzg.40)
622.	Oldenburger Straße 49	Neusüdende II	40	289/31	84/20 Loyer Bäke (Wzg.40)
623.	Oldenburger Straße 51	Neusüdende II	40	321/23	84/20 Loyer Bäke (Wzg.40)
624.	Oldenburger Straße 54	Hankhausen II	33	329/132	84/20 Loyer Bäke (Wzg.40)
625.	Oldenburger Straße 55	Neusüdende II	40	239/18	84/21 Hülsböke (Wzg.39)
626.	Oldenburger Straße 58	Hankhausen II	33	331/130	84/20 Loyer Bäke (Wzg.40)
627.	Oldenburger Straße 59	Neusüdende II	40	298/14	84/21 Hülsböke (Wzg.39)
628.	Oldenburger Straße 61	Neusüdende II	40	240/11	84/21 Hülsböke (Wzg.39)
629.	Oldenburger Straße 63	Neusüdende II	40	6/3	84/21 Hülsböke (Wzg.39)
630.	Oldenburger Straße 64	Hankhausen II	33	360/125	84/21 Hülsböke (Wzg.39)
631.	Oldenburger Straße 66	Hankhausen II	33	369/125	84/21 Hülsböke (Wzg.39)
632.	Oldenburger Straße 67	Neusüdende II	40	4/3	84/21 Hülsböke (Wzg.39)
633.	Oldenburger Straße 68	Hankhausen II	33	371/126	84/21 Hülsböke (Wzg.39)
634.	Oldenburger Straße 72	Hankhausen II	33	414/119	84/21 Hülsböke (Wzg.39)
635.	Oldenburger Straße 73	Südende I	43	447	84/21 Hülsböke (Wzg.39)
636.	Oldenburger Straße 74	Hankhausen II	33	105/4	84/21 Hülsböke (Wzg.39)
637.	Oldenburger Straße 76	Hankhausen II	33	365/82+82/4	84/21 Hülsböke (Wzg.39)
638.	Oldenburger Straße 77	Südende I	43	444/3	84/21 Hülsböke (Wzg.39)
639.	Oldenburger Straße 82	Hankhausen II	33	82/13	84/21 Hülsböke (Wzg.39)
640.	Oldenburger Straße 83	Südende I	43	441/3	84/21 Hülsböke (Wzg.39)
641.	Oldenburger Straße 85	Südende I	43	440/5	84/21 Hülsböke (Wzg.39)
642.	Parkstraße 100	Hankhausen I	31	31/1	84/21 Hülsböke (Wzg.39)
643.	Parkstraße 189	Hankhausen I	30	54/1	84/19 Geestrandtief
644.	Parkstraße 201	Hankhausen I	30	54/6	84/19 Geestrandtief
645.	Parkstraße 228	Hankhausen I	30	51/7	84/19 Geestrandtief
646.	Parkstraße 245	Hankhausen I	30	53/1+53/2	84/19 Geestrandtief
647.	Poggenburg 17	Bekhausen	6	656/141	84/29 Hahner Bäke (Wzg.29)
648.	Poggenburg 31	Bekhausen	6	436/148	84/29 Hahner Bäke (Wzg.29)
649.	Poggenburg 5	Bekhausen	6	654/128	84/29 Hahner Bäke (Wzg.29)

Anlage 1 Satzung der Gemeinde Rastede zur Übertragung der Abwasserbeseitigungspflicht

650.	Poggenburg 9	Bekhausen	6	131/2	84/29 Hahner Bäke (Wzg.29)
651.	Pottsweg 23	Südende II	43	556/1	73/1 Haaren
652.	Pottsweg 23a	Südende II	43	552/5	73/1 Haaren
653.	Raiffeisenstraße 186	Leuchtenburg	47	46/2	84/25 Moorbäke (Wzg.36)
654.	Raiffeisenstraße 218	Leuchtenburg	47	112/3	84/25 Moorbäke (Wzg.36)
655.	Raiffeisenstraße 290	Leuchtenburg	47	136/2	84/25 Moorbäke (Wzg.36)
656.	Rehornweg 30	Lehmden	19	34/1+49/3	84/27 Rehorner Bäke (Wzg.35)
657.	Richtweg 05	Südende I	43	447/1	84/21 Hülsbäke (Wzg.39)
658.	Richtweg 11	Südende I	43	460	84/21 Hülsbäke (Wzg.39)
659.	Richtweg 25	Südende I	43	462	84/21 Hülsbäke (Wzg.39)
660.	Richtweg 26	Südende I	43	429/5	84/21 Hülsbäke (Wzg.39)
661.	Richtweg 31	Südende I	43	465/1	84/21 Hülsbäke (Wzg.39)
662.	Richtweg 34	Südende I	43	427	84/21 Hülsbäke (Wzg.39)
663.	Richtweg 84	Südende I	43	416/3	73/3 Ofener Bäke
664.	Ringstraße 113	Barghorn	34	497/212	84/21 Hülsbäke (Wzg.39)
665.	Ringstraße 115	Barghorn	34	374/213	84/21 Hülsbäke (Wzg.39)
666.	Ringstraße 116	Barghorn	34	168/4 212/4	Verrieselung
667.	Ringstraße 120	Barghorn	34	494/166	84/21 Hülsbäke (Wzg.39)
668.	Ringstraße 134	Barghorn	34	163/2	84/21 Hülsbäke (Wzg.39)
669.	Ringstraße 141	Barghorn	34	376/234	84/19 Geestrandtief
670.	Ringstraße 151	Barghorn	34	367/231	84/19 Geestrandtief
671.	Ringstraße 166	Barghorn	34	493/236	84/19 Geestrandtief
672.	Ringstraße 171	Barghorn	34	239/3+242/15	84/19 Geestrandtief
673.	Ringstraße 175	Barghorn	34	239/5	84/19 Geestrandtief
674.	Ringstraße 179	Barghorn	35	69/4	84/19 Geestrandtief
675.	Ringstraße 181	Barghorn	35	70/1	84/19 Geestrandtief
676.	Ringstraße 217	Barghorn	35	118	84/19 Geestrandtief
677.	Ringstraße 245	Barghorn	35	180/5+160/7	84/19 Geestrandtief
678.	Ringstraße 264	Barghorn	34	474/125	84/19 Geestrandtief
679.	Ringstraße 50	Barghorn	34	467/86	84/20 Loyer Bäke (Wzg.40)
680.	Ringstraße 60	Barghorn	34	145/13	84/20 Loyer Bäke (Wzg.40)
681.	Roggenmoorweg 33	Kleibrok	22	39/2	84/23 Alte Moorbäke
682.	Roggenmoorweg 49	Kleibrok	22	39/1	84/23 Alte Moorbäke
683.	Roggenmoorweg 90	Kleibrok	22	89/1	84/25 Moorbäke (Wzg.36)
684.	Rolfskamp 06	Bekhausen	6	507/233	84/2 Bekhauser Bäke (Wzg.27)
685.	Rolfskamp 11	Bekhausen	8	37/10	84/2 Bekhauser Bäke (Wzg.27)
686.	Schaapskovenweg 25	Hankhausen I	29	401/232	84/19 Geestrandtief
687.	Schäfererei 30	Lehmdermoor	16	472/57	84/19 Geestrandtief
688.	Schafjückenweg 71	Ipwege	49	7/11	84/20 Loyer Bäke (Wzg.40)
689.	Schaftrift 10	Lehmdermoor	16	440/83	84/48 Lehmdermoorpumpgraben 2
690.	Schaftrift 30	Lehmdermoor	16	479/83	84/48 Lehmdermoorpumpgraben 2
691.	Schaftrift 71	Lehmdermoor	16	636/75	84/44 Südbäke
692.	Schaftrift 77	Lehmdermoor	16	74/1	84/44 Südbäke
693.	Schanzer Weg 105	Bekhausen	6	104/1	84/29 Hahner Bäke (Wzg.29)
694.	Schanzer Weg 110	Rastederberg	5	291/113	84/29 Hahner Bäke (Wzg.29)
695.	Schanzer Weg 12	Bekhausen	6	197/4	84/29 Hahner Bäke (Wzg.29)
696.	Schanzer Weg 135	Rastederberg	5	5/1	84/29 Hahner Bäke (Wzg.29)
697.	Schanzer Weg 144	Rastederberg	5	108/2	84/29 Hahner Bäke (Wzg.29)
698.	Schanzer Weg 149	Rastederberg	5	305/7	84/29 Hahner Bäke (Wzg.29)
699.	Schanzer Weg 150+154	Rastederberg	5	106/2	84/29 Hahner Bäke (Wzg.29)

Anlage 1 Satzung der Gemeinde Rastede zur Übertragung der Abwasserbeseitigungspflicht

700.	Schanzer Weg 166	Rastederberg	5	102/5	84/29 Hahner Bäke (Wzg.29)
701.	Schanzer Weg 171	Bekhausen	6	204/3	84/29 Hahner Bäke (Wzg.29)
702.	Schanzer Weg 182	Rastederberg	5	85/1	84/29 Hahner Bäke (Wzg.29)
703.	Schanzer Weg 19	Bekhausen	6	204/1	84/29 Hahner Bäke (Wzg.29)
704.	Schanzer Weg 20	Bekhausen	6	197/4	84/29 Hahner Bäke (Wzg.29)
705.	Schanzer Weg 23	Bekhausen	6	511/204	84/29 Hahner Bäke (Wzg.29)
706.	Schanzer Weg 27	Bekhausen	6	183/3	84/29 Hahner Bäke (Wzg.29)
707.	Schanzer Weg 29	Bekhausen	6	183/1	84/29 Hahner Bäke (Wzg.29)
708.	Schanzer Weg 30	Bekhausen	6	168/4	84/29 Hahner Bäke (Wzg.29)
709.	Schanzer Weg 5	Bekhausen	6	201/8	84/2 Bekhauser Bäke (Wzg.27)
710.	Schanzer Weg 50	Bekhausen	6	171/2	84/29 Hahner Bäke (Wzg.29)
711.	Schanzer Weg 55	Bekhausen	6	177	84/29 Hahner Bäke (Wzg.29)
712.	Schanzer Weg 58	Bekhausen	6	174/4	84/29 Hahner Bäke (Wzg.29)
713.	Schanzer Weg 65	Bekhausen	6	440/84	84/29 Hahner Bäke (Wzg.29)
714.	Schanzer Weg 94	Bekhausen	6	110/2	84/29 Hahner Bäke (Wzg.29)
715.	Schmiedeweg 05	Südende I	43	440/2	84/21 Hülsbäke (Wzg.39)
716.	Schmiedeweg 17	Südende I	43	443/1	84/21 Hülsbäke (Wzg.39)
717.	Schoolstraat 100	Neusüdende I	42	19/12+19/14	73/1 Haaren
718.	Schoolstraat 102	Neusüdende I	42	19/10 19/12 19/14	73/1 Haaren
719.	Schoolstraat 26	Leuchtenburg	46	130/2	73/1 Haaren
720.	Schoolstraat 39	Leuchtenburg	43	541	73/1 Haaren
721.	Schoolstraat 41	Leuchtenburg	43	541	73/1 Haaren
722.	Schoolstraat 55	Leuchtenburg	43	543	73/1 Haaren
723.	Schoolstraat 60	Neusüdende I	42	433/17	73/1 Haaren
724.	Schoolstraat 62	Neusüdende I	42	433/17	73/1 Haaren
725.	Schoolstraat 69	Leuchtenburg	43	547/3	73/1 Haaren
726.	Schoolstraat 88	Neusüdende I	42	17/5	73/1 Haaren
727.	Schrankenweg 33	Hahn	13	288/23	84/29 Hahner Bäke (Wzg.29)
728.	Schwarzer Weg 36	Barghorn	35	147/1	84/39 Schanze
729.	Schwarzer Weg 44	Barghorn	35	145	84/39 Schanze
730.	Schwarzer Weg 49	Barghorn	35	96/1	84/39 Schanze
731.	Schwarzer Weg 53	Barghorn	35	92/1	84/39 Schanze
732.	Schwarzer Weg 60	Barghorn	35	129	84/39 Schanze
733.	Schwarzer Weg 70	Barghorn	35	126/1	84/39 Schanze
734.	Schwarzer Weg 78	Barghorn	35	124/1	84/39 Schanze
735.	Schwarzer Weg 81	Barghorn	35	80/1	84/39 Schanze
736.	Schwarzer Weg 85	Barghorn	36	103/3 103/4	84/39 Schanze
737.	Schwarzer Weg 86	Barghorn	36	306/102	84/39 Schanze
738.	Siedenmoorweg 10	Lehmnden	19	164/3	84/27 Rehorner Bäke (Wzg.35)
739.	Siedenmoorweg 15	Lehmnden	19	5/2	84/27 Rehorner Bäke (Wzg.35)
740.	Siedenmoorweg 17	Lehmnden	19	5/1	84/27 Rehorner Bäke (Wzg.35)
741.	Siedenmoorweg 19	Lehmnden	19	6/11	84/27 Rehorner Bäke (Wzg.35)
742.	Siedenmoorweg 21	Lehmnden	19	6/10	84/27 Rehorner Bäke (Wzg.35)
743.	Sommerweg 36	Leuchtenburg	43	6/2	73/1 Haaren
744.	Spohler Straße 01	Heubült	4	70/7	84/2 Bekhauser Bäke (Wzg.27)
745.	Spohler Straße 02	Heubült	3	124/13	84/2 Bekhauser Bäke (Wzg.27)
746.	Spohler Straße 105	Wapeldorf	4	5/3	84/2 Bekhauser Bäke (Wzg.27)
747.	Spohler Straße 107	Wapeldorf	4	6/2	84/2 Bekhauser Bäke (Wzg.27)
748.	Spohler Straße 111	Wapeldorf	2	87/11	84/2 Bekhauser Bäke (Wzg.27)
749.	Spohler Straße 111a	Wapeldorf	2	87/9	84/1 Wapel

Anlage 1 Satzung der Gemeinde Rastede zur Übertragung der Abwasserbeseitigungspflicht

750.	Spohler Straße 116	Wapeldorf	2	85/1	84/1 Wapel
751.	Spohler Straße 120	Wapeldorf	2	53/3	84/1 Wapel
752.	Spohler Straße 121	Wapeldorf	2	91/13+91/19	84/2 Bekhauser Bäche (Wzg.27)
753.	Spohler Straße 162	Wapeldorf	2	39/4	84/1 Wapel
754.	Spohler Straße 168	Wapeldorf	2	38/3+37/5	84/1 Wapel
755.	Spohler Straße 244	Wapeldorf	2	483/1	84/1 Wapel
756.	Spohler Straße 317	Wapeldorf	1	199/60	84/4 Dringenburger Bäche (Wzg.26)
757.	Spohler Straße 70	Wapeldorf	2	73	84/2 Bekhauser Bäche (Wzg.27)
758.	Steenkampsdamm 51	Barghorn	35	47/1	84/39 Schanze
759.	Steenkampsdamm 82	Barghorn	35	78/3	84/39 Schanze
760.	Stellmoorweg 07	Leuchtenburg	47	118/2	84/25 Moorbäche (Wzg.36)
761.	Stellmoorweg 09	Leuchtenburg	47	128/1	84/25 Moorbäche (Wzg.36)
762.	Stellmoorweg 10	Leuchtenburg	47	115/1	84/25 Moorbäche (Wzg.36)
763.	Stellmoorweg 12	Leuchtenburg	47	115/2	84/25 Moorbäche (Wzg.36)
764.	Stellmoorweg 120	Lieth	20	52/3	84/25 Moorbäche (Wzg.36)
765.	Stellmoorweg 75	Lieth	20	329/15+408/16	84/26 Liether Graben (Wzg.37)
766.	Stellmoorweg 85	Lieth	20	16/15	84/26 Liether Graben (Wzg.37)
767.	Strehlsweg 21	Neusüdende I	41	541/2	73/3 Ofener Bäche
768.	Strehlsweg 32	Neusüdende I	41	17/8	73/3 Ofener Bäche
769.	Strehlsweg 34	Neusüdende I	41	17/7	73/3 Ofener Bäche
770.	Strehlsweg 51	Neusüdende I	41	540/10	73/3 Ofener Bäche
771.	Strothweg 20	Kleibrok	25	7/5	84/23 Alte Moorbäche
772.	Strothweg 52	Kleibrok	25	4/4	84/25 Moorbäche (Wzg.36)
773.	Südbäcker Straße 01	Kleibrok	25	30/8	84/44 Südbäche
774.	Südbäcker Straße 10	Kleibrok	26	389/15	84/44 Südbäche
775.	Südbäcker Straße 20	Kleibrok	26	390/13	84/44 Südbäche
776.	Südbäcker Straße 33	Kleibrok	25	150/30	84/44 Südbäche
777.	Südbäcker Straße 38	Kleibrok	26	391/9	84/44 Südbäche
778.	Südbäcker Straße 42	Kleibrok	26	335/7	84/44 Südbäche
779.	Südbäcker Straße 50	Kleibrok	26	393/6	84/44 Südbäche
780.	Südbäcker Straße 58	Kleibrok	26	394/3	84/44 Südbäche
781.	Südbäcker Straße 68	Kleibrok	26	357/1	84/44 Südbäche
782.	Südbäcker Straße 73	Kleibrok	25	29/2	84/44 Südbäche
783.	Südbäcker Straße 84	Kleibrok	25	226/13	84/44 Südbäche
784.	Tabkeweg 37	Delfshausen	26	359/58	84/43 Delfshauser Pumpgraben 4
785.	Tannenweg 15	Hostemost	20	99/1	84/25 Moorbäche (Wzg.36)
786.	Tannenweg 25	Hostemost	20	99/2	84/25 Moorbäche (Wzg.36)
787.	Vorderweg 04	Wapeldorf	2	118/17	84/4 Dringenburger Bäche (Wzg.26)
788.	Vorderweg 06	Wapeldorf	2	118/5	84/4 Dringenburger Bäche (Wzg.26)
789.	Vorderweg 10	Wapeldorf	2	94/6	84/2 Bekhauser Bäche (Wzg.27)
790.	Vorderweg 34	Wapeldorf	2	110/5	84/2 Bekhauser Bäche (Wzg.27)
791.	Vorderweg 53	Wapeldorf	4	19/2	84/2 Bekhauser Bäche (Wzg.27)
792.	Vorderweg 53	Wapeldorf	4	398/18	84/2 Bekhauser Bäche (Wzg.27)
793.	Vorderweg 67	Wapeldorf	4	20/1	84/2 Bekhauser Bäche (Wzg.27)
794.	Vorderweg 70	Wapeldorf	2	125/4	84/2 Bekhauser Bäche (Wzg.27)
795.	Vorderweg 80	Wapeldorf	2	136/3	84/2 Bekhauser Bäche (Wzg.27)
796.	Vorderweg 88	Wapeldorf	2	137/1	84/2 Bekhauser Bäche (Wzg.27)
797.	Vorderweg 92	Wapeldorf	2	12/12+10/3	84/2 Bekhauser Bäche (Wzg.27)
798.	Voßbarg 07	Südende II	43	130	84/22 Hankhauser Bäche (Wzg.38)
799.	Wallstraße 25	Lehmden	17	453/243	84/28 Rehbäche (Wzg.34)

Anlage 1 Satzung der Gemeinde Rastede zur Übertragung der Abwasserbeseitigungspflicht

800.	Wallstraße 30	Lehmden	17	224/1	84/28 Rehbäke (Wzg.34)
801.	Wallstraße 40	Lehmden	17	225/2	84/28 Rehbäke (Wzg.34)
802.	Wallstraße 55	Lehmden	17	237/5	84/28 Rehbäke (Wzg.34)
803.	Wallstraße 75	Lehmden	17	237/2	84/28 Rehbäke (Wzg.34)
804.	Wallstraße 79	Lehmden	17	233/2	84/28 Rehbäke (Wzg.34)
805.	Wallstraße 85	Lehmden	17	233/1	84/28 Rehbäke (Wzg.34)
806.	Wallstraße 90	Lehmden	17	528/2	84/28 Rehbäke (Wzg.34)
807.	Weidenstraße 25	Kleibrok	25	15/3	84/42 Alte Rasteder Bäke
808.	Weidenstraße 29	Kleibrok	25	15/2	84/42 Alte Rasteder Bäke
809.	Weidenstraße 35	Kleibrok	25	15/9	84/44 Südbäke
810.	Weidenstraße 39	Kleibrok	25	15/14	84/44 Südbäke
811.	Weidenstraße 73	Kleibrok	25	195/15	84/44 Südbäke
812.	Weidenstraße 77	Kleibrok	25	205/14	84/44 Südbäke
813.	Weidenstraße 78	Kleibrok	25	208/29	84/44 Südbäke
814.	Weidenstraße 80	Kleibrok	25	149/29	84/44 Südbäke
815.	Weißenmoorstraße 11	Kleibrok	25	234/40	84/42 Alte Rasteder Bäke
816.	Weißenmoorstraße 110	Delfshausen	26	54/5	84/44 Südbäke
817.	Weißenmoorstraße 112	Delfshausen	26	54/5	84/44 Südbäke
818.	Weißenmoorstraße 123	Kleibrok	26	17/7	84/44 Südbäke
819.	Weißenmoorstraße 125	Kleibrok	26	17/1	84/44 Südbäke
820.	Weißenmoorstraße 127	Kleibrok	26	17/2	84/44 Südbäke
821.	Weißenmoorstraße 129	Kleibrok	26	17/3	84/44 Südbäke
822.	Weißenmoorstraße 131	Kleibrok	26	17/4	84/44 Südbäke
823.	Weißenmoorstraße 132	Kleibrok	26	18/2	84/44 Südbäke
824.	Weißenmoorstraße 133	Kleibrok	26	17/5	84/44 Südbäke
825.	Weißenmoorstraße 39	Kleibrok	25	174/32	84/44 Südbäke
826.	Weißenmoorstraße 44	Delfshausen	26	58/22	84/43 Delfshauser Pumpgraben 4
827.	Weißenmoorstraße 71	Kleibrok	25	30/13	84/44 Südbäke
828.	Weißenmoorstraße 74	Delfshausen	26	58/8	84/44 Südbäke
829.	Weißenmoorstraße 85	Kleibrok	25	30/10	84/44 Südbäke
830.	Weißenmoorstraße 89	Kleibrok	25	30/5	84/44 Südbäke
831.	Weißenmoorstraße 90	Delfshausen	26	58/17	84/44 Südbäke
832.	Weißenmoorstraße 95	Kleibrok	25	173/30	84/44 Südbäke
833.	Wellenstraße 20	Ipwege	50	611/103	75/6.00 Geestrandgraben
834.	Wellenstraße 25	Ipwege	50	509/57	75/6.00 Geestrandgraben
835.	Wendeweg 8	Lehmden	18	3/3	84/28 Rehbäke (Wzg.34)
836.	Wiefelsteder Str. 152	Nethen	11	117/5	
837.	Wiefelsteder Str. 265	Nethen	11	236/1	
838.	Wiefelsteder Str. 279	Nethen	11	245/2	
839.	Wiefelsteder Straße 150	Nethen	11	117/4	84/32 Hahner Graben (Wzg.33)
840.	Wiefelsteder Straße 201	Nethen	11	256/2	107/5.08 Halfsteder Bäke
841.	Wiemkenstraße 02	Ipwege	50	2/10	Geestrandtief
842.	Wiemkenstraße 117	Ipwege	49	58/1	75/6.00 Geestrandgraben
843.	Wiemkenstraße 117a	Ipwege	49	58/2	75/6.00 Geestrandgraben
844.	Wiemkenstraße 169	Ipwegermoor	49	76/1	75/6.00 Geestrandgraben
845.	Wiemkenstraße 170	Ipwegermoor	50	87/1	75/2.02 Westlicher Randgraben
846.	Wiemkenstraße 174	Ipwegermoor	50	87/2	75/2.02 Westlicher Randgraben
847.	Wiemkenstraße 25	Ipwege	49	46/2	84/20 Loyer Bäke (Wzg.40)
848.	Wiemkenstraße 36	Ipwege	50	523/36	84/20 Loyer Bäke (Wzg.40)
849.	Wiemkenstraße 46	Ipwege	50	475/39	84/20 Loyer Bäke (Wzg.40)

Anlage 1 Satzung der Gemeinde Rastede zur Übertragung der Abwasserbeseitigungspflicht

850.	Wiemkenstraße 50	Ipwege	50	473/40	84/20 Loyer Bäke (Wzg.40)
851.	Wiemkenstraße 82	Ipwege	50	45/1	75/6.00 Geestrandgraben
852.	Wiemkenstraße 86	Ipwege	50	45/9	75/6.00 Geestrandgraben
853.	Wiemkenstraße 89	Ipwege	48	205/53	75/6.00 Geestrandgraben
854.	Wiemkenstraße 94	Ipwege	94	47/1	75/6.00 Geestrandgraben
855.	Wiemkenstraße 99	Ipwege	49	268/54	75/6.00 Geestrandgraben
856.	Wilhelmshavener Str. 680	Heubült	3	143/4	84/2 Bekhauser Bäke (Wzg.27)
857.	Wilhelmshavener Str. 02	Liethe	19	47/76	84/25 Moorbäke (Wzg.36)
858.	Wilhelmshavener Str. 03	Liethe	20	534/37	84/26 Liether Graben (Wzg.37)
859.	Wilhelmshavener Str. 04	Liethe	19	47/25	84/25 Moorbäke (Wzg.36)
860.	Wilhelmshavener Str. 15	Liethe	20	584/2	84/26 Liether Graben (Wzg.37)
861.	Wilhelmshavener Str. 297	Hahn	12	15/1	84/29 Hahner Bäke (Wzg.29)
862.	Wilhelmshavener Str. 321	Hahn	12	3/3	84/29 Hahner Bäke (Wzg.29)
863.	Wilhelmshavener Str. 346	Bekhausen	13	198/2	84/29 Hahner Bäke (Wzg.29)
864.	Wilhelmshavener Str. 349	Bekhausen	7	205/106	84/29 Hahner Bäke (Wzg.29)
865.	Wilhelmshavener Str. 353	Bekhausen	7	235/104	84/29 Hahner Bäke (Wzg.29)
866.	Wilhelmshavener Str. 357	Bekhausen	7	68/1	84/29 Hahner Bäke (Wzg.29)
867.	Wilhelmshavener Str. 360	Bekhausen	6	197/4+483/193	84/29 Hahner Bäke (Wzg.29)
868.	Wilhelmshavener Str. 361	Bekhausen	7	68/2	84/29 Hahner Bäke (Wzg.29)
869.	Wilhelmshavener Str. 363	Bekhausen	7	231/68	84/29 Hahner Bäke (Wzg.29)
870.	Wilhelmshavener Str. 367	Bekhausen	6	473/276	84/29 Hahner Bäke (Wzg.29)
871.	Wilhelmshavener Str. 371	Bekhausen	6	472/272	84/2 Bekhauser Bäke (Wzg.27)
872.	Wilhelmshavener Str. 373	Bekhausen	6	465/273	84/2 Bekhauser Bäke (Wzg.27)
873.	Wilhelmshavener Str. 377	Bekhausen	6	632/264	84/2 Bekhauser Bäke (Wzg.27)
874.	Wilhelmshavener Str. 380	Bekhausen	6	198/4	84/2 Bekhauser Bäke (Wzg.27)
875.	Wilhelmshavener Str. 384	Bekhausen	6	201/12	84/2 Bekhauser Bäke (Wzg.27)
876.	Wilhelmshavener Str. 388	Bekhausen	6	201/2	84/2 Bekhauser Bäke (Wzg.27)
877.	Wilhelmshavener Str. 389	Bekhausen	6	524/257	84/2 Bekhauser Bäke (Wzg.27)
878.	Wilhelmshavener Str. 390	Bekhausen	6	203/1	84/2 Bekhauser Bäke (Wzg.27)
879.	Wilhelmshavener Str. 395	Bekhausen	6	260/3	84/2 Bekhauser Bäke (Wzg.27)
880.	Wilhelmshavener Str. 401	Bekhausen	6	424/228	84/2 Bekhauser Bäke (Wzg.27)
881.	Wilhelmshavener Str. 417	Bekhausen	6	423/219	84/2 Bekhauser Bäke (Wzg.27)
882.	Wilhelmshavener Str. 422	Bekhausen	6	427/206	84/2 Bekhauser Bäke (Wzg.27)
883.	Wilhelmshavener Str. 434	Bekhausen	6	646/213	84/2 Bekhauser Bäke (Wzg.27)
884.	Wilhelmshavener Str. 435	Bekhausen	6	415/27	84/2 Bekhauser Bäke (Wzg.27)
885.	Wilhelmshavener Str. 450	Bekhausen	6	77/2	84/2 Bekhauser Bäke (Wzg.27)
886.	Wilhelmshavener Str. 465	Bekhausen	6	422/33	84/2 Bekhauser Bäke (Wzg.27)
887.	Wilhelmshavener Str. 467	Bekhausen	6	471/33	84/2 Bekhauser Bäke (Wzg.27)
888.	Wilhelmshavener Str. 473	Bekhausen	6	40/1	84/2 Bekhauser Bäke (Wzg.27)
889.	Wilhelmshavener Str. 493	Bekhausen	4	162/3	84/2 Bekhauser Bäke (Wzg.27)
890.	Wilhelmshavener Str. 498	Bekhausen	6	54/3	84/2 Bekhauser Bäke (Wzg.27)
891.	Wilhelmshavener Str. 501	Bekhausen	4	160/4	84/2 Bekhauser Bäke (Wzg.27)
892.	Wilhelmshavener Str. 525	Heubült	4	152/2	84/2 Bekhauser Bäke (Wzg.27)
893.	Wilhelmshavener Str. 530	Heubült	4	139/4	84/2 Bekhauser Bäke (Wzg.27)
894.	Wilhelmshavener Str. 531	Heubült	4	387/151	84/2 Bekhauser Bäke (Wzg.27)
895.	Wilhelmshavener Str. 532	Heubült	4	139/4	84/2 Bekhauser Bäke (Wzg.27)
896.	Wilhelmshavener Str. 533	Heubült	4	387/151	84/2 Bekhauser Bäke (Wzg.27)
897.	Wilhelmshavener Str. 534	Heubült	4	313/141	84/2 Bekhauser Bäke (Wzg.27)

Anlage 1 Satzung der Gemeinde Rastede zur Übertragung der Abwasserbeseitigungspflicht

898.	Wilhelmshavener Str. 540	Heubült	4	141/1	84/2 Bekhauser Bäke (Wzg.27)
899.	Wilhelmshavener Str. 546	Heubült	4	112/1	84/2 Bekhauser Bäke (Wzg.27)
900.	Wilhelmshavener Str. 55	Lehmden	19	12/2	84/27 Rehorner Bäke (Wzg.35)
901.	Wilhelmshavener Str. 564	Heubült	4	385/98	84/2 Bekhauser Bäke (Wzg.27)
902.	Wilhelmshavener Str. 573	Heubült	4	47/1	84/2 Bekhauser Bäke (Wzg.27)
903.	Wilhelmshavener Str. 582	Heubült	4	410/94	84/2 Bekhauser Bäke (Wzg.27)
904.	Wilhelmshavener Str. 584	Heubült	4	102/3	84/2 Bekhauser Bäke (Wzg.27)
905.	Wilhelmshavener Str. 591	Heubült	4	425/49	84/2 Bekhauser Bäke (Wzg.27)
906.	Wilhelmshavener Str. 630	Heubült	4	407/80	84/2 Bekhauser Bäke (Wzg.27)
907.	Wilhelmshavener Str. 657	Heubült	4	71/1	84/2 Bekhauser Bäke (Wzg.27)
908.	Wilhelmshavener Str. 658	Heubült	3	128/3	84/2 Bekhauser Bäke (Wzg.27)
909.	Wilhelmshavener Str. 661	Heubült	4	70/4	84/2 Bekhauser Bäke (Wzg.27)
910.	Wilhelmshavener Str. 670	Heubült	3	141/6	84/2 Bekhauser Bäke (Wzg.27)
911.	Wilhelmshavener Str. 671	Heubült	3	124/4	84/2 Bekhauser Bäke (Wzg.27)
912.	Wilhelmshavener Str. 673	Heubült	3	122/4	84/2 Bekhauser Bäke (Wzg.27)
913.	Wilhelmshavener Str. 700	Heubült	3	152/1+152/2	84/2 Bekhauser Bäke (Wzg.27)
914.	Wilhelmshavener Str. 75	Lehmden	18	507/110	84/28 Rehbäke (Wzg.34)
915.	Wilhelmshavener Str. 85	Lehmden	18	135/18	84/28 Rehbäke (Wzg.34)
916.	Wilhelmshavener Str. 88	Lehmden	19	18/1+19/4	84/28 Rehbäke (Wzg.34)
917.	Wilhelmshavener Str. 99	Lehmden	18	120/1	84/28 Rehbäke (Wzg.34)
918.	Wittenmoordamm 12	Barghorn	35	66/4	84/19 Geestrandtief
919.	Wittenmoordamm 56	Barghorn	35	39	84/39 Schanze
920.	Wittenmoordamm 59	Barghorn	35	21/2	84/39 Schanze
921.	Wittenmoordamm 65	Barghorn	35	18	84/39 Schanze
922.	Wittenmoordamm 67	Barghorn	35	17/1+17/2	84/39 Schanze
923.	Wittenmoordamm 69	Barghorn	35	12	84/39 Schanze
924.	Wullgrasweg 07	Hahn	14	219/68	84/35 Grenzgraben Hahnermoor
925.	Wullgrasweg 13	Hahn	14	68/1	84/35 Grenzgraben Hahnermoor
926.	Ziegenweg 17	Barghorn	34	73/5	84/20 Loyer Bäke (Wzg.40)
927.	Ziegenweg 18	Barghorn	34	117/2	84/20 Loyer Bäke (Wzg.40)
928.	Ziegenweg 19	Barghorn	34	73/4	84/20 Loyer Bäke (Wzg.40)
929.	Ziegenweg 20	Barghorn	34	112/2	84/20 Loyer Bäke (Wzg.40)
930.	Ziegenweg 26	Barghorn	34	112/4	84/20 Loyer Bäke (Wzg.40)
931.	Zum Roten Hahn 15	Hahn	13	83/23	Verrieselung
932.	Zum Roten Hahn 77	Lehmden	17	454/244	84/28 Rehbäke (Wzg.34)
933.	Zur Heideblume 03	Bekhausen	6	155/10	84/29 Hahner Bäke (Wzg.29)
934.	Zur Heideblume 12	Bekhausen	14	1/2	84/29 Hahner Bäke (Wzg.29)
935.	Zur Heideblume 13	Bekhausen	6	155/2	84/29 Hahner Bäke (Wzg.29)
936.	Zur Heideblume 30	Hahn	14	258/62	84/29 Hahner Bäke (Wzg.29)
937.	Zur Jade 01	Delfshausen	27	283/117	84/51 Delfshauser Pumpgraben 1
938.	Zur Jade 02	Delfshausen	28	93/2	84/38 Jade
939.	Zur Jade 111	Delfshausen	27	313/249	84/38 Jade
940.	Zur Jade 21	Delfshausen	27	118/1	84/51 Delfshauser Pumpgraben 1
941.	Zur Jade 29	Delfshausen	27	315/118	84/51 Delfshauser Pumpgraben 1
942.	Zur Jade 39	Delfshausen	27	310/110	84/51 Delfshauser Pumpgraben 1

Anlage 1 Satzung der Gemeinde Rastede zur Übertragung der Abwasserbeseitigungspflicht

943.	Zur Jade 40	Delfshausen	28	747/90	84/50 Delfshauser Pumpgraben 2
944.	Zur Jade 50	Delfshausen	28	84/1	84/50 Delfshauser Pumpgraben 2
945.	Zur Jade 64	Delfshausen	28	73/1	84/50 Delfshauser Pumpgraben 2
946.	Zur Jade 73	Delfshausen	27	307/32+33	84/51 Delfshauser Pumpgraben 1
947.	Zur Jade 84	Delfshausen	28	676/62	84/50 Delfshauser Pumpgraben 2
948.	Zur Schanze 24	Loy	38	519/133	84/19 Geestrandtief
949.	Zur Schanze 25	Loy	38	500/125	84/19 Geestrandtief
950.	Zwischen den Wällen 2	Bekhausen	6	57/1	84/1 Wapel
951.	Zwischen den Wällen 25	Rastederberg/Heubült	5	219/1	84/1 Wapel
952.	Zwischen den Wällen 7	Rastederberg/Heubült	4	456/134	84/1 Wapel

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2014/083

freigegeben am **03.07.2014**

GB 3

Sachbearbeiter/in: Frau Tabea Triebe

Datum: 30.06.2014

60. Änderung des Flächennutzungsplans - Wohngebiet Am Stratjebusch

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	15.07.2014	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	21.07.2014	Verwaltungsausschuss
Ö	22.07.2014	Rat

Beschlussvorschlag:

1. Die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belang gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen werden auf der Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 15.07.2014 berücksichtigt.
2. Die bisherige Beschlussfassung und Abwägung wird bestätigt.
3. Die 60. Änderung des Flächennutzungsplanes – Wohngebiet Am Stratjebusch nebst Begründung und Umweltbericht wird beschlossen.

Sach- und Rechtslage:

Der Verwaltungsausschuss hat in seiner Sitzung am 01.04.2014 die öffentliche Auslegung und die Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belang beschlossen (s. Vorlage 2014/051).

Die öffentliche Auslegung und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange fand in der Zeit vom 11.04.2014 bis 12.05.2014 statt. Die Abwägungsvorschläge zu den eingegangenen Stellungnahmen sind dieser Vorlage als Anlage beigelegt. Nunmehr kann der Feststellungsbeschluss gefasst werden.

Nähere Ausführungen werden in der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen am 15.07.2014 durch das Planungsbüro Diekmann & Mosebach gegeben.

Finanzielle Auswirkungen:

Keine.

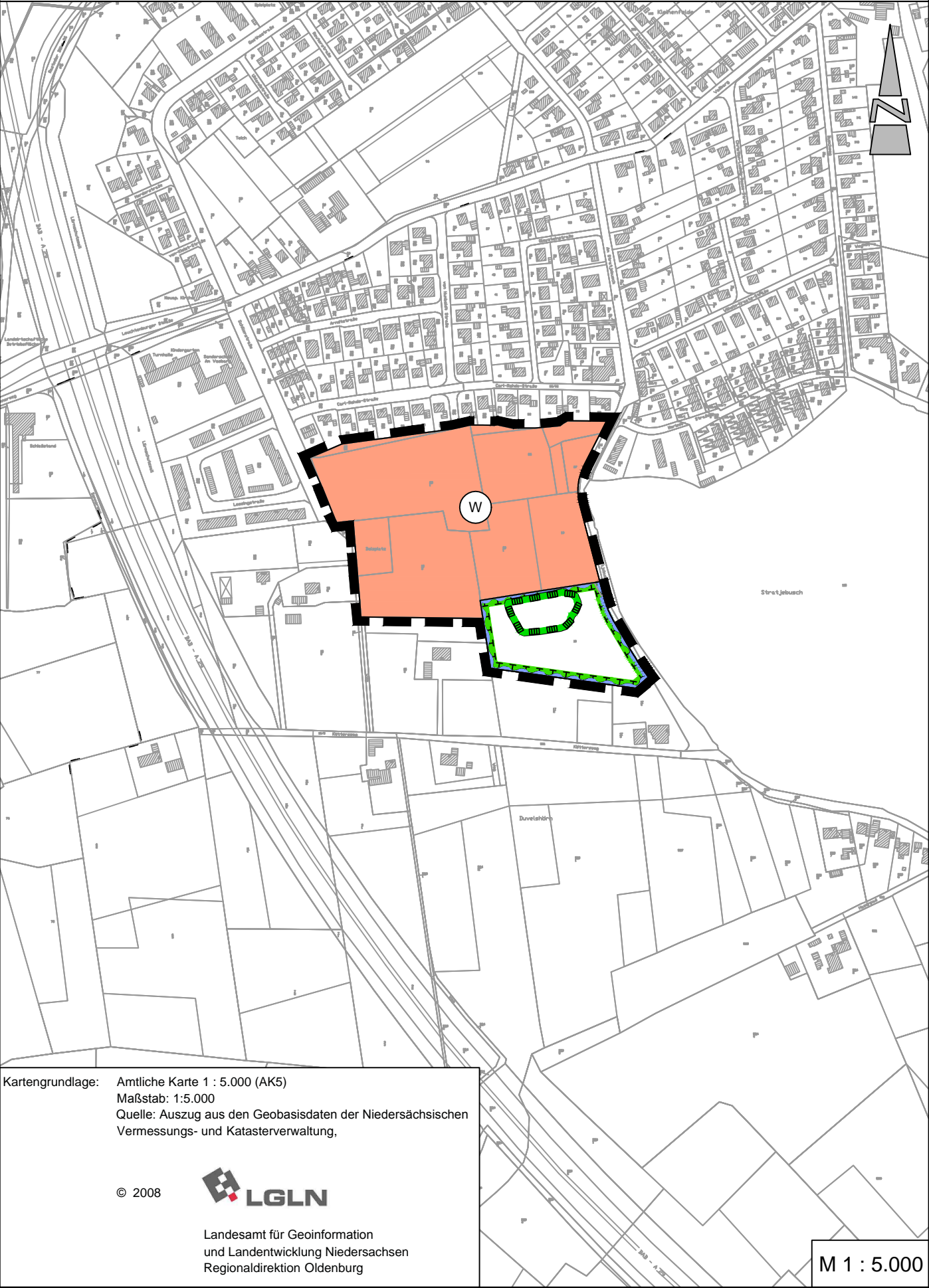
Anlagen:

1. Planzeichnung
2. Begründung
3. Umweltbericht mit Anlagen
4. Abwägungsvorschläge

Gemeinde Rastede

Anlage 1 zu Vorlage 2014/083

60. Flächennutzungsplanänderung "Wohngebiet Am Stratjebusch"



Kartengrundlage: Amtliche Karte 1 : 5.000 (AK5)
Maßstab: 1:5.000
Quelle: Auszug aus den Geobasisdaten der Niedersächsischen Vermessungs- und Katasterverwaltung,

© 2008  Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung Niedersachsen
Regionaldirektion Oldenburg

M 1 : 5.000

Präambel und Ausfertigung

Aufgrund des § 1 Abs. 3 des Baugesetzbuches (BauGB) i. V. m. § 58 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) hat der Rat der Gemeinde Rastede in seiner Sitzung am die 60. Änderung des Flächennutzungsplanes bestehend aus der Planzeichnung und der Begründung beschlossen.

Rastede,

(Siegel)

Bürgermeister

Verfahrensvermerke

Der Entwurf der 60. Änderung des Flächennutzungsplanes wurde ausgearbeitet vom Planungsbüro Diekmann & Mosebach, Rastede.

Aufstellungsbeschluss

Der Verwaltungsausschuss der Gemeinde Rastede hat in seiner Sitzung am die Aufstellung der 60. Änderung des Flächennutzungsplanes beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 BauGB am ortsüblich bekannt gemacht.

Rastede,

Bürgermeister

Öffentliche Auslegung

Der Verwaltungsausschuss der Gemeinde Rastede hat in seiner Sitzung am dem Entwurf der 60. Änderung des Flächennutzungsplanes und der Begründung zugestimmt und seine öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen. Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden am ortsüblich bekannt gemacht. Der Entwurf der 60. Flächennutzungsplanänderung hat mit der Begründung und den wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen vom bis gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegen.

Rastede,

Bürgermeister

Feststellungsbeschluss

Der Rat der Gemeinde Rastede hat nach Prüfung der Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB die 60. Änderung des Flächennutzungsplanes nebst Begründung in seiner Sitzung am beschlossen.

Rastede,

Bürgermeister

Genehmigung

Die 60. Änderung des Flächennutzungsplanes ist mit Verfügung (Az.:.....) vom heutigen Tage unter Auflagen / mit Maßgaben / Ausnahme der durch kenntlich gemachten Teile gemäß § 6 BauGB genehmigt.

Landkreis Ammerland
Landrat
im Auftrage

Westerstede,

.....

Beitrittsbeschluss

Der Rat der Gemeinde Rastede ist den in der Genehmigungsverfügung vom (Az.: s.o.) aufgeführten Maßgaben/Auflagen/Ausnahmen in seiner Sitzung am beigetreten. Der betroffenen Öffentlichkeit sowie den berührten Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange wurde mit Schreiben vom gemäß § 4a Abs. 3, Satz 4 BauGB Gelegenheit zur Stellungnahme bis zum gegeben. Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden am ortsüblich bekannt gemacht. Die 60. Änderung des Flächennutzungsplanes und die Begründung haben wegen der Maßgaben /Auflagen gemäß § 4a Abs. 3, Satz 1 i. V. m. § 3 Abs. 2 BauGB vom bis öffentlich ausgelegen.

Rastede,

Bürgermeister

Bekanntmachung

Die Erteilung der Genehmigung der 60. Änderung des Flächennutzungsplanes ist gemäß § 6 Abs. 5 BauGB am ortsüblich bekannt gemacht worden. Die 60. Änderung des Flächennutzungsplanes ist damit am wirksam geworden.

Rastede,

Bürgermeister

Verletzung von Vorschriften

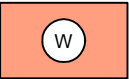
Innerhalb von einem Jahr nach Wirksamwerden der 60. Änderung des Flächennutzungsplanes ist die Verletzung von Vorschriften beim Zustandekommen der 60. Änderung des Flächennutzungsplanes und der Begründung nicht geltend gemacht worden.

Rastede,

Bürgermeister

Planzeichenerklärung

1. Art der baulichen Nutzung



Wohnbauflächen (W)

2. Wasserflächen und Flächen für die Wasserwirtschaft, den Hochwasserschutz und die Regelung des Wasserabflusses

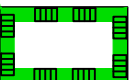


Umgrenzung von Flächen für die Wasserwirtschaft, den Hochwasserschutz und die Regelung des Wasserabflusses, hier: Regenrückhaltebecken

3. Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft



Umgrenzung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft



Umgrenzung von Schutzgebieten und Schutzobjekten i. S. d. Naturschutzrechts, hier: gem. § 30 BNatSchG geschütztes Biotop

4. Sonstige Planzeichen



Grenze des Geltungsbereiches der 60. Flächennutzungsplanänderung

Es gilt die Baunutzungsverordnung (BauNVO) 1990

Gemeinde Rastede Landkreis Ammerland

60. Änderung des Flächennutzungsplanes "Wohngebiet Am Stratjebusch"

Diekmann & Mosebach

Regionalplanung Stadt- und Landschaftsplanung
Entwicklungs- und Projektmanagement

Oldenburger Straße 86 26180 Rastede Tel. (04402) 91 16 30 Fax 91 16 40



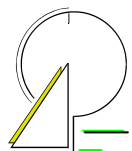
GEMEINDE RASTEDE

Landkreis Ammerland



**60. Änderung des
Flächennutzungsplanes
„Wohngebiet Am Stratjebusch“**

**Begründung
(Teil I)**



INHALTSÜBERSICHT

TEIL I: BEGRÜNDUNG

1.0	ANLASS UND ZIEL DER PLANUNG	1
1.1	Städtebaulicher Bedarf/ Standortentscheidung	2
1.1.1	Städtebaulicher Bedarf	2
1.1.2	Standortwahl / Standortentscheidung	4
2.0	RAHMENBEDINGUNGEN	6
2.1	Kartenmaterial	6
2.2	Räumlicher Geltungsbereich	6
2.3	Nutzungsstrukturen und städtebauliche Situation	6
3.0	PLANERISCHE VORGABEN UND HINWEISE	6
3.1	Landesraumordnungsprogramm (LROP)	6
3.2	Regionales Raumordnungsprogramm (RROP)	6
3.3	Vorbereitende Bauleitplanung	7
3.4	Verbindliche Bauleitplanung	8
4.0	ÖFFENTLICHE BELANGE	8
4.1	Belange von Natur und Landschaft	8
4.2	Belange des Immissionsschutzes	9
4.2.1	Verkehrslärm	9
4.2.2	Sportlärm	10
4.3	Belange der Wasserwirtschaft	10
4.4	Abstand zu Wald	11
4.5	Belange des Denkmalschutzes	11
4.6	Altablagerungen	11
5.0	INHALT DER FLÄCHENNUTZUNGSPLANÄNDERUNG	12
5.1	Art der baulichen Nutzung	12
5.2	Flächen für die Wasserwirtschaft und zur Regelung des Wasserabflusses	12
5.3	Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft	12
5.4	Umgrenzung von Schutzgebieten und Schutzobjekten im Sinne des Naturschutzrechts	12
6.0	VERKEHRLICHE UND TECHNISCHE INFRASTRUKTUR	12
	VERFAHRENSGRUNDLAGEN / -ÜBERSICHT / -VERMERKE	14
	Rechtsgrundlagen	14
	Verfahrensübersicht	14
	Aufstellungsbeschluss	14
	Beteiligung der Öffentlichkeit	14
	Öffentliche Auslegung	14
	Planverfasser	15
	ANHANG: Gemeinde Rastede: Wohnbauflächenbedarfsanalyse 2030	

1.0 ANLASS UND ZIEL DER PLANUNG

Die Gemeinde Rastede beabsichtigt aufgrund der anhaltend hohen Nachfrage nach Baugrundstücken, weitere Wohnbauflächen (W) im Hauptort zu erschließen und stellt zu diesem Zweck die 60. Flächennutzungsplanänderung „Wohngebiet Am Stratjebusch“ auf.

Die Gemeinde Rastede hat in ihrer raumordnerischen Funktion als Mittelzentrum mit der Schwerpunktaufgabe „Entwicklung und Sicherung von Wohnstätten“ für ein über den Eigenbedarf hinausgehendes Angebot an Wohnbauflächen Sorge zu tragen. Zur langfristigen Stärkung der Wohnstandortfunktion und der damit verbundenen Versorgungsstruktur sowie zur Verhinderung von Abwanderungstendenzen sind durch eine am Bedarf orientierte Flächennutzungsplanung geeignete Siedlungsflächen vorzubereiten. Mit einer Gesamtflächengröße des Änderungsbereiches von ca. 5,5 ha trägt das Planvorhaben dem langfristigen Siedlungsbedarf im Hauptort Rastede Rechnung (vgl. Kap. 1.1.1 „Städtebaulicher Bedarf“).

Die konkrete Standortentscheidung für das Planvorhaben basiert auf dem Gemeindeentwicklungskonzept Rastede 2000+ (2004), in dem insgesamt 14 Flächen des Hauptortes unter Berücksichtigung städtebaulicher und naturschutzfachlicher Kriterien (z. B. Immissionslage (Geruch, Lärm), Erschließung, Beeinträchtigung von Natur und Landschaft, Landschaftsbild, ÖPNV-Anbindung) im Hinblick auf ihre Eignung für eine wohnbauliche Entwicklung geprüft wurden. Für die ermittelten Potentialflächen wurden ferner Prioritäten für die konkrete Umsetzung festgelegt. Das Gemeindeentwicklungskonzept wird seitens der Gemeinde Rastede kontinuierlich geprüft und fortgeschrieben, um weiterhin als geeignete Grundlage für kommunale Standortentscheidungen dienen zu können.

Die Fläche mit der im Entwicklungskonzept festgelegten höchsten Priorität (Im Göhlen) ist bereits nahezu vollständig erschlossen und bietet nur noch wenig Erweiterungspotential. Die Entwicklungsflächen im Bereich des Loyer Wegs mit der Prioritätsstufe 2 bieten nur noch nördlich des Loyer Wegs Entwicklungsspielraum. An diesem Standort soll jedoch vorerst keine weitere Entwicklung stattfinden, um den Ort städtebaulich nicht einseitig nur im südöstlichen Teil zu entwickeln. Die Fläche mit der Prioritätsstufe 3 (Buschweg/Voßbarg) scheidet derzeit aufgrund der Lärmsituation durch die Bahn sowie fehlender Grundstücksverfügbarkeit aus. Bezüglich des ausgewählten Wohnbaustandes kommen insofern keine adäquaten Flächenalternativen in Betracht. Gleiches gilt für die untersuchten potenziellen Innenbereichsflächen, die zudem hinsichtlich des Flächenumfanges für den anstehenden Bedarf nicht ausreichend dimensioniert sind. Vor diesem Hintergrund und angesichts der weiterhin anhaltend hohen Nachfrage nach Baugrundstücken hat sich die Gemeinde Rastede zur weitergehenden Deckung des Siedlungsbedarfes für die Entwicklungsfläche „Am Stratjebusch“ mit der im o. g. Konzept festgelegten Prioritätsstufe 4 entschieden. Die Standortentscheidung für das Planvorhaben basiert somit auf einer fachlich fundierten Grundlage unter Berücksichtigung der übergeordneten Ziele der Landes- und Regionalplanung sowie der kommunalen städtebaulichen Entwicklungsziele (vgl. Kap. 1.1.2 „Standortwahl / Standortentscheidung“).

Die zentrumsnah gelegene Entwicklungsfläche befindet sich im Südwesten des Hauptortes zwischen den bestehenden Siedlungsstrukturen an der Carl-Rohde-Straße und der in Realisierung befindlichen Sportanlage am Köttersweg und wird derzeit landwirtschaftlich genutzt. Die konkrete Realisierung des geplanten Wohngebietes erfolgt in zwei Bauabschnitten. Über die parallele Aufstellung des Bebauungsplanes

Nr. 99A werden derzeit die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Umsetzung des ersten Bauabschnitts auf einer Gesamtfläche von ca. 4,5 ha geschaffen.

Zur bauleitplanerischen Koordinierung der immissionsschutzrechtlichen Belange in Bezug auf den von der nahegelegenen Autobahn 29 ausgehenden Verkehrslärm werden im Bebauungsplan auf der Grundlage eines erstellten Schallgutachtens entsprechende Schutzmaßnahmen verbindlich geregelt, wodurch eine diesbezüglich verträgliche Gebietsentwicklung sichergestellt werden kann (s. u.).

Gemäß dem dargelegten Planungsziel werden im Rahmen der 60. Flächennutzungsplanänderung die derzeit für den Änderungsbereich geltenden Darstellungen (private Grünflächen, öffentliche Grünfläche „Sport“, Kompensationsflächen) im Wesentlichen in die Darstellung als Wohnbaufläche gem. § 1 (1) Nr. 1 BauNVO geändert. Weiterhin wird eine Fläche für das zur Oberflächenentwässerung notwendige Regenrückhaltebecken dargestellt. Das innerhalb der betreffenden Fläche vorhandene Biotop wird nachrichtlich übernommen.

Die umweltbezogenen Auswirkungen des Planvorhabens gem. § 1 (6) Nr. 7 BauGB und § 1a BauGB werden im Umweltbericht gem. § 2a BauGB umfassend beschrieben und bewertet. Auf Grundlage umfassender Bestandserfassungen (Biotoptypenkartierung, faunistische Untersuchungen) werden im Rahmen der Umweltprüfung die durch das Planvorhaben vorbereiteten Eingriffe in den Naturhaushalt und das Landschaftsbild im Sinne des BNatSchG bewertet. Für unvermeidbare erhebliche bzw. nachhaltige Beeinträchtigungen der Schutzgüter und ihrer Funktionen sind auf der Ebene der verbindlichen Bauleitplanung Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen vorzusehen (vgl. Kap. 4.1 „Belange von Natur und Landschaft“). Die besonderen artenschutzrechtlichen Belange werden im Rahmen der vorliegenden Bauleitplanung berücksichtigt (vgl. Faunistischer Fachbeitrag zum Bebauungsplan Nr. 99A/ 60. Flächennutzungsplanänderung „Wohngebiet Am Stratjebusch“).

1.1 Städtebaulicher Bedarf/ Standortentscheidung

Im Rahmen dieser Bauleitplanung ist entsprechend den Vorgaben des § 1a (2) BauGB insbesondere die Notwendigkeit der Umwandlung landwirtschaftlich genutzter Flächen zu begründen. Der städtebauliche Bedarf sowie die Standortentscheidung für das Planvorhaben werden in den beiden nächsten Kapiteln entsprechend dargelegt.

1.1.1 Städtebaulicher Bedarf

Die Gemeinde Rastede plant, mit der 60. Flächennutzungsplanänderung weitere Wohnbauflächen im Hauptort auszuweisen, wodurch der langfristige Siedlungsbedarf für den Planungszeitraum bis zum Jahr 2030 teilweise sichergestellt werden soll.

Planerische Grundlage für diese Flächenausweisung bildet die folgende, im Zuge der 51. Flächennutzungsplanänderung "Südlich Schloßpark" (2012) überschlägig durchgeführte Wohnbauflächenbedarfsanalyse, die den Siedlungsbedarf für das gesamte Gemeindegebiet sowie den anteiligen Bedarf im Hauptort Rastede für einen Planungshorizont bis zum Jahr 2030 aufzeigt (vgl. Tabelle im Anhang). Die Ermittlung des zukünftigen Baulandbedarfs setzt sich dabei aus den folgenden drei Faktoren zusammen:

- Prognostizierte Bevölkerungsentwicklung bis zum Jahr 2030,
- Entwicklung der durchschnittlichen Haushaltsgröße,
- Gebäudestruktur und deren Flächenbedarf.

Die bisherige Bevölkerungsentwicklung in Rastede ist analog der regionalen und überregionalen Trends vornehmlich durch Wanderungsbewegungen bestimmt, während die natürliche Bevölkerungsentwicklung seit einigen Jahren rückläufig ist. Aufgrund des demografischen Wandels (geringe Geburtenraten - zunehmende Alterung der Bevölkerung) ist auch für die Zukunft davon auszugehen, dass allein von Seiten der natürlichen Bevölkerungsbewegung kein Wachstum der Bevölkerung mehr zu erwarten sein wird. Mögliches Wachstum der Bevölkerung kann nur noch über intra- und interregionale Wanderungsbewegungen erzeugt werden. In Anbetracht der günstigen Lage der Gemeinde Rastede im Verflechtungsbereich des Oberzentrums Oldenburg, positiver wirtschaftsstruktureller Entwicklungen und den attraktiven Wohnstandortbedingungen (z. B. umfassendes Versorgungs- und Infrastrukturangebot, reizvolle Landschaft, günstige Verkehrsanbindung etc.) ist hier entsprechend der bisherigen Entwicklung auch weiterhin mit Bevölkerungszuwächsen zu rechnen.

Aktuell vorliegende Bevölkerungsvorausberechnungen bestätigen dieses Entwicklungspotenzial für die Gemeinde Rastede: Der Landesbetrieb für Statistik und Kommunikationstechnologie (LSKN) sowie der Demographiebericht des Wegweisers Kommune der Bertelsmannstiftung (vgl. <http://wegweiser-kommune.de>) prognostizieren für Rastede im Untersuchungszeitraum 2010 bis 2030 einen Bevölkerungszuwachs von 6 %. Die demografische Studie „Die demografische Lage der Nation. Wie zukunftsfähig sind Deutschlands Regionen?“ des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung aus dem Jahr 2006 geht sogar von einem Wachstumspotenzial von 5 – 10 % für die Region Ammerland im Zeitraum von 2004 bis 2020 aus. Im Rahmen der "Wohnbauflächenbedarfsanalyse 2030" wurde daher ein Bevölkerungszuwachs von 6 % zum Ansatz gebracht. Die Prognose ergibt somit einen Anstieg der Bevölkerung von 20.939 Einwohnern im Jahr 2011 auf 22.195 Einwohner im Jahr 2030 (+ 1.256 Personen). Angesichts der o. g. Standortvorteile der Gemeinde Rastede wird ein Zuwachs der erwerbstätigen Bevölkerung, etwa von jungen Erwachsenen im Familiengründungsalter erwartet. Entsprechend ist in den nächsten Jahren mit einer anhaltenden Nachfrage nach attraktiven Wohnbaugrundstücken zu rechnen, den es seitens der Gemeinde Rastede zum langfristigen Erhalt der vorhandenen Versorgungsstrukturen aktiv zu fördern gilt. Das regional, im ländlichen Raum vorherrschende Einfamilienhaus stellt hierbei nach wie vor den bevorzugten Gebäudetyp dar. Im Rahmen der o. g. Bedarfsprognose ist eine entsprechende Gebäudestruktur mit dem jeweiligen Flächenbedarf angesetzt worden. Städtebauliches Planungsziel der Gemeinde Rastede ist es, für die o. g. Zielgruppe ein umfassendes Angebot an attraktiven Wohnbaugrundstücken zu schaffen, wodurch dem demografischen Wandel und dessen strukturellen Folgen für die örtliche Infrastruktur (Kindergärten, Schulen etc.) langfristig entgegengewirkt werden kann.

Neben der zu erwartenden Bevölkerungsentwicklung ist auch die Veränderung der Haushaltsstrukturen für die weitere Siedlungsentwicklung relevant. Das Schrumpfen der Haushaltsgrößen bedingt einerseits einen höheren Flächenbedarf, da die absolute Anzahl der Haushalte steigt. Andererseits wächst die Nachfrage nach kleineren Wohnungen in Doppelhäusern, Mehrfamilienhausanlagen und Geschosswohnungsbauten. In der Gemeinde Rastede beträgt die durchschnittliche Haushaltsgröße derzeit bereits 1,71 Personen, was auf den hohen Anteil der älteren, oft allein lebenden Bevölkerung zurückzuführen ist. Für die Bedarfsprognose wurde eine durchschnittliche Haushaltsgröße von 2,0 Personen angesetzt, was dem derzeitigen Landesdurchschnitt entspricht. Somit ist im Jahr 2030 auf Grundlage der Einwohnerzahl im Jahr 2011 (20.939 Einwohner) und der prognostizierten Einwohnerzahl im Jahr 2030 (22.195 Einwohner) mit 628 zusätzlichen Haushalten zu rechnen.

Für den konkreten Bedarf an Nettowohnbauland wurde die folgende, in den derzeitigen Siedlungsgebieten vorherrschende und von Bauinteressierten bevorzugt nachgefragte Gebäudestruktur mit dem jeweiligen Flächenbedarf angesetzt:

- 70 % Einfamilienhäuser 650 m²
- 15 % Doppelhäuser 350 m²
- 15 % Mehrfamilienhäuser 150 m²

Unter Berücksichtigung dieser Faktoren ergibt sich ein Nettobaulandbedarf von ca. 33 ha. Zusätzlich ist noch ein Flächenzuschlag von 30% für notwendige Grün-, Verkehrs- und Wasserflächen sowie für interne Ausgleichsmaßnahmen zu berücksichtigen. Hieraus errechnet sich ein Bruttobaulandbedarf von ca. 43 ha für den Planungszeitraum bis zum Jahr 2030 für die gesamte Gemeinde Rastede. Entsprechend dem raumordnerischen Konzept zur Stärkung der zentralen Orte soll die künftige Siedlungsentwicklung innerhalb der Gemeinde Rastede in erster Linie im Bereich der vorhandenen Siedlungsschwerpunkte und hier vornehmlich im als Mittelzentrum eingestuften Hauptort Rastede liegen. Demzufolge wurde der Hauptanteil (ca. 80%) des ermittelten Bruttobaulandbedarfs dem Ort Rastede zugewiesen, wodurch hier ein Flächenbedarf bis zum Jahr 2030 von ca. 35 ha angesetzt werden kann. Da das über die 51. Flächennutzungsplanänderung „Südlich Schloßpark“ geschaffene Flächenangebot von insgesamt 19,9 ha beidseitig des Loyer Wegs bereits zur anteiligen Deckung des für den Hauptort ermittelten Bedarfs diene, reduziert sich der Wohnbauflächenbedarf entsprechend auf nunmehr ca. 15 ha bis zum Jahr 2030. Die im Plangebiet "Südlich Schloßpark" über die beiden Bebauungspläne Nr. 93A und 93B bereits erschlossenen Baugrundstücke südlich des Loyer Wegs sind bereits vollständig verkauft, während die Nachfrage nach Baugrundstücken im Ort Rastede unverändert anhält. Eine Weiterentwicklung an diesem Standort ist zur Zeit jedoch nicht vorgesehen, um den Ort städtebaulich nicht einseitig nur im südöstlichen Teil zu entwickeln (vgl. Kap. 1.1.2 „Standortwahl / Standortentscheidung“).

Die mit der vorliegenden 60. Flächennutzungsplanänderung beabsichtigte Neuausweisung von Wohnbauflächen auf einer Gesamtfläche von ca. 5,5 ha im Bereich des „Stratje-Buschs“ stellt vor diesem Hintergrund eine angemessene Angebotsplanung für den Planungszeitraum bis zum Jahr 2030 dar, um dem zu erwartenden Bevölkerungszuwachs und der daraus resultierenden Nachfrage, insbesondere nach Baugrundstücken für die Realisierung von Einfamilien- und Doppelhäusern, im Hauptort Rastede anteilig Rechnung zu tragen. Angesichts der aktuellen Nachfragesituation soll zugleich ein Angebotsrahmen für die Realisierung von Reihenhäusern geschaffen werden.

Die konkrete Erschließung des Plangebietes ist in zwei Entwicklungsabschnitten vorgesehen. Mit der parallelen Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 99A erfolgt derzeit die Entwicklung des ersten Bauabschnitts auf einer Gesamtfläche von 4,5 ha. Für die betreffenden Baugrundstücke sind bei der Gemeinde Rastede bereits Interessenten vorgemerkt, wodurch sich ein entsprechender Siedlungsbedarf bereits konkret abzeichnet und das städtebauliche Erfordernis nach § 1 (3) BauGB gegeben ist.

1.1.2 Standortwahl / Standortentscheidung

Die konkrete Standortentscheidung für das Planvorhaben basiert auf dem Gemeindeentwicklungskonzept Rastede 2000+ (2004). In diesem wurden insgesamt 14 Flächen des Hauptortes unter Berücksichtigung städtebaulicher und naturschutzfachlicher Kriterien (z. B. Immissionslage (Geruch, Lärm), Erschließung, Beeinträchtigung von Natur und Landschaft, Landschaftsbild, ÖPNV-Anbindung) im Hinblick auf ihre Eignung für eine wohnbauliche Entwicklung geprüft. Für die ermittelten Potentialflächen wurden

ferner Prioritäten für die konkrete Umsetzung festgelegt. Das Gemeindeentwicklungskonzept wird seitens der Gemeinde Rastede kontinuierlich geprüft und fortgeschrieben, um weiterhin als geeignete Grundlage für kommunale Standortentscheidungen dienen zu können. Die erst im Rahmen der 51. Flächennutzungsplanänderung „Südlich Schloßpark“ im Jahr 2012 vorgenommene Überprüfung der potentiellen Wohnbauflächen ergab keine neuen Erkenntnisse in Bezug auf die jeweilige Standorteignung der im Entwicklungskonzept erfassten Potentialflächen:

Anlässlich des vorliegenden Planvorhabens erfolgte seitens der Gemeinde Rastede eine erneute Betrachtung der potenziellen Entwicklungsflächen bezüglich einer zeitnahen Inanspruchnahme. Die Fläche mit der im Entwicklungskonzept festgelegten höchsten Priorität (Im Göhlen) ist bereits nahezu vollständig erschlossen und bietet nur noch wenig Erweiterungspotential. Die Entwicklungsflächen im Bereich des Loyer Wegs mit der Prioritätsstufe 2 bieten nur noch nördlich des Loyer Wegs Entwicklungsspielraum. An diesem Standort soll wie erwähnt jedoch vorerst keine weitere Entwicklung stattfinden, um den Ort städtebaulich nicht einseitig nur im südöstlichen Teil zu entwickeln. Die Fläche mit der Prioritätsstufe 3 (Buschweg/Voßbarg) scheidet derzeit aufgrund der Lärmsituation durch die Bahn sowie fehlender Grundstücksverfügbarkeit aus. Vor diesem Hintergrund hat sich die Gemeinde Rastede zur weitergehenden Deckung des Siedlungsbedarfes für die Entwicklung der Fläche im Bereich „Am Stratjebusch“ mit der im o. g. Konzept festgelegten Prioritätsstufe 4 entschieden. Die Standortentscheidung für das Planvorhaben basiert somit auf einer fachlich fundierten Grundlage unter Berücksichtigung der Ziele der Landes- und Regionalplanung und der kommunalen städtebaulichen Entwicklungsziele.

Entsprechend der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung, die Siedlungsentwicklung vornehmlich auf den Innenbereich zu konzentrieren verfolgt die Gemeinde Rastede, wie ebenfalls im Gemeindeentwicklungskonzept festgehalten wurde, auch das städtebauliche Ziel, vorhandene Flächenreserven im innerörtlichen Bereich, sofern kommunal verfügbar und städtebaulich geeignet, für Siedlungszwecke heranzuziehen. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, dass viele der für eine wohnbauliche Nutzung und zu Nachverdichtungszwecken geeigneten Standorten im Innenbereich aus eigentumsrechtlichen Gründen oftmals kurz- bis mittelfristig nicht umsetzbar sind (vgl. Gemeindeentwicklungskonzept: S. 58).

Die Deckung des für die Gemeinde Rastede berechneten Bedarfs an Wohnbauflächen insbesondere für die Zielgruppe der jungen Erwachsenen im erwerbsfähigen Alter ist daher alleine über die Entwicklung von innerörtlichen Bauplätzen nicht ansatzweise realisierbar. Die städtebauliche und naturschutzfachliche Eignung von Flächen im Innenbereich für eine wohnbauliche Entwicklung wird seitens der Gemeinde Rastede jedoch regelmäßig geprüft. Hiernach geeignete Flächen sollen bei gegebener Verfügbarkeit vorrangig gegenüber Außenbereichslagen entwickelt werden. Zudem verfolgt die Gemeinde durch die Schaffung eines vielfältigen Wohnraumangebotes im innerörtlichen Bereich und durch die Attraktivitätssteigerung des Ortskerns das städtebauliche Ziel, dem demografischen Wandel mit einer Ausrichtung auf altersgerechte Bedürfnisse des Wohn- und Infrastrukturangebotes Rechnung zu tragen.

Die im Zuge der 51. Flächennutzungsplanänderung im Jahr 2012 vorgenommene Neubewertung von im Gemeindeentwicklungskonzept berücksichtigten Potentialflächen einschließlich einer Betrachtung von zusätzlichen möglichen Wohnbauflächen im Innenbereich hat ein weiteres Wohnbauflächenpotential von 6,8 ha über vorhandene Baulücken ergeben. Entsprechend der o. g. kommunalen Zielsetzung ist die Gemeinde Rastede bestrebt, dieses Wohnbauflächenpotential vorrangig gegenüber Außenbereichsflächen zu entwickeln. Mit einer Realisierungswahrscheinlichkeit von 25% auf-

grund der begrenzten Verfügbarkeit dieser Flächen, lässt sich hierüber jedoch nur ein Teil des ermittelten Wohnflächenbedarfs decken. Für das Planvorhaben der Entwicklung von weiteren Wohnbauflächen für die Realisierung von Einzel- und Doppelhäusern kommen hinsichtlich des Standortes und Flächenangebotes demzufolge derzeit keine vergleichbaren Flächen in Betracht.

2.0 RAHMENBEDINGUNGEN

2.1 Kartenmaterial

Die Planzeichnung der 60. Flächennutzungsplanänderung wurde auf der Grundlage der vom Katasteramt Westerstede zur Verfügung gestellten automatisierten Liegenschaftskarte (ALK) im Maßstab 1:5.000 erstellt.

2.2 Räumlicher Geltungsbereich

Der räumliche Geltungsbereich der 60. Flächennutzungsplanänderung mit einer Flächengröße von ca. 5,5 ha liegt am südwestlichen Ortsrand des Hauptortes Rastede, westlich des „Stratje-Buschs“ und erstreckt sich hier ausgehend von der bestehenden Wohnsiedlung an der Carl-Rohde-Straße bis zum Köttersweg. Die konkrete Abgrenzung sowie die Lage im Gemeindegebiet sind der Planzeichnung zu entnehmen.

2.3 Nutzungsstrukturen und städtebauliche Situation

Das derzeit landwirtschaftlich genutzte Plangebiet liegt am südwestlichen Ortsrand des Mittelzentrums Rastede. Unmittelbar nördlich grenzen Wohnsiedlungen an. Östlich befindet sich das Landschaftsschutzgebiet „Stratje-Busch“ (Kennzeichen LSG WST 083). Südlich, in einer Entfernung von ca. 150 m zur geplanten Wohnbebauung schließt die in Realisierung befindliche Sportanlage am „Köttersweg“ an. Vereinzelt befinden sich im näheren Umfeld Wohnnutzungen im Außenbereich. Westlich, ca. 160 m vom Plangebiet entfernt, verläuft die Bundesautobahn 29. Das gesamte Plangebiet ist von Wallhecken durchzogen bzw. wird durch diese begrenzt.

3.0 PLANERISCHE VORGABEN UND HINWEISE

3.1 Landesraumordnungsprogramm (LROP)

Nach § 1 des BauGB unterliegen Bauleitpläne, in diesem Fall die 60. Flächennutzungsplanänderung, einer Anpassung an die Ziele der Raumordnung. Aus den Vorgaben der übergeordneten Planungen ist die kommunale Planung zu entwickeln bzw. hierauf abzustimmen. Im Landesraumordnungsprogramm Niedersachsen (LROP) aus dem Jahr 2012 werden für das Plangebiet keine gesonderten Festsetzungen getroffen. Der Ort Rastede ist im LROP als Mittelzentrum festgelegt. Grundsätzlich ist die Siedlungsentwicklung auf die zentralörtlichen Bereiche zu konzentrieren. Mit der bedarfsge rechten Ausweitung des Angebots an Wohnbauflächen im Mittelzentrum Rastede wird dieser raumordnerischen Zielaussage entsprochen.

3.2 Regionales Raumordnungsprogramm (RROP)

Das Regionale Raumordnungsprogramm (RROP) des Landkreises Ammerland liegt aus dem Jahr 1996 vor. Die Gültigkeit des RROP wurde nach einer Prüfung der Aktualität mit Bekanntmachung vom 07.06.2007 für weitere 10 Jahre verlängert. Entspre-

chend den o. g. Vorgaben des LROP wird die Gemeinde Rastede im RROP als Standort mit der Schwerpunktaufgabe Sicherung und Entwicklung von Wohnstätten ausgewiesen. In dieser Funktion hat die Gemeinde Rastede für ein über den eigenen Bedarf hinausgehendes Angebot an Wohnbauland Sorge zu tragen. Über die hier geplante Vorbereitung von weiteren Wohnbauflächen im Hauptort entsprechend der aktuellen Nachfrage und unter Berücksichtigung des langfristigen Siedlungsbedarfes für das Gemeindegebiet wird somit den Zielen der Regionalplanung entsprochen.

Angesichts der städtebaulichen Vorprägung des Bereiches durch die an der Carl-Rohde-Straße gelegenen Siedlungsstrukturen und der Nähe zur Bundesautobahn werden die konkreten Inhalte des RROP für das Plangebiet selbst (Vorsorgegebiet für die Landwirtschaft, für die Erholung und für Natur und Landschaft) nur geringfügig berührt. Die Funktion des im Bereich des Plangebietes verlaufenden Abschnitts der Straße "Am Stratjebusch" als regional bedeutsamer Wanderweg wird durch das Planvorhaben ebenfalls nicht beeinträchtigt.

3.3 Vorbereitende Bauleitplanung

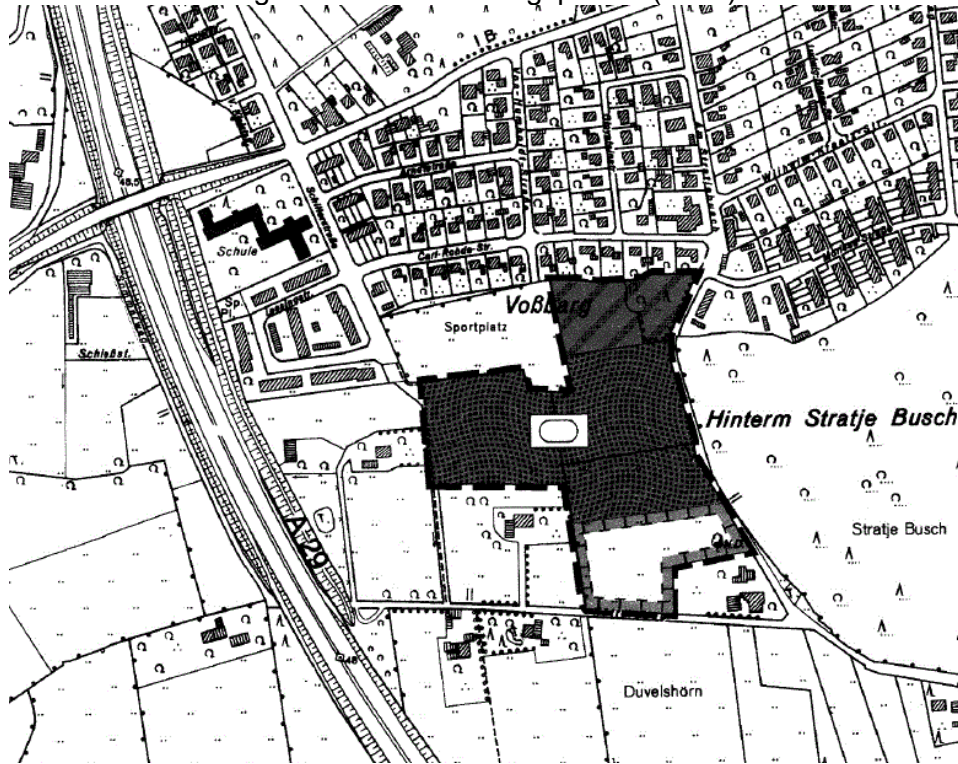
Für das Plangebiet gelten aktuell die Darstellungen des rechtswirksamen Flächennutzungsplanes der Gemeinde Rastede aus dem Jahr 1993 einschließlich der 6. Änderung aus dem Jahr 2000. Im Norden wird demzufolge eine private Grünfläche dargestellt. Im Nordwesten sowie für den zentralen Bereich des Plangebietes gilt die Darstellung als öffentliche Grünfläche mit der Zweckbestimmung „Sport“. Im Süden werden Kompensationsflächen gem. § 5 (2) Nr. 10 BauGB dargestellt. Über die vorliegende 60. Änderung des Flächennutzungsplanes werden die Inhalte an die für das Plangebiet geänderten städtebaulichen Ziele angepasst (vgl. Abb. 1 und 2).

Abb. 1: Auszug aus dem Flächennutzungsplan (1993)



Quelle: Gemeinde Rastede

Abb. 2: 6. Änderung des Flächennutzungsplanes (2000)



Quelle: Gemeinde Rastede

3.4 Verbindliche Bauleitplanung

Für die Entwicklungsflächen im Norden liegt derzeit keine verbindliche Bauleitplanung vor. Sie sind entsprechend planungsrechtlich dem Außenbereich gem. § 35 BauGB zuzuordnen. Für das überwiegende Plangebiet gelten die Inhalte des Bebauungsplanes Nr. 53 „Sportplatz Südende“, der hier eine öffentliche Grünfläche mit der Zweckbestimmung "Sportplatz" mit entsprechenden Nutzungen und Anlagen (Spielfeld, Vereinsheim, Geräteschuppen etc). vorsieht. Ferner beinhaltet der Ursprungsplan die Festlegung von Kompensationsflächen sowie die Sicherung von im Plangebiet vorkommenden Wallhecken. Über die parallele Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 99A erfolgt derzeit die konkrete Gebietsentwicklung für den ersten Bauabschnitt des nunmehr am Standort vorgesehenen Wohngebietes. Mit Rechtswirkung des Bebauungsplanes Nr. 99A treten die oben genannten Inhalte des Bebauungsplanes Nr. 53 für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 99A außer Kraft.

4.0 ÖFFENTLICHE BELANGE

4.1 Belange von Natur und Landschaft

Die Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege gem. § 1a BauGB sowie die sonstigen umweltbezogenen Auswirkungen des Planvorhabens gem. § 1 (6) Nr. 7 BauGB werden im Rahmen des Umweltberichtes gem. § 2a BauGB zur 60. Flächennutzungsplanänderung bewertet. Die Belange des Umwelt- und Naturschutzes sowie der Landschaftspflege sind so umfassend zu berücksichtigen, dass die Beeinträchtigungen des Naturhaushaltes, die mit der Realisierung der Flächennutzungsplanänderung verbunden sind, sofern möglich vermieden, minimiert oder kompensiert werden können. Über die Entwicklung entsprechender Maßnahmen auf

Grundlage der angewandten Eingriffsregelung wird dies im Rahmen der Umweltprüfung geschehen.

Für unvermeidbare erhebliche bzw. nachhaltige Beeinträchtigungen der Schutzgüter und ihrer Funktionen sind auf der Ebene der verbindlichen Bauleitplanung Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen vorzusehen. Die besonderen artenschutzrechtlichen Belange werden im Rahmen der vorliegenden Bauleitplanung berücksichtigt (vgl. Umweltbericht zur 60. Flächennutzungsplanänderung und Faunistischer Fachbeitrag zum Bebauungsplan Nr. 99A/ 60. Flächennutzungsplanänderung „Am Stratjebusch“).

4.2 Belange des Immissionsschutzes

Im Rahmen der Bauleitplanung sind die mit der Planung verbundenen, unterschiedlichen Belange untereinander und miteinander zu koordinieren, so dass Konfliktsituationen vermieden und die städtebauliche Ordnung sichergestellt wird. Angesichts der Lage des Plangebietes in der Nähe zur Bundesautobahn 29 und der derzeit in Realisierung befindlichen Sportanlage am Köttersweg ist die Beurteilung der akustischen Situation im Planungsraum ein wesentlicher Belang.

4.2.1 Verkehrslärm

Zur Untersuchung möglicher Konflikte hinsichtlich des Verkehrslärms ausgehend von der westlich des Plangebietes verlaufenden Bundesautobahn 29 wurde eine schalltechnische Untersuchung durch das Ingenieurbüro ted GmbH, Bremerhaven vorgenommen. Als Schutzanspruch wurden hierin die Orientierungswerte gem. DIN 18005 (Schallschutz im Städtebau) von 55 dB(A) tags und 45 dB(A) nachts für die geplanten allgemeinen Wohngebiete (WA) berücksichtigt.

Als Datengrundlage dienten Verkehrszählraten aus dem Jahr 2010. Die künftige Verkehrsentwicklung wurde in Bezug auf das Jahr 2030 mit einer jährlichen Zuwachsrate von 1,0% berücksichtigt.

Die Berechnungsergebnisse verdeutlichen, dass die Orientierungswerte der DIN 18005 im gesamten Plangebiet zur Tages- und zur Nachtzeit überschritten werden. Zur Regelung der Überschreitung werden auf der Grundlage des Schallgutachtens im Bebauungsplan Nr. 99A Lärmschutzvorkehrungen in Form passiver Schallschutzmaßnahmen verbindlich geregelt. Das Plangebiet befindet sich laut dem Schallgutachten innerhalb der Lärmpegelbereiche III und IV gem. DIN 4109, in denen Anforderungen an die Luftschalldämmung der Außenbauteile von Gebäuden einzuhalten sind. Ferner werden im parallelen Bebauungsplan Nr. 99A Vorkehrungen zum Schutz der Außenwohnbereiche getroffen. Durch diese Maßnahmen wird sichergestellt, dass es für die geplanten Wohnnutzungen zu keiner unverträglichen Belastung hinsichtlich des Verkehrslärms kommt.

Die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr – Geschäftsbereich Oldenburg (NLStBV) führt in ihrer Stellungnahme vom 10.04.2014 aus, dass im Rahmen der schalltechnischen Untersuchung zu dieser Bauleitplanung die Ergebnisse der Verkehrsuntersuchung für die Anbindung der Küstenautobahn A 20 an die A 29 (Stand: Februar 2012) zu Grunde zu legen seien. Die NLStBV bezieht sich auf den Planfall 4 für das Jahr 2025.

Der Belang wurde seitens des Ingenieurbüros ted GmbH geprüft. Laut ergänzender Stellungnahme des Schallgutachters vom 19.05.2014 ergibt sich durch den höheren Verkehrsansatz nach dem Planfall 4 rechnerisch tags und nachts eine geringe Pe-

gelerhöhung von 2 dB. Eine Änderung des Mittelungspegels um mehr als 3 dB wird im Kontext mit der 16. BImSchV als eine wesentliche Änderung verstanden, da diese von der Mehrzahl der Betroffenen subjektiv als eine Änderung der Immissionssituation wahrgenommen wird. In Bezug auf den betrachteten Verkehrsweg ergibt sich rechnerisch eine Pegelerhöhung um 3 dB bei einer Verdopplung der Verkehrsmenge (entspricht einer Verkehrsstärke von $M_t = 4600$ Kfz/h und $M_n = 660$ Kfz/h bzw. einem DTV ≈ 78.000 Kfz/24 h in Bezug auf den Ansatz aus der Zählung 2010 +20%).

In der Verkehrsuntersuchung für die Küstenautobahn A 20 Westerstede bis Drochtersen (Stand: Februar 2012) wird im Planfall 4 für das Jahr 2025 folgende Belastung prognostiziert: 51.400 Kfz/24 h, davon 6520 SV/24 h. Die o. g. Ausführungen zeigen entsprechend, dass man im Planfall 4 von einer Verdopplung der Verkehrsmenge auf dem relevanten Abschnitt der geplanten Küstenautobahn weit entfernt ist. Eine Vernachlässigung der ermittelten Pegelerhöhung von 2 dB im Vergleich zu dem im Schallgutachten gewählten Verkehrsansatz sieht die Gemeinde Rastede vor diesem Hintergrund als vertretbar an, zumal für den relevanten Streckenabschnitt der Küstenautobahn bislang noch kein Antrag auf Planfeststellung gestellt wurde.

4.2.2 Sportlärm

Durch das Ingenieurbüro ted GmbH, Bremerhaven wurde eine weitere Untersuchung zur künftigen Sportlärmbelastung ausgehend von der in Realisierung befindlichen Sportanlage am "Köttersweg" vorgenommen.

Für die Beurteilung wurden hierin die Belastungszahlen bei Spielbetrieb an Sonntagen innerhalb sowie außerhalb der Ruhezeiten betrachtet. Gemäß der 18. BImSchV (Sportanlagenlärmschutzverordnung) gelten hierbei für allgemeine Wohngebiete (WA) folgende Richtwerte:

- 55 dB(A) tags außerhalb der Ruhezeiten
- 50 dB(A) tags innerhalb der Ruhezeiten

Die Untersuchungsergebnisse zeigen, dass die Richtwerte im Bereich der geplanten Wohnbebauung im Beurteilungszeitraum eingehalten werden. Eine Konfliktsituation aufgrund des zu erwartenden Sportlärms ist für die geplanten Wohnnutzungen demnach nicht gegeben.

4.3 Belange der Wasserwirtschaft

In der Bauleitplanung sind die Belange der Wasserwirtschaft zu beachten. Zur Regelung der Oberflächenentwässerung wurde durch das Ingenieurbüro Prante, Rastede ein Oberflächenentwässerungskonzept erstellt. Gemäß diesem ist für eine konfliktfreie Oberflächenentwässerung die Anlage eines Regenrückhaltebeckens erforderlich. Als Standort für das neue Regenrückhaltebecken ist eine Fläche im Süden des Plangebietes vorgesehen. Im Bebauungsplan Nr. 99A wird diese planungsrechtlich gesichert.

Die wasserrechtlichen Genehmigungsanträge mit den Detailplanungen zur Gebietsentwässerung werden rechtzeitig bei der Unteren Wasserbehörde des Landkreises Ammerland gestellt.

Das Plangebiet liegt zum Teil innerhalb des Wasserschutzgebietes Alexandersfeld (Schutzzone III B). Die Verbote und Nutzungseinschränkungen des Niedersächsischen Wassergesetzes (NWG) sind zu berücksichtigen.

4.4 Abstand zu Wald

Das Plangebiet befindet sich westlich des „Stratje-Buschs“. Zum Schutz der künftigen Bewohner des Plangebietes vor Waldbränden und Windwurf und zur Berücksichtigung der Belange des Waldeigentümers ist ein ausreichender Abstand zwischen der geplanten Wohnbebauung und dem Wald vorzusehen. Eine gesetzliche Grundlage für konkret einzuhaltende Abstände zwischen Wald und Wohnnutzung gibt es in Niedersachsen nicht, so dass konkrete Abstände nicht gefordert werden können. Der Waldeigentümer ist aufgrund der vorhandenen und direkt angrenzenden Straße „Am Stratje-busch“ verkehrssicherungspflichtig und hat diesbezüglich bereits für eine Gefahrenabwehr Sorge zu tragen. Der gewählte Abstand der künftigen Bebauung zum angrenzenden Wald von ca. 15 m gemäß den Inhalten des parallelen Bebauungsplanes Nr. 99A wird vor diesem Hintergrund seitens der Gemeinde Rastede als ausreichend erachtet.

4.5 Belange des Denkmalschutzes

Im Rahmen der Bauleitplanung sind gem. § 1 (6) Nr. 5 BauGB die Belange des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege zu beachten. In diesem Zusammenhang wird auf die Meldepflicht von ur- und frühgeschichtlichen Bodenfunden im Zuge von Bauausführungen hingewiesen: „Sollten bei den geplanten Bau- und Erdarbeiten ur- oder frühgeschichtliche Bodenfunde (das können u. a. sein: Tongefäßscherben, Holzkohleansammlungen, Schlacken sowie auffällige Bodenverfärbungen, u. Steinkonzentrationen, auch geringe Spuren solcher Funde) gemacht werden, sind diese gem. § 14 Abs. 1 des Nds. Denkmalschutzgesetzes (NDSchG) meldepflichtig und der zuständigen unteren Denkmalschutzbehörde des Landkreises Ammerland oder dem niedersächsischen Landesamt für Denkmalpflege – Referat Archäologie – Stützpunkt Oldenburg, Ofener Straße 15, Tel.: 0441 / 7992120 unverzüglich zu melden. Meldepflichtig sind der Finder, der Leiter der Arbeiten oder der Unternehmer. Bodenfunde und Fundstellen sind nach § 14 Abs. 2 des NDSchG bis zum Ablauf von vier Werktagen nach der Anzeige unverändert zu lassen, bzw. für ihren Schutz ist Sorge zu tragen, wenn nicht die Denkmalschutzbehörde vorher die Fortsetzung der Arbeit gestattet.“

Südwestlich des Plangebietes befindet sich das Baudenkmal (Wohn- und Wirtschaftsgebäude Köttersweg 30, Objektkennziffer: 451005.00120). Sämtliche Baumaßnahmen in der Umgebung des Baudenkmales, die dessen Erscheinungsbild beeinflussen können, bedürfen gem. § 10 (1) Nr. 4 NDSchG einer denkmalrechtlichen Genehmigung.

4.6 Altablagerungen

Im Rahmen des Altlastenprogramms des Landes Niedersachsen haben die Landkreise gezielte Nachermittlungen über Altablagerungen innerhalb ihrer Grenzen durchgeführt und entsprechendes Datenmaterial gesammelt. Dieses wurde vom damaligen Niedersächsischen Landesamt für Wasser und Abfall (aktuell: Niedersächsischer Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN)) bewertet. Hiernach liegen im Plangebiet keine Altablagerungen vor. Sollten allerdings bei den geplanten Bau- und Erdarbeiten Hinweise auf Altablagerungen zutage treten, so ist unverzüglich die untere Bodenschutzbehörde des Landkreises Ammerland zu benachrichtigen.

5.0 INHALT DER FLÄCHENNUTZUNGSPLANÄNDERUNG

5.1 Art der baulichen Nutzung

Ziel dieser Bauleitplanung ist die bedarfsgerechte Bereitstellung von weiteren Wohnbauflächen im Hauptort der Gemeinde Rastede westlich des "Stratje-Buschs". Der hierfür auf der Grundlage des Gemeindeentwicklungskonzepts Rastede 2000+ gewählte Standort wird im Rahmen der 60. Flächennutzungsplanänderung dementsprechend weitestgehend als Wohnbaufläche (W) gem. § 1 (1) BauNVO dargestellt.

5.2 Flächen für die Wasserwirtschaft und zur Regelung des Wasserabflusses

Für das zur Oberflächenentwässerung im Plangebiet erforderliche Regenrückhaltebecken wird eine entsprechend dimensionierte Fläche als Fläche zur Regelung des Wasserabflusses gem. § 5 (2) Nr. 7 BauGB planungsrechtlich gesichert. Als Maßnahme zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft soll dieses im Rahmen der konkreten Gebietsentwicklung naturnah angelegt werden (vgl. Kap. 5.3).

5.3 Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft

Als Maßnahme zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft soll das für die Oberflächenentwässerung des Plangebietes vorgesehene Regenrückhaltebecken naturnah angelegt werden. Die vorgesehene Fläche für das Becken wird folglich neben der Darstellung als Fläche für die Wasserwirtschaft auch als Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft gem. § 5 (2) Nr. 10 BauGB dargestellt.

5.4 Umgrenzung von Schutzgebieten und Schutzobjekten im Sinne des Naturschutzrechts

Innerhalb des Plangebietes befindet sich im südlichen Bereich ein nach § 30 BNatSchG gesetzlich geschütztes Biotop (Wiesentümpel). Dieses wird gem. § 5 (4) BauGB nachrichtlich übernommen und als Schutzobjekt im Sinne des Naturschutzrechts gekennzeichnet. Durch die gewählte Darstellung soll das Biotop geschützt und erhalten bleiben.

6.0 VERKEHRLICHE UND TECHNISCHE INFRASTRUKTUR

- **Verkehrerschließung**

Die Haupteerschließung des Plangebietes erfolgt künftig über die Straße "Am Stratjebusch".

- **ÖPNV**

Das Planungsgebiet liegt im Einzugsbereich der Haltestelle „Rastede, Schillerstraße“, die von den Linien 370 und 342 bedient wird. Die Linie 370 verkehrt zwischen Rastede, Wiefelstede und Bad Zwischenahn. Die Fahrten der Linie 342 sind auf die Bedürfnisse der Schülerbeförderung ausgelegt. Nach dem ÖPNV-orientierten Siedlungsentwicklungskonzept des Landkreises Ammerland liegt das Plangebiet außerhalb des 1.000 m-Radius der Ortsmitte von Rastede.

- **Gas- und Stromversorgung**
Die Gas- und Stromversorgung erfolgt über den Anschluss an die Versorgungsnetze der Energieversorgung Weser-Ems (EWE).
- **Schmutz- und Abwasserentsorgung**
Die Schmutz- und Abwasserentsorgung innerhalb des Plangebietes wird über den Anschluss an das vorhandene und noch zu erweiternde Kanalnetz gesichert.
- **Wasserversorgung**
Die Versorgung des Plangebietes mit Trinkwasser wird durch den Oldenburgisch-Ostfriesischen Wasserverband (OOWV) gesichert.
- **Abfallbeseitigung**
Die Abfallentsorgung erfolgt durch den Landkreis Ammerland.
- **Oberflächenentwässerung**
Für die Ableitung des im Plangebiet anfallenden Regenwassers wurde ein Oberflächenentwässerungskonzept durch das Ingenieurbüro Prante, Rastede erstellt. Gemäß diesem ist für die konfliktfreie Entwässerung des Plangebietes die Anlage eines Regenrückhaltebeckens erforderlich (vgl. Kap. 4.3).
- **Fernmeldetechnische Versorgung**
Die fernmeldetechnische Versorgung des Bebauungsplangebietes erfolgt über die verschiedenen Telekommunikationsanbieter.
- **Sonderabfälle**
Sonderabfälle sind vom Abfallerzeuger einer ordnungsgemäßen Entsorgung zuzuführen.
- **Brandschutz**
Die Löschwasserversorgung innerhalb des Plangebietes wird gemäß den entsprechenden Anforderungen sichergestellt.

VERFAHRENSGRUNDLAGEN / -ÜBERSICHT / -VERMERKE

Rechtsgrundlagen

Der Flächennutzungsplanänderung liegen zugrunde (in der jeweils aktuellen Fassung):

- BauGB (Baugesetzbuch),
- BauNVO (Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke: Baunutzungsverordnung),
- PlanzV (Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhaltes: Planzeichenverordnung),
- NBauO (Niedersächsische Bauordnung),
- NAGBNatSchG (Niedersächsisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz),
- BNatSchG (Bundesnaturschutzgesetz),
- NKomVG (Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz).

Verfahrensübersicht

Aufstellungsbeschluss

Der Verwaltungsausschuss der Gemeinde Rastede hat in seiner Sitzung am gem. § 2 BauGB den Beschluss zur Aufstellung der 60. Flächennutzungsplanänderung gefasst.

Beteiligung der Öffentlichkeit

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit an der Bauleitplanung gem. § 3 (1) BauGB (öffentliche Darlegung der allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung und Anhörung der Öffentlichkeit) erfolgte vom bis zum Die ortsübliche Bekanntmachung hierzu erfolgte am durch Hinweis in der Tagespresse.

Öffentliche Auslegung

Die Begründung hat gem. § 3 (2) BauGB vom bis zum zusammen mit der Planzeichnung und dem Umweltbericht zusammen mit den wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen öffentlich ausgelegt. Die ortsübliche Bekanntmachung hierzu erfolgte am durch Hinweis in der Tagespresse.

Rastede,

.....
Bürgermeister

Planverfasser

Die Ausarbeitung der 60. Flächennutzungsplanänderung erfolgte im Auftrag der Gemeinde Rastede vom Planungsbüro:

**Diekmann &
Mosebach** 
Regionalplanung
Stadt- und Landschaftsplanung
Entwicklungs- und Projektmanagement
*Oldenburger Straße 86 · 26180 Rastede
Telefon (0 44 02) 91 16 30
Telefax (0 44 02) 91 16 40*

.....
Dipl.-Ing. Olaf Mosebach
(Planverfasser)

Anhang

- Gemeinde Rastede:
Wohnbauflächenbedarfsanalyse 2030

Gemeinde Rastede: Wohnbauflächenbedarfsanalyse 2030

- | | | |
|--|---------------------------|--------------------|
| 1) Angenommenes Bevölkerungswachstum bis 2030= | 6 % | |
| 2) durchschnittliche Haushaltsgröße= | 2,0 Personen pro Haushalt | |
| 3) Gebäudestruktur: | 70 % Einfamilienhäuser | 650 m ² |
| | 15 % Doppelhäuser | 350 m ² |
| | 15 % Mehrfamilienhäuser | 150 m ² |

Überschlägige Vorausschätzung des Wohnbauflächenbedarfs 2030
Anzahl der zusätzlichen Haushalte durch Bevölkerungszuwachs (6% 2011 bis 2030)
gem. Prognoseansatz der Bertelsmannstudie

Einwohner 2011:	20.939 Einwohner
Einwohner 2030:	22.195 Einwohner
Bevölkerungszuwachs von 2011 bis zum Jahr 2030 absolut:	1.256 Einwohner

Anzahl der zusätzlichen Haushalte bei einer Ø Haushaltsgröße von
2,0 Personen / Haushalt

628 Haushalte

Erforderliches Nettowohnbauland bei einer Gebäudestruktur von

70% Einfamilienhäuser (Ø 650 m²) / 440 Haushalte 28,57 ha15% Doppelhäuser (Ø 350 m²) / 94 Haushalte 3,30 ha15% Mehrfamilienhäuser (Ø 150 m²) / 94 Haushalte 1,41 ha**Nettobauland:****33,28 ha**

zuzügl. 30% Verkehrs-, Grün- und Wasserflächen + Kompensation

9,99 ha

Bedarf an Bruttowohnbauland bis zum Jahr 2030
für die Gemeinde Rastede gesamt
43,27 ha

Bruttowohnbauland im Hauptort Rastede (80% des Gesamtbedarfs) 34,62 ha

Wohnbauflächenbedarf bis zum Jahr 2030
für den Hauptort Rastede gesamt
34,62 ha

Von dem ermittelten Wohnbauflächenbedarf für den Hauptort werden bereits 19,9 ha im Geltungsbereich der 51. Flächennutzungsplanänderung „Südlich Schloßpark“ abgedeckt. Der Wohnbauflächenbedarf reduziert sich aufgrund dessen auf nunmehr ca. 15 ha bis zum Jahr 2030.

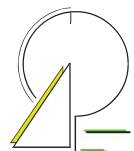
GEMEINDE RASTEDE

Landkreis Ammerland



60. Änderung des Flächennutzungsplanes „Wohngebiet Am Stratjebusch“

UMWELTBERICHT (Teil II)



INHALTSÜBERSICHT

TEIL II: UMWELTBERICHT	1
1.0 EINLEITUNG	1
1.1 Beschreibung des Planvorhabens / Angaben zum Standort	1
1.2 Umfang des Vorhabens und Angaben zu Bedarf an Grund und Boden	1
2.0 PLANERISCHE VORGABEN UND HINWEISE	1
2.1 Landschaftsprogramm	2
2.2 Landschaftsrahmenplan	2
2.3 Naturschutzfachlich wertvolle Bereiche / Schutzgebiete	3
2.4 Artenschutzrechtliche Belange	3
3.0 BESCHREIBUNG UND BEWERTUNG DER UMWELTAUSWIRKUNGEN	4
3.1 Bestandsaufnahme und Bewertung der einzelnen Schutzgüter	4
3.1.1 Schutzgut Mensch	6
3.1.2 Schutzgut Pflanzen	7
3.1.3 Schutzgut Tiere	13
3.1.4 Schutzgut Boden	14
3.1.5 Schutzgut Wasser	15
3.1.6 Schutzgut Klima und Luft	15
3.1.7 Schutzgut Landschaft	16
3.1.8 Schutzgut Kultur- und Sachgüter	17
3.1.9 Wechselwirkungen	17
3.1.10 Zusammengefasste Umweltauswirkungen	18
3.2 Entwicklungsprognosen des Umweltzustandes	18
3.2.1 Entwicklung des Umweltzustandes bei Planungsdurchführung	18
3.2.2 Entwicklung des Umweltzustandes bei Nichtdurchführung - Nullvariante	18
3.3 Vermeidung / Minimierung / Ausgleich und Ersatz nachteiliger Umweltauswirkungen	18
3.3.1 Bilanzierung	19
3.3.2 Schutzgut Mensch	21
3.3.3 Schutzgut Pflanzen	21
3.3.4 Schutzgut Tiere	21
3.3.5 Schutzgut Boden	22
3.3.6 Schutzgut Wasser	22
3.3.7 Schutzgut Klima / Luft	22
3.3.8 Schutzgut Landschaft	22
3.3.9 Schutzgut Kultur- und Sachgüter	23
3.4 Anderweitige Planungsmöglichkeiten	23
3.4.1 Standort	23
3.4.2 Planinhalt	23
4.0 ZUSÄTZLICHE ANGABEN	24
4.1 Beschreibung der wichtigsten Merkmale der verwendeten technischen Verfahren	24
4.1.1 Analysemethoden und -modelle	24
4.1.2 Fachgutachten	24

4.1.3	Hinweise auf Schwierigkeiten bei der Zusammenstellung der Unterlagen	24
4.2	Hinweise zur Durchführung der Umweltüberwachung	24
5.0	ALLGEMEINVERSTÄNDLICHE ZUSAMMENFASSUNG	25
6.0	LITERATUR	26

ANLAGEN

Karte 1: Bestand Biotoptypen, gefährdete und/oder besonders geschützte Pflanzenarten

Anlage 1: Faunistischer Fachbeitrag

TEIL II: UMWELTBERICHT

1.0 EINLEITUNG

Zur Beurteilung der Belange des Umweltschutzes (§ 1 (6) Nr. 7 BauGB) ist im Rahmen der Bauleitplanung eine Umweltprüfung durchzuführen, in der die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen ermittelt werden. Entsprechend der Anlage zum Baugesetzbuch zu § 2 (4) und § 2a BauGB werden die ermittelten Umweltauswirkungen im Umweltbericht beschrieben und bewertet (§ 2 (4) Satz 1 BauGB).

1.1 Beschreibung des Planvorhabens / Angaben zum Standort

Die Gemeinde Rastede beabsichtigt die Weiterentwicklung der Wohnnutzung im Bereich westlich der Straße Am Stratjebusch bzw. nördlich des Köttersweges und führt zu diesem Zweck die 60. Änderung des Flächennutzungsplanes durch. Im Parallelverfahren wird für den südwestlichen Bereich der Bebauungsplan Nr. 99A aufgestellt.

Der Geltungsbereich umfasst eine ca. 5,5 ha große Fläche. Das Plangebiet wird im Norden durch Wohnhäuser, im Westen und Südwesten von Einzelhäusern sowie im Osten durch den Stratjebusch begrenzt. Genaue Angaben zum Standort sowie eine detaillierte Beschreibung des städtebaulichen Umfeldes, der Art des Vorhabens und den Festsetzungen sind den entsprechenden Kapiteln der Begründung zur Flächennutzungsplanänderung, Kap. 2.2 „Räumlicher Geltungsbereich“, Kap. 2.3 „Nutzungsstrukturen und städtebauliche Situation“, Kap. 1.0 „Anlass und Ziel der Planung“ sowie Kap. 5.0 „Inhalt der Flächennutzungsplanänderung“ zu entnehmen.

1.2 Umfang des Vorhabens und Angaben zu Bedarf an Grund und Boden

Das Plangebiet umfasst eine Größe von ca. 5,5 ha. Durch die Darstellung von Wohnbauflächen sowie einer Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft überlagert mit Flächen für die Wasserwirtschaft, den Hochwasserschutz und die Regelung des Wasserabflusses wird ein teilweise unbeplanter Bereich für eine bauliche Nutzung vorbereitet.

Die einzelnen Flächenausweisungen umfassen:

Wohnbauflächen	ca. 43.182 m ²
Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft überlagert mit Flächen für die Wasserwirtschaft, den Hochwasserschutz und die Regelung des Wasserabflusses	ca. 11.770 m ²
davon Schutzgebiet	ca. 2.600 m ²

Durch die in der vorliegenden Flächennutzungsplanänderung vorbereiteten Überbaumöglichkeiten (angenommene GRZ + Überschreitung gem. § 19 (4) BauNVO) können im Planungsraum bis zu ca. 2,6 ha dauerhaft neu versiegelt werden (s. ausführlicher im Kap. 3.3.1 „Bilanzierung“ im Umweltbericht).

2.0 PLANERISCHE VORGABEN UND HINWEISE

Die in einschlägigen Fachplänen und Fachgesetzen formulierten Ziele, die für den vorliegenden Planungsraum relevant sind, werden unter Kap. 3.0 „Planerische Vorgaben und Hinweise“ der Begründung zur 60. Flächennutzungsplanänderung umfassend dargestellt (Raumordnerische Vorgaben, vorbereitende und verbindliche Bau-

leitplanung). Im Folgenden werden zusätzlich die planerischen Vorgaben und Hinweise aus naturschutzfachlicher Sicht dargestellt (Landschaftsprogramm, Landschaftsrahmenplan (LRP), naturschutzfachlich wertvolle Bereiche / Schutzgebiete, artenschutzrechtliche Belange).

2.1 Landschaftsprogramm

Entsprechend der Einteilung des Niedersächsischen Landschaftsprogramms von 1989 befindet sich das Plangebiet in der Naturräumlichen Region Ostfriesisch-Oldenburgische Geest. Als vorrangig schutz- und entwicklungsbedürftig werden beispielsweise Eichenmischwälder mittlerer Standorte, Weiden-Auwälder, nährstoffarme Seen und Weiher sowie nährstoffarme Feuchtwiesen genannt. Als besonders schutz- und entwicklungsbedürftig gelten bodensaure Buchenwälder, Birken-Bruchwälder, Bäche sowie nährstoffreiches Feuchtgrünland. Schutzbedürftig, z. T. auch entwicklungsbedürftig sind Feuchtgebüsche, Gräben, Grünland mittlerer Standorte, dörfliche Ruderalfluren und sonstige wildkrautreiche Äcker.

2.2 Landschaftsrahmenplan

Der Landschaftsrahmenplan des Landkreises Ammerland liegt mit Stand von 1995 vor. Der Geltungsbereich und seine Umgebung gehören zur naturräumlichen Einheit der Oldenburger Geest bzw. der Untereinheit der Wiefelsteder Geestplatte. Gemäß Karte 5 gehört das südliche Plangebiet zu einer Grünland-Acker-Baumschulfläche bzw. zu einem landwirtschaftlich genutzten Areal mit unterschiedlichem Anteil an Acker- und Baumschulflächen. Für die nördlichen Flächen wird keine gesonderte Darstellung vorgenommen.

Das Plangebiet und seine Umgebung befinden sich in einem Wallheckengebiet mit hoher Dichte und Vernetzung. Für das Gebiet wird die Erhaltung und Pflege von Wallhecken angegeben (Karte 6 – Wallheckengebiete).

Die Bedeutung für Arten und Lebensgemeinschaften ist im südlichen Geltungsbereich mit Wertstufe 2 (von 4 möglichen Wertstufen) als mäßig eingeschränkt dargestellt (Karte 7 – Lebensraumkomplexe und Biotoptypen). Für die nördlichen Flächen wird keine gesonderte Bedeutung für Arten und Lebensgemeinschaften aufgezeigt, da dieser Bereich zum Stadtgebiet von Rastede gehört.

Als ein charakteristisches Merkmal des Landschaftsbildes wird in Karte 8 ein kleinstrukturiertes Grünland-Acker-Baumschul-Mischnutzungsareal für die südlichen Teilflächen aufgeführt (Karte 8 – Vielfalt, Eigenart und Schönheit – gegenwärtiger Zustand). Für die übrigen nördlichen Flächen werden keine Angaben gemacht.

Das Plangebiet und die südlich angrenzende Umgebung gehören zu einem Wallheckengebiet mit gut ausgeprägten Wallheckenstrukturen. Der Stratjebusch wird als ein wichtiger Laubwaldbereich mit Bedeutung für die Vielfalt, Eigenart und Schönheit dargestellt (Karte 9 – Vielfalt, Eigenart und Schönheit).

Der östlich angrenzende Stratjebusch wird als wichtiger Bereich für die Böden dargestellt (hier: Geestböden alter Waldstandorte).

Die mittlere Grundwasserneubildungsrate liegt gemäß Karte 12 aufgrund der wenig durchlässigen Böden im geringen Bereich (> 100 – 200 mm/a), wobei das Schutzpotenzial des Grundwassers als mittel und hoch eingestuft wird (Karte 13).

Südlich bzw. westlich angrenzend befindet sich ein festgesetztes Wasserschutzgebiet (Karte 14 – Grundwasser – Wassergewinnungsgebiete).

Das vorherrschende Klima wird zu einem Stadtrandklima gezählt. Für den Stratjebusch wird ein Waldklima angegeben (Karte 15 – Luft und Klima).

Das Plangebiet und die südliche sowie westlich gelegene Umgebung gehören zu einem Gebiet zur Erhaltung und Pflege von Wallhecken (Karte 16 – Entwicklungsziele und Maßnahmen). Südlich angrenzend wird ein Naturdenkmal (Eiche) dargestellt.

2.3 Naturschutzfachlich wertvolle Bereiche / Schutzgebiete

Die Wallhecken im Plangebiet und der Umgebung zählen zu den nach § 22 (3) NAGBNatSchG i. V. m. § 29 BNatSchG geschützten Landschaftsbestandteilen. Auf dem Hausgrundstück Ecke Köttersweg / Am Stratjebusch befindet sich eine sehr alte Eiche, die als Naturdenkmal gemäß § 21 NAGBNatSchG i. V. m. § 28 BNatSchG ausgewiesen ist.

Ferner kommt im südlichen Plangebiet ein nach § 24 NAGBNatSchG i. V. m. § 30 BNatSchG gesetzlich geschütztes Biotop vor. Dabei handelt es sich um einen Wiesentümpel, der eine Flächengröße von ca. 2.600 m² erreicht. Ferner befindet sich östlich der Straße Am Stratjebusch ein sonstiges naturnahes Kleingewässer (SEZ), welches an der breitesten Stelle etwa 6 m misst und insgesamt (inkl. zu- und Abflussbereich) ca. 20 m lang ist. Auch dieses Gewässer zählt zu den nach § 24 NAGBNatSchG i. V. m. § 30 BNatSchG gesetzlich geschützten Biotopen.

Die Flächen südlich und westlich des Plangebietes gehören zur Schutzzone IIIB des Trinkwasserschutzgebietes Alexandersfeld.

Der sich östlich außerhalb des Geltungsbereiches befindliche Stratjebusch gehört zum Landschaftsschutzgebiet WST-Nr. 83 „Stratje-Busch“.

Weitere ausgewiesene oder geplante Schutzgebiete nationalen/internationalen Rechts bzw. naturschutzfachlicher Programme befinden sich nicht im Plangebiet bzw. deren unmittelbarer Umgebung.

2.4 Artenschutzrechtliche Belange

§ 44 BNatSchG in Verbindung mit Art. 12 und 13 der FFH-Richtlinie und Art. 5 der Vogelschutzrichtlinie (V-RL) begründen ein strenges Schutzsystem für bestimmte Tier- und Pflanzenarten (Tier und Pflanzenarten, die in Anhang A oder B der Europäischen Artenschutzverordnung - (EG) Nr. 338/97 - bzw. der EG-Verordnung Nr. 318/2008 in der Fassung vom 31.03.2008 zur Änderung der EG-Verordnung Nr. 338/97 - aufgeführt sind, Tier- und Pflanzenarten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie, alle europäischen Vogelarten, besonders oder streng geschützte Tier- und Pflanzenarten der Anlage 1 der BArtSchV). Danach ist es verboten,

- *wild lebenden Tieren der besonders geschützten Arten nachzustellen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,*
- *wild lebende Tiere der streng geschützten Arten und der europäischen Vogelarten während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten erheblich zu stören; eine erhebliche Störung liegt vor, wenn sich durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art verschlechtert,*

- *Fortpflanzungs- oder Ruhestätten der wild lebenden Tiere der besonders geschützten Arten aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören und*
- *wild lebende Pflanzen der besonders geschützten Arten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, sie oder ihre Standorte zu beschädigen oder zu zerstören.*

Zwar ist die planende Gemeinde nicht unmittelbar Adressat dieser Verbote, da mit der Bauleitplanung in der Regel nicht selbst die verbotenen Handlungen durchgeführt beziehungsweise genehmigt werden. Allerdings ist es geboten, den besonderen Artenschutz bereits angemessen zu berücksichtigen, da eine Bauleitplanung, die wegen dauerhaft entgegenstehender rechtlicher Hinderungsgründe (hier entgegenstehende Verbote des besonderen Artenschutzes bei der Umsetzung) nicht verwirklicht werden kann, vollzugsunfähig ist.

Hinsichtlich der artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände nach § 44 BNatSchG für die europarechtlich geschützten Arten wurde eine detaillierte artenschutzrechtliche Prüfung im Rahmen des faunistischen Fachbeitrages zur Bauleitplanung durchgeführt (vgl. Anlage 1). Unter Berücksichtigung der Vermeidungsmaßnahmen (z. B. Baumfäll- und Rodungsarbeiten sind außerhalb der Reproduktionszeiten von Brutvögeln und Fledermäusen durchzuführen, also nur während der Wintermonate im Zeitraum von Anfang November bis Ende Februar) können Verbotstatbestände für die Vögel bzw. die Fledermäuse ausgeschlossen werden.

3.0 BESCHREIBUNG UND BEWERTUNG DER UMWELTAUSWIRKUNGEN

Die Bewertung der Umweltauswirkungen des vorliegenden Planvorhabens erfolgt anhand einer Bestandsaufnahme bezogen auf die einzelnen, im Folgenden aufgeführten Schutzgüter. Durch eine umfassende Darstellung des gegenwärtigen Umweltzustandes einschließlich der besonderen Umweltmerkmale im unbeplanten Zustand sollen die umweltrelevanten Wirkungen der vorbereitenden Bauleitplanung herausgestellt werden. Hierbei werden die negativen sowie positiven Auswirkungen der Umsetzung der Planung auf die Schutzgüter dargestellt und hinsichtlich ihrer Erheblichkeit soweit wie möglich bewertet. Ferner erfolgt eine Prognose der Umweltauswirkungen bei Durchführung und Nichtdurchführung der Planung („Nullvariante“).

3.1 Bestandsaufnahme und Bewertung der einzelnen Schutzgüter

Zum besseren Verständnis der Einschätzung der Umweltauswirkungen wird im Folgenden ein kurzer Abriss über die durch die Darstellungen der 60. Flächennutzungsplanänderung verursachten Veränderungen von Natur und Landschaft gegeben. Der gesamte Geltungsbereich umfasst eine Fläche von ca. 5,5 ha.

Mit den Darstellungen des Flächennutzungsplanes werden im nördlichen Geltungsbereich Wohnbauflächen und im südlichen Bereich eine Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft überlagert mit einer Umgrenzung von Flächen für die Wasserwirtschaft, den Hochwasserschutz und die Regelung des Wasserabflusses vorbereitet. Innerhalb dieser Fläche befindet sich des Weiteren eine Fläche, die als Schutzgebiet und Schutzobjekt i. S. d. Naturschutzrechts hier: gem. § 30 BNatSchG geschütztes Biotop, dargestellt wird.

Durch diese Darstellungen werden vorwiegend landwirtschaftlich genutzte Flächen (Grünlandeinsaat) und unterschiedlich strukturierte Gehölzstrukturen (Wallheckenabschnitte, Hecken, Einzelbäume) neu überplant. Für das gesamte Plangebiet besteht

bereits eine Darstellung, die im Rahmen des ursprünglichen Flächennutzungsplanes und der 6. Flächennutzungsplanänderung vorbereitet wurde. Dies ist bei der Ermittlung der Eingriffsbilanz insofern zu berücksichtigen, als dass die durch die gültige Darstellung im Flächennutzungsplan zulässigen Flächennutzungen zu Grunde gelegt werden. Eine Berücksichtigung des aktuellen Bestandes der Biotoptypen vor Ort findet lediglich für die Erweiterungsfläche im Nordwesten sowie für die Darstellung einer privaten Grünfläche im nordöstlichen Teilbereich statt. Im Nordwesten sowie für den zentralen Bereich des Plangebietes gilt die Darstellung als öffentliche Grünfläche mit der Zweckbestimmung „Sport“ (vgl. Abbildung 1).

Für den zentralen Bereich ist davon auszugehen, dass Versiegelungen über die Einrichtung eines Vereinshauses o.ä. zulässig waren, so dass von einer maximalen Versiegelungsfläche von 10% ausgegangen wird. Der südliche Teilbereich wird von einer Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft überlagert, welche auch in der vorliegenden Planung übernommen und flächenmäßig erweitert wird (vgl. Abbildung 2).



Abbildung 1: Auszug aus dem Flächennutzungsplan (1993) (unmaßstäblich)

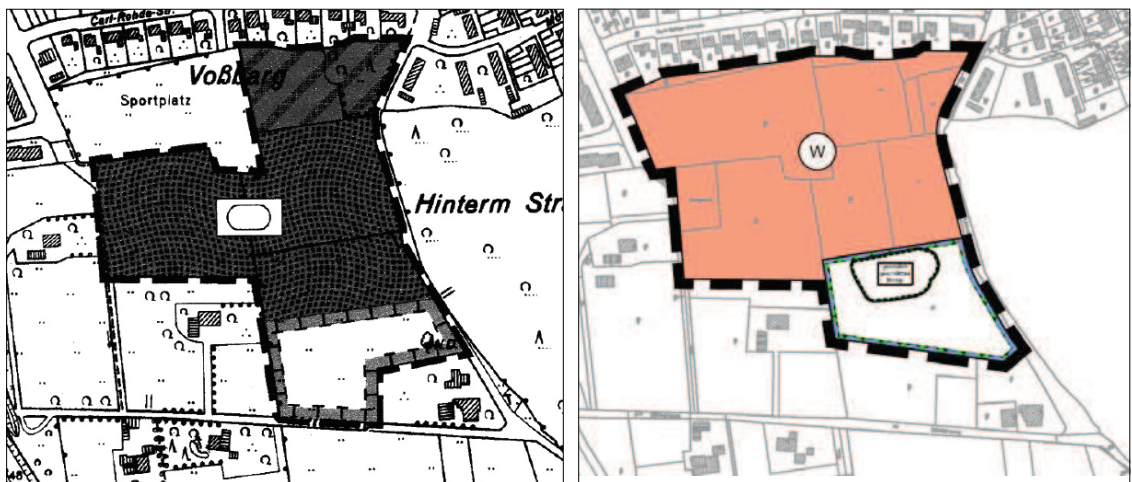


Abbildung 2: Darstellung der 6. Flächennutzungsplanänderung und der vorliegenden 60. Flächennutzungsplanänderung (unmaßstäblich)

Für die Wohnbaufläche wird ein Bereich mit einer Größenordnung von ca. 43.182 m² für eine Bebauung neu vorbereitet, was bei einem angenommenen Versiegelungsgrad von max. 60 % bei einer GRZ von 0,4 inklusive zulässiger Überschreitung nach § 19 (4) BauNVO einer maximalen Neuversiegelung von ca. 25.910 m² entspricht.

Im Folgenden werden die konkretisierten Umweltauswirkungen des Vorhabens auf die verschiedenen Schutzgüter dargestellt und bewertet.

3.1.1 Schutzgut Mensch

Eine intakte Umwelt stellt die Lebensgrundlage für den Menschen dar. Im Zusammenhang mit dem Schutzgut Mensch sind vor allen Dingen gesundheitliche Aspekte bei der Bewertung der umweltrelevanten Auswirkungen von Bedeutung. Bei der Betrachtung des Schutzgutes Mensch werden daher Faktoren wie Immissionsschutz, aber auch Aspekte wie die planerischen Auswirkungen auf die Erholung- und Freizeitfunktionen bzw. die Wohnqualität herangezogen.

Für die Menschen stellt der größte Teil des Untersuchungsgebietes hauptsächlich Produktionsfläche (Grünland) dar. Das Plangebiet und die Umgebung sind durch die westlich im Nahbereich befindliche Bundesautobahn (A 29) und die umliegenden Straßen (Köttersweg, Am Stratjebusch) bereits vorgeprägt. Ferner existieren einzelne Wohnhäuser in der direkten Umgebung. Als Erholungsort hat das Plangebiet eine untergeordnete Bedeutung, wobei der Stratjebusch der Naherholung dient.

Im Rahmen der Bauleitplanung sind die mit der Planung verbundenen, unterschiedlichen Belange untereinander und miteinander zu koordinieren, so dass Konfliktsituationen vermieden und die städtebauliche Ordnung sichergestellt wird. Demnach ist die Beurteilung der Immissionssituation ein wesentlicher Bestandteil dieser Bauleitplanung.

Der Geltungsbereich befindet sich im Einwirkungsbereich der Bundesautobahn 29. Aufgrund der hiervon ausgehenden Immissionen können sich Konflikte mit den geplanten Wohnnutzungen ergeben. Im Vorfeld dieser Bauleitplanung wurde daher eine schalltechnische Untersuchung zum Verkehrslärm durch das Ingenieurbüro ted GmbH, Bremerhaven vorgenommen. Ferner wurde durch das o. g. Büro eine weitere Untersuchung zur künftigen Sportlärmbelastung ausgehend von der derzeit in Realisierung befindlichen Sportanlage am „Köttersweg“ vorgenommen.

Bewertung

Für das Schutzgut Mensch bedeutet die Bebauung / Nutzungsänderung eine Verminderung von Flächen für die landwirtschaftliche Produktion, einen gewissen vermindernden Erholungswert und anlage- und betriebsbedingt Belastungen durch geringfügig zunehmenden Verkehr.

Im Rahmen der nachfolgenden verbindlichen Bauleitplanung erfolgt eine entsprechende Berücksichtigung und Einhaltung der schallschutztechnischen Richtlinie unter Heranziehung entsprechender Lärmschutzvorkehrungen u. a. in Form passiver Schallschutzmaßnahmen.

Insgesamt betrachtet werden unter Berücksichtigung der entsprechenden Vermeidungsmaßnahmen keine erheblichen Auswirkungen auf das Schutzgut Mensch verursacht.

3.1.2 Schutzgut Pflanzen

Um Aussagen über den Zustand von Natur und Landschaft zu erhalten, wurde eine Bestandserfassung in Form einer Biotoptypenkartierung durchgeführt (vgl. Karte 1 in der Anlage). Die Bestandsaufnahme der Naturlandschaft erfolgte durch Geländebegehungen im Mai und Juli 2012.

Die im Folgenden vorgenommene Typisierung der Biotope und die Zuordnung der Codes (Großbuchstaben hinter dem Biotoptyp) beziehen sich auf den Kartierschlüssel für Biotoptypen in Niedersachsen (DRACHENFELS 2011).

Gehölze kommen in Form von Wall- und Feldhecken, Einzelbäumen, Gebüschern sowie Siedlungsgehölzen im gesamten Plangebiet in unterschiedlicher Ausprägung vor. Überwiegend handelt es sich um linienhaft ausgeprägte Gehölzstrukturen entlang der Flurstücksgrenzen.

Gehölze

Prägend für das Landschaftsbild des Plangebietes sind die Heckenstrukturen, welche die Grünlandflächen teilen und begrenzen. Sie sind großenteils als Baum-Strauch-Wallhecken (HWM) oder Baum-Wallhecke (HWB) ausgeprägt, kurze Abschnitte auch als Baumhecke (HFM) und Strauchhecke (HFS). Vorherrschende Baumart der Wallhecken ist die Stieleiche (*Quercus robur*). Die meisten Eichen haben Stammdurchmesser zwischen ca. 0,3 und 0,8 m, einzelne Eichen erreichen Stärken von ca. 1,0 m bis 1,2 m. Weitere in den Wallhecken vorkommende Baumarten sind Hänge-Birke (*Betula pendula*), Hainbuche (*Carpinus betulus*), Berg-Ahorn (*Acer pseudoplatanus*), Hybrid-Pappel (z. B. *Populus x canadensis*), Zitter-Pappel (*Populus tremula*), Rotbuche (*Fagus sylvatica*) und vereinzelt Vogel-Kirsche (*Prunus avium*). In der Strauchschicht kommen hier vereinzelt Weißdorn (*Crataegus monogyna*), Schwarzer Holunder (*Sambucus nigra*), Stechpalme (*Ilex aquifolium*), Eberesche (*Sorbus aucuparia*), Gewöhnliche Hasel (*Corylus avellana*) und Gewöhnliches Pfaffenhütchen (*Euonymus europaea*) vor. Als Besonderheit befindet sich in der in Nord-Süd-Richtung verlaufenden Strauch-Baum-Wallhecke außerdem eine mehrstämmige Eibe (*Taxus baccata*) mit Stammdurchmesser von ca. 0,2 bzw. 0,4 m.

Die Stechpalme zählt zu den nach BNatSchG besonders geschützten Arten. Die Wallhecken sind nach § 22 Abs. 3 NAGBNatSchG geschützt. Sie sind - bis auf einen kleinen Abschnitt - im Wallheckenkataster der Gemeinde Rastede verzeichnet.

In der nordöstlichen Ecke des Plangebietes befindet sich ein strukturreicher Bereich, welcher aus einem ruderalisierten ehemaligen Hausgrundstück besteht. Hier sind Gehölze unterschiedlichster Art vertreten. Zur Straße „Am Stratjebusch“ hin wachsen geschnittene Feldhecken (HFS), welche sich aus Weißdorn, Rotbuche und Hainbuche zusammensetzen. Im Süden und Südwesten werden diese durch eine durchgewachsene Hainbuchenhecke fortgesetzt, welche mittlerweile einen Stammdurchmesser von ca. 0,1 – 0,4 m erreicht hat. Weiterhin wird der südliche Teil von einem naturnahen Feldgehölz eingenommen, das aus Weiden (*Salix spec.*), Hybrid-Pappeln und Birken besteht (HN). Im nördlichen Bereich befindet sich ein kurzer Baum-Wallheckenabschnitt mit Stiel-Eichen (Durchmesser ca. 0,6 m), der nicht im Wallheckenkataster verzeichnet ist. Weiterhin befindet sich dort eine Baumhecke (HFB) aus Rotbuche mit Stammdurchmessern von ca. 0,3-1,0 m. Weiterhin befinden sich hier Einzelbaumbestände aus Weide, Stiel-Eiche, Hänge-Birke, Vogel-Kirsche, Gewöhnlicher Esche (*Fraxinus excelsior*) und Fichte (*Picea spec.*). Die Stammdurchmesser bei den Eichen reichen bis zu ca. 1,2 m. Als Besonderheit sind fünf Linden (*Tilia spec.*) zu

erwähnen, von denen eine mit einem Stammdurchmesser von ca. 0,7 m als Kopfbaum (HBK) ausgebildet ist und die vier weiteren auf den Stock gesetzt wurden (HBn). Schließlich sind Einzelsträucher der besonders geschützten Stechpalme sowie der Weide vorhanden.

Am Rande der Grünlandflächen des Plangebietes bzw. an den Wegen befinden sich vereinzelt Einzelbäume von Gew. Esche, Stiel-Eiche, Zitter-Pappel, Weide, Fremdländische Fichte (*Picea pungens*), Amerikanischer Eiche (*Quercus rubra*) und Ross-Kastanie (*Aesculus hippocastanum*). Außerdem befindet sich außerhalb des Plangebietes östlich der Straße „Am Stratjebusch“ ein Sonstiges standortfremdes Gebüsch (BRX) mit Rhododendron-Büschen sowie Einzelsträucher (Weiden, *Salix spec.*) am Rande der dortigen Grabenaufweitung.

Nordwestlich des Plangebietes im Anschluss an die Baum-Wallhecke befindet sich ein Einzelstrauchbestand von Stechpalme und Hunds-Rose (*Rosa canina*). Südlich der Plangebietsgrenze befindet sich in einem Abschnitt, welcher an das Hausgrundstück Ecke Köttersweg/Am Stratjebusch grenzt, eine geschnittene Rotbuchenhecke (HFS). Zum Köttersweg hin, aber v. a. zur Straße „Am Stratjebusch“ stehen am Rande des Hausgrundstücks mehrere, z. T. starke Einzelbäume (HBE) von Ross-Kastanie, Eiche und Weide. Am nördlichen und südlichen Rand der Grünlandbrache im Westen des Plangebietes stocken ein Sonstiges naturnahes Ruderalgebüsch (BRS) aus Zitter-Pappeln, ein Feuchtgebüsch nährstoffreicher Standorte (BFR) aus Grau-Weiden (*Salix cinerea*), ein Einzelstrauch (Berg-Ahorn) sowie zwei Weiden (HBE).

Östlich der Plangebietsgrenze verläuft am östlichen Rand der Straße „Am Stratjebusch“ eine weitere Strauch-Baum-Wallhecke (HWM), welche hauptsächlich von z. T. großen Rotbuchen und Stiel-Eichen bewachsen ist, direkt dahinter schließt sich ein mesophiler Eichen- und Hainbuchenmischwald feuchter, mäßig basenreicher Standorte an (WCA, Landschaftsschutzgebiet „Stratje-Busch“). Im südlichen Bereich des Straßenabschnittes stehen einige Einzelbäume (HBE) von Schwarzerle (*Alnus glutinosa*), Gewöhnliche Esche, Vogel-Kirsche, Stiel-Eiche und Eberesche.

Gewässer

Das einzige Stillgewässer innerhalb des Plangebietes befindet sich westlich der Straße „Am Stratjebusch“ inmitten der Grünlandfläche. Es handelt sich um einen Wiesentümpel (STG), ein gemäß § 30 (2) Nr. 1 BNatSchG geschütztes Biotop. Der Tümpel ist deutlich im Gelände eingesenkt und von unterschiedlicher Tiefe, zu den Rändern hin läuft er flach aus. Vorkommende Pflanzenarten sind v. a. Flutender Schwaden (*Glyceria fluitans*) und Weißes Straußgras (*Agrostis stolonifera*), daneben in geringeren Anteilen Knick-Fuchsschwanz (*Alopecurus geniculatus*), Flatterbinse (*Juncus effusus*), Behaarte Segge (*Carex hirta*), Wiesen-Segge (*Carex nigra*) und Kleine Wasserlinse (*Lemna minor*). In den flacheren randlichen Bereichen, v. a. in Richtung Norden, nimmt mit dem Anteil von Wiesen-Fuchsschwanz (*Alopecurus pratensis*), Kriechendem Hahnenfuß (*Ranunculus repens*) und Wiesen-Schaumkraut (*Cardamine pratensis*) der grünlandartige Charakter zu.

An einem kleinen Teil der Wallhecken sowie entlang der Straßen verlaufen parallel Gräben. Die meisten führen nur nach Starkregen kurzzeitig Wasser. Sie wurden als Sonstige vegetationsarme Gräben (FGZ) im Biototypen-Plan verzeichnet. Solche verlaufen am Köttersweg, entlang der Wallhecke nördlich des Bolzplatzes sowie entlang „Am Stratjebusch“. Die ständig wasserführenden Gräben bzw. solche mit mehr oder weniger ausgeprägter Wasserpflanzenvegetation werden den Nährstoffreichen Gräben (FGR) zugeordnet. Im Untersuchungsgebiet enthalten nur zwei Grabenabschnitte Wasserpflanzen. Dies betrifft zum einen den südlichen Abschnitt „Am Stratjebusch“ an

der westlichen Seite, wo Wasser- oder Sumpfpflanzen in geringen Anteilen wachsen, so dass ein Mischtyp (FGZ/FGR) vorliegt. Dieser weist steile Uferböschungen auf, welche u. a. mit Großer Brennnessel (*Urtica dioica*), Kletten-Labkraut (*Galium aparine*), Weißem Straußgras und Gewöhnlicher Zaunwinde (*Calystegia sepium*) bestanden sind. Im Graben kommen außerdem z. B. Flutender Schwaden und Gewöhnlicher Wolfstrapp (*Lycopus europaeus*) vor. Im südlichen Teil des Grabens, nördlich des Hausgrundstücks, steht am Grabenrand auf ca. 5 m Länge der Japanische Staudenknöterich (*Fallopia japonica*), ein Neophyt.

Zum anderen befindet sich gegenüber auf der anderen Seite der Straße am Fuß der Wallhecke (außerhalb des Plangebietes) ein Abschnitt mit Wasserpflanzen (FGR). Es wachsen vereinzelt u. a. Blut-Weiderich (*Lythrum salicaria*), Gewöhnlicher Gilbweiderich (*Lysimachia vulgaris*), Flatterbinse und Sumpf-Labkraut (*Galium palustre* ssp. *palustre*). An den trockeneren Rändern kommt u. a. Wald-Frauenfarn (*Athyrium filix-femina*) vor. Etwa gegenüber der Abzweigung des Köttersweges geht dieser Graben in eine Grabenaufweitung über. Es handelt sich hierbei um ein gemäß § 24 NAGB-NatSchG geschütztes Biotop, ein sog. Sonstiges naturnahes Kleingewässer (SEZ), welches an der breitesten Stelle etwa 6 m misst und insgesamt (inkl. zu- und Abflussbereich) ca. 20 m lang ist. Hier wachsen die besonders geschützte Schwertlilie (*Iris pseudacorus*) in ca. 30 Exemplaren, außerdem u. a. Flutender Schwaden, Seerose (*Nymphaea spec.*) und Wasser-Minze (*Mentha aquatica*). Augenscheinlich sind dort auch Gartenpflanzen eingebracht worden.

Grünland

Das Plangebiet wird flächig von Intensivgrünland eingenommen, das überwiegend dem Intensivgrünland trockener Standorte (GIT) zugeordnet werden kann. Häufigste Art dieser Grünländer ist das Weidelgras (*Lolium perenne*), begleitet von weiteren Arten des Intensivgrünlandes wie Wiesen-Schwingel (*Festuca pratensis*), Wiesen-Rispengras (*Poa pratensis*) und Wiesen-Fuchsschwanz (*Alopecurus pratensis*). In geringerem Maße sind Gräser mit geringeren Nährstoffansprüchen sowie leichte Feuchtezeiger vertreten.

Die Fläche im nordwestlich angrenzenden Bereich wird als Grünlandeinsaat (GA) eingestuft, hier wurden hochproduktive Grassorten eingesät, wie z. B. Vielblütiger Lolch (*Lolium multiflorum*) und Wiesen-Schwingel (*Festuca pratensis*), die Fläche ist ansonsten sehr artenarm.

Südlich hiervon befindet sich eine brach liegende Fläche Sonstigen feuchten Extensivgrünlands (GEFb+), welche relativ artenreich ausgeprägt ist. In den höheren Bereichen der leicht reliefierten Fläche dominieren Gräser mit geringeren Nährstoffansprüchen wie Wolliges Honiggras, Weiches Honiggras (*Holcus mollis*) und Gewöhnliches Ruchgras, daneben kommen auch noch Gräser des intensiver genutzten bzw. nährstoffreicheren Grünlands vor. Als Zeiger für wechselfeuchte Verhältnisse sind lokal Rasen-Schmieie (*Deschampsia cespitosa*) und Behaarte Segge vorhanden. In den im Wesentlichen drei feuchten Senken, die zwischen ca. 25 m² und ca. 40 m² groß sind, haben sich Arten des Feucht- bzw. Nassgrünlandes ausgebreitet. Dies sind v. a. Wiesen-Segge (*Carex nigra*), Bastard-Schlank-Segge (*Carex x elythroides*), Hasenpfoten-Segge (*Carex ovalis*), Riesen-Straußgras (*Agrostis gigantea*), Gänse-Fingerkraut (*Potentilla anserina*) und Flatter-Binse sowie wenige Exemplare der gefährdeten Hirsensegge (*Carex panicea*) und der stark gefährdeten Draht-Segge (*Carex diandra*). Am Westrand liegt die Fläche höher und ist stärker ruderalisiert, außerdem wachsen von den Seiten Gehölze ein.

Ruderalfluren

In dem strukturreichen Bereich im Nordosten kommt unter den dort wachsenden Gehölzbeständen eine Halbruderal Gras- und Staudenflur feuchter Standorte (UHM) vor. Häufig sind stickstoffliebende Arten, während in geringerer Anzahl Arten mesophiler (mittlerer) Standorte wie Rotes Straußgras und Spitz-Wegerich (*Plantago lanceolata*) sowie Waldarten wie Gewöhnliches Hexenkraut (*Circaea lutetiana*) vorkommen. Im äußersten nordöstlichen Teil des Bereiches breitet sich der Japanische Staudenknöterich (*Fallopia japonica*), ein Neophyt, aus.

Grünanlagen der Siedlungsbereiche, Gebäude und Verkehrsflächen

Im Westen des Plangebietes befindet sich ein kleiner Sportplatz/Bolzplatz (PSP), der von einem Ziergebüsch aus überwiegend einheimischen Gehölzarten (BZE) auf einem angelegten Wall bewachsen ist. Hier wurden Hainbuchen, Haselsträucher (*Corylus avellana*), Ebereschen, Weißdorn, Schlehen (*Prunus spinosa*), Liguster (*Ligustrum spec.*), Späte Traubenkirsche (*Prunus serotina*) und Kartoffel-Rose (*Rosa rugosa*) gepflanzt. Westlich grenzt hier ein Fuß-/Radweg mit wassergebundener Decke (OVWw) an, welcher die Grenze des Plangebietes bildet. An der Stelle, wo der Fußweg auf die Schillerstraße führt, befindet sich westlich angrenzend ein kleines Stück Artenarmer Scherrasen (GRA) sowie ein Feuchtgebüsch nährstoffreicher Standorte mit Ohrweide (*Salix aurita*) (BFR). Etwas weiter nördlich am Rande der Schillerstraße zur dortigen Baumwallhecke hin befindet sich ein Mülltonnen-Stellplatz (OYS). Sowohl der Köttersweg als auch die Straße „Am Stratjebusch“ weisen eine Asphaltdecke auf (OVSa).

Nordwestlich des Plangebietes befindet sich in der westlichen Hälfte ein Siedlungsgehölz aus überwiegend einheimischen Gehölzarten (HSE) mit u. a. Gewöhnlicher Hasel, Europäischem Pfaffenhütchen (*Euonymus europaeus*) und Eberesche. Westlich hiervon liegt eine kleine Versorgungsfläche mit Scherrasen. Weiter östlich befindet sich ein kleiner Müll- und Schuttplatz mit Gartenabfällen (OSM).

Nördlich des Plangebietes grenzt ein locker bebautes Einzelhausgebiet (OEL) an, nordwestlich die gepflasterte Schillerstraße (OVSV).

Die an das Plangebiet grenzenden Grundstücke weisen teils große Einzelbäume (PHG) auf und sind teilweise als neuzeitliche Ziergärten (PHZ) gestaltet.

Geschützte Biotope

Im südlichen Plangebiet befindet sich ein Wiesentümpel (STG), welcher ein gemäß § 30 BNatSchG i. V. m. § 24 NAGBNatSchG geschütztes Biotop darstellt. Durch die deutlich erkennbare Einsenkung des Geländes, welche auch in trockenen Jahreszeiten noch erkennbar ist, ist die Zuordnung als geschütztes Biotop gegeben. Außerdem ist u. a. der gefährdete Bergmolch als sich erfolgreich fortpflanzende Amphibienart dort vertreten. Ferner befindet sich außerhalb des Geltungsbereiches östlich der Straße Am Stratjebusch ein weiteres geschütztes Biotop. Es handelt sich dabei um ein sonstiges naturnahes Kleingewässer (SEZ).

Vorkommen von gefährdeten und besonders oder streng geschützten Pflanzenarten

Im Untersuchungsgebiet konnten während der Erfassungen im Mai und Juli 2012 zwei gemäß der Roten Liste der Farn- und Blütenpflanzen in Niedersachsen und Bremen (GARVE 2004) gefährdete Pflanzenarten nachgewiesen werden. Dabei handelt es sich um jeweils wenige Exemplare der gefährdeten Hirschen-Segge (*Carex panicea*) und der stark gefährdeten Draht-Segge (*Carex diandra*).

Von den gemäß § 7 Abs. 2 Nr. 13 BNatSchG besonders geschützten Spezies wurden zwei Arten festgestellt. Dabei handelt es sich um die Stechpalme (*Ilex aquifolium*), die vereinzelt auf den Wallhecken innerhalb des Plangebietes nachgewiesen wurde. Außerhalb des Plangebietes wurde in der Grabenaufweitung östlich der Straße „Am Stratjebusch“ die Schwertlilie (*Iris pseudacorus*) in ca. 30 Exemplaren festgestellt.

Streng geschützte Pflanzenarten gemäß § 7 Abs. 2 Nr. 14 BNatSchG bzw. Pflanzen des Anhangs IV der FFH-Richtlinie traten nicht auf. Hinweise auf Vorkommen dieser Arten liegen derzeit auch nicht vor. Eine spezielle artenschutzrechtliche Prüfung zu den Verboten des § 44 (1) Nr. 4 BNatSchG ist demgemäß nicht erforderlich, da die vorkommende besonders geschützte Art bei der Eingriffsregelung betrachtet wird und relevante Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie für die artenschutzrechtliche Prüfung nicht vorkommen.

Bewertung

Zur Ermittlung des Eingriffes in Natur und Landschaft wird das Bilanzierungsmodell des niedersächsischen Städtetages von 2013 (Arbeitshilfe zur Ermittlung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen in der Bauleitplanung) angewendet.

In diesem Modell werden Eingriffsflächenwert und Kompensationsflächenwert ermittelt und gegenübergestellt. Zur Berechnung des Eingriffsflächenwertes werden zunächst Wertfaktoren für die vorhandenen Biotoptypen vergeben und mit der Größe der Fläche multipliziert. Analog werden die Wertfaktoren der Biotoptypen der Planungsfläche mit der Flächengröße multipliziert und anschließend wird die Differenz der beiden Werte gebildet.

Es werden 6 Wertfaktoren unterschieden:

Wertfaktor	Beispiele Biotoptypen
5 = sehr hohe Bedeutung	naturnaher Wald
4 = hohe Bedeutung	Baum-Wallhecke
3 = mittlere Bedeutung	Strauch-Baumhecke
2 = geringe Bedeutung	Intensiv-Grünland
1 = sehr geringe Bedeutung	Acker
0 = weitgehend ohne Bedeutung	versiegelte Fläche

In der Liste II des Bilanzierungsmodells (Übersicht über die Biotoptypen in Niedersachsen) sind den einzelnen Biotoptypen entsprechende Wertfaktoren zugeordnet. Für die im Plangebiet vorhandenen bzw. geplanten Biotope ergeben sich folgende Wertstufen:

Biotoptyp	Wertfaktor	Anmerkungen
Wiesentümpel [STG]	4	hohe Bedeutung für Arten und Lebensgemeinschaften
Naturnahes Feldgehölz [HN]	4	
Naturnahes Stillgewässer mit umgebender Extensivwiese/Baum-Strauchhecken (Fläche für Maßnahmen.....) [SE/GM/HFM]	4	
Einzelbäume [HBE/HBK]	4	Gehölzbestände aus einheimischen Arten mit Biotop- und Vernetzungsfunktion

Biotoptyp	Wert-faktor	Anmerkungen
Einzelsträucher [BE]	3	Bedeutung für Arten und Lebensgemeinschaften
Halbruderales Gras- und Staudenflur mittlerer Standorte [UHM]	3	
Siedlungsgehölz aus überwiegend einheimischen Baumarten [HSE]	3	Gehölzbestände aus einheimischen Arten mit Biotop- und Vernetzungsfunktion
Baumhecke [HFB]	3	
Intensivgrünland trockener Standorte [GIT]	2	mäßige Bedeutung für Arten und Lebensgemeinschaften
Sonstiges naturnahes Sukzessionsgebüsch [BRS]	2	
Grünlandeinsaat [GA]	1	geringe Bedeutung für Arten und Lebensgemeinschaften
Hausgarten, Straßenbegleitgrün / Scherrasen [PH, GR]	1	
Müll- und Schuttplatz [OSM]	1	
Vollständig versiegelte Fläche (Gebäude, Nebenanlagen) [X]	0	keine Biotopfunktion

Bezüglich der Wallheckenbewertung wurde in Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde die Weisung der Nds. Umweltministerium vom 03.11.2006 beachtet. So sind beeinträchtigte Werte und Funktionen geschützter Wallhecken durch Neuanlage oder wallheckenfördernde Maßnahmen auszugleichen. Weiterhin sind zu beseitigende Wallhecken bestimmten Wertstufen zuzuordnen und der Ausgleich danach zu bemessen. Demzufolge sind die vorhandenen Wallhecken folgenden Wertfaktoren zuzuordnen:

Biotoptyp	Wert-faktor	Anmerkungen
Baum-Strauch-Wallhecke [HWM, HWM-]	4	Hohe Bedeutung für Arten und Lebensgemeinschaften
Baum-Wallhecke [HWB]	4	Hohe Bedeutung für Arten und Lebensgemeinschaften

Hinsichtlich der Umweltauswirkungen auf das Schutzgut Pflanzen ist zu konstatieren, dass das Plangebiet einerseits von zum Großteil intensiv landwirtschaftlich genutzten Flächen und andererseits von unterschiedlichen Gehölzstrukturen (Wallhecken, Hecken, Einzelbäumen etc.) und anderen wertvollen Strukturen (Wiesentümpel) eingenommen wird. Somit weist der Planungsraum in Teilbereichen eine hohe Bedeutung und in den übrigen Bereichen (intensiv genutzte Grünländer, Grünlandeinsaat) eine geringe Bedeutung für Arten und Lebensgemeinschaften auf. Aufgrund der großflächigen Beseitigung von Biotopstrukturen durch die zulässige Versiegelung und dem damit einhergehenden Verlust von Lebensraum für Pflanzen, sind die Umweltauswirkungen auf das Schutzgut Pflanzen als erheblich zu bewerten.

3.1.3 Schutzgut Tiere

Da durch das Planvorhaben für Tiere schutzwürdige Landschaftsbestandteile und Strukturen betroffen sein können, wurde von der Unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Ammerland eine Bestandsaufnahme der Brutvögel, Fledermäuse und Amphibien im Plangebiet gefordert. Die entsprechenden Untersuchungen wurden in 2012 durchgeführt und umfassen das gesamte Plangebiet der Flächennutzungsplanänderung. Das vollständige faunistische Gutachten ist der Anlage 1 zu entnehmen. Die Ausführungen zu den Wirkfaktoren und Eingriffen beziehen sich dabei primär auf die Festsetzungen und den Geltungsbereich des Bebauungsplanes. Die Aussagen sind allerdings auf den geringfügig größeren Geltungsbereich der vorliegenden Flächennutzungsplanänderung übertragbar. Im Folgenden wird eine kurze Zusammenfassung der Ergebnisse dargestellt.

Fledermäuse

Im Erfassungszeitraum von Mai bis September 2012 wurden insgesamt fünf Fledermausarten im Untersuchungsgebiet nachgewiesen. Das Vorkommen einer weiteren Art der Gattung *Myotis* ist nicht auszuschließen, da mehrere unbestimmte Lautkontakte von Vertretern dieser Gattung vorliegen. Alle festgestellten Arten gelten nach der bislang gültigen Roten Liste für Niedersachsen als bestandsbedroht. Die im Gebiet liegenden linearen Gehölzbestände und Waldsäume fungieren grundsätzlich als Leitstrukturen bzw. Flugrouten für einige festgestellte Fledermausarten (z. B. Breitflügelfledermaus). Nach der vorliegenden Strukturerrfassung weist das Untersuchungsgebiet ein geringes bis mittleres Quartierpotenzial für Baum bewohnende Fledermausarten auf. Die im Plangebiet stockenden Laubgehölze sind punktuell durch Anteile von Altholz gekennzeichnet. Es handelt sich dabei vor allem um ältere Stieleichen. Im Rahmen der durchgeführten Kartierungen konnten im Geltungsbereich insgesamt sechs potenzielle Quartierbäume erfasst werden. Trotz intensiver nächtlicher Detektor-Erfassungen konnten keine Quartierstätten in den Gehölzbeständen nachgewiesen werden. Außerhalb des Plangebietes im Stratjebusch besteht allerdings ein Verdacht auf ein von Abendseglern besetztes Sommerquartier. Desweiteren wurde ein nachweislicher Quartierbaum außerhalb des Untersuchungsraumes identifiziert. Dabei handelt es sich um eine relativ alte Rotbuche, die auf einer Wallhecke randlich des Stratjebusches stockt.

Brutvögel

Im Erfassungszeitraum von März bis Juni 2012 wurden insgesamt 21 Vogelarten mit Brutverdacht oder Brutnachweis festgestellt, mit den knapp außerhalb des Untersuchungsraumes nachgewiesenen Arten Gartenrotschwanz und Star 23 Arten. Der überwiegende Teil der Feststellungen umfasst allgemein verbreitete und häufige Vogelarten. Dabei dominieren vor allem Singvögel, deren Lebensräume im Allgemeinen Gärten, Siedlungen oder Wälder darstellen, wie z. B. Amsel und Rotkehlchen. Das festgestellte Artenspektrum der gehölzbetonten Bereiche entspricht weitgehend den Erwartungswerten für einen vergleichbar strukturierten Raum der halb offenen Kulturlandschaft. Dagegen sind typische Arten des Offenlands im Untersuchungsgebiet als Brutvögel nicht vertreten.

Amphibien

Im Jahr 2012 waren insgesamt drei Amphibienarten nachzuweisen. Neben den beiden Froschlurcharten Grasfrosch und Erdkröte trat als Schwanzlurchart der Bergmolch im Untersuchungsgebiet auf. Alle drei Arten reproduzieren sich im Untersuchungsgebiet. Vom Grasfrosch besteht eine individuenreiche Population. Die Nachweise konzentrieren sich auf die Senke im Grünland im Plangebiet sowie einer

Grabenaufweitung am Stratjebusch und einem Tümpel im Stratjebusch außerhalb des Plangebietes.

Bewertung

Wenn man die Erfassungsergebnisse mit vorliegenden Fledermauskartierungen aus dem Oldenburger Großraum vergleicht, so ist das Untersuchungsgebiet als ein durchschnittlich artenreicher Fledermauslebensraum einzustufen. Hervorzuheben ist die Bedeutung großer Teile des Untersuchungsgebietes als ein vergleichsweise häufig genutztes Jagdgebiet für die Arten Großer Abendsegler, Breitflügelfledermaus und Zwergfledermaus. Ein Grund hierfür liegt in der für diese Fledermausarten günstigen Strukturvielfalt aus alten, hoch gewachsenen Feldhecken, Waldsäumen und in die Gehölzstrukturen eingebetteten Grünlandflächen.

Dem Untersuchungsgebiet ist hinsichtlich der Avifauna eine allgemeine Bedeutung zuzuweisen.

Entsprechend FISCHER & PODLOUCKY (1998) wird dem Amphibienvorkommen im Bereich des Köttersweges die Einschätzung als Vorkommen mit Bedeutung für den Naturschutz (= niedrigste Wertstufe für Gebiete mit Amphibienvorkommen) zugewiesen. Bewertungsparameter sind dabei die kleinen Bestände der Erdkröte und des als gefährdet eingestuften Bergmolches sowie der große Bestand des Grasfrosches.

Die Eingriffe, die aus der Beseitigung und Überbauung von Teilhabitaten (u. a. Grünland, Gehölzstrukturen) über die Umsetzung der hier dargestellten Wohnbauflächen resultieren, sind bezüglich des Schutzgutes Fledermäuse als erheblich einzustufen. Die Beeinträchtigungen der Brutvögel und der Amphibien werden ebenfalls aufgrund der Flächengröße als erheblich bewertet.

3.1.4 Schutzgut Boden

Der Boden nimmt mit seinen vielfältigen Funktionen eine zentrale Stellung im Ökosystem ein. Neben seiner Funktion als Standort der natürlichen Vegetation und der Kulturpflanzen weist er durch seine Filter-, Puffer- und Transformationsfunktionen gegenüber zivilisationsbedingten Belastungen eine hohe Bedeutung für die Umwelt des Menschen auf. Gemäß § 1a (2) BauGB ist mit Grund und Boden sparsam umzugehen, wobei zur Verringerung der zusätzlichen Inanspruchnahme von Flächen für bauliche Nutzungen die Möglichkeiten der Entwicklung der Gemeinde insbesondere durch Wiedernutzbarmachung von Flächen, Nachverdichtung und andere Maßnahmen zur Innenentwicklung zu nutzen sowie Bodenversiegelungen auf das notwendige Maß zu begrenzen sind.

Das Plangebiet wird gemäß den Aussagen des Datenservers des Landesamtes für Bergbau, Energie und Geologie (2013, LBEG) von Pseudogley-Podsol eingenommen. Suchräume für schutzwürdige Böden werden im Plangebiet und der direkten Umgebung nicht dargestellt. Aufgrund der Überformung des Bodens durch die derzeitige überwiegend intensive landwirtschaftliche Nutzung ist im Plangebiet ein anthropogen veränderter Bodenaufbau vorhanden und aufgrund der Nutzung von einer Vorbelastung des Bodens mit Beeinträchtigungen der natürlichen Bodenfunktionen vorhanden.

Bewertung

Die Wertigkeit des Bodens hinsichtlich der Belange von Natur und Landschaft ist daher mit gering bis mittel zu beurteilen.

Mit der 60. Flächennutzungsplanänderung werden neue Versiegelungsmöglichkeiten durch die Darstellung von Wohnbauflächen in einer Flächengröße von max. 2,6 ha ermöglicht. Sämtliche Bodenfunktionen gehen in diesen Bereichen irreversibel verloren. Aufgrund der Flächengröße der Versiegelung werden die Umweltauswirkungen auf das Schutzgut Boden bei Umsetzung der Planung als erheblich beurteilt.

3.1.5 Schutzgut Wasser

Das Schutzgut Wasser stellt einen wichtigen Bestandteil des Naturhaushaltes dar und bildet die Lebensgrundlage für Menschen, Tiere und Pflanzen. Im Rahmen der Umweltprüfung ist das Schutzgut Wasser unter dem Aspekt der Auswirkungen auf den Grundwasserhaushalt, auf die Wasserqualität sowie auf den Zustand des Gewässersystems zu betrachten. Im Sinne des Gewässerschutzes sind Maßnahmen zu ergreifen, die zu einer Begrenzung der Flächenversiegelung und der damit einhergehenden Zunahme des Oberflächenwassers, zur Förderung der Regenwasserversickerung sowie zur Vermeidung des Eintrags wassergefährdender Stoffe führen. Im Rahmen der Bauleitplanung ist der Nachweis eines geregelten Abflusses des Oberflächenwassers zu erbringen.

Grundwasser

Grundwasser hat eine wesentliche Bedeutung für die Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes, als Naturgut der Frischwasserversorgung und als Bestandteil grundwasserse geprägter Böden. Gemäß den Darstellungen des LBEG ist die Grundwasserneubildungsrate im südlichen Plangebiet mit 301 – 350 mm/a angegeben. Im nördlichen Plangebiet beträgt die Grundwasserneubildungsrate 201 – 250 mm/a.

Das Schutzzpotenzial des Grundwassers liegt im gesamten Plangebiet im hohen Bereich. Die westlich und südlich gelegenen angrenzenden Flächen gehören zum festgesetzten Trinkwasserschutzgebiet Alexandersfeld (Schutzzone III B).

Oberflächenwasser

Das einzige Stillgewässer (Wiesentümpel) innerhalb des Plangebietes befindet sich westlich der Straße „Am Stratjebusch“ inmitten der Grünlandfläche. An einem kleinen Teil der Wallhecken sowie entlang der Straßen verlaufen parallel Gräben. Die meisten führen nur nach Starkregen kurzzeitig Wasser.

Bewertung

Durch die vorbereiteten Versiegelungsmöglichkeiten wird der Oberflächenabfluss erhöht. Durch die vorhandene z. T. intensive landwirtschaftliche Nutzung ist eine Vorbelastung des Grundwassers vorhanden. Die geplante neue Bodenversiegelung und Nutzungsänderung führt aufgrund der Bodenverhältnisse mit hohen Grundwasserneubildungsraten zu insgesamt erheblichen Auswirkungen für das Schutzgut Wasser.

3.1.6 Schutzgut Klima und Luft

Klimatisch ist der Untersuchungsraum vorwiegend atlantisch geprägt. Die Nähe zur Nordsee und die überwiegende Luftzufuhr aus westlichen Richtungen verursachen ein maritimes Klima, das sich durch relativ niedrige Temperaturschwankungen im Tages- und Jahresverlauf, eine hohe Luftfeuchtigkeit sowie häufige Bewölkung und Nebelbildung auszeichnet. Die Sommer sind daher mäßig warm und die Winter verhältnismäßig mild. Die Niederschläge verteilen sich gleichmäßig über das Jahr und erreichen 670 – 800 mm/a.

Luftverunreinigungen (Rauch, Stäube, Gase und Geruchsstoffe) oder Luftveränderungen sind Belastungen des Klimas, die sowohl auf der kleinräumigen Ebene als auch auf der regionalen oder globalen Ebene Auswirkungen verursachen können. Neben den Belastungen bzw. Gefährdungen durch Luftschadstoffe werden im Zuge der Umweltprüfung auch klimarelevante Bereiche und deren mögliche Beeinträchtigungen betrachtet und in der weiteren Planung berücksichtigt. Dazu gehören Flächen, die aufgrund ihrer Vegetationsstruktur, ihrer Topographie oder ihrer Lage geeignet sind, negative Auswirkungen der Luft zu verringern und für Luftreinhaltung, Lüfterneuerung oder Temperatúrausgleich zu sorgen.

Bei der Realisierung der geplanten Bebauung sowie einer Versiegelung von Flächen kann von einer geringfügigen „Verstädterung“ des Geländeklimas ausgegangen werden. So reduzieren z. B. Baukörper die Windgeschwindigkeit und durch die Versiegelung wird die Kaltluftproduktion verringert. Die Versiegelung verringert auch die Verdunstung innerhalb des Plangebietes, die von Böden und Vegetation ausgeht, so dass eine kleinräumige Veränderung der Luftfeuchtigkeit die Folge sein kann. Je stärker der Versiegelungsgrad bei gleichzeitigem Fehlen thermischer Kompensationsmöglichkeiten durch Vegetation ausfällt, desto ausgeprägter bildet sich ein sogenanntes „städtisches Wüstenklima“ aus (starke Temperaturschwankungen und Temperaturgegensätze, trockene Luft).

Bewertung

Das Kleinklima im Planbereich ist durch die Ortsrandlage, die landwirtschaftliche Nutzung und die südwestlich angrenzende Autobahn gekennzeichnet, von denen bereits eine gewisse Luftbeeinträchtigung ausgeht. Ferner wird das Kleinklima von dem östlich angrenzenden Stratjebusch geprägt. Unter Berücksichtigung der vorhandenen Vorbelastungen durch die angrenzenden Straßen und Siedlungsbereiche und dem vollständigen Erhalt der östlich angrenzenden Waldfläche sind durch die Umsetzung des Planvorhabens wenig erhebliche Auswirkungen auf das Schutzgut Klima sowie auf das Schutzgut Luft zu erwarten.

Im Rahmen der nachfolgenden verbindlichen Bauleitplanung sind Maßnahmen festzusetzen, wie z. B. der Erhalt von Wallhecken und Einzelbäumen, die den Erfordernissen des Klimaschutzes gem. § 1 (5) BauGB i. V. m. § 1a (5) BauGB Rechnung tragen.

3.1.7 Schutzgut Landschaft

Da ein Raum immer in Wechselbeziehung und -wirkung zu seiner näheren Umgebung steht, kann das Planungsgebiet nicht isoliert, sondern muss vielmehr im Zusammenhang seines stadt- sowie naturräumlichen Gefüges betrachtet werden.

Das Schutzgut Landschaft zeichnet sich durch ein harmonisches Gefüge aus vielfältigen Elementen aus, das hinsichtlich der Aspekte Vielfalt, Eigenart oder Schönheit zu bewerten ist.

Das im Untersuchungsraum vorherrschende Landschaftsbild wird vorwiegend von intensiv landwirtschaftlich genutzten Grünlandflächen eingenommen. Zum Teil treten Gehölzstrukturen in Form von Wallhecken, Hecken, Baumreihen etc. prägend in Erscheinung. Vorprägungen bzw. Vorbelastungen gehen von den umgebenden Siedlungsstrukturen und der im Nahbereich gelegenen Bundesautobahn (A 29) aus.

Bewertung

Das Landschaftsbild wird sich durch die Realisierung der Planung erheblich verändern. Um die Eingriffe in die Landschaft zu minimieren, sind auf Ebene der nachfolgenden verbindlichen Bauleitplanung städtebauliche und landschaftspflegerische Maßnahmen (u. a. Erhalt von Wallhecken und Einzelbäumen) zur verträglichen Einbindung des Plangebietes festzulegen, die der Ortsrandlage Rechnung tragen.

Eine Beeinträchtigung auf das im Nahbereich befindliche Landschaftsschutzgebiet WST-Nr. 83 „Stratje-Busch“ wird bei Umsetzung entsprechender Maßnahmen im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung nicht vorbereitet.

3.1.8 Schutzgut Kultur- und Sachgüter

Der Schutz von Kulturgütern stellt im Rahmen der baukulturellen Erhaltung des Orts- und Landschaftsbildes gem. § 1 (5) BauGB eine zentrale Aufgabe in der Bauleitplanung dar. Als schützenswerte Sachgüter werden natürliche oder vom Menschen geschaffene Güter betrachtet, die von geschichtlicher, wissenschaftlicher, archäologischer oder städtebaulicher Bedeutung sind. Die an den Flurstücksgrenzen gelegenen Wallhecken, die einen wichtigen Landschaftsbestandteil darstellen, sind als bedeutende Kulturgüter zu betrachten.

Eine auf dem Hausgrundstück Ecke Köttersweg/Am Stratjebusch befindliche Stieleiche ist als Naturdenkmal ausgewiesen, liegt außerhalb des Plangebietes.

Im südwestlich angrenzenden Nahbereich des Plangebietes (am Köttersweg 30) befindet sich ein Baudenkmal. Es handelt sich dabei um ein Querdielenhaus.

Weitere schutzbedürftige Kultur- und Sachgüter, die eine Sensibilität gegenüber planerischen Veränderungen aufweisen, sind innerhalb des Planungsraumes sowie im näheren Umfeld nicht anzutreffen.

Bewertung

Auf Ebene der Flächennutzungsplanänderung werden die Wallhecken durch die Darstellung der Wohnbauflächen größtenteils überplant, was als erhebliche Umweltauswirkung auf das Schutzgut Kultur- und Sachgüter einzustufen ist. Beeinträchtigungen auf das o. g. Natur- und das Baudenkmal werden nicht vorbereitet.

3.1.9 Wechselwirkungen

Bei der Betrachtung der Wechselwirkungen soll sichergestellt werden, dass es sich bei der Prüfung der Auswirkungen nicht um eine rein sektorale Betrachtung handelt, sondern sich gegenseitig verstärkende oder addierende Effekte berücksichtigt werden (KÖPPEL et al. 2004). So stellt der Boden Lebensraum und Nahrungsgrundlage für verschiedene Faunengruppen wie Vögel, Amphibien, Libellen etc. dar, so dass bei einer Versiegelung nicht nur der Boden mit seinen umfangreichen Funktionen verloren geht, sondern auch Auswirkungen auf das Schutzgut Pflanzen und Tiere zu erwarten sind. Negative, sich verstärkende Wechselwirkungen, die über das Maß der bisher ermittelten, zuvor beschriebenen Auswirkungen durch das Vorhaben hinausgehen, sind jedoch nicht zu prognostizieren.

3.1.10 Zusammengefasste Umweltauswirkungen

Durch die Darstellungen der 60. Änderung des Flächennutzungsplanes kommt es zu einem Verlust von Pflanzen durch Flächenversiegelungen, was als erhebliche Umweltauswirkung zu beurteilen ist. Für die Schutzgüter Tiere, Boden, Wasser und Landschaft sowie Kultur- und Sachgüter werden die Umweltauswirkungen ebenfalls als erheblich beurteilt. Weiterhin sind die Umweltauswirkungen der geplanten Nutzungsänderungen auf das Schutzgut Klima / Luft als weniger erheblich zu beurteilen.

3.2 Entwicklungsprognosen des Umweltzustandes

3.2.1 Entwicklung des Umweltzustandes bei Planungsdurchführung

Bei der konkreten Umsetzung des Planvorhabens ist mit den oben genannten Umweltauswirkungen zu rechnen. Durch die Realisierung der Darstellungen der 60. Flächennutzungsplanänderung wird eine sinnvolle Weiterentwicklung der örtlich bereits vorhandenen Strukturen erfolgen. Die im Geltungsbereich vorkommenden erhaltenswerten Gehölzstrukturen sollen im Zuge der nachfolgenden verbindlichen Bauleitplanung erhalten bleiben und werden sich sukzessive weiter entwickeln.

3.2.2 Entwicklung des Umweltzustandes bei Nichtdurchführung - Nullvariante

Bei Nichtdurchführung der Planung bleiben die bestehenden Nutzungen unverändert erhalten. Es dürften die im Rahmen der 6. Flächennutzungsplanänderung dargestellten Nutzungen umgesetzt werden. Demzufolge wäre innerhalb des Plangebietes eine Nutzung als Sportplatz bereits vorbereitet. Kleinteilig wären dadurch Versiegelungen möglich. Die übrigen Bereiche würden über die Darstellung als Maßnahmenfläche bzw. private Grünfläche den übrigen Schutzgütern verbessert bzw. unveränderte Lebensbedingungen bieten. Die Boden- und Grundwasserverhältnisse würden sich bei Nichtdurchführung der Planung kaum verändern.

3.3 Vermeidung / Minimierung / Ausgleich und Ersatz nachteiliger Umweltauswirkungen

Der Verursacher eines Eingriffs ist zu verpflichten, vermeidbare Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft zu unterlassen sowie unvermeidbare Beeinträchtigungen durch Maßnahmen des Naturhaushaltes und der Landschaftspflege vorrangig auszugleichen (Ausgleichsmaßnahmen) oder in sonstiger Weise zu kompensieren (Ersatzmaßnahmen). Ausgeglichen (Ausgleichsmaßnahmen) ist eine Beeinträchtigung, wenn und sobald die beeinträchtigten Funktionen des Naturhaushaltes wiederhergestellt sind und das Landschaftsbild landschaftsgerecht wiederhergestellt oder neu gestaltet ist. In sonstiger Weise kompensiert (Ersatzmaßnahmen) ist eine Beeinträchtigung, wenn und sobald die beeinträchtigten Funktionen des Naturhaushaltes in gleichwertiger Weise ersetzt sind oder das Landschaftsbild landschaftsgerecht neu gestaltet ist (§ 15 (1) und (2) BNatSchG).

Obwohl durch die 60. Flächennutzungsplanänderung nicht in den Naturhaushalt und das Landschaftsbild eingegriffen werden kann, sondern nur durch dessen Realisierung, ist die Eingriffsregelung dennoch von Bedeutung, da nur bei ihrer Beachtung eine ordnungsgemäße Abwägung aller öffentlichen und privaten Belange möglich ist.

3.3.1 Bilanzierung

Entsprechend dem Naturschutzgesetz (Eingriffsregelung) muss ein unvermeidbarer zulässiger Eingriff in die Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes und das Landschaftsbild durch geeignete Maßnahmen kompensiert werden.

Die Eingriffsbilanzierung erfolgt mit dem Bilanzierungsmodell des niedersächsischen Städtetages von 2013 (Arbeitshilfe zur Ermittlung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen in der Bauleitplanung). Der Eingriffsumfang wird dabei durch einen Flächenwert ausgedrückt, der sich nach folgender Formel errechnet:

- a) Flächenwert des Ist-Zustandes: $\text{Größe der Eingriffsfläche in m}^2 \times \text{Wertfaktor des vorhandenen Biotoptyps}$
- b) Flächenwert des Planungszustandes: $\text{Größe der Planungsfläche in m}^2 \times \text{Wertfaktor des geplanten Biotoptyps}$
- c) $\text{Flächenwert des Planungszustandes}$
 $- \text{Flächenwert des Ist-Zustandes}$
 $= \text{Flächenwert des Eingriffs (Maß für die Beeinträchtigung)}$

Mit Hilfe dieses Wertes wird die Bilanzierung von Eingriff und Kompensation ermöglicht. Berechnung des Flächenwertes des Eingriffs:

Ist-Zustand				Planung			
Biotoptyp	Fläche (m²)	Wertfaktor	Flächenwert	Biotoptyp	Fläche (m²)	Wertfaktor	Flächenwert
HWM*	989	4	(3.956)	STG	2.600	4	10.400
HWB*	205	4	(820)	HWM	98	4	(392)
HWM-*	44	4	(176)	SE/GM HFM*4	9.075	4	36.300
HN	170	4	680	PH*5	17.274	1	17.274
HBE/ HBK**	300	4	1.200	X*6	25.910	0	0
SE/GM HFM*1	6.041	4	24.164				
HSE	495	3	1.485				
BE**	20	3	60				
UHM	1.885	3	5.655				
HFB	215	3	645				
BRS	31	2	62				
GIT	5.628	2	11.256				
GA	11.412	1	11.412				
GR	52	1	52				
OSM	175	1	175				
GR*2	24.853	1	24.853				

Ist-Zustand				Planung	
X*3	2.762	0	0		
Flächenwert Ist-Zustand		81.699		Flächenwert Planungs-Zustand	63.974

- * Gemäß dem angewendeten Bilanzierungsmodell zur Kompensation von Eingriffen in vorkommende Wallhecken sind Wallheckenneuanlagen bzw. wallheckenfördernde Maßnahmen durchzuführen. Um eine „Doppelkompensation“ zu vermeiden, werden die Wallhecken nicht zum Flächenwert dazugezählt.
- ** Gemäß dem angewendeten Bilanzierungsmodell (Arbeitshilfe zur Ermittlung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen in der Bauleitplanung) werden Einzelbäume / Einzelsträucher zusätzlich zur Grundfläche erfasst. Weiterhin sind vorhandene Einzelbäume zusätzlich zur Grundfläche nach der vorhandenen Kronentrauffläche zu bestimmen. Dieser Flächenwert ist dem Wert der Grundfläche zuzuzählen. Aus diesem Grund ist bei einem Vorhandensein von Einzelbäumen / Einzelsträucher die Gesamtfläche größer als die Geltungsbereichsgröße. Die Größe des Geltungsbereiches ergibt sich indem die Flächen der Einzelbäume / Einzelsträucher von der Gesamtfläche abgezogen werden. Pro Einzelbaum wurde eine Fläche von 20 m² angesetzt. Für Einzelsträucher wurde eine Fläche von 10 m² berücksichtigt.
- *1 Für die in der 6. Flächennutzungsplanänderung dargestellte Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft wird ein Wertfaktor von 4 angesetzt.
- *2 Die in der 6. Flächennutzungsplanänderung dargestellte öffentliche Grünfläche „Sportplatz“ wird als Scherrasenfläche mit der Wertstufe 1 berücksichtigt.
- *3 Für die in der 6. Flächennutzungsplanänderung dargestellte öffentliche Grünfläche „Sportplatz“ wird eine Versiegelungsmöglichkeit von 10% der Gesamtfläche angesetzt.
- *4 Die in der vorliegenden Planung dargestellte Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft wird mit dem Wertfaktor 4 belegt.
- *5 Die unversiegelten Flächen der Wohnbauflächen werden als Hausgärten mit dem Wertfaktor 1 in der Bilanzierung berücksichtigt.
- *6 Vollständig versiegelte Flächen der Wohnbauflächen mit einer angenommenen GRZ von 0,4 inkl. zulässiger Überschreitung gem. § 19 (4) BauNVO von 50 %.

Flächenwert Planung	=	81.699
- Flächenwert Ist-Zustand	=	63.974
= Flächenwert des Eingriffs	=	- 17.725 => < 0

Es ergibt sich somit ein Flächenwert von – 17.725 für den Eingriff in Natur und Landschaft, der kompensiert werden muss. Dies entspricht einer Flächengröße von ca. 1,77 ha bei Aufwertung um einen Wertfaktor.

Ferner werden insgesamt durch die vorliegende Planung Wallhecken (Baum-Strauch-Wallhecken, Baum-Wallhecke) auf einer Länge von insgesamt ca. 402 m überplant. Zur Kompensation sind Festsetzungen im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung zu treffen, dass an anderer Stelle 804 m neue Wallhecken anzulegen oder wallheckenfördernde Maßnahmen durchzuführen sind.

Folgender Kompensationsansatz ist in Abstimmung mit dem Landkreis Ammerland bei den Wallhecken zu leisten:

- Überplanung von 402 m Baum-Strauch-Wallhecke / Baum-Wallhecke
Kompensationsverhältnis 1:2

Im Rahmen der Biotoptypenkartierung konnten im Bereich der Wallhecken sowie im Nordosten des Plangebietes einige Standorte einer besonders geschützten Pflanzenart nachgewiesen werden. Dabei handelt es sich um die Stechpalme (*Ilex aquifolium*). Ferner konnten auf einer Grünlandfläche im Südwesten einige Exemplare der Draht-Segge (Rote Liste Nds. 3) und Hirsensegge (Rote Liste Nds. 2) festgestellt werden.

Im Rahmen der nachfolgenden verbindlichen Bauleitplanung sind die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen bereit zu stellen und Vermeidungsmaßnahmen, wie z. B. Umsetzung der Bestände in Bezug auf die besonders geschützten bzw. gefährdeten Arten zu formulieren. Der Gemeinde Rastede stehen in ihrem gemeindeeigenen Kompensationsflächenpool dazu ausreichend Wertpunkte zur Verfügung.

3.3.2 Schutzgut Mensch

Hinsichtlich der Lage des Plangebietes im Einwirkungsbereich der Bundesautobahn 29 sind die Verkehrslärmeinwirkungen auf das Schutzgut Mensch zu berücksichtigen. Im Vorfeld dieser Bauleitplanung wurde daher eine schalltechnische Untersuchung zum Verkehrslärm durch das Ingenieurbüro ted GmbH, Bremerhaven vorgenommen. Die Ergebnisse zeigen, dass die Orientierungswerte der DIN 18005 für allgemeine Wohngebiete (WA) zur Tages- und Nachtzeit im Plangebiet überschritten werden. Zur Bewältigung der Konfliktsituation werden daher im nachfolgenden Bebauungsplan Lärmschutzvorkehrungen getroffen werden müssen.

Ferner wurde durch das Ingenieurbüro ted GmbH, Bremerhaven eine weitere Untersuchung zur künftigen Sportlärmbelastung ausgehend von der derzeit in Realisierung befindlichen Sportanlage südlich des Köttersweges vorgenommen. Die Ergebnisse zeigen, dass die Richtwerte gemäß der TA-Lärm in den ermöglichten Wohnbauflächen im Beurteilungszeitraum eingehalten werden.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass unter Berücksichtigung der o. g. Maßnahmen keine negativen Auswirkungen auf das Schutzgut Mensch vorbereitet werden, welche die gesundheitlichen Aspekte nachteilig beeinflussen könnten.

3.3.3 Schutzgut Pflanzen

Um Beeinträchtigungen für die im Plangebiet vorkommenden Pflanzen zu verringern, werden folgende Maßnahmen zur Vermeidung vorgeschlagen:

- Vollständiger Erhalt des gesetzlich geschützten Biotops (Wiesentümpel).
- Der Eingriff erfolgt z. T. in relativ wertarme und vorgeprägte Strukturen.
- Es sollte vor Baufeldfreimachung die Umsetzung der besonders geschützten Pflanzenarten, falls erforderlich, erfolgen.
- Größtmöglicher Erhalt und Sicherung der im Plangebiet befindlichen Gehölzstrukturen (Wallhecken, Einzelbäume) auf Ebene der verbindlichen Bauleitplanung.

Um die mit der Realisierung der Flächennutzungsplanänderung verbundenen Beeinträchtigungen in den Naturhaushalt und das Landschaftsbild zu kompensieren, sind Maßnahmen im Rahmen der nachfolgenden verbindlichen Bauleitplanung festzusetzen, welche in der Lage sind, die erheblichen Beeinträchtigungen ausgleichen.

3.3.4 Schutzgut Tiere

Zur Vermeidung und Verminderung von Beeinträchtigungen auf das Schutzgut Tiere sind die nachfolgend aufgeführten Maßnahmen einzubeziehen:

- Vollständiger Erhalt des gesetzlich geschützten Biotops (Wiesentümpel).
- Baumfäll- und Rodungsarbeiten sind außerhalb der Reproduktionszeiten von Brutvögeln und Fledermäusen durchzuführen, also nur während der Wintermonate im Zeitraum von Anfang November bis Ende Februar,

- Die Baufeldfreimachung ist ebenfalls außerhalb der Brutzeit (also nicht zwischen Anfang März und Ende Juni) vorzunehmen.
- Alte Laubbäume - insbesondere für Fledermäuse und Höhlenbrüter geeignete Höhlenbäume - sind, wenn möglich, zu erhalten.

Weiterhin sind Ausgleichsmaßnahmen erforderlich, welche die erheblichen Beeinträchtigungen auf das Schutzgut Tiere kompensieren. Diese Maßnahmen sind auf Ebene der nachfolgenden verbindlichen Bauleitplanung abschließend festzusetzen.

3.3.5 Schutzgut Boden

Um Beeinträchtigungen auf das Schutzgut Boden zu verringern, werden folgende Maßnahmen zur Vermeidung vorgeschlagen:

- Reduzierung der Eingriffe in vorhandenen Strukturen auf ein für das Vorhaben erforderliches Mindestmaß.
- Der Schutz des Oberbodens (§ 202 BauGB) sowie bei Erdarbeiten die ATV DIN 18300 bzw. 18320 und DIN 18915 sind zu beachten.
- Zur Verminderung der Beeinträchtigungen, die aus der Versiegelung von Flächen resultieren, sind Zufahrten, Stellflächen und sonstige zu befestigende Flächen möglichst mit luft- und wasserdurchlässigen Materialien (Schotterterrassen, Rasengittersteine o. ä.) zu erstellen.

Zusätzlich ist die Festsetzung von Ausgleichsmaßnahmen im Rahmen der nachfolgenden verbindlichen Bauleitplanung erforderlich, welche die erheblichen Beeinträchtigungen auf das Schutzgut Boden kompensieren.

3.3.6 Schutzgut Wasser

Um Beeinträchtigungen auf das Schutzgut Wasser zu verringern, werden folgende Maßnahmen zur Vermeidung vorgeschlagen:

- Der Eingriff betrifft zum Großteil relativ wertarme Biotope.
- Um den Eingriff in den Wasserhaushalt so gering wie möglich zu halten, sollte das Niederschlagswasser so lange wie möglich im Gebiet gehalten werden. Dazu ist das Regenwasser von Dachflächen und Flächen anderer Nutzung, von denen kein Eintrag von Schadstoffen ausgeht, nach Möglichkeit auf dem Grundstück zu belassen (zu versickern).

Zusätzlich ist die Festsetzung von Ausgleichsmaßnahmen im Rahmen der nachfolgenden verbindlichen Bauleitplanung erforderlich, welche die erheblichen Beeinträchtigungen auf das Schutzgut Wasser kompensieren.

3.3.7 Schutzgut Klima / Luft

Es sind keine Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen vorgesehen. Durch Maßnahmen zum Ausgleich von Beeinträchtigungen anderer Schutzgüter können zusätzlich positive Wirkungen auf das Schutzgut Klima / Luft erreicht werden.

3.3.8 Schutzgut Landschaft

Um Beeinträchtigungen für das Schutzgut Landschaft zu verringern werden folgende Maßnahmen zur Vermeidung vorgeschlagen:

- Größtmöglicher Erhalt und Sicherung der im Plangebiet befindlichen Gehölzstrukturen (Wallhecken, Einzelbäume).

Über die umzusetzenden wallheckenfördernden Maßnahmen (Wallheckenneuanlage oder Sanierung von Wallhecken) im Rahmen des Wallheckenschutzprogramms der unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Ammerland wird ebenfalls das Landschaftsbild aufgewertet. Mit den Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen, die u. a. für das Schutzgut Pflanzen vorgesehen werden, können die negativen Umweltauswirkungen, die durch das hier betrachtete Vorhaben auf das Schutzgut Landschaft prognostiziert wurden, ausgeglichen werden.

3.3.9 Schutzgut Kultur- und Sachgüter

Entsprechend dem Kap. 3.1.8 befinden sich innerhalb des Plangebietes keine nach dem Niedersächsischen Denkmalschutzgesetz (NDSchG) geschützten Baudenkmale. Allerdings befindet sich im südwestlich gelegenen Nahbereich ein Baudenkmal. Hierbei handelt es sich um ein Querdielenhaus aus dem Jahr 1880. Eine auf dem Hausgrundstück Ecke Köttersweg/Am Stratjebusch befindliche Stieleiche ist als Naturdenkmal ausgewiesen, liegt aber ebenfalls außerhalb des Plangebietes.

Innerhalb des Geltungsbereiches sind Kultur- bzw. Sachgüter, in Form von Wallhecken bekannt. Um Beeinträchtigungen für das Schutzgut Kultur- und Sachgüter zu verringern werden folgende Maßnahmen zur Vermeidung vorgeschlagen:

- Größtmöglicher Erhalt und Sicherung der im Plangebiet befindlichen Wallhecken.
- Schutz von zu erhaltenden Wallhecken durch die Ausweisung von nicht überbaubaren Flächen. Jegliche Versiegelungen, Verdichtungen, Aufschüttungen sind hier nicht zulässig.

Die Umweltauswirkungen für das Schutzgut Kultur- und Sachgüter (hier: Wallhecken) können durch die o. g. Maßnahmen minimiert werden. Der vollständige Ausgleich der prognostizierten Beeinträchtigung ist im Rahmen des Wallheckenschutzprogramms der unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Ammerland auf Ebene der nachfolgenden verbindlichen Bauleitplanung zu sichern.

3.4 Anderweitige Planungsmöglichkeiten

3.4.1 Standort

Das Plangebiet liegt in einer Entfernung von rund 1,0 km Luftlinie südwestlich vom Ortszentrum. Der Geltungsbereich der 60. Änderung des Flächennutzungsplanes befindet sich nördlich vom Köttersweg bzw. westlich vom Stratjebusch in der Ortschaft Rastede und umfasst eine ca. 5,5 ha große Fläche. Das Plangebiet wird im Norden durch vorhandene bebaute Bereiche und im Süden vom Köttersweg begrenzt. Entlang der östlichen Plangeietsgrenze verläuft innerhalb des Planbereiches die Straße Am Stratjebusch. Südlich des Köttersweges prägen landwirtschaftlich genutzte Flächen den Raum. Im südwestlich und westlich gelegenen Nahbereich verläuft die Bundesautobahn 29 (A 29).

3.4.2 Planinhalt

Im Zuge der Aufstellung der Flächennutzungsplanänderung werden Wohnbauflächen sowie eine Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft überlagert mit Flächen für die Wasserwirtschaft, den Hochwasserschutz und die Regelung des Wasserabflusses vorbereitet. Innerhalb die-

ser Fläche befindet sich eine Fläche, die als Schutzgebiet und Schutzobjekt i. S. d. Naturschutzrechts hier: gem. § 30 BNatSchG geschütztes Biotop, dargestellt ist. Hierdurch kann eine optimale Weiterentwicklung des Siedlungsbereiches entstehen. Die konkrete Gebietsentwicklung erfolgt im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung.

4.0 ZUSÄTZLICHE ANGABEN

4.1 Beschreibung der wichtigsten Merkmale der verwendeten technischen Verfahren

4.1.1 Analysemethoden und -modelle

Die Eingriffsregelung wurde für das Schutzgut Pflanzen auf Basis des niedersächsischen Städtetages von 2013 (Arbeitshilfe zur Ermittlung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen in der Bauleitplanung) abgehandelt. Zusätzlich wurde für die übrigen Schutzgüter eine verbal-argumentative Eingriffsbetrachtung vorgenommen.

4.1.2 Fachgutachten

Im Rahmen der Flächennutzungsplanänderung bzw. der Bebauungsplanaufstellung für einen Teilbereich des hier betrachteten Plangebietes wurde ein faunistischer Fachbeitrag erstellt (vgl. Anlage 1). Im Vorfeld dieser Bauleitplanung wurde eine schalltechnische Untersuchung zum Verkehrslärm durchgeführt. Ferner wurde durch das Ingenieurbüro ted GmbH, Bremerhaven eine weitere Untersuchung zur künftigen Sportlärmbelastung ausgehend von der in Realisierung befindlichen Sportanlage am "Köttersweg" vorgenommen.

4.1.3 Hinweise auf Schwierigkeiten bei der Zusammenstellung der Unterlagen

Es war ein umfassendes und ausreichend aktuelles Datenmaterial vorhanden, so dass keine Schwierigkeiten bei der Zusammenstellung der Unterlagen auftraten.

4.2 Hinweise zur Durchführung der Umweltüberwachung

Gemäß § 4c BauGB müssen die Kommunen die erheblichen Umweltauswirkungen überwachen (Monitoring), die auf Grund der Durchführung der Bauleitpläne eintreten. Hierdurch sollen insbesondere unvorhergesehene nachteilige Auswirkungen frühzeitig erkannt werden, um geeignete Maßnahmen zur Abhilfe zu ermöglichen. Eine Regelung zum Umgang mit der Umweltüberwachung erfolgt auf Ebene der verbindlichen Bauleitplanung.

5.0 ALLGEMEINVERSTÄNDLICHE ZUSAMMENFASSUNG

Die Gemeinde Rastede beabsichtigt angesichts der anhaltenden Nachfrage nach Wohnbauland die Wohnnutzung nördlich des Köttersweges bzw. westlich der Straße Am Stratjebusch auszuweiten und führt zu diesem Zweck die 60. Änderung des Flächennutzungsplanes durch. Zweckentsprechend werden Wohnbauflächen und eine Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft überlagert mit Flächen für die Wasserwirtschaft, den Hochwasserschutz und die Regelung des Wasserabflusses dargestellt. Innerhalb dieser Fläche befindet sich eine Fläche, die als Schutzgebiet und Schutzobjekt i. S. d. Naturschutzrechts hier: gem. § 30 BNatSchG geschütztes Biotop, dargestellt ist.

Die voraussichtlichen Umweltauswirkungen des Planvorhabens liegen in dem großflächigen Verlust von bereits vorgeprägten Böden sowie Lebensräumen für Pflanzen und Tieren durch die zulässige Versiegelung, die als erheblich einzustufen sind. Umweltauswirkungen auf das Schutzgut Wasser, Kultur- und Sachgüter sowie Landschaft sind ebenfalls als erheblich zu beurteilen. Für das Schutzgut Klima / Luft werden weniger erhebliche Auswirkungen erwartet. Vermeidungsmaßnahmen reichen vom Entfernen der Gehölze außerhalb der Brutzeit bis zum weitestgehend möglichen Erhalt prägender Strukturen. Es sind jedoch externe Kompensationsmaßnahmen vorzusehen, die den verbleibenden Kompensationsbedarf decken. Diese werden auf Ebene der jeweiligen verbindlichen Bauleitplanung festgelegt.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass unter Berücksichtigung der Maßnahmen zur Vermeidung und Minimierung sowie unter der Voraussetzung der Bereitstellung adäquater Ausgleichs- und/oder Ersatzflächen durch die Entwicklung von Bauflächen keine erheblichen negativen Umweltauswirkungen im Geltungsbereich der 60. Flächennutzungsplanänderung zurück bleiben.

6.0 LITERATUR

BNatSchG (2009): Bundesnaturschutzgesetz vom 29. Juli 2009.

DRACHENFELS, O. v. (Bearb.) (2011): Kartierschlüssel für Biotoptypen in Niedersachsen unter besonderer Berücksichtigung der gesetzlich geschützten Biotope sowie der Lebensraumtypen von Anhang I der FFH-Richtlinie, Stand März 2011. - Naturschutz Landschaftspfl. Niedersachs. A/4: 1-326.

NAGBNATSchG (2010): Niedersächsisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz vom 19. Februar 2010.

NIEDERSÄCHSISCHE LANDESREGIERUNG (1989): Niedersächsisches Landschaftsprogramm. Hannover.

NIEDERSÄCHSISCHER STÄDTETAG (2013): Arbeitshilfe zur Ermittlung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen in der Bauleitplanung, Hannover.

NU (2013): Interaktive Umweltkarten der Umweltverwaltung (http://www.umwelt.niedersachsen.de/master/C8312275_N8311561_L20_D0_I598.htm)

Umwelt und Planungsamt (1995): Landschaftsrahmenplan Landkreis Ammerland.

ANLAGEN

Karte 1: Bestand Biotoptypen, gefährdete und/oder besonders geschützte Pflanzenarten

Anlage 1: Faunistischer Fachbeitrag

ANLAGE 1

Gemeinde Rastede
Landkreis Ammerland



Faunistischer Fachbeitrag
zum Bebauungsplan Nr. 99 A /
60. Flächennutzungsplanänderung
„Wohngebiet Am Stratjebusch“



Fachplanerische Erläuterungen

Stand: März 2014

Planungsbüro Diekmann & Mosebach

Oldenburger Straße 86 - 26180 Rastede
Tel.: 04402/911630 - Fax: 04402/911640
e-mail: info@diekmann-mosebach.de
www.diekmann-mosebach.de



Gemeinde Rastede

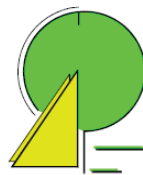
Landkreis Ammerland

Faunistischer Fachbeitrag

**zum Bebauungsplan Nr. 99 A /
60. Flächennutzungsplanänderung
„Wohngebiet Am Stratjebusch“**

Planverfasser:

**Diekmann &
Mosebach**



Regionalplanung
Stadt- und Landschaftsplanung
Entwicklungs- und Projektmanagement

*Oldenburger Straße 86 ·· 26180 Rastede
Telefon (0 44 02) 9116-30
Telefax (0 44 02) 9116-40
www.diekmann-mosebach.de
mail: info@diekmann-mosebach.de*

Projektbearbeitung:

Dipl.-Landschaftsökologe Alexander Zilz
Dipl.-Ing. Doris Kinder
Dr. Oliver-D. Finch

Bearbeitungszeitraum:

März 2012 – September 2012

INHALTSÜBERSICHT

1.0	ANLASS UND AUFGABENSTELLUNG	1
2.0	BELANGE DES ARTENSCHUTZES	1
3.0	UNTERSUCHUNGSGEBIET	3
3.1	Lage im Raum	3
3.2	Nutzung und Landschaftsstruktur	3
4.0	UNTERSUCHUNGSUMFANG UND METHODIK	4
4.1	Fledermäuse	4
4.2	Brutvögel	6
4.3	Amphibien	7
4.4	Bewertung	7
5.0	ERGEBNISSE	8
5.1	Fledermäuse	8
5.2	Brutvögel	12
5.3	Amphibien	14
6.0	BEWERTUNG DER BEFUNDE	19
6.1	Fledermäuse	19
6.2	Brutvögel	20
6.3	Amphibien	20
7.0	WIRKUNGEN DES VORHABENS IM GELTUNGSBEREICH DES BEBAUUNGSPLANES NR 99 A	21
7.1	Anlagebedingte Wirkfaktoren	21
7.2	Bau - und betriebsbedingte Wirkfaktoren	21
8.0	DARLEGUNG DER BETROFFENHEITEN IM GELTUNGSBEREICH DES BEBAUUNGSPLANES NR. 99 A	21
8.1	Eingriffe im Sinne des § 14 BNatSchG	21
8.1.1	Fledermäuse	22
8.1.2	Brutvögel	22
8.1.3	Amphibien	23
8.1.4	Fazit	23
8.2	Artenschutzrechtliche Verbotstatbestände nach § 44 BNatSchG	24
8.2.1	Fledermäuse	24
8.2.2	Brutvögel	25
8.2.3	Amphibien	27
9.0	VERMEIDUNG UND VERMINDERUNG VON BEEINTRÄCHTIGUNGEN	27
10.0	HINWEISE ZU KOMPENSATIONSMAßNAHMEN	28
11.0	LITERATUR	29

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abbildung 1: Untersuchungsraum Fledermäuse, Brutvögel und Amphibien, unmaßstäblich	4
Abbildung 2: Quartierbaum (Rotbuche) einer unbestimmten <i>Myotis</i> -Art mit Ansicht der Einflugöffnung (siehe Hinweispfeil).	12
Abbildung 3: Bergmolch (<i>Ichthyosaura</i> (= <i>Triturus</i>) <i>alpestris</i>) aus der Grabenaufweitung am Köttersweg (01.04.2012; Foto: Finch)	15
Abbildung 4: Senke im Grünland am Köttersweg (20.03.2012; Foto: Finch)	16
Abbildung 5: Grabenaufweitung am Stratjebusch (20.03.2012; Foto: Finch)	17
Abbildung 6: Tümpel im Stratjebusch (13.11.2013, Foto: Kinder)	18

TABELLENVERZEICHNIS

Tabelle 1: Erfassung der Fledermäuse – Untersuchungstermine.	5
Tabelle 2: Erfassung der Brutvögel – Untersuchungstermine im Jahr 2012	6
Tabelle 3: Übersicht der im Untersuchungsraum festgestellten Fledermausarten.	9
Tabelle 4: Beobachtungshäufigkeiten einzelner Arten (Detektorkontakte / Sichtbeobachtungen).	10
Tabelle 5: Übersicht der im Untersuchungsraum festgestellten Vogelarten	13
Tabelle 6: Liste der im Jahr 2012 im Untersuchungsgebiet am Stratjebusch (Gemeinde Rastede) nachgewiesenen Lurche	18

PLANVERZEICHNIS:

Plan-Nr. 1.1:	Bestand Fledermäuse – Gattung <i>Myotis</i>
Plan-Nr. 1.2:	Bestand Fledermäuse - Großer Abendsegler / Breitflügelfledermaus
Plan-Nr. 1.3:	Bestand Fledermäuse - Gattung <i>Pipistrellus</i>
Plan-Nr. 1.4:	Fledermausquartiere und Potenzialbäume
Plan-Nr. 2:	Bestand Brutvögel

1.0 ANLASS UND AUFGABENSTELLUNG

Die Gemeinde Rastede beabsichtigt mit der 60. Flächennutzungsplanänderung sowie mit der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 99 A „Wohngebiet Am Stratjebusch“ die planungsrechtlichen Voraussetzungen für eine Ausweisung von Wohnbauflächen. Aufgrund der vorhandenen Wallhecken und sonstigen Gehölzbestände, der darin eingebetteten Mähwiesen sowie eines Wiesentümpels ist nicht auszuschließen, dass Teilbereiche des Plangebietes eine wichtige Funktion für den Naturhaushalt aufweisen. Daher wurde in Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Ammerland u. a. eine Bestandsaufnahme der Fledermäuse und Brutvögel durchgeführt. Ferner wurde eine Amphibienerfassung in für diese Faunengruppe relevanten Bereichen durchgeführt. Auf Grundlage der vorliegenden Ergebnisse können die Eingriffsfolgen gemäß § 1a BauGB als auch die zu erwartenden, artenschutzrechtlichen Konflikte nach § 44 BNatSchG ermittelt und nach naturschutzfachlichen Kriterien beurteilt werden.

Die Erfassungen fanden in einem mit der Gemeinde Rastede und der Unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Ammerland vorabgestimmten Untersuchungsgebiet (siehe Abbildung 1) statt, welches zum einen den räumlichen Geltungsbereich der 60. Flächennutzungsplanänderung bzw. des Bebauungsplanes Nr. 99 A umfasst, zum anderen einen südlich angrenzenden Bereich, welcher über den Bebauungsplan Nr. 99 B bereits realisiert wird. Die Ergebnisse der Untersuchung des Gesamtgebietes werden nachfolgend vorgestellt und erläutert. In den Kapiteln 7 bis 10 erfolgt eine Betrachtung der zu erwartenden Eingriffsfolgen sowie eine Erörterung der Belange des Artenschutzes für den Geltungsbereich des vorliegenden Bebauungsplanes Nr. 99 A.

2.0 BELANGE DES ARTENSCHUTZES

Zur Überprüfung der Auswirkungen der vorliegenden Bauleitplanung auf die verschiedenen Arten ist unter Berücksichtigung der Verbotstatbestände des § 44 BNatSchG eine Erörterung der artenschutzrechtlichen Konflikte erforderlich.

Die generellen artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1 sind folgendermaßen gefasst:

"Es ist verboten,

1. *wild lebenden Tieren der besonders geschützten Arten nachzustellen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,*
2. *wild lebende Tiere der streng geschützten Arten und der europäischen Vogelarten während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten erheblich zu stören; eine erhebliche Störung liegt vor, wenn sich durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art verschlechtert,*
3. *Fortpflanzungs- oder Ruhestätten der wild lebenden Tiere der besonders geschützten Arten aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,*
4. *wild lebende Pflanzen der besonders geschützten Arten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, sie oder ihre Standorte zu beschädigen oder zu zerstören (Zugriffsverbote)."*

Diese Verbote werden um den für Eingriffsvorhaben relevanten Absatz 5 des § 44 BNatSchG ergänzt, mit dem bestehende und von der Europäischen Kommission anerkannte Spielräume bei der Auslegung der artenschutzrechtlichen Vorschriften der FFH-Richtlinie genutzt und rechtlich abgesichert werden, um akzeptable und im Vollzug praktikable Ergebnisse bei der Anwendung der Verbotsbestimmungen des Absatzes 1 zu erzielen:

Abs. 5:

„Für nach § 15 zulässige Eingriffe in Natur und Landschaft sowie für Vorhaben im Sinne des § 18 Abs. 2 Satz 1, die nach den Vorschriften des Baugesetzbuches zulässig sind, gelten die Zugriffs-, Besitz- und Vermarktungsverbote nach Maßgabe von Satz 2 bis 5. Sind in Anhang IV Buchstabe a der Richtlinie 92/43/EWG aufgeführte Tierarten oder europäische Vogelarten und solche Arten betroffen, die in einer Rechtsverordnung nach § 54 Absatz 1 Nummer 2 aufgeführt sind, liegt ein Verstoß gegen das Verbot des Absatzes 1 Nr. 3 und im Hinblick auf damit verbundene unvermeidbare Beeinträchtigungen wild lebender Tiere auch gegen das Verbot des Absatzes 1 Nr. 1 nicht vor, soweit die ökologische Funktion der von dem Eingriff oder Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- oder Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt wird. Soweit erforderlich, können auch vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen festgesetzt werden. Für Standorte wild lebender Pflanzen der in Anhang IVb der Richtlinie 92/43/EWG aufgeführten Arten gelten die Sätze 2 und 3 entsprechend. Sind andere besonders geschützte Arten betroffen, liegt bei Handlungen zur Durchführung eines Eingriffs oder Vorhabens kein Verstoß gegen die Zugriffs-, Besitz- und Vermarktungsverbote vor.“

Entsprechend obigem Abs. 5 gelten die artenschutzrechtlichen Verbote bei nach § 15 BNatSchG zulässigen Eingriffen in Natur und Landschaft sowie nach den Vorschriften des Baugesetzbuches zulässigen Vorhaben im Sinne des § 18 Abs. 2 Satz 1 nur für die in Anhang IV der FFH-RL aufgeführte Tier- und Pflanzenarten sowie für die Europäischen Vogelarten. Darüber hinaus sind nach nationalem Recht eine Vielzahl von Arten besonders geschützt. Diese sind nicht Gegenstand der Betrachtung, da gemäß § 44 Abs. 5 Satz 5 BNatSchG die Verbote des Absatzes 1 für diese Arten nicht gelten.

Bezüglich der Tierarten nach Anhang IV FFH-RL sowie der Europäischen Vogelarten nach Art. 1 VRL ergeben sich somit aus § 44 Abs.1, Nr. 1 bis 3 i.V.m. Abs. 5 BNatSchG für nach § 19 BNatSchG zulässige Eingriffe folgende Verbote:

- **Zugriffsverbot (§ 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG):** Nachstellen, Fangen, Verletzen oder Töten von Tieren bzw. Entnahme, Beschädigung oder Zerstörung ihrer Entwicklungsformen.
- **Schädigungsverbot (§ 44 Abs. 1 Nr. 3 i.V.m. Abs. 5 BNatSchG):** Beschädigung oder Zerstörung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten und damit verbundene vermeidbare Verletzung oder Tötung von Tieren oder ihrer Entwicklungsformen. Abweichend davon liegt ein Verbot nicht vor, wenn die ökologische Funktion der von dem Eingriff oder Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- oder Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang gewahrt wird.
- **Störungsverbot (§ 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG):** Erhebliches Stören von streng geschützten Arten bzw. europäischen Vogelarten während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten. Abweichend davon liegt ein Verbot nicht vor, wenn die Störung zu keiner Verschlechterung des Erhaltungszustandes der lokalen Population führt.

Werden die genannten Verbotstatbestände nach § 44 BNatSchG bezüglich der gemeinschaftsrechtlich geschützten Arten erfüllt, müssen für eine Ausnahme von den Verboten die Voraussetzungen des § 45 Abs. 7 BNatSchG erfüllt sein.

So müssen einschlägige Ausnahmenvoraussetzungen nachgewiesen werden, in dem Sinne, dass

- zumutbare Alternativen [die zu keinen oder geringeren Beeinträchtigungen der relevanten Arten führen] nicht gegeben sind,
- zwingende Gründe des überwiegenden öffentlichen Interesses, einschließlich solcher sozialer oder wirtschaftlicher Art vorliegen oder im Interesse der Gesundheit des Menschen, der öffentlichen Sicherheit, einschließlich der Landesverteidigung und des Schutzes der Zivilbevölkerung, oder der maßgeblich günstigen Auswirkungen auf die Umwelt die Planung durchgeführt wird,
- sich der Erhaltungszustand der Populationen der betroffenen Arten nicht verschlechtert und
- bezüglich der Arten des Anhangs IV FFH-RL der günstige Erhaltungszustand der Populationen der Art gewahrt bleibt.

Die artenschutzrechtlichen Betroffenheiten im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 99 A werden in Kap. 8.2 behandelt.

3.0 UNTERSUCHUNGSGBIET

3.1 Lage im Raum

Das Untersuchungsgebiet (UG) befindet sich am südwestlichen Bebauungsrand der Ortslage von Rastede (Gemeinde Rastede). Es umfasst in seiner räumlichen Ausdehnung den räumlichen Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 99 A sowie den südlich angrenzenden Bereich des Bebauungsplanes Nr. 99 B, welcher Flächen für den Gemeinbedarf (Sportplätze und Nebengebäude etc.) festsetzt (vgl. Abbildung 1). Das UG wird im Norden von Wohnbebauung begrenzt, im Osten von der Waldfläche (und gleichzeitigem Landschaftsschutzgebiet) „Am Stratjebusch“ und im Südwesten von der Autobahn A 29. Im Südosten und Süden grenzen neben einzelnen Wohnhäusern, Grünland und weitere Wallhecken an.

3.2 Nutzung und Landschaftsstruktur

Das ungefähr 12 ha große Untersuchungsgebiet umfasst einen strukturreichen Halboffenbereich am Rande des bebauten Bereiches von Rastede. Im Südosten setzt sich dieser Halboffenbereich aus Grünland und einer relativ hohen Dichte an Wallhecken, welcher am Rand z. T. mit locker verteilten größeren Wohngrundstücken eingefasst ist (ehemals wohl zum Teil landwirtschaftliche Hofstellen) weiter fort.

Die landwirtschaftlich genutzten Parzellen werden relativ intensiv als Mähwiese bzw. intensiv als Grasacker genutzt. Im Nordwesten des Untersuchungsgebietes befindet sich ein kleiner Bolzplatz, daran angrenzend liegt eine brach gefallene Wiese. Im Grünland im Nordosten befindet sich ein Tümpel von etwa 2.500 m² Größe, welcher im Juli noch Wasser führte. Das Gelände wird v. a. in Nord-Süd-Richtung von einer gut ausgeprägten Wallhecke mit - besonders im Nordteil - sehr alten Eichen durchzogen, im Nordwesten und Süden des UG befinden sich außerdem einzelne kürzere Wallheckenabschnitte sowie eine kürzere Feldhecke. Im äußersten Nordosten des UG befin-

det sich ein brachgefallenes ehemaliges Wohngrundstück, welches u. a. von Hecken und Einzelbäumen umgrenzt wird.

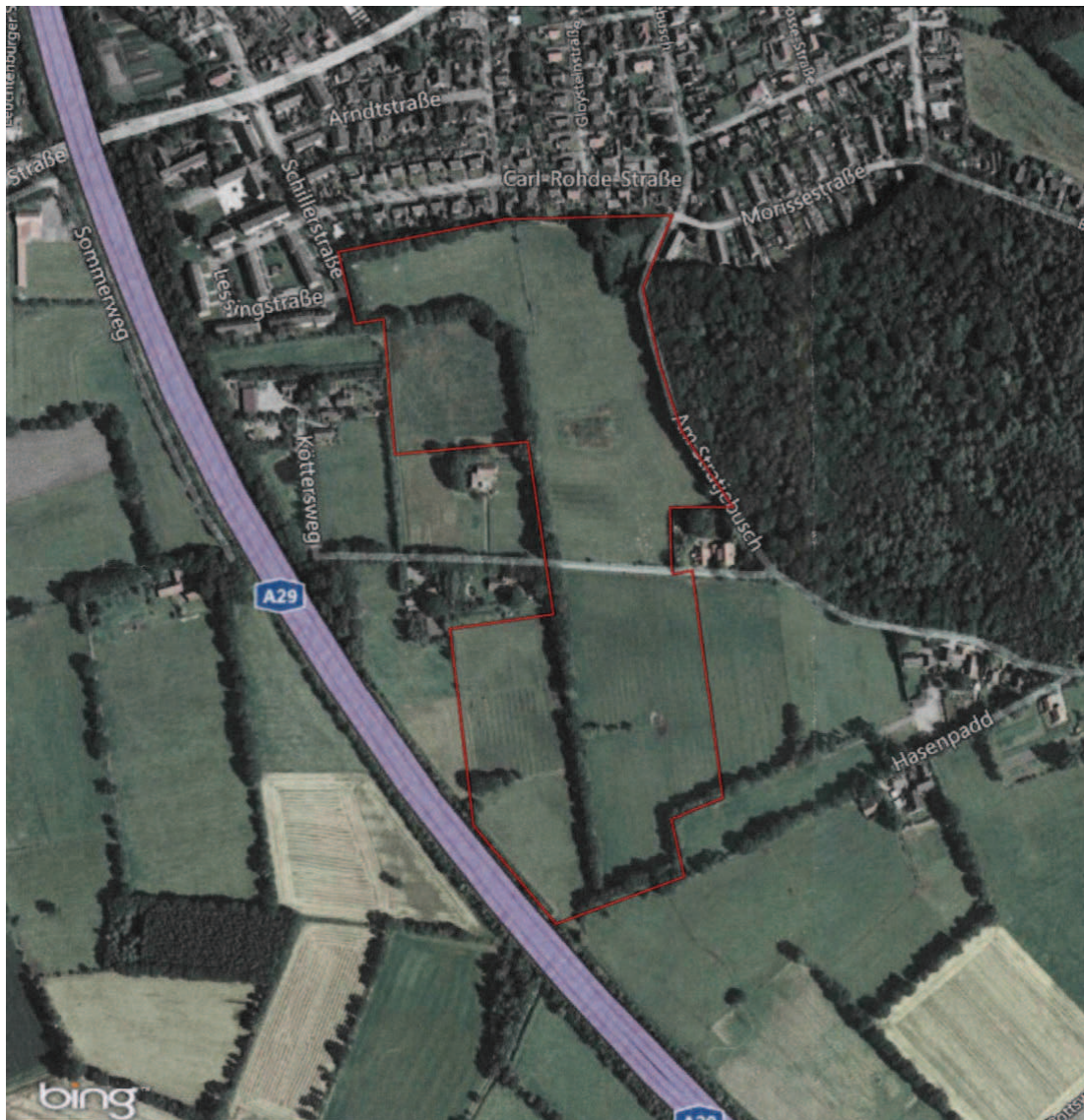


Abbildung 1: Untersuchungsraum Fledermäuse, Brutvögel und Amphibien, unmaßstäblich

4.0 UNTERSUCHUNGSUMFANG UND METHODIK

4.1 Fledermäuse

Die Erfassung der Fledermäuse erfolgte an sieben Begehungsterminen im Zeitraum von Mai bis September 2012 (vgl. Tabelle 1).

Im Bereich von potenziellen Quartierbäumen und zu vermutenden Flugstraßen erfolgten jeweils in der ersten Stunde nach Sonnenuntergang gezielte Ausflugkontrollen. Im Anschluss an die Ausflugkontrollen wurden Detektor-Erfassungen, die Aufschluss über die räumlichen Aktivitätsmuster der lokalen Fledermausvorkommen geben, durchgeführt. Während der Wochenstubezeit (Zeitraum von Juni bis Juli) erfolgten zwei Begehungen in den frühen Morgenstunden bis ungefähr zum Zeitpunkt des Sonnenauf-

gangs (vgl. Tabelle 1). Auf diese Weise können Sommerquartiere, insbesondere Quartiere von Wochenstubengesellschaften, über das in den frühen Morgenstunden stattfindende Schwärmverhalten lokalisiert werden.

Tabelle 1: Erfassung der Fledermäuse – Untersuchungstermine.

Datum	Zeitraum	Wetter nach Sonnenuntergang
24./25.05.2012	21.30-00.30 Uhr	Kein Niederschlag, sternenklar, Wind 2 Bft um O, 14°-11°C
12./13.06.2012	21.50-01.15 Uhr	Kein Niederschlag, starke Bewölkung, Wind 1-2 Bft um W, 12°-10°C
30.06.2012	02.20-04.55 Uhr	Kein Niederschlag, sternenklar, Wind 1 Bft um W, 15°-14°C
04./05.07.2012	21.55-01.10 Uhr	Kein Niederschlag, sternenklar, Wind 0-1 Bft, 23°-19°C
16.07.2012	02.45-05.15 Uhr	Kein Niederschlag, sternenklar, Wind 0-1 Bft, 12°-11°C
24.08.2012	20.35-23.40 Uhr	Kein Niederschlag, starke Bewölkung, Wind 0-1 Bft, 20°-19°C
10.09.2012	19.55-22.55 Uhr	Kein Niederschlag, mittlere Bewölkung, Wind 1-2 Bft um NW, 20°-15°C

Während der einzelnen Begehungen wurde das Untersuchungsgebiet zu Fuß zwei Mal nacheinander entlang der im Gebiet verlaufenden Wege und Grünflächen abgelaufen. Die Begehungen wurden an niederschlagsfreien und weitgehend windarmen Nächten durchgeführt (vgl. Tabelle 1).

Die Vorkommen und Flugaktivitäten wurden mit Hilfe von Ultraschalldetektoren (Pettersson D240x, Pettersson D200) im Frequenzwahlverfahren erfasst. Soweit möglich erfolgte die Artbestimmung zusätzlich auch durch Sichtbeobachtungen (z. T. unter Einsatz eines lichtstarken Halogen-Handscheinwerfers der Firma Ansmann, Modell ASN 15 HD) und des Flug- und Jagdverhaltens. Im Suchflug sind die Ortungslaute der Fledermäuse meist artspezifisch, so dass die Artzugehörigkeit einzelner Individuen mit einigen Einschränkungen anhand von Ruf und Sichtung zu identifizieren ist (siehe SKIBA 2009). Echoortungs-, Flug- und Jagdverhalten bilden einen funktionalen Komplex und können deshalb nur im Zusammenhang zueinander und zur jeweiligen Flugumgebung interpretiert werden. In geeigneten Situationen wurden auch Aufnahmen von zeitgedehnten Fledermausrufen auf einem digitalen Aufnahmegerät getätigt (Digitalrecorder der Firma Roland, Typ Edirol R-09). Zur Absicherung einzelner Artansprachen wurden ausgewählte Aufnahmen mit Hilfe des Akustik-Analyse-Programms BatSound V.4 der Firma Pettersson computergestützt ausgewertet. Für einige kleinere und mittelgroße Arten aus der Gattung *Myotis* ist eine eindeutige akustische Bestimmung allerdings nur in wenigen Fällen möglich, zumeist nur wenn gleichzeitig Sicht- oder Verhaltensbeobachtungen vorliegen (siehe SKIBA 2009, PFALZER 2007). In der Praxis sollte deshalb die Mehrzahl der aufgezeichneten *Myotis*-Sequenzen unter der Bezeichnung „*Myotis spec.*“ in den Artenlisten geführt werden (PFALZER 2007).

Die ungefähre Lage der Beobachtungen und die mit dem Ultraschalldetektor erfassten Lautkontakte wurden vor Ort in Feldkarten eingetragen. Charakteristische Verhaltensweisen wie z. B. Soziallaute und Jagdverhalten wurden jeweils notiert. Die Jagdaktivität von Fledermäusen lässt sich über die charakteristischen Fangrufe, den so genannten Feeding-Buzzes (siehe z. B. SKIBA 2009, DIETZ et al. 2007), nachweisen. Nach Abschluss der Felduntersuchung können auf diese Weise die räumlichen Befunde hinsichtlich der Abgrenzung von Funktionsräumen, wie z. B. Flugstraßen und Jagdgebiete, interpretiert und in die Auswertung einbezogen werden.

4.2 Brutvögel

Im Zeitraum von März bis Juni 2012 erfolgte eine flächendeckende Revierkartierung von wertgebenden und/oder den Untersuchungsraum charakterisierenden Brutvogelarten. Die angewandte Methodik erfolgte dabei nach den Vorgaben zur Revierkartierung in SÜDBECK et al. (2005). Es wurden insgesamt sieben Begehungen durchgeführt (vgl. Tabelle 2). Zwei Termine erfolgten zur Feststellung von Eulenvorkommen in den Abendstunden.

Für alle Vertreter der nachfolgend aufgeführten, wertgebenden oder charakteristischen Vogelarten wurde eine flächendeckende Revierkartierung durchgeführt:

- Arten der Roten Liste Niedersachsens (KRÜGER & OLTMANNS 2007),
- Arten der Vorwarnliste Niedersachsens (KRÜGER & OLTMANNS 2007),
- Arten der Roten Liste Deutschlands (SÜDBECK et al. 2007),
- Arten der Vorwarnliste Deutschlands (SÜDBECK et al. 2007),
- Streng geschützte Arten gemäß § 7 BNatSchG,
- Arten der EU-Vogelschutzrichtlinie Anh. I (79/409/EWG),
- Ausgewählte für den Raum charakteristische Zeigerarten.

Alle sonstigen Vogelarten wurden halbquantitativ erfasst. Die Abschätzung der Brutpaare erfolgt dabei nach Abundanzklassen (vgl. Tabelle 5, unten).

Die Kartierungen erfolgten vorzugsweise an niederschlagsfreien und windarmen Tagen durch Verhören und visuelle Ansprache im Gelände. Die Untersuchungsfläche wurde so abgelaufen, dass alle Bereiche eingesehen bzw. auf singende Vögel verhört werden konnten. Dabei wurde auf brutvogeltypische Verhaltensweisen geachtet (z. B. Reviergesang, Nestbau und Fütterung), die es erlauben, von einer Reproduktion der kartierten Arten im Untersuchungsgebiet auszugehen. Zum Nachweis von potenziellen Eulenvorkommen wurde eine Klangattrappe eingesetzt (Rufe von Waldkauz, Waldohr-eule und Schleiereule).

Tabelle 2: Erfassung der Brutvögel – Untersuchungstermine im Jahr 2012

Datum	Durchgang Nr.	Zeitraum	Wetter
23.03.	1 (Eulenerfassung)	20.30-21.30 Uhr	sternenklar, Ostwind Stärke 3-4, 9°C
26.03.	1 (Eulenerfassung)	21.00-21.45 Uhr	sternenklar, Nordwestwind Stärke 2-3, 8°C
27.03.	1 (Spechterfassung)	08.30-09.00 Uhr	sonnig, windstill, 5°C
05.04.	2	07.10-09.10 Uhr	bedeckt, Ostwind Stärke 2, 5°C
20.04.	3	06.30-08.30 Uhr	wolkig, windstill, später Südwind St. 1, 8-12°C
15.05.	4	05.25-07.30 Uhr	klar, später zunehmend bewölkt, windstill, 6-12°C
25.05.	5	05.15-07.45 Uhr	sonnig, Ostwind St. 1-2, 10-15°C
05.06.	6 (Eulenerfassung)	22.15-23.35 Uhr	wolkig, windstill, 10°C
15.06.	7	04.40-06.20 Uhr	sonnig, später zunehmend bedeckt, Ostwind, auffrischend 3, 9-14°C

4.3 Amphibien

Die Gewässer wurden auf Amphibienvorkommen durch Sichtuntersuchung, Kescherfang sowie durch nächtliches Verhören und Ableuchten kontrolliert. Die Erfassungen wurden am 21.03.2012 begonnen und endeten am 20.06.2012. Insgesamt erfolgten sechs Begehungen, davon zwei nächtliche. Im Mai (10.05.2012) und Juni (20.06.2012) wurde gezielt nach Amphibienlarven gesucht.

Die Begehrbarkeit der Gewässer im Bereich des Köttersweges war gut. Sowohl die große Senke im Grünland als auch die Grabenaufweitung am Stratjebusch sowie ein einzelnes Kleingewässer im Stratjebusch konnten vollständig untersucht werden.

4.4 Bewertung

Vollständigkeit des Artenspektrums und Habitatqualitäten

Die naturschutzfachliche Einordnung und Bewertung der festgestellten Befunde wird getrennt für jede Tiergruppe (hier: Fledermäuse und Brutvögel) vorgenommen. Dabei wird die Vollständigkeit und Charakteristik des festgestellten Artenspektrums vor dem Hintergrund der naturräumlichen Ausstattung des Untersuchungsraumes und der allgemeinen Bestandssituation diskutiert.

Bewertung nach der Gefährdung gemäß BREUER (1994)

Eine formale Bewertung nach dem Gefährdungspotenzial der festgestellten wertgebenden Arten erfolgt in Anlehnung an die Empfehlungen des NLWKN für die Anwendung der Eingriffsregelung in der Bauleitplanung (BREUER 1994). Dabei wird der Untersuchungsraum oder Teile davon hinsichtlich seiner / ihrer Lebensraumfunktion für die jeweilige Tiergruppe bewertet. Als maßgebliches Kriterium wird der Bewertung das Vorkommen von in Niedersachsen als bestandsbedroht eingestuft Arten zu Grunde gelegt (siehe BREUER 1994). Der Status der Gefährdung wird den einschlägigen, landesweit gültigen Roten Listen entnommen. Für die Fledermäuse wird die vom NLWKN in Vorbereitung befindliche Rote Liste der Fledermäuse (NLWKN in Vorbereitung, siehe z. B. in BUNDESAMT FÜR NATURSCHUTZ 2007) zu Grunde gelegt.

Für die Bewertung wird die folgende dreistufige, ordinale Wertskala angewendet (nach BREUER 1994, modifiziert):

Wertstufe 1 = Funktionsraum von besonderer Bedeutung

Vorkommen von vom Aussterben bedrohter, stark gefährdeter oder größerer Populationen gefährdeter Arten (Rote Liste-Status 1, 2 und 3).

Wertstufe 2 = Funktionsraum von allgemeiner Bedeutung

Vorkommen gefährdeter Arten einschließlich regional oder lokal gefährdeter bzw. zurückgehender Arten (Rote Liste-Status 3 und Vorwarnliste).

Wertstufe 3 = Funktionsraum von geringer Bedeutung

Keine Vorkommen regional oder lokal gefährdeter bzw. zurückgehender Arten.

5.0 ERGEBNISSE

5.1 Fledermäuse

Artenspektrum

Im Erfassungszeitraum von Mai bis September 2012 wurden insgesamt fünf Fledermausarten im Untersuchungsgebiet nachgewiesen (vgl. Tabelle 3).

Das Vorkommen einer weiteren Art aus der Gattung *Myotis* ist nicht auszuschließen, da mehrere unbestimmte Lautkontakte von Vertretern aus dieser Gattung vorliegen. Aus methodischen Gründen ist die zweifelsfreie Bestimmung der Artzugehörigkeit bei Exemplaren aus der Gattung *Myotis* anhand der im Flug abgegebenen Lautsignale häufig nicht möglich (vgl. PFALZER 2007, SKIBA 2009, KOORDINATIONSSTELLEN FÜR FLEDERMAUSSCHUTZ IN BAYERN 2009 bzw. vgl. Kapitel 4.1). Nach der Art der aufgezeichneten Lautäußerungen (trockene, frequenzmodulierte Rufe im Bereich zwischen 80 und 30 kHz mit einer Hauptfrequenz zwischen 40 und 50 kHz) handelt es sich mit hoher Wahrscheinlichkeit um Ortungsrufe von Wasserfledermäusen und / oder Exemplaren der Großen / Kleinen Bartfledermaus. Letztere wurde einmal im Gebiet sicher nachgewiesen.

Alle festgestellten Arten gelten nach der bislang gültigen Roten Liste für Niedersachsen (HECKENROTH 1993) als bestandsbedroht (vgl. Tabelle 3). Legt man die vom NLWKN aktualisierte, aber bisher nicht offizielle Rote Liste für Niedersachsen (NLWKN in Vorb.) zu Grunde, ist die im Gebiet auftretende Zwergfledermaus als ungefährdet einzustufen. Nach der Roten Liste für Deutschland (MEINIG et al. 2009) ist zumindest im Falle der Breitflügelfledermaus von einer bundesweiten Gefährdung auszugehen. Detaillierte Angaben zur Gefährdung, zum Schutzstatus und zum Erhaltungszustand (gemäß europäischer FFH-Richtlinie) der erfassten Fledermausarten sind der Tabelle 3 zu entnehmen.

Häufigkeitsverteilung und Phänologie

In Tabelle 4 werden die Anzahl der Feststellungen, die Detektornachweise und Sichtbeobachtungen umfassen, je Erfassungstermin und Art sowie abschließend die Summe aller Nachweise dargestellt. Die Übersicht erlaubt mit einigen Einschränkungen eine grobe Abschätzung der relativen Häufigkeiten der im Gebiet auftretenden Arten. Während der sieben Erfassungstermine gelangen insgesamt 183 Nachweise, die sich auf mindestens fünf Arten verteilen (vgl. Tabelle 4). Demzufolge zählen Breitflügelfledermaus, Zwergfledermaus und Großer Abendsegler zu den im Untersuchungsgebiet regelmäßig und oft nachgewiesenen Fledermausarten (vgl. Tabelle 4). Mit insgesamt 84 Feststellungen wurde die Zwergfledermaus am häufigsten registriert. Von diesen 84 Nachweisen entfallen allerdings 38 Beobachtungen auf Individuen, die am 12.06.2012 während einer Ausflugkontrolle im Bereich einer offensichtlichen Flugstraße entlang des Köttersweges beim Durchflug gezählt wurden. Die Rauhhautfledermaus wurde vor allem im Hoch- und Spätsommer im Gebiet angetroffen (vgl. Tabelle 4). Die unter „*Myotis* unbestimmt“ aufgeführten Lautkontakte beruhen, mit einer Ausnahme, auf kurzzeitigen Feststellungen von Ortungsrufen, die im Vorbeiflug abgegeben wurden. Vertreter dieser sehr strukturgebunden fliegenden Arten nutzen die im Gebiet verlaufenden Feldhecken offensichtlich unregelmäßig als Leitstrukturen für ihre Transferflüge. Jagdverhalten eines nicht näher bestimmbaren Individuums der Gattung *Myotis* wurde nur einmal am Nordrand des Geltungsbereiches zum Bebauungsplan 99 A (vgl. Plan Nr. 1.1) festgestellt.

Tabelle 3: Übersicht der im Untersuchungsraum festgestellten Fledermausarten.

Deutscher Artnamen	Wissenschaftl. Artnamen	RL D	RL Nds	RL Nds (i.V.)	FFH RL	BNat SchG	EHZ ABR
Große / Kleine Bartfledermaus	<i>Myotis brandtii / mystacinus</i>	V/V	2/2	3/D	IV	s	U1/U1
Myotis unbestimmt	<i>Myotis spec.</i>	k.A.	k.A.	k.A.	IV	s	k.A.
Großer Abendsegler	<i>Nyctalus noctula</i>	V	2	3	IV	s	FV
Breitflügelfledermaus	<i>Eptesicus serotinus</i>	G	2	2	IV	s	U1
Zwergfledermaus	<i>Pipistrellus pipistrellus</i>	-	3	-	IV	s	FV
Rauhhaufledermaus	<i>Pipistrellus nathusii</i>	-	2	R	IV	s	FV
<p>Legende:</p> <p>RL D: Gefährdung nach Rote Liste Deutschland (MEINIG et al. 2009)</p> <p>RL Nds: Gefährdung nach Rote Liste Niedersachsen (HECKENROTH 1993)</p> <p>RL Nds (i.V.): Rote Liste Niedersachsen, NLWKN in Vorbereitung</p> <p>Zeichen: 2 = stark gefährdet, 3 = gefährdet, V = Arten der Vorwarnliste, - = ungefährdet, G = Gefährdung unbekannten Ausmaßes, D = Daten defizitär, R = extrem selten oder mit geografischer Restriktion, k. A. = keine Angaben</p> <p>FFH RL: Arten aus Anhang IV oder II der EU-Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie</p> <p>BNatSchG: Schutzstatus nach § 7 Abs. 2 Bundesnaturschutzgesetz</p> <p>Zeichen: s = streng geschützt gemäß § 7 Abs. 2 Nr. 14 BNatSchG</p> <p>EHZ: Erhaltungszustand der Arten nach Anhang II, IV o. V der FFH-Richtlinie gemäß „Nationaler Bericht 2007“ (BUNDESAMT FÜR NATURSCHUTZ 2007)</p> <p>FV = günstig (favourable), U1 = ungünstig - unzureichend</p> <p>ABR: atlantische biogeographische Region</p>							

Tabelle 4: Beobachtungshäufigkeiten einzelner Arten (Detektorkontakte / Sichtbeobachtungen).

Monat	Mai 24./25.	Juni 12./13.	Juni 30.	Juli 04./05.	Juli 16.	Aug. 24.	Sept. 10.	
Art /Datum								Σ
Gr./ Kl. Bartfledermaus	-	-	1	-	-	-	-	1
Myotis unbestimmt	1	3	2	3	3	-	1	13
Großer Abendsegler	3	1	4	7	4	9	10	38
Breitflügelfledermaus	9	9	4	8	1	1	1	33
Zwergfledermaus	4	40	9	6	6	16	3	84
Rauhhaufledermaus	-	2	-	-	3	2	5	12
Pipistrellus unbestimmt	-	-	-	-	-	-	2	2
Σ	17	55	20	24	17	28	22	183

Raumnutzung

Die räumliche Verteilung der Feststellungen ist den Plänen Nr. 1.1 bis Nr. 1.4 zu entnehmen (vgl. Anhang). Hieraus wird ersichtlich, dass Jagd- und Flugaktivitäten in nahezu allen Teilen des untersuchten Geländes festgestellt wurden. Allerdings zeigen die jeweiligen Arten unterschiedliche räumliche Präferenzen. Flugaktivitäten von Großen Abendseglern wurden typischerweise in großer Höhe über dem Offenland beobachtet. Ein offensichtlicher Schwerpunkt der Jagdaktivitäten stellt das Grünland nördlich des Köttersweges dar. Lang anhaltende Jagdaktivitäten (> 1 Minute) wurden insbesondere in den zentralen Bereichen bzw. im Umfeld des Wiesentümpels festgestellt. Auch Breitflügelfledermäuse wurden dort an zwei Terminen über längere Zeit mit Jagdverhalten beobachtet. Die Art trat ansonsten im gesamten Raum unregelmäßig entlang der vorhandenen Gehölzstrukturen oder auch über dem offenen Grünland jagend oder überfliegend auf. Zwergfledermäuse wurden regelmäßig bei der Flugjagd entlang der im Untersuchungsraum liegenden Waldsäume und Feldhecken registriert. Die südlich des Köttersweges liegende Feldhecke wird dabei offensichtlich besonders häufig als Leitstruktur und Jagdstrecke genutzt (vgl. Plan 1.3 im Anhang). Aufgrund ihres Anlockungseffektes für nachtaktive Fluginsekten wurden auch an den Straßenlaternen entlang des Stratje Busches wiederholt Zwergfledermäuse mit lang anhaltenden Jagdaktivitäten beobachtet. Eine ausgeprägte Flugstraße von Zwergfledermäusen ließ sich entlang des Köttersweges nachweisen (vgl. Plan 1.3 im Anhang). Dort wurden während der abendlichen Ausflugkontrolle am 12. Juni insgesamt 38 Exemplare gezählt, die von Osten kommend das Untersuchungsgebiet in einem relativ schmalen Flugkorridor entlang des Köttersweges in Richtung Westen durchflogen. Ein Sommerquartier bzw. eine Wochenstubengesellschaft ist in den östlich des Untersuchungsgebietes liegenden Siedlungsbereichen zu vermuten.

Die im Gebiet liegenden linearen Gehölzbestände und Waldsäume fungieren grundsätzlich als Leitstrukturen bzw. Flugrouten für die überwiegend oder teilweise strukturgebunden fliegenden Arten (Myotis ssp., Zwerg- und Rauhhaufledermaus und Breitflügelfledermaus). Je nach ihrer Ausprägung werden diese Strukturelemente auch als Jagdhabitate genutzt (siehe oben). Das offene und von Feldhecken eingefasste Grünland hat insbesondere im Bereich des flachen Kleingewässers eine hohe Attraktivität als Jagdhabitat für Exemplare der lokalen Populationen von Großem Abendsegler und Breitflügelfledermaus.

Quartierpotenzial und nachgewiesene Fledermausquartiere

Nach der vorliegenden Strukturerfassung weist das Untersuchungsgebiet ein geringes bis mittleres Quartierpotenzial für Baum bewohnende Fledermausarten auf. Die im Plangebiet stockenden Laubgehölze (baumreiche Feldhecken und Einzelbäume) sind punktuell durch Anteile von Altholz gekennzeichnet. Es handelt sich dabei vor allem um ältere Stiel-Eichen (*Quercus robur*). Während einer Tagbegehung wurden insgesamt 14 potenzielle Quartierbäume, die aufgrund ihres hohen Alters oder ihrer besonderen strukturellen Merkmale eine potenzielle Eignung als Quartierstätte für Fledermäuse aufweisen (vgl. Anhang: Plan Nr. 1.4), identifiziert. Im Zuge der nächtlichen Detektor-Erfassungen konnten trotz intensiver Nachsuche keine Quartierstätten in den Gehölzbeständen des Untersuchungsgebietes nachgewiesen werden. Zum besseren Auffinden wurde unter anderem die frühmorgendliche Einflugkontrolle am 30.06. mit zwei Bearbeitern, die das Gebiet parallel kontrollierten, durchgeführt.

Etwas außerhalb des Untersuchungsgebietes besteht allerdings ein Verdacht auf ein von Abendseglern (*Nyctalus noctula*) besetztes Sommerquartier, das anhand von beobachteten abendlichen Abflügen als auch anhand von morgendlichen Einflugbeobachtungen in den Laubholzbeständen des Stratje Busches zu vermuten ist. Eine gezielte Nachsuche während der morgendlichen Schwärmphase blieb jedoch erfolglos.

Desweiteren wurde ein Quartierbaum knapp außerhalb des Untersuchungsgebietes identifiziert (vgl. Anhang: Plan Nr. 1.4). Es handelt sich um eine relativ alte Rotbuche mit einem Bruthöhendurchmesser von ungefähr einem Meter, die am nordwestlichen Rand des Untersuchungsgebietes auf einer randlich des Stratje Busches verlaufenden Wallhecke stockt. Während der Detektor-Begehung am 30.06. konnten an dem Baum geschätzte 15 bis 20 Individuen einer unbestimmten Art der Gattung *Myotis* im Zeitraum von 3.40 Uhr bis 4.00 Uhr beim morgendlichen Schwärmen und dem nachfolgenden Einflug in eine Spechthöhle beobachtet werden. Die Quartieröffnung liegt in ungefähr 7 m Höhe über dem Erdboden und ist in Richtung Südwesten exponiert. Bei der nachfolgenden Ausflugkontrolle am 04.07.2012 wurden zwischen 22.20 Uhr und 22.55 Uhr insgesamt 34 abfliegende Exemplare gezählt. Es handelt sich somit sehr wahrscheinlich um eine verhältnismäßig kopfstärke Wochenstubengesellschaft einer nicht näher bestimmten *Myotis*-Art. Nach den Lautaufzeichnungen, die in ca. 30 m Entfernung vom Quartierbaum während des abendlichen Ausflugs erfolgten, ist auf ein Quartier der Wasserfledermaus (*Myotis daubentonii*) oder der Großen / Kleinen Bartfledermaus (*Myotis brandtii* / *mystacinus*) zu schließen. Da für den untersuchten Raum nur relativ wenige Nachweise von Exemplaren der Gattung *Myotis* erfolgten (vgl. Tabelle 4 und Plan 1.1 im Anhang), liegen die Aktivitätsschwerpunkte dieser lokalen Population sehr wahrscheinlich außerhalb des Untersuchungsgebietes.

Im Nordosten des Untersuchungsraumes wurden während der Augustbegehung intensive Balzaktivitäten einer Zwergfledermaus festgestellt (vgl. Plan 1.4). Das zugehörige Balzquartier ist entweder in den nördlich benachbarten Wohnhäusern oder in einem der angrenzenden Laubbäume zu vermuten.



Abbildung 2: Quartierbaum (Rotbuche) einer unbestimmten Myotis-Art mit Ansicht der Einflugöffnung (siehe Hinweispfeil).

5.2 Brutvögel

Im Erfassungszeitraum von März bis Juni 2012 wurden insgesamt 21 Vogelarten mit Brutverdacht oder Brutnachweis festgestellt (vgl. Tabelle 5), mit den knapp außerhalb des Untersuchungsgebietes nachgewiesenen Arten Gartenrotschwanz und Star 23 Arten. Das Artenspektrum umfasst damit ca. 10 % der rezenten, autochthonen Brutvogelfauna Niedersachsens, die von KRÜGER & OLTMANNS (2007) mit insgesamt 197 Arten angegeben wird. Mit dem Grünspecht sowie dem knapp außerhalb des Untersuchungsgebietes nachgewiesenen Gartenrotschwanz wurden zwei in Niedersachsen gefährdete Vogelarten im Untersuchungsgebiet nachgewiesen, der Grünspecht ist außerdem gemäß Anlage 1 Spalte 3 der Bundesartenschutzverordnung streng geschützt (vgl. Tabelle 5). Des Weiteren werden von den erfassten Brutvögeln der Grauschnäpper, Trauerschnäpper und der Star auf der niedersächsischen Vorwarnliste (KRÜGER & OLTMANNS 2007) geführt (vgl. Tabelle 5). Im Plan Nr. 2 (vgl. Anhang) werden ausschließlich Artvorkommen, die mit Brutverdacht oder Brutnachweis bestätigt wurden, dargestellt.

Der überwiegende Teil der Feststellungen umfasst allgemein verbreitete und häufige Vogelarten. Dabei dominieren vor allem Singvögel, deren Lebensräume im Allgemeinen Gärten, Siedlungen oder Wälder darstellen, wie z. B. Amsel, Rotkehlchen und Mönchsgrasmücke. Insgesamt sind rund 81 % der im Gebiet nachgewiesenen Arten diesen Lebensraumtypen zuzuordnen. Stellvertretend für typische Baumbrüter sind in Plan 2 unter anderem die Brutreviere von Kleiber und Singdrossel, als vorwiegender Heckenbrüter die Heckenbraunelle dargestellt. Typische Brutvögel des Offenlandes sind mit Ausnahme der Dorngrasmücke im Untersuchungsgebiet nicht vertreten. Im Tümpel in der nördlich zentral befindlichen Grünlandfläche brütete erfolgreich ein Stockentenpaar. Ansonsten bietet die in Teilbereichen verhältnismäßig starke Kammerung des Geländes durch Hecken und Gebäude bzw. die relative Kleinteiligkeit des Gebietes aufgrund der Begrenzung durch u. a. im Norden den Siedlungsrand und im Osten den Stratjebusch wahrscheinlich keine geeignete Habitatkulisse für ausgesprochene Offenlandbewohner.

Hervorzuheben sind die Brutvorkommen der in Niedersachsen gefährdeten Arten Grünspecht (1 Brutpaar) und Gartenrotschwanz (2 Brutpaare). Ein Grünspechtpaar brütete höchstwahrscheinlich in der Wallhecke am westlichen Rand des Untersuchungsgebietes (UG), mindestens ein weiteres im Stratjebusch außerhalb des UG. Zwei Gartenrotschwanzpaare brüteten knapp außerhalb des UG, einmal am südlichen Rand in einer angrenzenden Wallhecken, zum anderen auf einem Grundstück südlich des Köttersweges. Weiterhin wurden drei Arten der Vorwarnliste Niedersachsen nachgewiesen (vgl. Tabelle 5). Die Spezies der Vorwarnliste zeichnen sich durch einen merklichen landesweiten Bestandsrückgang aus, so dass bei fortbestehender negativer Bestandsentwicklung in naher Zukunft die Einstufung als „gefährdete“ Art (Rote-Liste-Status 3) anzunehmen ist (siehe KRÜGER & OLTMANNS 2007). Bei den im Gebiet brütenden Arten der Vorwarnliste handelt es sich um jeweils ein Brutpaar des Grauschnäppers und des Trauerschnäppers. Außerdem wurde an das UG grenzend ein Brutpaar des Stars und ein weiteres Paar des Grauschnäppers nachgewiesen. Es handelt sich um Arten, die als (Halb)Höhlen- und/oder Nischenbrüter in altholz- und strukturreichen Feld- und Hofgehölzen oder entsprechenden Waldbeständen brüten.

Mit der nicht zur Darstellung und Bewertung herangezogenen Kategorie „Brutzeitfeststellung“ wurde außerdem die Gartengrasmücke im UG festgestellt, außerdem die Hohltaube am Rand des Stratjebusches außerhalb des UG.

Als nur sporadisch auftretende Nahrungsgäste wurden weiterhin Buntspecht, Elster, Graugans, Nilgans, Rauchschwalbe sowie randlich Mehlschwalbe und Mäusebussard nachgewiesen.

Tabelle 5: Übersicht der im Untersuchungsraum festgestellten Vogelarten

Deutscher Name	Wissenschaftlicher Name	Σ Brutpaare	RL D	RL Nds	RL TW	EU-VS-RL	§ 7 BNatSchG
Amsel	<i>Turdus merula</i>	II	-	-	-	-	§
Blaumeise	<i>Parus caeruleus</i>	II	-	-	-	-	§
Buchfink	<i>Fringilla coelebs</i>	III	-	-	-	-	§
Dorngrasmücke	<i>Sylvia communis</i>	1	-	-	-	-	§
Fitis	<i>Phylloscopus trochilus</i>	II	-	-	-	-	§
Gartenbaumläufer	<i>Certhia brachydactyla</i>	I	-	-	-	-	§
Gartenrotschwanz*	<i>Phoenicurus phoenicurus</i>	2	-	3	3	-	§
Grauschnäpper	<i>Muscicapa striata</i>	1	-	V	V	-	§
Grünspecht	<i>Picus viridis</i>	1	-	3	3	-	§§

Deutscher Name	Wissenschaftlicher Name	Σ Brutpaare	RL D	RL Nds	RL TW	EU-VS-RL	§ 7 BNatSchG
Heckenbraunelle	<i>Prunella modularis</i>	II	-	-	-	-	§
Jagdfasan	<i>Phasianus colchicus</i>	I	-	-	-	-	§
Kleiber	<i>Sitta europaea</i>	2	-	-	-	-	§
Kohlmeise	<i>Parus major</i>	III	-	-	-	-	§
Mönchsgrasmücke	<i>Sylvia atricapilla</i>	III	-	-	-	-	§
Rabenkrähe	<i>Corvus corone</i>	I	-	-	-	-	§
Ringeltaube	<i>Columba palumbus</i>	II	-	-	-	-	§
Rotkehlchen	<i>Erithacus rubecula</i>	II	-	-	-	-	§
Singdrossel	<i>Turdus philomelos</i>	1	-	-	-	-	§
Star*	<i>Sturnus vulgaris</i>	1	-	V	V	-	§
Stockente	<i>Anas platyrhynchos</i>	I	-	-	-	-	§
Trauerschnäpper	<i>Ficedula hypoleuca</i>	1	-	V	V	-	§
Zaunkönig	<i>Troglodytes troglodytes</i>	III	-	-	-	-	§
Zilpzalp	<i>Phylloscopus collybita</i>	IV	-	-	-	-	§
* Nachweis knapp außerhalb des Untersuchungsgebietes							
Legende: Σ Brutpaare: Brutpaarzahl in absoluten Zahlen für ausgewählte Arten und geschätzt nach Abundanzklassen für sonstige Arten (I = 1 BP, II = 2-3 BP, III = 4-7 BP, IV = 8-20 BP), Abundanzklassen nach „ADEBAR“-Vogelmonitoring Deutschland, BZ = einmalige Brutzeitfeststellung RL D: Gefährdung nach Rote Liste Deutschland (SÜDBECK et al. 2007) RL Nds: Gefährdung nach Rote Liste Niedersachsen (KRÜGER & OLTMANNS 2007) RL TW: Gefährdung nach Rote Liste Niedersachsen, Region Tiefland West (KRÜGER & OLTMANNS 2007) Zeichen: 1 = vom Aussterben bedroht, 2 = stark gefährdet, 3 = gefährdet, V = Art der Vorwarnliste, - = ungefährdet EU-VS-RL: Art des Anhangs I der EU-Vogelschutzrichtlinie; - = nein, x = ja § 7 BNatSchG: Schutz nach § 7 des Bundesnaturschutzgesetzes, § = besonders geschützt, §§ = streng geschützt							

5.3 Amphibien

Im Jahr 2012 waren insgesamt drei Amphibienarten nachzuweisen. Neben den beiden Froschlurcharten Grasfrosch und Erdkröte trat als Schwanzlurchart der Bergmolch im Untersuchungsgebiet auf (vgl. Abbildung 3). Alle drei Arten reproduzieren sich im Untersuchungsgebiet. Vom Grasfrosch besteht eine individuenreiche Population. Für die Bestimmung der Bestandsgröße wurde davon ausgegangen, dass ein am Laichgeschehen des jeweiligen Jahres beteiligtes Weibchen einen Eiballen ablegt und das Geschlechterverhältnis in ungefähr ausgeglichen ist. Unter Berücksichtigung nicht laichaktiver Tiere ist als Multiplikator etwa der Faktor 2,5 anzuwenden, um von der Laichballenzahl zur anzunehmenden Menge der laichaktiven Tiere zu gelangen (Fischer 1998). Da insgesamt 95 Laichballen in den Gewässern registriert wurden, wird für das Untersuchungsgebiet eine Populationsgröße von zusammen ca. 240 Individuen errechnet.



Abbildung 3: Bergmolch (*Ichthyosaura* (= *Triturus*) *alpestris*) aus der Grabenaufweitung am Köttersweg (01.04.2012; Foto: Finch)

Amphibienbestand der Senke im Grünland nördlich des Köttersweges

In diesem recht großen, flachen und vegetationsreichen Gewässer (vgl. Abbildung 4) wurde im Jahr 2012 eine individuenreiche Grasfrosch-Population festgestellt. So wurden in der Nacht vom 22.03. auf den 23.03.2012 ca. 70 balzende Grasfrosch-Männchen und ca. 70 Laichballen gezählt (errechnete Bestandsgröße = 175 Individuen). Anfang Mai wurden Kaulquappen des Grasfrosches nachgewiesen, so dass ein Reproduktionsnachweis vorliegt. Offenbar erfüllt diese flache Senke in Verbindung mit den vorhandenen Landlebensräumen die Habitatansprüche dieser in Niedersachsen als nicht gefährdet eingestuften Froschlurchart sehr gut (vgl. z. B. BRINKMANN 1998).

Auch der Bergmolch und die Erdkröte besiedeln dieses Gewässer. Von der Erdkröte liegen Funde zweier Laichschnüre und vom Bergmolch Nachweise von Larven vor. Allerdings sind beide Arten nur mit einer kleinen Population in diesem Gewässer anzutreffen. Wider Erwarten führte das Gewässer bis in den Juni hinein ausreichend Wasser, um eine erfolgreiche Entwicklung der Amphibien sicherzustellen.



Abbildung 4: Senke im Grünland am Köttersweg (20.03.2012; Foto: Finch)

Grabenaufweitung am Stratiebusch

In dieser vegetationsreichen, flachen Grabenaufweitung (vgl. Abbildung 5) sind ebenfalls alle drei nachgewiesenen Amphibienarten anzutreffen. Laich wurde vom Grasfrosch (ca. 25 Ballen; errechnete Bestandsgröße = 63 Individuen) und von der Erdkröte (2 Schnüre) festgestellt. Vom Bergmolch wurden zwei adulte Tiere nachgewiesen. Am 20.06.2012 wurden zahlreiche frisch metamorphosierte Jungfrösche des Grasfrosches erfasst. Auch dieses Gewässer trocknete im Jahr 2012 bis zum Ende des Untersuchungszeitraumes (20.06.2012) nicht aus.



Abbildung 5: Grabenaufweitung am Stratjebusch (20.03.2012; Foto: Finch)

Tümpel im Stratjebusch

Dieses Gewässer ist relativ stark beschattet und weist eine dicke Falllaubsschicht am Gewässergrund auf. Es wurden am 23.03.2012 acht balzende Grasfrosch-Männchen und am 02.04.2012 insgesamt 15 Laichballen des Grasfrosches nachgewiesen (errechnete Bestandsgröße = 38 Individuen). Weitere Amphibienarten ließen sich nicht erfassen.



Abbildung 6: Tümpel im Stratjebusch (13.11.2013, Foto: Kinder)

Tabelle 6: Liste der im Jahr 2012 im Untersuchungsgebiet am Stratjebusch (Gemeinde Rastede) nachgewiesenen Lurche

Lurche [Amphibia]	RL N 1994	RL D 2009	BNat SchG 2009	Senke im Grünland	Graben- aufweitung	Tümpel im Stratje- busch
Erdkröte, <i>Bufo bufo</i>	/	/	b	+	+	
Grasfrosch, <i>Rana tempora- ria</i>	/	/	b	+++	++	++
Bergmolch <i>Ichthyosaura (=</i> <i>Triturus) alpe- stris</i>	3	/	b	+	+	

RL N bzw. RL D: Rote Liste der in Niedersachsen / Bremen bzw. in der Bundesrepublik Deutschland gefährdeten Lurche und Kriechtiere (Angaben nach PODLOUCKY & FISCHER 1994, KÜHNEL et al. 2009), Gefährdungsgrade: 3 = gefährdet, / = nicht gefährdet; BNatSchG: Bundesnaturschutzgesetz (Stand: 2009): b = besonders geschützte Art gemäß § 7 Abs. 2 Nr. 13BNatSchG, s. Text; Häufigkeitsangaben nach FISCHER & PODLOUCKY (1998): +++ = großer Bestand, ++ = mittelgroßer Bestand, + = kleiner Bestand.

Die nachgewiesenen Amphibienarten gelten als besonders geschützte Arten gem. § 1 der Verordnung zum Schutz wild lebender Tier- und Pflanzenarten (= Bundesartenschutzverordnung (BArtSchV)) bzw. gem. § 7 Abs. 2 Nr.13 und 14 BNatSchG.

6.0 BEWERTUNG DER BEFUNDE

6.1 Fledermäuse

Systematische Untersuchungen zur lokalen Fledermausfauna liegen aus umliegenden Regionen bislang für das Gebiet der Stadt Oldenburg vor (BRUX et al. 1998, SCHRÖDER & WALTER 2002). Es handelt sich um einen dem Untersuchungsgebiet nahe gelegenen Raum, so dass die oben genannten Untersuchungen für eine vergleichende Einschätzung und Bewertung mit herangezogen werden. Demzufolge ist im Oldenburger Großraum mit dem Vorkommen von bis zu zehn Fledermausarten zu rechnen (vgl. SCHRÖDER & WALTER 2002). Im Untersuchungsgebiet konnten insgesamt fünf Arten sicher nachgewiesen werden. Dieses entspricht im Wesentlichen dem für diesen Raum zu erwartenden Artenspektrum und etwa 50 % der nach SCHRÖDER & WALTER (2002) theoretisch möglichen Artenzahl. Auf Grundlage dieser vergleichenden Betrachtung ist das Untersuchungsgebiet inklusive des Geltungsbereiches zum Bebauungsplan Nr. 99 A als ein durchschnittlich artenreicher Fledermauslebensraum einzustufen.

Nachweisliche oder zu vermutende Quartiere liegen, wenn auch knapp, außerhalb des Untersuchungsgebietes (siehe Kapitel 5.1 und Plan 1.4). So fungiert eine Rotbuche, die auf der Wallhecke im Stratjebusch stockt als Quartierbaum einer Myotis-Art. Zusätzlich besteht ein Quartierverdacht eines Großen Abendseglers im östlich angrenzenden Stratjebusch.

Hinsichtlich der im Untersuchungsraum stockenden Laubgehölze bzw. der eher geringen Anzahl an geeigneten Quartierbäumen ist von einem geringen bis mittleren Quartierpotenzial für Baum bewohnende Fledermausarten auszugehen.

Hervorzuheben ist die Bedeutung großer Teile des Plangebietes als ein vergleichsweise häufig genutztes Jagdgebiet für die Arten Großer Abendsegler, Breitflügelfledermaus und Zwergfledermaus. Ein Grund hierfür liegt in der für diese Fledermausarten günstigen Strukturvielfalt aus alten, hoch gewachsenen Feldhecken, Waldsäumen und in die Gehölzstrukturen eingebetteten Grünlandflächen. Diese windberuhigten Zonen stellen für eine Vielzahl an nachtaktiven Beuteinsekten günstige Aufenthaltsbereiche dar. Sie fungieren deshalb für die lokalen Fledermauspopulationen als attraktive und deshalb häufig genutzte Jagd- und Flugkorridore. Insofern kommt dem Untersuchungsraum eine hohe Bedeutung als Nahrungshabitat für mindestens drei im Gebiet auftretende Fledermausarten zu (siehe oben). Im weiteren räumlichen Zusammenhang ist mit dem angrenzenden Laubwald (Stratjebusch) und der im Umfeld bestehenden Heckenlandschaft der für einheimische Fledermausarten wichtige Habitatverbund aus attraktiven Jagdhabitaten und nahe liegenden Quartierstätten (inklusive der Siedlungsbereiche) erfüllt.

Im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 99 A fungiert die dort verlaufende Wallhecke als ein offensichtlich essenzielles Jagdhabitat für Exemplare einer lokalen Population der Zwergfledermaus.

Bewertung nach der Gefährdung gemäß BREUER (1994)

Gemäß dem Bewertungsverfahren nach BREUER (1994) ist das Untersuchungsgebiet hinsichtlich des Schutzgutes Fledermäuse als ein Funktionsraum von besonderer Be-

deutung einzustufen. Maßgeblich hierfür sind die Vorkommen von in Niedersachsen oder Deutschland aktuell als gefährdet eingestuften Fledermausarten. Größere Teile des Untersuchungsgebietes haben zumindest für zwei im Bestand bedrohte Arten (Breitflügelfledermaus und Großer Abendsegler) eine nachgewiesene Funktion als häufig frequentiertes Jagdgebiet. Es ist daher anzunehmen, dass das Untersuchungsgebiet für die lokalen Populationen ein essenzielles Teilhabitat darstellt. Eine ähnliche Bedeutung ist auch für die Zwergfledermaus aufgrund der verhältnismäßig zahlreichen Nachweise von Jagdverhalten anzunehmen.

6.2 Brutvögel

Habitatqualitäten und Vollständigkeit des Artenspektrums

Im Untersuchungsgebiet wurden 23 Vogelarten, die im Jahr 2012 im Gebiet bzw. an seinem unmittelbaren Rand brüteten, nachgewiesen. Das festgestellte Artenspektrum der gehölzbetonten Bereiche entspricht weitgehend den Erwartungswerten für einen vergleichbar strukturierten Raum der halb offenen Kulturlandschaft. Dagegen sind typische Arten des Offenlands, wie z. B. Rebhuhn (*Perdix perdix*) und Feldlerche (*Alauda arvensis*), oder Vertreter der strukturreichen Halboffenlandschaft wie Feldsperling (*Passer montanus*), Mehlschwalbe (*Delichon urbicum*) und Rauchschwalbe (*Hirundo rustica*) im Untersuchungsgebiet als Brutvögel nicht vertreten. Es handelt sich dabei zumeist um vormals häufige Allerwärtsarten, die aufgrund der Intensivierung der Landnutzung und der Ausräumung der Landschaft bundesweit rückläufige Bestandszahlen aufweisen (siehe z. B. HÖTKER 2004, LINGENHÖHL 2010). Das Untersuchungsgebiet weist für diese Arten weniger gute Habitatbedingungen auf, da lediglich eine mehr oder weniger intensive Mahd-, aber keine Weidenutzung stattfindet. Traditionelles und in Brutplatznähe liegendes Weidegrünland fungiert aber unter anderem für Rauchschwalben, Mehlschwalben, Stare und Feldsperlinge als bedeutendes Nahrungshabitat während der Brutzeit, da dieses insektenreicher ist. Nahrungssuchende Rauch- und Mehlschwalben wurden lediglich jeweils einmal im Norden des Untersuchungsgebietes bzw. am äußersten nördlichen Rand des UG beobachtet.

Bewertung nach der Gefährdung gemäß Breuer (1994)

Nach formalen Kriterien (in Anlehnung an BREUER 1994, siehe Kap. 4.4) ist dem Untersuchungsgebiet hinsichtlich der Avifauna eine allgemeine Bedeutung zuzuweisen. Maßgeblich für diese Einstufung sind die Brutvorkommen von zwei in Niedersachsen gefährdeten Arten (Grünspecht und Gartenrotschwanz) sowie der Nachweis von zwei in Niedersachsen auf der Vorwarnliste geführten Vogelarten (Grauschnäpper und Trauerschnäpper). Für die lokalen Populationen dieser Arten stellt der im Untersuchungsraum realisierte Habitatverbund aus geeigneten Brutplätzen (Gehölzbestände bzw. Gebäude mit Nistmöglichkeiten) und den nahe gelegenen Nahrungsflächen (Gehölzbestände, größere (Hof-)Grundstücke, Grünland) ein essenzielles Fortpflanzungshabitat dar.

6.3 Amphibien

Entsprechend FISCHER & PODLOUCKY (1998) wird dem Amphibienvorkommen im Bereich des Köttersweges die Wertstufe „Vorkommen mit Bedeutung für den Naturschutz“ (= niedrigste Wertstufe für Gebiete mit Amphibienvorkommen) zugewiesen. Bewertungsparameter sind dabei die kleinen Bestände der Erdkröte und des als gefährdet eingestuften Bergmolches sowie der große Bestand des Grasfrosches.

Insgesamt hat auf Gemeindeebene das unmittelbar am Siedlungsrand gelegene Gebiet eine mittlere Bedeutung für diese Artengruppe, u. a. weil der gefährdete Bergmolch auftritt (Bewertungskriterien nach BRINKMANN 1998). Diese Einstufung ist abge-

sehen vom Vorkommen des Bergmolches auch in der strukturell guten Ausbildung der drei Teillebensräume (1) Laichhabitat (= vorhandene Kleingewässer), (2) Sommerlebensraum (Waldflächen und Grünland-Hecken-Areale) und (3) Überwinterungshabitat (Waldflächen) begründet, die zudem in enger räumlicher Verzahnung liegen und somit gut durch die saisonalen Wanderungen der Amphibien erreichbar sind.

7.0 WIRKUNGEN DES VORHABENS IM GELTUNGSBEREICH DES BEBAUUNGSPLANES NR 99 A

Grundlage der nachfolgenden Betrachtungen sind die Festsetzungen des vorliegenden Bebauungsplanes Nr. 99 A „Wohngebiet Am Stratjebusch“, welcher die nördliche Hälfte des UG umfasst.

7.1 Anlagebedingte Wirkfaktoren

Durch das geplante allgemeine Wohngebiet werden zum einen als Grünland genutzte bzw. als Grünlandbrache vorliegende Offenlandbereiche in Anspruch genommen. Dieses bedeutet einen direkten und dauerhaften Verlust von Nahrungsflächen und Quartieren für einige Vogel-, Amphibien- und Fledermausarten.

Weiterhin werden im Nordosten des Geltungsbereiches eine Ruderalfläche mit einigen dort vorhandenen verschiedenen Gehölzen überplant, außerdem im Westen des Geltungsbereiches zwei Gebüsche sowie ein Ziergebüsch mit überwiegend einheimischen Arten und ein kurzer Wallheckenabschnitt. Durch den weiteren Straßenausbau in Richtung Köttersweg werden ebenfalls Gehölzstrukturen in Form von Einzelbäumen sowie Rhododendren Büsche und ein naturnahes Kleingewässer (Grabenaufweitung am Stratjebusch) überplant.

Mit diesen Maßnahme ist lokal der Verlust von Brutstätten einheimischer Vogelarten sowie im Falle des überplanten Kleingewässers der Verlust eines Laichgewässers für Amphibien zu prognostizieren.

7.2 Bau - und betriebsbedingte Wirkfaktoren

Während der Bauzeit werden im direkten Bauumfeld durch Baumaschinen und Baufahrzeuge ausgelöste visuelle Effekte und Lärmemissionen auftreten. Diese können für einzelne Fledermaus- und Vogelarten unter Umständen störend wirken. Daher ist im direkten Umfeld der Baumaßnahmen mit vorübergehenden Scheueffekten zu rechnen. Säugetiere können z. B. empfindlich auf Störungen durch Lärm reagieren (RECK et al. 2001). Im Extremfall kann eine baubedingte Verlärmung zur Verdrängung besonders störungsempfindlicher Arten führen. Eine erhöhte Störungsempfindlichkeit ist bei Arten mit weitem Hörspektrum, wie etwa den Fledermäusen, die Geräusche bis über 40 kHz wahrnehmen können, anzunehmen. Weiterhin ist anzunehmen, dass u. a. der Verkehr auf der Straße „Am Stratjebusch“ geringfügig zunehmen wird, welcher zu erhöhten Lärm- und Lichtemissionen sowie sonstigen visuellen Effekten führen könnte.

8.0 DARLEGUNG DER BETROFFENHEITEN IM GELTUNGSBEREICH DES BEBAUUNGSPLANES NR. 99 A

8.1 Eingriffe im Sinne des § 14 BNatSchG

Nachfolgend werden für die untersuchten Faunengruppen Hinweise und Einschätzungen zu den erwartbaren Eingriffen im Sinne des § 14 BNatSchG gegeben. Der Aus-

gleich bzw. die Kompensation der verloren gehenden Funktionen ist gemäß § 1a BauGB in der Abwägung nach § 1 Abs. 7 BauGB zu berücksichtigen.

8.1.1 Fledermäuse

Mit den geplanten Baumaßnahmen ist eine Inanspruchnahme von essenziellen Habitaten verbunden. Im vorliegenden Fall handelt es sich um als Jagdgebiete genutzte Grünlandflächen, die insbesondere von Individuen der Arten Großer Abendsegler, Breitflügelfledermaus und Zwergfledermaus zur Nahrungsjagd häufig bis regelmäßig frequentiert werden. Die maßgeblichen Strukturen werden weitgehend überbaut. Im Süden des Plangebietes soll nach den Festsetzungen des vorliegenden Bebauungsplanes Nr. 99 A u. a. ein Regenrückhaltebecken angelegt werden. Durch die Anlage des Regenrückhaltebeckens werden die Eingriffe in dem betreffenden Bereich durch die Schaffung eines Gewässers, das ein für Fledermäuse gleichwertiges Jagdhabitat darstellt, an Ort und Stelle kompensiert. Demgegenüber sind die Eingriffe in den übrigen, aktuell vorwiegend als Grünland genutzten Bereichen bezüglich des Schutzgutes Fledermäuse als erheblich einzustufen. Zu möglichen Kompensationsmaßnahmen siehe Kapitel 10.

8.1.2 Brutvögel

Die Bauleitplanung sieht nach den Festsetzungen im Bebauungsplan Nr. 99 A die Inanspruchnahme von Intensivgrünland, einer Grünlandbrache, einer Ruderalfläche sowie unterschiedlicher Gehölze, Gebüsche und eines Wallheckenabschnittes vor.

Die betroffenen Strukturen haben eine nachgewiesene Funktion als Brutstätte für in Niedersachsen beheimatete Vogelarten wie den Fitis (2 Brutpaare), die Amsel, den Buchfink und den Zaunkönig (je ein Brutpaar) deren Brutplätze mit Ausnahme des Zaunkönigs direkt überplant werden, sowie je einem Brutpaar der Dorngrasmücke und des Jagdfasans, welche aufgrund ihres Anspruchs an einen (Halb-)Offenlandlebensraum im realisierten Wohngebiet keinen Lebensraum mehr finden werden. Alle genannten Arten sind weit verbreitet und nicht gefährdet. Die Arten Fitis, Dorngrasmücke und Jagdfasan können, zumindest in den ersten Jahren, auf den vorgesehenen Maßnahmenflächen (Gehölzpflanzungen um Tümpel und Regenrückhaltebecken) einen Ersatzlebensraum vorfinden. Die übrigen gehölzbrütenden Arten wie Amsel und Buchfink können in den neuen Hausgärten weiterhin geeignete Habitate finden.

Die in den Wallhecken des Geltungsbereiches bzw. am Rand des Geltungsbereiches brütenden Arten Zilpzalp, Rotkehlchen, Buchfink, Mönchsgrasmücke, Kohlmeise, Blaumeise, Ringeltaube, Gartenbaumläufer, Singdrossel und Trauerschnäpper sind als überwiegend Gehölz bewohnende Arten wahrscheinlich nicht erheblich betroffen, da die Gehölzstrukturen in diesen Bereichen grundsätzlich erhalten bleiben und auch auf den neuen Baugrundstücken z. T. neuer für diese Arten geeigneter Lebensraum entsteht.

Für den außerhalb des Plangebietes am Waldrand bzw. auf einem Hausgrundstück in insgesamt mehreren Paaren brütenden Star, der seine Nahrung überwiegend im Offenland sucht, stellt das Grünland ein Nahrungshabitat während seiner Brutzeit dar. Allerdings sind südöstlich des Geltungsbereiches noch Grünländereien vorhanden sowie im Westen jenseits der Autobahn A 29, in die die Art ausweichen kann. Aus diesem Grund ist von keiner erheblichen Beeinträchtigung des Stares auszugehen.

Weiterhin ist nicht auszuschließen, dass der in mindestens zwei Paaren am Rand des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes Nr. 99 A bzw. in der Nähe des Plangebietes brütende gefährdete und streng geschützte Grünspecht die Wallhecken und das Grün-

land zur Nahrungssuche nutzt, da er sich hauptsächlich von Ameisen ernährt, die er an Böschungen, Wegen und kurzrasigen Flächen vorwiegend am Boden erbeutet, aber z. B. auch von Bäumen abliest. Im Winterhalbjahr werden u. a. gezielt die unter der Erde liegenden Ameisennester aufgehackt. Sehr selten werden andere Insekten, Käfer, Regenwürmer, Schnecken, Obst oder Beeren gefressen. Eine erhebliche Beeinträchtigung von Nahrungshabitaten des Grünspechtes ist demnach nicht auszuschließen, wird aber durch die vorgesehenen Ausgleichsmaßnahmen auf den Maßnahmenflächen am Rand des Plangebietes zum Teil kompensiert. Außerdem ist zu erwarten, dass auf den neuen Baugrundstücken neuer geeigneter Lebensraum durch die Anlage von meist z. T. auch extensiver genutzten Scherrasen in den Hausgärten entsteht. Zusammenfassend werden somit für den Grünspecht keine erheblichen Beeinträchtigungen erwartet.

8.1.3 Amphibien

Für die Populationen der Amphibien des Wiesentümpels sind keine erheblichen Beeinträchtigungen zu erwarten, da der Wiesentümpel erhalten bleibt. Außerdem werden den Tümpel umgebende Bereiche als naturnahe Bereiche (Ruderalstrukturen, Baum-Strauchhecken) entwickelt, die den Amphibien langfristig und im Gegensatz zu heute (aufgrund der intensiven Grünlandnutzung) auch als Sommerlebensraum dienen können. Weiterhin wird in diesem Bereich ein naturnahes Regenrückhaltebecken und ein weiteres naturnahes Kleingewässer angelegt, welche bei entsprechender Ausgestaltung den festgestellten Amphibienarten als weitere Laichgewässer dienen können. Ferner sind weitere Gehölzanpflanzungen in Form von Baum-Strauchhecken vorgesehen. Die eventuell teilweise als Sommerlebensraum dienenden Wallhecken bleiben erhalten, so dass unter Zugrundelegung der o. g. Maßnahmen keine erheblichen Beeinträchtigungen zu erwarten sind.

8.1.4 Fazit

Im Sinne des § 14 BNatSchG ist die Überbauung und Überplanung des vorhandenen Grünlands, einer Grünlandbrache, einer Ruderalfläche und eines naturnahen Kleingewässers am Stratjebusch sowie die geplante Beseitigung von Gehölzbeständen aufgrund der zu erwartenden Beeinträchtigungen der lokalen Populationen einzelner Fledermausarten und der Sommerlebensräume der Amphibien bzw. der Verlust eines Laichgewässers als ein erheblicher Eingriff in das Schutzgut Fauna zu werten. Die vorgesehene Bebauung / Nutzungsänderung ist für die Brutvögel nicht als ein erheblicher Eingriff zu werten. Grundsätzlich hat die im Geltungsbereich geplante Anlage eines naturnah gestalteten Regenrückhaltebeckens / Kleingewässers und extensiv zu nutzenden Randbereichen sowie die Pflanzung von Bäumen und Sträuchern auch positive Auswirkungen auf das Schutzgut Fauna. Beispielsweise ist mit der Ausbreitung bzw. Besiedelung des Regenrückhaltebeckens bzw. des separaten Kleingewässers mit Amphibien zu rechnen, die umliegenden Flächen und die zu bepflanzenden Randbereiche können als Sommerlebensraum dienen. Erhebliche Beeinträchtigungen sind in diesem Bereich nicht zu erwarten. Sofern die zukünftigen Ufer- und sonstigen Randbereiche (ohne Wasserfläche) auch tatsächlich naturnah gestaltet werden, können diese als ein anteiliger Ausgleich für die im übrigen Plangebiet entstehenden erheblichen Beeinträchtigungen des Schutzgutes Fauna (Fledermäuse) herangezogen werden. Für die Amphibien verbleiben unter Zugrundelegung o. g. Maßnahmen keine erheblichen Beeinträchtigungen.

8.2 Artenschutzrechtliche Verbotstatbestände nach § 44 BNatSchG

8.2.1 Fledermäuse

Prüfung des Zugriffsverbots (§ 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG)

Aufgrund der Lebensweise der Fledermäuse und ihrer vorwiegend abendlichen bzw. nächtlichen Aktivität können direkte Tötungen durch das geplante Vorhaben ausgeschlossen werden. Etwaige schädliche Wirkungen sind mit der Realisierung des Bauvorhabens weder bau- noch anlage- und betriebsbedingt zu erwarten. **Der Verbotstatbestand nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG ist auszuschließen.**

Prüfung des Schädigungsverbots (§ 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG)

Im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 99 A wurden trotz intensiver Nachsuche keine aktuell genutzten Fortpflanzungs- und / oder Ruhestätten von Fledermäusen gefunden (vgl. Kapitel. 5.1). Die im Plangebiet liegenden Gehölze weisen mehrheitlich keine für einheimische Fledermausarten geeigneten Quartiermöglichkeiten wie Baumhöhlen und -spalten auf. Das im Stratjebusch festgestellte Sommerquartier einer unbestimmten Myotis-Art liegt außerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes Nr. 99 A und wird nicht von dem geplanten Bauvorhaben berührt. Im Rahmen der Begutachtung der im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 99 A vorkommenden Gehölzstrukturen wurden lediglich sechs Laubbäume gefunden, die eine potenzielle Eignung als ein Sommer- und /oder Zwischenquartier aufweisen. Im Rahmen der vorliegenden Bauleitplanung werden voraussichtlich zwei Potenzialbäume beseitigt. Um baubedingte direkte Tötungen von Fledermäusen in jedem Fall ausschließen zu können, werden notwendige Baumfällarbeiten ausschließlich in den Wintermonaten (November bis Februar), also zur Zeit der Winterruhe, durchgeführt (Vermeidungsmaßnahme). **Unter Beachtung der oben genannten Bauzeitenregelung ist das Schädigungsverbot nach § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG nicht einschlägig.**

Prüfung des Störungsverbots (§ 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG)

Ein Verbotstatbestand liegt im Sinne des § 44 (1) Nr. 2 BNatSchG vor, wenn es zu einer erheblichen Störung der Art kommt. Diese tritt dann ein, wenn sich der Erhaltungszustand der lokalen Population der jeweiligen Art verschlechtert. Die lokale Population kann definiert werden als (Teil-)Habitate und Aktivitätsbereiche von Individuen einer Art, die in einem für die Lebensraumsansprüche der Art ausreichend räumlich-funktionalen Zusammenhang stehen. Der Erhaltungszustand der Population kann sich verschlechtern, wenn aufgrund der Störung einzelne Tiere durch den verursachten Stress so geschwächt werden, dass sie sich nicht mehr vermehren können (Verringerung der Geburtenrate) oder sterben (Erhöhung der Mortalität). Weiterhin käme es zu einer Verschlechterung des Erhaltungszustandes, wenn die Nachkommen aufgrund einer Störung nicht weiter versorgt werden können.

Störungen durch baubedingte Lärmemissionen (Baumaschinen und Baufahrzeuge) sind in Teilbereichen des Plangebietes grundsätzlich denkbar. Erhebliche Störungen durch eine entsprechende Verlärmung sind im vorliegenden Fall jedoch nicht zu erwarten, da die Bautätigkeit in der Regel auf wenige Monate beschränkt ist. Zudem wird die Bautätigkeit vorwiegend während der Tagesstunden stattfinden. Eine Beeinträchtigung der nächtlichen Aktivität der ansässigen Fledermäuse durch visuelle Lichtreize (Baufahrzeuge, Baustellenbeleuchtung, etc.) ist daher nicht anzunehmen. Ein hierdurch ausgelöster langfristiger Verlust von Quartieren ist unwahrscheinlich. **Der Verbotstatbestand nach § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG ist daher nicht einschlägig.**

8.2.2 Brutvögel

Prüfung des Zugriffsverbots (§ 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG)

Hinsichtlich der Überprüfung des Zugriffsverbotes gem. § 44 (1) Nr. 1 BNatSchG ist für sämtliche vorkommenden Vogelarten zu konstatieren, dass es nicht zu baubedingten Tötungen kommen wird. Es werden durch die Vermeidungsmaßnahme der Baufeldfreimachung und der Entnahme der Gehölze außerhalb der Brutzeit der Arten baubedingte Tötungen von Individuen der Arten oder ihrer Entwicklungsformen vermieden. Mögliche Tötungen von Individuen durch betriebsbedingte Kollisionen mit Fahrzeugen oder mit Gebäuden gehen nicht über das allgemeine Lebensrisiko hinaus und stellen daher keinen Verbotstatbestand dar.

Bei dem Untersuchungsraum handelt es sich um eine standort- und strukturtypische Nutzung ohne erhöhte punktuelle oder flächige Nutzungshäufigkeit von bestimmten Vogelarten. Den Bereich queren keine traditionellen Flugrouten bzw. besonders stark frequentierte Jagdgebiete von Vögeln, so dass eine signifikante Erhöhung von Kollisionen und einer damit verbundenen Mortalität (Sterberate) auszuschließen ist.

Es bleibt festzuhalten, dass der Verbotstatbestand gem. § 44 (1) Nr. 1 BNatSchG demzufolge nicht erfüllt wird.

Prüfung des Schädigungsverbots (§ 44 Abs. 1, Nr. 3 i. V. m Abs. 5 BNatSchG)

Im Geltungsbereich bzw. am Rand des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes Nr. 99 A befinden sich drei Brutpaare des Zilpzalps, je zwei von Fitis und Buchfink sowie je eines von Amsel, Zaunkönig, Stockente, Dorngrasmücke, Jagdfasan, Rotkehlchen, Mönchsgrasmücke, Kohlmeise, Blaumeise, Ringeltaube, Gartenbaumläufer, Singdrossel und Trauerschnäpper.

Hiervon sind allerdings nur die Brutstätten von Amsel und Buchfink (je 1 BP) sowie vom Fitis (2 BP) durch im Rahmen der Umsetzung der Planung entfernten Gehölze betroffen. Dadurch kommt es zu einem Verlust von potenziellen Fortpflanzungsstätten. Die durch das Vorhaben betroffenen Arten nutzen aber jedes Jahr eine andere Fortpflanzungsstätte, d. h. sie bauen jedes Jahr ein neues Nest in einem dafür geeigneten Baum/Strauch bzw. auf dem Boden. Es handelt sich daher um temporäre Fortpflanzungsstätten, die außerhalb der Brutzeit nicht als solche bestehen. Eine Entfernung der Gehölze bzw. eine Baufeldfreimachung außerhalb der Brutzeit bedingt daher keinen Verbotstatbestand. Insgesamt bleibt die ökologische Funktionalität der betroffenen Fortpflanzungsstätten daher im räumlichen Zusammenhang gewahrt.

Das Plangebiet mit seinen Strukturen wird jedoch auch von den Vögeln in verschiedenen Situationen als Ruhestätten im weitesten Sinne, wie u. a. als Ansitzwarte genutzt, so dass u. a. bei der Entfernung der Gehölze Ruhestätten beschädigt oder zerstört und ggf. sogar Individuen getötet oder beschädigt werden könnten. Die nach der EU-Kommission definierte Begrifflichkeit der Ruhestätte als Ort, der für ruhende bzw. nicht aktive Einzeltiere oder Tiergruppen zwingend erforderlich ist, u. a. für die Thermoregulation, der Rast, dem Schlaf oder der Erholung, wurde erweitert, so dass eine strengere Prüfung für Ruhestätten erfolgt.

Gemäß § 44 (5) BNatSchG liegt ein Verbot der Entfernung/Beschädigung von Fortpflanzungs-/Ruhestätten bzw. der Tötung/Beschädigung von Individuen in Verbindung mit der Entfernung/Beschädigung von Fortpflanzungs-/Ruhestätten nicht vor, wenn es sich um einen nach § 15 BNatSchG zulässigen Eingriff handelt und die ökologische Funktion der von dem Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt bleibt.

Die ökologische Funktion für Fortpflanzungs- und Ruhestätten von gehölzbrütenden Arten im räumlichen Zusammenhang bleibt auch nach der Umsetzung der vorliegenden Planung erhalten. Die Tiere sind in der Lage, bei Entfernung bspw. eines Gehölzes, das als Ansitzwarte dient, auf umliegende Gehölze auszuweichen. Im Süden und Westen des Plangebietes schließen sich weitläufige Offenlandbereiche mit entsprechenden gleichartigen Gehölzstrukturen an das Plangebiet an. Außerdem sind im Süden des Geltungsbereiches Maßnahmenflächen vorgesehen, wo ein naturnahes Regenrückhaltebecken und Gehölzanpflanzungen angelegt werden sollen. Weiterhin ist zu erwarten, dass in den zukünftigen Hausgärten mittelfristig geeignete Habitate für u. a. Amsel und Buchfink entstehen werden. Der Erhalt der ökologischen Funktion im räumlichen Zusammenhang ist daher gegeben.

Der Verbotstatbestand gem. § 44 (1) Nr. 1 und 3 BNatSchG wird in Verbindung mit § 44 (5) BNatSchG demzufolge nicht erfüllt.

Prüfung des Störungsverbots (§ 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG)

Die Störung von Vögeln durch bau- oder betriebsbedingten Lärm und/oder andere Immissionen in für die Tiere sensiblen Zeiten kann nicht gänzlich ausgeschlossen werden, da Gehölzstrukturen am Rand des Plangebietes, die potenzielle zukünftige Lebensstätten sind, im Plangebiet bzw. in dessen näherer Umgebung verbleiben und genutzt werden können; außerdem werden am südlichen Rand des Plangebietes u. a. Gehölzstrukturen neu angelegt.

Das Störungsverbot nach § 44 (1) Nr. 2 BNatSchG während der sensiblen Zeiten der Vögel stellt nur in dem Fall einen Verbotstatbestand dar, in dem eine erhebliche Störung verursacht wird. Eine Erheblichkeit ist gemäß Bundesnaturschutzgesetz gegeben, wenn durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population verschlechtert wird. In Bezug auf das Störungsverbot während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderzeiten lassen sich bau- und betriebsbedingte Störungen in Form von bspw. Lärmimmissionen nicht ganzjährig vermeiden. Störungen während sensibler Zeiten sind daher möglich, werden allerdings im Folgenden differenzierter betrachtet.

Es ist davon auszugehen, dass Störungen während der Mauserzeit nicht zu einer Verschlechterung des Erhaltungszustandes der lokalen Populationen der erfassten Arten führen. Dies hängt damit zusammen, dass es nur zu einer Verschlechterung käme, wenn das Individuum während der Mauserzeit durch die Störung zu Tode käme und es so eine Erhöhung der Mortalität in der Population gäbe. Dies ist aufgrund der Art des Vorhabens auszuschließen, da bei einer Störsituation die betreffende Vogelart sich entfernen könnte. Es handelt sich ferner nicht um einen traditionellen Mauserplatz einer Art.

Weiterhin sind erhebliche Störungen während Überwinterungs- und Wanderzeiten auszuschließen. Arten, die während des Winters innerhalb des Plangebietes oder in dessen Umgebung vorkommen, könnten durch Verkehrslärm, Lichtemissionen und/oder visuelle Effekte in dieser Zeit aufgeschreckt werden. Damit diese Störung zu einer Verschlechterung des Erhaltungszustandes der Population führt, müsste dieses Individuum direkt oder indirekt durch das Aufscheuchen zu Tode kommen bzw. so geschwächt werden, dass es sich in der Folgezeit nicht mehr reproduzieren kann. Dies ist aufgrund der Art des Vorhabens unwahrscheinlich. Vögel sind in der Regel an Siedlungslärm, Lichtemissionen und visuelle Effekte gewöhnt und suchen ihre individuellen

Sicherheitsabstände auf, so dass es zu keinen ungewöhnlichen Scheueffekten für die Arten kommt, die Individuen schwächen oder töten könnten.

Alle betroffenen Arten sind in der Lage, jede Brutperiode einen neuen Brutplatz zu besetzen, so dass ein Ausweichen möglich ist, zumal in der unmittelbaren Umgebung gleichwertige Strukturen vorhanden sind. Horstbewohner wie bspw. zahlreiche Greifvogelarten, die einen bestimmten Nistplatz langjährig nutzen und weniger Ausweichmöglichkeiten haben, sind im Plangebiet und der näheren Umgebung nicht vorhanden.

Baubedingte Störungen während der Fortpflanzungs- und Aufzuchszeit werden durch die Baufeldfreimachung außerhalb der Brutzeit ausgeschlossen.

Es bleibt festzuhalten, dass der Verbotstatbestand gem. § 44 (1) Nr. 2 BNatSchG demzufolge nicht erfüllt wird.

8.2.3 Amphibien

Eine Betrachtung des besonderen Artenschutzes für die Amphibienfauna ist nicht erforderlich, da im Untersuchungsraum keine nach Anhang IV FFH-RL streng geschützte Art vorkommt. Nichtsdestotrotz ist im Sinne des § 44 (1) Nr. 1 BNatSchG bei der Realisierung des Bauvorhabens darauf zu achten, dass die lokale Amphibien-Population erhalten bleibt und eine mit dem Vorhaben evtl. verbundene Erhöhung von unbeabsichtigten Tötungen weitgehend auszuschließen sind. Eine erhebliche Beeinträchtigung während der Laichplatzwanderung im Frühjahr während der Bauzeit wird durch die Maßnahme der Baufeldfreimachung außerhalb der Brutzeit der Vögel vermieden, welche gleichzeitig auch die Amphibienwanderzeiträume einschließt.

9.0 VERMEIDUNG UND VERMINDERUNG VON BEEINTRÄCHTIGUNGEN

Zur Vermeidung und Verminderung von Beeinträchtigungen sind die nachfolgend aufgeführten Maßnahmen einzubeziehen:

- Vollständiger Erhalt des gesetzlich geschützten Biotops (Wiesentümpel).
- Baumfäll- und Rodungsarbeiten sind außerhalb der Reproduktionszeiten von Brutvögeln und Fledermäusen durchzuführen, also nur während der Wintermonate im Zeitraum von Anfang November bis Ende Februar.
- Die Baufeldfreimachung ist ebenfalls außerhalb der Brutzeit (also nicht zwischen Anfang März und Ende Juni) vorzunehmen.
- Alte Laubbäume - insbesondere für Fledermäuse und Höhlenbrüter geeignete Höhlenbäume - sind, wenn möglich, zu erhalten.
- Das geplante Regenrückhaltebecken und das Kleingewässer sind naturnah auszugestalten.

10.0 HINWEISE ZU KOMPENSATIONSMAßNAHMEN

Die Eingriffe, die aus der Beseitigung und Überbauung von Teilhabitaten (u. a. Grünland, Grünlandbrache, Gehölzbestände) resultieren, sind bezüglich der Schutzgüter Fledermäuse als erheblich einzustufen. Eine Kompensation ist über die ortsnahe oder auch externe Aufwertung von Flächen, die in einer für die betreffende Tiergruppe funktional geeigneten Habitatkulisse eingebunden sind, denkbar.

Eine hinreichende Kompensation kann bezüglich der vom Vorhaben betroffenen Fledermausarten durch die Schaffung gleichwertiger Jagdhabitats erreicht werden. Geeignete Maßnahmen sind die Extensivierung bestehenden Grünlands, die Neuanlage von Extensivgrünland, die Neuanpflanzung von Feldhecken mit standortgerechten Gehölzen, die Schaffung von naturnahen Gewässerhabitats oder die Entwicklung hochstaudenreicher Ruderal- und Saumgesellschaften an für Fledermäuse geeigneten linearen Gehölzstrukturen. Die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen können im Rahmen der Kompensationsleistungen für die Schutzgüter Boden und Biotoptypen, sofern diese den genannten Anforderungen für einen funktionsgerechten Ausgleich entsprechen, realisiert werden. Der anlagen- und baubedingte Verlust potenzieller Quartierbäume (2 Stück) für die lokal ansässigen Fledermäuse kann durch Ausbringung von mindestens zwei Ersatzquartieren (Kunsthöhlen) in einer hierfür geeigneten Habitatkulisse im Plangebiet oder in räumlicher Nähe zum geplanten Vorhaben erfolgen.

Eine Kompensation der verloren gehenden Sommerlebensräume der Amphibien kann durch den vorgesehenen größtmöglichen Erhalt der wertvollen Strukturen (u. a. Wallhecken) im Plangebiet und die Aufwertung der Bereiche in der Maßnahmenfläche durch z. B. Nutzungsextensivierung und Anpflanzung von Gehölzen erreicht werden. Der Verlust der Grabenaufweitung am Stratjebusch kann durch die Neuanlage eines naturnahen Kleingewässers in der Maßnahmenfläche erfolgen.

Durch die geplanten Neuanpflanzungen im Plangebiet und dem fast vollständigen Erhalt der prägenden Gehölzstrukturen und des Wiesentümpels sind keine weiteren Maßnahmen für die Brutvögel erforderlich.

11.0 LITERATUR

- BREUER, W. (1994): Naturschutzfachliche Hinweise zur Anwendung der Eingriffsregelung in der Bauleitplanung. - Inform.d. Naturschutz Niedersachs. 14: 1-60.
- BRINKMANN, R. (1998): Berücksichtigung faunistisch-tierökologischer Belange in der Landschaftsplanung. – Informationsdienst Naturschutz Niedersachsen 18: 58-128.
- BRUX, H., G. DÖRING, M. HIELSCHER, M. NORDMANN, G. WALTER & G. WIEGLEB (1998): Zur Fauna der Stadt Oldenburg. - Oldb. Jb. 98: 247-319.
- BUNDESAMT FÜR NATURSCHUTZ (ed.) (2007): Nationaler Bericht 2007 gemäß FFH-Richtlinie. - http://www.bfn.de/0316_bericht2007.html.
- DIETZ, C., O. VON HELVERSEN & D. NILL (2007): Handbuch der Fledermäuse Europas und Nordwestafrikas. - Kosmos-V., Stuttgart.
- FISCHER, C. (1998): Bestandsgrößen von Grasfrosch-Laichgesellschaften (*Rana temporaria*) im nordwestdeutschen Tiefland - Auswertung von Laichballenzählungen an 448 Gewässern. - Z. Feldherpetol. 5: 15-30.
- FISCHER, C. & R. PODLOUCKY (1998): Berücksichtigung von Amphibien bei naturschutzrelevanten Planungen – Bedeutung und methodische Mindeststandards. – In: Henle, K. & M. Veith (Hrsg.): Naturschutzrelevante Methoden der Feldherpetologie. – Mertensiella 7: 261-278.
- HECKENROTH, H. (1993): Rote Liste der in Niedersachsen und Bremen gefährdeten Säugetierarten - Übersicht. - Inform.d. Naturschutz Niedersachs. 13: 221-226.
- KRÜGER, T & B. OLTMANNS (2007): Rote Liste der in Niedersachsen und Bremen gefährdeten Brutvögel, 7. Fassung - Stand 2007. - Inform.d. Naturschutz Niedersachs. 27: 131-175.
- KÜHNEL, K.-D., A. GEIGER, H. LAUFER, R. PODLOUCKY & M. SCHLÜPMANN (2009): Rote Liste und Gesamtartenliste der Lurche (Amphibia) Deutschlands. - Naturschutz Biol. Vielfalt 70: 259-288.
- KOORDINATIONSSTELLEN FÜR FLEDERMAUSSCHUTZ IN BAYERN (2009): Kriterien für die Wertung von Artnachweisen basierend auf Lautaufnahmen, Version 1 Oktober 2009, Download unter <http://www.ecoobs.de>
- MEINIG, H., P. BOYE & R. HUTTERER (2009): Rote Liste und Gesamtartenliste der Säugetiere (Mammalia) Deutschlands. - Naturschutz und Biologische Vielfalt 70: 115-153.
- NLWKN (in Vorbereitung): Rote Liste der Fledermäuse Niedersachsens. - Hannover.
- NLWKN (HRSG.) (2011): Vollzugshinweise zum Schutz von Amphibien- und Reptilienarten in Niedersachsen. – Amphibienarten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie mit Priorität für Erhaltungs- und Entwicklungsmaßnahmen – Springfrosch (*Rana dalmatina*). – Niedersächsische Strategie zum Arten- und Biotopschutz, Hannover, 12 S., unveröff.
- PFALZER, G. (2007): Verwechslungsmöglichkeiten bei der akustischen Artbestimmung von Fledermäusen anhand ihrer Ortungs- und Sozialrufe. - Nyctalus N. F. 12: 3-14.

- PODLOUCKY, R. & C. FISCHER (1994): Rote Liste der gefährdeten Amphibien und Reptilien in Niedersachsen und Bremen. - Inform.d. Naturschutz Niedersachs. 14 : 109-120.
- PODLOUCKY, R., N. PIELOK & O.-D. FINCH (2011): Amphibien und Reptilien am Zwischenahner Meer. In: Akkermann, R., G. Fischer & W. Michaelsen:
- RECK, H., J. RASMUS & G. M. KLUMP (2001): Auswirkungen von Lärm und Planungsinstrumente des Naturschutzes. - Naturschutz Landschaftsplanung 33: 145-149.
- SCHRÖDER, T. & G. WALTER (2002): Fledermauserfassung in der Stadt Oldenburg. - Nyctalus N. F. 8: 240-256.
- SKIBA, R. (2009): Europäische Fledermäuse. Kennzeichen, Echoortung und Detektoranwendung, 2. aktualisierte und erweiterte Auflage. - Westarp-Wissenschafts-V., Hohenwarsleben.
- SÜDBECK, P., H. ANDRETTZKE, S. FISCHER, K. GEDEON, T. SCHIKORE, K. SCHRÖDER & C. SUDFELDT (eds.) (2005): Methodenstandards zur Erfassung der Brutvögel Deutschlands. - Radolfzell.
- SÜDBECK, P., H.-G. BAUER, M. BOSCHERT, P. BOYE, W. KNIEF (2007): Rote Liste der Brutvögel Deutschlands. 4. Fassung - Stand 30.11.2007. - Ber. Vogelschutz 44: 23-81.

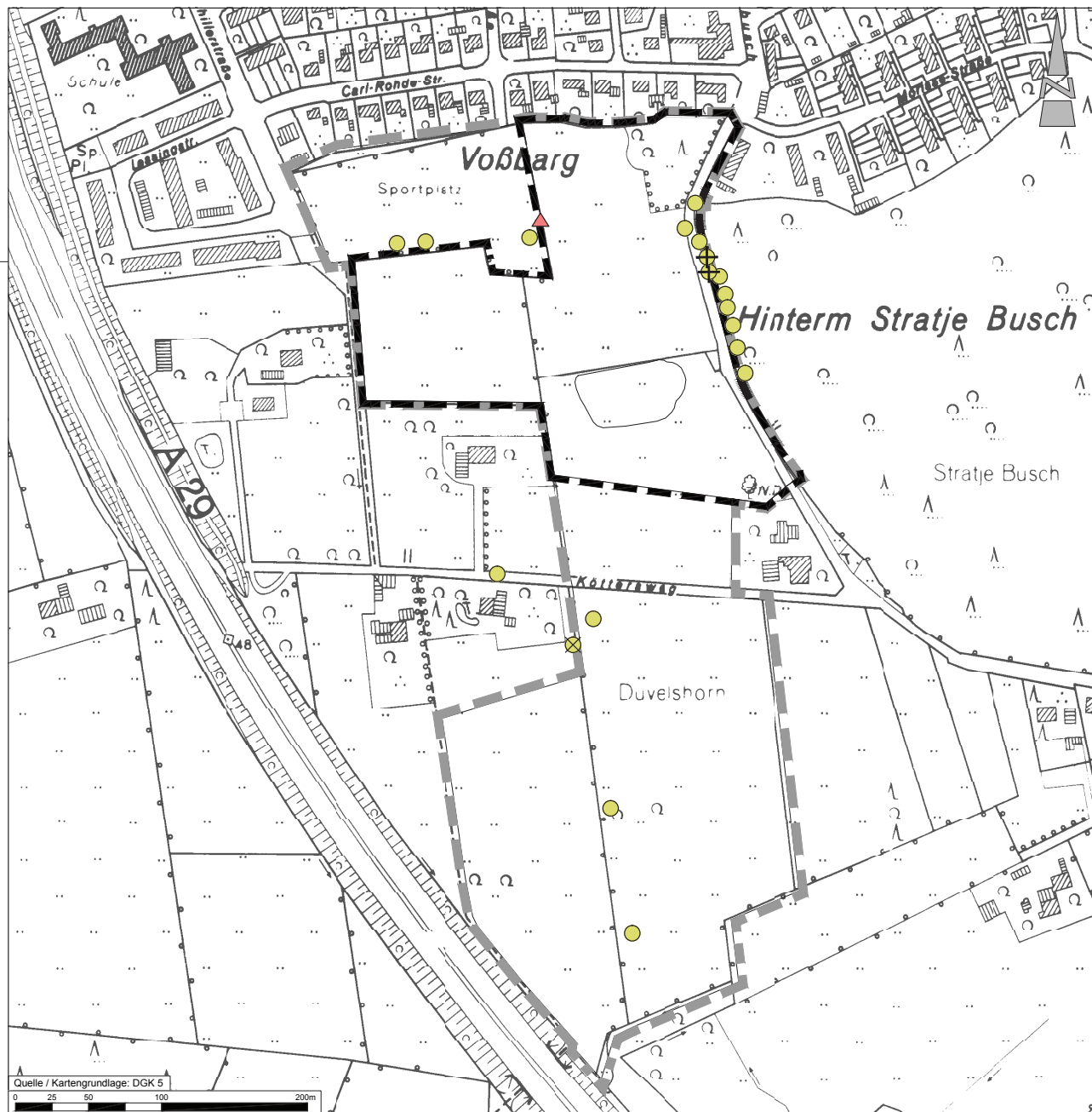
PLANVERZEICHNIS

- Plan-Nr. 1.1: Bestand Fledermäuse – Gattung Myotis
- Plan-Nr. 1.2: Bestand Fledermäuse - Großer Abendsegler / Breitflügelfledermaus
- Plan-Nr. 1.3: Bestand Fledermäuse – Gattung Pipistrellus
- Plan-Nr. 1.4: Fledermausquartiere und Potenzialbäume
- Plan-Nr. 2: Bestand Brutvögel

Gemeinde Rastede

Faunistischer Fachbeitrag zum Bebauungsplan Nr. 99 A "Wohngebiet Am Stratjebusch"

Bestand Fledermäuse - Gattung *Myotis*



Planzeichenerklärung

Grenze des Untersuchungsraumes

Grenze des Bebauungsplanes Nr. 99 A

Fundort-Nachweise von Fledermäusen im Untersuchungsgebiet

Deutscher Artname	Wissenschaftlicher Artname
Große / Kleine Bartfledermaus	<i>Myotis brandtii</i> / <i>mystacinus</i>
<i>Myotis</i> unbestimmt	<i>Myotis</i> spec.
Jagdverhalten eines Individuums	
Schwärmverhalten am Quartierbaum	

Hinweis: Die verschiedenen Symbole repräsentieren Fundort-Nachweise der betreffenden Art, s. Text.

Quelle: Erhebungen des Planungsbüros Diekmann & Mosebach
am 24./25.05., 12./13.06., 30.06., 04./05.07., 16.07., 24.08. und 10.09.2012.

Gemeinde Rastede

Landkreis Ammerland

Faunistischer Fachbeitrag zum Bebauungsplan Nr. 99 A "Wohngebiet Am Stratjebusch"

Planart: Bestand Fledermäuse - Gattung *Myotis*

Maßstab	Projekt: 12-1656	Datum		Unterschrift
		Bearbeitet:	10/2012	Zilz
		Gezeichnet:	12/2013	Kreitsmann/Wiese
		Geprüft:	12/2013	Diekmann

Diekmann & Mosebach Regionalplanung, Stadt- und Landschaftsplanung
Entwicklungs- und Projektmanagement

Oldenburger Straße 86 26180 Rastede Tel. (04402) 91 16 30 Fax 91 16 40

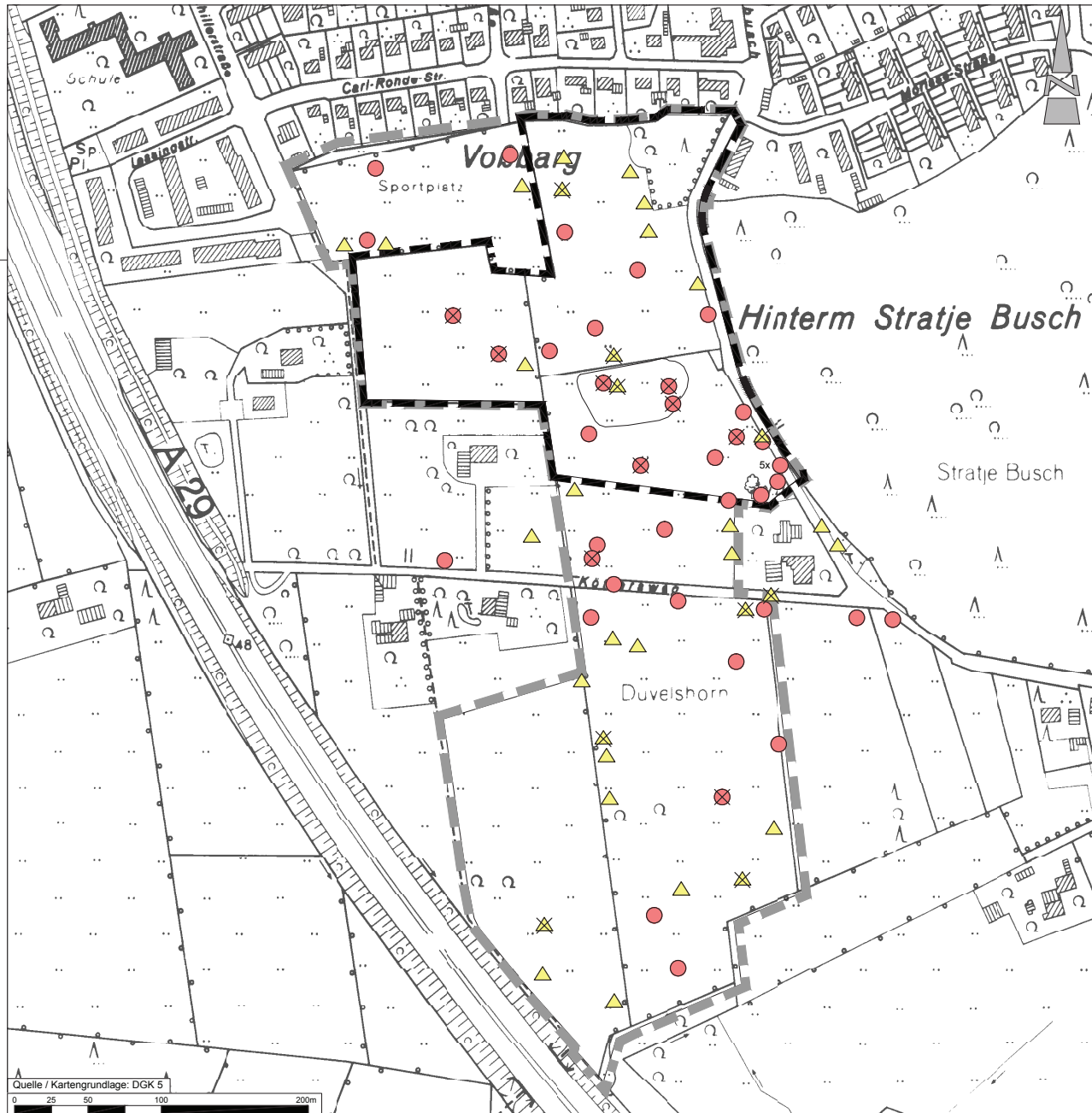


Stand 17.12.2013

Gemeinde Rastede

Faunistischer Fachbeitrag zum Bebauungsplan Nr. 99 A "Wohngebiet Am Stratjebusch"

Bestand Fledermäuse - Großer Abendsegler / Breitflügelfledermaus



Planzeichenerklärung



Grenze des Untersuchungsraumes



Grenze des Bebauungsplanes Nr. 99 A

Fundort-Nachweise von Fledermäusen im Untersuchungsgebiet

Deutscher Artname

Wissenschaftlicher Artname



Großer Abendsegler

Nyctalus noctula



Breitflügelfledermaus

Eptesicus serotinus



Jagdverhalten eines Individuums

5x

Anzahl Individuen zum Beobachtungszeitpunkt

Hinweis: Die verschiedenen Symbole repräsentieren Fundort-Nachweise der betreffenden Art, s. Text.

Quelle: Erhebungen des Planungsbüros Diekmann & Mosebach
am 24./25.05., 12./13.06., 30.06., 04./05.07., 16.07., 24.08. und 10.09.2012.

Gemeinde Rastede

Landkreis Ammerland

Faunistischer Fachbeitrag zum Bebauungsplan Nr. 99 A "Wohngebiet Am Stratjebusch"

Planart: Bestand Fledermäuse - Großer Abendsegler /
Breitflügelfledermaus

Maßstab	Projekt: 12-1656	Datum	Unterschrift
1 : 2.000	Plan-Nr. 1.2	Bearbeitet: 10/2012	Zilz
		Gezeichnet: 12/2013	Kreitsmann/Wiese
		Geprüft: 12/2013	Diekmann

Diekmann & Mosebach Regionalplanung, Stadt- und Landschaftsplanung
Entwicklungs- und Projektmanagement

Oldenburger Straße 86 26180 Rastede Tel. (04402) 91 16 30 Fax 91 16 40

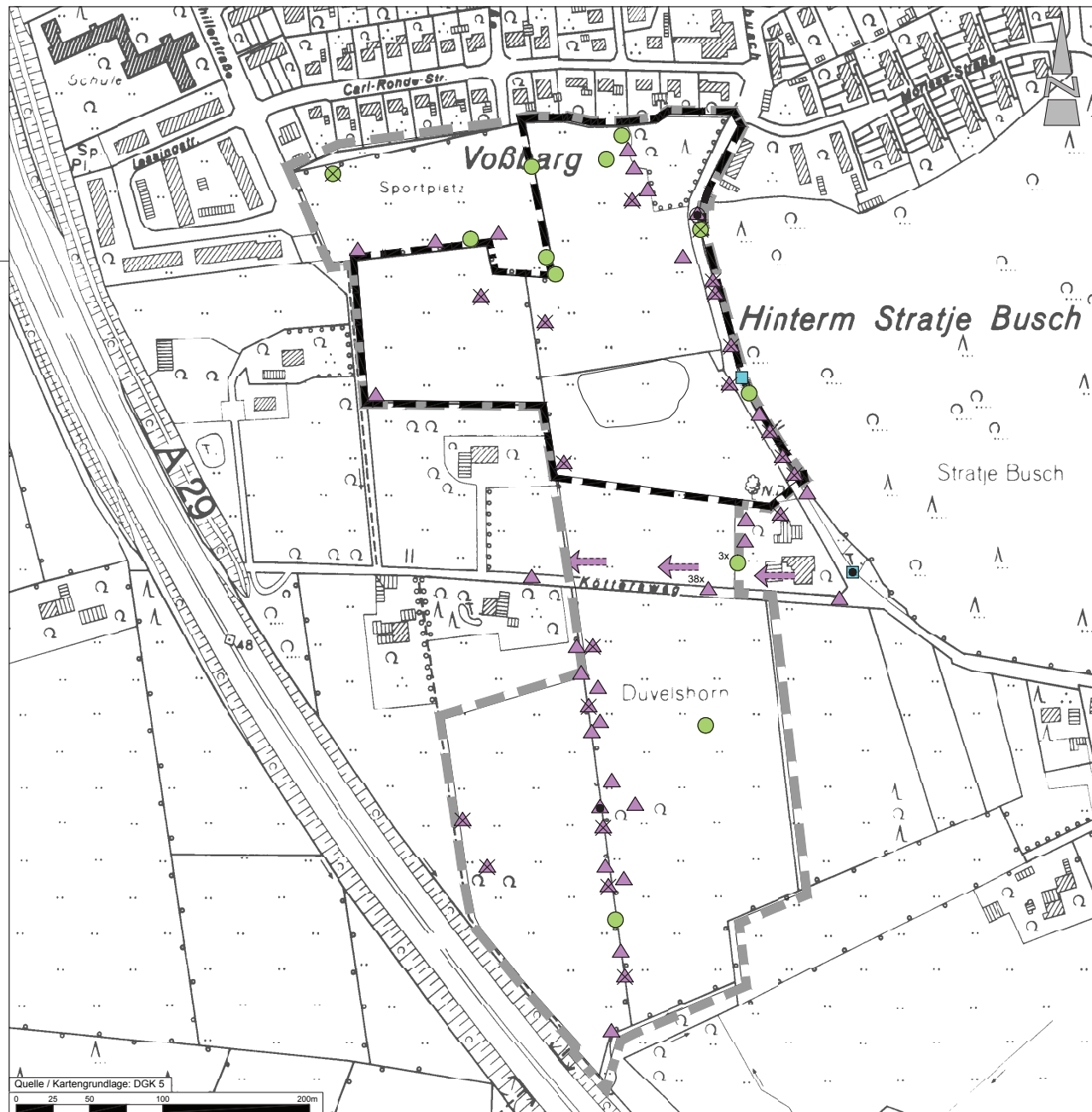


Stand 17.12.2013

Gemeinde Rastede

Faunistischer Fachbeitrag zum Bebauungsplan Nr. 99 A "Wohngebiet Am Stratjebusch"

Bestand Fledermäuse - Gattung *Pipistrellus*



Planzeichenerklärung



Grenze des Untersuchungsraumes



Grenze des Bebauungsplanes Nr. 99 A

Fundort-Nachweise von Fledermäusen im Untersuchungsgebiet

Deutscher Artname	Wissenschaftlicher Artname
Pipistrellus unbestimmt	<i>Pipistrellus spec.</i>
Rauhhautfledermaus	<i>Pipistrellus nathusii</i>
Zwergfledermaus	<i>Pipistrellus pipistrellus</i>
Jagdverhalten eines Individuums	
Soziallaut eines Individuums	
Balz eines Individuums	
Nachgewiesene Flugstraße Zwergfledermaus	
16x	Anzahl Individuen zum Beobachtungszeitpunkt

Hinweis: Die verschiedenen Symbole repräsentieren Fundort-Nachweise der betreffenden Art, s. Text.

Quelle: Erhebungen des Planungsbüros Diekmann & Mosebach
am 24./25.05., 12./13.06., 30.06., 04./05.07., 16.07., 24.08. und 10.09.2012.

Gemeinde Rastede

Landkreis Ammerland

Faunistischer Fachbeitrag zum Bebauungsplan Nr. 99 A "Wohngebiet Am Stratjebusch"

Planart: Bestand Fledermäuse - Gattung *Pipistrellus*

Maßstab 1 : 2.000	Projekt: 12-1656	Datum	Unterschrift
	Plan-Nr. 1.3	Bearbeitet: 10/2012	Zilz
		Gezeichnet: 12/2013	Kreitsmann/Wiese
		Geprüft: 12/2013	Diekmann

Diekmann & Mosebach Regionalplanung, Stadt- und Landschaftsplanung
Entwicklungs- und Projektmanagement

Oldenburger Straße 86 26180 Rastede Tel. (04402) 91 16 30 Fax 91 16 40

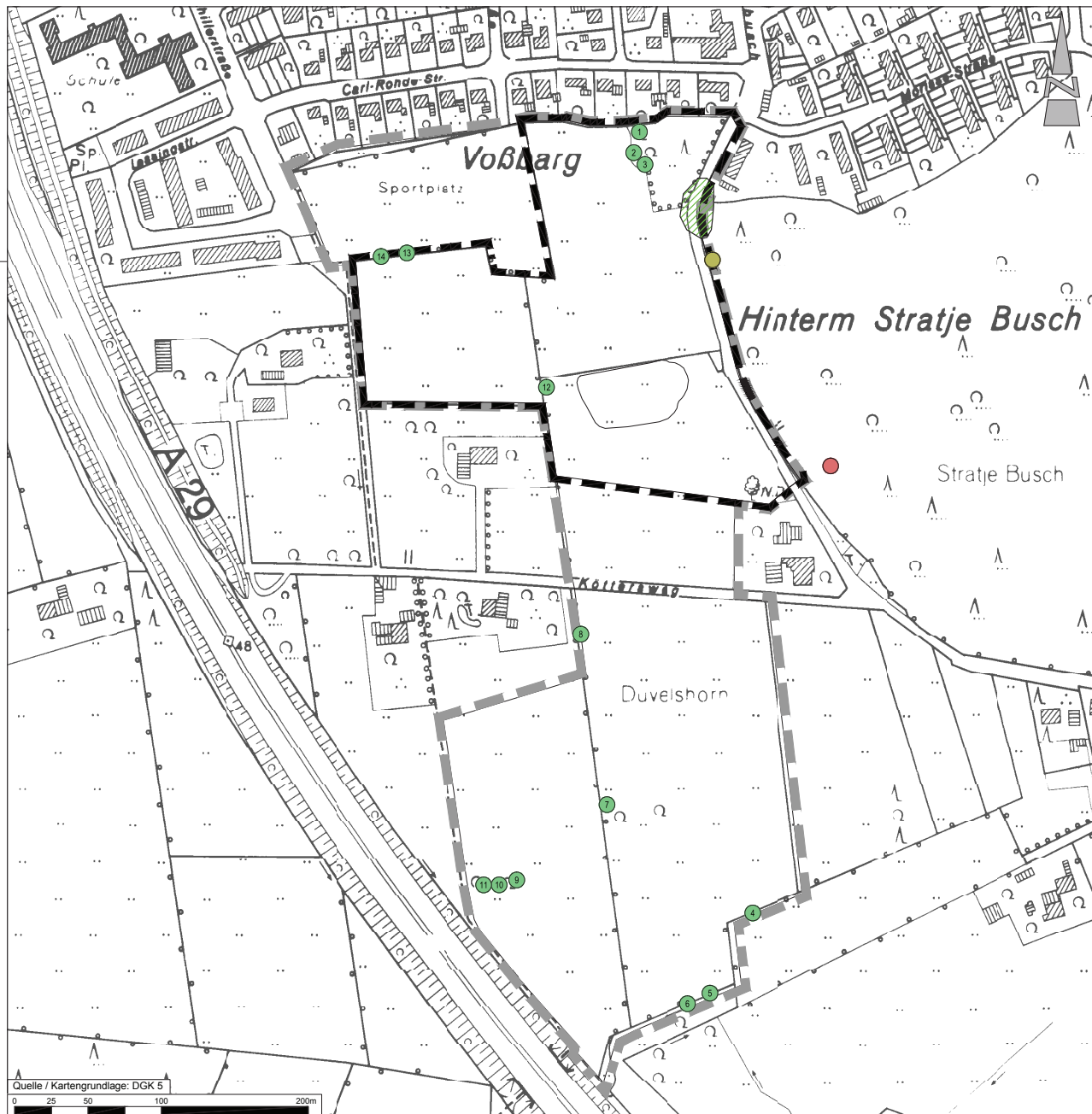


Stand 17.12.2013

Gemeinde Rastede

Faunistischer Fachbeitrag zum Bebauungsplan Nr. 99 A "Wohngebiet Am Stratjebusch"

Fledermausquartiere und Potenzialbäume



Planzeichenerklärung



Grenze des Untersuchungsraumes



Grenze des Bebauungsplanes Nr. 99 A

Potenzialbäume für Fledermausquartiere

Nr.	Baumart	Merkmal
1	Quercus robur	Nistkasten, Fäulnishöhle
2	Prunus spec.	Stammaufriss/Fäulnishöhle
3	Salix spec.	Fäulnishöhlen
4	Quercus robur	Fäulnishöhle, Totast (Stamm)
5	Alnus glutinosa	Spechthöhle
6	Salix spec.	Fäulnishöhlen
7	Alnus glutinosa	Fäulnishöhle, Totast mit Spechthöhle
8	Quercus robur	
9	Quercus robur	Totäste, Spechthöhle
10	Quercus robur	Spechthöhle
11	Quercus robur	Totast
12	Quercus robur	Totäste
13	Quercus robur	Stammaufriss
14	Quercus robur	Totast, 3 x Spechthöhle

Fundort-Nachweise von Quartieren bzw. Balzrevieren im Untersuchungsgebiet

- Quartierverdacht Großer Abendsegler
- Quartierbaum Myotis unbestimmt
- Balzrevier Zwergfledermaus

Quelle: Erhebungen des Planungsbüros Diekmann & Mosebach
am 24./25.05., 12./13.06., 30.06., 04./05.07., 16.07., 24.08. und 10.09.2012.

Gemeinde Rastede

Landkreis Ammerland

Faunistischer Fachbeitrag zum Bebauungsplan Nr. 99 A "Wohngebiet Am Stratjebusch"

Planart: Fledermausquartiere und Potenzialbäume

Maßstab	Projekt: 12-1656	Datum	Unterschrift
1 : 2.000	Plan-Nr. 1.4	Bearbeitet:	10/2012 Zilz
		Gezeichnet:	12/2013 Kreitsmann/Wiese
		Geprüft:	12/2013 Diekmann

Diekmann & Mosebach Regionalplanung, Stadt- und Landschaftsplanung
Entwicklungs- und Projektmanagement

Oldenburger Straße 86 26180 Rastede Tel. (04402) 91 16 30 Fax 91 16 40

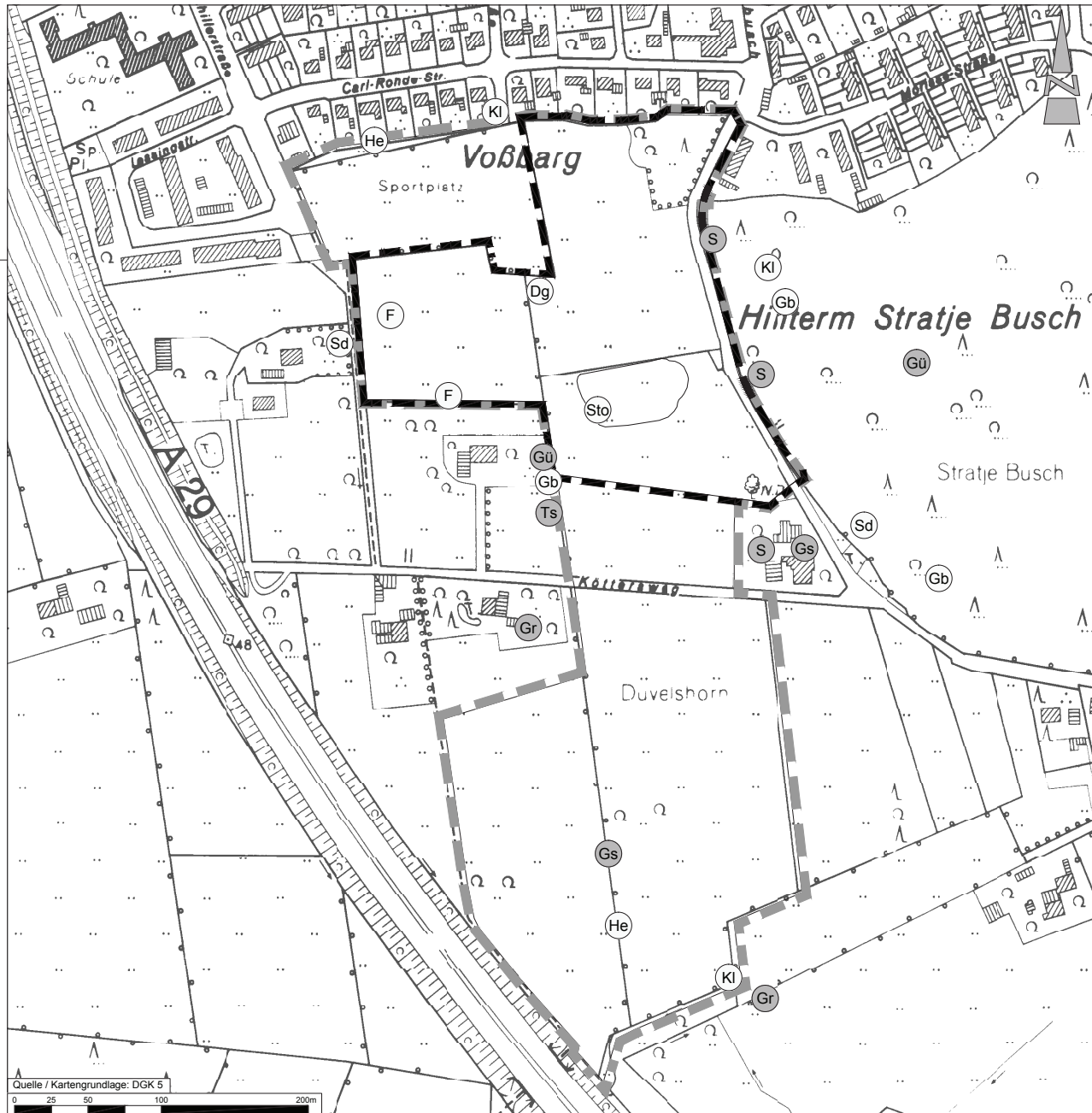


Stand 17.12.2013

Gemeinde Rastede

Faunistischer Fachbeitrag zum Bebauungsplan Nr. 99 A "Wohngebiet Am Stratjebusch"

Bestand Brutvögel



Planzeichenerklärung



Grenze des Untersuchungsraumes



Grenze des Bebauungsplanes Nr. 99 A

Ausgewählte Brutvögel im Untersuchungsgebiet (Erfassung 2012)

Deutscher Artname	Wissenschaftlicher Artname	RL D 2007	RL Nds. 2007	RL T-W 2007	BNatSchG BartSchV 2009
Ⓐ Dorngrasmücke	<i>Sylvia communis</i>	/	/	/	\$
Ⓕ Fitis	<i>Phylloscopus trochilus</i>	/	/	/	\$
Ⓒ Gartenbaumläufer	<i>Certhia brachydactyla</i>	/	/	/	\$
Ⓓ Gartenrotschwanz	<i>Phoenicurus phoenicurus</i>	/	3	3	\$
Ⓔ Grauschnäpper	<i>Muscicapa striata</i>	/	V	V	\$
Ⓖ Grünspecht	<i>Picus viridis</i>	/	3	3	\$\$
Ⓗ Heckenbraunelle	<i>Prunella modularis</i>	/	/	/	\$
Ⓘ Kleiber	<i>Sitta europaea</i>	/	/	/	\$
Ⓚ Singdrossel	<i>Turdus philomelos</i>	/	/	/	\$
Ⓢ Star	<i>Sturnus vulgaris</i>	/	V	V	\$
Ⓢ Stockente	<i>Anas platyrhynchos</i>	/	/	/	\$
Ⓣ Trauerschnäpper	<i>Ficedula hypoleuca</i>	/	V	V	\$

- Gefährdete Arten und Arten der Vorwarnliste
○ ausgewählte Zeigerarten

Hinweis: Die verschiedenen Symbole repräsentieren jeweils ein Revier-/Brutpaar der betreffenden Art.

RL D: Gefährdung nach Rote Liste Deutschland (Südbeck et al. 2007)

RL Nds.: Gefährdung nach Rote Liste Niedersachsen (Krüger & Oltmanns 2007)

RL T-W: Gefährdung nach Rote Liste Niedersachsen, Region Tiefland West (Krüger & Oltmanns 2007)

Gefährdungsgrade: 3 = gefährdet, V = Art der Vorwarnliste, / = ungefährdet

BNatSchG/BartSchV: Stand: 2009
\$ = besonders geschützte Art gem. § 7 Abs. 2 Nr. 13 BNatSchG
\$\$ = streng geschützte Art gem. § 7 Abs. 2 Nr. 14 BNatSchG bzw.
gem. Anlage 1 Spalte 3 der BartSchV.

Quelle: Erhebungen des Planungsbüros Diekmann & Mosebach
am 23.03., 26.03., 27.03., 05.04., 20.04., 15.05., 25.05., 05.06. und 15.06.2012.

Gemeinde Rastede

Landkreis Ammerland

Faunistischer Fachbeitrag zum Bebauungsplan Nr. 99 A "Wohngebiet Am Stratjebusch"

Planart: Bestand Brutvögel

Maßstab	Projekt: 12-1656	Datum	Unterschrift
1 : 2.000	Plan-Nr. 2	Bearbeitet:	08/2012 Kinder
		Gezeichnet:	12/2013 Kreitsmann/Wiese
		Geprüft:	12/2013 Diekmann

Diekmann & Mosebach Regionalplanung, Stadt- und Landschaftsplanung
Entwicklungs- und Projektmanagement

Oldenburger Straße 86 26180 Rastede Tel. (04402) 91 16 30 Fax 91 16 40



Stand 17.12.2013

GEMEINDE RASTEDE

Landkreis Ammerland

60. Flächennutzungsplanänderung „Wohngebiet Am Stratjebusch“

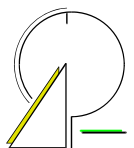
Beteiligung der Behörden und sonstiger
Träger öffentlicher Belange
(§ 4 (2) BauGB)

+

Beteiligung der Öffentlichkeit
(§ 3 (2) BauGB)

ABWÄGUNGSVORSCHLÄGE

02.07.2014



Träger öffentlicher Belange

von folgenden Stellen wurden keine Anregungen in der Stellungnahme vorgebracht:

1. Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Oldenburg
Theodor-Tanzen-Platz 8
26122 Oldenburg
2. ExxonMobil Production Deutschland GmbH
Riethorst 12
30659 Hannover
3. Niedersächsisches Landesamt für Denkmalpflege
Referat Archäologie
Ofener Straße 15
261212 Oldenburg

Träger öffentlicher Belange

von folgenden Stellen wurden Anregungen in der Stellungnahme vorgebracht:

1. Landkreis Ammerland
Ammerlandallee 12
26655 Westerstede
2. Oldenburgisch-Ostfriesischer Wasserverband
Georgstraße 4
26919 Brake
3. Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr
Geschäftsbereich Oldenburg
Kaiserstraße 27
26122 Oldenburg

Anregungen	Abwägungsvorschläge
Landkreis Ammerland Ammerlandallee 12 26655 Westerstede	
<p>Da dieses Bauleitplanverfahren nach den mir bislang vorliegenden Informationen nach dem 20.09.2013 förmlich eingeleitet wurde, ist das BauGB in der durch das "Gesetz zur Stärkung der Innenentwicklung in den Städten und Gemeinden und weiteren Fortentwicklung des Städtebaurechts" aktualisierten Fassung zu beachten; das heißt, gemäß § 1 a Absatz 2 Satz 4 BauGB ist zur Genehmigungsfähigkeit dieser Planung insbesondere die Notwendigkeit der Umwandlung landwirtschaftlich genutzter Flächen zu begründen. Für die 60. Flächennutzungsplanänderung sehe ich die neue Vorgabe aus inhaltlicher Sicht als beachtet an. Ich rege an, die Begründung noch um die neuen Rechtsgrundlagen (s. o.) anzureichern, um eine eventuelle Angreifbarkeit dieser Planung aus rein formalen Gründen zu vermeiden.</p> <p>Auch wenn der konkrete Kompensationsnachweis erst auf Ebene der verbindlichen Bauleitplanung vorgenommen werden soll, ist der Kompensationsnachweis zumindest dem Grunde nach im Rahmen dieser 60. Änderung des Flächennutzungsplans zu führen, selbstverständlich für den gesamten Planbereich. Für den nicht mit dem parallel in Aufstellung befindlichen Bebauungsplan Nr. 99 A identischen nordwestlichen Teil des Planbereiches ist der Kompensationsnachweis dem Grunde nach noch nicht geführt. Die Kompensation für diesen Teil ist noch völlig offen, so dass diese 60. Änderung des Flächennutzungsplans noch nachzubessern und dies im Kapitel 3.3.1 des Umweltberichts zu dokumentieren ist.</p> <p>Wie schon telefonisch besprochen bitte ich darum, die Stellungnahme der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr vom 10.04.2014 zu berücksichtigen.</p> <p>Zur besseren Transparenz dieser Planung rege ich an, die teilweise Lage des Planbereiches im Wasserschutzgebiet Alexandersfeld (Schutzzone III B) auch zeichnerisch nachrichtlich gemäß § 5 Abs. 4 BauGB (Planzeichen Nr. 10.3 der Anlage zur Planzeichenverordnung) in die Planzeichnung zu übernehmen.</p> <p>Die Legende der Immissionsraster zur Darstellung der Pegelminderung durch etwaige Gebäude im Geltungsbereich des B-Plans Nr. 99 A tags in</p>	<p>Der Anregung wird gefolgt und die Begründung um die nebenstehend angeführte, neue Rechtsgrundlage angereichert.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Für den über das Maß des Bebauungsplanes hinausgehenden Kompensationsbedarf sind Kontingente im Flächenpool der Gemeinde Rastede in der entsprechenden Größenordnung vorhanden. Der Umweltbericht wird dazu überarbeitet.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die betreffende Stellungnahme wurde berücksichtigt (s. u.).</p> <p>Der Anregung wird nicht gefolgt. Der in der Begründung zur 60. Flächennutzungsplanänderung aufgenommene Hinweis zum Schutzgebiet wird seitens der Gemeinde Rastede als ausreichend erachtet.</p> <p>Dem Hinweis wurde gefolgt und das Schallgutachten entsprechend redaktionell angepasst.</p>

Anregungen	Abwägungsvorschläge
<p>2 m und 5 m über GOK (II. Anhang, Anlage 2 zur Schallimmissionsprognose der ted GmbH, Projekt Nr. 12.044-5/3, vom 14. März 2014) ist noch geringfügig wie folgt redaktionell zu überarbeiten: Tag Pegel dB(A) kleiner 55 anstatt größer 55.</p> <p>Kapitel 3.4 (der Planbereich im Nordwesten ist meines Erachtens nicht als Fläche für die Landwirtschaft, sondern als Grünfläche dargestellt) der Begründung ist trotz Zusage (siehe Abwägungsvorschlag) noch nicht angepasst und ist sowohl inhaltlich als auch redaktionell ("dargestellt" anstatt "darstellt") zu überarbeiten. Zur besseren Transparenz rege ich an dieser Stelle der Begründung das Einfügen einer Abbildung (Auszug aus dem Ursprungsplan im Nordwesten zuzüglich 6. Änderung für den übrigen Planbereich) an. Auch die Abbildung 1 des Umweltberichts wäre noch um die Darstellung aus dem (Ursprungs-)Flächennutzungsplan zu ergänzen.</p> <p>Kapitel 5.3 (Maßnahme zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft; das Wort "Boden" fehlt auch in der Überschrift Nr. 3 zur entsprechenden Planzeichenerklärung und ist dort noch zu ergänzen) und 5.4 (die Rechtsgrundlage für nachrichtliche Übernahmen im Flächennutzungsplan ist nicht § 9 (6) BauGB, sondern § 5 (4) BauGB, Flächennutzungspläne enthalten keine Festsetzungen) der Begründung sollten noch redaktionell überarbeitet werden, ebenso wie Kapitel 2.3 (der Stratjebusch befindet sich östlich, nicht westlich des Planbereiches) des Umweltberichts.</p> <p>Die Bewertung im Kapitel 3.1.3 des Umweltberichts weicht von der im Umweltbericht zum parallel in Aufstellung befindlichen Bebauungsplan Nr. 99A ab (Beeinträchtigung der Brutvögel hier erheblich, dort weniger erheblich). Ich bitte die abweichende Bewertung im selben Planbereich/Plangebiet aufzuklären, insbesondere angesichts der Feststellung im Kapitel 3.1.3 des Umweltberichts, dass die Aussagen auf den geringfügig größeren Geltungsbereich der 60. Flächennutzungsplanänderung übertragbar sind, und aus diesem Grund der faunistische Fachbeitrag ab Kapitel 7.0 entgegen meiner Anregung nicht überarbeitet worden ist. Auch weitere Bewertungen differieren (z. B. Schutzgut Wasser; Wallhecken) und sind meines Erachtens von daher aufklärungsbedürftig (differiert die Wertung auf Grund der abstrakteren Planungsebene?).</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die Begründung und der Umweltbericht werden entsprechend redaktionell angepasst.</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und die Begründung und der Umweltbericht entsprechend berichtigt. Die Planzeichnung und Planzeichenerklärung wurden nach der PlanZV erstellt. Das Wort „Boden“ in der Überschrift Nr. 3 kann hier demzufolge weiterhin entfallen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die Bewertung weicht im Rahmen des Umweltberichtes zur Flächennutzungsplanänderung dadurch ab, dass die Darstellung der Planzeichenerklärung für die Einschätzung der Bewertung der Umweltauswirkungen zu Grunde gelegt wird. Da über die vorbereitende Bauleitplanung keine Aussagen zu Festsetzungen von Erhaltungs- oder Ausgleichsmaßnahmen getroffen werden, ist bei den Schutzgütern somit vom worst case auszugehen. Die Bewertungen zwischen verbindlicher und vorbereitender Bauleitplanung weichen auf dieser Basis der abstrakteren Planungsebene dadurch voneinander ab.</p>

Oldenburgisch-Ostfriesischer Wasserverband Georgstraße 4 26919 Brake		
<p>In unserem Schreiben vom 10.2.2014 - T la-100/14/Sa/wil- haben wir bereits eine Stellungnahme zu dem o. g. Vorhaben abgegeben. Bedenken und Anregungen werden daher, soweit unsere damaligen Hinweise beachtet werden, nicht mehr vorgetragen.</p>		<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. In der betreffenden Stellungnahme weist der OOWV auf Hausanschlussleitungen (40 PE-HD) im westlichen Plangebietsrand hin, die im Zuge der Ausführungsplanung berücksichtigt werden. Eine Hauptversorgungsleitung (100 PVC) des OOWV im Nordosten verläuft innerhalb der Straßenverkehrsfläche „Am Stratjebusch“ und wird von dem Planvorhaben nicht berührt. Die Darstellung der Leitungen in der vorliegenden Flächennutzungsplanänderung sowie die Festsetzung der Leitungen im parallelen Bebauungsplan Nr. 99A ist demnach nicht erforderlich.</p>
Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr Geschäftsbereich Oldenburg Kaiserstraße 27 26122 Oldenburg		
<p>Das Plangebiet o.g. Bauleitpläne liegt mit Entfernungen zwischen 150 und 400 m östlich der von der Nieders. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, Geschäftsbereich Oldenburg betreuten A 29 und ist u. a. durch Emissionen belastet, die vom Verkehr auf der A 29 ausgehen. Folgendes ist zu beachten:</p> <p>Im Zuge der Straßenverkehrszählung 2010 wurden auf dem betroffenen Streckenabschnitt der A29 folgende Belastungen ermittelt (Zählstelle 139): DTV = 32.589 Kfz/24 h, Mt = 1898, Pt = 6,4 %, Mn = 227, Pn = 11,9 %.</p> <p>In der Verkehrsuntersuchung für die Küstenautobahn A 20 Westerstede bis Drochtersen (Stand: Februar 2012) wird im Planfall 4 für das Jahr 2025 folgende Belastung prognostiziert: 51.400 Kfz/24 h, davon 6520 SV/24 h. Auf der A 29 sind demnach deutlich höhere Verkehrsbelastungen zu erwarten, als die in der Schallimmissionsprognose des Büros ted, Bremerhaven vom März 2014 angenommenen. Ich bitte, dies in der schalltechnischen Berechnung zu berücksichtigen.</p> <p>Nach Abschluss des Verfahrens bitte ich unter Bezug auf Ziffer 38.2 der Verwaltungsvorschriften zum BauGB um Übersendung von zwei Ablichtungen der gültigen Bauleitpläne.</p>		<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Laut Stellungnahme des Schallgutachters vom 19.05.2014 ergibt sich durch den höheren Verkehrsansatz nach dem nebenstehend angeführten Planfall 4 für das Plangebiet sowohl tags als auch nachts eine Pegelerhöhung von 2 dB, die jedoch aus Sicht der Gemeinde Rastede aus den folgenden Gründen vernachlässigt werden kann:</p> <p>Eine Änderung des Mittelungspegels um mehr als 3 dB wird im Kontext mit der 16. BImSchV als eine wesentliche Änderung verstanden, da diese von der Mehrzahl der Betroffenen subjektiv als eine Änderung der Immissionsituation wahrgenommen wird. In Bezug auf den betrachteten Verkehrsweg ergibt sich rechnerisch eine Pegelerhöhung um 3 dB bei einer Verdopplung der Verkehrsmenge (Entspricht einer Verkehrsstärke von Mt = 4600 Kfz/h und Mn = 660 Kfz/h bzw. einem DTV \approx 78000 Kfz/24 h in Bezug auf den Ansatz aus der Zählung 2010 +20%). Die nebenstehenden Ausführungen zeigen, dass man im Planfall 4 von einer Verdopplung der Verkehrsmenge auf dem relevanten Abschnitt der geplanten Küstenautobahn weit entfernt ist.</p> <p>Eine Vernachlässigung der ermittelten Pegelerhöhung von 2 dB im Vergleich zu dem im Gutachten ursprünglich gewählten Verkehrsansatz sieht die Gemeinde Rastede zudem als vertretbar an, da für den Streckenabschnitt bislang noch kein Antrag auf Planfeststellung gestellt wurde.</p>

Anregungen von Bürgern

von den Bürgern wurden keine Anregungen vorgebracht.

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2014/122

freigegeben am **03.07.2014**

GB 3

Sachbearbeiter/in: Frau Tabea Triebe

Datum: 02.07.2014

Bebauungsplan 99 A - Wohngebiet Am Stratjebusch

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	15.07.2014	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	21.07.2014	Verwaltungsausschuss
Ö	22.07.2014	Rat

Beschlussvorschlag:

1. Die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen werden ebenso wie die im Rahmen der erneuten, verkürzten Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 4a Abs. 3 i. V. m. § 3 Abs. 2 BauGB sowie der erneuten, verkürzten Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4a Abs. 3 i. V. m. § 4 Abs. 2 BauGB auf der Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen am 15.07.2014 berücksichtigt.
2. Die bisherige Beschlussfassung und Abwägung wird bestätigt.
3. Der Bebauungsplan Nr. 99 A – Wohngebiet Am Stratjebusch mit Begründung und Umweltbericht sowie örtlichen Bauvorschriften wird gemäß § 1 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) in Verbindung mit § 10 Abs. 1 BauGB beschlossen.

Sach- und Rechtslage:

Die öffentliche Auslegung dieser Bauleitplanung wurde am 01.04.2014 durch den Verwaltungsausschuss ebenso beschlossen wie die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (s. Vorlage 2014/052). Im Rahmen dieser Auslegung wurden von einer Privatperson sowie dem Landkreis Ammerland Stellungnahmen abgegeben, die zu einer Änderung des Planentwurfs führten.

Im Einzelnen wurde eine vor wenigen Jahren neu angelegte Wallhecke als Schutzobjekt in den Bebauungsplan mit aufgenommen sowie der Radius der Wendeanlage im Bereich des WA 2 vergrößert. Durch die Anpassung des Entwurfs war eine erneute Auslegung erforderlich. Diese wurde am 03.06.2014 durch den Verwaltungsausschuss beschlossen unter der

Maßgabe, dass die Auslegung auf die Dauer von zwei Wochen verkürzt wird und nur für die geänderten oder ergänzten Teile des Planentwurfs gilt (s. Vorlage 2014/084).

Die im Rahmen beider Auslegungen eingegangenen Stellungnahmen sind dem Abwägungsvorschlag zu entnehmen. Weitere Änderungen am Planentwurf sind nicht erforderlich, sodass nunmehr der Satzungsbeschluss gefasst werden kann.

Finanzielle Auswirkungen:

Haushaltsmittel stehen zur Verfügung.

Anlagen:

1. Planzeichnung
2. Begründung
3. Umweltbericht mit Anlagen
4. Abwägungsvorschläge

Gemeinde Rastede

Bebauungsplan Nr. 99A "Wohngebiet Am Stratjebusch"

mit örtlichen Bauvorschriften



TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

- Innerhalb der festgesetzten allgemeinen Wohngebiete (WA1, WA2) gem. § 4 BauNVO sind die ausnahmsweise zulässigen Nutzungen gem. § 4 (3) BauNVO nicht Bestandteil des Bebauungsplanes (§ 1 (6) Nr. 1 BauNVO).
- Innerhalb der festgesetzten allgemeinen Wohngebiete (WA1) sind je Wohngebäude maximal zwei Wohneinheiten zulässig. Sofern als Einzelhaus mehrere Gebäude aneinander gebaut werden, ist je Wohngebäude nur eine Wohneinheit zulässig, je Doppelhaushälfte ist maximal eine Wohneinheit zulässig (§ 9 (1) Nr. 6 BauGB).
- Innerhalb der festgesetzten allgemeinen Wohngebiete (WA1, WA2) ist eine Überschreitung der festgesetzten Grundflächenzahl um bis zu 30 % zulässig (§ 19 (4) BauNVO).
- Innerhalb der festgesetzten allgemeinen Wohngebiete (WA1, WA2) gelten für bauliche Anlagen folgende Höhenbezugspunkte (§ 18 (1) BauNVO):
Oberer Bezugspunkt: a) Firsthöhe (FH): Obere Firstkante
b) Oberkante Fertigfußboden (OKFF): Oberkante des fertigen Erdgeschossfußbodens
Unterer Bezugspunkt: Straßenoberkante (Fahrbahnmittellinie) der nächsten Erschließungsstraße
- Auf den straßenseitigen, nicht überbaubaren Grundstücksflächen sind Garagen und überdachte Stellplätze (Carports) gem. § 12 (6) BauNVO und Außenanlagen in Form von Gebäuden gemäß § 14 (1) BauNVO nicht zulässig. Hiervon ausgenommen sind die nicht überbaubaren Grundstücksflächen entlang den festgesetzten öffentlichen Verkehrsflächen mit der Zweckbestimmung „Fuß- und Radweg“.
- In der festgesetzten abweichenden Bauweise (a) gem. § 22 (4) BauNVO sind die Gebäude mit seitlichem Grenzabstand als Einzelhäuser und Doppelhäuser bis zu einer Länge von max. 25,00 m zulässig. Hausgruppen sind nicht zulässig. Garagen gem. § 12 BauNVO und Nebenanlagen gem. § 14 BauNVO sind auf die Gebäudelänge nicht anzurechnen.
- In den mit LPB IV und III (Lärmpegelbereich IV und III) gekennzeichneten Bereichen innerhalb der festgesetzten Flächen für Vorkkehrungen zum Schutz gegen schädliche Umwelteinwirkungen gem. § 9 (1) Nr. 24 BauGB sind beim Neubau bzw. bei baulichen Veränderungen für Wohn- und Aufenthaltsräume im Sinne der DIN 4109 die folgenden erforderlichen resultierenden Schalldämm-Maße (R_w,res) durch die Außenbauteile (Wandanteil, Fenster, Lüftung, Dächer etc.) einzuhalten:
Lärmpegelbereich III:
Aufenthaltsräume von Wohnungen: erf. R_w,res = 35 dB
Büroräume u. ähnliches: erf. R_w,res = 30 dB
Lärmpegelbereich IV:
Aufenthaltsräume von Wohnungen: erf. R_w,res = 40 dB
Büroräume u. ähnliches: erf. R_w,res = 35 dB
- Innerhalb der mit LPB IV und III (Lärmpegelbereich IV und III) gekennzeichneten Bereichen ist als Vorkkehrung zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen i. S. d. BImSchG gem. § 9 (1) Nr. 24 BauGB bei Anordnung von schutzbedürftigen Räumen i. S. d. DIN 4109 an der zur Lärmquelle (A 29) zugewandten Gebäudeseite die erforderliche Gesamtschalldämmung der Außenfassaden auch im Lüftungszustand sicherzustellen.
- Innerhalb der festgesetzten Flächen für Vorkkehrungen zum Schutz vor schädliche Umwelteinwirkungen i. S. d. BImSchG gem. § 9 (1) Nr. 24 BauGB sind die Außenwohnbereiche (Terrassen, Balkone, Loggien etc.) nur auf der zur Lärmquelle (A 29) abgewandten Gebäudeseite im direkten Schallschatten des Gebäudes zulässig.
- Innerhalb des Plangebietes ist nach Maßgabe des Umweltberichtes zum Bebauungsplan Nr. 99A je Baugrundstück ein kleinkroniger Laub- oder Obstbaum gem. § 9 (1) Nr. 25a BauGB zu pflanzen. Die Anpflanzungen sind in der auf die Fertigstellung der baulichen Maßnahmen folgenden Pflanzperiode durchzuführen.
vorgeschlagene Pflanzenarten:
Laubbäume: Feldahorn, Kornelkirsche, Mehlbeere, Roldorn, Weißdorn, Stieleiche
Apfelsorten: Boskoop, Gröninger Krone, Jacob Fischer, Ostfriesischer Striebeling
Birnsorten: Gute Graue, Köstliche von Chameau, Neue Pointeau
Kirschsoroten: Oktavia, Donissens Gelbe Knorpekirsche, Morellenfeuer, Schattenmorelle
Qualitäten:
Bäume: Hochstämmle, 3 x verpflanzt, Stammumfang 12 -14 cm
Obstbäume: Hochstämmle, Stammumfang 8 - 10 cm
- Innerhalb der Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft gem. § 9 (1) Nr. 20 BauGB sind folgende Maßnahmen durchzuführen:
- Das in der Fläche geplante Regenrückhaltebecken ist nach Maßgabe des Umweltberichtes zum Bebauungsplan Nr. 99A naturnah anzulegen. Die umliegenden Flächen sind als Extensivweiese naturnah zu entwickeln (MF 1).
- In den Randbereichen sind die vorhandenen Gehölzstrukturen zu erhalten und durch heimische, standortgerechte Gehölze (Baum-Strauch-Anpflanzungen) aus der unten stehenden Pflanzenliste in einer Breite von 5,00 m zu ergänzen (MF 2).
- Das in der Fläche geplante Kleingewässer ist nach Maßgabe des Umweltberichtes zum Bebauungsplan Nr. 99A naturnah anzulegen (MF 3).
Pflanzenarten:
Bäume: Eberesche, Esche, Hainbuche, Stieleiche, Birke, Schwarzerle
Sträucher: Faulbaum, Holunder, Pfaffenhütchen, Hundrose, Schneeball, Weißdorn
Qualitäten:
Bäume: Heister, 2x verpflanzt, Höhe 125 - 150 cm
Sträucher: leichte Sträucher, 1 x verpflanzt, Höhe 70 - 90 cm
- Innerhalb der festgesetzten Fläche zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen gem. § 9 (1) Nr. 25a BauGB sind standortgerechte Gehölzanpflanzungen (Baum-Strauchhecken) nach Maßgabe des Umweltberichtes zum Bebauungsplan Nr. 99A anzulegen und auf Dauer zu erhalten. Die zu pflanzenden Gehölzarten sind der textlichen Festsetzung Nr. 11 zu entnehmen. Die Anpflanzungen sind in der auf die Fertigstellung der baulichen Maßnahmen folgenden Pflanzperiode durchzuführen.
- Innerhalb der festgesetzten allgemeinen Wohngebiete (WA) sind entlang der öffentlichen Straßenverkehrsflächen sowie der Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung „Fuß- und Radweg“ gem. § 9 (1) Nr. 25a BauGB standortgerechte Hecken anzupflanzen und auf Dauer zu erhalten. Die Anpflanzungen sind in der auf die Fertigstellung der baulichen Maßnahmen folgenden Pflanzperiode durchzuführen.
vorgeschlagene Pflanzenarten:
Hainbuche (Carpinus betulus)
Weißdorn (Crataegus oxyacantha)
Rotbuche (Fagus sylvatica)
Liguster (Ligustrum vulgare)
Stechpalme (Ilex aquifolium)
(vgl. örtliche Bauvorschrift Nr. 3 des Bebauungsplanes Nr. 99A)
- Innerhalb der Flächen zur Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen gem. § 9 (1) Nr. 25b BauGB ist der vorhandene Gehölzbestand zu schützen, zu pflegen und auf Dauer zu erhalten. Abgänge oder Beseitigungen auf Grund einer Befreiung sind adäquat zu ersetzen. Dies gilt auch für die festgesetzten Einzelbäume.
- Innerhalb der festgesetzten Fläche zum Erhalt und zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen gem. § 9 (1) Nr. 25a-b BauGB ist das vorhandene Gehölz zu erhalten und durch standortgerechte Gehölzanpflanzungen (Baum-Strauchhecken) nach Maßgabe des Umweltberichtes zum Bebauungsplan Nr. 99A zu ergänzen. Die zu pflanzenden Gehölzarten sind der textlichen Festsetzung Nr. 11 zu entnehmen. Die Anpflanzungen sind in der auf die Fertigstellung der baulichen Maßnahmen folgenden Pflanzperiode durchzuführen.

- Innerhalb der besonders gekennzeichneten, nicht überbaubaren Grundstücksflächen entlang der festgesetzten Flächen zur Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen gem. § 9 (1) Nr. 25b BauGB sind zum Schutz der angrenzenden Gehölzstrukturen gem. § 9 (1) Nr. 20 BauGB Bodenaufschüttungen und -abgrabungen, Boden- und Materialablagerungen sowie Flächenversiegelungen jeglicher Art unzulässig (Maßnahmenfläche).
- Innerhalb der besonders gekennzeichneten, nicht überbaubaren Grundstücksflächen entlang der festgesetzten Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft gem. § 9 (1) Nr. 20 BauGB sind zum Schutz des angrenzenden gesetzlich geschützten Biotops gem. § 9 (1) Nr. 20 BauGB Flächenversiegelungen jeglicher Art unzulässig (Maßnahmenfläche).

ÖRTLICHE BAUVORSCHRIFTEN

- Der Geltungsbereich der örtlichen Bauvorschriften gem. § 84 NBauO ist identisch mit dem des Bebauungsplanes Nr. 99A.
- Innerhalb der festgesetzten allgemeinen Wohngebiete (WA) sind die Dächer der Hauptgebäude ausschließlich als geeignete Dächer mit einer Neigung von $\geq 20^\circ$ zu errichten. Dies gilt nicht für:
- Dachgauben, Dachkerker, Krüppelwalme, Wintergärten,
- Terrassenvorbauten, Windfänge, Eingangsüberdachungen, Hauseingangstreppe, Erker, Balkone, sonstige Vorbauten und andere vortretende Gebäudeteile, wenn diese insgesamt nicht mehr als ein Drittel der Breite der jeweiligen Außenwand in Anspruch nehmen und wenn sie untergeordnet sind,
- Garagen gem. § 12 BauNVO und Nebenanlagen gem. § 14 BauNVO in Form von Gebäuden sowie
- Dächer, die zu mehr als 80% begrünt oder auf mehr als 30% der Dachfläche mit Anlagen zur Nutzung regenerativer Energien ausgestattet sind.
- Die Baugrundstücke sind zu den öffentlichen Verkehrsflächen durch standortgerechte Hecken einzufrieden. Die Mindesthöhe für die Hecken beträgt 0,60 m. Zulässig ist die Anlage von Zäunen innerhalb der Heckenanpflanzungen, welche die Höhe der Hecken nicht überschreiten.
Vorgeschlagene Pflanzenarten:
Hainbuche (Carpinus betulus)
Weißdorn (Crataegus oxyacantha)
Rotbuche (Fagus sylvatica)
Liguster (Ligustrum vulgare)
Stechpalme (Ilex aquifolium)
- Gemäß § 84 (3) Nr. 4 NBauO sind im Geltungsbereich des Bebauungsplanes oberirdische Freileitungen (Niederspannungs- und Fernmeldeleitungen) nicht zulässig.

NACHRICHTLICHE ÜBERNAHME

- Innerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes befinden sich gem. § 22 (3) NAGBNatSchG geschützte Wallhecken.
- Innerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes befindet sich ein gem. § 30 BNatSchG geschütztes Biotop.
- Das Plangebiet befindet sich teilweise innerhalb des Trinkwasserschutzgebiets Alexandersfeld (Schutzzone III B). Die Verbote bzw. Nutzungseinschränkungen des Niedersächsischen Wassergesetzes (NWG) sind zu berücksichtigen.

HINWEISE

- Sollten bei den geplanten Bau- und Erdarbeiten ur- oder frühgeschichtliche Bodenfunde (das können u. a. sein: Tongefäßscherben, Holzkohlenasammungen, Schläcken sowie auffällige Bodenverfärbungen u. Steinkonzentrationen, auch geringe Spuren solcher Funde) gemacht werden, sind diese gem. § 14 (1) des Nds. Denkmalschutzgesetzes (NDSchG) meldepflichtig und müssen der zuständigen unteren Denkmalschutzbehörde des Landkreises Ammerland oder dem Nds. Landesamt für Denkmalpflege Referat Archäologie - Stützpunkt Oldenburg, Otener Straße 15, 26121 Oldenburg, Tel. 0441/799-2120 unverzüglich gemeldet werden. Meldepflichtig ist der Finder, der Leiter der Arbeiten oder der Unternehmer. Bodenfunde und Fundstellen sind nach § 14 (2) des NDSchG bis zum Ablauf von 4 Werktagen nach der Anzeige unverändert zu lassen, bzw. für ihren Schutz ist Sorge zu tragen, wenn nicht die Denkmalschutzbehörde vorher die Fortsetzung der Arbeit gestattet.
- In der Umgebung des Plangebietes befindet sich ein Baudenkmal (Wohn- und Wirtschaftsgebäude Kötersweg 30, Objektkennziffer: 451005.00120). Sämtliche Baumaßnahmen in der Umgebung des Baudenkmales, die dessen Erscheinungsbild beeinflussen können, bedürfen gem. § 10 (1) Nr. 4 NDSchG einer denkmalrechtlichen Genehmigung.
- Sollten bei den geplanten Bau- und Erdarbeiten Hinweise auf Alttablagerungen zutage treten, so ist unverzüglich die untere Bodenschutzbehörde des Landkreises Ammerland zu benachrichtigen.
- Sollten bei den geplanten Bau- und Erdarbeiten Hinweise auf Kampfmittelreste zutage treten, so ist unverzüglich der Kampfmittelbeseitigungsdienst des LGLN-Regionaldirektion Hannover zu benachrichtigen.
- Innerhalb des Plangebietes verläuft im westlichen Planungsbereichs eine Ortsnetzgasleitung der EWE Netz GmbH. Die Leitung darf nicht in ihrer Lage und in ihrem Bestand gefährdet werden. Eine ggf. notwendige Neu- oder Umverlegung der Leitung ist rechtzeitig mit dem Versorgungsträger abzustimmen.
- Die in der textlichen Festsetzungen Nr. 7 und 8 angeführte DIN-Vorschrift ist beim Bauamt der Gemeinde Rastede einzusehen.
- Aus dem Plangebiet können im Hinblick auf die von der A 29 ausgehenden Emissionen keine Ansprüche gegenüber dem Träger der Straßenbaulast gestellt werden.
- Es ist die Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNutzungsverordnung - BauNVO 1990) anzuwenden.

PRÄAMBEL UND PLANZIELE

Aufgrund des § 1 Abs. 3 und des § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) i. V. m. § 58 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) sowie § 84 der Niedersächsischen Bauordnung (NBauO) in den jeweils aktuellen Fassungen hat der Rat der Gemeinde Rastede diesen Bebauungsplan Nr. 99A "Wohngebiet Am Stratjebusch", bestehend aus der Planzeichnung, den textlichen Festsetzungen sowie den örtlichen Bauvorschriften als Satzung beschlossen.

Rastede, den

Bürgermeister

VERFAHRENSVERMERKE

PLANUNTERLAGE

Kartengrundlage: Liegenschaftskarte
Maßstab: 1:1.000
Quelle: Auszug aus den Geobasisdaten der Niedersächsischen

Vermessungs- und Katasterverwaltung,

© 2011



Die Planunterlage entspricht dem Inhalt des Liegenschaftskatasters und weist die städtebaulich bedeutsamen baulichen Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach (Stand vom). Sie ist hinsichtlich der Darstellung der Grenzen und der baulichen Anlagen geometrisch einwandfrei.

Die Übertragbarkeit der neu zu bildenden Grenzen in die Örtlichkeit ist einwandfrei möglich.

Westerstede,

Katasteramt Westerstede

PLANVERFASSER

Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 99A "Wohngebiet Am Stratjebusch" mit örtlichen Bauvorschriften wurde ausgearbeitet vom Planungsbüro Diekmann & Mosebach.

Rastede,

Dipl. Ing. O. Mosebach
(Planverfasser)

AUFSTELLUNGSBESCHLUSS

Der Verwaltungsausschuss der Gemeinde Rastede hat in seiner Sitzung am die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 99A "Wohngebiet Am Stratjebusch" mit örtlichen Bauvorschriften beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss ist gem. § 2 Abs. 1 BauGB am ortsüblich bekanntgemacht.

Rastede,

Bürgermeister

ÖFFENTLICHE AUSLEGUNG

Der Verwaltungsausschuss der Gemeinde Rastede hat in seiner Sitzung am dem Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 99A "Wohngebiet Am Stratjebusch" mit örtlichen Bauvorschriften und der Begründung zugestimmt und die öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen. Ort und Dauer der Auslegung wurden am ortsüblich bekannt gemacht. Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 99A "Wohngebiet Am Stratjebusch" mit örtlichen Bauvorschriften und der Begründung sowie die wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen haben vom bis zum gem. § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegt.

Rastede,

Bürgermeister

ÖFFENTLICHE AUSLEGUNG MIT EINSCHRÄNKUNG

Der Verwaltungsausschuss der Gemeinde Rastede hat in seiner Sitzung am dem geänderten Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 99A "Wohngebiet Am Stratjebusch" mit örtlichen Bauvorschriften und der Begründung zugestimmt und die erneute öffentliche Auslegung mit Einschränkung gem. § 4a (3) Satz 2 u. 3 i. V. m. § 3 (2) BauGB beschlossen. Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden am ortsüblich bekannt gemacht. Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 99A "Wohngebiet Am Stratjebusch" mit örtlichen Bauvorschriften und der Begründung sowie die wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen haben vom bis zum gem. § 4a (3) Satz 2 u. 3 i. V. m. § 3 (2) erneut öffentlich ausgelegt.

Rastede,

Bürgermeister

SATZUNGSBESCHLUSS

Der Rat der Gemeinde Rastede hat den Bebauungsplan Nr. 99A "Wohngebiet Am Stratjebusch" mit örtlichen Bauvorschriften nach Prüfung der Stellungnahmen gem. § 3 Abs. 2 BauGB in seiner Sitzung am als Satzung (§ 10 BauGB) sowie die Begründung beschlossen.

Rastede,

Bürgermeister

BEKANNTMACHUNG

Der Satzungsbeschluss des Bebauungsplanes Nr. 99A "Wohngebiet Am Stratjebusch" mit örtlichen Bauvorschriften ist gem. § 10 Abs. 3 BauGB am ortsüblich bekannt gemacht worden. Der Bebauungsplan ist damit am in Kraft getreten.

Rastede,

Bürgermeister

VERLETZUNG VON VORSCHRIFTEN

Innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Bebauungsplanes Nr. 99A "Wohngebiet Am Stratjebusch" mit örtlichen Bauvorschriften ist die Verletzung von Vorschriften beim Zustandekommen des Bebauungsplanes und der Begründung nicht geltend gemacht worden.

Rastede,

Bürgermeister

BEGLAUBIGUNG

Diese Ausfertigung des Bebauungsplanes Nr. 99A "Wohngebiet Am Stratjebusch" mit örtlichen Bauvorschriften stimmt mit der Urschrift überein.

Rastede,

Bürgermeister

VERFAHRENSSCHLUSSVERMERK

Mit Rechtswirkung des Bebauungsplanes Nr. 99A "Wohngebiet Am Stratjebusch" treten die für den Geltungsbereich geltenden textlichen Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 53 "Sportplatz Südende" außer Kraft.

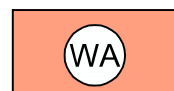
Rastede,

Bürgermeister

PLANZIEHNERKLÄRUNG

Anlage 1 zu Vorlage 2014/122

1. Art der baulichen Nutzung



Allgemeines Wohngebiet (WA)

max. 2 WO

Anzahl der Wohnungen in Wohngebäuden

2. Maß der baulichen Nutzung

0,35

zulässige Grundflächenzahl (GRZ), z.B. 0,35

II

Zahl der Vollgeschosse als Höchstmaß

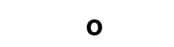
FH \leq 9,50 m

Firsthöhe als Höchstmaß

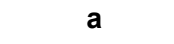
OKFF \leq 0,30 m

Oberkante Fertigfußboden als Höchstmaß

3. Bauweise, Baugrenzen



nur Einzel- und Doppelhäuser zulässig



offene Bauweise



abweichende Bauweise



Baugrenze

4. Verkehrsflächen



öffentliche Straßenverkehrsfläche

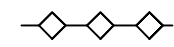


Straßenbegrenzungslinie



Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung: Fuß- und Radweg

5. Hauptversorgungs- und Hauptwasserleitungen



Hauptversorgungsleitung, hier: Gasleitung (unterirdisch)

6. Grünflächen



private Grünfläche

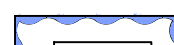


öffentliche Grünfläche



Zweckbestimmung "Spielplatz"

7. Wasserflächen und Flächen für die Wasserwirtschaft, den Hochwasserschutz und die Regelung des Wasserabflusses



Umgrenzung von Flächen für die Wasserwirtschaft, den Hochwasserschutz und die Regelung des Wasserabflusses, hier: Regenrückhaltebecken

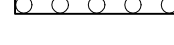
8. Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft



Erhaltung von Einzelbäumen



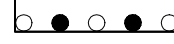
Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen



Umgrenzung von Flächen für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen



Umgrenzung von Flächen für die Erhaltung und zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen



Umgrenzung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (MF 1-3)



Umgrenzung von Schutzgebieten und Schutzobjekten i. S. d. Naturschutzrechts hier: gem. § 30 BNatSchG geschütztes Biotop

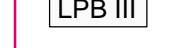
9. Sonstige Planzeichen



Fläche für Vorkkehrungen zum Schutz gegen schädliche Umwelteinwirkungen i. S. d. BImSchG



Lärmpegelbereiche (LPB) gem. DIN 4109, z.B. LPB III



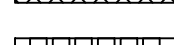
nicht überbaubare Grundstücksflächen, auf denen Bodenaufschüttungen und -abgrabungen, Boden- und Materialablagerungen sowie Flächenversiegelungen jeglicher Art unzulässig sind



nicht überbaubare Grundstücksflächen, auf denen Flächenversiegelungen jeglicher Art unzulässig sind



Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu belastende Flächen



Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes



Grenze des räumlichen Geltungsbereiches zum zweiten Bauschnitt

Gemeinde Rastede

Landkreis Ammerland

Bebauungsplan Nr. 99A "Wohngebiet Am Stratjebusch"

mit örtlichen Bauvorschriften

Übersichtsplan unmaßstäblich



Diekmann & Mosebach

Regionalplanung Stadt- und Landschaftsplanung

Entwicklungs- und Projektmanagement

Oldenburger Straße 86 26180 Rastede Tel. (04402) 91 16 30 Fax 91 16 40



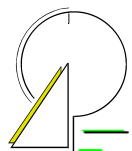
GEMEINDE RASTEDE

Landkreis Ammerland



Bebauungsplan Nr. 99A „Wohngebiet Am Stratjebusch“ mit örtlichen Bauvorschriften

Begründung (Teil I)



INHALTSÜBERSICHT

TEIL I: BEGRÜNDUNG

1.0	ANLASS UND ZIEL DER PLANUNG	1
1.1	Städtebaulicher Bedarf/ Standortentscheidung	2
1.1.1	Städtebaulicher Bedarf	2
1.1.2	Standortwahl/ Standortentscheidung	4
2.0	RAHMENBEDINGUNGEN	5
2.1	Kartenmaterial	5
2.2	Räumlicher Geltungsbereich	5
2.3	Nutzungsstrukturen und städtebauliche Situation	6
3.0	PLANERISCHE VORGABEN UND HINWEISE	6
3.1	Landesraumordnungsprogramm (LROP)	6
3.2	Regionales Raumordnungsprogramm (RROP)	6
3.3	Vorbereitende Bauleitplanung	6
3.4	Verbindliche Bauleitplanung	7
3.5	Städtebauliches Entwicklungskonzept	7
4.0	ÖFFENTLICHE BELANGE	8
4.1	Belange von Natur und Landschaft	8
4.2	Belange des Immissionsschutzes	9
4.2.1	Verkehrslärm	9
4.2.2	Sportlärm	10
4.3	Belange der Wasserwirtschaft	10
4.4	Abstand zu Wald	11
4.5	Belange des Denkmalschutzes	11
4.6	Altablagerungen	11
5.0	INHALT DES BEBAUUNGSPLANES	12
5.1	Art der baulichen Nutzung	12
5.2	Maß der baulichen Nutzung	12
5.3	Bauweise, überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksflächen	13
5.4	Höchstzulässige Zahl der Wohnungen in Wohngebäuden	13
5.5	Verkehrsflächen	14
5.5.1	Straßenverkehrsflächen	14
5.5.2	Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung: Fuß- und Radweg	14
5.6	Hauptversorgungsleitung (Gasleitung)	14
5.7	Private und öffentliche Grünflächen	14
5.8	Mit Leitungsrecht zu belastende Fläche	14
5.9	Flächen für die Wasserwirtschaft und zur Regelung des Wasserabflusses	15
5.10	Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft	15
5.11	Maßnahmen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen	15
5.12	Erhaltung und Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen	16
5.13	Umgrenzung von Schutzgebieten und Schutzobjekten im Sinne des Naturschutzrechts	17

6.0	ÖRTLICHE BAUVORSCHRIFTEN	17
7.0	VERKEHRLICHE UND TECHNISCHE INFRASTRUKTUR	18
	VERFAHRENSGRUNDLAGEN / -ÜBERSICHT / -VERMERKE	19
	Rechtsgrundlagen	19
	Verfahrensübersicht	19
	Aufstellungsbeschluss	19
	Beteiligung der Öffentlichkeit	19
	Öffentliche Auslegung	19
	Öffentliche Auslegung mit Einschränkung	19
	Satzungsbeschluss	20
	Planverfasser	20

1.0 ANLASS UND ZIEL DER PLANUNG

Die Gemeinde Rastede beabsichtigt aufgrund der anhaltenden Nachfrage im Gemeindegebiet, weitere Wohnbaugrundstücke im Hauptort konkret zu erschließen und stellt zu diesem Zweck den Bebauungsplan Nr. 99A "Wohngebiet Am Stratjebusch" auf.

Das derzeit vorwiegend landwirtschaftlich genutzte Plangebiet mit einer Flächengröße von 4,5 ha befindet sich zentrumsnah im Südwesten des Hauptortes zwischen den bestehenden Siedlungsstrukturen an der Carl-Rohde-Straße und der in Realisierung befindlichen Sportanlage am Köttersweg. Anlässlich der anhaltend hohen Nachfrage nach Wohnbauland soll der bereits bestehende Siedlungsansatz an der Carl-Rohde-Straße entsprechend den städtebaulichen Standortempfehlungen des Gemeindeentwicklungskonzeptes Rastede 2000+ (2004 mit Fortschreibung im Jahr 2012) weiterentwickelt werden. Im Rahmen der parallelen 60. Flächennutzungsplanänderung wird hierzu aktuell eine Gesamtfläche von 5,5 ha als Wohnbaufläche (W) für die langfristige Siedlungsentwicklung gesichert. Grundlage für das Planvorhaben ist die im Zuge der 51. Flächennutzungsplanänderung „Südlich Schloßpark“ (2012) erstellte überschlägige Wohnbauflächenbedarfsanalyse, wonach unter Berücksichtigung des im Plangebiet „Südlich Schloßpark“ bereits realisierten Flächenangebotes bis zum Jahr 2030 ein Wohnbauflächenbedarf von ca. 15 ha im Hauptort Rastede besteht (vgl. Kap. 1.1).

Zur Sicherstellung einer geordneten Gebietsentwicklung wurde im Vorfeld zu dieser Bauleitplanung ein städtebauliches Entwicklungskonzept zur Gesamtfläche des „Wohngebietes Am Stratjebusch“ erarbeitet, wonach hier weitestgehend Baugrundstücke für die Realisierung von Einzel- und Doppelhäusern geschaffen werden sollen. Im Westen ist ferner ein Flächenangebot für die Realisierung von Reihenhäusern entsprechend der aktuellen Bedarfssituation vorgesehen (vgl. Kap. 3.5). Der vorliegende Bebauungsplan Nr. 99A schafft die planungsrechtlichen Voraussetzungen für den ersten Bauabschnitt des geplanten Wohngebietes. Eine ca. 1 ha große Fläche nordwestlich des Plangebietes soll künftig bedarfsgerecht über einen weiteren Bebauungsplan entwickelt werden.

Entsprechend dem dargelegten Planungsziel werden im vorliegenden Bebauungsplan allgemeine Wohngebiete (WA) gem. § 4 BauNVO mit einem an das bauliche Umfeld orientierten Maß der baulichen Nutzung festgesetzt. Folglich wird weitestgehend eine Grundflächenzahl (GRZ) von 0,35 festgesetzt. Im westlichen Bereich wird eine GRZ von 0,4 entsprechend der hier angestrebten Reihenhausbauweise festgesetzt. Die Gebäude sind in maximal zweigeschossiger Bauweise und mit einer maximalen Firsthöhe (FH) von 9,50 m zu errichten. Zur Vermeidung einer unverträglichen städtebaulichen Verdichtung sind pro Einzelhaus maximal zwei Wohnungen bzw. pro Doppelhaushälfte maximal eine Wohnung zulässig. Zur ortsverträglichen Einbindung des Wohngebietes in die umliegenden Siedlungs- und Landschaftsstrukturen werden örtliche Bauvorschriften formuliert. Die im Plangebiet vorhandenen Wallhecken sowie weitere ortsbildprägende Gehölzstrukturen werden weitestgehend zum Erhalt festgesetzt. Das im Plangebiet im südlichen Bereich vorhandene Biotop (Wiesentümpel) bleibt künftig ebenfalls erhalten und wird im Bebauungsplan gem. § 9 (6) BauGB nachrichtlich übernommen. Der umliegende Bereich wird großräumig als Kompensationsfläche u. a. zur Unterbringung eines naturnah gestalteten Regenrückhaltebeckens festgelegt. Zur weitergehenden Eingrünung des Plangebietes werden verschiedene Anpflanzmaßnahmen festgesetzt.

Zur Berücksichtigung der Schutzansprüche im Hinblick auf den von der Bundesautobahn 29 ausgehenden Verkehrslärm werden auf der Grundlage einer durchgeführten schalltechnischen Untersuchung passive Schallschutzmaßnahmen festgesetzt. Gemäß der im Vorfeld ebenfalls durchgeführten Untersuchung zu möglichen Konflikten

aufgrund des Sportlärms ausgehend von der in Realisierung befindlichen Sportanlage am Köttersweg werden die Richtwerte gemäß der 18. BImSchV (Sportanlagenlärmschutzverordnung) für die geplanten Wohnnutzungen eingehalten. Die Erschließung des Wohngebietes erfolgt über eine interne Erschließungsstraße, die im Nordosten an die Straße "Am Stratjebusch" angebunden ist.

In der Abwägung gem. § 1 (7) BauGB sind die Belange des Umweltschutzes, des Naturschutzes und der Landschaftspflege gem. § 1 (6) Nr. 7 BauGB zu berücksichtigen (vgl. § 1a BauGB). Diese werden im Umweltbericht gem. § 2a BauGB zum Bebauungsplan Nr. 99A beschrieben und bewertet. Für die unvermeidbaren erheblichen Beeinträchtigungen der Schutzgüter und ihrer Funktionen sind im Rahmen des Planvorhabens Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen vorzusehen (vgl. Kap. 4.1). Die besonderen artenschutzrechtlichen Belange werden ebenfalls berücksichtigt (vgl. Faunistischer Fachbeitrag zum Bebauungsplan Nr. 99A/ 60. Flächennutzungsplanänderung „Wohngebiet Am Stratjebusch“).

1.1 Städtebaulicher Bedarf/ Standortentscheidung

Im Rahmen dieser Bauleitplanung ist entsprechend den Vorgaben des § 1a (2) BauGB insbesondere die Notwendigkeit der Umwandlung landwirtschaftlich genutzter Flächen zu begründen. Der städtebauliche Bedarf sowie die Standortentscheidung für das Planvorhaben werden in den beiden nächsten Kapiteln entsprechend dargelegt.

1.1.1 Städtebaulicher Bedarf

Die Gemeinde Rastede plant im Rahmen dieser Bauleitplanung (60. Flächennutzungsplanänderung + Bebauungsplan Nr. 99A) die Wohnnutzung im Hauptort auszuweiten, wodurch der langfristige Siedlungsbedarf für den Planungszeitraum bis zum Jahr 2030 teilweise sichergestellt werden soll.

Planerische Grundlage für die geplante wohnbauliche Entwicklung bildet die folgende, im Zuge der 51. Flächennutzungsplanänderung "Südlich Schloßpark" (2012) überschlägig durchgeführte Wohnbauflächenbedarfsanalyse, die den Siedlungsbedarf für das gesamte Gemeindegebiet sowie den anteiligen Bedarf im Hauptort Rastede für einen Planungshorizont bis zum Jahr 2030 aufzeigt (vgl. Tabelle im Anhang). Die Ermittlung des zukünftigen Baulandbedarfs setzt sich dabei aus den folgenden drei Faktoren zusammen:

- Prognostizierte Bevölkerungsentwicklung bis zum Jahr 2030,
- Entwicklung der durchschnittlichen Haushaltsgröße,
- Gebäudestruktur und deren Flächenbedarf.

Die bisherige Bevölkerungsentwicklung in Rastede ist analog der regionalen und überregionalen Trends vornehmlich durch Wanderungsbewegungen bestimmt, während die natürliche Bevölkerungsentwicklung seit einigen Jahren rückläufig ist. Aufgrund des demografischen Wandels (geringe Geburtenraten - zunehmende Alterung der Bevölkerung) ist auch für die Zukunft davon auszugehen, dass allein von Seiten der natürlichen Bevölkerungsbewegung kein Wachstum der Bevölkerung mehr zu erwarten sein wird. Mögliches Wachstum der Bevölkerung kann nur noch über intra- und interregionale Wanderungsbewegungen erzeugt werden. In Anbetracht der günstigen Lage der Gemeinde Rastede im Verflechtungsbereich des Oberzentrums Oldenburg, positiver wirtschaftsstruktureller Entwicklungen und den attraktiven Wohnstandortbedingungen (z. B. umfassendes Versorgungs- und Infrastrukturangebot, reizvolle Landschaft, günstige Verkehrsanbindung etc.) ist hier entsprechend der bisherigen Entwicklung auch weiterhin mit Bevölkerungszuwächsen zu rechnen.

Aktuell vorliegende Bevölkerungsvorausberechnungen bestätigen dieses Entwicklungspotenzial für die Gemeinde Rastede: Der Landesbetrieb für Statistik und Kommunikationstechnologie (LSKN) sowie der Demographiebericht des Wegweisers Kommune der Bertelsmannstiftung (vgl. <http://wegweiser-kommune.de>) prognostizieren für Rastede im Untersuchungszeitraum 2010 bis 2030 einen Bevölkerungszuwachs von 6 %. Die demografische Studie „Die demografische Lage der Nation. Wie zukunftsfähig sind Deutschlands Regionen?“ des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung aus dem Jahr 2006 geht sogar von einem Wachstumspotenzial von 5 – 10 % für die Region Ammerland im Zeitraum von 2004 bis 2020 aus. Im Rahmen der "Wohnbauflächenbedarfsanalyse 2030" wurde daher ein Bevölkerungszuwachs von 6 % zum Ansatz gebracht. Die Prognose ergibt somit einen Anstieg der Bevölkerung von 20.939 Einwohnern im Jahr 2011 auf 22.195 Einwohner im Jahr 2030 (+ 1.256 Personen). Angesichts der o. g. Standortvorteile der Gemeinde Rastede wird ein Zuwachs der erwerbstätigen Bevölkerung, etwa von jungen Erwachsenen im Familiengründungsalter erwartet. Entsprechend ist in den nächsten Jahren mit einer anhaltenden Nachfrage nach attraktiven Wohnbaugrundstücken zu rechnen, den es seitens der Gemeinde Rastede zum langfristigen Erhalt der vorhandenen Versorgungsstrukturen aktiv zu fördern gilt. Das regional, im ländlichen Raum vorherrschende Einfamilienhaus stellt hierbei nach wie vor den bevorzugten Gebäudetyp dar. Im Rahmen der o. g. Bedarfsprognose ist eine entsprechende Gebäudestruktur mit dem jeweiligen Flächenbedarf angesetzt worden. Städtebauliches Planungsziel der Gemeinde Rastede ist es, für die o. g. Zielgruppe ein umfassendes Angebot an attraktiven Wohnbaugrundstücken zu schaffen, wodurch dem demografischen Wandel und dessen strukturellen Folgen für die örtliche Infrastruktur (Kindergärten, Schulen etc.) langfristig entgegengewirkt werden kann.

Neben der zu erwartenden Bevölkerungsentwicklung ist auch die Veränderung der Haushaltsstrukturen für die weitere Siedlungsentwicklung relevant. Das Schrumpfen der Haushaltsgrößen bedingt einerseits einen höheren Flächenbedarf, da die absolute Anzahl der Haushalte steigt. Andererseits wächst die Nachfrage nach kleineren Wohnungen in Doppelhäusern, Mehrfamilienhausanlagen und Geschosswohnungsbauten. In der Gemeinde Rastede beträgt die durchschnittliche Haushaltsgröße derzeit bereits 1,71 Personen, was auf den hohen Anteil der älteren, oft allein lebenden Bevölkerung zurückzuführen ist. Für die Bedarfsprognose wurde eine durchschnittliche Haushaltsgröße von 2,0 Personen angesetzt, was dem derzeitigen Landesdurchschnitt entspricht. Somit ist im Jahr 2030 auf Grundlage der Einwohnerzahl im Jahr 2011 (20.939 Einwohner) und der prognostizierten Einwohnerzahl im Jahr 2030 (22.195 (Einwohner) mit 628 zusätzlichen Haushalten zu rechnen.

Für den konkreten Bedarf an Nettowohnbauland wurde die folgende, in den derzeitigen Siedlungsgebieten vorherrschende und von Bauinteressierten bevorzugt nachgefragte Gebäudestruktur mit dem jeweiligen Flächenbedarf angesetzt:

- | | |
|---------------------------|--------------------|
| • 70 % Einfamilienhäuser | 650 m ² |
| • 15 % Doppelhäuser | 350 m ² |
| • 15 % Mehrfamilienhäuser | 150 m ² |

Unter Berücksichtigung dieser Faktoren ergibt sich ein Nettobaulandbedarf von ca. 33 ha. Zusätzlich ist noch ein Flächenzuschlag von 30% für notwendige Grün-, Verkehrs- und Wasserflächen sowie für interne Ausgleichsmaßnahmen zu berücksichtigen. Hieraus errechnet sich ein Bruttobaulandbedarf von ca. 43 ha für den Planungszeitraum bis zum Jahr 2030 für die gesamte Gemeinde Rastede. Entsprechend dem raumordnerischen Konzept zur Stärkung der zentralen Orte soll die künftige Siedlungsentwicklung innerhalb der Gemeinde Rastede in erster Linie im Bereich der vorhandenen Siedlungsschwerpunkte und hier vornehmlich im als Mittelzentrum eingestuften Hauptort Rastede liegen. Demzufolge wurde der Hauptanteil (ca. 80%) des er-

mittelten Bruttobaulandbedarfs dem Ort Rastede zugewiesen, wodurch hier ein Flächenbedarf bis zum Jahr 2030 von ca. 35 ha angesetzt werden kann. Da das über die 51. Flächennutzungsplanänderung „Südlich Schloßpark“ geschaffene Flächenangebot von insgesamt 19,9 ha beidseitig des Loyer Wegs bereits zur anteiligen Deckung des für den Hauptort ermittelten Bedarfs diene, reduziert sich der Wohnbauflächenbedarf entsprechend auf nunmehr ca. 15 ha bis zum Jahr 2030. Die im Plangebiet "Südlich Schloßpark" über die beiden Bebauungspläne Nr. 93A und 93B bereits erschlossenen Baugrundstücke südlich des Loyer Wegs sind bereits vollständig verkauft, während die Nachfrage nach Baugrundstücken im Ort Rastede unverändert anhält. Eine Weiterentwicklung an diesem Standort ist zur Zeit jedoch nicht vorgesehen, um den Ort städtebaulich nicht einseitig nur im südöstlichen Teil zu entwickeln (vgl. Kap. 1.1.2 „Standortwahl / Standortentscheidung“).

Die mit der parallelen 60. Flächennutzungsplanänderung beabsichtigte Neuausweisung von Wohnbauflächen auf einer Gesamtfläche von ca. 5,5 ha im Bereich des „Stratje-Buschs“ stellt vor diesem Hintergrund eine angemessene Angebotsplanung für den Planungszeitraum bis zum Jahr 2030 dar, um dem zu erwartenden Bevölkerungszuwachs und der daraus resultierenden Nachfrage, insbesondere nach Baugrundstücken für die Realisierung von Einzel- und Doppelhäusern im Hauptort Rastede anteilig Rechnung zu tragen. Angesichts der aktuellen Nachfragesituation soll zugleich ein Angebotsrahmen für die Realisierung von Reihenhäusern geschaffen werden.

Die konkrete Erschließung des Plangebietes ist in zwei Entwicklungsabschnitten vorgesehen. Mit der Aufstellung des vorliegenden Bebauungsplanes Nr. 99A erfolgt die Entwicklung des ersten Bauabschnitts auf einer Gesamtfläche von 4,5 ha. Für die betreffenden Baugrundstücke sind bei der Gemeinde Rastede bereits Interessenten vorgemerkt, wodurch sich ein entsprechender Siedlungsbedarf konkret abzeichnet und das städtebauliche Erfordernis nach § 1 (3) BauGB gegeben ist.

1.1.2 Standortwahl/ Standortentscheidung

Die konkrete Standortentscheidung für das geplante Wohngebiet basiert auf dem Gemeindeentwicklungskonzept Rastede 2000+ (2004). In diesem wurden insgesamt 14 Flächen des Hauptortes unter Berücksichtigung städtebaulicher und naturschutzfachlicher Kriterien (z. B. Immissionslage (Geruch, Lärm), Erschließung, Beeinträchtigung von Natur und Landschaft, Landschaftsbild, ÖPNV-Anbindung) im Hinblick auf ihre Eignung für eine wohnbauliche Entwicklung geprüft. Für die ermittelten Potentialflächen wurden ferner Prioritäten für die konkrete Umsetzung festgelegt. Das Gemeindeentwicklungskonzept wird seitens der Gemeinde Rastede kontinuierlich geprüft und fortgeschrieben, um weiterhin als geeignete Grundlage für kommunale Standortentscheidungen dienen zu können. Die erst im Rahmen der 51. Flächennutzungsplanänderung „Südlich Schloßpark“ im Jahr 2012 vorgenommene Überprüfung der potentiellen Wohnbauflächen ergab keine neuen Erkenntnisse in Bezug auf die jeweilige Standorteignung der im Entwicklungskonzept erfassten Potentialflächen:

Anlässlich des vorliegenden Planvorhabens erfolgte seitens der Gemeinde Rastede eine erneute Betrachtung der potenziellen Entwicklungsflächen bezüglich einer zeitnahen Inanspruchnahme. Die Fläche mit der im Entwicklungskonzept festgelegten höchsten Priorität (Im Göhlen) ist bereits nahezu vollständig erschlossen und bietet nur noch wenig Erweiterungspotential. Die Entwicklungsflächen im Bereich des Loyer Wegs mit der Prioritätsstufe 2 bieten nur noch nördlich des Loyer Wegs Entwicklungsspielraum. An diesem Standort soll wie erwähnt jedoch vorerst keine weitere Entwicklung stattfinden, um den Ort städtebaulich nicht einseitig nur im südöstlichen Teil zu entwickeln. Die Fläche mit der Prioritätsstufe 3 (Buschweg/Voßbarg) scheidet derzeit aufgrund der Lärmsituation durch die Bahn sowie fehlender Grundstücksverfügbarkeit aus. Vor diesem Hintergrund hat sich die Gemeinde Rastede zur weitergehenden De-

ckung des Siedlungsbedarfes für die Entwicklung der Fläche im Bereich „Am Stratjebusch“ mit der im o. g. Konzept festgelegten Prioritätsstufe 4 entschieden. Die Standortentscheidung für das Planvorhaben basiert somit auf einer fachlich fundierten Grundlage unter Berücksichtigung der Ziele der Landes- und Regionalplanung und der kommunalen städtebaulichen Entwicklungsziele.

Entsprechend der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung, die Siedlungsentwicklung vornehmlich auf den Innenbereich zu konzentrieren verfolgt die Gemeinde Rastede, wie ebenfalls im Gemeindeentwicklungskonzept festgehalten wurde, auch das städtebauliche Ziel, vorhandene Flächenreserven im innerörtlichen Bereich, sofern kommunal verfügbar und städtebaulich geeignet, für Siedlungszwecke heranzuziehen. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, dass viele der für eine wohnbauliche Nutzung und zu Nachverdichtungszwecken geeigneten Standorte im Innenbereich aus eigentumsrechtlichen Gründen oftmals kurz- bis mittelfristig nicht umsetzbar sind (vgl. Gemeindeentwicklungskonzept: S. 58). Die Deckung des für die Gemeinde Rastede berechneten Bedarfs an Wohnbauflächen insbesondere für die Zielgruppe der jungen Erwachsenen im erwerbsfähigen Alter ist daher alleine über die Entwicklung von innerörtlichen Bauplätzen nicht ansatzweise realisierbar. Die städtebauliche und naturschutzfachliche Eignung von Flächen im Innenbereich für eine wohnbauliche Entwicklung wird seitens der Gemeinde Rastede jedoch regelmäßig geprüft. Hiernach geeignete Flächen sollen bei gegebener Verfügbarkeit vorrangig gegenüber Außenbereichslagen entwickelt werden. Zudem verfolgt die Gemeinde durch die Schaffung eines vielfältigen Wohnraumangebotes im innerörtlichen Bereich und durch die Attraktivitätssteigerung des Ortskerns das städtebauliche Ziel, dem demografischen Wandel mit einer Ausrichtung auf altersgerechte Bedürfnisse des Wohn- und Infrastrukturangebotes Rechnung zu tragen.

Die im Zuge der 51. Flächennutzungsplanänderung im Jahr 2012 vorgenommene Neubewertung von im Gemeindeentwicklungskonzept berücksichtigten Potentialflächen einschließlich einer Betrachtung von zusätzlichen möglichen Wohnbauflächen im Innenbereich hat ein weiteres Wohnbauflächenpotential von 6,8 ha über vorhandene Baulücken ergeben. Entsprechend der o. g. kommunalen Zielsetzung ist die Gemeinde Rastede bestrebt, dieses Wohnbauflächenpotential vorrangig gegenüber Außenbereichsflächen zu entwickeln. Mit einer Realisierungswahrscheinlichkeit von 25% aufgrund der begrenzten Verfügbarkeit dieser Flächen, lässt sich hierüber jedoch nur ein Teil des ermittelten Wohnflächenbedarfs decken. Für das Planvorhaben der Entwicklung von weiteren Wohnbauflächen für die Realisierung von Einzel- und Doppelhäusern kommen hinsichtlich des Standortes und Flächenangebotes demzufolge derzeit keine vergleichbaren Flächen in Betracht.

2.0 RAHMENBEDINGUNGEN

2.1 Kartenmaterial

Die Planzeichnung des Bebauungsplanes Nr. 99A wurde auf der Grundlage des vom Vermessungsbüro Alfred Menger, Westerstede zur Verfügung gestellten Kartenmaterials im Maßstab 1:1000 erstellt.

2.2 Räumlicher Geltungsbereich

Der räumliche Geltungsbereich des vorliegenden Bebauungsplanes mit einer Flächengröße von ca. 4,5 ha liegt am südwestlichen Ortsrand des Hauptortes Rastede, westlich des „Stratje-Buschs“ und erstreckt sich hier ausgehend von der bestehenden Wohnsiedlung an der „Carl-Rohde-Straße“ bis zum „Köttersweg“. Die konkrete Abgrenzung sowie die Lage im Gemeindegebiet sind der Planzeichnung zu entnehmen.

2.3 Nutzungsstrukturen und städtebauliche Situation

Das derzeit landwirtschaftlich genutzte Plangebiet liegt am südwestlichen Ortsrand des Mittelzentrums Rastede. Unmittelbar nördlich grenzen Wohnsiedlungen an. Östlich befindet sich das Landschaftsschutzgebiet „Stratje-Busch“ (Kennzeichen LSG WST 083). Südlich, in einer Entfernung von ca. 150 m zur geplanten Wohnbebauung schließt die in Realisierung befindliche Sportanlage am „Köttersweg“ an. Vereinzelt befinden sich im näheren Umfeld Wohnnutzungen im Außenbereich. Westlich, ca. 160 m vom Plangebiet entfernt, verläuft die Bundesautobahn 29. Das gesamte Plangebiet ist von Wallhecken durchzogen bzw. wird durch diese begrenzt.

3.0 PLANERISCHE VORGABEN UND HINWEISE

3.1 Landesraumordnungsprogramm (LROP)

Nach § 1 BauGB unterliegen Bauleitpläne, in diesem Fall die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 99A einer Anpassung an die Ziele der Raumordnung. Aus den Vorgaben der übergeordneten Planungen ist die kommunale Planung zu entwickeln bzw. hierauf abzustimmen. Im Landesraumordnungsprogramm Niedersachsen (LROP) aus dem Jahr 2012 werden für das Plangebiet keine gesonderten Festsetzungen getroffen. Der Ort Rastede ist im LROP als Mittelzentrum festgelegt. Grundsätzlich ist die Siedlungsentwicklung auf die zentralörtlichen Bereiche zu konzentrieren. Mit der bedarfsgerechten Ausweitung des Angebots an Wohnbauflächen im Mittelzentrum Rastede wird dieser raumordnerischen Zielaussage entsprochen.

3.2 Regionales Raumordnungsprogramm (RROP)

Das Regionale Raumordnungsprogramm (RROP) des Landkreises Ammerland liegt aus dem Jahr 1996 vor. Die Gültigkeit des RROP wurde nach einer Prüfung der Aktualität mit Bekanntmachung vom 07.06.2007 für weitere 10 Jahre verlängert. Als Mittelzentrum und Standort mit der Schwerpunktaufgabe Sicherung und Entwicklung von Wohnstätten gemäß den Vorgaben des RROP hat die Gemeinde Rastede für ein über den eigenen Bedarf hinausgehendes Angebot an Wohnbauland Sorge zu tragen. Die hier geplante Vorbereitung von weiteren Baugrundstücken im Hauptort entsprechend der aktuellen Nachfrage und unter Berücksichtigung des langfristigen Siedlungsbedarfes für das Gemeindegebiet entspricht somit den Zielen der Regionalplanung. Angesichts der städtebaulichen Vorprägung des Bereiches durch die an der Carl-Rohde-Straße gelegenen Siedlungsstrukturen und die nahegelegene Bundesautobahn 29 werden die konkreten Inhalte des RROP für das Plangebiet selbst (Vorsorgegebiet für die Landwirtschaft, für die Erholung sowie für Natur und Landschaft) nur geringfügig berührt. Die Funktion des im Bereich des Plangebietes verlaufenden Abschnitts der Straße "Am Stratjebusch" als regional bedeutsamer Wanderweg wird durch das Planvorhaben ebenfalls nicht beeinträchtigt.

3.3 Vorbereitende Bauleitplanung

Für das Plangebiet gelten aktuell die Darstellungen der 6. Änderung des Flächennutzungsplanes aus dem Jahr 2000. Im Norden wird das Plangebiet demzufolge als private Grünfläche gem. § 5 (2) Nr. 5 BauGB dargestellt. Der zentrale Bereich wird als öffentliche Grünfläche mit der Zweckbestimmung „Sport“ gem. § 5 (2) Nr. 5 BauGB dargestellt. Im Süden werden Kompensationsflächen gem. § 5 (2) Nr. 10 BauGB dargestellt. Über die parallele Durchführung der 60. Flächennutzungsplanänderung gem. § 8 (3) BauGB werden die vorgenannten Planinhalte an die für das Plangebiet geänderten städtebaulichen Ziele angepasst.

3.4 Verbindliche Bauleitplanung

Für die Entwicklungsflächen im Norden liegt derzeit keine verbindliche Bauleitplanung vor. Für das überwiegende Plangebiet gelten die Inhalte des Bebauungsplanes Nr. 53 „Sportplatz Südennde“, der hier eine öffentliche Grünfläche mit der Zweckbestimmung "Sportplatz" mit entsprechenden Nutzungen und Anlagen (Spielfeld, Vereinsheim, Geräteschuppen etc.) vorsieht. Ferner beinhaltet der Ursprungsplan die Festlegung von Kompensationsflächen, Anpflanzmaßnahmen sowie die Sicherung der im Plangebiet vorhandenen Wallhecken.

Mit Rechtswirkung des Bebauungsplanes Nr. 99A „Wohngebiet Am Stratjebusch“ treten die vorgenannten Inhalte des Bebauungsplanes Nr. 53 für den vorliegenden Geltungsbereich außer Kraft.

3.5 Städtebauliches Entwicklungskonzept

Zur Sicherstellung einer geordneten Entwicklung des geplanten Wohngebietes wurde im Vorfeld zu dieser Bauleitplanung ein städtebauliches Entwicklungskonzept erarbeitet (vgl. Abb. 1).

Dieses sieht die Entwicklung eines Wohngebietes für eine überwiegende Einzel- und Doppelhausbebauung mit umfangreichen Grünstrukturen vor. Im Westen soll ein Angebotsrahmen für Reihenhäuser entsprechend der aktuellen Nachfrage geschaffen werden. Die Haupteinschließung erfolgt über eine interne Erschließungsstraße ausgehend von der Straße "Am Stratjebusch". Weitere Baugrundstücke im Nordwesten werden künftig über eine neue Straße in Verlängerung der "Von-Humboldt-Straße" erschlossen. Für zwei Baugrundstücke im Nordwesten ist eine Erschließung über die Schillerstraße möglich. Die Erschließungsstraßen münden im Westen jeweils in Wendeanlagen. Das Konzept sieht weiterhin den Erhalt des im Plangebiet vorhandenen Biotopes (Wiesentümpel) vor. Die umliegenden Flächen werden großräumig durch grünordnerische Maßnahmen aufgewertet. Das Regenrückhaltebecken soll in diesem Zusammenhang naturnah angelegt werden. Das Konzept sieht zudem den Erhalt von wertvollen Gehölzstrukturen, wie Wallhecken, Einzelbäume sowie Baumstrauchhecken vor. Zur weitergehenden Durchgrünung des künftigen Wohngebietes soll je Baugrundstück ein Laub- oder Obstbaum angepflanzt werden. Zudem sind die Baugrundstücke straßenseitig durch Heckenanpflanzungen einzufrieden. Angesichts der seitens der Gemeinde beabsichtigten Nutzungsaufgabe des Spielplatzes an der Morissestraße sieht das Konzept im zentralen Bereich des Plangebietes die Anlage eines neuen Spielplatzes vor. Die Realisierung des Konzeptes erfolgt in zwei Bauabschnitten (vgl. Abb. 1).

Die Inhalte des vorliegenden Bebauungsplanes Nr. 99A für den ersten Bauabschnitt wurden weitestgehend aus dem im Vorfeld erarbeiteten städtebaulichen Konzept entwickelt. Hiervon abweichend hat sich die Gemeinde Rastede zwischenzeitig jedoch für ein größeres Flächenangebot für eine mögliche Reihenhausbauung im westlichen Teil des Plangebietes entschieden. Des Weiteren wurde in Bezug auf die Erschließung eine andere Ausführung der Wendeanlage gewählt und der Radius des Wendekreises von 8 m auf 9 m vergrößert, um die Befahrbarkeit durch größere Müllfahrzeuge sicherzustellen. Die kleinteiligen Änderungen wurden direkt in den Bebauungsplan Nr. 99A eingearbeitet. Das städtebauliche Entwicklungskonzept wurde nicht angepasst. Abbildung 1 zeigt in Bezug auf die Wendeanlage sowie Zahl der Baugrundstücke noch die ursprünglichen Entwicklungsvorstellungen für das Plangebiet.

Gemäß dem aktuellen Konzept lassen sich im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 99A 23 Baugrundstücke für Einzel- und Doppelhäuser sowie acht Baugrundstücke für Reihenhäuser realisieren.

Der nordwestlich an das Plangebiet des Bebauungsplanes Nr. 99A angrenzende weitere Entwicklungsbereich soll künftig bedarfsgerecht über einen weiteren Bebauungsplan entwickelt werden (2. Bauabschnitt).

Abb. 1: Städtebauliches Entwicklungskonzept zum Wohngebiet „Am Stratjebusch“



Quelle: Eigene Darstellung

4.0 ÖFFENTLICHE BELANGE

4.1 Belange von Natur und Landschaft

Die Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege gem. § 1a BauGB sowie die sonstigen umweltbezogenen Auswirkungen des Planvorhabens werden im Rahmen des Umweltberichtes gem. § 2a BauGB zum Bebauungsplan Nr. 99A bewertet. Die Belange des Umwelt- und Naturschutzes sowie der Landschaftspflege sind so umfassend zu berücksichtigen, dass die Beeinträchtigungen des Naturhaushaltes, die mit der Realisierung des Bebauungsplanes verbunden sind, sofern möglich vermieden, minimiert oder kompensiert werden können. Über die Entwicklung entsprechender Maßnahmen auf Grundlage der angewandten Eingriffsregelung wird dies im Rahmen der Umweltprüfung geschehen.

Über die im Bebauungsplan festgelegten grünordnerischen Maßnahmen (u. a. Erhalt von Wallhecken und Einzelbäumen, Anlage eines naturnah gestalteten Regenrückhaltebeckens) kann im Plangebiet nur ein Teilausgleich erzielt werden. Der Großteil der mit dem Planvorhaben verbundenen Eingriffe in Natur und Landschaft ist über den externen Ausgleich zu regeln. Die Gemeinde wird die zur vollständigen Kompensation erforderlichen Ausgleichsflächen mit den hier durchzuführenden Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft gem. § 9 (1) Nr. 20 BauGB im gemeindeeigenen Flächenpool umsetzen und nachweisen. Die Kompensation der beeinträchtigten Wallhecken erfolgt über das Wallheckenschutzprogramm des Landkreises Ammerland (vgl. Umweltbericht zum Bebauungsplan).

4.2 Belange des Immissionsschutzes

Im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung sind die mit der Planung verbundenen, unterschiedlichen Belange untereinander und miteinander zu koordinieren, so dass Konfliktsituationen vermieden und die städtebauliche Ordnung sichergestellt wird. Demnach ist die Beurteilung der akustischen Situation im Planungsraum ein wesentlicher Belang der Bauleitplanung.

4.2.1 Verkehrslärm

Der Geltungsbereich befindet sich im Einwirkungsbereich der Bundesautobahn 29. Aufgrund der hiervon ausgehenden Emissionen können sich Konflikte mit den geplanten Wohnnutzungen ergeben. Im Vorfeld der Bauleitplanung wurde daher eine schalltechnische Untersuchung zum Verkehrslärm durch das Ingenieurbüro ted GmbH, Bremerhaven vorgenommen¹. Als Schutzanspruch wurden hierin die Orientierungswerte gem. DIN 18005 (Schallschutz im Städtebau) von 55 dB(A) tags und 45 dB(A) nachts für allgemeine Wohngebiete (WA) berücksichtigt.

Als Datengrundlage dienten Verkehrszählraten aus dem Jahr 2010. Die künftige Verkehrsentwicklung wurde in Bezug auf das Jahr 2030 mit einer jährlichen Zuwachsrate von 1,0% berücksichtigt.

Die Berechnungsergebnisse zeigen, dass die Orientierungswerte der DIN 18005 für allgemeine Wohngebiete (WA) zur Tages- und Nachtzeit im gesamten Plangebiet überschritten werden. Zur Bewältigung der Konfliktsituation werden im Bebauungsplan daher Lärmschutzvorkehrungen in Form von passiven Schallschutzmaßnahmen getroffen. Das Plangebiet des Bebauungsplanes Nr. 99A befindet sich gemäß dem Schallgutachten innerhalb der Lärmpegelbereiche III und IV (gem. DIN 4109, Tab. 8). Innerhalb der in der Planzeichnung entsprechend gekennzeichneten Lärmpegelbereiche sind beim Neubau sowie baulichen Veränderungen für Wohn- und Aufenthaltsräume sowie Büroräume u. ä. die folgenden resultierenden Schalldämm-Maße $R'_{w,res}$ durch die Außenfassade (Wandanteile, Fenster, Dach, Lüftung etc.) einzuhalten:

Lärmpegelbereich III:

- $R'_{w,res}$ = 35 dB für Wohn- und Aufenthaltsräume,
- $R'_{w,res}$ = 30 dB für Büroräume u. ä.

Lärmpegelbereich IV:

- $R'_{w,res}$ = 40 dB für Wohn- und Aufenthaltsräume,
- $R'_{w,res}$ = 35 dB für Büroräume u. ä.

Die betreffenden Lärmpegelbereiche werden im Bebauungsplan entsprechend festgesetzt.

Im Schallgutachten wird ferner der Nachweis zur Realisierbarkeit von ausreichend geschützten Außenwohnbereichen für die Flächen im westlichen und südwestlichen Plangebiet mit Prognosewerten über 60 dB(A) tags geführt. Im direkten Schallschatten eines später vorhandenen Gebäudes in den betreffenden Bereichen kann demzufolge der Orientierungswert von 55 dB(A) gemäß der DIN 18005 künftig eingehalten werden. Als Maßnahme zum Schutz der Außenwohnbereiche wird im Bebauungsplan entsprechend festgesetzt, dass diese auf der Lärmquelle abgewandten Gebäudeseite im direkten Schallschatten eines Gebäudes anzuordnen sind (vgl. Kap. 5.11).

¹ TECHNOLOGIE ENTWICKLUNGEN & DIENSTLEISTUNGEN GMBH (TED GMBH): Prognose über verkehrsbedingte Geräuschimmissionen für geplante Wohnbauflächen am Stratjebusch, Bremerhaven, 14. März 2014

Die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr – Geschäftsbereich Oldenburg (NLStBV) führt in ihrer Stellungnahme vom 10.04.2014 aus, dass im Rahmen der schalltechnischen Untersuchung zum Bebauungsplan Nr. 99A die Ergebnisse der Verkehrsuntersuchung für die Anbindung der Küstenautobahn A 20 an die A 29 (Stand: Februar 2012) zu Grunde zu legen seien. Die NLStBV bezieht sich auf den Planfall 4 für das Jahr 2025.

Der Belang wurde seitens des Ingenieurbüros ted GmbH geprüft. Laut ergänzender Stellungnahme des Schallgutachters vom 19.05.2014 ergibt sich durch den höheren Verkehrsansatz nach dem Planfall 4 rechnerisch sowohl tags als auch nachts eine geringe Pegelerhöhung von 2 dB. Eine Änderung des Mittelungspegels um mehr als 3 dB wird im Kontext mit der 16. BImSchV als eine wesentliche Änderung verstanden, da diese von der Mehrzahl der Betroffenen subjektiv als eine Änderung der Immissionssituation wahrgenommen wird. In Bezug auf den betrachteten Verkehrsweg ergibt sich rechnerisch eine Pegelerhöhung um 3 dB bei einer Verdopplung der Verkehrsmenge (entspricht einer Verkehrsstärke von $M_t = 4600$ Kfz/h und $M_n = 660$ Kfz/h bzw. einem DTV ≈ 78.000 Kfz/24 h in Bezug auf den Ansatz aus der Zählung 2010 +20%).

In der Verkehrsuntersuchung für die Küstenautobahn A 20 Westerstede bis Drochtersen (Stand: Februar 2012) wird im Planfall 4 für das Jahr 2025 folgende Belastung prognostiziert: 51.400 Kfz/24 h, davon 6520 SV/24 h. Die o. g. Ausführungen zeigen entsprechend, dass man im Planfall 4 von einer Verdopplung der Verkehrsmenge auf dem relevanten Abschnitt der geplanten Küstenautobahn weit entfernt ist. Eine Vernachlässigung der ermittelten Pegelerhöhung von 2 dB im Vergleich zu dem im Schallgutachten gewählten Verkehrsansatz sieht die Gemeinde Rastede vor diesem Hintergrund als vertretbar an, zumal für den relevanten Streckenabschnitt der Küstenautobahn bislang noch kein Antrag auf Planfeststellung gestellt wurde.

4.2.2 Sportlärm

Durch das Ingenieurbüro ted GmbH, Bremerhaven wurde mit Datum vom 6.11.2013 eine weitere Untersuchung zur künftigen Sportlärmbelastung innerhalb des Plangebietes ausgehend von der derzeit in Realisierung befindlichen Sportanlage am "Köttersweg" vorgenommen. Zur konkreten Beurteilung wurden dabei die Belastungszahlen bei Spielbetrieb an Sonntagen innerhalb sowie außerhalb der Ruhezeiten betrachtet. Gemäß der 18. BImSchV (Sportanlagenlärmschutzverordnung) gelten für allgemeine Wohngebiete (WA) die folgenden Richtwerte:

- 55 dB(A) tags außerhalb der Ruhezeiten
- 50 dB(A) tags innerhalb der Ruhezeiten

Die Untersuchungsergebnisse zeigen, dass die Richtwerte in den festgesetzten allgemeinen Wohngebieten (WA) im Beurteilungszeitraum eingehalten werden. Eine Konfliktsituation aufgrund des zu erwartenden Sportlärms ist für die geplanten Wohnnutzungen demnach nicht gegeben.

4.3 Belange der Wasserwirtschaft

In der Bauleitplanung sind die Belange der Wasserwirtschaft zu beachten. Zur Regelung der Oberflächenentwässerung wurde durch das Ingenieurbüro Prante, Rastede ein Oberflächenentwässerungskonzept erstellt. Gemäß diesem ist zur konfliktfreien Entwässerung der künftigen versiegelten Wohnbau- und Verkehrsflächen die Anlage eines Regenrückhaltebeckens erforderlich. Der Standort für das Regenrückhaltebecken wird in Übereinstimmung mit dem städtebaulichen Entwicklungskonzept im Süden des Plangebietes planungsrechtlich gesichert (vgl. Kap. 5.9).

Die wasserrechtlichen Genehmigungsanträge mit den Detailplanungen zur Gebietsentwässerung werden rechtzeitig bei der Unteren Wasserbehörde des Landkreises Ammerland gestellt.

Das Plangebiet liegt zum Teil innerhalb des Wasserschutzgebietes Alexandersfeld (Schutzzone III B). Die Verbote und Nutzungseinschränkungen des Niedersächsischen Wassergesetzes (NWG) sind zu berücksichtigen.

4.4 Abstand zu Wald

Das Plangebiet befindet sich westlich des „Stratje-Buschs“. Zum Schutz der künftigen Bewohner des Plangebietes vor Waldbränden und Windwurf und zur Berücksichtigung der Belange des Waldeigentümers ist ein ausreichender Abstand zwischen der geplanten Wohnbebauung und dem Wald vorzusehen. Eine gesetzliche Grundlage für einzuhaltende Abstände zwischen Wald und Wohnnutzung gibt es in Niedersachsen nicht, so dass konkrete Abstände nicht gefordert werden können. Der Waldeigentümer ist aufgrund der vorhandenen und direkt angrenzenden Straße „Am Stratjebusch“ verkehrssicherungspflichtig und hat diesbezüglich bereits für eine Gefahrenabwehr Sorge zu tragen. Der gewählte Abstand der künftigen Bebauung zum angrenzenden Wald von ca. 15 m wird vor diesem Hintergrund seitens der Gemeinde Rastede als ausreichend erachtet.

4.5 Belange des Denkmalschutzes

Im Rahmen der Bauleitplanung sind gem. § 1 (6) Nr. 5 BauGB die Belange des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege zu beachten. In diesem Zusammenhang wird nachrichtlich auf die Meldepflicht von ur- und frühgeschichtlichen Bodenfunden im Zuge von Bauausführungen hingewiesen: „Sollten bei den geplanten Bau- und Erdarbeiten ur- oder frühgeschichtliche Bodenfunde (das können u. a. sein: Tongefäßscherben, Holzkohleansammlungen, Schlacken sowie auffällige Bodenverfärbungen, u. Steinkonzentrationen, auch geringe Spuren solcher Funde) gemacht werden, sind diese gem. § 14 Abs. 1 des Nds. Denkmalschutzgesetzes (NDSchG) meldepflichtig und der zuständigen unteren Denkmalschutzbehörde des Landkreises Ammerland oder dem niedersächsischen Landesamt für Denkmalpflege – Referat Archäologie – Stützpunkt Oldenburg, Ofener Straße 15, Tel.: 0441 / 7992120 unverzüglich zu melden. Meldepflichtig sind der Finder, der Leiter der Arbeiten oder der Unternehmer. Bodenfunde und Fundstellen sind nach § 14 Abs. 2 des NDSchG bis zum Ablauf von vier Werktagen nach der Anzeige unverändert zu lassen bzw. für ihren Schutz ist Sorge zu tragen, wenn nicht die Denkmalschutzbehörde vorher die Fortsetzung der Arbeit gestattet.“

Südwestlich des Plangebietes befindet sich das Baudenkmal (Wohn- und Wirtschaftsgebäude Köttersweg 30, Objektkennziffer: 451005.00120). Sämtliche Baumaßnahmen in der Umgebung des Baudenkmales, die dessen Erscheinungsbild beeinflussen können, bedürfen gem. § 10 (1) Nr. 4 NDSchG einer denkmalrechtlichen Genehmigung.

4.6 Altablagerungen

Im Rahmen des Altlastenprogramms des Landes Niedersachsen haben die Landkreise gezielte Nachermittlungen über Altablagerungen innerhalb ihrer Grenzen durchgeführt und entsprechendes Datenmaterial gesammelt. Dieses wurde vom damaligen Niedersächsischen Landesamt für Wasser und Abfall (aktuell: Niedersächsischer Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN)) bewertet. Hiernach liegen im Plangebiet keine Altablagerungen vor. Sollten allerdings bei den geplanten Bau- und Erdarbeiten Hinweise auf Altablagerungen zutage treten, so ist unverzüglich die untere Bodenschutzbehörde des Landkreises Ammerland zu benachrichtigen.

5.0 INHALT DES BEBAUUNGSPLANES

5.1 Art der baulichen Nutzung

Im Bebauungsplan Nr. 99A „Wohngebiet Am Stratjebusch“ werden zur angestrebten Siedlungserweiterung allgemeine Wohngebiete (WA1, WA2) gem. § 4 BauNVO festgesetzt. Über die allgemeinen Wohngebiete (WA1) werden dabei die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Erschließung von ca. 23 Baugrundstücken für eine ortstypische Einzel- und Doppelhausbebauung geschaffen, wodurch dem aktuellen Siedlungsbedarf im Ort Rastede zeitnah Rechnung getragen werden kann. Mit den festgesetzten allgemeinen Wohngebieten (WA2) wird zusätzlich der aktuellen Nachfrage nach Reihenhaushausgrundstücken im Gemeindegebiet Rechnung getragen.

Zur Vermeidung städtebaulicher Fehlentwicklungen ist eine weitergehende Steuerung der im Plangebiet zulässigen Nutzungen erforderlich. So sind die in den allgemeinen Wohngebieten (WA1, WA2) ausnahmsweise zulässigen Nutzungen gem. § 4 (3) BauNVO (Betriebe des Beherbergungsgewerbes, sonstige nicht störende Gewerbebetriebe, Anlagen für Verwaltungen, Gartenbaubetriebe und Tankstellen) nicht Bestandteil des Bebauungsplanes (§ 1 (6) Nr. 1 BauNVO), da sich diese bspw. durch ein hohes Verkehrsaufkommen oder andere Störeffekte (Lärm, Licht, Geruch usw.) künftig negativ auf die geplanten Wohnnutzungen sowie angrenzenden Wohnsiedlungen auswirken könnten.

5.2 Maß der baulichen Nutzung

Innerhalb des Plangebietes wird das Maß der baulichen Nutzung über die Festsetzung einer Grundflächenzahl (GRZ) gem. § 16 (2) Nr. 1 BauNVO definiert. In Anlehnung an die umliegenden Strukturen wird innerhalb des allgemeinen Wohngebietes (WA1) eine Grundflächenzahl (GRZ) von 0,35 festgesetzt. Aufgrund der lokal vorherrschenden Siedlungsdichte wird hierüber einer zu hohen Flächenversiegelung innerhalb des Plangebietes entgegengewirkt. In den im westlichen Randbereich festgesetzten allgemeinen Wohngebieten (WA2) wird eine Grundflächenzahl (GRZ) von 0,4 festgesetzt, um die hier angestrebte Reihenhaushausbebauung realisieren zu können. Im Sinne eines sparsamen und schonenden Umgangs mit Grund und Boden gem. § 1a (2) BauGB ist eine Überschreitung der zulässigen Grundfläche durch die Anlage von Garagen und Stellplätzen, Nebenanlagen und baulichen Anlagen unterhalb der Geländeoberfläche, durch die das Baugrundstück lediglich unterbaut wird gem. § 19 (4) Satz 1 BauNVO nur bis zu 30 % zulässig (§ 19 (4) Satz 3 BauNVO).

Innerhalb der allgemeinen Wohngebiete (WA) erfolgt die Steuerung der Höhenentwicklung baulicher Anlagen einheitlich über die Festsetzung der Firsthöhe (FH) in Verbindung mit der Festsetzung einer zweigeschossigen Bauweise gem. § 20 BauNVO und der bauordnungsrechtlichen Definition einer Mindestdachneigung (s. Kap. 6.0). Entsprechend den ortsüblichen Gebäudehöhen wird für das gesamte Plangebiet eine maximal zulässige Firsthöhe von $FH \leq 9,50$ m festgesetzt. Maßgebend sind hierbei die in den textlichen Festsetzungen des Bebauungsplanes definierten Höhenbezugspunkte (§ 18 (1) BauNVO). Als unterer Bezugspunkt gilt demzufolge die Straßenoberkante der nächsten Erschließungsstraße (Fahrbahnmitte). Als Bezugspunkt für die Ermittlung der Firsthöhe (FH) dient die obere Firstkante. Die maximal zulässige Höhe der Oberkante des fertigen Erdgeschossfußbodens beträgt 0,30 m, um im Plangebiet etwa gleiche Sockelhöhen der Gebäude zu erzielen.

5.3 Bauweise, überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksflächen

Zur Steuerung einer maßvollen städtebaulichen Weiterentwicklung des Siedlungsbereiches wird innerhalb der festgesetzten allgemeinen Wohngebiete mit einer zulässigen Einzelhaus- und Doppelhausbebauung (WA1) unter Berücksichtigung der lokal vorherrschenden Bebauungsdichte eine abweichende Bauweise (a) gem. § 22 (4) BauNVO festgesetzt. Innerhalb dieser Bauweise sind die Gebäude als Einzel- oder als Doppelhaus mit einer Gesamtlänge von bis zu 25,00 m zulässig, wobei die seitlichen Grenzabstände entsprechend der Landesbauordnung einzuhalten sind. Garagen gem. § 12 BauNVO und Nebenanlagen gem. § 14 BauNVO sind auf die Gebäudelängen nicht anzurechnen. Mit dieser Definition der abweichenden Bauweise wird sichergestellt, dass innerhalb des Wohngebietes ausschließlich ortstypische Gebäudeformen entstehen. Eine unverträgliche Verdichtung des ländlich geprägten Siedlungsbereiches durch überdimensionierte Baukörper wird hierüber vermieden.

Entsprechend dem eingangs erläuterten Planungsziel, im westlichen Bereich des Plangebietes eine dichtere Bebauung mit Reihenhäusern zu ermöglichen, wird für die hier festgesetzten allgemeinen Wohngebiete (WA2) eine offene Bauweise festgesetzt. Hier sind Gebäude mit einer maximalen Länge von 50,00 m zulässig.

Die überbaubaren Grundstücksflächen werden über die Festsetzung von Baugrenzen gem. § 23 (1) BauNVO bestimmt. Diese halten einen einheitlichen Abstand von 3,00 m zu den internen Verkehrsflächen ein. Zur Straße "Am Stratjebusch" sowie zum Schutz der Wallhecken und des im Plangebiet gelegenen Biotops wird hier ein Abstand von 5,00 m gewählt. Zu den Anpflanzflächen im Westen halten die Baugrenzen einen Abstand von 2,00 m ein, um optimale Entwicklungsvoraussetzungen für die hier vorgesehenen Gehölzanpflanzungen zu schaffen. Im Norden wird die Baugrenze in einem Abstand von 10,00 m zur Geltungsbereichsgrenze festgelegt, um den nördlich angrenzenden Bewohnern an der Carl-Rohde-Straße künftig die Möglichkeit zu bieten, Grundstücksflächen anzukaufen. Über die Festlegung der Baugrenzen wird für die geplanten Wohnnutzungen ein ausreichender Gestaltungsspielraum geschaffen.

Auf den nicht überbaubaren Grundstücksflächen entlang der Wallhecken sind zum Schutz dieser, Bodenaufschüttungen und -abgrabungen, Boden- und Materialablagerungen sowie Flächenversiegelungen jeglicher Art unzulässig. Auf den nicht überbaubaren Grundstücksflächen angrenzend an das Biotop sind zum Schutz des Biotops Flächenversiegelungen jeglicher Art unzulässig.

Zur Sicherung einer einheitlichen Gebäudeflucht wird geregelt, dass auf den straßenseitigen, nicht überbaubaren Grundstücksflächen Garagen gem. § 12 (6) BauNVO sowie Nebenanlagen in Form von Gebäuden gem. § 14 (1) BauNVO nicht zulässig sind. Ausgenommen von dieser Regelung sind die Grundstücksflächen entlang der im Plangebiet festgesetzten Fuß- und Radwege.

5.4 Höchstzulässige Zahl der Wohnungen in Wohngebäuden

Neben der Festsetzung der abweichenden Bauweise gem. § 22 (4) BauNVO bedarf es zur planungsrechtlichen Steuerung einer ortsverträglichen Bebauungsdichte der Begrenzung der zulässigen Anzahl der Wohnungen je Wohngebäude. Folglich werden in den festgesetzten allgemeinen Wohngebieten (WA1) maximal zwei Wohneinheiten je Wohngebäude gem. § 9 (1) Nr. 6 BauGB zugelassen. Sofern als Einzelhaus mehrere Gebäude aneinander gebaut werden, ist je Wohngebäude nur eine Wohneinheit zulässig. Je Doppelhaushälfte ist maximal eine Wohneinheit zulässig. Mit dieser Festsetzung soll sichergestellt werden, dass hier keine ortsuntypischen Mehrfamilienhäuser

entstehen, die zu einer ungewollten Verdichtung der Siedlungsstrukturen führen könnten.

5.5 Verkehrsflächen

5.5.1 Straßenverkehrsflächen

Die zur Erschließung des Plangebietes vorgesehenen Straßen werden im Bebauungsplan als öffentliche Straßenverkehrsflächen gem. § 9 (1) Nr. 11 BauGB festgesetzt. Die internen Erschließungsstraßen (Planstraßen) werden dabei mit Gesamtbreiten von 5,00 m und 7,00 m festgesetzt. Im Westen mündet die interne Erschließungsstraße in eine Wendeanlage mit einem Radius von 9,00 m, wodurch die Befahrbarkeit durch Müllfahrzeuge gewährleistet ist. Der entlang des geplanten Wohngebietes verlaufende Abschnitt der Straße „Am Stratjebusch“ wird entsprechend der durch das Ingenieurbüro Prante, Rastede erstellten Straßenausbauplanung in einer Gesamtbreite von 10,25 m festgesetzt. Zur Gewährleistung einer verkehrsgerechten und -sicheren Erschließung des Plangebietes sieht die Straßenplanung eine Fuß- und Radwegeverbindung auf der Westseite der Straße „Am Stratjebusch“ mit Anschluss an das Plangebiet vor.

5.5.2 Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung: Fuß- und Radweg

Dem Planungsziel Rechnung tragend, ein für den Fuß- und Radverkehr durchlässiges Wohnquartier zu schaffen, werden die hierzu im städtebaulichen Entwicklungskonzept geplanten Fuß- und Radwegeverbindungen im Bebauungsplan als Verkehrsflächen mit der besonderen Zweckbestimmung „Fuß- und Radweg“ gem. § 9 (1) Nr. 11 BauGB in Breiten von 3,00 und 4,00 m planungsrechtlich gesichert. Über den Fuß- und Radweg im Norden wird das Plangebiet künftig an den zweiten Bauabschnitt des Wohngebietes „Am Stratjebusch“ angebunden.

5.6 Hauptversorgungsleitung (Gasleitung)

Im Plangebiet verläuft entlang der Geltungsbereichsgrenze im Südwesten eine Ortsnetzgasleitung der EWE Netz GmbH. Diese wird im Bebauungsplan als Hauptversorgungsleitung gem. § 9 (1) Nr. 13 BauGB festgesetzt. Die Leitung darf nicht in ihrer Lage und in ihrem Bestand gefährdet werden. Eine ggf. notwendige Neu- oder Umverlegung der Leitung ist rechtzeitig mit dem Leitungsträger abzustimmen.

5.7 Private und öffentliche Grünflächen

Zum weitestgehenden Erhalt der im Plangebiet vorhandenen Wallhecken sowie von weiteren wertvollen Gehölzstrukturen werden diese im Bebauungsplan Nr. 99A im Bereich der geplanten Baugrundstücke als private Grünflächen gem. § 9 (1) Nr. 15 BauGB und überlagernd als Erhaltungsflächen festgesetzt. Die im westlichen und südwestlichen Randbereich vorgesehenen Anpflanzflächen werden ebenfalls als private Grünflächen festgesetzt.

Der geplante Spielplatz wird als öffentliche Grünfläche gem. § 9 (1) Nr. 15 BauGB mit entsprechender Zweckbestimmung festgesetzt. Der hieran unmittelbar angrenzend verlaufende Wallheckenabschnitt wird als öffentliche Grünfläche und überlagernd als Erhaltungsfläche festgesetzt (vgl. Kap. 5.12).

5.8 Mit Leitungsrecht zu belastende Fläche

Zur Oberflächenentwässerung des Plangebietes ist ein Regenwasserkanal vom Plangebiet zur Straße „Am Stratjebusch“ neu anzulegen. Die hierzu erforderliche Fläche

wird im Bebauungsplan Nr. 99A über ein Leitungsrecht gem. § 9 (1) Nr. 21 BauGB auf einer Breite von insgesamt 4,00 m planungsrechtlich gesichert. Die Fläche darf nicht überbaut und nicht mit Gehölzen bepflanzt werden.

5.9 Flächen für die Wasserwirtschaft und zur Regelung des Wasserabflusses

Die für das zur Unterbringung des erforderlichen Regenrückhaltebeckens vorgesehene Fläche im Süden des Plangebietes wird entsprechend der Zweckbestimmung als Fläche zur Regelung des Wasserabflusses gem. § 9 (1) Nr. 16 BauGB festgesetzt. Das Becken soll nach Maßgabe des Umweltberichtes zum Bebauungsplan künftig naturnah angelegt werden. In den Randbereichen sind die vorhandenen Gehölzstrukturen zu erhalten und durch Baum-Strauch-Anpflanzungen zu ergänzen (vgl. Kap. 5.10).

5.10 Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft

Entsprechend den Inhalten des Umweltberichtes ist der mit dem Planvorhaben verursachte Eingriff in Natur und Landschaft zu kompensieren. Zu diesem Zweck werden im Bebauungsplan Nr. 99A verschiedene Maßnahmen getroffen:

So ist das zur Entwässerung des Gebietes erforderliche Regenrückhaltebecken als Maßnahme zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft gem. § 9 (1) Nr. 20 BauGB nach Maßgabe des Umweltberichtes zum vorliegenden Bebauungsplan naturnah anzulegen (MF 1). In den Randbereichen sind die vorhandenen Gehölzstrukturen zu erhalten und durch heimische, standortgerechte Gehölze (Baum-Strauch-Pflanzungen) in einer Breite von 5,00 m zu ergänzen (MF 2). Die zu verwendenden Pflanzenarten und Gehölzqualitäten sind den textlichen Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 99A zu entnehmen. Das innerhalb der vorgesehenen Fläche für das Regenrückhaltebecken zudem geplante Kleingewässer ist nach Maßgabe des Umweltberichtes naturnah anzulegen (MF 3).

Die Gemeinde hegt derzeit keine Absichten zum Verkauf der o. g. Maßnahmenfläche. Sofern zu einem späteren Zeitpunkt eine Veräußerung in Betracht kommt, werden die umzusetzenden Maßnahmen und Auflagen, die im Zuge des Genehmigungsverfahrens getroffen werden, zu diesem späteren Zeitpunkt über einen Grundbucheintrag dinglich gesichert. Unabhängig von den Eigentumsverhältnissen ist die Umsetzung der Schutzmaßnahmen und Auflagen somit langfristig sichergestellt. Die Funktionsfähigkeit des in der Maßnahmenfläche gelegenen Biotops wird hierüber ebenfalls langfristig sichergestellt.

Als weitere Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft gem. § 9 (1) Nr. 20 BauGB sind innerhalb der an die Wallhecken angrenzenden, nicht überbaubaren Grundstücksflächen der geplanten Wohngebiete zum Schutz der Wallhecken Bodenaufschüttungen und -abgrabungen, Boden- und Materialablagerungen sowie Flächenversiegelungen jeglicher Art unzulässig. Auf den nicht überbaubaren Grundstücksflächen entlang des gesetzlich geschützten Biotops sind zum Schutz des Biotops gem. § 9 (1) Nr. 20 BauGB ebenfalls Flächenversiegelungen jeglicher Art unzulässig. Die Umsetzung dieser Maßnahmen wird künftig über eine entsprechende Regelung in den Grundstückskaufverträgen sichergestellt.

5.11 Maßnahmen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen

Zur Koordinierung der immissionsschutzrechtlichen Belange im Hinblick auf den von der Bundesautobahn 29 ausgehenden Verkehrslärm werden im Bebauungsplan Nr. 99A passive Lärmschutzvorkehrungen festgesetzt. Auf der Grundlage der schalltechnischen Untersuchung werden hierzu die von der Lärmbelastung betroffenen Be-

reiche des Plangebietes als Flächen für Vorkehrungen zum Schutz gegen schädliche Umwelteinwirkungen i. S. d. BImSchG gem. § 9 (1) Nr. 24 BauGB festgesetzt.

In den hierin als Lärmpegelbereich III und IV (gem. DIN 4109) gekennzeichneten Bereichen sind beim Neubau und baulichen Änderungen die nachstehend aufgeführten erforderlichen resultierenden Schalldämm-Maße (erf. $R'_{w,res}$) der Außenbauteile für Aufenthaltsräume von Wohnungen bzw. für Büroräume u. ä. (Wandanteile, Fenster, Dach, Lüftung etc.) einzuhalten:

Lärmpegelbereich III:

- $R'_{w,res}$ = 35 dB für Wohn- und Aufenthaltsräume,
- $R'_{w,res}$ = 30 dB für Büroräume u. ä.

Lärmpegelbereich IV:

- $R'_{w,res}$ = 40 dB für Wohn- und Aufenthaltsräume,
- $R'_{w,res}$ = 35 dB für Büroräume u. ä.

In den mit Lärmpegelbereich III und IV gekennzeichneten Bereichen ist als weitere Vorkehrung zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen i. S. d. BImSchG gem. § 9 (1) Nr. 24 BauGB bei Anordnung von schutzbedürftigen Räumen i. S. d. DIN 4109 an der zur Lärmquelle zugewandten Gebäudeseite die erforderliche Gesamtschalldämmung auch im Lüftungszustand sicherzustellen.

Zum Schutz der Außenwohnbereiche sind innerhalb der festgesetzten Flächen für Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen i. S. d. BImSchG gem. § 9 (1) Nr. 24 BauGB die Außenwohnbereiche (Terrassen, Balkone, Loggien etc.) nur auf der zur Lärmquelle abgewandten Gebäudeseite im direkten Schallschatten des Gebäudes zulässig.

Die o. g. DIN-Vorschrift ist beim Bauamt der Gemeinde Rastede einzusehen.

5.12 Erhaltung und Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen

Innerhalb des Plangebietes befinden sich mehrere, aufgrund ihrer Ortsbildprägenden Bedeutung und ökologischen Funktion wertvolle Gehölzstrukturen (Wallhecken, Einzelbäume, Baum-Strauchhecken), die weitestgehend erhalten werden sollen. Die betreffenden Bereiche werden daher planungsrechtlich gesichert und gemäß § 9 (1) Nr. 25 b) BauGB als Erhaltungsflächen festgesetzt. Der vorhandene Gehölzbestand ist gemäß den textlichen Festsetzungen zum Bebauungsplan zu schützen, zu pflegen und auf Dauer zu erhalten. Abgänge oder Beseitigungen sind adäquat zu ersetzen.

Zur weitergehenden Eingrünung des Plangebietes dienen verschiedene Anpflanzmaßnahmen gem. § 9 (1) Nr. 25 a) BauGB. In Übereinstimmung mit den Inhalten des städtebaulichen Entwicklungskonzeptes zum Bebauungsplan ist je Baugrundstück ein kleinkroniger Laub- oder Obstbaum nach Maßgabe des Umweltberichtes zum Bebauungsplan zu pflanzen. Im westlichen bzw. südwestlichen Randbereich sind von den Grundstückseigentümern standortgerechte Baum-Strauchhecken anzulegen und die hier zum Teil bereits vorhandenen Gehölzstrukturen zu erhalten. Ferner sind innerhalb der festgesetzten allgemeinen Wohngebiete (WA) entlang der öffentlichen Straßenverkehrsflächen und Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung „Fuß- und Radweg“ standortgerechte Hecken anzupflanzen und auf Dauer zu erhalten. Die jeweils vorgeschlagenen Pflanzenarten und Gehölzqualitäten sind den textlichen Festsetzungen zum Bebauungsplan Nr. 99A zu entnehmen. Die Anpflanzungen sind in der auf die Fertigstellung der baulichen Maßnahmen folgenden Pflanzperiode durchzuführen.

5.13 Umgrenzung von Schutzgebieten und Schutzobjekten im Sinne des Naturschutzrechts

Innerhalb des Plangebietes befindet sich im südlichen Bereich ein nach § 30 BNatSchG gesetzlich geschütztes Biotop (Wiesentümpel). Dieses wird im Bebauungsplan gem. § 9 (6) BauGB nachrichtlich übernommen und als Schutzobjekt im Sinne des Naturschutzrechts gekennzeichnet. Durch die gewählte Festsetzung soll das Biotop geschützt und erhalten bleiben.

6.0 ÖRTLICHE BAUVORSCHRIFTEN

Das unverwechselbare, eigenständige Ortsbild bebauter Räume wird über vielfältige Gestaltungselemente geprägt. Neben der Gestaltung von Straßen, Wegen und Plätzen prägt die Architektur einzelner Gebäude und Gebäudeelemente zu einem hohen Maß das physische Erscheinungsbild des Ortes. Auswüchse bzw. Fehlentwicklungen können dieses sensible Gebilde nachhaltig stören. Aufgrund dessen ist es notwendig, das vorhandene Ausdruckspotenzial zu erkennen, zu sichern und weiterzuentwickeln. Planerisches Ziel ist es, über örtliche Bauvorschriften den ablesbaren Ortsbildcharakter im Rahmen der Aufstellung des Bebauungsplanes zu berücksichtigen und somit städtebauliche Fehlentwicklungen zu vermeiden.

Die bauliche Gestaltung der künftigen Siedlung ist dahingehend zu steuern, dass sich die geplanten Wohnhäuser verträglich in die bestehenden Siedlungs- und Landschaftsstrukturen westlich des "Stratje-Buschs" einfügen und städtebauliche Fehlentwicklungen vermieden werden. Im Rahmen der örtlichen Bauvorschriften zum Bebauungsplan Nr. 99A wird deshalb festgelegt, dass im Plangebiet die Gebäude mit einer Mindestdachneigung von $\geq 20^\circ$ zu errichten sind. Dieses gilt nicht für:

- Dachgauben, Dacherker, Krüppelwalme, Wintergärten,
- Terrassenvorbauten, Windfänge, Eingangsüberdachungen, Hauseingangstreppen, Erker, Balkone, sonstige Vorbauten und andere vortretende Gebäudeteile, wenn diese insgesamt nicht mehr als ein Drittel der Breite der jeweiligen Außenwand in Anspruch nehmen und wenn sie untergeordnet sind,
- Garagen gem. § 12 BauNVO und Nebenanlagen gem. § 14 BauNVO in Form von Gebäuden sowie
- Dächer, die zu mehr als 80 % begrünt sind oder auf mehr als 30 % der Dachfläche mit Anlagen zur Nutzung regenerativer Energien ausgestattet sind.

Auf der Grundlage des städtebaulichen Entwicklungskonzepts wird eine weitere örtliche Bauvorschrift zur straßenseitigen Einfriedung formuliert. Demzufolge sind die Baugrundstücke zu den öffentlichen Verkehrsflächen durch standortgerechte Hecken einzufrieden. Die Mindesthöhe für die Hecken beträgt 0,60 m. Zulässig ist die Anlage von Zäunen innerhalb der Heckenanpflanzungen, welche die Höhe der Hecken nicht überschreiten. Die vorgeschlagenen Pflanzenarten sind den örtlichen Bauvorschriften zum Bebauungsplan Nr. 99A zu entnehmen. Die Anpflanzungen sind in der auf die Fertigstellung der baulichen Maßnahmen folgenden Pflanzperiode durchzuführen.

Zur Vermeidung städtebaulicher Fehlentwicklungen werden im Geltungsbereich ferner oberirdische Freileitungen (Niederspannungs- und Fernmeldeleitungen) gem. § 84 (3) Nr. 4 NBauO ausgeschlossen.

7.0 VERKEHRLICHE UND TECHNISCHE INFRASTRUKTUR

- **Verkehrerschließung**

Die Haupteerschließung der geplanten Wohnsiedlung erfolgt über eine interne Erschließungsstraße ausgehend von der Straße "Am Stratjebusch".

- **ÖPNV**

Das Planungsgebiet liegt im Einzugsbereich der Haltestelle „Rastede, Schillerstraße“, die von den Linien 370 und 342 bedient wird. Die Linie 370 verkehrt zwischen Rastede, Wiefelstede und Bad Zwischenahn. Die Fahrten der Linie 342 sind auf die Bedürfnisse der Schülerbeförderung ausgelegt. Nach dem ÖPNV-orientierten Siedlungsentwicklungskonzept des Landkreises Ammerland liegt das Plangebiet außerhalb des 1.000 m-Radius der Ortsmitte von Rastede.

- **Gas- und Stromversorgung**

Die Gas- und Stromversorgung erfolgt über den Anschluss an die Versorgungsnetze der Energieversorgung Weser-Ems (EWE).

- **Schmutz- und Abwasserentsorgung**

Die Schmutz- und Abwasserentsorgung innerhalb des Plangebietes wird über den Anschluss an das vorhandene und noch zu erweiternde Kanalnetz gesichert.

- **Wasserversorgung**

Die Versorgung des Plangebietes mit Trinkwasser wird durch den Oldenburgisch-Ostfriesischen Wasserverband (OOWV) gesichert.

- **Abfallbeseitigung**

Die Abfallentsorgung erfolgt durch den Landkreis Ammerland.

- **Oberflächenentwässerung**

Für die Ableitung des im Plangebiet anfallenden Regenwassers wurde ein Oberflächenentwässerungskonzept durch das Ingenieurbüro Prante, Rastede erstellt. Gemäß diesem ist für die konfliktfreie Entwässerung des Plangebietes die Anlage eines Regenrückhaltebeckens erforderlich (vgl. Kap. 4.3).

- **Fernmeldetechnische Versorgung**

Die fernmeldetechnische Versorgung des Bebauungsplangebietes erfolgt über die verschiedenen Telekommunikationsanbieter.

- **Sonderabfälle**

Sonderabfälle sind vom Abfallerzeuger einer ordnungsgemäßen Entsorgung zuzuführen.

- **Brandschutz**

Die Löschwasserversorgung innerhalb des Plangebietes wird gemäß den entsprechenden Anforderungen sichergestellt.

VERFAHRENSGRUNDLAGEN / -ÜBERSICHT / -VERMERKE

Rechtsgrundlagen

Dem Bebauungsplan liegen zugrunde (in der jeweils aktuellen Fassung):

- BauGB (Baugesetzbuch),
- BauNVO (Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke: Baunutzungsverordnung),
- PlanzV (Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhaltes: Planzeichenverordnung),
- NBauO (Niedersächsische Bauordnung),
- NAGBNatSchG (Niedersächsisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz),
- BNatSchG (Bundesnaturschutzgesetz),
- NKomVG (Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz).

Verfahrensübersicht

Aufstellungsbeschluss

Der Verwaltungsausschuss der Gemeinde Rastede hat in seiner Sitzung am gem. § 2 BauGB den Beschluss zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 99A mit örtlichen Bauvorschriften gefasst.

Beteiligung der Öffentlichkeit

Die Beteiligung der Öffentlichkeit an der Bauleitplanung gem. § 3 (1) BauGB (öffentliche Darlegung der allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung und Anhörung der Öffentlichkeit) erfolgte vom bis zum Die ortsübliche Bekanntmachung hierzu erfolgte am durch Hinweis in der Tagespresse.

Öffentliche Auslegung

Die Begründung hat gem. § 3 (2) BauGB vom bis zum zusammen mit der Planzeichnung und dem Umweltbericht zusammen mit den wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen öffentlich ausgelegt. Die ortsübliche Bekanntmachung hierzu erfolgte am durch Hinweis in der Tagespresse.

Öffentliche Auslegung mit Einschränkung

Die Begründung hat gem. § 4a (3) BauGB i. V. m. § 3 (2) BauGB vom bis zum zusammen mit der Planzeichnung erneut öffentlich ausgelegt.

Satzungsbeschluss

Der Rat der Gemeinde Rastede hat den Bebauungsplan Nr. 99A „Wohngebiet Am Stratjebusch“ mit örtlichen Bauvorschriften nach Prüfung der fristgemäß vorgebrachten Anregungen in seiner Sitzung am gem. § 10 (1) BauGB als Satzung beschlossen. Die Begründung wurde ebenfalls beschlossen und ist dem Bebauungsplan gem. § 9 (8) BauGB beigelegt.

Rastede, den

.....
Bürgermeister

Planverfasser

Die Ausarbeitung des Bebauungsplanes Nr. 99A „Wohngebiet Am Stratjebusch“ mit örtlichen Bauvorschriften erfolgte im Auftrag der Gemeinde Rastede vom Planungsbüro:

**Diekmann &
Mosebach** 
Regionalplanung
Stadt- und Landschaftsplanung
Entwicklungs- und Projektmanagement
*Oldenburger Straße 86 · 26180 Rastede
Telefon (0 44 02) 91 16 30
Telefax (0 44 02) 91 16 40*

.....
Dipl.-Ing. Olaf Mosebach
(Planverfasser)

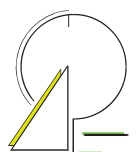
GEMEINDE RASTEDE

Landkreis Ammerland



Bebauungsplan Nr. 99 A „Wohngebiet Am Stratjebusch“

UMWELTBERICHT (Teil II)



INHALTSÜBERSICHT

TEIL II: UMWELTBERICHT	1
1.0 EINLEITUNG	1
1.1 Beschreibung des Planvorhabens / Angaben zum Standort	1
1.2 Umfang des Vorhabens und Angaben zu Bedarf an Grund und Boden	1
2.0 PLANERISCHE VORGABEN UND HINWEISE	2
2.1 Landschaftsprogramm	2
2.2 Landschaftsrahmenplan	2
2.3 Naturschutzfachlich wertvolle Bereiche / Schutzgebiete	3
2.4 Artenschutzrechtliche Belange	4
3.0 BESCHREIBUNG UND BEWERTUNG DER UMWELTAUSWIRKUNGEN	4
3.1 Bestandsaufnahme und Bewertung der einzelnen Schutzgüter	4
3.1.1 Schutzgut Mensch	6
3.1.2 Schutzgut Pflanzen	7
3.1.3 Schutzgut Tiere	15
3.1.4 Schutzgut Boden	16
3.1.5 Schutzgut Wasser	17
3.1.6 Schutzgut Klima und Luft	18
3.1.7 Schutzgut Landschaft	19
3.1.8 Schutzgut Kultur- und Sachgüter	19
3.1.9 Wechselwirkungen	20
3.1.10 Zusammengefasste Umweltauswirkungen	20
3.2 Entwicklungsprognosen des Umweltzustandes	21
3.2.1 Entwicklung des Umweltzustandes bei Planungsdurchführung	21
3.2.2 Entwicklung des Umweltzustandes bei Nichtdurchführung - Nullvariante	22
3.3 Vermeidung / Minimierung / Ausgleich und Ersatz nachteiliger Umweltauswirkungen	22
3.3.1 Bilanzierung	23
3.3.2 Schutzgut Mensch	26
3.3.3 Schutzgut Pflanzen	26
3.3.4 Schutzgut Tiere	33
3.3.5 Schutzgut Boden	33
3.3.6 Schutzgut Wasser	34
3.3.7 Schutzgut Klima / Luft	34
3.3.8 Schutzgut Landschaft	35
3.3.9 Schutzgut Kultur- und Sachgüter	35
3.4 Anderweitige Planungsmöglichkeiten	36
3.4.1 Standort	36
3.4.2 Planinhalt	36
4.0 ZUSÄTZLICHE ANGABEN	36
4.1 Beschreibung der wichtigsten Merkmale der verwendeten technischen Verfahren	36
4.1.1 Analysemethoden und -modelle	36
4.1.2 Fachgutachten	36

4.1.3	Hinweise auf Schwierigkeiten bei der Zusammenstellung der Unterlagen	37
4.2	Hinweise zur Durchführung der Umweltüberwachung	37
5.0	ALLGEMEINVERSTÄNDLICHE ZUSAMMENFASSUNG	37
6.0	LITERATUR	39

ANLAGEN

- Karte 1: Bestand Biotoptypen**
Anlage 1: Faunistischer Fachbeitrag

TEIL II: UMWELTBERICHT

1.0 EINLEITUNG

Zur Beurteilung der Belange des Umweltschutzes (§ 1 (6) Nr. 7 BauGB) ist im Rahmen der Bauleitplanung eine Umweltprüfung durchzuführen, in der die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen ermittelt werden. Entsprechend der Anlage zum Baugesetzbuch zu § 2 (4) und § 2a BauGB werden die ermittelten Umweltauswirkungen im Umweltbericht beschrieben und bewertet (§ 2 (4) Satz 1 BauGB).

1.1 Beschreibung des Planvorhabens / Angaben zum Standort

Die Gemeinde Rastede beabsichtigt die Weiterentwicklung der Wohnnutzung im Bereich westlich der Straße Am Stratjebusch bzw. nördlich des Köttersweges und stellt zu diesem Zweck den Bebauungsplan Nr. 99 A auf.

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 99 A befindet sich nördlich des Köttersweges bzw. westlich vom Stratjebusch in der Ortschaft Rastede und umfasst eine ca. 4,5 ha große Fläche. Das Plangebiet wird im Norden durch Wohnhäuser, im Westen und Südwesten von Einzelhäusern sowie im Osten durch den Stratjebusch begrenzt. Genaue Angaben zum Standort sowie eine detaillierte Beschreibung des städtebaulichen Umfeldes, der Art des Vorhabens und den Festsetzungen sind den entsprechenden Kapiteln der Begründung zum Bebauungsplan Nr. 99 A, Kap. 2.2 „Räumlicher Geltungsbereich“, Kap. 2.3 „Städtebauliche Situation“, Kap. 1.0 „Anlass und Ziel der Planung“ sowie Kap. 5.0 „Inhalt des Bebauungsplanes“ zu entnehmen.

1.2 Umfang des Vorhabens und Angaben zu Bedarf an Grund und Boden

Das Plangebiet umfasst eine Größe von ca. 4,5 ha. Durch die Festsetzung von Wohngebieten und Verkehrsflächen wird ein unbebauter Bereich einer baulichen Nutzung zugeführt.

Die einzelnen Flächenausweisungen umfassen:

Allgemeine Wohngebiete	ca. 25.745 m ²
Öffentliche Straßenverkehrsfläche	ca. 5.430 m ²
Verkehrsfläche bes. Zweckbestimmung (Fuß- und Radweg)	ca. 135 m ²
Private Grünflächen	ca. 948 m ²
davon Flächen zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern und sonst. Bepflanzungen	ca. 126 m ²
davon Flächen für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonst. Bepflanzungen	ca. 195 m ²
davon Flächen mit Bindungen für die Erhaltung und zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen	ca. 627 m ²
Öffentliche Grünflächen	ca. 560 m ²
davon Flächen mit der Zweckbestimmung Spielplatz	ca. 530 m ²
davon Flächen für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonst. Bepflanzungen	ca. 30 m ²
Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft	ca. 11.760 m ²
davon Schutzgebiet	ca. 2.600 m ²

Durch die im Bebauungsplan Nr. 99 A vorbereiteten Überbaumöglichkeiten (u. a. GRZ + Überschreitung gem. § 19 (4) BauNVO) können im Planungsraum bis zu ca. 1,4 ha dauerhaft neu versiegelt werden. Die vorliegende Straßenausbauplanung

des Ing.-Büros Horst Prante sieht den weiteren Ausbau der Straße „Am Stratjebusch“ bis zum Köttersweg vor. Die hiermit verbundenen Eingriffe in Natur und Landschaft werden im vorliegenden Umweltbericht mit abgehandelt (s. ausführlicher im Kap. 3.3.1 „Bilanzierung“ im Umweltbericht zum Bebauungsplan Nr. 99 A).

2.0 PLANERISCHE VORGABEN UND HINWEISE

Die in einschlägigen Fachplänen und Fachgesetzen formulierten Ziele, die für den vorliegenden Planungsraum relevant sind, werden unter Kap. 3.0 „Planerische Vorgaben und Hinweise“ der Begründung zum Bebauungsplan Nr. 99 A umfassend dargestellt (Raumordnerische Vorgaben, vorbereitende und verbindliche Bauleitplanung). Im Folgenden werden zusätzlich die planerischen Vorgaben und Hinweise aus naturschutzfachlicher Sicht dargestellt (Landschaftsprogramm, Landschaftsrahmenplan (LRP), naturschutzfachlich wertvolle Bereiche / Schutzgebiete, artenschutzrechtliche Belange).

2.1 Landschaftsprogramm

Entsprechend der Einteilung des Niedersächsischen Landschaftsprogramms von 1989 befindet sich das Plangebiet in der Naturräumlichen Region Ostfriesisch-Oldenburgische Geest. Als vorrangig schutz- und entwicklungsbedürftig werden beispielsweise Eichenmischwälder mittlerer Standorte, Weiden-Auwälder, nährstoffarme Seen und Weiher sowie nährstoffarme Feuchtwiesen genannt. Als besonders schutz- und entwicklungsbedürftig gelten bodensaure Buchenwälder, Birken-Bruchwälder, Bäche sowie nährstoffreiches Feuchtgrünland. Schutzbedürftig, z. T. auch entwicklungsbedürftig sind Feuchtgebüsche, Gräben, Grünland mittlerer Standorte, dörfliche Ruderalfluren und sonstige wildkrautreiche Äcker.

2.2 Landschaftsrahmenplan

Der Landschaftsrahmenplan des Landkreises Ammerland liegt mit Stand von 1995 vor. Der Geltungsbereich und seine Umgebung gehören zur naturräumlichen Einheit der Oldenburger Geest bzw. der Untereinheit der Wiefelsteder Geestplatte. Gemäß Karte 5 gehört das südliche Plangebiet zu einer Grünland-Acker-Baumschulfläche bzw. zu einem landwirtschaftlich genutzten Areal mit unterschiedlichem Anteil an Acker- und Baumschulflächen. Für die nördlichen Flächen wird keine gesonderte Darstellung vorgenommen.

Das Plangebiet und seine Umgebung befinden sich in einem Wallheckengebiet mit hoher Dichte und Vernetzung. Für das Gebiet wird die Erhaltung und Pflege von Wallhecken angegeben (Karte 6 – Wallheckengebiete).

Die Bedeutung für Arten und Lebensgemeinschaften ist im südlichen Geltungsbereich mit Wertstufe 2 (von 4 möglichen Wertstufen) als mäßig eingeschränkt dargestellt (Karte 7 – Lebensraumkomplexe und Biotoptypen). Für die nördlichen Flächen wird keine gesonderte Bedeutung für Arten und Lebensgemeinschaften aufgezeigt, da dieser Bereich zum Stadtgebiet von Rastede gehört.

Als ein charakteristisches Merkmal des Landschaftsbildes wird in Karte 8 ein kleinstrukturiertes Grünland-Acker-Baumschul-Mischnutzungsareal für die südlichen Teilflächen aufgeführt (Karte 8 – Vielfalt, Eigenart und Schönheit – gegenwärtiger Zustand). Für die übrigen nördlichen Flächen werden keine Angaben gemacht.

Das Plangebiet und die südlich angrenzende Umgebung gehören zu einem Wallheckengebiet mit gut ausgeprägten Wallheckenstrukturen. Der Stratjebusch wird als ein wichtiger Laubwaldbereich mit Bedeutung für die Vielfalt, Eigenart und Schönheit dargestellt (Karte 9 – Vielfalt, Eigenart und Schönheit).

Der östlich angrenzende Stratjebusch wird als wichtiger Bereich für die Böden dargestellt (hier: Geestböden alter Waldstandorte).

Die mittlere Grundwasserneubildungsrate liegt gemäß Karte 12 aufgrund der wenig durchlässigen Böden im geringen Bereich ($> 100 - 200 \text{ mm/a}$), wobei das Schutzpotenzial des Grundwassers als mittel und hoch eingestuft wird (Karte 13).

Südlich bzw. westlich angrenzend befindet sich ein festgesetztes Wasserschutzgebiet (Karte 14 – Grundwasser – Wassergewinnungsgebiete).

Das vorherrschende Klima wird zu einem Stadtrandklima gezählt. Für den Stratjebusch wird ein Waldklima angegeben (Karte 15 – Luft und Klima).

Das Plangebiet und die südliche sowie westlich gelegene Umgebung gehören zu einem Gebiet zur Erhaltung und Pflege von Wallhecken (Karte 16 – Entwicklungsziele und Maßnahmen). Südlich angrenzend wird ein Naturdenkmal (Eiche) dargestellt.

2.3 Naturschutzfachlich wertvolle Bereiche / Schutzgebiete

Die Wallhecken im Plangebiet und der Umgebung zählen zu den nach § 22 (3) NAGBNatSchG i. V. m. § 29 BNatSchG geschützten Landschaftsbestandteilen. Auf dem Hausgrundstück Ecke Köttersweg / Am Stratjebusch befindet sich eine sehr alte Eiche, die als Naturdenkmal gemäß § 21 NAGBNatSchG i. V. m. § 28 BNatSchG ausgewiesen ist.

Ferner kommt im südlichen Plangebiet ein nach § 24 NAGBNatSchG i. V. m. § 30 BNatSchG gesetzlich geschütztes Biotop vor. Dabei handelt es sich um einen Wiesentümpel, der eine Flächengröße von ca. 2.600 m^2 erreicht. Ferner befindet sich östlich der Straße „Am Stratjebusch“ ein sonstiges naturnahes Kleingewässer (SEZ), welches an der breitesten Stelle etwa 6 m misst und insgesamt (inkl. zu- und Abflussbereich) ca. 20 m lang ist. Auch dieses Gewässer zählt zu den nach § 24 NAGBNatSchG i. V. m. § 30 BNatSchG gesetzlich geschützten Biotopen.

Die Flächen südlich und westlich des Plangebietes gehören zum Trinkwasserschutzgebiet Alexandersfeld.

Ferner befinden sich im Plangebiet Arten nach Anhang IV der FFH-Richtlinie sowie geschützte wildlebende Vogelarten im Sinne von Artikel 1 der Vogelschutzrichtlinie. Diese Arten sind im Gebiet der zu erwartenden Auswirkungen zu erfassen und zu bewerten, ob Verbotstatbestände nach § 44 BNatSchG vorliegen. Die Belange des Artenschutzes werden im faunistischen Fachbeitrag abgehandelt.

Der Stratjebusch gehört zum Landschaftsschutzgebiet WST-Nr. 83 „Stratje-Busch“.

Weitere ausgewiesene oder geplante Schutzgebiete nationalen/internationalen Rechts bzw. naturschutzfachlicher Programme befinden sich nicht im Plangebiet bzw. deren unmittelbarer Umgebung.

2.4 Artenschutzrechtliche Belange

§ 44 BNatSchG in Verbindung mit Art. 12 und 13 der FFH-Richtlinie und Art. 5 der Vogelschutzrichtlinie (V-RL) begründen ein strenges Schutzsystem für bestimmte Tier- und Pflanzenarten (Tier und Pflanzenarten, die in Anhang A oder B der Europäischen Artenschutzverordnung - (EG) Nr. 338/97 - bzw. der EG-Verordnung Nr. 318/2008 in der Fassung vom 31.03.2008 zur Änderung der EG-Verordnung Nr. 338/97 - aufgeführt sind, Tier- und Pflanzenarten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie, alle europäischen Vogelarten, besonders oder streng geschützte Tier- und Pflanzenarten der Anlage 1 der BArtSchV). Danach ist es verboten,

- *wild lebenden Tieren der besonders geschützten Arten nachzustellen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,*
- *wild lebende Tiere der streng geschützten Arten und der europäischen Vogelarten während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten erheblich zu stören; eine erhebliche Störung liegt vor, wenn sich durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art verschlechtert,*
- *Fortpflanzungs- oder Ruhestätten der wild lebenden Tiere der besonders geschützten Arten aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören und*
- *wild lebende Pflanzen der besonders geschützten Arten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, sie oder ihre Standorte zu beschädigen oder zu zerstören.*

Zwar ist die planende Gemeinde nicht unmittelbar Adressat dieser Verbote, da mit dem Bebauungsplan in der Regel nicht selbst die verbotenen Handlungen durchgeführt beziehungsweise genehmigt werden. Allerdings ist es geboten, den besonderen Artenschutz bereits in der Bauleitplanung angemessen zu berücksichtigen, da ein Bebauungsplan, der wegen dauerhaft entgegenstehender rechtlicher Hinderungsgründe (hier entgegenstehende Verbote des besonderen Artenschutzes bei der Umsetzung) nicht verwirklicht werden kann, vollzugsunfähig ist. Im faunistischen Fachbeitrag werden die Belange des Artenschutzes berücksichtigt (vgl. Anlage 1).

3.0 BESCHREIBUNG UND BEWERTUNG DER UMWELTAUSWIRKUNGEN

Die Bewertung der Umweltauswirkungen des vorliegenden Planvorhabens erfolgt anhand einer Bestandsaufnahme bezogen auf die einzelnen, im Folgenden aufgeführten Schutzgüter. Durch eine umfassende Darstellung des gegenwärtigen Umweltzustandes einschließlich der besonderen Umweltmerkmale im unbeplanten Zustand sollen die umweltrelevanten Wirkungen der Bebauungsplanaufstellung herausgestellt werden. Hierbei werden die negativen sowie positiven Auswirkungen der Umsetzung der Planung auf die Schutzgüter dargestellt und hinsichtlich ihrer Erheblichkeit soweit wie möglich bewertet. Ferner erfolgt eine Prognose der Umweltauswirkungen bei Durchführung und Nichtdurchführung der Planung („Nullvariante“).

3.1 Bestandsaufnahme und Bewertung der einzelnen Schutzgüter

Zum besseren Verständnis der Einschätzung der Umweltauswirkungen wird im folgenden ein kurzer Abriss über die durch die Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 99 A verursachten Veränderungen von Natur und Landschaft gegeben.

Mit der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 99 A wird die Festsetzung von allgemeinen Wohngebieten (WA) und Straßenverkehrsflächen ermöglicht. Dadurch werden vorwiegend landwirtschaftlich genutzte Flächen (Intensivgrünland) und unterschiedlich strukturierte Gehölzstrukturen (Wallheckenabschnitte, Hecken, Einzelbäume) überplant. Der gesamte Geltungsbereich umfasst eine Fläche von ca. 4,5 ha.

Für die allgemeinen Wohngebiete (WA 1 und WA 2) wird von einer festgelegten Grundflächenzahl (GRZ) 0,35 bzw. 0,4 mit einer zulässigen Überschreitung gemäß § 19 (4) BauNVO von 30 % ausgegangen. Dies entspricht einer maximalen Versiegelung von 45,5 % bzw. 52 %. Dadurch wird eine maximale Bodenversiegelung von ca. 1,2 ha Fläche im Bereich der allgemeinen Wohngebiete bauleitplanerisch ermöglicht.

Ferner sind Straßenverkehrsflächen mit einer Gesamtgröße von insgesamt ca. 5.565 m² geplant. Bei einem angenommenen Versiegelungsgrad von 80 % können ca. 4.450 m² versiegelt werden. Die Restflächen werden als artenarme Grünflächen (Straßenbegleitgrün) berücksichtigt. Durch die Neuanlage einer Planstraße wird eine Baum-Strauch-Wallhecke in einer Breite von 7 m durchbrochen. Bei einem anzusetzenden Kompensationsverhältnis von 1:2 sind deshalb an anderer Stelle 14 m Wallhecke neu anzulegen. Ferner wird im nordöstlichen Plangebiet eine ca. 10 m lange Baum-Wallhecke überplant. Diese ist ebenfalls im Verhältnis 1:2 zu kompensieren, so dass an anderer Stelle 20 m Wallhecke neu anzulegen sind.

Die vorliegende Straßenausbauplanung des Ing.-Büros Horst Prante sieht den weiteren Ausbau der Straße „Am Stratjebusch“ bis zum Köttersweg vor. Die hiermit verbundenen Eingriffe in Natur und Landschaft werden ebenfalls im vorliegenden Umweltbericht mit abgehandelt. Dadurch werden weitere Einzelbäume (darunter Erlen, Eschen, Weiden), Rhododendren Büsche, kleine Grabenabschnitte sowie ein naturnahes Kleingewässer (Grabenaufweitung am Stratjebusch) überplant. Letzteres gehört zu den nach § 30 BNatSchG geschützten Biotopen. Hierfür wurde ein Antrag auf Ausnahmegenehmigung gem. § 30 (3) BNatSchG für die Beseitigung des geschützten Biotops gestellt. Der zu erbringende Nachweis der erfolgten Ausnahmegenehmigung muss bis zum Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses des Bebauungsplanes Nr. 99 A vorliegen. Dieses Biotop gehört ebenfalls zum Landschaftsschutzgebiet WST-Nr. 83 „Stratje-Busch“, so dass für diesen Bereich ferner ein Antrag auf Befreiung des o. g. Landschaftsschutzgebietes beim Landkreis Ammerland gestellt wurde. Hierzu liegt mittlerweile eine Genehmigung des Landkreises Ammerland mit Datum vom 24.06.2014 vor.

Zur Eingrünung des Plangebietes sowie zur Einbindung der geplanten städtebaulichen Strukturen in den umliegenden Siedlungs- und Landschaftsraum werden Einzelbäume erhalten als auch in den Randbereichen des Plangebietes auf einer Fläche von ca. 950 m² private Grünflächen gem. § 9 (1) Nr. 15 BauGB festgesetzt. Überlagernd erfolgt für die betreffenden Flächen die Festlegung als Fläche für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen gem. § 9 (1) Nr. 25b BauGB bzw. als Fläche zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen gem. § 9 (1) Nr. 25a BauGB. Zum Teil handelt es sich dabei um Wallhecken, deren Schutzstatus dadurch aufgehoben wird. Die verlorengehende Wallheckenfunktion wird im Verhältnis 1:1 an anderer Stelle kompensiert.

Ferner sieht die Planung die Anlage eines naturnah gestalteten Regenrückhaltebeckens vor, dass als Fläche für die Wasserwirtschaft, den Hochwasserschutz und die Regelung des Wasserabflusses gem. § 9 (1) Nr. 16 BauGB und gleichzeitig als Fläche für Maßnahmen, zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur

und Landschaft gem. § 9 (1) Nr. 20 BauGB festgesetzt wird. In diesem Bereich befindet sich auch das nach § 30 BNatSchG gesetzlich geschützte Biotop, welches vollständig erhalten bleibt.

Des weiteren befinden sich innerhalb des Geltungsbereiches Kompensationsflächen in einer Größenordnung von ca. 0,6 ha, die als Kompensation der Eingriffe der Bebauungspläne Nr. 53 „Sportplatz Südende“ bzw. Nr. 52 „Leuchtenburg – Domsheide“ festgesetzt wurden. Diese sind flächengleich zu verlagern, um der hier vorgesehenen Planung nicht entgegen zu stehen. Außerdem wird eine im Bebauungsplan Nr. 53 neu anzulegende Wallhecke auf einer Länge von 35,0 m und einer Breite von 5,0 m nicht übernommen. Hierfür ist an anderer Stelle eine neue Wallhecke auf einer Länge von 35 m anzulegen oder wallheckenfördernde Maßnahmen umzusetzen.

An der nördlichen Seite des Hausgrundstücks Köttersweg 30 befindet sich eine weitere Wallhecke auf einer Länge von ca. 110 m, die vor ca. zehn Jahren als Ersatzmaßnahme für den Bebauungsplan Nr. 63 B angelegt worden ist. In Übereinstimmung mit den übrigen im Plangebiet vorhandenen Wallhecken wird diese Wallhecke im Weiteren vollständig über die Festsetzung als Fläche für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen gem. § 9 Abs. 1 Nr. 25b BauGB erfasst und planungsrechtlich gesichert. Der verlorengehende Wallheckenschutzstatus wird im Verhältnis 1:1 über das Wallheckenschutzprogramm des Landkreises Ammerland kompensiert. Auf den angrenzenden geplanten Grundstücksflächen sind in einem Abstand von 5 m Bodenaufschüttungen und -abgrabungen, Boden- und Materialablagerungen sowie Flächenversiegelungen jeglicher Art zum Schutz der Wallhecke unzulässig.

Ferner werden weitere grünordnerische Maßnahmen im Geltungsbereich des Bebauungsplanes umgesetzt. So werden in der Maßnahmenfläche im Süden neben dem bereits weiter oben erwähnten neu anzulegenden naturnahen Regenrückhaltebecken, in den Randbereichen neue Gehölzstrukturen (Baum-Strauch-Anpflanzungen) angelegt. Darüber hinaus sind je Baugrundstück ein kleinkroniger Laub- oder Obstbaum und zu den öffentlichen Verkehrsflächen standortgerechte Hecken zu pflanzen. Unter Zugrundelegung dieser Maßnahmen wird sichergestellt, dass sich die geplante Nutzung optisch in die Umgebung einpasst und dass ein erkennbarer Siedlungsrand gegenüber dem freien Landschaftsraum gebildet wird.

Im Folgenden werden die konkretisierten Umweltauswirkungen des Vorhabens auf die verschiedenen Schutzgüter dargestellt und bewertet.

3.1.1 Schutzgut Mensch

Eine intakte Umwelt stellt die Lebensgrundlage für den Menschen dar. Im Zusammenhang mit dem Schutzgut Mensch sind vor allen Dingen gesundheitliche Aspekte bei der Bewertung der umweltrelevanten Auswirkungen von Bedeutung. Bei der Betrachtung des Schutzgutes Mensch werden daher Faktoren wie Immissionsschutz, aber auch Aspekte wie die planerischen Auswirkungen auf die Erholung- und Freizeitfunktionen bzw. die Wohnqualität herangezogen.

Für die Menschen stellt der größte Teil des Untersuchungsgebietes hauptsächlich Produktionsfläche (Grünland) dar. Das Plangebiet und die Umgebung sind durch die westlich im Nahbereich befindliche Bundesautobahn (A 29) und die umliegenden Straßen (Köttersweg, Am Stratjebusch) bereits vorgeprägt. Ferner existieren einzelne Wohnhäuser in der direkten Umgebung. Als Erholungsort hat das Plangebiet eine untergeordnete Bedeutung, wobei der Stratjebusch der Naherholung dient.

Im Rahmen der Bauleitplanung sind die mit der Planung verbundenen, unterschiedlichen Belange untereinander und miteinander zu koordinieren, so dass Konfliktsituationen vermieden und die städtebauliche Ordnung sichergestellt wird. Demnach ist die Beurteilung der Immissionssituation ein wesentlicher Bestandteil dieser Bauleitplanung.

Der Geltungsbereich befindet sich im Einwirkungsbereich der Bundesautobahn 29. Aufgrund der hiervon ausgehenden Immissionen können sich Konflikte mit den geplanten Wohnnutzungen ergeben. Im Vorfeld dieser Bauleitplanung wurde daher eine schalltechnische Untersuchung zum Verkehrslärm durch das Ingenieurbüro ted GmbH, Bremerhaven vorgenommen.

Ferner wurde durch das o. g. Büro eine weitere Untersuchung zur künftigen Sportlärmbelastung ausgehend von der derzeit in Realisierung befindlichen Sportanlage am „Köttersweg“ vorgenommen.

Bewertung

Für das Schutzgut Mensch bedeutet die Bebauung / Nutzungsänderung eine Verminderung von Flächen für die landwirtschaftliche Produktion, einen gewissen vermindernden Erholungswert und anlage- und betriebsbedingt Belastungen durch geringfügig zunehmenden Verkehr.

Die Erheblichkeit der Auswirkungen auf das Schutzgut Mensch sind zunächst ohne Berücksichtigung der o. g. Gutachten als weniger erheblich einzustufen.

3.1.2 Schutzgut Pflanzen

Biotoptypen

Um Aussagen über den Zustand von Natur und Landschaft zu erhalten, wurde eine Bestandserfassung in Form einer Biotoptypenkartierung durchgeführt. Die Bestandsaufnahme der Naturausstattung erfolgte durch Geländebegehungen im Mai und Juli 2012.

Durch das Vorhandensein bestimmter Biotope, ihre Ausprägung und die Vernetzung untereinander sowie mit anderen Biotopen können Informationen über schutzwürdige Bereiche gewonnen werden.

Die im Folgenden vorgenommene Typisierung der Biotope und die Zuordnung der Codes (Großbuchstaben hinter dem Biotoptyp) beziehen sich auf den Kartierschlüssel für Biotoptypen in Niedersachsen (DRACHENFELS 2011).

Es wurden alle im Rahmen des Bebauungsplanes relevanten Biotopstrukturen erfasst. Einzelbäume wurden kartiert, sofern sie markant oder prägend für das Landschaftsbild sind bzw. starkes Baumholz von i. d. R. mindestens 0,3 m im Durchmesser aufweisen.

Übersicht der Biotoptypen

Im Bereich der geplanten Wohnbebauung am Stratjebusch sind Biotoptypen aus folgenden Gruppen vertreten (Zuordnung gemäß Kartierschlüssel):

- Gebüsche und Einzelbäume,
- Wälder,
- Binnengewässer,
- Grünland,
- Ruderalfluren,

- Grünanlagen der Siedlungsbereiche,
- Gebäude, Verkehrsflächen.

Lage, Verteilung und Ausdehnung der o. g. Biotoptypen sind dem Bestandsplan Biotoptypen (s. Plan 1) zu entnehmen. Das Plangebiet umfasst Grünland und Ruderalflächen nördlich des Köttersweges, die von Wallhecken durchzogen werden.

Beschreibung der Biotoptypen

Gebüsche, Einzelbäume und Wälder

Gehölze kommen in Form von Wall- und Feldhecken, Einzelbäumen, Gebüschern sowie Siedlungsgehölzen im gesamten Plangebiet in unterschiedlicher Ausprägung vor. Überwiegend handelt es sich um linienhaft ausgeprägte Gehölzstrukturen entlang der Flurstücksgrenzen.

Prägend für das Landschaftsbild des Plangebietes sind die Heckenstrukturen, die die Grünlandflächen teilen und begrenzen. Sie sind großenteils als Baum-Strauch-Wallhecken (HWM) oder Baum-Wallhecke (HWP) ausgeprägt, kurze Abschnitte auch als Baumhecke (HFM) und Strauchhecke (HFS). Vorherrschende Baumart der Wallhecken ist die Stieleiche (*Quercus robur*). Die meisten Eichen haben Stammdurchmesser zwischen ca. 0,3 und 0,8 m, einzelne Eichen erreichen Stärken von ca. 1,0 m bis 1,2 m. Weitere in den Wallhecken vorkommende Baumarten sind Hänge-Birke (*Betula pendula*), Hainbuche (*Carpinus betulus*), Berg-Ahorn (*Acer pseudoplatanus*), Hybrid-Pappel (z. B. *Populus x canadensis*), Zitter-Pappel (*Populus tremula*), Rotbuche (*Fagus sylvatica*) und vereinzelt Vogel-Kirsche (*Prunus avium*). In der Strauchschicht kommen hier vereinzelt Weißdorn (*Crataegus monogyna*), Schwarzer Holunder (*Sambucus nigra*), Stechpalme (*Ilex aquifolium*), Eberesche (*Sorbus aucuparia*), Gewöhnliche Hasel (*Corylus avellana*) und Gewöhnliches Pfaffenhütchen (*Euonymus europaea*) vor. Als Besonderheit befindet sich in der in Nord-Süd-Richtung verlaufenden Strauch-Baum-Wallhecke außerdem eine mehrstämmige Eibe (*Taxus baccata*) mit Stammdurchmesser von ca. 0,2 bzw. 0,4 m. An der nördlichen Seite des Hausgrundstücks Köttersweg 30 verläuft eine neuangelegte Wallhecke (HWN) mit Ahorn (*Acer platanoides*, *A. campestre*), Weiden (*Salix spec.*), Hasel und Schwarzem Holunder (*Sambucus nigra*).

Die Stechpalme zählt zu den nach BNatSchG besonders geschützten Arten. Die Wallhecken sind nach § 22 Abs. 3 NAGBNatSchG geschützt. Sie sind - bis auf einen kleinen Abschnitt im Norden als auch die o. g. neuangelegte Wallhecke - im Wallheckenkataster der Gemeinde Rastede verzeichnet.

In der nordöstlichen Ecke des Plangebietes befindet sich ein strukturreicher Bereich, welcher aus einem ruderalisierten ehemaligen Hausgrundstück besteht. Hier sind Gehölze unterschiedlichster Art vertreten. Zur Straße „Am Stratjebusch“ hin wachsen geschnittene Feldhecken (HFS), welche sich aus Weißdorn, Rotbuche und Hainbuche zusammensetzen. Im Süden und Südwesten werden diese durch eine durchgewachsene Hainbuchenhecke fortgesetzt, welche mittlerweile einen Stammdurchmesser von ca. 0,1 – 0,4 m erreicht hat. Weiterhin wird der südliche Teil von einem naturnahen Feldgehölz eingenommen, das aus Weiden (*Salix spec.*), Hybrid-Pappeln und Birken besteht (HN). Im nördlichen Bereich befindet sich ein kurzer Baum-Wallheckenabschnitt mit Stiel-Eichen (Durchmesser ca. 0,6 m), der nicht im Wallheckenkataster verzeichnet ist. Weiterhin befindet sich dort eine Baumhecke (HFB) aus Rotbuche mit Stammdurchmessern von ca. 0,3-1,0 m. Weiterhin befinden sich hier Einzelbaumbestände aus Weide, Stiel-Eiche, Hänge-Birke, Vogel-Kirsche, Gewöhnlicher Esche (*Fraxinus excelsior*) und Fichte (*Picea spec.*). Die Stammdurchmesser bei

den Eichen reichen bis zu ca. 1,2 m. Als Besonderheit sind fünf Linden (*Tilia spec.*) zu erwähnen, von denen eine mit einem Stammdurchmesser von ca. 0,7 m als Kopfbaum (HBK) ausgebildet ist und die vier weiteren auf den Stock gesetzt wurden (HBn). Schließlich sind Einzelsträucher der besonders geschützten Stechpalme sowie der Weide vorhanden.

Am Rande der Grünlandflächen des Plangebietes bzw. an den Wegen befinden sich vereinzelt Einzelbäume von Gew. Esche, Stiel-Eiche, Zitter-Pappel, Weide, Fremdländische Fichte (*Picea pungens*), Amerikanischer Eiche (*Quercus rubra*) und Ross-Kastanie (*Aesculus hippocastanum*). Außerdem befindet sich außerhalb des Plangebietes östlich der Straße „Am Stratjebusch“ ein Sonstiges standortfremdes Gebüsch (BRX) mit Rhododendron-Büschen sowie Einzelsträucher (Weiden, *Salix spec.*) am Rande der dortigen Grabenaufweitung.

Nordwestlich des Plangebietes im Anschluss an die Baum-Wallhecke befindet sich ein Einzelstrauchbestand von Stechpalme und Hunds-Rose (*Rosa canina*). Südlich der Plangebietsgrenze befindet sich in einem Abschnitt, welcher an das Hausgrundstück Ecke Köttersweg/Am Stratjebusch grenzt, eine geschnittene Rotbuchenhecke (HFS). Zum Köttersweg hin, aber v. a. zur Straße „Am Stratjebusch“ stehen am Rande des Hausgrundstücks mehrere, z. T. starke Einzelbäume (HBE) von Ross-Kastanie, Eiche und Weide. Am nördlichen und südlichen Rand der Grünlandbrache im Westen des Plangebietes stocken ein Sonstiges naturnahes Ruderalgebüsch (BRS) aus Zitter-Pappeln, ein Feuchtgebüsch nährstoffreicher Standorte (BFR) aus Grau-Weiden (*Salix cinerea*), ein Einzelstrauch (Berg-Ahorn) sowie zwei Weiden (HBE).

Östlich der Plangebietsgrenze verläuft am östlichen Rand der Straße „Am Stratjebusch“ eine weitere Strauch-Baum-Wallhecke (HWM), welche hauptsächlich von z. T. großen Rotbuchen und Stiel-Eichen bewachsen ist, direkt dahinter schließt sich ein mesophiler Eichen- und Hainbuchenmischwald feuchter, mäßig basenreicher Standorte an (WCA, Landschaftsschutzgebiet „Stratje-Busch“). Im südlichen Bereich des Straßenabschnittes stehen einige Einzelbäume (HBE) von Schwarzerle (*Alnus glutinosa*), Gewöhnliche Esche, Vogel-Kirsche, Stiel-Eiche und Eberesche.

Gewässer

Das einzige Stillgewässer innerhalb des Plangebietes befindet sich westlich der Straße „Am Stratjebusch“ inmitten der Grünlandfläche. Es handelt sich um einen Wiesentümpel (STG), ein gemäß § 30 (2) Nr. 1 BNatSchG geschütztes Biotop. Der Tümpel ist deutlich im Gelände eingesenkt und von unterschiedlicher Tiefe, zu den Rändern hin läuft er flach aus. Die Ausdehnung ist beträchtlich, sie beträgt maximal ca. 70 m x 40 m. Bis in den Juli hinein war er im Jahr 2012 wasserführend, so dass sich die Amphibienarten Grasfrosch und Erdkröte sowie der gefährdete Bergmolch (siehe Schutzgut Tiere bzw. faunistischer Fachbeitrag) erfolgreich fortpflanzen konnten. Vorkommende Pflanzenarten sind v. a. Flutender Schwaden (*Glyceria fluitans*) und Weißes Straußgras (*Agrostis stolonifera*), daneben in geringeren Anteilen Knick-Fuchsschwanz (*Alopecurus geniculatus*), Flatterbinse (*Juncus effusus*), Behaarte Segge (*Carex hirta*), Wiesen-Segge (*Carex nigra*) und Kleine Wasserlinse (*Lemna minor*). In den flacheren randlichen Bereichen, v. a. in Richtung Norden, nimmt mit dem Anteil von Wiesen-Fuchsschwanz (*Alopecurus pratensis*), Kriechendem Hahnenfuß (*Ranunculus repens*) und Wiesen-Schaumkraut (*Cardamine pratensis*) der grünlandartige Charakter zu.

An einem kleinen Teil der Wallhecken sowie entlang der Straßen verlaufen parallel Gräben. Die meisten führen nur nach Starkregen kurzzeitig Wasser. Sie wurden als Sonstige vegetationsarme Gräben (FGZ) im Biotoptypen-Plan verzeichnet. Solche ver-

laufen am Köttersweg, entlang der Wallhecke nördlich des Bolzplatzes sowie entlang „Am Stratjebusch“. Die ständig wasserführenden Gräben bzw. solche mit mehr oder weniger ausgeprägter Wasserpflanzenvegetation werden den Nährstoffreichen Gräben (FGR) zugeordnet. Im Untersuchungsgebiet enthalten nur zwei Grabenabschnitte Wasserpflanzen. Dies betrifft zum einen den südlichen Abschnitt „Am Stratjebusch“ an der westlichen Seite, wo Wasser- oder Sumpfpflanzen in geringen Anteilen wachsen, so dass ein Mischtyp (FGZ/FGR) vorliegt. Dieser weist steile Uferböschungen auf, welche u. a. mit Großer Brennnessel (*Urtica dioica*), Kletten-Labkraut (*Galium aparine*), Weißem Straußgras und Gewöhnlicher Zaunwinde (*Calystegia sepium*) bestanden sind. Im Graben kommen außerdem z. B. Flutender Schwaden und Gewöhnlicher Wolfstrapp (*Lycopus europaeus*) vor. Im südlichen Teil des Grabens, nördlich des Hausgrundstücks, steht am Grabenrand auf ca. 5 m Länge der Japanische Staudenknöterich (*Fallopia japonica*), ein Neophyt.

Zum anderen befindet sich gegenüber auf der anderen Seite der Straße am Fuß der Wallhecke (außerhalb des Plangebietes) ein Abschnitt mit Wasserpflanzen (FGR). Es wachsen vereinzelt u. a. Blut-Weiderich (*Lythrum salicaria*), Gewöhnlicher Gilbweiderich (*Lysimachia vulgaris*), Flatterbinse und Sumpf-Labkraut (*Galium palustre* ssp. *palustre*). An den trockeneren Rändern kommt u. a. Wald-Frauenfarn (*Athyrium filix-femina*) vor. Etwa gegenüber der Abzweigung des Köttersweges geht dieser Graben in eine Grabenaufweitung über. Es handelt sich hierbei um ein gemäß § 24 NAGB-NatSchG geschütztes Biotop, ein sog. Sonstiges naturnahes Kleingewässer (SEZ), welches an der breitesten Stelle etwa 6 m misst und insgesamt (inkl. zu- und Abflussbereich) ca. 20 m lang ist. Hier wachsen die besonders geschützte Schwertlilie (*Iris pseudacorus*) in ca. 30 Exemplaren, außerdem u. a. Flutender Schwaden, Seerose (*Nymphaea* spec.) und Wasser-Minze (*Mentha aquatica*). Augenscheinlich sind dort auch Gartenpflanzen eingebracht worden.

Grünland

Das Plangebiet wird flächig von Intensivgrünland eingenommen, das überwiegend dem Intensivgrünland trockener Standorte (GIT) zugeordnet werden kann. Häufigste Art dieser Grünländer ist das Weidelgras (*Lolium perenne*), begleitet von weiteren Arten des Intensivgrünlandes wie Wiesen-Schwingel (*Festuca pratensis*), Wiesen-Rispengras (*Poa pratensis*) und Wiesen-Fuchsschwanz (*Alopecurus pratensis*). In geringerem Maße sind Gräser mit geringeren Nährstoffansprüchen wie Wolliges Honiggras (*Holcus lanatus*) und Gewöhnliches Ruchgras (*Anthoxanthum odoratum*) sowie leichte Feuchtezeiger wie Gewöhnliches Rispengras (*Poa trivialis*) vertreten. Begleitende Krautarten sind Gewöhnlicher Löwenzahn (*Taraxacum officinale*), Großer Sauerampfer (*Rumex acetosa*), Vogelmiere (*Stellaria media*), Thymian-Ehrenpreis (*Veronica serpyllifolia*), Kriechender Hahnenfuß (*Ranunculus repens*) und Weiß-Klee (*Trifolium repens*).

Die Fläche im nordwestlich angrenzenden Bereich wird als Grünlandeinsaat (GA) eingestuft, hier wurden hochproduktive Grassorten eingesät, wie z. B. Vielblütiger Lolch (*Lolium multiflorum*) und Wiesen-Schwingel (*Festuca pratensis*), die Fläche ist ansonsten sehr artenarm.

Südlich hiervon befindet sich eine brach liegende Fläche Sonstigen feuchten Extensivgrünlands (GEFb+), welche relativ artenreich ausgeprägt ist. Die Fläche ist leicht reliefiert, es befinden sich z. T. feuchte Senken darin. In den höheren Bereichen dominieren Gräser mit geringeren Nährstoffansprüchen wie Wolliges Honiggras, Weiches Honiggras (*Holcus mollis*), Gewöhnlicher Rotschwingel (*Festuca rubra*), Rotes Straußgras (*Agrostis capillaris*) und Gewöhnliches Ruchgras, daneben kommen auch noch Gräser des intensiver genutzten bzw. nährstoffreicheren Grünlands vor wie Wiesen-

Rispengras, Wiesen-Fuchsschwanz und Wiesen-Schwingel. Als Zeiger für wechselfeuchte Verhältnisse sind lokal Rasen-Schmiele (*Deschampsia cespitosa*) und Behaarte Segge vorhanden. An Krautarten kommen u. a. Scharfer Hahnenfuß (*Ranunculus acris*), Großer Sauerampfer, Thymian-Ehrenpreis, Große Brennnessel sowie Acker-Kratzdistel (*Cirsium arvense*) vor. In den im Wesentlichen drei feuchten Senken, die zwischen ca. 25 m² und ca. 40 m² groß sind, haben sich Arten des Feucht- bzw. Nassgrünlandes ausgebreitet. Dies sind v. a. Wiesen-Segge (*Carex nigra*), Bastard-Schlank-Segge (*Carex x elythroides*), Hasenpfoten-Segge (*Carex ovalis*), Riesen-Straußgras (*Agrostis gigantea*), Gänse-Fingerkraut (*Potentilla anserina*) und Flatter-Binse sowie wenige Exemplare der gefährdeten Hirschen-Segge (*Carex panicea*) und der stark gefährdeten Draht-Segge (*Carex diandra*). Am Westrand liegt die Fläche höher und ist stärker ruderalisiert, außerdem wachsen von den Seiten Gehölze ein.

Ruderalfluren

In dem unter Kap. „Gebüsche, Einzelgehölze und Wälder“ bereits erwähnten strukturreichen Bereich im Nordosten liegt unter den dort wachsenden Gehölzbeständen eine Halbruderal Gras- und Staudenflur feuchter Standorte (UHM) vor. Häufig sind stickstoffliebende Arten wie Giersch (*Aegopodium podagraria*), Gundermann (*Glechoma hederacea*), Gewöhnliche Goldnessel (*Lamium galeobdolon*), Gewöhnlicher Stumpfblättriger Ampfer (*Rumex obtusifolius*), Echte Brombeere (*Rubus fruticosus* agg.), Himbeere (*Rubus idaeus*), Acker-Kratzdistel und Kletten-Labkraut (*Galium aparine*), selten die Große Brennnessel. In geringerer Anzahl kommen Arten mesophiler (mittlerer) Standorte wie Rotes Straußgras, Rot-Schwingel, Wolliges Honiggras und Spitz-Wegerich (*Plantago lanceolata*) sowie Waldarten wie Gewöhnliches Hexenkraut (*Circaea lutetiana*) und Wald-Sternmiere (*Stellaria holostea*) vor. Im äußersten nordöstlichen Teil des Bereiches breitet sich der Japanische Staudenknöterich (*Fallopia japonica*), ein Neophyt, aus.

Grünanlagen der Siedlungsbereiche, Gebäude und Verkehrsflächen

Im Westen des Plangebietes befindet sich ein kleiner Sportplatz/Bolzplatz (PSP), der von einem Ziergebüsch aus überwiegend einheimischen Gehölzarten (BZE) auf einem angelegten Wall bewachsen ist. Hier wurden Hainbuchen, Haselsträucher (*Corylus avellana*), Ebereschen, Weißdorn, Schlehen (*Prunus spinosa*), Liguster (*Ligustrum spec.*), Späte Traubenkirsche (*Prunus serotina*) und Kartoffel-Rose (*Rosa rugosa*) gepflanzt. Westlich grenzt hier ein Fuß-/Radweg mit wassergebundener Decke (OVWw) an, welcher die Grenze des Plangebietes bildet. An der Stelle, wo der Fußweg auf die Schillerstraße führt, befindet sich westlich angrenzend ein kleines Stück Artenarmer Scherrasen (GRA) sowie ein Feuchtgebüsch nährstoffreicher Standorte mit Ohrweide (*Salix aurita*) (BFR). Etwas weiter nördlich am Rande der Schillerstraße zur dortigen Baumwallhecke hin befindet sich ein Mülltonnen-Stellplatz (OYS). Sowohl der Köttersweg als auch die Straße „Am Stratjebusch“ weisen eine Asphaltdecke auf (OVSa).

Nordwestlich des Plangebietes befindet sich in der westlichen Hälfte ein Siedlungsgehölz aus überwiegend einheimischen Gehölzarten (HSE) mit u. a. Gewöhnlicher Hasel, Europäischem Pfaffenhütchen (*Euonymus europaeus*) und Eberesche. Westlich hiervon liegt eine kleine Versorgungsfläche mit Scherrasen. Weiter östlich befindet sich ein kleiner Müll- und Schuttplatz mit Gartenabfällen (OSM).

Nördlich des Plangebietes grenzt ein locker bebautes Einzelhausgebiet (OEL) an, nordwestlich die gepflasterte Schillerstraße (OVSv).

Die an das Plangebiet grenzenden Grundstücke weisen teils große Einzelbäume (PHG) auf und sind teilweise als neuzeitliche Ziergärten (PHZ) gestaltet. Besonders

erwähnenswert ist eine große Stiel-Eiche, die als Naturdenkmal ausgewiesen ist. Sie befindet sich auf dem Hausgrundstück Ecke Köttersweg/Am Stratjebusch.

Geschützte Biotope

Wie in Kap. „Gewässer“ bereits beschrieben, befindet sich im südlichen Plangebiet ein Wiesentümpel (STG), welcher ein gemäß § 30 BNatSchG i. V. m. § 24 NAGBNatSchG geschütztes Biotop darstellt. Durch die deutlich erkennbare Einsenkung des Geländes, welche auch in trockenen Jahreszeiten noch erkennbar ist, ist die Zuordnung als geschütztes Biotop gegeben. Außerdem ist u. a. der gefährdete Bergmolch als sich erfolgreich fortpflanzende Amphibienart dort vertreten. Ferner befindet sich östlich der Straße Am Stratjebusch ein weiteres geschütztes Biotop. Es handelt sich dabei um ein sonstiges naturnahes Kleingewässer (SEZ).

Geschützte Landschaftsbestandteile, Naturdenkmale, Landschaftsschutzgebiet

Die Wallhecken im Plangebiet und der Umgebung zählen zu den geschützten Landschaftsbestandteilen nach § 29 BNatSchG bzw. § 22 NAGBNatSchG.

Auf dem Hausgrundstück Ecke Köttersweg/Am Stratjebusch außerhalb des Plangebietes befindet sich eine sehr alte Eiche, die als Naturdenkmal gemäß § 21 NAGBNatSchG i. V. m. § 28 BNatSchG ausgewiesen ist.

Östlich grenzt das Landschaftsschutzgebiet „Stratje-Busch“ (LSG WST 083) an.

Vorkommen von gefährdeten und besonders oder streng geschützten Pflanzenarten

Im Untersuchungsgebiet konnten während der Erfassungen im Mai und Juli 2012 zwei gemäß der Roten Liste der Farn- und Blütenpflanzen in Niedersachsen und Bremen (GARVE 2004) gefährdete Pflanzenarten nachgewiesen werden. Dabei handelt es sich um jeweils wenige Exemplare der gefährdeten Hirschen-Segge (*Carex panicea*) und der stark gefährdeten Draht-Segge (*Carex diandra*).

Von den gemäß § 7 Abs. 2 Nr. 13 BNatSchG besonders geschützten Spezies wurden zwei Arten festgestellt. Dabei handelt es sich um die Stechpalme (*Ilex aquifolium*), die vereinzelt auf den Wallhecken innerhalb des Plangebietes nachgewiesen wurde. Außerhalb des Plangebietes wurde in der Grabenaufweitung östlich der Straße „Am Stratjebusch“ die Schwertlilie (*Iris pseudacorus*) in ca. 30 Exemplaren festgestellt.

Streng geschützte Pflanzenarten gemäß § 7 Abs. 2 Nr. 14 BNatSchG bzw. Pflanzen des Anhanges IV der FFH-Richtlinie traten nicht auf. Hinweise auf Vorkommen dieser Arten liegen derzeit auch nicht vor. Eine spezielle artenschutzrechtliche Prüfung zu den Verboten des § 44 (1) Nr. 4 BNatSchG ist demgemäß nicht erforderlich, da die vorkommende besonders geschützte Art bei der Eingriffsregelung betrachtet wird und relevante Arten des Anhanges IV der FFH-Richtlinie für die artenschutzrechtliche Prüfung nicht vorkommen.

Bewertung der Biotoptypen

Zur Ermittlung des Eingriffes in Natur und Landschaft wird das Bilanzierungsmodell des niedersächsischen Städtetages von 2013 (Arbeitshilfe zur Ermittlung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen in der Bauleitplanung) angewendet.

In diesem Modell werden Eingriffsflächenwert und Kompensationsflächenwert ermittelt und gegenübergestellt. Zur Berechnung des Eingriffsflächenwertes werden zunächst Wertfaktoren für die vorhandenen Biotoptypen vergeben und mit der Größe der Fläche multipliziert. Analog werden die Wertfaktoren der Biotoptypen der Planungsfläche

mit der Flächengröße multipliziert und anschließend wird die Differenz der beiden Werte gebildet.

Es werden 6 Wertfaktoren unterschieden:

Wertfaktor	Beispiele Biotoptypen
5 = sehr hohe Bedeutung 4 = hohe Bedeutung 3 = mittlere Bedeutung 2 = geringe Bedeutung 1 = sehr geringe Bedeutung 0 = weitgehend ohne Bedeutung	naturnaher Wald Baum-Wallhecke Strauch-Baumhecke Intensiv-Grünland Acker versiegelte Fläche

In der Liste II des Bilanzierungsmodells (Übersicht über die Biotoptypen in Niedersachsen) sind den einzelnen Biotoptypen entsprechende Wertfaktoren zugeordnet. Für die im Plangebiet vorhandenen bzw. geplanten Biotope ergeben sich folgende Wertstufen:

Biotoptyp	Wertfaktor	Anmerkungen
Wiesentümpel [STG]	4	hohe Bedeutung für Arten und Lebensgemeinschaften
Naturnahes Feldgehölz [HN]	4	hohe Bedeutung für Arten und Lebensgemeinschaften
Feuchtgebüsch nährstoffreicher Standorte [BFR]	4	hohe Bedeutung für Arten und Lebensgemeinschaften
Einzelbäume [HBE/HBK]	4	Gehölzbestände aus einheimischen Arten mit Biotop- und Vernetzungsfunktion
Naturnahes Stillgewässer mit umgebender Extensivwiese/Baum-Strauchhecken (Fläche für Maßnahmen.....) [SE/GM/HFM]	4	hohe Bedeutung für Arten und Lebensgemeinschaften
Feuchtgebüsch nährstoffreicher Standorte [BFR]	4	Bedeutung für Arten und Lebensgemeinschaften
Einzelsträucher [BE]	3	Bedeutung für Arten und Lebensgemeinschaften
Sonstiges standortfremdes Gebüsch [BRX]	3	Bedeutung für Arten und Lebensgemeinschaften
Sonstiges feuchtes Extensivgrünland - Brache [GEFb]	3	Bedeutung für Arten und Lebensgemeinschaften
Baumhecke, Strauchhecke [HFB, HFS]	3	Gehölzbestände aus einheimischen Arten mit Biotop- und Vernetzungsfunktion
Halbruderale Gras- und Staudenflur mittlerer Standorte [UHM]	3	Bedeutung für Arten und Lebensgemeinschaften
Nährstoffreicher Graben mit unbeständiger Wasserführung [FGRu]	3	mäßige Bedeutung für Arten und Lebensgemeinschaften
Neu angelegte Baum-Strauchhecken [HFM]	2	Gehölzbestände aus einheimischen Arten mit Biotop- und Vernetzungsfunktion

Biotoptyp	Wert-faktor	Anmerkungen
junge Einzelbäume [HBE]	2	Gehölzbestände aus einheimischen Arten mit Bio-top- und Vernetzungsfunktion
Zierhecken [BZH]	2	Gehölzbestände aus einheimischen Arten mit Bio-top- und Vernetzungsfunktion
Intensivgrünland trockener Standorte [GIT]	2	mäßige Bedeutung für Arten und Lebensgemein-schaften
Sonstiges naturnahes Sukzessionsgebüsch, Ziergebüsch aus überwiegend einheimischen Gehölzarten [BRS, BZE]	2	mäßige Bedeutung für Arten und Lebensgemein-schaften
Sonstiger vegetationsarmer Graben mit unbeständiger Wasserführung [FGZu]	2	mäßige Bedeutung für Arten und Lebensgemein-schaften
Acker (Planungsrechtlich verlagerte Fläche – ehemaliges naturnahes nährstoffreiches Kleingewässer)	1	mäßige Bedeutung für Arten und Lebensgemein-schaften
Spielplatz [PSZ]	1	mäßige Bedeutung für Arten und Lebensgemein-schaften
Neuzeitlicher Hausgarten, Straßenbegleitgrün / Scherrasen [PHZ, GR]	1	mäßige Bedeutung für Arten und Lebensgemein-schaften
Planungsrechtlich freigeräumte Flächen (Kompensationsflächen inkl. gepl. Wallhecke) [A*]	1	geringe Bedeutung für Arten und Lebensgemein-schaften
Sportplatz, Müll- und Schuttplatz [PSP, OSM]	1	geringe Bedeutung für Arten und Lebensgemein-schaften
Vollständig versiegelte Fläche (Gebäude, Nebenanlagen) [X]	0	keine Biotopfunktion

Bezüglich der Wallheckenbewertung wurde in Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde die Weisung der Nds. Umweltministerium vom 03.11.2006 beachtet. So sind beeinträchtigte Werte und Funktionen geschützter Wallhecken durch Neuanlage oder wallheckenfördernde Maßnahmen auszugleichen. Weiterhin sind zu beseitigende Wallhecken bestimmten Wertstufen zuzuordnen und der Ausgleich danach zu bemessen. Demzufolge sind die vorhandenen Wallhecken folgenden Wertfaktoren zuzuordnen:

Biotoptyp	Wert-faktor	Anmerkungen
Baum-Strauch-Wallhecke [HWM]	4	Hohe Bedeutung für Arten und Lebensgemein-schaften
Baum-Wallhecke [HWB]	4	Hohe Bedeutung für Arten und Lebensgemein-schaften

Hinsichtlich der Umweltauswirkungen auf das Schutzgut Pflanzen ist zu konstatieren, dass das Plangebiet einerseits von zum Großteil intensiv landwirtschaftlich genutzten Flächen und andererseits von unterschiedlichen Gehölzstrukturen (Wallhecken, Hecken, Einzelbäumen etc.) und anderen wertvollen Strukturen (Wiesentümpel, Extensivgrünland) eingenommen wird. Somit weist der Planungsraum in Teilbereichen eine

hohe Bedeutung und in den übrigen Bereichen (intensiv genutzte Grünländer) eine geringere Bedeutung für Arten und Lebensgemeinschaften auf. Aufgrund der großflächigen Beseitigung von Biotopstrukturen durch die zulässige Versiegelung und dem damit einhergehenden Verlust von Lebensraum für Pflanzen, sind die **Umweltauswirkungen trotz des vollständigen Erhalts des Wiesentümpels auf das Schutzgut Pflanzen als erheblich** zu bewerten (vgl. Kap. 3.1.10).

3.1.3 Schutzgut Tiere

Da durch das Planvorhaben für Tiere schutzwürdige Landschaftsbestandteile und Strukturen betroffen sein können, wurde von der Unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Ammerland eine Bestandsaufnahme der Brutvögel, Fledermäuse und Amphibien im Plangebiet gefordert.

Im Erfassungszeitraum von Mai bis September 2012 wurden insgesamt fünf Fledermausarten im Untersuchungsgebiet nachgewiesen. Das Vorkommen einer weiteren Art der Gattung *Myotis* ist nicht auszuschließen, da mehrere unbestimmte Lautkontakte von Vertretern dieser Gattung vorliegen. Alle festgestellten Arten gelten nach der bislang gültigen Roten Liste für Niedersachsen als bestandsbedroht. Die im Gebiet liegenden linearen Gehölzbestände und Waldsäume fungieren grundsätzlich als Leitstrukturen bzw. Flugrouten für einige festgestellte Fledermausarten (z. B. Breitflügelfledermaus). Nach der vorliegenden Strukturerfassung weist das Untersuchungsgebiet ein geringes bis mittleres Quartierpotenzial für Baum bewohnende Fledermausarten auf. Die im Plangebiet stockenden Laubgehölze sind punktuell durch Anteile von Altholz gekennzeichnet. Es handelt sich dabei vor allem um ältere Stiel-Eichen. Im Rahmen der durchgeführten Kartierungen konnten im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 99 A insgesamt sechs potenzielle Quartierbäume erfasst werden. Trotz intensiver nächtlicher Detektor-Erfassungen konnten keine Quartierstätten in den Gehölzbeständen nachgewiesen werden. Außerhalb des Plangebietes im Stratjebusch besteht allerdings ein Verdacht auf ein von Abendseglern besetztes Sommerquartier. Desweiteren wurde ein nachweislicher Quartierbaum außerhalb des Untersuchungsraumes identifiziert. Dabei handelt es sich um eine relativ alte Rotbuche, die auf einer Wallhecke randlich des Stratjebusches stockt.

Vergleicht man die Erfassungsergebnisse mit vorliegenden Fledermauskartierungen aus dem Oldenburger Großraum, so ist das Untersuchungsgebiet als ein durchschnittlich artenreicher Fledermauslebensraum einzustufen. Hervorzuheben ist die Bedeutung großer Teile des Untersuchungsgebietes als ein vergleichsweise häufig genutztes Jagdgebiet für die Arten Großer Abendsegler, Breitflügelfledermaus und Zwergfledermaus. Ein Grund hierfür liegt in der für diese Fledermausarten günstigen Strukturvielfalt aus alten, hoch gewachsenen Feldhecken, Waldsäumen und in die Gehölzstrukturen eingebetteten Grünlandflächen.

Im Erfassungszeitraum von März bis Juni 2012 wurden insgesamt 21 Vogelarten mit Brutverdacht oder Brutnachweis festgestellt, mit den knapp außerhalb des Untersuchungsraumes nachgewiesenen Arten Gartenrotschwanz und Star 23 Arten. Der überwiegende Teil der Feststellungen umfasst allgemein verbreitete und häufige Vogelarten. Dabei dominieren vor allem Singvögel, deren Lebensräume im Allgemeinen Gärten, Siedlungen oder Wälder darstellen, wie z. B. Amsel und Rotkehlchen. Das festgestellte Artenspektrum der gehölzbetonten Bereiche entspricht weitgehend den Erwartungswerten für einen vergleichbar strukturierten Raum der halb offenen Kulturlandschaft. Dagegen sind typische Arten des Offenlands, wie z. B. Rebhuhn (*Perdix perdix*) und Feldlerche (*Alauda arvensis*), oder Vertreter der strukturreichen Halboffenlandschaft wie Feldsperling (*Passer montanus*), Mehlschwalbe (*Delichon urbicum*)

und Rauchschwalbe (*Hirundo rustica*) im Untersuchungsgebiet als Brutvögel nicht vertreten. Dem Untersuchungsgebiet ist hinsichtlich der Avifauna eine allgemeine Bedeutung zuzuweisen.

Im Jahr 2012 waren insgesamt drei Amphibienarten nachzuweisen. Neben den beiden Froschlurcharten Grasfrosch und Erdkröte trat als Schwanzlurchart der Bergmolch im Untersuchungsgebiet auf. Alle drei Arten reproduzieren sich im Untersuchungsgebiet. Vom Grasfrosch besteht eine individuenreiche Population. Die Nachweise konzentrieren sich auf die Senke im Grünland im Plangebiet sowie einer Grabenaufweitung am Stratjebusch und einem Tümpel im Stratjebusch außerhalb des Plangebietes. Entsprechend FISCHER & PODLOUCKY (1998) wird dem Amphibienvorkommen im Bereich des Köttersweges die Wertstufe „Vorkommen mit Bedeutung für den Naturschutz“ (= niedrigste Wertstufe für Gebiete mit Amphibienvorkommen) zugewiesen. Bewertungsparameter sind dabei die kleinen Bestände der Erdkröte und des als gefährdet eingestuften Bergmolches sowie der große Bestand des Grasfrosches.

Hinsichtlich der artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände nach § 44 BNatSchG für die europarechtlich geschützten Arten wurde eine artenschutzrechtliche Prüfung im Rahmen des faunistischen Fachbeitrages zum Bebauungsplan durchgeführt. Unter Berücksichtigung der Vermeidungsmaßnahmen (z. B. Baumfäll- und Rodungsarbeiten sind außerhalb der Reproduktionszeiten von Brutvögeln und Fledermäusen durchzuführen, also nur während der Wintermonate im Zeitraum von Anfang November bis Ende Februar) können Verbotstatbestände für die Vögel bzw. die Fledermäuse ausgeschlossen werden.

Bewertung

Die Eingriffe, die aus der Beseitigung und Überbauung von Teilhabitaten (u. a. Grünland, Gehölzstrukturen, Grabenaufweitung am Stratjebusch) resultieren, sind bezüglich des Schutzgutes Fledermäuse und Amphibien als **erheblich** einzustufen. Die Beeinträchtigungen der Brutvögel werden als **weniger erheblich** bewertet.

3.1.4 Schutzgut Boden

Der Boden nimmt mit seinen vielfältigen Funktionen eine zentrale Stellung im Ökosystem ein. Neben seiner Funktion als Standort der natürlichen Vegetation und der Kulturpflanzen weist er durch seine Filter-, Puffer- und Transformationsfunktionen gegenüber zivilisationsbedingten Belastungen eine hohe Bedeutung für die Umwelt des Menschen auf. Gemäß § 1a (2) BauGB ist mit Grund und Boden sparsam umzugehen, wobei zur Verringerung der zusätzlichen Inanspruchnahme von Flächen für bauliche Nutzungen die Möglichkeiten der Entwicklung der Gemeinde insbesondere durch Wiedernutzbarmachung von Flächen, Nachverdichtung und andere Maßnahmen zur Innenentwicklung zu nutzen sowie Bodenversiegelungen auf das notwendige Maß zu begrenzen sind.

Das Plangebiet wird gemäß den Aussagen des Datenservers des Landesamtes für Bergbau, Energie und Geologie (2013, LBEG) von Pseudogley-Podsol eingenommen. Suchräume für schutzwürdige Böden werden im Plangebiet und der direkten Umgebung nicht dargestellt. Aufgrund der Überformung des Bodens durch die derzeitige überwiegend intensive landwirtschaftliche Nutzung ist im Plangebiet ein anthropogen veränderter Bodenaufbau vorhanden und aufgrund der Nutzung von einer Vorbelastung des Bodens mit Beeinträchtigungen der natürlichen Bodenfunktionen vorhanden.

Bewertung

Die Wertigkeit des Bodens hinsichtlich der Belange von Natur und Landschaft ist daher mit gering bis mittel zu beurteilen.

Mit der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 99 A werden neue Versiegelungsmöglichkeiten durch die Festsetzung von allgemeinen Wohngebieten und einer Planstraße in einer Flächengröße von ca. 1,4 ha ermöglicht. Sämtliche Bodenfunktionen gehen in diesen Bereichen irreversibel verloren. Aufgrund der Flächengröße der Versiegelung werden die Umweltauswirkungen auf das Schutzgut Boden bei Umsetzung der Planung als **erheblich** beurteilt.

3.1.5 Schutzgut Wasser

Das Schutzgut Wasser stellt einen wichtigen Bestandteil des Naturhaushaltes dar und bildet die Lebensgrundlage für Menschen, Tiere und Pflanzen. Im Rahmen der Umweltprüfung ist das Schutzgut Wasser unter dem Aspekt der Auswirkungen auf den Grundwasserhaushalt, auf die Wasserqualität sowie auf den Zustand des Gewässersystems zu betrachten. Im Sinne des Gewässerschutzes sind Maßnahmen zu ergreifen, die zu einer Begrenzung der Flächenversiegelung und der damit einhergehenden Zunahme des Oberflächenwassers, zur Förderung der Regenwasserversickerung sowie zur Vermeidung des Eintrags wassergefährdender Stoffe führen. Im Rahmen der Bauleitplanung ist der Nachweis eines geregelten Abflusses des Oberflächenwassers zu erbringen.

Grundwasser

Grundwasser hat eine wesentliche Bedeutung für die Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes, als Naturgut der Frischwasserversorgung und als Bestandteil grundwasser geprägter Böden. Gemäß den Darstellungen des LBEG ist die Grundwasserneubildungsrate im südlichen Plangebiet mit 301 – 350 mm/a angegeben. Im nördlichen Plangebiet beträgt die Grundwasserneubildungsrate 201 – 250 mm/a.

Das Schutzz Potenzial des Grundwassers liegt im gesamten Plangebiet im hohen Bereich. Die westlich und südlich gelegenen Flächen gehören zum festgesetzten Wasserschutzgebiet Alexandersfeld (Schutzzone III B).

Oberflächenwasser

Das einzige Stillgewässer (Wiesentüpel) innerhalb des Plangebietes befindet sich westlich der Straße „Am Stratjebusch“ inmitten der Grünlandfläche. An einem kleinen Teil der Wallhecken sowie entlang der Straßen verlaufen parallel Gräben. Die meisten führen nur nach Starkregen kurzzeitig Wasser. Auf der Ostseite der Straße „Am Stratjebusch“ (gegenüber der Hausnummer 60) existiert ein naturnahes Kleingewässer (Grabenaufweitung), welches an der breitesten Stelle rd. 6 m misst und insgesamt (inkl. Zu- und Abflussbereich) ca. 20 m lang ist.

Bewertung

Durch die geplanten zusätzlichen Versiegelungsmöglichkeiten wird der Oberflächenabfluss erhöht. Durch die vorhandene z. T. intensive landwirtschaftliche Nutzung ist eine Vorbelastung des Grundwassers vorhanden. Die geplante neue Bodenversiegelung und Nutzungsänderung führt aufgrund der Bodenverhältnisse und örtlichen Versickerungsmöglichkeiten zu insgesamt **wenig erheblichen Auswirkungen** auf das Schutzgut Wasser. Zusätzlich sind ein Regenrückhaltebecken geplant, was die Auswirkungen mindert.

3.1.6 Schutzgut Klima und Luft

Klimatisch ist der Untersuchungsraum vorwiegend atlantisch geprägt. Die Nähe zur Nordsee und die überwiegende Luftzufuhr aus westlichen Richtungen verursachen ein maritimes Klima, das sich durch relativ niedrige Temperaturschwankungen im Tages- und Jahresverlauf, eine hohe Luftfeuchtigkeit sowie häufige Bewölkung und Nebelbildung auszeichnet. Die Sommer sind daher mäßig warm und die Winter verhältnismäßig mild. Die Niederschläge verteilen sich gleichmäßig über das Jahr und erreichen 670 – 800 mm/a.

Luftverunreinigungen (Rauch, Stäube, Gase und Geruchsstoffe) oder Luftveränderungen sind Belastungen des Klimas, die sowohl auf der kleinräumigen Ebene als auch auf der regionalen oder globalen Ebene Auswirkungen verursachen können. Neben den Belastungen bzw. Gefährdungen durch Luftschadstoffe werden im Zuge der Umweltprüfung auch klimarelevante Bereiche und deren mögliche Beeinträchtigungen betrachtet und in der weiteren Planung berücksichtigt. Dazu gehören Flächen, die aufgrund ihrer Vegetationsstruktur, ihrer Topographie oder ihrer Lage geeignet sind, negative Auswirkungen der Luft zu verringern und für Luftreinhaltung, Lüfterneuerung oder Temperaturnausgleich zu sorgen.

Bei der Realisierung der geplanten Bebauung sowie einer Versiegelung von Flächen kann von einer geringfügigen „Verstädterung“ des Geländeklimas ausgegangen werden. So reduzieren z. B. Baukörper die Windgeschwindigkeit und durch die Versiegelung wird die Kaltluftproduktion verringert. Die Versiegelung verringert auch die Verdunstung innerhalb des Plangebietes, die von Böden und Vegetation ausgeht, so dass eine kleinräumige Veränderung der Luftfeuchtigkeit die Folge sein kann. Je stärker der Versiegelungsgrad bei gleichzeitigem Fehlen thermischer Kompensationsmöglichkeiten durch Vegetation ausfällt, desto ausgeprägter bildet sich ein sogenanntes „städtisches Wüstenklima“ aus (starke Temperaturschwankungen und Temperaturoppositen, trockene Luft).

Bewertung

Das Kleinklima im Planbereich ist durch die Ortsrandlage, die landwirtschaftliche Nutzung und die südwestlich angrenzende Autobahn gekennzeichnet, von denen bereits eine gewisse Luftbeeinträchtigung ausgeht. Ferner wird das Kleinklima von dem östlich angrenzenden Stratjebusch geprägt. Unter Berücksichtigung der vorhandenen Vorbelastungen durch die angrenzenden Straßen und Siedlungsbereiche und dem vollständigen Erhalt der östlich angrenzenden Waldfläche sind durch die Umsetzung des Planvorhabens **wenig erhebliche Auswirkungen** auf das Schutzgut Klima sowie auf das Schutzgut Luft zu erwarten. Insgesamt ist der vorgesehene Anteil im Plangebiet an Grün- und Freiflächen noch relativ hoch, da nur 45 % der Bauflächen versiegelt werden dürfen. Außerdem bleibt der Anschluss an die freie Landschaft im Süden erhalten, so dass gravierende umweltrelevante Auswirkungen durch kleinklimatische Veränderungen nicht zu erwarten sind.

In dem Bebauungsplan werden Maßnahmen festgesetzt, wie z. B. der Erhalt von Wallhecken und Einzelbäumen und Schaffung einer Wasserfläche über das geplante Regenrückhaltebecken, die den Erfordernissen des Klimaschutzes gem. § 1 (5) BauGB i. V. m. § 1a (5) BauGB Rechnung tragen.

3.1.7 Schutzgut Landschaft

Da ein Raum immer in Wechselbeziehung und -wirkung zu seiner näheren Umgebung steht, kann das Planungsgebiet nicht isoliert, sondern muss vielmehr im Zusammenhang seines stadt- sowie naturräumlichen Gefüges betrachtet werden.

Das Schutzgut Landschaft zeichnet sich durch ein harmonisches Gefüge aus vielfältigen Elementen aus, das hinsichtlich der Aspekte Vielfalt, Eigenart oder Schönheit zu bewerten ist.

Das im Untersuchungsraum vorherrschende Landschaftsbild wird vorwiegend von intensiv landwirtschaftlich genutzten Grünlandflächen eingenommen. Zum Teil treten Gehölzstrukturen in Form von Wallhecken, Hecken, Baumreihen etc. prägend in Erscheinung. Vorprägungen bzw. Vorbelastungen gehen von den umgebenden Siedlungsstrukturen und der im Nahbereich gelegenen Bundesautobahn (A 29) aus.

Bewertung

Das Landschaftsbild wird sich durch die Realisierung der Planung **erheblich** verändern. Um die Eingriffe in die Landschaft zu minimieren, werden städtebauliche und landschaftspflegerische Maßnahmen (u. a. Erhalt von Wallhecken und Einzelbäumen) zur verträglichen Einbindung des Plangebietes festgelegt, die der Ortsrandlage Rechnung tragen. Durch die Festsetzung einer maximalen Firsthöhe von $\leq 9,50$ m wird einer beeinträchtigenden Höhenentwicklung entgegengewirkt.

Eine zusätzliche Beeinträchtigung auf das im Nahbereich befindliche Landschaftsschutzgebiet WST-Nr. 83 „Stratje-Busch“ wird, mit Ausnahme des anteilig durch die geplante Straßenausbauplanung überplanten naturnahen Kleingewässers (Graben aufweitung gegenüber der Hausnummer 60) und einiger weniger Gehölzstrukturen, aufgrund der Vorprägungen (vorhandene Siedlungsstrukturen, Straßen, intensive landwirtschaftliche Grünlandnutzung) und der vorgesehenen grünordnerischen Maßnahmen (u. a. Erhalt und Sicherung von Einzelbäumen und Wallhecken, naturnahe Gestaltung des geplanten Regenrückhaltebeckens) nicht vorbereitet.

3.1.8 Schutzgut Kultur- und Sachgüter

Der Schutz von Kulturgütern stellt im Rahmen der baukulturellen Erhaltung des Orts- und Landschaftsbildes gem. § 1 (5) BauGB eine zentrale Aufgabe in der Bauleitplanung dar. Als schützenswerte Sachgüter werden natürliche oder vom Menschen geschaffene Güter betrachtet, die von geschichtlicher, wissenschaftlicher, archäologischer oder städtebaulicher Bedeutung sind.

Die an den Flurstücksgrenzen gelegenen Wallhecken, die einen wichtigen Landschaftsbestandteil darstellen, sind als bedeutende Kulturgüter zu betrachten. Zum Großteil werden die Wallhecken als Fläche für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen gem. § 9 (1) Nr. 25b BauGB gesichert. Für die Neuanlage einer Planstraße wird die im zentralen Bereich gelegene Wallhecke (Baum-Strauch-Wallhecke) in einer Breite von 7,0 m durchbrochen. Im nordöstlichen Plangebiet wird eine Baumwallhecke auf einer Länge von ca. 10 m nicht erhalten. Ferner wird eine im Bebauungsplan Nr. 53 „Sportplatz Südende“ neu anzulegende Wallhecke und damit planungsrechtlich gebundene Kompensationsfläche auf einer Länge von 35 m überplant.

Eine auf dem Hausgrundstück Ecke Köttersweg/Am Stratjebusch befindliche Stieleiche ist als Naturdenkmal ausgewiesen, liegt aber außerhalb des Plangebietes.

Im südwestlich angrenzenden Nahbereich des Plangebietes (am Köttersweg 30) befindet sich ein Baudenkmal. Es handelt sich dabei um ein Querdielenhaus.

Weitere schutzbedürftige Kultur- und Sachgüter, die eine Sensibilität gegenüber planerischen Veränderungen aufweisen, sind innerhalb des Planungsraumes sowie im näheren Umfeld nicht anzutreffen.

Bewertung

Insgesamt werden **weniger erhebliche Beeinträchtigungen** auf das Schutzgut Kultur- und Sachgüter (hier: Wallhecken) prognostiziert. Eine entsprechend notwendige Ersatzmaßnahme erfolgt über das Wallheckenschutzprogramm des Landkreises Ammerland. Beeinträchtigungen auf das o. g. Natur- und das Baudenkmal werden nicht vorbereitet.

3.1.9 Wechselwirkungen

Bei der Betrachtung der Wechselwirkungen soll sichergestellt werden, dass es sich bei der Prüfung der Auswirkungen nicht um eine rein sektorale Betrachtung handelt, sondern sich gegenseitig verstärkende oder addierende Effekte berücksichtigt werden (KÖPPEL et al. 2004). So stellt der Boden Lebensraum und Nahrungsgrundlage für verschiedene Faunengruppen wie Vögel, Amphibien, Libellen etc. dar, so dass bei einer Versiegelung nicht nur der Boden mit seinen umfangreichen Funktionen verloren geht, sondern auch Auswirkungen auf das Schutzgut Pflanzen und Tiere zu erwarten sind. Negative, sich verstärkende Wechselwirkungen, die über das Maß der bisher ermittelten, zuvor beschriebenen Auswirkungen durch das Vorhaben hinaus gehen, sind jedoch nicht zu prognostizieren.

3.1.10 Zusammengefasste Umweltauswirkungen

Durch die Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 99 A kommt es zu einem Verlust von Pflanzen durch Flächenversiegelungen, was als erhebliche Umweltauswirkung zu beurteilen ist. Für die Schutzgüter Tiere (Fledermäuse), Boden und Landschaft werden die Umweltauswirkungen ebenfalls als erheblich beurteilt. Weiterhin sind die Umweltauswirkungen der geplanten Nutzungsänderungen auf die Schutzgüter Tiere (Brutvögel Mensch, Wasser, Klima / Luft und Kultur- und Sachgüter (hier: Wallhecken) als weniger erheblich zu beurteilen.

Die zu erwartenden Umweltauswirkungen bei Realisierung des Vorhabens werden nachfolgend tabellarisch zusammengestellt und hinsichtlich ihrer Erheblichkeit beurteilt.

Tab. 1: Zu erwartende Umweltauswirkungen auf die Schutzgüter und ihre Bewertung

Schutzgut	Beurteilung der Umweltauswirkungen	Erheblichkeit
Mensch	<ul style="list-style-type: none"> Verlust von Flächen für die landwirtschaftliche Produktion (Grünland) Beeinträchtigungen durch zunehmende Lärm- und Lichtimmissionen und Veränderung des Landschaftsbildes Erhalt des Stratjebusches als Landschaftsschutzgebiet / Erholungsgebiet 	•
Pflanzen	<ul style="list-style-type: none"> erhebliche negative Auswirkungen durch Verlust von Biotopstrukturen (u. a. Grünland, Wallheckenabschnitte) 	••
Tiere	<ul style="list-style-type: none"> Verlust von Teillebensräumen (Jagdhabitats von Fledermäusen, Brutplätze, Sommerlebensräume von Amphibien sowie ein Laichgewässer (Graben aufweitung am Stratjebusch) Größtmöglicher Erhalt der prägenden Gehölzstrukturen (Wallhecken, Einzelbäume) und des Wiesentümpels 	• bis ••
Boden	<ul style="list-style-type: none"> erhebliche negative Auswirkungen durch Verlust von Bodenfunktionen durch Versiegelung 	••
Wasser	<ul style="list-style-type: none"> geringe Veränderung des lokalen Wasserhaushalts durch Flächenversiegelung 	•
Klima	<ul style="list-style-type: none"> geringfügige negative Auswirkungen auf die kleinklimatischen Gegebenheiten 	•
Luft	<ul style="list-style-type: none"> geringfügige negative Auswirkungen auf die Luftqualität 	•
Landschaft	<ul style="list-style-type: none"> Vorprägung des Landschaftsbildes durch vorhandene / angrenzende bebaute Bereiche sowie Autobahn Erhalt von landschaftsbildprägenden Strukturen (Wallhecken, Einzelbäume) erhebliche Auswirkungen durch sichtbare Veränderung des Landschaftsbildes 	••
Kultur und Sachgüter	<ul style="list-style-type: none"> weniger erhebliche Beeinträchtigung von Kultur- und Sachgütern (Wallhecken) Größtmöglicher Erhalt der vorkommenden Wallhecken 	•
Wechselwirkungen	<ul style="list-style-type: none"> keine erheblichen Auswirkungen 	-

•• sehr erheblich/ •• erheblich/ • weniger erheblich / - nicht erheblich

3.2 Entwicklungsprognosen des Umweltzustandes

3.2.1 Entwicklung des Umweltzustandes bei Planungsdurchführung

Bei der Umsetzung des Planvorhabens ist mit den oben genannten Umweltauswirkungen zu rechnen. Durch die Realisierung der Bestimmungen des Bebauungsplanes Nr. 99 A wird eine städtebaulich sinnvolle Weiterentwicklung der örtlich bereits vorhandenen Siedlungsstrukturen erfolgen. Gleichzeitig werden die vorhandenen Gehölzstrukturen (Wallhecken, Einzelbäume etc.) größtmöglich erhalten. Im südlichen Plangebiet ist die Anlage eines naturnahen Regenrückhaltebeckens geplant. Hier werden ferner neue standortgerechte Gehölzstrukturen gepflanzt sowie ein naturnahes Kleingewässer angelegt. Letzteres zur Kompensation des vorhandenen Kleingewässers (Graben aufweitung am Stratjebusch). Ein in der festgesetzten Fläche für

Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft befindlicher Wiesentümpel wird vollständig erhalten.

Die in den Randbereichen des Plangebietes zu entwickelnden Grünstrukturen (Baum-Strauchhecken) sowie die Einzelbaumpflanzungen auf den geplanten Baugrundstücken werden das Plangebiet gliedern, eingrünen und können der Tier- und Pflanzenwelt als Lebensraum dienen.

Die verkehrliche Erschließung des Plangebietes erfolgt über die Straße „Am Stratjebusch“.

3.2.2 Entwicklung des Umweltzustandes bei Nichtdurchführung - Nullvariante

Bei Nichtdurchführung der Planung bleiben die bestehenden Nutzungen wahrscheinlich unverändert erhalten. Es dürften allerdings die im Rahmen des rechtskräftigen Bebauungsplanes Nr. 53 festgesetzten Nutzungen umgesetzt werden. Demzufolge wäre innerhalb des Plangebietes eine Nutzung als Sportplatz bereits vorbereitet. Kleinteilig wären dadurch Versiegelungen möglich. Die übrigen Bereiche würden über die Festsetzung als Maßnahmenflächen den übrigen Schutzgütern verbessert bzw. unveränderte Lebensbedingungen bieten. Die Boden- und Grundwasserverhältnisse würden sich bei Nichtdurchführung der Planung kaum verändern.

3.3 Vermeidung / Minimierung / Ausgleich und Ersatz nachteiliger Umweltauswirkungen

Der Verursacher eines Eingriffs ist zu verpflichten, vermeidbare Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft zu unterlassen sowie unvermeidbare Beeinträchtigungen durch Maßnahmen des Naturhaushaltes und der Landschaftspflege vorrangig auszugleichen (Ausgleichsmaßnahmen) oder in sonstiger Weise zu kompensieren (Ersatzmaßnahmen). Ausgeglichen (Ausgleichsmaßnahmen) ist eine Beeinträchtigung, wenn und sobald die beeinträchtigten Funktionen des Naturhaushaltes wiederhergestellt sind und das Landschaftsbild landschaftsgerecht wiederhergestellt oder neu gestaltet ist. In sonstiger Weise kompensiert (Ersatzmaßnahmen) ist eine Beeinträchtigung, wenn und sobald die beeinträchtigten Funktionen des Naturhaushaltes in gleichwertiger Weise ersetzt sind oder das Landschaftsbild landschaftsgerecht neu gestaltet ist (§ 15 (1) und (2) BNatSchG).

Obwohl durch die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 99 A nicht in den Naturhaushalt und das Landschaftsbild eingegriffen werden kann, sondern nur durch dessen Realisierung, ist die Eingriffsregelung dennoch von Bedeutung, da nur bei ihrer Beachtung eine ordnungsgemäße Abwägung aller öffentlichen und privaten Belange möglich ist.

3.3.1 Bilanzierung

Entsprechend dem Naturschutzgesetz (Eingriffsregelung) muss ein unvermeidbarer zulässiger Eingriff in die Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes und das Landschaftsbild durch geeignete Maßnahmen kompensiert werden.

Die Eingriffsbilanzierung erfolgt mit dem Bilanzierungsmodell des niedersächsischen Städtetages von 2013 (Arbeitshilfe zur Ermittlung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen in der Bauleitplanung). Der Eingriffsumfang wird dabei durch einen Flächenwert ausgedrückt, der sich nach folgender Formel errechnet:

- a) Flächenwert des Ist-Zustandes: $\text{Größe der Eingriffsfläche in m}^2 \times \text{Wertfaktor des vorhandenen Biotoptyps}$
- b) Flächenwert des Planungszustandes: $\text{Größe der Planungsfläche in m}^2 \times \text{Wertfaktor des geplanten Biotoptyps}$
- c)
$$\begin{aligned} &\text{Flächenwert des Planungszustandes} \\ &- \text{Flächenwert des Ist-Zustandes} \\ &= \text{Flächenwert des Eingriffs (Maß für die Beeinträchtigung)} \end{aligned}$$

Hinweis:

Bei den in der nachfolgenden Tabelle kursiv dargestellten Biotoptypen handelt es sich um die Bereiche, die durch den weiteren Straßenausbau der Straße „Am Stratjebusch“ bis zum Köttersweg überplant werden.

Mit Hilfe dieses Wertes wird die Bilanzierung von Eingriff und Kompensation ermöglicht. Berechnung des Flächenwertes des Eingriffs:

Ist-Zustand				Planung			
Biotoptyp	Fläche (m²)	Wertfaktor	Flächenwert	Biotoptyp	Fläche (m²)	Wertfaktor	Flächenwert
<i>BFR</i>	30	4	120				
<i>HBE**</i>	180	4	720				
<i>BRX</i>	110	3	330				
<i>FGRu</i>	5	3	15				
<i>FGZ</i>	10	2	20				
<i>GRR</i>	90	1	90				
<i>A*1</i>	120	1	120				
<i>GR</i>	425	1	425	<i>GR*2</i>	350	1	350
<i>X</i>	665	0	0	<i>X*3</i>	1.105	0	0
STG	2.600	4	10.400	STG	2.600	4	10.400
HWM*	290	4	(1.160)	HWM*	275	4	(1.100)
HWB*	30	4	(120)	HWM-*	10	4	(40)
HWM-*	10	4	(40)	HWN*	300	4	(1.200)
HWN*	300	4	(1.200)	HBE*4	380	4	1.520

Ist-Zustand				Planung			
BFR	360	4	1.440	SE/GM HFM*5	8.955	4	35.820
HN	170	4	680	SEZ*6	120	4	(480)
HBE/ HBK**	400	4	1.600	HFM*7	325	2	650
BE	40	3	120	HFM*8	125	2	250
UHM	1.885	3	5.655	HBE*9	310	2	620
HFB	215	3	645	BZH*10	230	2	460
HFS	50	3	150	PH*11	13.150	1	13.150
GEFb	7.175	3	22.416	GR*12	1.113	1	1.113
BRS	340	2	680	PSZ*13	530	1	530
BZE	300	2	600	X*14	12.365	0	0
GIT	7.295	2	14.590	X*15	4.452	0	0
FGZu	30	2	60				
PSP	1.365	1	1.365				
OSM	175	1	175				
A*1	5.765	1	5.765				
A*2	175	1	175				
PSP*3	12.840	1	12.840				
X	3.180	0	0				
Flächenwert Ist-Zustand			80.305	Flächenwert Planungs-Zustand			64.863

* Gemäß dem angewendeten Bilanzierungsmodell zur Kompensation von Eingriffen in vorkommende Wallhecken sind Wallheckenneuanlagen bzw. wallheckenfördernde Maßnahmen durchzuführen. Um eine „Doppelkompensation“ zu vermeiden, werden die Wallhecken nicht zum Flächenwert dazugezählt.

** Gemäß dem angewendeten Bilanzierungsmodell (Arbeitshilfe zur Ermittlung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen in der Bauleitplanung) werden Einzelbäume / Einzelsträucher zusätzlich zur Grundfläche erfasst. Weiterhin sind vorhandene Einzelbäume zusätzlich zur Grundfläche nach der vorhandenen Kronentrauffläche zu bestimmen. Dieser Flächenwert ist dem Wert der Grundfläche zuzuzählen. Aus diesem Grund ist bei einem Vorhandensein von Einzelbäumen / Einzelsträucher die Gesamtfläche größer als die Geltungsbereichsgröße. Die Größe des Geltungsbereiches ergibt sich indem die Flächen der Einzelbäume / Einzelsträucher von der Gesamtfläche abgezogen werden. Pro Einzelbaum wurde eine Fläche von 20 m² angesetzt. Für Einzelsträucher wurde eine Fläche von 10 m² berücksichtigt.

*1 Die planungsrechtlich freigeräumte Fläche des naturnahen Kleingewässers (Grabenaufweitung am Stratjebusch) werden als intensiv landwirtschaftlich genutzte Fläche mit dem Wertfaktor 1 bewertet.

*2 Die unversiegelten Flächen werden als artenarmes Straßenbegleitgrün mit dem Wertfaktor 1 berücksichtigt.

*3 Vollständig versiegelte Flächen der Straßenausbauplanung.

*1 Die planungsrechtlich freigeräumte Fläche der im Geltungsbereich befindlichen Kompensationsflächen aus dem überlagernden Bebauungsplan Nr. 53 werden als landwirtschaftlich intensiv genutzte Fläche mit dem Wertfaktor 1 bewertet.

*2 Die planungsrechtlich freigeräumte Fläche der im Geltungsbereich befindlichen Kompensationsfläche (hier: Neuanlage einer Wallhecke) aus dem überlagernden Bebauungsplan Nr. 53 wird als landwirtschaftlich intensiv genutzte Fläche mit dem Wertfaktor 1 bewertet.

*3 Die im überlagernden Bebauungsplan Nr. 53 festgesetzte Grünfläche mit der Zweckbestimmung Sportplatz wird mit dem Wertfaktor 1 bewertet.

*4 Festgesetzte zu erhaltende Einzelbäume (19 Stück).

- *5 Das vorgesehene Regenrückhaltebecken und die umliegenden Extensivwiesenbereiche sowie die vorgesehenen randlichen Bepflanzungen in der Fläche zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft gem. § 9 (1) Nr. 20 BauGB wird durch die hohe Bedeutung für Arten und Lebensgemeinschaften aufgrund der engen Verzahnung von terrestrischen und aquatischen Bereichen mit dem Wertfaktor 4 belegt.
- *6 Zur Kompensation des überplanten nach § 30 BNatSchG gesetzlich geschützten Biotops (Graben- aufweitung am Stratjebusch) wird in der Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft gem. § 9 (1) Nr. 20 BauGB ein naturnahes Kleingewässer wieder angelegt. Da es sich um eine Verlagerung des o. g. Biotops handelt, wird der erzielte Flächenwert nicht berücksichtigt.
- *7 Zu erhaltender Gehölzbestand (BFR) und Anpflanzen von standortgerechten Bäumen und Sträuchern in der Fläche für die Erhaltung und zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen gem. § 9 (1) Nr. 25a+b BauGB.
- *8 Festgesetzte Fläche zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen gem. § 9 (1) Nr. 25a BauGB entlang der westlichen Plangebietsgrenze.
- *9 Neu anzupflanzende standortgerechte Laub- oder Obstbäume auf den geplanten Baugrundstücken (31 Stück).
- *10 Geplante standortgerechte Heckenpflanzungen auf den Baugrundstücken zu den festgesetzten öffentlichen Verkehrsflächen.
- *11 Die unversiegelten Flächen der allgemeinen Wohngebiete werden als Hausgärten mit dem Wertfaktor 1 in der Bilanzierung berücksichtigt.
- *12 Die übrigen Bereiche der festgesetzten Verkehrsflächen (Planstraße, Fuß- und Radweg) werden als artenarmes Straßenbegleitgrün mit dem Wertfaktor 1 berücksichtigt.
- *13 Festgesetzte öffentliche Grünfläche mit der Zweckbestimmung Spielplatz. Es wird der Wertfaktor 1 angesetzt.
- *14 Vollständig versiegelte Flächen der allgemeinen Wohngebiete (GRZ von 0,35 bzw. 0,4 inkl. zulässiger Überschreitung gem. § 19 (4) BauNVO von 30 %).
- *15 Vollständig versiegelte Flächen der Straßenverkehrsflächen (Planstraße, Fuß- und Radweg). Gerechnet wurde mit einer Versiegelungsrate von 80 %.

Flächenwert Planung	=	64.863
- Flächenwert Ist-Zustand	=	80.305
= Flächenwert des Eingriffs	=	- 15.442 => < 0

Es ergibt sich somit ein Flächenwert von – 15.442 für den Eingriff in Natur und Landschaft, der kompensiert werden muss. Dies entspricht einer Flächengröße von ca. 1,54 ha bei Aufwertung um einen Wertfaktor. Bei einer Aufwertung der potenziellen Kompensationsflächen um zwei Wertfaktoren, wie es im Allgemeinen durch entsprechende Maßnahmenkonzepte möglich ist, ergibt sich ein Bedarf von **ca. 0,77 ha** Kompensationsbedarf auf externen Flächen.

Ferner werden insgesamt durch die vorliegende Planung Wallhecken (Baum-Strauch-Wallhecken, Baum-Wallhecke) auf einer Länge von insgesamt ca. 300 m überplant bzw. in Abstimmung mit der Gemeinde Rastede nicht weiter als Schutzobjekte festgesetzt. Zur Kompensation sind an anderer Stelle 317 m neue Wallhecken anzulegen oder wallheckenfördernde Maßnahmen durchzuführen.

Folgender Kompensationsansatz ist in Abstimmung mit dem Landkreis Ammerland bei den Wallhecken zu leisten:

- 17 m Baum-Strauch-Wallhecke / Baum-Wallhecke	Kompensationsverhältnis 1:2
- 138 m Baum-Strauch-Wallhecke	Kompensationsverhältnis 1:1
- 35 m Baum-Strauch-Wallheckeneuanlage aus Bebauungsplan Nr. 53	Kompensationsverhältnis 1:1
- 110 m Neuangelegte Wallhecke als Ersatzmaßnahme aus Bebauungsplan Nr. 63 B	Kompensationsverhältnis 1:1

Ferner wird eine Fläche von 5.765 m² benötigt, um die Verlagerung der im Bebauungsplan Nr. 53 festgesetzten Kompensationsflächen zu ermöglichen.

Im Rahmen der Biotoptypenkartierung konnten im Bereich der Wallhecken sowie im Nordosten des Plangebietes einige Standorte einer besonders geschützten Pflanzenart nachgewiesen werden. Dabei handelt es sich um die Stechpalme (*Ilex aquifolium*). Ferner konnten auf einer Grünlandfläche im Südwesten einige Exemplare der Draht-Segge (Rote Liste Nds. 3) und Hirsensegge (Rote Liste Nds. 2) festgestellt werden.

Es erfolgt vor Baufeldfreimachung die Umsetzung der gefährdeten / stark gefährdeten o. g. Seggenarten (einige Exemplare im Westen) an unbeeinträchtigte Bereiche der festgesetzten Maßnahmenfläche. Die im Norden vorkommenden Stechpalmen bleiben vollständig erhalten.

Die externen Kompensationsflächen inkl. der durchzuführenden Kompensationsmaßnahmen werden im Kapitel 3.3.3 genannt und beschrieben.

3.3.2 Schutzgut Mensch

Hinsichtlich der Lage des Plangebietes im Einwirkungsbereich der Bundesautobahn 29 sind die Verkehrslärmeinwirkungen auf das Schutzgut Mensch zu berücksichtigen. Im Vorfeld dieser Bauleitplanung wurde daher eine schalltechnische Untersuchung zum Verkehrslärm durch das Ingenieurbüro ted GmbH, Bremerhaven vorgenommen. Die Ergebnisse zeigen, dass die Orientierungswerte der DIN 18005 für allgemeine Wohngebiete (WA) zur Tages- und Nachtzeit im Plangebiet überschritten werden. Zur Bewältigung der Konfliktsituation werden im Bebauungsplan Lärmschutzvorkehrungen getroffen. So wird im vorliegenden Bebauungsplan der Lärmpegelbereich III und IV als passive Lärmschutzmaßnahme entsprechend festgesetzt. Ferner werden Maßnahmen zum Schutz der Außenwohnbereiche verbindlich geregelt.

Ferner wurde durch das Ingenieurbüro ted GmbH, Bremerhaven eine weitere Untersuchung zur künftigen Sportlärmbelastung ausgehend von der derzeit in Realisierung befindlichen Sportanlage südlich des Köttersweges vorgenommen. Die Ergebnisse zeigen, dass die Richtwerte gemäß der TA-Lärm in den festgesetzten allgemeinen Wohngebieten im Beurteilungszeitraum eingehalten werden.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass unter Berücksichtigung der o. g. Maßnahmen keine negativen Auswirkungen auf das Schutzgut Mensch vorbereitet werden, die die gesundheitlichen Aspekte nachteilig beeinflussen könnten.

3.3.3 Schutzgut Pflanzen

Um Beeinträchtigungen für die im Plangebiet vorkommenden Pflanzen zu verringern, werden folgende Maßnahmen zur Vermeidung vorgeschlagen:

- Vollständiger Erhalt des gesetzlich geschützten Biotops (Wiesentümpel) sowie Ausschluss von jeglichen Versiegelungen im Nahbereich des Biotops. Für die Dauer der durchzuführenden Baumaßnahmen wird eine dauerhafte Einzäunung des Biotops erfolgen. Zusätzlich wird eine dauerhafte Zaunanlage an der nördlichen Grenze der Maßnahmenfläche errichtet.
- Der Eingriff erfolgt z. T. in relativ wertarmen und vorgeprägten Biotopen.
- Es erfolgt vor Baufeldfreimachung die Umsetzung der gefährdeten Seggenarten an unbeeinträchtigte Bereiche (s.o.).
- Größtmöglicher Erhalt und Sicherung der im Plangebiet befindlichen Gehölzstrukturen (Wallhecken, Einzelbäume).

- Zum Schutz der erhaltenswerten Gehölzstrukturen gem. § 9 (1) Nr. 25b BauGB sind während der Bau- und Erschließungsarbeiten Schutzmaßnahmen gem. DIN 18920 vorzusehen. Die DIN 18920 beschreibt im einzelnen Möglichkeiten, die Bäume davor zu schützen, dass in ihrem Wurzelbereich:
 - das Erdreich abgetragen oder aufgefüllt wird.
 - Baumaterialien gelagert, Maschinen, Fahrzeuge, Container oder Kräne abgestellt oder Baustelleneinrichtungen errichtet werden.
 - bodenfeindliche Materialien wie zum Beispiel Streusalz, Kraftstoff, Zement und Heißbitumen gelagert oder aufgebracht werden.
 - Fahrzeuge fahren und dabei die Wurzeln schwer verletzen.
 - Wurzeln ausgerissen oder zerquetscht werden.
 - Stamm oder Äste angefahren, angestoßen oder abgebrochen werden.
 - die Rinde verletzt wird.
 - die Blattmasse stark verringert wird.

Um die mit der Realisierung des Bebauungsplanes verbundenen Beeinträchtigungen in den Naturhaushalt und das Landschaftsbild zu kompensieren, sind folgende Maßnahmen durchzuführen:

Ausgleichsmaßnahmen

1. Anlage eines naturnah gestalteten Regenrückhaltebeckens mit Entwicklung der umliegenden Bereiche als Extensivwiese (MF1) und einer randlichen Bepflanzung mit Bäumen und Sträuchern (MF2) sowie Anlage eines naturnahen Kleingewässers (MF3)

MF1

Das erforderliche Regenrückhaltebecken ist naturnah herzurichten. Die Uferlinie ist geschwungen zu gestalten, die Böschungsneigungen sind möglichst flach zu modellieren. Das Gewässer soll sich überwiegend in freier Sukzession entwickeln. Schonende Pflegemaßnahmen, wie gelegentliche Mahd und Räumung des Gewässers sind nicht abträglich und von Zeit zu Zeit notwendig, um die Funktion zur Regenrückhaltung zu gewährleisten. Im Böschungsbereich und der Gewässersohle werden sich z. B. Röhrichte, Seggenrieder und feuchte Staudenfluren einstellen. Auch ist das Aufschlagen von Weiden und ggf. Erlen zu erwarten und es können sich in der Folge Sumpfgebüsche entwickeln. Mit der Herstellung eines naturnahen Gewässers entstehen aquatische Lebensräume für eine Vielzahl von Lebensgemeinschaften. Neben Schwimm- und Tauchblattpflanzen entstehen Habitate für verschiedene Faunengruppen. Insbesondere Amphibien und Libellen können sich ansiedeln und auf Dauer etablieren.

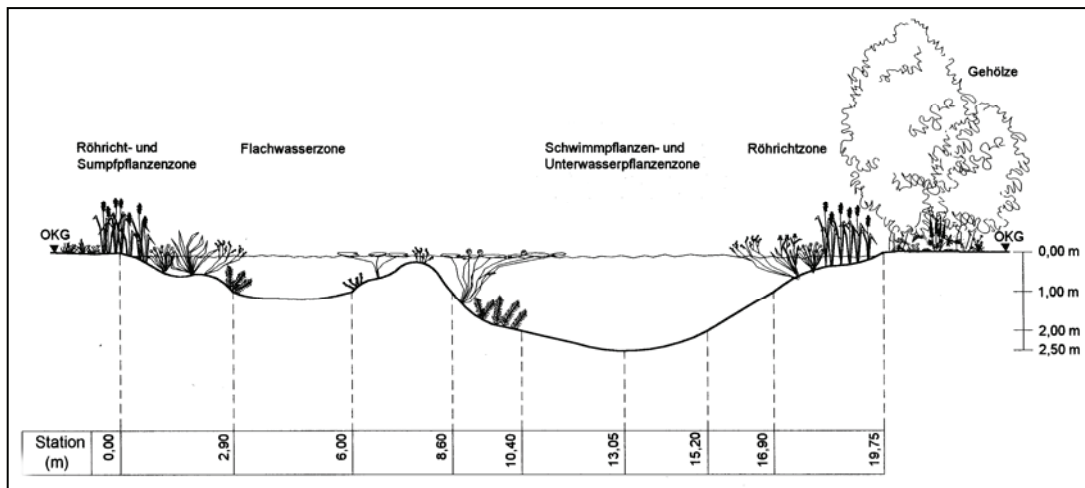


Abbildung 1: Gewässerquerschnitt eines naturnahen Regenrückhaltebeckens (schematisch).

Nachfolgend ist eine Auswahl möglicher Wasser- und Uferpflanzen für die naturnahe Gestaltung des Gewässers dargestellt:

Röhrichtzone:

Kalmus	(<i>Acorus calamus</i>)
Kleiner Rohrkolben	(<i>Thypha minima</i>)
Schilfrohr	(<i>Phragmites communis</i>)
Sumpfbinsen	(<i>Eleocharis palustris</i>)
Sumpfdotterblume	(<i>Caltha palustris</i>)
Teichschachtelhalm	(<i>Equisetum fluviatile</i>)

Sumpfpflanzenzone:

Froschlöffel	(<i>Alisma plantago aquatica</i>)
Hechtkraut	(<i>Pontederia cordata</i>)
Pfeilkraut	(<i>Sagittaria sagittifolia</i>)
Sumpfergissmeinnicht	(<i>Myosotis palustris</i>)
Wassermintze	(<i>Mentha aquatica</i>)
Wasserschwertlilie	(<i>Iris pseudacorus</i>)

Schwimmpflanzen- und Unterwasserpflanzenzone:

Ähren-Tausendblatt	(<i>Myriophyllum spicatum</i>)
Froschbiss	(<i>Hydrocharis morsus-ranae</i>)
Krebsschere	(<i>Stratiotes aloides</i>)
Seekanne	(<i>Nymphoides peltata</i>)
Gelbe Teichmummel	(<i>Nuphar lutea</i>)
Wasserhahnenfuss	(<i>Ranunculus aquatilis</i>)
Weißer Seerose	(<i>Nymphaea alba</i>)

Die Bereiche, die sich angrenzend an das Regenrückhaltebecken befinden sind mit folgenden Bewirtschaftungsauflagen als Extensivwiese artenreich zu entwickeln. In Absprache mit der unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Ammerland sind Anpassungen der Auflagen möglich.

Nutzungsauflagen:

- Die Fläche ist ausschließlich als Dauergrünland zu nutzen.
- Umbruch, Neuansaat sind nicht zulässig.
- Die Fläche ist ausschließlich als Wiese zu nutzen.
- Es dürfen nicht mehr als 2 Schnitte pro Kalenderjahr durchgeführt werden.

- Das gesamte Mähgut ist abzufahren. Liegenlassen von Mähgut im Schwad ist unzulässig.
- In der Zeit vom 1. Januar bis zum 15. Juni eines Jahres darf keine Mahd stattfinden.
- Die Fläche muss jährlich bewirtschaftet werden und "kurzrasig" in den Winter gehen.
- In der Zeit vom 01. März bis 15. Juni eines jeden Jahres sind jegliche maschinelle Arbeiten (z.B. Walzen, Schleppen) auf der Fläche unzulässig.
- In der Zeit vom 01. März bis 15. Juni eines jeden Jahres ist jegliches Aufbringen von Düngemitteln auf die Fläche unzulässig.
- Jegliches Aufbringen von Pflanzenschutzmitteln ist unzulässig.
- Jegliche Einrichtung zusätzlicher Entwässerungseinrichtungen ist unzulässig.
- Über die Unterhaltung hinausgehende Aufreinigung bestehender Entwässerungseinrichtungen (Gräben, Gruppen etc.) ist unzulässig. Grabenaushub ist unverzüglich einzuschlichten.
- Veränderungen der Bodengestalt durch Verfüllen, Einplanieren etc. sind unzulässig.
- Unberührt hiervon ist die ordnungsgemäße Unterhaltung von Flächenzufahrten und Überfahrten.
- Die Errichtung von Mieten, die Lagerung von Silage sowie die Lagerung von Heuballen und das Abstellen von Geräten ist unzulässig.
- Das Aufkommen von Gehölzbeständen ist zu unterbinden.

MF2

Im Randbereich der geplanten Maßnahmenfläche ist zur inneren Durchgrünung und Abgrenzung des Plangebietes eine Bepflanzung mit Bäumen und Sträuchern in einer Breite von ca. 5,00 m vorgesehen. Die Gehölzstrukturen am westlichen Rand sind zu erhalten. Die Anpflanzungen sind dreireihig, lochversetzt, mit einem Reihenabstand von ca. 1,50 m und einem Pflanzabstand von 1,50 m, vorzunehmen. Die Anpflanzungen sind in der auf die Fertigstellung der baulichen Maßnahmen folgenden Pflanzperiode durchzuführen. Bei der Auswahl der Gehölze wird in Anlehnung an die potenziell natürliche Vegetation auf standorttypische, heimische Arten zurückgegriffen.

Neben der landschaftlichen Einbindung und der Schutz- bzw. Begrenzungsfunktionen weist eine standorttypische Gehölzvegetation (Kombination Bäume/Sträucher) einen hohen faunistischen Wert auf. Eine Vielzahl von biotoptypischen Vogelarten nutzen diese Biotope als Ansitz- und Singwarte sowie als Brutmöglichkeit. Weiterhin haben verschiedene Wirbellose und auch Amphibienarten ihren Haupt- oder Teillebensraum im Bereich von Gehölzen und Gebüsch. Neben der hohen Bedeutung für die Tierwelt und den Naturhaushalt prägen derartige Biotopstrukturen das Landschaftsbild positiv.

Folgende Bäume werden empfohlen:

Eberesche	<i>Sorbus aucuparia</i>
Esche	<i>Fraxinus excelsior</i>
Hainbuche	<i>Carpinus betulus</i>
Stieleiche	<i>Quercus robur</i>
Birke	<i>Betula pendula</i>
Schwarzerle	<i>Alnus glutinosa</i>

Folgende Sträucher werden empfohlen:

Faulbaum	<i>Rhamnus frangula</i>
Holunder	<i>Sambucus nigra</i>
Pfaffenhütchen	<i>Euonymus europaea</i>
Hundsrose	<i>Rosa canina</i>
Schneeball	<i>Viburnum lantana</i>
Weißdorn	<i>Crataegus laevigata</i>

Folgende Qualitäten werden empfohlen:

Bäume:	Heister, 2 x verpflanzt, Höhe 125 - 150 cm
Sträucher:	leichte Sträucher, 1 x verpflanzt, Höhe 70 – 90 cm

MF3

In der Maßnahmenfläche ist zur Kompensation der Grabenaufweitung am Stratjebusch ein naturnahes Kleingewässer in einer Größe von im Minimum 120 m² anzulegen. Dieses Kleingewässer sollte eine Tiefe von 0,3 bis 1,0 m aufweisen. Bei der Anlage, Gestaltung und Entwicklung des naturnahen Kleingewässers sind folgende Punkte zu beachten:

- Die Uferlinien sind geschwungen zu gestalten.
- Ausgedehnte Flachwasser- und Flachuferbereiche sind vorzusehen.
- Eine abwechslungsreiche Modellierung des Gewässeruntergrunds und der Uferbereiche (Baggerrohrschnitt) ist vorzunehmen.

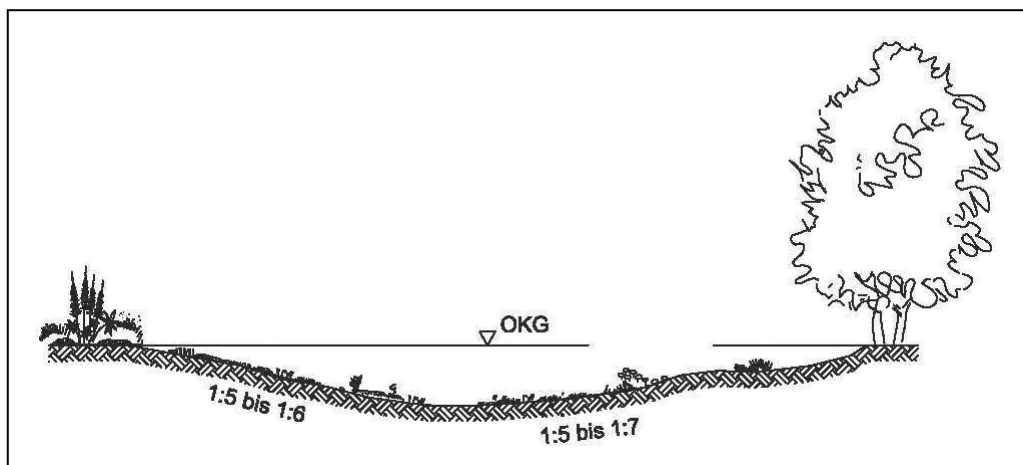


Abbildung 2: Schematischer Schnitt durch ein naturnahes Kleingewässer

Für die Beseitigung des nach § 30 BNatSchG i. V. m. § 24 NAGBNatSchG geschützten Biotops wurde ein separater Antrag auf Ausnahmegenehmigung gem. § 30 (3) BNatSchG gestellt. Der zu erbringende Nachweis der erfolgten Ausnahmegenehmigung muss bis zum Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses des Bebauungsplanes Nr. 99 A vorliegen. Dieses Biotop gehört ebenfalls zum Landschaftsschutzgebiet WST-Nr. 83 „Stratje-Busch“, so dass für diesen Bereich ferner ein Antrag auf Befreiung des o. g. Landschaftsschutzgebietes beim Landkreis Ammerland gestellt wurde. Hierzu liegt mittlerweile eine Genehmigung des Landkreises Ammerland mit Datum vom 24.06.2014 vor.

2. Einzelbaumanpflanzungen auf den geplanten Baugrundstücken (31 Stück)

Je Baugrundstück ist mindestens ein Laub- oder Obstbaum zu pflanzen und auf Dauer zu erhalten. Bei 31 Grundstücken sind somit 31 Bäume zu pflanzen. Bei einer angenommenen Fläche von 10 m² pro Baum (angenommener, durchschnittlicher Kronenbereich) ergibt sich eine Fläche für Baumpflanzungen von ca. 310 m² (31 Bäume x 10 m² pro Baum). Laubbäume sind in den Gärten sehr wichtig, denn die Durchgrünung eines Baugebietes mit Laubgehölzen erhöht seinen Wert als Lebensraum und bereichert das Ortsbild. Obstbäume sind seit jeher wichtige Gestaltungselemente im Ort. Ihre Nutzung ist heute zweitrangig geworden. Obstbäume bilden Lebensräume ganz eigener Prägung und sollten verstärkt wieder in die Gärten gebracht werden. Alte Sorten sind dabei zu bevorzugen. Auch Wildobst mit kleiner Fruchtbildung kann eine Alternative sein. Standortgerechte Bäume sollten Zierformen vorgezogen werden. Die Pflanzung der Bäume ist in der auf die Fertigstellung der Rohbaumaßnahme folgende Pflanzperiode durchzuführen.

Folgende Bäume werden empfohlen:

Feldahorn	<i>Acer campestre</i>
Kornelkirsche	<i>Cornus mas</i>
Mehlbeere	<i>Sorbus aria</i>
Rotdorn	<i>Crataegus laevigata</i>
Weißdorn	<i>Crataegus monogyna</i>
Stieleiche	<i>Quercus robur</i>

Qualität: Hochstamm, 3 x verpflanzt, 12-14 cm Stammumfang

Obstbäume:	Äpfel:	„Boskoop“, „Groninger Krone“, „Jacob Fischer“, „Ostfriesischer Striebling“;
	Birnen:	„Gute Graue“, „Köstliche von Charneau“, „Neue Pointeau“
	Kirschen:	„Dönnissens Gelbe Knorpelkirsche“, „Oktavia“, „Morellenfeuer“, Schattenmorelle

Qualität: Hochstamm, 8 – 10 cm Stammumfang

3. Erhalt und Entwicklung von vorhandenen Gehölzstrukturen

Im Plangebiet befinden sich aktuell einige Gehölzstrukturen (Wallhecken, Einzelbäume), die im Bebauungsplan zum Erhalt festgesetzt werden. Diese sind auf Dauer zu schützen, zu pflegen und auf Dauer zu erhalten. Abgänge oder Beseitigungen aufgrund einer Befreiung sind adäquat zu ersetzen.

Entlang der westlichen und südwestlichen Plangebietsgrenze sind zur Durchgrünung und Abgrenzung weitere Bepflanzungen mit Bäumen und Sträuchern vorzunehmen. Die auf der neu angelegten Wallhecke befindlichen Gehölzstrukturen am südwestlichen Rand sind dauerhaft zu erhalten. Direkt nördlich dieser Wallhecke können ergänzende Anpflanzungen mit Bäumen und Sträuchern vorgenommen werden. Die Anpflanzungen sind in der auf die Fertigstellung der baulichen Maßnahmen folgenden Pflanzperiode durchzuführen.

Die zu verwendenden Gehölzarten und -qualitäten wurden bereits weiter oben genannt.

Pflanzung von standortgerechten Hecken als Einfriedung der Baugrundstücke zu den öffentlichen Verkehrsflächen

Die Baugrundstücke sind zu den öffentlichen Verkehrsflächen durch standortgerechte Hecken einzufrieden. Die Mindesthöhe für die Hecken beträgt mindestens 0,60 m.

Folgende Gehölze werden empfohlen:

Hainbuche	<i>Carpinus betulus</i>
Weißdorn	<i>Crataegus oxycantha</i>
Rotbuche	<i>Fagus sylvatica</i>
Liguster	<i>Ligustrum vulgare</i>
Stechpalme	<i>Ilex aquifolium</i>

Ersatzmaßnahmen

Die mit der Realisierung der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 99 A verbundenen unvermeidbaren Beeinträchtigungen können nicht vollständig über Ausgleichsmaßnahmen gemäß § 15 (2) BNatSchG kompensiert werden.

Trotz der beschriebenen Ausgleichsmaßnahmen verbleibt ein Kompensationsrestwert von 15.442 Werteinheiten. Ferner werden insgesamt durch die vorliegende Planung Wallhecken auf einer Länge von ca. 300 m überplant bzw. nicht weiter als Schutzobjekte festgesetzt. Hierfür ist gemäß Forderung der Unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Ammerland ein Kompensationsverhältnis von 1:1 bzw. 1:2 (bei Wallheckenüberplanung) anzusetzen. Zur Kompensation sind demzufolge 317 m neue Wallhecken anzulegen oder wallheckenfördernde Maßnahmen durchzuführen. Dies erfolgt über das Wallheckenschutzprogramm der unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Ammerland. Die Gemeinde Rastede wird zu diesem Zweck mit der Naturschutzstiftung Ammerland eine vertragliche monetäre Regelung treffen, durch welche die Wallhecken über die Stiftung kompensiert werden können.

Des Weiteren wird eine Fläche von ca. 5.765 m² benötigt, um die Verlagerung der im Rahmen des Ursprungsplanes festgesetzten Kompensationsfläche zu ermöglichen.

Die Gemeinde Rastede verfügt über Poolflächen, die für Ersatzmaßnahmen zur Verfügung stehen. Entsprechend werden 15.422 Werteinheiten zur vollständigen Kompensation der Eingriffe im Flächenpool umgesetzt. Auf den Flächen werden durch entsprechende Extensivierungsmaßnahmen und Gehölzanpflanzungen ebenfalls attraktive Bereiche für Fledermäuse geschaffen, so dass auch die erforderliche Kompensation für die verlorengehenden Jagdhabitate gesichert ist.

Die Verlagerung der Kompensationsflächen aus dem Bebauungsplan Nr. 53 erfolgt ebenfalls im Flächenpool der Gemeinde.

3.3.4 Schutzgut Tiere

Zur Vermeidung und Verminderung von Beeinträchtigungen auf das Schutzgut Tiere sind die nachfolgend aufgeführten Maßnahmen einzubeziehen:

- Vollständiger Erhalt des gesetzlich geschützten Biotops (Wiesentümpel) sowie Ausschluss von jeglichen Versiegelungen im Nahbereich des Biotops. Für die Dauer der durchzuführenden Baumaßnahmen wird eine dauerhafte Einzäunung des Biotops erfolgen. Zusätzlich wird eine dauerhafte Zaunanlage an der nördlichen Grenze der Maßnahmenfläche errichtet.
- Baumfäll- und Rodungsarbeiten sind außerhalb der Reproduktionszeiten von Brutvögeln und Fledermäusen durchzuführen, also nur während der Wintermonate im Zeitraum von Anfang November bis Ende Februar,
- Die Baufeldfreimachung ist ebenfalls außerhalb der Brutzeit (also nicht zwischen Anfang März und Ende Juni) vorzunehmen.
- alte Laubbäume - insbesondere für Fledermäuse und Höhlenbrüter geeignete Höhlenbäume - sind, wenn möglich, zu erhalten.
- das geplante Regenrückhaltebecken und das Kleingewässer sind naturnah auszugestalten.

Weiterhin sind Ausgleichsmaßnahmen erforderlich. Auf den Ersatzflächen werden durch entsprechende Extensivierungsmaßnahmen ebenfalls attraktive Bereiche für Fledermäuse geschaffen, so dass auch die erforderliche Kompensation für die verlorengehenden Jagdhabitate gesichert ist. Auch durch die umzusetzenden wallheckenfördernden Maßnahmen werden neue Leitstrukturen für die Fledermäuse geschaffen, so dass keine erheblichen Beeinträchtigungen verbleiben. Zur Kompensation der überplanten zwei potenziellen Quartierbäume für Fledermäuse (im Nordosten) sind an geeigneten zu erhaltenden Bäumen im Geltungsbereich des Bebauungsplanes insgesamt mindestens zwei Fledermauskästen aufzuhängen.

Eine Kompensation der verloren gehenden Brutstätten erfolgt durch die vorgesehenen Neuanpflanzungen von Gehölzen (Baum-Strauchanpflanzungen, Einzelbaumanpflanzungen) und der Anlage eines naturnahen Regenrückhaltebeckens im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 99 A und durch die Neuanlage bzw. Instandsetzung von Wallhecken außerhalb des Plangebietes. Weitere erhebliche Beeinträchtigungen verbleiben nicht für die Brutvögel.

Eine Kompensation der verloren gehenden Sommerlebensräume der Amphibien kann durch den vorgesehenen größtmöglichen Erhalt der wertvollen Strukturen (u. a. Wallhecken) im Plangebiet und die Aufwertung der Bereiche in der festgesetzten Maßnahmenfläche durch Nutzungsextensivierung und Anpflanzung von Gehölzen erreicht werden. Für die Überplanung der Grabenaufweitung am Stratjebusch, welches als Laichgewässer fungiert, ist ein neues naturnahes Kleingewässer in der Maßnahmenfläche anzulegen.

3.3.5 Schutzgut Boden

Um Beeinträchtigungen auf das Schutzgut Boden zu verringern, werden folgende Maßnahmen zur Vermeidung vorgeschlagen:

- Reduzierung der Eingriffe in vorhandenen Strukturen auf ein für das Vorhaben erforderliches Mindestmaß.
- Der Schutz des Oberbodens (§ 202 BauGB) sowie bei Erdarbeiten die ATV DIN 18300 bzw. 18320 und DIN 18915 sind zu beachten.

- Zur Verminderung der Beeinträchtigungen, die aus der Versiegelung von Flächen resultieren, sind Zufahrten, Stellflächen und sonstige zu befestigende Flächen möglichst mit luft- und wasserdurchlässigen Materialien (Schotterrasen, Rasengittersteine o. ä.) zu erstellen.

Die als erheblich eingestuften Umweltauswirkungen können durch die im Plangebiet vorgesehenen Ausgleichsmaßnahmen u. a. in Form von neu anzulegenden Gehölzanpflanzungen teilweise kompensiert werden. Zusätzlich wird auch im Rahmen der vorgesehenen externen Kompensation das Schutzgut Boden verbessert. Nutzungsaufgabe bzw. Minimierung der Nutzung führt auch immer durch Verringerung von Nährstoff- und Schadstoffeinträgen und ungestörter Bodenentwicklung zu einer Verbesserung der Bodenfunktionen. Mit den Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen, die für das Schutzgut Pflanzen vorgesehen werden, können die erheblichen negativen Umweltauswirkungen, die durch das hier betrachtete Vorhaben auf das Schutzgut Boden prognostiziert wurden, ausgeglichen werden.

3.3.6 Schutzgut Wasser

Um Beeinträchtigungen auf das Schutzgut Wasser zu verringern, werden folgende Maßnahmen zur Vermeidung vorgeschlagen:

- Der Eingriff betrifft zum Großteil relativ wertarme Biotope.
- Um den Eingriff in den Wasserhaushalt so gering wie möglich zu halten, sollte das Niederschlagswasser so lange wie möglich im Gebiet gehalten werden. Dazu ist das Regenwasser von Dachflächen und Flächen anderer Nutzung, von denen kein Eintrag von Schadstoffen ausgeht, nach Möglichkeit auf dem Grundstück zu belassen (zu versickern).

Eine Erhöhung des Wasserabflusses durch eine Vergrößerung der versiegelten Flächen wird durch die Anlage eines naturnah gestalteten Regenrückhaltebeckens kompensiert, so dass keine weiteren erheblichen negativen Auswirkungen zu erwarten sind. Zusätzlich wird auch im Rahmen der vorgesehenen externen Kompensation die Situation des Schutzgutes Wasser auf den Ersatzflächen verbessert. Durch eine Nutzungsaufgabe bzw. Minimierung der Nutzung, wie es im Flächenpool der Gemeinde Rastede der Fall ist, werden Stoffeinträge in Oberflächen- bzw. Grundwasser verringert und so die Situation für das Schutzgut Wasser verbessert. Mit den Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen, die für das Schutzgut Pflanzen vorgesehen werden, können die weniger erheblichen negativen Umweltauswirkungen, die durch das hier betrachtete Vorhaben prognostiziert wurden, ausgeglichen werden.

Auf Ebene des wasserrechtlichen Plangenehmigungsverfahrens zur Herstellung des geplanten Regenrückhaltebeckens ist ein hydraulischer Nachweis zur schadlosen Ableitung des anfallenden Oberflächenwassers zu erbringen.

3.3.7 Schutzgut Klima / Luft

Es sind keine Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen vorgesehen. Durch Maßnahmen zum Ausgleich von Beeinträchtigungen anderer Schutzgüter können zusätzlich positive Wirkungen auf das Schutzgut Klima / Luft erreicht werden.

3.3.8 Schutzgut Landschaft

Um Beeinträchtigungen für das Schutzgut Landschaft zu verringern werden folgende Maßnahme zur Vermeidung vorgeschlagen:

- Größtmöglicher Erhalt und Sicherung der im Plangebiet befindlichen Gehölzstrukturen (Wallhecken, Einzelbäume).
- Anpflanzung von Gehölzstrukturen.

Die als erheblich eingestuften Umweltauswirkungen für das Schutzgut Landschaft können u. a. durch die im Plangebiet vorgesehenen Ausgleichsmaßnahmen (Anlage eines naturnahen Regenrückhaltebeckens und die Anpflanzung von Gehölzstrukturen) minimiert werden. Zusätzlich wird auch im Rahmen der vorgesehenen externen Kompensation die Situation des Schutzgutes Landschaft auf den Ersatzflächen verbessert. Durch eine Nutzungsaufgabe bzw. Minimierung der Nutzung werden Blühaspekte geschaffen und das Landschaftsbild aufgewertet. Ferner wird durch die umzusetzenden wallheckenfördernden Maßnahmen (Wallheckenneuanlage oder Sanierung von Wallhecken) im Rahmen des Wallheckenschutzprogramms der unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Ammerland ebenfalls das Landschaftsbild aufgewertet. Mit den Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen, die u. a. für das Schutzgut Pflanzen vorgesehen werden, können die negativen Umweltauswirkungen, die durch das hier betrachtete Vorhaben auf das Schutzgut Landschaft prognostiziert wurden, ausgeglichen werden.

3.3.9 Schutzgut Kultur- und Sachgüter

Entsprechend dem Kap. 3.1.8 befinden sich innerhalb des Plangebietes keine nach dem Niedersächsischen Denkmalschutzgesetz (NDSchG) geschützten Baudenkmale. Allerdings befindet sich im südwestlich gelegenen Nahbereich ein Baudenkmal. Hierbei handelt es sich um ein Querdielenhaus aus dem Jahr 1880. Eine auf dem Hausgrundstück Ecke Köttersweg/Am Stratjebusch befindliche Stieleiche ist als Naturdenkmal ausgewiesen, liegt aber ebenfalls außerhalb des Plangebietes.

Innerhalb des Geltungsbereiches sind einige Kultur- bzw. Sachgüter, in Form von Wallhecken bekannt. Diese sind als geschützte Landschaftsbestandteile nach § 22 (3) NAGBNatSchG zu erhalten. In der Planzeichnung werden die betreffenden Wallhecken als Flächen für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen gem. § 9 (1) Nr. 25b BauGB festgesetzt.

Um Beeinträchtigungen für das Schutzgut Kultur- und Sachgüter zu verringern werden folgende Maßnahme zur Vermeidung vorgeschlagen:

- Größtmöglicher Erhalt und Sicherung der im Plangebiet befindlichen Wallhecken.
- Schutz von zu erhaltenden Wallhecken durch die Ausweisung von nicht überbaubaren Flächen. Jegliche Versiegelungen, Verdichtungen, Aufschüttungen sind hier nicht zulässig.

Die als weniger erheblich eingestuften Umweltauswirkungen für das Schutzgut Kultur- und Sachgüter (hier: Wallhecken) können durch die o. g. Maßnahmen minimiert werden. Der vollständige Ausgleich der prognostizierten weniger erheblichen Beeinträchtigung wird im Rahmen des Wallheckenschutzprogramms der unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Ammerland gesichert. Die Gemeinde Rastede wird zu diesem Zweck mit der Naturschutzstiftung Ammerland eine vertragliche monetäre Regelung treffen, durch welche die Wallhecken über die Stiftung kompensiert werden können.

3.4 Anderweitige Planungsmöglichkeiten

3.4.1 Standort

Das Plangebiet liegt in einer Entfernung von rund 1,0 km Luftlinie südwestlich vom Ortszentrum. Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 99 A befindet sich nördlich vom Köttersweg bzw. westlich vom Stratjebusch in der Ortschaft Rastede und umfasst eine ca. 4,5 ha große Fläche. Das Plangebiet wird im Norden durch vorhandene bebaute Bereiche und im Süden vom Köttersweg begrenzt. Entlang der östlichen Plangebietsgrenze verläuft innerhalb des Planbereiches die Straße Am Stratjebusch. Südlich des Köttersweges prägen landwirtschaftlich genutzte Flächen den Raum. Im südwestlich und westlich gelegenen Nahbereich verläuft die Bundesautobahn 29 (A 29).

3.4.2 Planinhalt

Im Zuge der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 99 A werden allgemeine Wohngebiete (WA1, WA2) mit einem dem städtebaulichen Umfeld angepassten Verdichtungsmaß (GRZ 0,35 bzw. 0,4; zweigeschossige, abweichende / offene Bauweise) festgesetzt. Die zulässige Nutzungsart ist den örtlichen Gegebenheiten angepasst und lässt eine maßvolle Entwicklung zu. Die Anbindung des Plangebietes an das örtliche Verkehrsnetz erfolgt über eine interne Erschließungsstraße, die im Osten an die Straße „Am Stratjebusch“ angebunden ist. Die innere Erschließung wird über die Anlage von Planstraßen und Stichstraßen geregelt. Zur Durchgrünung des Plangebietes, zur Vermeidung und Minimierung sowie zum Teilausgleich des Eingriffs werden u. a. Gehölzstrukturen erhalten, Gehölzanpflanzungen und ein naturnahes Regenrückhaltebecken festgesetzt.

4.0 ZUSÄTZLICHE ANGABEN

4.1 Beschreibung der wichtigsten Merkmale der verwendeten technischen Verfahren

4.1.1 Analysemethoden und -modelle

Die Eingriffsregelung für den Bebauungsplan Nr. 99 A wurde für das Schutzgut Pflanzen auf Basis des niedersächsischen Städtetages von 2013 (Arbeitshilfe zur Ermittlung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen in der Bauleitplanung) abgehandelt. Zusätzlich wurde für die übrigen Schutzgüter eine verbal-argumentative Eingriffsbetrachtung vorgenommen.

4.1.2 Fachgutachten

Im Rahmen der Bebauungsplanaufstellung wurde ein faunistischer Fachbeitrag erstellt (vgl. Anlage 1). Im Vorfeld dieser Bauleitplanung wurde eine schalltechnische Untersuchung zum Verkehrslärm durchgeführt. Ferner wurde durch das Ingenieurbüro ted GmbH, Bremerhaven eine weitere Untersuchung zur künftigen Sportlärmbelastung ausgehend von der in Realisierung befindlichen Sportanlage am "Köttersweg" vorgenommen.

4.1.3 Hinweise auf Schwierigkeiten bei der Zusammenstellung der Unterlagen

Es war ein umfassendes und ausreichend aktuelles Datenmaterial vorhanden, so dass keine Schwierigkeiten bei der Zusammenstellung der Unterlagen auftraten.

4.2 Hinweise zur Durchführung der Umweltüberwachung

Gemäß § 4c BauGB müssen die Kommunen die erheblichen Umweltauswirkungen überwachen (Monitoring), die auf Grund der Durchführung der Bauleitpläne eintreten. Hierdurch sollen insbesondere unvorhergesehene nachteilige Auswirkungen frühzeitig erkannt werden, um geeignete Maßnahmen zur Abhilfe zu ermöglichen. Im Rahmen der vorliegenden Planung wurden z. T. erhebliche (u. a. Schutzgut Pflanzen, Boden) bis weniger erhebliche Umweltauswirkungen (u. a. Schutzgut Wasser) festgestellt. Zur teilweisen Kompensation der durch die Bauleitplanung vorbereiteten Eingriffe in Natur und Landschaft werden u. a. Anpflanzungen in der Maßnahmenfläche und auf den geplanten Baugrundstücken festgesetzt. Zur Überwachung der prognostizierten Umweltauswirkungen der Planung wird innerhalb von zwei Jahren nach Satzungsbeschluss eine Überprüfung durch die Gemeinde stattfinden, die feststellt, ob sich unvorhergesehene erhebliche Auswirkungen abzeichnen. Gleichzeitig wird die Durchführung der festgesetzten Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen ein Jahr nach Umsetzung der Baumaßnahme erstmalig kontrolliert. Nach weiteren drei Jahren wird eine erneute Überprüfung stattfinden. Sollte diese nicht durchgeführt worden sein, wird die Gemeinde deren Realisierung über geeignete Maßnahmen sicherstellen.

5.0 ALLGEMEINVERSTÄNDLICHE ZUSAMMENFASSUNG

Die Gemeinde Rastede beabsichtigt angesichts der anhaltenden Nachfrage nach Wohnbauland die Wohnnutzung nördlich des Köttersweges bzw. westlich der Straße „Am Stratjebusch“ auszuweiten und stellt zu diesem Zweck den Bebauungsplan Nr. 99 A „Wohngebiet Am Stratjebusch“ mit örtlichen Bauvorschriften auf. Zweckentsprechend werden allgemeine Wohngebiete (WA) festgesetzt. Die Erschließung des Plangebietes erfolgt über interne Erschließungsstraßen ausgehend von der Straße "Am Stratjebusch".

Die Umweltauswirkungen des Planvorhabens liegen in dem Verlust von Böden sowie Lebensräumen für Pflanzen durch die zulässige Versiegelung. Umweltauswirkungen auf das Schutzgut Pflanzen, Tiere (Fledermäuse), Boden und Landschaft sind insgesamt als erheblich zu beurteilen. Die Eingriffe in Natur und Landschaft werden unter Berücksichtigung der Vermeidungs-, Minimierungs- und Ausgleichsgebote im Umweltbericht zum Bebauungsplan Nr. 99 A dargestellt. Die Empfehlungen reichen von der Minimierung der neu zu versiegelnden Bodenfläche über den Erhalt und Schutz von Einzelbäumen / Wallhecken bis zur Festsetzung von Ausgleichsmaßnahmen. So ist z. B. im Süden die Anlage eines naturnah gestalteten Regenrückhaltebeckens vorgesehen. Weiterhin sind Kompensationsmaßnahmen auf externen Flächen durchzuführen. Die Gemeinde Rastede verfügt über Poolflächen, die für Ersatzmaßnahmen zur Verfügung stehen. Entsprechend werden die Eingriffe in den Naturhaushalt und das Landschaftsbild im Flächenpool umgesetzt.

Die Verlagerung der Kompensationsflächen aus dem Bebauungsplan Nr. 53 erfolgt ebenfalls im Flächenpool der Gemeinde.

Ferner werden die Beeinträchtigungen in die Wallhecken im Rahmen des Wallheckenschutzprogramms der unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Ammerland kompensiert.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass unter Berücksichtigung der Maßnahmen zur Vermeidung, Minimierung und zum Ausgleich sowie durch entsprechende Maßnahmen auf Ersatzflächen ein adäquater Ersatz der überplanten Werte und Funktionen gegeben sein wird, der die entstehenden negativen Umweltauswirkungen im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 99 A vollständig ausgleicht.

6.0 LITERATUR

BNatSchG (2009): Bundesnaturschutzgesetz vom 29. Juli 2009.

DRACHENFELS, O. v. (Bearb.) (2011): Kartierschlüssel für Biotoptypen in Niedersachsen unter besonderer Berücksichtigung der gesetzlich geschützten Biotope sowie der Lebensraumtypen von Anhang I der FFH-Richtlinie, Stand März 2011. - Naturschutz Landschaftspfl. Niedersachs. A/4: 1-326.

NAGBNATSchG (2010): Niedersächsisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz vom 19. Februar 2010.

NIEDERSÄCHSISCHE LANDESREGIERUNG (1989): Niedersächsisches Landschaftsprogramm. Hannover.

NIEDERSÄCHSISCHER STÄDTETAG (2013): Arbeitshilfe zur Ermittlung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen in der Bauleitplanung, Hannover.

NU (2013): Interaktive Umweltkarten der Umweltverwaltung (http://www.umwelt.niedersachsen.de/master/C8312275_N8311561_L20_D0_I598.htm)

Umwelt und Planungsamt (1995): Landschaftsrahmenplan Landkreis Ammerland.

ANLAGEN

Karte 1: Bestand Biotoptypen

Anlage 1: Faunistischer Fachbeitrag

ANLAGE 1

Gemeinde Rastede
Landkreis Ammerland



Faunistischer Fachbeitrag
zum Bebauungsplan Nr. 99 A /
60. Flächennutzungsplanänderung
„Wohngebiet Am Stratjebusch“



Fachplanerische Erläuterungen

Stand: März 2014

Planungsbüro Diekmann & Mosebach

Oldenburger Straße 86 - 26180 Rastede
Tel.: 04402/911630 - Fax: 04402/911640
e-mail: info@diekmann-mosebach.de
www.diekmann-mosebach.de



Gemeinde Rastede

Landkreis Ammerland

Faunistischer Fachbeitrag

**zum Bebauungsplan Nr. 99 A /
60. Flächennutzungsplanänderung
„Wohngebiet Am Stratjebusch“**

Planverfasser:

**Diekmann &
Mosebach**



Regionalplanung
Stadt- und Landschaftsplanung
Entwicklungs- und Projektmanagement

*Oldenburger Straße 86 ·· 26180 Rastede
Telefon (0 44 02) 9116-30
Telefax (0 44 02) 9116-40
www.diekmann-mosebach.de
mail: info@diekmann-mosebach.de*

Projektbearbeitung:

Dipl.-Landschaftsökologe Alexander Zilz
Dipl.-Ing. Doris Kinder
Dr. Oliver-D. Finch

Bearbeitungszeitraum:

März 2012 – September 2012

INHALTSÜBERSICHT

1.0	ANLASS UND AUFGABENSTELLUNG	1
2.0	BELANGE DES ARTENSCHUTZES	1
3.0	UNTERSUCHUNGSGEBIET	3
3.1	Lage im Raum	3
3.2	Nutzung und Landschaftsstruktur	3
4.0	UNTERSUCHUNGSUMFANG UND METHODIK	4
4.1	Fledermäuse	4
4.2	Brutvögel	6
4.3	Amphibien	7
4.4	Bewertung	7
5.0	ERGEBNISSE	8
5.1	Fledermäuse	8
5.2	Brutvögel	12
5.3	Amphibien	14
6.0	BEWERTUNG DER BEFUNDE	19
6.1	Fledermäuse	19
6.2	Brutvögel	20
6.3	Amphibien	20
7.0	WIRKUNGEN DES VORHABENS IM GELTUNGSBEREICH DES BEBAUUNGSPLANES NR 99 A	21
7.1	Anlagebedingte Wirkfaktoren	21
7.2	Bau - und betriebsbedingte Wirkfaktoren	21
8.0	DARLEGUNG DER BETROFFENHEITEN IM GELTUNGSBEREICH DES BEBAUUNGSPLANES NR. 99 A	21
8.1	Eingriffe im Sinne des § 14 BNatSchG	21
8.1.1	Fledermäuse	22
8.1.2	Brutvögel	22
8.1.3	Amphibien	23
8.1.4	Fazit	23
8.2	Artenschutzrechtliche Verbotstatbestände nach § 44 BNatSchG	24
8.2.1	Fledermäuse	24
8.2.2	Brutvögel	25
8.2.3	Amphibien	27
9.0	VERMEIDUNG UND VERMINDERUNG VON BEEINTRÄCHTIGUNGEN	27
10.0	HINWEISE ZU KOMPENSATIONSMAßNAHMEN	28
11.0	LITERATUR	29

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abbildung 1: Untersuchungsraum Fledermäuse, Brutvögel und Amphibien, unmaßstäblich	4
Abbildung 2: Quartierbaum (Rotbuche) einer unbestimmten <i>Myotis</i> -Art mit Ansicht der Einflugöffnung (siehe Hinweispfeil).	12
Abbildung 3: Bergmolch (<i>Ichthyosaura</i> (= <i>Triturus</i>) <i>alpestris</i>) aus der Grabenaufweitung am Köttersweg (01.04.2012; Foto: Finch)	15
Abbildung 4: Senke im Grünland am Köttersweg (20.03.2012; Foto: Finch)	16
Abbildung 5: Grabenaufweitung am Stratjebusch (20.03.2012; Foto: Finch)	17
Abbildung 6: Tümpel im Stratjebusch (13.11.2013, Foto: Kinder)	18

TABELLENVERZEICHNIS

Tabelle 1: Erfassung der Fledermäuse – Untersuchungstermine.	5
Tabelle 2: Erfassung der Brutvögel – Untersuchungstermine im Jahr 2012	6
Tabelle 3: Übersicht der im Untersuchungsraum festgestellten Fledermausarten.	9
Tabelle 4: Beobachtungshäufigkeiten einzelner Arten (Detektorkontakte / Sichtbeobachtungen).	10
Tabelle 5: Übersicht der im Untersuchungsraum festgestellten Vogelarten	13
Tabelle 6: Liste der im Jahr 2012 im Untersuchungsgebiet am Stratjebusch (Gemeinde Rastede) nachgewiesenen Lurche	18

PLANVERZEICHNIS:

Plan-Nr. 1.1:	Bestand Fledermäuse – Gattung <i>Myotis</i>
Plan-Nr. 1.2:	Bestand Fledermäuse - Großer Abendsegler / Breitflügelfledermaus
Plan-Nr. 1.3:	Bestand Fledermäuse - Gattung <i>Pipistrellus</i>
Plan-Nr. 1.4:	Fledermausquartiere und Potenzialbäume
Plan-Nr. 2:	Bestand Brutvögel

1.0 ANLASS UND AUFGABENSTELLUNG

Die Gemeinde Rastede beabsichtigt mit der 60. Flächennutzungsplanänderung sowie mit der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 99 A „Wohngebiet Am Stratjebusch“ die planungsrechtlichen Voraussetzungen für eine Ausweisung von Wohnbauflächen. Aufgrund der vorhandenen Wallhecken und sonstigen Gehölzbestände, der darin eingebetteten Mähwiesen sowie eines Wiesentümpels ist nicht auszuschließen, dass Teilbereiche des Plangebietes eine wichtige Funktion für den Naturhaushalt aufweisen. Daher wurde in Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Ammerland u. a. eine Bestandsaufnahme der Fledermäuse und Brutvögel durchgeführt. Ferner wurde eine Amphibienerfassung in für diese Faunengruppe relevanten Bereichen durchgeführt. Auf Grundlage der vorliegenden Ergebnisse können die Eingriffsfolgen gemäß § 1a BauGB als auch die zu erwartenden, artenschutzrechtlichen Konflikte nach § 44 BNatSchG ermittelt und nach naturschutzfachlichen Kriterien beurteilt werden.

Die Erfassungen fanden in einem mit der Gemeinde Rastede und der Unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Ammerland vorabgestimmten Untersuchungsgebiet (siehe Abbildung 1) statt, welches zum einen den räumlichen Geltungsbereich der 60. Flächennutzungsplanänderung bzw. des Bebauungsplanes Nr. 99 A umfasst, zum anderen einen südlich angrenzenden Bereich, welcher über den Bebauungsplan Nr. 99 B bereits realisiert wird. Die Ergebnisse der Untersuchung des Gesamtgebietes werden nachfolgend vorgestellt und erläutert. In den Kapiteln 7 bis 10 erfolgt eine Betrachtung der zu erwartenden Eingriffsfolgen sowie eine Erörterung der Belange des Artenschutzes für den Geltungsbereich des vorliegenden Bebauungsplanes Nr. 99 A.

2.0 BELANGE DES ARTENSCHUTZES

Zur Überprüfung der Auswirkungen der vorliegenden Bauleitplanung auf die verschiedenen Arten ist unter Berücksichtigung der Verbotstatbestände des § 44 BNatSchG eine Erörterung der artenschutzrechtlichen Konflikte erforderlich.

Die generellen artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1 sind folgendermaßen gefasst:

"Es ist verboten,

1. *wild lebenden Tieren der besonders geschützten Arten nachzustellen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,*
2. *wild lebende Tiere der streng geschützten Arten und der europäischen Vogelarten während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten erheblich zu stören; eine erhebliche Störung liegt vor, wenn sich durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art verschlechtert,*
3. *Fortpflanzungs- oder Ruhestätten der wild lebenden Tiere der besonders geschützten Arten aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,*
4. *wild lebende Pflanzen der besonders geschützten Arten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, sie oder ihre Standorte zu beschädigen oder zu zerstören (Zugriffsverbote)."*

Diese Verbote werden um den für Eingriffsvorhaben relevanten Absatz 5 des § 44 BNatSchG ergänzt, mit dem bestehende und von der Europäischen Kommission anerkannte Spielräume bei der Auslegung der artenschutzrechtlichen Vorschriften der FFH-Richtlinie genutzt und rechtlich abgesichert werden, um akzeptable und im Vollzug praktikable Ergebnisse bei der Anwendung der Verbotsbestimmungen des Absatzes 1 zu erzielen:

Abs. 5:

„Für nach § 15 zulässige Eingriffe in Natur und Landschaft sowie für Vorhaben im Sinne des § 18 Abs. 2 Satz 1, die nach den Vorschriften des Baugesetzbuches zulässig sind, gelten die Zugriffs-, Besitz- und Vermarktungsverbote nach Maßgabe von Satz 2 bis 5. Sind in Anhang IV Buchstabe a der Richtlinie 92/43/EWG aufgeführte Tierarten oder europäische Vogelarten und solche Arten betroffen, die in einer Rechtsverordnung nach § 54 Absatz 1 Nummer 2 aufgeführt sind, liegt ein Verstoß gegen das Verbot des Absatzes 1 Nr. 3 und im Hinblick auf damit verbundene unvermeidbare Beeinträchtigungen wild lebender Tiere auch gegen das Verbot des Absatzes 1 Nr. 1 nicht vor, soweit die ökologische Funktion der von dem Eingriff oder Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- oder Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt wird. Soweit erforderlich, können auch vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen festgesetzt werden. Für Standorte wild lebender Pflanzen der in Anhang IVb der Richtlinie 92/43/EWG aufgeführten Arten gelten die Sätze 2 und 3 entsprechend. Sind andere besonders geschützte Arten betroffen, liegt bei Handlungen zur Durchführung eines Eingriffs oder Vorhabens kein Verstoß gegen die Zugriffs-, Besitz- und Vermarktungsverbote vor.“

Entsprechend obigem Abs. 5 gelten die artenschutzrechtlichen Verbote bei nach § 15 BNatSchG zulässigen Eingriffen in Natur und Landschaft sowie nach den Vorschriften des Baugesetzbuches zulässigen Vorhaben im Sinne des § 18 Abs. 2 Satz 1 nur für die in Anhang IV der FFH-RL aufgeführte Tier- und Pflanzenarten sowie für die Europäischen Vogelarten. Darüber hinaus sind nach nationalem Recht eine Vielzahl von Arten besonders geschützt. Diese sind nicht Gegenstand der Betrachtung, da gemäß § 44 Abs. 5 Satz 5 BNatSchG die Verbote des Absatzes 1 für diese Arten nicht gelten.

Bezüglich der Tierarten nach Anhang IV FFH-RL sowie der Europäischen Vogelarten nach Art. 1 VRL ergeben sich somit aus § 44 Abs.1, Nr. 1 bis 3 i.V.m. Abs. 5 BNatSchG für nach § 19 BNatSchG zulässige Eingriffe folgende Verbote:

- **Zugriffsverbot (§ 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG):** Nachstellen, Fangen, Verletzen oder Töten von Tieren bzw. Entnahme, Beschädigung oder Zerstörung ihrer Entwicklungsformen.
- **Schädigungsverbot (§ 44 Abs. 1 Nr. 3 i.V.m. Abs. 5 BNatSchG):** Beschädigung oder Zerstörung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten und damit verbundene vermeidbare Verletzung oder Tötung von Tieren oder ihrer Entwicklungsformen. Abweichend davon liegt ein Verbot nicht vor, wenn die ökologische Funktion der von dem Eingriff oder Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- oder Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang gewahrt wird.
- **Störungsverbot (§ 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG):** Erhebliches Stören von streng geschützten Arten bzw. europäischen Vogelarten während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten. Abweichend davon liegt ein Verbot nicht vor, wenn die Störung zu keiner Verschlechterung des Erhaltungszustandes der lokalen Population führt.

Werden die genannten Verbotstatbestände nach § 44 BNatSchG bezüglich der gemeinschaftsrechtlich geschützten Arten erfüllt, müssen für eine Ausnahme von den Verboten die Voraussetzungen des § 45 Abs. 7 BNatSchG erfüllt sein.

So müssen einschlägige Ausnahmevoraussetzungen nachgewiesen werden, in dem Sinne, dass

- zumutbare Alternativen [die zu keinen oder geringeren Beeinträchtigungen der relevanten Arten führen] nicht gegeben sind,
- zwingende Gründe des überwiegenden öffentlichen Interesses, einschließlich solcher sozialer oder wirtschaftlicher Art vorliegen oder im Interesse der Gesundheit des Menschen, der öffentlichen Sicherheit, einschließlich der Landesverteidigung und des Schutzes der Zivilbevölkerung, oder der maßgeblich günstigen Auswirkungen auf die Umwelt die Planung durchgeführt wird,
- sich der Erhaltungszustand der Populationen der betroffenen Arten nicht verschlechtert und
- bezüglich der Arten des Anhangs IV FFH-RL der günstige Erhaltungszustand der Populationen der Art gewahrt bleibt.

Die artenschutzrechtlichen Betroffenheiten im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 99 A werden in Kap. 8.2 behandelt.

3.0 UNTERSUCHUNGSGBIET

3.1 Lage im Raum

Das Untersuchungsgebiet (UG) befindet sich am südwestlichen Bebauungsrand der Ortslage von Rastede (Gemeinde Rastede). Es umfasst in seiner räumlichen Ausdehnung den räumlichen Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 99 A sowie den südlich angrenzenden Bereich des Bebauungsplanes Nr. 99 B, welcher Flächen für den Gemeinbedarf (Sportplätze und Nebengebäude etc.) festsetzt (vgl. Abbildung 1). Das UG wird im Norden von Wohnbebauung begrenzt, im Osten von der Waldfläche (und gleichzeitigem Landschaftsschutzgebiet) „Am Stratjebusch“ und im Südwesten von der Autobahn A 29. Im Südosten und Süden grenzen neben einzelnen Wohnhäusern, Grünland und weitere Wallhecken an.

3.2 Nutzung und Landschaftsstruktur

Das ungefähr 12 ha große Untersuchungsgebiet umfasst einen strukturreichen Halboffenbereich am Rande des bebauten Bereiches von Rastede. Im Südosten setzt sich dieser Halboffenbereich aus Grünland und einer relativ hohen Dichte an Wallhecken, welcher am Rand z. T. mit locker verteilten größeren Wohngrundstücken eingefasst ist (ehemals wohl zum Teil landwirtschaftliche Hofstellen) weiter fort.

Die landwirtschaftlich genutzten Parzellen werden relativ intensiv als Mähwiese bzw. intensiv als Grasacker genutzt. Im Nordwesten des Untersuchungsgebietes befindet sich ein kleiner Bolzplatz, daran angrenzend liegt eine brach gefallene Wiese. Im Grünland im Nordosten befindet sich ein Tümpel von etwa 2.500 m² Größe, welcher im Juli noch Wasser führte. Das Gelände wird v. a. in Nord-Süd-Richtung von einer gut ausgeprägten Wallhecke mit - besonders im Nordteil - sehr alten Eichen durchzogen, im Nordwesten und Süden des UG befinden sich außerdem einzelne kürzere Wallheckenabschnitte sowie eine kürzere Feldhecke. Im äußersten Nordosten des UG befin-

det sich ein brachgefallenes ehemaliges Wohngrundstück, welches u. a. von Hecken und Einzelbäumen umgrenzt wird.

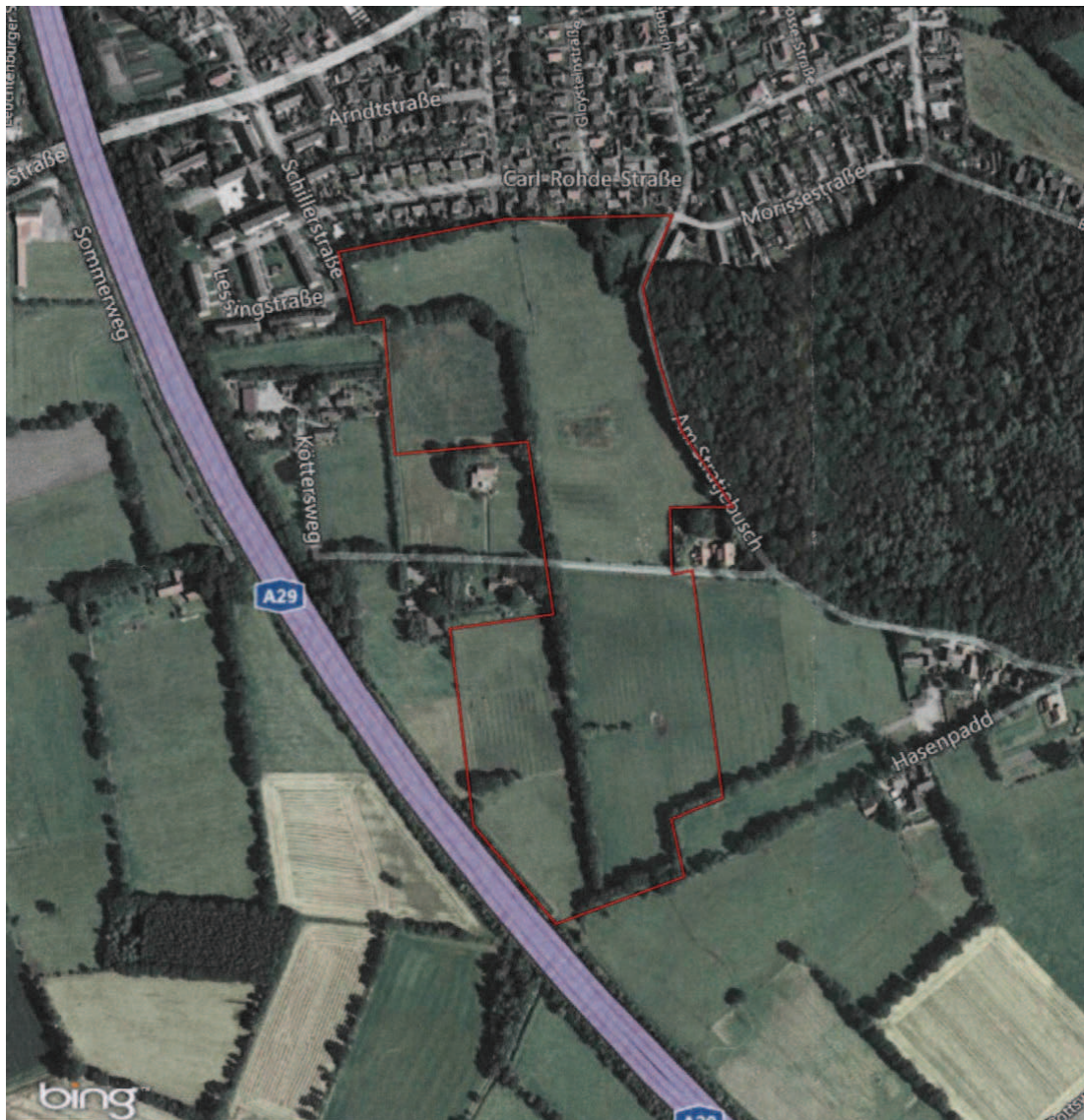


Abbildung 1: Untersuchungsraum Fledermäuse, Brutvögel und Amphibien, unmaßstäblich

4.0 UNTERSUCHUNGSUMFANG UND METHODIK

4.1 Fledermäuse

Die Erfassung der Fledermäuse erfolgte an sieben Begehungsterminen im Zeitraum von Mai bis September 2012 (vgl. Tabelle 1).

Im Bereich von potenziellen Quartierbäumen und zu vermutenden Flugstraßen erfolgten jeweils in der ersten Stunde nach Sonnenuntergang gezielte Ausflugkontrollen. Im Anschluss an die Ausflugkontrollen wurden Detektor-Erfassungen, die Aufschluss über die räumlichen Aktivitätsmuster der lokalen Fledermausvorkommen geben, durchgeführt. Während der Wochenstubezeit (Zeitraum von Juni bis Juli) erfolgten zwei Begehungen in den frühen Morgenstunden bis ungefähr zum Zeitpunkt des Sonnenauf-

gangs (vgl. Tabelle 1). Auf diese Weise können Sommerquartiere, insbesondere Quartiere von Wochenstubengesellschaften, über das in den frühen Morgenstunden stattfindende Schwärmverhalten lokalisiert werden.

Tabelle 1: Erfassung der Fledermäuse – Untersuchungstermine.

Datum	Zeitraum	Wetter nach Sonnenuntergang
24./25.05.2012	21.30-00.30 Uhr	Kein Niederschlag, sternenklar, Wind 2 Bft um O, 14°-11°C
12./13.06.2012	21.50-01.15 Uhr	Kein Niederschlag, starke Bewölkung, Wind 1-2 Bft um W, 12°-10°C
30.06.2012	02.20-04.55 Uhr	Kein Niederschlag, sternenklar, Wind 1 Bft um W, 15°-14°C
04./05.07.2012	21.55-01.10 Uhr	Kein Niederschlag, sternenklar, Wind 0-1 Bft, 23°-19°C
16.07.2012	02.45-05.15 Uhr	Kein Niederschlag, sternenklar, Wind 0-1 Bft, 12°-11°C
24.08.2012	20.35-23.40 Uhr	Kein Niederschlag, starke Bewölkung, Wind 0-1 Bft, 20°-19°C
10.09.2012	19.55-22.55 Uhr	Kein Niederschlag, mittlere Bewölkung, Wind 1-2 Bft um NW, 20°-15°C

Während der einzelnen Begehungen wurde das Untersuchungsgebiet zu Fuß zwei Mal nacheinander entlang der im Gebiet verlaufenden Wege und Grünflächen abgelaufen. Die Begehungen wurden an niederschlagsfreien und weitgehend windarmen Nächten durchgeführt (vgl. Tabelle 1).

Die Vorkommen und Flugaktivitäten wurden mit Hilfe von Ultraschalldetektoren (Pettersson D240x, Pettersson D200) im Frequenzwahlverfahren erfasst. Soweit möglich erfolgte die Artbestimmung zusätzlich auch durch Sichtbeobachtungen (z. T. unter Einsatz eines lichtstarken Halogen-Handscheinwerfers der Firma Ansmann, Modell ASN 15 HD) und des Flug- und Jagdverhaltens. Im Suchflug sind die Ortungslaute der Fledermäuse meist artspezifisch, so dass die Artzugehörigkeit einzelner Individuen mit einigen Einschränkungen anhand von Ruf und Sichtung zu identifizieren ist (siehe SKIBA 2009). Echoortungs-, Flug- und Jagdverhalten bilden einen funktionalen Komplex und können deshalb nur im Zusammenhang zueinander und zur jeweiligen Flugumgebung interpretiert werden. In geeigneten Situationen wurden auch Aufnahmen von zeitgedehnten Fledermausrufen auf einem digitalen Aufnahmegerät getätigt (Digitalrecorder der Firma Roland, Typ Edirol R-09). Zur Absicherung einzelner Artansprachen wurden ausgewählte Aufnahmen mit Hilfe des Akustik-Analyse-Programms BatSound V.4 der Firma Pettersson computergestützt ausgewertet. Für einige kleinere und mittelgroße Arten aus der Gattung *Myotis* ist eine eindeutige akustische Bestimmung allerdings nur in wenigen Fällen möglich, zumeist nur wenn gleichzeitig Sicht- oder Verhaltensbeobachtungen vorliegen (siehe SKIBA 2009, PFALZER 2007). In der Praxis sollte deshalb die Mehrzahl der aufgezeichneten *Myotis*-Sequenzen unter der Bezeichnung „*Myotis spec.*“ in den Artenlisten geführt werden (PFALZER 2007).

Die ungefähre Lage der Beobachtungen und die mit dem Ultraschalldetektor erfassten Lautkontakte wurden vor Ort in Feldkarten eingetragen. Charakteristische Verhaltensweisen wie z. B. Soziallaute und Jagdverhalten wurden jeweils notiert. Die Jagdaktivität von Fledermäusen lässt sich über die charakteristischen Fangrufe, den so genannten Feeding-Buzzes (siehe z. B. SKIBA 2009, DIETZ et al. 2007), nachweisen. Nach Abschluss der Felduntersuchung können auf diese Weise die räumlichen Befunde hinsichtlich der Abgrenzung von Funktionsräumen, wie z. B. Flugstraßen und Jagdgebiete, interpretiert und in die Auswertung einbezogen werden.

4.2 Brutvögel

Im Zeitraum von März bis Juni 2012 erfolgte eine flächendeckende Revierkartierung von wertgebenden und/oder den Untersuchungsraum charakterisierenden Brutvogelarten. Die angewandte Methodik erfolgte dabei nach den Vorgaben zur Revierkartierung in SÜDBECK et al. (2005). Es wurden insgesamt sieben Begehungen durchgeführt (vgl. Tabelle 2). Zwei Termine erfolgten zur Feststellung von Eulenvorkommen in den Abendstunden.

Für alle Vertreter der nachfolgend aufgeführten, wertgebenden oder charakteristischen Vogelarten wurde eine flächendeckende Revierkartierung durchgeführt:

- Arten der Roten Liste Niedersachsens (KRÜGER & OLTMANNS 2007),
- Arten der Vorwarnliste Niedersachsens (KRÜGER & OLTMANNS 2007),
- Arten der Roten Liste Deutschlands (SÜDBECK et al. 2007),
- Arten der Vorwarnliste Deutschlands (SÜDBECK et al. 2007),
- Streng geschützte Arten gemäß § 7 BNatSchG,
- Arten der EU-Vogelschutzrichtlinie Anh. I (79/409/EWG),
- Ausgewählte für den Raum charakteristische Zeigerarten.

Alle sonstigen Vogelarten wurden halbquantitativ erfasst. Die Abschätzung der Brutpaare erfolgt dabei nach Abundanzklassen (vgl. Tabelle 5, unten).

Die Kartierungen erfolgten vorzugsweise an niederschlagsfreien und windarmen Tagen durch Verhören und visuelle Ansprache im Gelände. Die Untersuchungsfläche wurde so abgelaufen, dass alle Bereiche eingesehen bzw. auf singende Vögel verhört werden konnten. Dabei wurde auf brutvogeltypische Verhaltensweisen geachtet (z. B. Reviergesang, Nestbau und Fütterung), die es erlauben, von einer Reproduktion der kartierten Arten im Untersuchungsgebiet auszugehen. Zum Nachweis von potenziellen Eulenvorkommen wurde eine Klangattrappe eingesetzt (Rufe von Waldkauz, Waldohr-eule und Schleiereule).

Tabelle 2: Erfassung der Brutvögel – Untersuchungstermine im Jahr 2012

Datum	Durchgang Nr.	Zeitraum	Wetter
23.03.	1 (Eulenerfassung)	20.30-21.30 Uhr	sternenklar, Ostwind Stärke 3-4, 9°C
26.03.	1 (Eulenerfassung)	21.00-21.45 Uhr	sternenklar, Nordwestwind Stärke 2-3, 8°C
27.03.	1 (Spechterfassung)	08.30-09.00 Uhr	sonnig, windstill, 5°C
05.04.	2	07.10-09.10 Uhr	bedeckt, Ostwind Stärke 2, 5°C
20.04.	3	06.30-08.30 Uhr	wolkig, windstill, später Südwind St. 1, 8-12°C
15.05.	4	05.25-07.30 Uhr	klar, später zunehmend bewölkt, windstill, 6-12°C
25.05.	5	05.15-07.45 Uhr	sonnig, Ostwind St. 1-2, 10-15°C
05.06.	6 (Eulenerfassung)	22.15-23.35 Uhr	wolkig, windstill, 10°C
15.06.	7	04.40-06.20 Uhr	sonnig, später zunehmend bedeckt, Ostwind, auffrischend 3, 9-14°C

4.3 Amphibien

Die Gewässer wurden auf Amphibienvorkommen durch Sichtuntersuchung, Kescherfang sowie durch nächtliches Verhören und Ableuchten kontrolliert. Die Erfassungen wurden am 21.03.2012 begonnen und endeten am 20.06.2012. Insgesamt erfolgten sechs Begehungen, davon zwei nächtliche. Im Mai (10.05.2012) und Juni (20.06.2012) wurde gezielt nach Amphibienlarven gesucht.

Die Begehrbarkeit der Gewässer im Bereich des Köttersweges war gut. Sowohl die große Senke im Grünland als auch die Grabenaufweitung am Stratjebusch sowie ein einzelnes Kleingewässer im Stratjebusch konnten vollständig untersucht werden.

4.4 Bewertung

Vollständigkeit des Artenspektrums und Habitatqualitäten

Die naturschutzfachliche Einordnung und Bewertung der festgestellten Befunde wird getrennt für jede Tiergruppe (hier: Fledermäuse und Brutvögel) vorgenommen. Dabei wird die Vollständigkeit und Charakteristik des festgestellten Artenspektrums vor dem Hintergrund der naturräumlichen Ausstattung des Untersuchungsraumes und der allgemeinen Bestandssituation diskutiert.

Bewertung nach der Gefährdung gemäß BREUER (1994)

Eine formale Bewertung nach dem Gefährdungspotenzial der festgestellten wertgebenden Arten erfolgt in Anlehnung an die Empfehlungen des NLWKN für die Anwendung der Eingriffsregelung in der Bauleitplanung (BREUER 1994). Dabei wird der Untersuchungsraum oder Teile davon hinsichtlich seiner / ihrer Lebensraumfunktion für die jeweilige Tiergruppe bewertet. Als maßgebliches Kriterium wird der Bewertung das Vorkommen von in Niedersachsen als bestandsbedroht eingestuften Arten zu Grunde gelegt (siehe BREUER 1994). Der Status der Gefährdung wird den einschlägigen, landesweit gültigen Roten Listen entnommen. Für die Fledermäuse wird die vom NLWKN in Vorbereitung befindliche Rote Liste der Fledermäuse (NLWKN in Vorbereitung, siehe z. B. in BUNDESAMT FÜR NATURSCHUTZ 2007) zu Grunde gelegt.

Für die Bewertung wird die folgende dreistufige, ordinale Wertskala angewendet (nach BREUER 1994, modifiziert):

Wertstufe 1 = Funktionsraum von besonderer Bedeutung

Vorkommen von vom Aussterben bedrohter, stark gefährdeter oder größerer Populationen gefährdeter Arten (Rote Liste-Status 1, 2 und 3).

Wertstufe 2 = Funktionsraum von allgemeiner Bedeutung

Vorkommen gefährdeter Arten einschließlich regional oder lokal gefährdeter bzw. zurückgehender Arten (Rote Liste-Status 3 und Vorwarnliste).

Wertstufe 3 = Funktionsraum von geringer Bedeutung

Keine Vorkommen regional oder lokal gefährdeter bzw. zurückgehender Arten.

5.0 ERGEBNISSE

5.1 Fledermäuse

Artenspektrum

Im Erfassungszeitraum von Mai bis September 2012 wurden insgesamt fünf Fledermausarten im Untersuchungsgebiet nachgewiesen (vgl. Tabelle 3).

Das Vorkommen einer weiteren Art aus der Gattung *Myotis* ist nicht auszuschließen, da mehrere unbestimmte Lautkontakte von Vertretern aus dieser Gattung vorliegen. Aus methodischen Gründen ist die zweifelsfreie Bestimmung der Artzugehörigkeit bei Exemplaren aus der Gattung *Myotis* anhand der im Flug abgegebenen Lautsignale häufig nicht möglich (vgl. PFALZER 2007, SKIBA 2009, KOORDINATIONSSTELLEN FÜR FLEDERMAUSSCHUTZ IN BAYERN 2009 bzw. vgl. Kapitel 4.1). Nach der Art der aufgezeichneten Lautäußerungen (trockene, frequenzmodulierte Rufe im Bereich zwischen 80 und 30 kHz mit einer Hauptfrequenz zwischen 40 und 50 kHz) handelt es sich mit hoher Wahrscheinlichkeit um Ortungsrufe von Wasserfledermäusen und / oder Exemplaren der Großen / Kleinen Bartfledermaus. Letztere wurde einmal im Gebiet sicher nachgewiesen.

Alle festgestellten Arten gelten nach der bislang gültigen Roten Liste für Niedersachsen (HECKENROTH 1993) als bestandsbedroht (vgl. Tabelle 3). Legt man die vom NLWKN aktualisierte, aber bisher nicht offizielle Rote Liste für Niedersachsen (NLWKN in Vorb.) zu Grunde, ist die im Gebiet auftretende Zwergfledermaus als ungefährdet einzustufen. Nach der Roten Liste für Deutschland (MEINIG et al. 2009) ist zumindest im Falle der Breitflügelfledermaus von einer bundesweiten Gefährdung auszugehen. Detaillierte Angaben zur Gefährdung, zum Schutzstatus und zum Erhaltungszustand (gemäß europäischer FFH-Richtlinie) der erfassten Fledermausarten sind der Tabelle 3 zu entnehmen.

Häufigkeitsverteilung und Phänologie

In Tabelle 4 werden die Anzahl der Feststellungen, die Detektornachweise und Sichtbeobachtungen umfassen, je Erfassungstermin und Art sowie abschließend die Summe aller Nachweise dargestellt. Die Übersicht erlaubt mit einigen Einschränkungen eine grobe Abschätzung der relativen Häufigkeiten der im Gebiet auftretenden Arten. Während der sieben Erfassungstermine gelangen insgesamt 183 Nachweise, die sich auf mindestens fünf Arten verteilen (vgl. Tabelle 4). Demzufolge zählen Breitflügelfledermaus, Zwergfledermaus und Großer Abendsegler zu den im Untersuchungsgebiet regelmäßig und oft nachgewiesenen Fledermausarten (vgl. Tabelle 4). Mit insgesamt 84 Feststellungen wurde die Zwergfledermaus am häufigsten registriert. Von diesen 84 Nachweisen entfallen allerdings 38 Beobachtungen auf Individuen, die am 12.06.2012 während einer Ausflugkontrolle im Bereich einer offensichtlichen Flugstraße entlang des Köttersweges beim Durchflug gezählt wurden. Die Rauhhautfledermaus wurde vor allem im Hoch- und Spätsommer im Gebiet angetroffen (vgl. Tabelle 4). Die unter „*Myotis* unbestimmt“ aufgeführten Lautkontakte beruhen, mit einer Ausnahme, auf kurzzeitigen Feststellungen von Ortungsrufen, die im Vorbeiflug abgegeben wurden. Vertreter dieser sehr strukturgebunden fliegenden Arten nutzen die im Gebiet verlaufenden Feldhecken offensichtlich unregelmäßig als Leitstrukturen für ihre Transferflüge. Jagdverhalten eines nicht näher bestimmbar Individuums der Gattung *Myotis* wurde nur einmal am Nordrand des Geltungsbereiches zum Bebauungsplan 99 A (vgl. Plan Nr. 1.1) festgestellt.

Tabelle 3: Übersicht der im Untersuchungsraum festgestellten Fledermausarten.

Deutscher Artnamen	Wissenschaftl. Artnamen	RL D	RL Nds	RL Nds (i.V.)	FFH RL	BNat SchG	EHZ ABR
Große / Kleine Bartfledermaus	<i>Myotis brandtii / mystacinus</i>	V/V	2/2	3/D	IV	s	U1/U1
Myotis unbestimmt	<i>Myotis spec.</i>	k.A.	k.A.	k.A.	IV	s	k.A.
Großer Abendsegler	<i>Nyctalus noctula</i>	V	2	3	IV	s	FV
Breitflügelfledermaus	<i>Eptesicus serotinus</i>	G	2	2	IV	s	U1
Zwergfledermaus	<i>Pipistrellus pipistrellus</i>	-	3	-	IV	s	FV
Rauhhaufledermaus	<i>Pipistrellus nathusii</i>	-	2	R	IV	s	FV
<p>Legende:</p> <p>RL D: Gefährdung nach Rote Liste Deutschland (MEINIG et al. 2009)</p> <p>RL Nds: Gefährdung nach Rote Liste Niedersachsen (HECKENROTH 1993)</p> <p>RL Nds (i.V.): Rote Liste Niedersachsen, NLWKN in Vorbereitung</p> <p>Zeichen: 2 = stark gefährdet, 3 = gefährdet, V = Arten der Vorwarnliste, - = ungefährdet, G = Gefährdung unbekannten Ausmaßes, D = Daten defizitär, R = extrem selten oder mit geografischer Restriktion, k. A. = keine Angaben</p> <p>FFH RL: Arten aus Anhang IV oder II der EU-Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie</p> <p>BNatSchG: Schutzstatus nach § 7 Abs. 2 Bundesnaturschutzgesetz</p> <p>Zeichen: s = streng geschützt gemäß § 7 Abs. 2 Nr. 14 BNatSchG</p> <p>EHZ: Erhaltungszustand der Arten nach Anhang II, IV o. V der FFH-Richtlinie gemäß „Nationaler Bericht 2007“ (BUNDESAMT FÜR NATURSCHUTZ 2007)</p> <p>FV = günstig (favourable), U1 = ungünstig - unzureichend</p> <p>ABR: atlantische biogeographische Region</p>							

Tabelle 4: Beobachtungshäufigkeiten einzelner Arten (Detektorkontakte / Sichtbeobachtungen).

Monat	Mai 24./25.	Juni 12./13.	Juni 30.	Juli 04./05.	Juli 16.	Aug. 24.	Sept. 10.	
Art /Datum								Σ
Gr./ Kl. Bartfledermaus	-	-	1	-	-	-	-	1
Myotis unbestimmt	1	3	2	3	3	-	1	13
Großer Abendsegler	3	1	4	7	4	9	10	38
Breitflügelfledermaus	9	9	4	8	1	1	1	33
Zwergfledermaus	4	40	9	6	6	16	3	84
Rauhhaufledermaus	-	2	-	-	3	2	5	12
Pipistrellus unbestimmt	-	-	-	-	-	-	2	2
Σ	17	55	20	24	17	28	22	183

Raumnutzung

Die räumliche Verteilung der Feststellungen ist den Plänen Nr. 1.1 bis Nr. 1.4 zu entnehmen (vgl. Anhang). Hieraus wird ersichtlich, dass Jagd- und Flugaktivitäten in nahezu allen Teilen des untersuchten Geländes festgestellt wurden. Allerdings zeigen die jeweiligen Arten unterschiedliche räumliche Präferenzen. Flugaktivitäten von Großen Abendseglern wurden typischerweise in großer Höhe über dem Offenland beobachtet. Ein offensichtlicher Schwerpunkt der Jagdaktivitäten stellt das Grünland nördlich des Köttersweges dar. Lang anhaltende Jagdaktivitäten (> 1 Minute) wurden insbesondere in den zentralen Bereichen bzw. im Umfeld des Wiesentümpels festgestellt. Auch Breitflügelfledermäuse wurden dort an zwei Terminen über längere Zeit mit Jagdverhalten beobachtet. Die Art trat ansonsten im gesamten Raum unregelmäßig entlang der vorhandenen Gehölzstrukturen oder auch über dem offenen Grünland jagend oder überfliegend auf. Zwergfledermäuse wurden regelmäßig bei der Flugjagd entlang der im Untersuchungsraum liegenden Waldsäume und Feldhecken registriert. Die südlich des Köttersweges liegende Feldhecke wird dabei offensichtlich besonders häufig als Leitstruktur und Jagdstrecke genutzt (vgl. Plan 1.3 im Anhang). Aufgrund ihres Anlockungseffektes für nachtaktive Fluginsekten wurden auch an den Straßenlaternen entlang des Stratje Busches wiederholt Zwergfledermäuse mit lang anhaltenden Jagdaktivitäten beobachtet. Eine ausgeprägte Flugstraße von Zwergfledermäusen ließ sich entlang des Köttersweges nachweisen (vgl. Plan 1.3 im Anhang). Dort wurden während der abendlichen Ausflugkontrolle am 12. Juni insgesamt 38 Exemplare gezählt, die von Osten kommend das Untersuchungsgebiet in einem relativ schmalen Flugkorridor entlang des Köttersweges in Richtung Westen durchflogen. Ein Sommerquartier bzw. eine Wochenstubengesellschaft ist in den östlich des Untersuchungsgebietes liegenden Siedlungsbereichen zu vermuten.

Die im Gebiet liegenden linearen Gehölzbestände und Waldsäume fungieren grundsätzlich als Leitstrukturen bzw. Flugrouten für die überwiegend oder teilweise strukturgebunden fliegenden Arten (Myotis ssp., Zwerg- und Rauhhaufledermaus und Breitflügelfledermaus). Je nach ihrer Ausprägung werden diese Strukturelemente auch als Jagdhabitate genutzt (siehe oben). Das offene und von Feldhecken eingefasste Grünland hat insbesondere im Bereich des flachen Kleingewässers eine hohe Attraktivität als Jagdhabitat für Exemplare der lokalen Populationen von Großem Abendsegler und Breitflügelfledermaus.

Quartierpotenzial und nachgewiesene Fledermausquartiere

Nach der vorliegenden Strukturerfassung weist das Untersuchungsgebiet ein geringes bis mittleres Quartierpotenzial für Baum bewohnende Fledermausarten auf. Die im Plangebiet stockenden Laubgehölze (baumreiche Feldhecken und Einzelbäume) sind punktuell durch Anteile von Altholz gekennzeichnet. Es handelt sich dabei vor allem um ältere Stiel-Eichen (*Quercus robur*). Während einer Tagbegehung wurden insgesamt 14 potenzielle Quartierbäume, die aufgrund ihres hohen Alters oder ihrer besonderen strukturellen Merkmale eine potenzielle Eignung als Quartierstätte für Fledermäuse aufweisen (vgl. Anhang: Plan Nr. 1.4), identifiziert. Im Zuge der nächtlichen Detektor-Erfassungen konnten trotz intensiver Nachsuche keine Quartierstätten in den Gehölzbeständen des Untersuchungsgebietes nachgewiesen werden. Zum besseren Auffinden wurde unter anderem die frühmorgendliche Einflugkontrolle am 30.06. mit zwei Bearbeitern, die das Gebiet parallel kontrollierten, durchgeführt.

Etwas außerhalb des Untersuchungsgebietes besteht allerdings ein Verdacht auf ein von Abendseglern (*Nyctalus noctula*) besetztes Sommerquartier, das anhand von beobachteten abendlichen Abflügen als auch anhand von morgendlichen Einflugbeobachtungen in den Laubholzbeständen des Stratje Busches zu vermuten ist. Eine gezielte Nachsuche während der morgendlichen Schwärmphase blieb jedoch erfolglos.

Desweiteren wurde ein Quartierbaum knapp außerhalb des Untersuchungsgebietes identifiziert (vgl. Anhang: Plan Nr. 1.4). Es handelt sich um eine relativ alte Rotbuche mit einem Bruthöhendurchmesser von ungefähr einem Meter, die am nordwestlichen Rand des Untersuchungsgebietes auf einer randlich des Stratje Busches verlaufenden Wallhecke stockt. Während der Detektor-Begehung am 30.06. konnten an dem Baum geschätzte 15 bis 20 Individuen einer unbestimmten Art der Gattung *Myotis* im Zeitraum von 3.40 Uhr bis 4.00 Uhr beim morgendlichen Schwärmen und dem nachfolgenden Einflug in eine Spechthöhle beobachtet werden. Die Quartieröffnung liegt in ungefähr 7 m Höhe über dem Erdboden und ist in Richtung Südwesten exponiert. Bei der nachfolgenden Ausflugkontrolle am 04.07.2012 wurden zwischen 22.20 Uhr und 22.55 Uhr insgesamt 34 abfliegende Exemplare gezählt. Es handelt sich somit sehr wahrscheinlich um eine verhältnismäßig kopfstärke Wochenstubengesellschaft einer nicht näher bestimmten *Myotis*-Art. Nach den Lautaufzeichnungen, die in ca. 30 m Entfernung vom Quartierbaum während des abendlichen Ausflugs erfolgten, ist auf ein Quartier der Wasserfledermaus (*Myotis daubentonii*) oder der Großen / Kleinen Bartfledermaus (*Myotis brandtii* / *mystacinus*) zu schließen. Da für den untersuchten Raum nur relativ wenige Nachweise von Exemplaren der Gattung *Myotis* erfolgten (vgl. Tabelle 4 und Plan 1.1 im Anhang), liegen die Aktivitätsschwerpunkte dieser lokalen Population sehr wahrscheinlich außerhalb des Untersuchungsgebietes.

Im Nordosten des Untersuchungsraumes wurden während der Augustbegehung intensive Balzaktivitäten einer Zwergfledermaus festgestellt (vgl. Plan 1.4). Das zugehörige Balzquartier ist entweder in den nördlich benachbarten Wohnhäusern oder in einem der angrenzenden Laubbäume zu vermuten.



Abbildung 2: Quartierbaum (Rotbuche) einer unbestimmten Myotis-Art mit Ansicht der Einflugöffnung (siehe Hinweispfeil).

5.2 Brutvögel

Im Erfassungszeitraum von März bis Juni 2012 wurden insgesamt 21 Vogelarten mit Brutverdacht oder Brutnachweis festgestellt (vgl. Tabelle 5), mit den knapp außerhalb des Untersuchungsgebietes nachgewiesenen Arten Gartenrotschwanz und Star 23 Arten. Das Artenspektrum umfasst damit ca. 10 % der rezenten, autochthonen Brutvogelfauna Niedersachsens, die von KRÜGER & OLTMANNS (2007) mit insgesamt 197 Arten angegeben wird. Mit dem Grünspecht sowie dem knapp außerhalb des Untersuchungsgebietes nachgewiesenen Gartenrotschwanz wurden zwei in Niedersachsen gefährdete Vogelarten im Untersuchungsgebiet nachgewiesen, der Grünspecht ist außerdem gemäß Anlage 1 Spalte 3 der Bundesartenschutzverordnung streng geschützt (vgl. Tabelle 5). Des Weiteren werden von den erfassten Brutvögeln der Grauschnäpper, Trauerschnäpper und der Star auf der niedersächsischen Vorwarnliste (KRÜGER & OLTMANNS 2007) geführt (vgl. Tabelle 5). Im Plan Nr. 2 (vgl. Anhang) werden ausschließlich Artvorkommen, die mit Brutverdacht oder Brutnachweis bestätigt wurden, dargestellt.

Der überwiegende Teil der Feststellungen umfasst allgemein verbreitete und häufige Vogelarten. Dabei dominieren vor allem Singvögel, deren Lebensräume im Allgemeinen Gärten, Siedlungen oder Wälder darstellen, wie z. B. Amsel, Rotkehlchen und Mönchsgrasmücke. Insgesamt sind rund 81 % der im Gebiet nachgewiesenen Arten diesen Lebensraumtypen zuzuordnen. Stellvertretend für typische Baumbrüter sind in Plan 2 unter anderem die Brutreviere von Kleiber und Singdrossel, als vorwiegender Heckenbrüter die Heckenbraunelle dargestellt. Typische Brutvögel des Offenlandes sind mit Ausnahme der Dorngrasmücke im Untersuchungsgebiet nicht vertreten. Im Tümpel in der nördlich zentral befindlichen Grünlandfläche brütete erfolgreich ein Stockentenpaar. Ansonsten bietet die in Teilbereichen verhältnismäßig starke Kammerung des Geländes durch Hecken und Gebäude bzw. die relative Kleinteiligkeit des Gebietes aufgrund der Begrenzung durch u. a. im Norden den Siedlungsrand und im Osten den Stratjebusch wahrscheinlich keine geeignete Habitatkulisse für ausgesprochene Offenlandbewohner.

Hervorzuheben sind die Brutvorkommen der in Niedersachsen gefährdeten Arten Grünspecht (1 Brutpaar) und Gartenrotschwanz (2 Brutpaare). Ein Grünspechtpaar brütete höchstwahrscheinlich in der Wallhecke am westlichen Rand des Untersuchungsgebietes (UG), mindestens ein weiteres im Stratjebusch außerhalb des UG. Zwei Gartenrotschwanzpaare brüteten knapp außerhalb des UG, einmal am südlichen Rand in einer angrenzenden Wallhecken, zum anderen auf einem Grundstück südlich des Köttersweges. Weiterhin wurden drei Arten der Vorwarnliste Niedersachsen nachgewiesen (vgl. Tabelle 5). Die Spezies der Vorwarnliste zeichnen sich durch einen merklichen landesweiten Bestandsrückgang aus, so dass bei fortbestehender negativer Bestandsentwicklung in naher Zukunft die Einstufung als „gefährdete“ Art (Rote-Liste-Status 3) anzunehmen ist (siehe KRÜGER & OLTMANNS 2007). Bei den im Gebiet brütenden Arten der Vorwarnliste handelt es sich um jeweils ein Brutpaar des Grauschnäppers und des Trauerschnäppers. Außerdem wurde an das UG grenzend ein Brutpaar des Stars und ein weiteres Paar des Grauschnäppers nachgewiesen. Es handelt sich um Arten, die als (Halb)Höhlen- und/oder Nischenbrüter in altholz- und strukturreichen Feld- und Hofgehölzen oder entsprechenden Waldbeständen brüten.

Mit der nicht zur Darstellung und Bewertung herangezogenen Kategorie „Brutzeitfeststellung“ wurde außerdem die Gartengrasmücke im UG festgestellt, außerdem die Hohltaube am Rand des Stratjebusches außerhalb des UG.

Als nur sporadisch auftretende Nahrungsgäste wurden weiterhin Buntspecht, Elster, Graugans, Nilgans, Rauchschwalbe sowie randlich Mehlschwalbe und Mäusebussard nachgewiesen.

Tabelle 5: Übersicht der im Untersuchungsraum festgestellten Vogelarten

Deutscher Name	Wissenschaftlicher Name	Σ Brutpaare	RL D	RL Nds	RL TW	EU-VS-RL	§ 7 BNatSchG
Amsel	<i>Turdus merula</i>	II	-	-	-	-	§
Blaumeise	<i>Parus caeruleus</i>	II	-	-	-	-	§
Buchfink	<i>Fringilla coelebs</i>	III	-	-	-	-	§
Dorngrasmücke	<i>Sylvia communis</i>	1	-	-	-	-	§
Fitis	<i>Phylloscopus trochilus</i>	II	-	-	-	-	§
Gartenbaumläufer	<i>Certhia brachydactyla</i>	I	-	-	-	-	§
Gartenrotschwanz*	<i>Phoenicurus phoenicurus</i>	2	-	3	3	-	§
Grauschnäpper	<i>Muscicapa striata</i>	1	-	V	V	-	§
Grünspecht	<i>Picus viridis</i>	1	-	3	3	-	§§

Deutscher Name	Wissenschaftlicher Name	Σ Brutpaare	RL D	RL Nds	RL TW	EU-VS-RL	§ 7 BNatSchG
Heckenbraunelle	<i>Prunella modularis</i>	II	-	-	-	-	§
Jagdfasan	<i>Phasianus colchicus</i>	I	-	-	-	-	§
Kleiber	<i>Sitta europaea</i>	2	-	-	-	-	§
Kohlmeise	<i>Parus major</i>	III	-	-	-	-	§
Mönchsgrasmücke	<i>Sylvia atricapilla</i>	III	-	-	-	-	§
Rabenkrähe	<i>Corvus corone</i>	I	-	-	-	-	§
Ringeltaube	<i>Columba palumbus</i>	II	-	-	-	-	§
Rotkehlchen	<i>Erithacus rubecula</i>	II	-	-	-	-	§
Singdrossel	<i>Turdus philomelos</i>	1	-	-	-	-	§
Star*	<i>Sturnus vulgaris</i>	1	-	V	V	-	§
Stockente	<i>Anas platyrhynchos</i>	I	-	-	-	-	§
Trauerschnäpper	<i>Ficedula hypoleuca</i>	1	-	V	V	-	§
Zaunkönig	<i>Troglodytes troglodytes</i>	III	-	-	-	-	§
Zilpzalp	<i>Phylloscopus collybita</i>	IV	-	-	-	-	§
* Nachweis knapp außerhalb des Untersuchungsgebietes							
Legende: Σ Brutpaare: Brutpaarzahl in absoluten Zahlen für ausgewählte Arten und geschätzt nach Abundanzklassen für sonstige Arten (I = 1 BP, II = 2-3 BP, III = 4-7 BP, IV = 8-20 BP), Abundanzklassen nach „ADEBAR“-Vogelmonitoring Deutschland, BZ = einmalige Brutzeitfeststellung RL D: Gefährdung nach Rote Liste Deutschland (SÜDBECK et al. 2007) RL Nds: Gefährdung nach Rote Liste Niedersachsen (KRÜGER & OLTMANNS 2007) RL TW: Gefährdung nach Rote Liste Niedersachsen, Region Tiefland West (KRÜGER & OLTMANNS 2007) Zeichen: 1 = vom Aussterben bedroht, 2 = stark gefährdet, 3 = gefährdet, V = Art der Vorwarnliste, - = ungefährdet EU-VS-RL: Art des Anhangs I der EU-Vogelschutzrichtlinie; - = nein, x = ja § 7 BNatSchG: Schutz nach § 7 des Bundesnaturschutzgesetzes, § = besonders geschützt, §§ = streng geschützt							

5.3 Amphibien

Im Jahr 2012 waren insgesamt drei Amphibienarten nachzuweisen. Neben den beiden Froschlurcharten Grasfrosch und Erdkröte trat als Schwanzlurchart der Bergmolch im Untersuchungsgebiet auf (vgl. Abbildung 3). Alle drei Arten reproduzieren sich im Untersuchungsgebiet. Vom Grasfrosch besteht eine individuenreiche Population. Für die Bestimmung der Bestandsgröße wurde davon ausgegangen, dass ein am Laichgeschehen des jeweiligen Jahres beteiligtes Weibchen einen Eiballen ablegt und das Geschlechterverhältnis in ungefähr ausgeglichen ist. Unter Berücksichtigung nicht laichaktiver Tiere ist als Multiplikator etwa der Faktor 2,5 anzuwenden, um von der Laichballenzahl zur anzunehmenden Menge der laichaktiven Tiere zu gelangen (Fischer 1998). Da insgesamt 95 Laichballen in den Gewässern registriert wurden, wird für das Untersuchungsgebiet eine Populationsgröße von zusammen ca. 240 Individuen errechnet.



Abbildung 3: Bergmolch (*Ichthyosaura* (= *Triturus*) *alpestris*) aus der Grabenaufweitung am Köttersweg (01.04.2012; Foto: Finch)

Amphibienbestand der Senke im Grünland nördlich des Köttersweges

In diesem recht großen, flachen und vegetationsreichen Gewässer (vgl. Abbildung 4) wurde im Jahr 2012 eine individuenreiche Grasfrosch-Population festgestellt. So wurden in der Nacht vom 22.03. auf den 23.03.2012 ca. 70 balzende Grasfrosch-Männchen und ca. 70 Laichballen gezählt (errechnete Bestandsgröße = 175 Individuen). Anfang Mai wurden Kaulquappen des Grasfrosches nachgewiesen, so dass ein Reproduktionsnachweis vorliegt. Offenbar erfüllt diese flache Senke in Verbindung mit den vorhandenen Landlebensräumen die Habitatansprüche dieser in Niedersachsen als nicht gefährdet eingestuften Froschlurchart sehr gut (vgl. z. B. BRINKMANN 1998).

Auch der Bergmolch und die Erdkröte besiedeln dieses Gewässer. Von der Erdkröte liegen Funde zweier Laichschnüre und vom Bergmolch Nachweise von Larven vor. Allerdings sind beide Arten nur mit einer kleinen Population in diesem Gewässer anzutreffen. Wider Erwarten führte das Gewässer bis in den Juni hinein ausreichend Wasser, um eine erfolgreiche Entwicklung der Amphibien sicherzustellen.



Abbildung 4: Senke im Grünland am Köttersweg (20.03.2012; Foto: Finch)

Grabenaufweitung am Stratiebusch

In dieser vegetationsreichen, flachen Grabenaufweitung (vgl. Abbildung 5) sind ebenfalls alle drei nachgewiesenen Amphibienarten anzutreffen. Laich wurde vom Grasfrosch (ca. 25 Ballen; errechnete Bestandsgröße = 63 Individuen) und von der Erdkröte (2 Schnüre) festgestellt. Vom Bergmolch wurden zwei adulte Tiere nachgewiesen. Am 20.06.2012 wurden zahlreiche frisch metamorphosierte Jungfrösche des Grasfrosches erfasst. Auch dieses Gewässer trocknete im Jahr 2012 bis zum Ende des Untersuchungszeitraumes (20.06.2012) nicht aus.



Abbildung 5: Grabenaufweitung am Stratjebusch (20.03.2012; Foto: Finch)

Tümpel im Stratjebusch

Dieses Gewässer ist relativ stark beschattet und weist eine dicke Falllaubsschicht am Gewässergrund auf. Es wurden am 23.03.2012 acht balzende Grasfrosch-Männchen und am 02.04.2012 insgesamt 15 Laichballen des Grasfrosches nachgewiesen (errechnete Bestandsgröße = 38 Individuen). Weitere Amphibienarten ließen sich nicht erfassen.



Abbildung 6: Tümpel im Stratjebusch (13.11.2013, Foto: Kinder)

Tabelle 6: Liste der im Jahr 2012 im Untersuchungsgebiet am Stratjebusch (Gemeinde Rastede) nachgewiesenen Lurche

Lurche [Amphibia]	RL N 1994	RL D 2009	BNat SchG 2009	Senke im Grünland	Graben- aufweitung	Tümpel im Stratje- busch
Erdkröte, <i>Bufo bufo</i>	/	/	b	+	+	
Grasfrosch, <i>Rana tempora- ria</i>	/	/	b	+++	++	++
Bergmolch <i>Ichthyosaura (=</i> <i>Triturus) alpe- stris</i>	3	/	b	+	+	

RL N bzw. RL D: Rote Liste der in Niedersachsen / Bremen bzw. in der Bundesrepublik Deutschland gefährdeten Lurche und Kriechtiere (Angaben nach PODLOUCKY & FISCHER 1994, KÜHNEL et al. 2009), Gefährdungsgrade: 3 = gefährdet, / = nicht gefährdet; BNatSchG: Bundesnaturschutzgesetz (Stand: 2009): b = besonders geschützte Art gemäß § 7 Abs. 2 Nr. 13BNatSchG, s. Text; Häufigkeitsangaben nach FISCHER & PODLOUCKY (1998): +++ = großer Bestand, ++ = mittelgroßer Bestand, + = kleiner Bestand.

Die nachgewiesenen Amphibienarten gelten als besonders geschützte Arten gem. § 1 der Verordnung zum Schutz wild lebender Tier- und Pflanzenarten (= Bundesartenschutzverordnung (BArtSchV)) bzw. gem. § 7 Abs. 2 Nr.13 und 14 BNatSchG.

6.0 BEWERTUNG DER BEFUNDE

6.1 Fledermäuse

Systematische Untersuchungen zur lokalen Fledermausfauna liegen aus umliegenden Regionen bislang für das Gebiet der Stadt Oldenburg vor (BRUX et al. 1998, SCHRÖDER & WALTER 2002). Es handelt sich um einen dem Untersuchungsgebiet nahe gelegenen Raum, so dass die oben genannten Untersuchungen für eine vergleichende Einschätzung und Bewertung mit herangezogen werden. Demzufolge ist im Oldenburger Großraum mit dem Vorkommen von bis zu zehn Fledermausarten zu rechnen (vgl. SCHRÖDER & WALTER 2002). Im Untersuchungsgebiet konnten insgesamt fünf Arten sicher nachgewiesen werden. Dieses entspricht im Wesentlichen dem für diesen Raum zu erwartenden Artenspektrum und etwa 50 % der nach SCHRÖDER & WALTER (2002) theoretisch möglichen Artenzahl. Auf Grundlage dieser vergleichenden Betrachtung ist das Untersuchungsgebiet inklusive des Geltungsbereiches zum Bebauungsplan Nr. 99 A als ein durchschnittlich artenreicher Fledermauslebensraum einzustufen.

Nachweisliche oder zu vermutende Quartiere liegen, wenn auch knapp, außerhalb des Untersuchungsgebietes (siehe Kapitel 5.1 und Plan 1.4). So fungiert eine Rotbuche, die auf der Wallhecke im Stratjebusch stockt als Quartierbaum einer Myotis-Art. Zusätzlich besteht ein Quartierverdacht eines Großen Abendseglers im östlich angrenzenden Stratjebusch.

Hinsichtlich der im Untersuchungsraum stockenden Laubgehölze bzw. der eher geringen Anzahl an geeigneten Quartierbäumen ist von einem geringen bis mittleren Quartierpotenzial für Baum bewohnende Fledermausarten auszugehen.

Hervorzuheben ist die Bedeutung großer Teile des Plangebietes als ein vergleichsweise häufig genutztes Jagdgebiet für die Arten Großer Abendsegler, Breitflügelfledermaus und Zwergfledermaus. Ein Grund hierfür liegt in der für diese Fledermausarten günstigen Strukturvielfalt aus alten, hoch gewachsenen Feldhecken, Waldsäumen und in die Gehölzstrukturen eingebetteten Grünlandflächen. Diese windberuhigten Zonen stellen für eine Vielzahl an nachtaktiven Beuteinsekten günstige Aufenthaltsbereiche dar. Sie fungieren deshalb für die lokalen Fledermauspopulationen als attraktive und deshalb häufig genutzte Jagd- und Flugkorridore. Insofern kommt dem Untersuchungsraum eine hohe Bedeutung als Nahrungshabitat für mindestens drei im Gebiet auftretende Fledermausarten zu (siehe oben). Im weiteren räumlichen Zusammenhang ist mit dem angrenzenden Laubwald (Stratjebusch) und der im Umfeld bestehenden Heckenlandschaft der für einheimische Fledermausarten wichtige Habitatverbund aus attraktiven Jagdhabitaten und nahe liegenden Quartierstätten (inklusive der Siedlungsbereiche) erfüllt.

Im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 99 A fungiert die dort verlaufende Wallhecke als ein offensichtlich essenzielles Jagdhabitat für Exemplare einer lokalen Population der Zwergfledermaus.

Bewertung nach der Gefährdung gemäß BREUER (1994)

Gemäß dem Bewertungsverfahren nach BREUER (1994) ist das Untersuchungsgebiet hinsichtlich des Schutzgutes Fledermäuse als ein Funktionsraum von besonderer Be-

deutung einzustufen. Maßgeblich hierfür sind die Vorkommen von in Niedersachsen oder Deutschland aktuell als gefährdet eingestuften Fledermausarten. Größere Teile des Untersuchungsgebietes haben zumindest für zwei im Bestand bedrohte Arten (Breitflügelfledermaus und Großer Abendsegler) eine nachgewiesene Funktion als häufig frequentiertes Jagdgebiet. Es ist daher anzunehmen, dass das Untersuchungsgebiet für die lokalen Populationen ein essenzielles Teilhabitat darstellt. Eine ähnliche Bedeutung ist auch für die Zwergfledermaus aufgrund der verhältnismäßig zahlreichen Nachweise von Jagdverhalten anzunehmen.

6.2 Brutvögel

Habitatqualitäten und Vollständigkeit des Artenspektrums

Im Untersuchungsgebiet wurden 23 Vogelarten, die im Jahr 2012 im Gebiet bzw. an seinem unmittelbaren Rand brüteten, nachgewiesen. Das festgestellte Artenspektrum der gehölzbetonten Bereiche entspricht weitgehend den Erwartungswerten für einen vergleichbar strukturierten Raum der halb offenen Kulturlandschaft. Dagegen sind typische Arten des Offenlands, wie z. B. Rebhuhn (*Perdix perdix*) und Feldlerche (*Alauda arvensis*), oder Vertreter der strukturreichen Halboffenlandschaft wie Feldsperling (*Passer montanus*), Mehlschwalbe (*Delichon urbicum*) und Rauchschwalbe (*Hirundo rustica*) im Untersuchungsgebiet als Brutvögel nicht vertreten. Es handelt sich dabei zumeist um vormals häufige Allerwärtsarten, die aufgrund der Intensivierung der Landnutzung und der Ausräumung der Landschaft bundesweit rückläufige Bestandszahlen aufweisen (siehe z. B. HÖTKER 2004, LINGENHÖHL 2010). Das Untersuchungsgebiet weist für diese Arten weniger gute Habitatbedingungen auf, da lediglich eine mehr oder weniger intensive Mahd-, aber keine Weidenutzung stattfindet. Traditionelles und in Brutplatznähe liegendes Weidegrünland fungiert aber unter anderem für Rauchschwalben, Mehlschwalben, Stare und Feldsperlinge als bedeutendes Nahrungshabitat während der Brutzeit, da dieses insektenreicher ist. Nahrungssuchende Rauch- und Mehlschwalben wurden lediglich jeweils einmal im Norden des Untersuchungsgebietes bzw. am äußersten nördlichen Rand des UG beobachtet.

Bewertung nach der Gefährdung gemäß Breuer (1994)

Nach formalen Kriterien (in Anlehnung an BREUER 1994, siehe Kap. 4.4) ist dem Untersuchungsgebiet hinsichtlich der Avifauna eine allgemeine Bedeutung zuzuweisen. Maßgeblich für diese Einstufung sind die Brutvorkommen von zwei in Niedersachsen gefährdeten Arten (Grünspecht und Gartenrotschwanz) sowie der Nachweis von zwei in Niedersachsen auf der Vorwarnliste geführten Vogelarten (Grauschnäpper und Trauerschnäpper). Für die lokalen Populationen dieser Arten stellt der im Untersuchungsraum realisierte Habitatverbund aus geeigneten Brutplätzen (Gehölzbestände bzw. Gebäude mit Nistmöglichkeiten) und den nahe gelegenen Nahrungsflächen (Gehölzbestände, größere (Hof-)Grundstücke, Grünland) ein essenzielles Fortpflanzungshabitat dar.

6.3 Amphibien

Entsprechend FISCHER & PODLOUCKY (1998) wird dem Amphibienvorkommen im Bereich des Köttersweges die Wertstufe „Vorkommen mit Bedeutung für den Naturschutz“ (= niedrigste Wertstufe für Gebiete mit Amphibienvorkommen) zugewiesen. Bewertungsparameter sind dabei die kleinen Bestände der Erdkröte und des als gefährdet eingestuften Bergmolches sowie der große Bestand des Grasfrosches.

Insgesamt hat auf Gemeindeebene das unmittelbar am Siedlungsrand gelegene Gebiet eine mittlere Bedeutung für diese Artengruppe, u. a. weil der gefährdete Bergmolch auftritt (Bewertungskriterien nach BRINKMANN 1998). Diese Einstufung ist abge-

sehen vom Vorkommen des Bergmolches auch in der strukturell guten Ausbildung der drei Teillebensräume (1) Laichhabitat (= vorhandene Kleingewässer), (2) Sommerlebensraum (Waldflächen und Grünland-Hecken-Areale) und (3) Überwinterungshabitat (Waldflächen) begründet, die zudem in enger räumlicher Verzahnung liegen und somit gut durch die saisonalen Wanderungen der Amphibien erreichbar sind.

7.0 WIRKUNGEN DES VORHABENS IM GELTUNGSBEREICH DES BEBAUUNGSPLANES NR 99 A

Grundlage der nachfolgenden Betrachtungen sind die Festsetzungen des vorliegenden Bebauungsplanes Nr. 99 A „Wohngebiet Am Stratjebusch“, welcher die nördliche Hälfte des UG umfasst.

7.1 Anlagebedingte Wirkfaktoren

Durch das geplante allgemeine Wohngebiet werden zum einen als Grünland genutzte bzw. als Grünlandbrache vorliegende Offenlandbereiche in Anspruch genommen. Dieses bedeutet einen direkten und dauerhaften Verlust von Nahrungsflächen und Quartieren für einige Vogel-, Amphibien- und Fledermausarten.

Weiterhin werden im Nordosten des Geltungsbereiches eine Ruderalfläche mit einigen dort vorhandenen verschiedenen Gehölzen überplant, außerdem im Westen des Geltungsbereiches zwei Gebüsche sowie ein Ziergebüsch mit überwiegend einheimischen Arten und ein kurzer Wallheckenabschnitt. Durch den weiteren Straßenausbau in Richtung Köttersweg werden ebenfalls Gehölzstrukturen in Form von Einzelbäumen sowie Rhododendren Büsche und ein naturnahes Kleingewässer (Grabenaufweitung am Stratjebusch) überplant.

Mit diesen Maßnahme ist lokal der Verlust von Brutstätten einheimischer Vogelarten sowie im Falle des überplanten Kleingewässers der Verlust eines Laichgewässers für Amphibien zu prognostizieren.

7.2 Bau - und betriebsbedingte Wirkfaktoren

Während der Bauzeit werden im direkten Bauumfeld durch Baumaschinen und Baufahrzeuge ausgelöste visuelle Effekte und Lärmemissionen auftreten. Diese können für einzelne Fledermaus- und Vogelarten unter Umständen störend wirken. Daher ist im direkten Umfeld der Baumaßnahmen mit vorübergehenden Scheueffekten zu rechnen. Säugetiere können z. B. empfindlich auf Störungen durch Lärm reagieren (RECK et al. 2001). Im Extremfall kann eine baubedingte Verlärmung zur Verdrängung besonders störungsempfindlicher Arten führen. Eine erhöhte Störungsempfindlichkeit ist bei Arten mit weitem Hörspektrum, wie etwa den Fledermäusen, die Geräusche bis über 40 kHz wahrnehmen können, anzunehmen. Weiterhin ist anzunehmen, dass u. a. der Verkehr auf der Straße „Am Stratjebusch“ geringfügig zunehmen wird, welcher zu erhöhten Lärm- und Lichtemissionen sowie sonstigen visuellen Effekten führen könnte.

8.0 DARLEGUNG DER BETROFFENHEITEN IM GELTUNGSBEREICH DES BEBAUUNGSPLANES NR. 99 A

8.1 Eingriffe im Sinne des § 14 BNatSchG

Nachfolgend werden für die untersuchten Faunengruppen Hinweise und Einschätzungen zu den erwartbaren Eingriffen im Sinne des § 14 BNatSchG gegeben. Der Aus-

gleich bzw. die Kompensation der verloren gehenden Funktionen ist gemäß § 1a BauGB in der Abwägung nach § 1 Abs. 7 BauGB zu berücksichtigen.

8.1.1 Fledermäuse

Mit den geplanten Baumaßnahmen ist eine Inanspruchnahme von essenziellen Habitaten verbunden. Im vorliegenden Fall handelt es sich um als Jagdgebiete genutzte Grünlandflächen, die insbesondere von Individuen der Arten Großer Abendsegler, Breitflügelfledermaus und Zwergfledermaus zur Nahrungsjagd häufig bis regelmäßig frequentiert werden. Die maßgeblichen Strukturen werden weitgehend überbaut. Im Süden des Plangebietes soll nach den Festsetzungen des vorliegenden Bebauungsplanes Nr. 99 A u. a. ein Regenrückhaltebecken angelegt werden. Durch die Anlage des Regenrückhaltebeckens werden die Eingriffe in dem betreffenden Bereich durch die Schaffung eines Gewässers, das ein für Fledermäuse gleichwertiges Jagdhabitat darstellt, an Ort und Stelle kompensiert. Demgegenüber sind die Eingriffe in den übrigen, aktuell vorwiegend als Grünland genutzten Bereichen bezüglich des Schutzgutes Fledermäuse als erheblich einzustufen. Zu möglichen Kompensationsmaßnahmen siehe Kapitel 10.

8.1.2 Brutvögel

Die Bauleitplanung sieht nach den Festsetzungen im Bebauungsplan Nr. 99 A die Inanspruchnahme von Intensivgrünland, einer Grünlandbrache, einer Ruderalfläche sowie unterschiedlicher Gehölze, Gebüsche und eines Wallheckenabschnittes vor.

Die betroffenen Strukturen haben eine nachgewiesene Funktion als Brutstätte für in Niedersachsen beheimatete Vogelarten wie den Fitis (2 Brutpaare), die Amsel, den Buchfink und den Zaunkönig (je ein Brutpaar) deren Brutplätze mit Ausnahme des Zaunkönigs direkt überplant werden, sowie je einem Brutpaar der Dorngrasmücke und des Jagdfasans, welche aufgrund ihres Anspruchs an einen (Halb-)Offenlandlebensraum im realisierten Wohngebiet keinen Lebensraum mehr finden werden. Alle genannten Arten sind weit verbreitet und nicht gefährdet. Die Arten Fitis, Dorngrasmücke und Jagdfasan können, zumindest in den ersten Jahren, auf den vorgesehenen Maßnahmenflächen (Gehölzpflanzungen um Tümpel und Regenrückhaltebecken) einen Ersatzlebensraum vorfinden. Die übrigen gehölzbrütenden Arten wie Amsel und Buchfink können in den neuen Hausgärten weiterhin geeignete Habitate finden.

Die in den Wallhecken des Geltungsbereiches bzw. am Rand des Geltungsbereiches brütenden Arten Zilpzalp, Rotkehlchen, Buchfink, Mönchsgrasmücke, Kohlmeise, Blaumeise, Ringeltaube, Gartenbaumläufer, Singdrossel und Trauerschnäpper sind als überwiegend Gehölz bewohnende Arten wahrscheinlich nicht erheblich betroffen, da die Gehölzstrukturen in diesen Bereichen grundsätzlich erhalten bleiben und auch auf den neuen Baugrundstücken z. T. neuer für diese Arten geeigneter Lebensraum entsteht.

Für den außerhalb des Plangebietes am Waldrand bzw. auf einem Hausgrundstück in insgesamt mehreren Paaren brütenden Star, der seine Nahrung überwiegend im Offenland sucht, stellt das Grünland ein Nahrungshabitat während seiner Brutzeit dar. Allerdings sind südöstlich des Geltungsbereiches noch Grünländereien vorhanden sowie im Westen jenseits der Autobahn A 29, in die die Art ausweichen kann. Aus diesem Grund ist von keiner erheblichen Beeinträchtigung des Stares auszugehen.

Weiterhin ist nicht auszuschließen, dass der in mindestens zwei Paaren am Rand des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes Nr. 99 A bzw. in der Nähe des Plangebietes brütende gefährdete und streng geschützte Grünspecht die Wallhecken und das Grün-

land zur Nahrungssuche nutzt, da er sich hauptsächlich von Ameisen ernährt, die er an Böschungen, Wegen und kurzrasigen Flächen vorwiegend am Boden erbeutet, aber z. B. auch von Bäumen abliest. Im Winterhalbjahr werden u. a. gezielt die unter der Erde liegenden Ameisennester aufgehackt. Sehr selten werden andere Insekten, Käfer, Regenwürmer, Schnecken, Obst oder Beeren gefressen. Eine erhebliche Beeinträchtigung von Nahrungshabitaten des Grünspechtes ist demnach nicht auszuschließen, wird aber durch die vorgesehenen Ausgleichsmaßnahmen auf den Maßnahmenflächen am Rand des Plangebietes zum Teil kompensiert. Außerdem ist zu erwarten, dass auf den neuen Baugrundstücken neuer geeigneter Lebensraum durch die Anlage von meist z. T. auch extensiver genutzten Scherrasen in den Hausgärten entsteht. Zusammenfassend werden somit für den Grünspecht keine erheblichen Beeinträchtigungen erwartet.

8.1.3 Amphibien

Für die Populationen der Amphibien des Wiesentümpels sind keine erheblichen Beeinträchtigungen zu erwarten, da der Wiesentümpel erhalten bleibt. Außerdem werden den Tümpel umgebende Bereiche als naturnahe Bereiche (Ruderalstrukturen, Baum-Strauchhecken) entwickelt, die den Amphibien langfristig und im Gegensatz zu heute (aufgrund der intensiven Grünlandnutzung) auch als Sommerlebensraum dienen können. Weiterhin wird in diesem Bereich ein naturnahes Regenrückhaltebecken und ein weiteres naturnahes Kleingewässer angelegt, welche bei entsprechender Ausgestaltung den festgestellten Amphibienarten als weitere Laichgewässer dienen können. Ferner sind weitere Gehölzanpflanzungen in Form von Baum-Strauchhecken vorgesehen. Die eventuell teilweise als Sommerlebensraum dienenden Wallhecken bleiben erhalten, so dass unter Zugrundelegung der o. g. Maßnahmen keine erheblichen Beeinträchtigungen zu erwarten sind.

8.1.4 Fazit

Im Sinne des § 14 BNatSchG ist die Überbauung und Überplanung des vorhandenen Grünlands, einer Grünlandbrache, einer Ruderalfläche und eines naturnahen Kleingewässers am Stratjebusch sowie die geplante Beseitigung von Gehölzbeständen aufgrund der zu erwartenden Beeinträchtigungen der lokalen Populationen einzelner Fledermausarten und der Sommerlebensräume der Amphibien bzw. der Verlust eines Laichgewässers als ein erheblicher Eingriff in das Schutzgut Fauna zu werten. Die vorgesehene Bebauung / Nutzungsänderung ist für die Brutvögel nicht als ein erheblicher Eingriff zu werten. Grundsätzlich hat die im Geltungsbereich geplante Anlage eines naturnah gestalteten Regenrückhaltebeckens / Kleingewässers und extensiv zu nutzenden Randbereichen sowie die Pflanzung von Bäumen und Sträuchern auch positive Auswirkungen auf das Schutzgut Fauna. Beispielsweise ist mit der Ausbreitung bzw. Besiedelung des Regenrückhaltebeckens bzw. des separaten Kleingewässers mit Amphibien zu rechnen, die umliegenden Flächen und die zu bepflanzenden Randbereiche können als Sommerlebensraum dienen. Erhebliche Beeinträchtigungen sind in diesem Bereich nicht zu erwarten. Sofern die zukünftigen Ufer- und sonstigen Randbereiche (ohne Wasserfläche) auch tatsächlich naturnah gestaltet werden, können diese als ein anteiliger Ausgleich für die im übrigen Plangebiet entstehenden erheblichen Beeinträchtigungen des Schutzgutes Fauna (Fledermäuse) herangezogen werden. Für die Amphibien verbleiben unter Zugrundelegung o. g. Maßnahmen keine erheblichen Beeinträchtigungen.

8.2 Artenschutzrechtliche Verbotstatbestände nach § 44 BNatSchG

8.2.1 Fledermäuse

Prüfung des Zugriffsverbots (§ 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG)

Aufgrund der Lebensweise der Fledermäuse und ihrer vorwiegend abendlichen bzw. nächtlichen Aktivität können direkte Tötungen durch das geplante Vorhaben ausgeschlossen werden. Etwaige schädliche Wirkungen sind mit der Realisierung des Bauvorhabens weder bau- noch anlage- und betriebsbedingt zu erwarten. **Der Verbotstatbestand nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG ist auszuschließen.**

Prüfung des Schädigungsverbots (§ 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG)

Im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 99 A wurden trotz intensiver Nachsuche keine aktuell genutzten Fortpflanzungs- und / oder Ruhestätten von Fledermäusen gefunden (vgl. Kapitel. 5.1). Die im Plangebiet liegenden Gehölze weisen mehrheitlich keine für einheimische Fledermausarten geeigneten Quartiermöglichkeiten wie Baumhöhlen und -spalten auf. Das im Stratjebusch festgestellte Sommerquartier einer unbestimmten Myotis-Art liegt außerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes Nr. 99 A und wird nicht von dem geplanten Bauvorhaben berührt. Im Rahmen der Begutachtung der im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 99 A vorkommenden Gehölzstrukturen wurden lediglich sechs Laubbäume gefunden, die eine potenzielle Eignung als ein Sommer- und /oder Zwischenquartier aufweisen. Im Rahmen der vorliegenden Bauleitplanung werden voraussichtlich zwei Potenzialbäume beseitigt. Um baubedingte direkte Tötungen von Fledermäusen in jedem Fall ausschließen zu können, werden notwendige Baumfällarbeiten ausschließlich in den Wintermonaten (November bis Februar), also zur Zeit der Winterruhe, durchgeführt (Vermeidungsmaßnahme). **Unter Beachtung der oben genannten Bauzeitenregelung ist das Schädigungsverbot nach § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG nicht einschlägig.**

Prüfung des Störungsverbots (§ 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG)

Ein Verbotstatbestand liegt im Sinne des § 44 (1) Nr. 2 BNatSchG vor, wenn es zu einer erheblichen Störung der Art kommt. Diese tritt dann ein, wenn sich der Erhaltungszustand der lokalen Population der jeweiligen Art verschlechtert. Die lokale Population kann definiert werden als (Teil-)Habitate und Aktivitätsbereiche von Individuen einer Art, die in einem für die Lebensraumsansprüche der Art ausreichend räumlich-funktionalen Zusammenhang stehen. Der Erhaltungszustand der Population kann sich verschlechtern, wenn aufgrund der Störung einzelne Tiere durch den verursachten Stress so geschwächt werden, dass sie sich nicht mehr vermehren können (Verringerung der Geburtenrate) oder sterben (Erhöhung der Mortalität). Weiterhin käme es zu einer Verschlechterung des Erhaltungszustandes, wenn die Nachkommen aufgrund einer Störung nicht weiter versorgt werden können.

Störungen durch baubedingte Lärmemissionen (Baumaschinen und Baufahrzeuge) sind in Teilbereichen des Plangebietes grundsätzlich denkbar. Erhebliche Störungen durch eine entsprechende Verlärmung sind im vorliegenden Fall jedoch nicht zu erwarten, da die Bautätigkeit in der Regel auf wenige Monate beschränkt ist. Zudem wird die Bautätigkeit vorwiegend während der Tagesstunden stattfinden. Eine Beeinträchtigung der nächtlichen Aktivität der ansässigen Fledermäuse durch visuelle Lichtreize (Baufahrzeuge, Baustellenbeleuchtung, etc.) ist daher nicht anzunehmen. Ein hierdurch ausgelöster langfristiger Verlust von Quartieren ist unwahrscheinlich. **Der Verbotstatbestand nach § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG ist daher nicht einschlägig.**

8.2.2 Brutvögel

Prüfung des Zugriffsverbots (§ 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG)

Hinsichtlich der Überprüfung des Zugriffsverbotes gem. § 44 (1) Nr. 1 BNatSchG ist für sämtliche vorkommenden Vogelarten zu konstatieren, dass es nicht zu baubedingten Tötungen kommen wird. Es werden durch die Vermeidungsmaßnahme der Baufeldfreimachung und der Entnahme der Gehölze außerhalb der Brutzeit der Arten baubedingte Tötungen von Individuen der Arten oder ihrer Entwicklungsformen vermieden. Mögliche Tötungen von Individuen durch betriebsbedingte Kollisionen mit Fahrzeugen oder mit Gebäuden gehen nicht über das allgemeine Lebensrisiko hinaus und stellen daher keinen Verbotstatbestand dar.

Bei dem Untersuchungsraum handelt es sich um eine standort- und strukturtypische Nutzung ohne erhöhte punktuelle oder flächige Nutzungshäufigkeit von bestimmten Vogelarten. Den Bereich queren keine traditionellen Flugrouten bzw. besonders stark frequentierte Jagdgebiete von Vögeln, so dass eine signifikante Erhöhung von Kollisionen und einer damit verbundenen Mortalität (Sterberate) auszuschließen ist.

Es bleibt festzuhalten, dass der Verbotstatbestand gem. § 44 (1) Nr. 1 BNatSchG demzufolge nicht erfüllt wird.

Prüfung des Schädigungsverbots (§ 44 Abs. 1, Nr. 3 i. V. m Abs. 5 BNatSchG)

Im Geltungsbereich bzw. am Rand des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes Nr. 99 A befinden sich drei Brutpaare des Zilpzalps, je zwei von Fitis und Buchfink sowie je eines von Amsel, Zaunkönig, Stockente, Dorngrasmücke, Jagdfasan, Rotkehlchen, Mönchsgrasmücke, Kohlmeise, Blaumeise, Ringeltaube, Gartenbaumläufer, Singdrossel und Trauerschnäpper.

Hiervon sind allerdings nur die Brutstätten von Amsel und Buchfink (je 1 BP) sowie vom Fitis (2 BP) durch im Rahmen der Umsetzung der Planung entfernten Gehölze betroffen. Dadurch kommt es zu einem Verlust von potenziellen Fortpflanzungsstätten. Die durch das Vorhaben betroffenen Arten nutzen aber jedes Jahr eine andere Fortpflanzungsstätte, d. h. sie bauen jedes Jahr ein neues Nest in einem dafür geeigneten Baum/Strauch bzw. auf dem Boden. Es handelt sich daher um temporäre Fortpflanzungsstätten, die außerhalb der Brutzeit nicht als solche bestehen. Eine Entfernung der Gehölze bzw. eine Baufeldfreimachung außerhalb der Brutzeit bedingt daher keinen Verbotstatbestand. Insgesamt bleibt die ökologische Funktionalität der betroffenen Fortpflanzungsstätten daher im räumlichen Zusammenhang gewahrt.

Das Plangebiet mit seinen Strukturen wird jedoch auch von den Vögeln in verschiedenen Situationen als Ruhestätten im weitesten Sinne, wie u. a. als Ansitzwarte genutzt, so dass u. a. bei der Entfernung der Gehölze Ruhestätten beschädigt oder zerstört und ggf. sogar Individuen getötet oder beschädigt werden könnten. Die nach der EU-Kommission definierte Begrifflichkeit der Ruhestätte als Ort, der für ruhende bzw. nicht aktive Einzeltiere oder Tiergruppen zwingend erforderlich ist, u. a. für die Thermoregulation, der Rast, dem Schlaf oder der Erholung, wurde erweitert, so dass eine strengere Prüfung für Ruhestätten erfolgt.

Gemäß § 44 (5) BNatSchG liegt ein Verbot der Entfernung/Beschädigung von Fortpflanzungs-/Ruhestätten bzw. der Tötung/Beschädigung von Individuen in Verbindung mit der Entfernung/Beschädigung von Fortpflanzungs-/Ruhestätten nicht vor, wenn es sich um einen nach § 15 BNatSchG zulässigen Eingriff handelt und die ökologische Funktion der von dem Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt bleibt.

Die ökologische Funktion für Fortpflanzungs- und Ruhestätten von gehölzbrütenden Arten im räumlichen Zusammenhang bleibt auch nach der Umsetzung der vorliegenden Planung erhalten. Die Tiere sind in der Lage, bei Entfernung bspw. eines Gehölzes, das als Ansitzwarte dient, auf umliegende Gehölze auszuweichen. Im Süden und Westen des Plangebietes schließen sich weitläufige Offenlandbereiche mit entsprechenden gleichartigen Gehölzstrukturen an das Plangebiet an. Außerdem sind im Süden des Geltungsbereiches Maßnahmenflächen vorgesehen, wo ein naturnahes Regenrückhaltebecken und Gehölzanpflanzungen angelegt werden sollen. Weiterhin ist zu erwarten, dass in den zukünftigen Hausgärten mittelfristig geeignete Habitate für u. a. Amsel und Buchfink entstehen werden. Der Erhalt der ökologischen Funktion im räumlichen Zusammenhang ist daher gegeben.

Der Verbotstatbestand gem. § 44 (1) Nr. 1 und 3 BNatSchG wird in Verbindung mit § 44 (5) BNatSchG demzufolge nicht erfüllt.

Prüfung des Störungsverbots (§ 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG)

Die Störung von Vögeln durch bau- oder betriebsbedingten Lärm und/oder andere Immissionen in für die Tiere sensiblen Zeiten kann nicht gänzlich ausgeschlossen werden, da Gehölzstrukturen am Rand des Plangebietes, die potenzielle zukünftige Lebensstätten sind, im Plangebiet bzw. in dessen näherer Umgebung verbleiben und genutzt werden können; außerdem werden am südlichen Rand des Plangebietes u. a. Gehölzstrukturen neu angelegt.

Das Störungsverbot nach § 44 (1) Nr. 2 BNatSchG während der sensiblen Zeiten der Vögel stellt nur in dem Fall einen Verbotstatbestand dar, in dem eine erhebliche Störung verursacht wird. Eine Erheblichkeit ist gemäß Bundesnaturschutzgesetz gegeben, wenn durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population verschlechtert wird. In Bezug auf das Störungsverbot während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderzeiten lassen sich bau- und betriebsbedingte Störungen in Form von bspw. Lärmimmissionen nicht ganzjährig vermeiden. Störungen während sensibler Zeiten sind daher möglich, werden allerdings im Folgenden differenzierter betrachtet.

Es ist davon auszugehen, dass Störungen während der Mauserzeit nicht zu einer Verschlechterung des Erhaltungszustandes der lokalen Populationen der erfassten Arten führen. Dies hängt damit zusammen, dass es nur zu einer Verschlechterung käme, wenn das Individuum während der Mauserzeit durch die Störung zu Tode käme und es so eine Erhöhung der Mortalität in der Population gäbe. Dies ist aufgrund der Art des Vorhabens auszuschließen, da bei einer Störsituation die betreffende Vogelart sich entfernen könnte. Es handelt sich ferner nicht um einen traditionellen Mauserplatz einer Art.

Weiterhin sind erhebliche Störungen während Überwinterungs- und Wanderzeiten auszuschließen. Arten, die während des Winters innerhalb des Plangebietes oder in dessen Umgebung vorkommen, könnten durch Verkehrslärm, Lichtemissionen und/oder visuelle Effekte in dieser Zeit aufgeschreckt werden. Damit diese Störung zu einer Verschlechterung des Erhaltungszustandes der Population führt, müsste dieses Individuum direkt oder indirekt durch das Aufscheuchen zu Tode kommen bzw. so geschwächt werden, dass es sich in der Folgezeit nicht mehr reproduzieren kann. Dies ist aufgrund der Art des Vorhabens unwahrscheinlich. Vögel sind in der Regel an Siedlungslärm, Lichtemissionen und visuelle Effekte gewöhnt und suchen ihre individuellen

Sicherheitsabstände auf, so dass es zu keinen ungewöhnlichen Scheueffekten für die Arten kommt, die Individuen schwächen oder töten könnten.

Alle betroffenen Arten sind in der Lage, jede Brutperiode einen neuen Brutplatz zu besetzen, so dass ein Ausweichen möglich ist, zumal in der unmittelbaren Umgebung gleichwertige Strukturen vorhanden sind. Horstbewohner wie bspw. zahlreiche Greifvogelarten, die einen bestimmten Nistplatz langjährig nutzen und weniger Ausweichmöglichkeiten haben, sind im Plangebiet und der näheren Umgebung nicht vorhanden.

Baubedingte Störungen während der Fortpflanzungs- und Aufzuchtzeit werden durch die Baufeldfreimachung außerhalb der Brutzeit ausgeschlossen.

Es bleibt festzuhalten, dass der Verbotstatbestand gem. § 44 (1) Nr. 2 BNatSchG demzufolge nicht erfüllt wird.

8.2.3 Amphibien

Eine Betrachtung des besonderen Artenschutzes für die Amphibienfauna ist nicht erforderlich, da im Untersuchungsraum keine nach Anhang IV FFH-RL streng geschützte Art vorkommt. Nichtsdestotrotz ist im Sinne des § 44 (1) Nr. 1 BNatSchG bei der Realisierung des Bauvorhabens darauf zu achten, dass die lokale Amphibien-Population erhalten bleibt und eine mit dem Vorhaben evtl. verbundene Erhöhung von unbeabsichtigten Tötungen weitgehend auszuschließen sind. Eine erhebliche Beeinträchtigung während der Laichplatzwanderung im Frühjahr während der Bauzeit wird durch die Maßnahme der Baufeldfreimachung außerhalb der Brutzeit der Vögel vermieden, welche gleichzeitig auch die Amphibienwanderzeiträume einschließt.

9.0 VERMEIDUNG UND VERMINDERUNG VON BEEINTRÄCHTIGUNGEN

Zur Vermeidung und Verminderung von Beeinträchtigungen sind die nachfolgend aufgeführten Maßnahmen einzubeziehen:

- Vollständiger Erhalt des gesetzlich geschützten Biotops (Wiesentümpel).
- Baumfäll- und Rodungsarbeiten sind außerhalb der Reproduktionszeiten von Brutvögeln und Fledermäusen durchzuführen, also nur während der Wintermonate im Zeitraum von Anfang November bis Ende Februar.
- Die Baufeldfreimachung ist ebenfalls außerhalb der Brutzeit (also nicht zwischen Anfang März und Ende Juni) vorzunehmen.
- Alte Laubbäume - insbesondere für Fledermäuse und Höhlenbrüter geeignete Höhlenbäume - sind, wenn möglich, zu erhalten.
- Das geplante Regenrückhaltebecken und das Kleingewässer sind naturnah auszugestalten.

10.0 HINWEISE ZU KOMPENSATIONSMAßNAHMEN

Die Eingriffe, die aus der Beseitigung und Überbauung von Teilhabitaten (u. a. Grünland, Grünlandbrache, Gehölzbestände) resultieren, sind bezüglich der Schutzgüter Fledermäuse als erheblich einzustufen. Eine Kompensation ist über die ortsnahe oder auch externe Aufwertung von Flächen, die in einer für die betreffende Tiergruppe funktional geeigneten Habitatkulisse eingebunden sind, denkbar.

Eine hinreichende Kompensation kann bezüglich der vom Vorhaben betroffenen Fledermausarten durch die Schaffung gleichwertiger Jagdhabitats erreicht werden. Geeignete Maßnahmen sind die Extensivierung bestehenden Grünlands, die Neuanlage von Extensivgrünland, die Neuanpflanzung von Feldhecken mit standortgerechten Gehölzen, die Schaffung von naturnahen Gewässerhabitats oder die Entwicklung hochstaudenreicher Ruderal- und Saumgesellschaften an für Fledermäuse geeigneten linearen Gehölzstrukturen. Die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen können im Rahmen der Kompensationsleistungen für die Schutzgüter Boden und Biotoptypen, sofern diese den genannten Anforderungen für einen funktionsgerechten Ausgleich entsprechen, realisiert werden. Der anlagen- und baubedingte Verlust potenzieller Quartierbäume (2 Stück) für die lokal ansässigen Fledermäuse kann durch Ausbringung von mindestens zwei Ersatzquartieren (Kunsthöhlen) in einer hierfür geeigneten Habitatkulisse im Plangebiet oder in räumlicher Nähe zum geplanten Vorhaben erfolgen.

Eine Kompensation der verloren gehenden Sommerlebensräume der Amphibien kann durch den vorgesehenen größtmöglichen Erhalt der wertvollen Strukturen (u. a. Wallhecken) im Plangebiet und die Aufwertung der Bereiche in der Maßnahmenfläche durch z. B. Nutzungsextensivierung und Anpflanzung von Gehölzen erreicht werden. Der Verlust der Grabenaufweitung am Stratjebusch kann durch die Neuanlage eines naturnahen Kleingewässers in der Maßnahmenfläche erfolgen.

Durch die geplanten Neuanpflanzungen im Plangebiet und dem fast vollständigen Erhalt der prägenden Gehölzstrukturen und des Wiesentümpels sind keine weiteren Maßnahmen für die Brutvögel erforderlich.

11.0 LITERATUR

- BREUER, W. (1994): Naturschutzfachliche Hinweise zur Anwendung der Eingriffsregelung in der Bauleitplanung. - Inform.d. Naturschutz Niedersachs. 14: 1-60.
- BRINKMANN, R. (1998): Berücksichtigung faunistisch-tierökologischer Belange in der Landschaftsplanung. – Informationsdienst Naturschutz Niedersachsen 18: 58-128.
- BRUX, H., G. DÖRING, M. HIELSCHER, M. NORDMANN, G. WALTER & G. WIEGLEB (1998): Zur Fauna der Stadt Oldenburg. - Oldb. Jb. 98: 247-319.
- BUNDESAMT FÜR NATURSCHUTZ (ed.) (2007): Nationaler Bericht 2007 gemäß FFH-Richtlinie. - http://www.bfn.de/0316_bericht2007.html.
- DIETZ, C., O. VON HELVERSEN & D. NILL (2007): Handbuch der Fledermäuse Europas und Nordwestafrikas. - Kosmos-V., Stuttgart.
- FISCHER, C. (1998): Bestandsgrößen von Grasfrosch-Laichgesellschaften (*Rana temporaria*) im nordwestdeutschen Tiefland - Auswertung von Laichballenzählungen an 448 Gewässern. - Z. Feldherpetol. 5: 15-30.
- FISCHER, C. & R. PODLOUCKY (1998): Berücksichtigung von Amphibien bei naturschutzrelevanten Planungen – Bedeutung und methodische Mindeststandards. – In: Henle, K. & M. Veith (Hrsg.): Naturschutzrelevante Methoden der Feldherpetologie. – Mertensiella 7: 261-278.
- HECKENROTH, H. (1993): Rote Liste der in Niedersachsen und Bremen gefährdeten Säugetierarten - Übersicht. - Inform.d. Naturschutz Niedersachs. 13: 221-226.
- KRÜGER, T & B. OLTMANNS (2007): Rote Liste der in Niedersachsen und Bremen gefährdeten Brutvögel, 7. Fassung - Stand 2007. - Inform.d. Naturschutz Niedersachs. 27: 131-175.
- KÜHNEL, K.-D., A. GEIGER, H. LAUFER, R. PODLOUCKY & M. SCHLÜPMANN (2009): Rote Liste und Gesamtartenliste der Lurche (Amphibia) Deutschlands. - Naturschutz Biol. Vielfalt 70: 259-288.
- KOORDINATIONSSTELLEN FÜR FLEDERMAUSSCHUTZ IN BAYERN (2009): Kriterien für die Wertung von Artnachweisen basierend auf Lautaufnahmen, Version 1 Oktober 2009, Download unter <http://www.ecoobs.de>
- MEINIG, H., P. BOYE & R. HUTTERER (2009): Rote Liste und Gesamtartenliste der Säugetiere (Mammalia) Deutschlands. - Naturschutz und Biologische Vielfalt 70: 115-153.
- NLWKN (in Vorbereitung): Rote Liste der Fledermäuse Niedersachsens. - Hannover.
- NLWKN (HRSG.) (2011): Vollzugshinweise zum Schutz von Amphibien- und Reptilienarten in Niedersachsen. – Amphibienarten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie mit Priorität für Erhaltungs- und Entwicklungsmaßnahmen – Springfrosch (*Rana dalmatina*). – Niedersächsische Strategie zum Arten- und Biotopschutz, Hannover, 12 S., unveröff.
- PFALZER, G. (2007): Verwechslungsmöglichkeiten bei der akustischen Artbestimmung von Fledermäusen anhand ihrer Ortungs- und Sozialrufe. - Nyctalus N. F. 12: 3-14.

PODLOUCKY, R. & C. FISCHER (1994): Rote Liste der gefährdeten Amphibien und Reptilien in Niedersachsen und Bremen. - Inform.d. Naturschutz Niedersachs. 14 : 109-120.

PODLOUCKY, R., N. PIELOK & O.-D. FINCH (2011): Amphibien und Reptilien am Zwischenahner Meer. In: Akkermann, R., G. Fischer & W. Michaelsen:

RECK, H., J. RASMUS & G. M. KLUMP (2001): Auswirkungen von Lärm und Planungsinstrumente des Naturschutzes. - Naturschutz Landschaftsplanung 33: 145-149.

SCHRÖDER, T. & G. WALTER (2002): Fledermauserfassung in der Stadt Oldenburg. - Nyctalus N. F. 8: 240-256.

SKIBA, R. (2009): Europäische Fledermäuse. Kennzeichen, Echoortung und Detektoranwendung, 2. aktualisierte und erweiterte Auflage. - Westarp-Wissenschafts-V., Hohenwarsleben.

SÜDBECK, P., H. ANDRETTKE, S. FISCHER, K. GEDEON, T. SCHIKORE, K. SCHRÖDER & C. SUDFELDT (eds.) (2005): Methodenstandards zur Erfassung der Brutvögel Deutschlands. - Radolfzell.

SÜDBECK, P., H.-G. BAUER, M. BOSCHERT, P. BOYE, W. KNIEF (2007): Rote Liste der Brutvögel Deutschlands. 4. Fassung - Stand 30.11.2007. - Ber. Vogelschutz 44: 23-81.

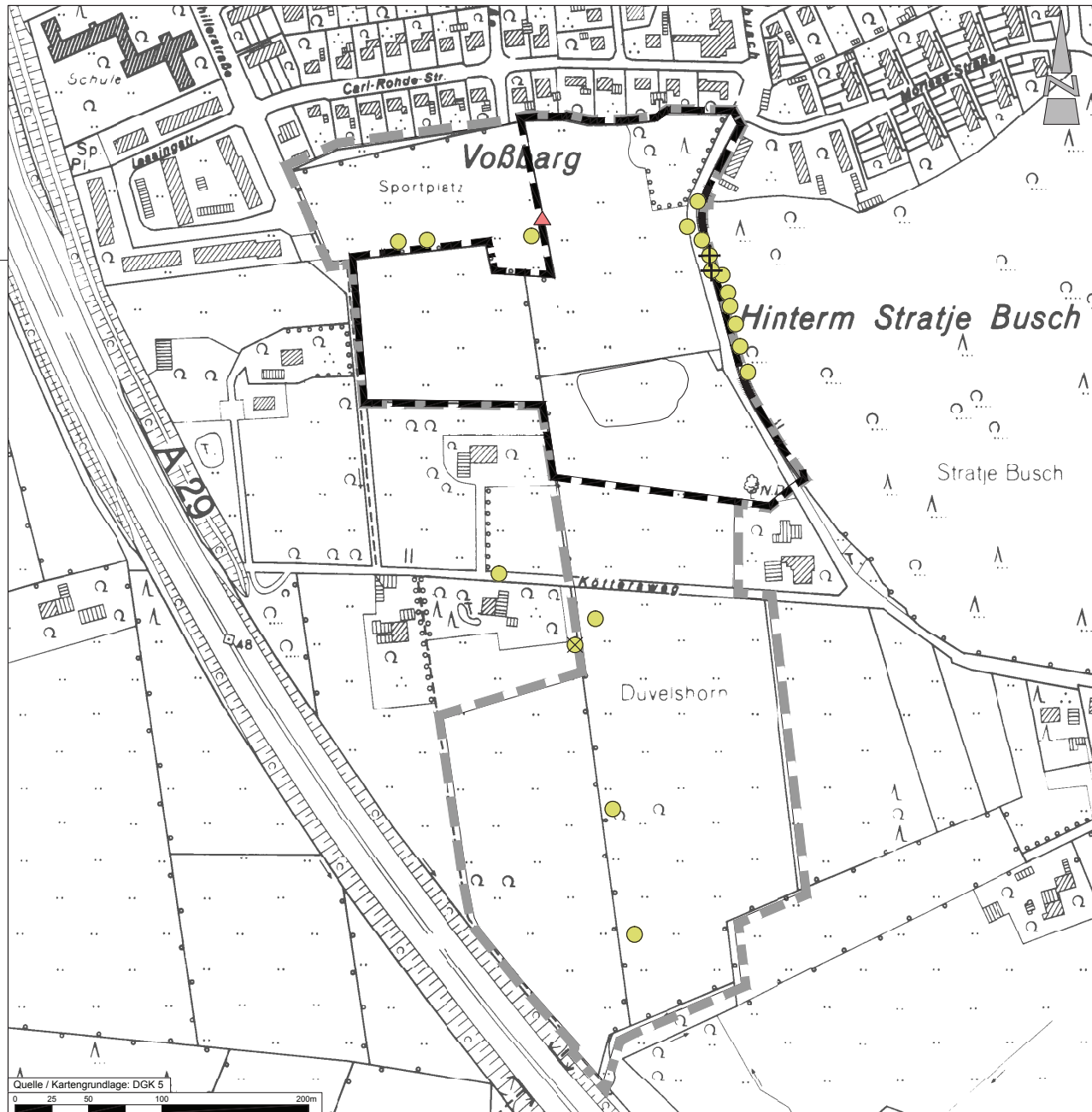
PLANVERZEICHNIS

- Plan-Nr. 1.1: Bestand Fledermäuse – Gattung Myotis
- Plan-Nr. 1.2: Bestand Fledermäuse - Großer Abendsegler / Breitflügelfledermaus
- Plan-Nr. 1.3: Bestand Fledermäuse – Gattung Pipistrellus
- Plan-Nr. 1.4: Fledermausquartiere und Potenzialbäume
- Plan-Nr. 2: Bestand Brutvögel

Gemeinde Rastede

Faunistischer Fachbeitrag zum Bebauungsplan Nr. 99 A "Wohngebiet Am Stratjebusch"

Bestand Fledermäuse - Gattung *Myotis*



Planzeichenerklärung

Grenze des Untersuchungsraumes

Grenze des Bebauungsplanes Nr. 99 A

Fundort-Nachweise von Fledermäusen im Untersuchungsgebiet

Deutscher Artname Wissenschaftlicher Artname

Große / Kleine Bartfledermaus *Myotis brandtii* / *mystacinus*

Myotis unbestimmt *Myotis* spec.

Jagdverhalten eines Individuums

Schwärmverhalten am Quartierbaum

Hinweis: Die verschiedenen Symbole repräsentieren Fundort-Nachweise der betreffenden Art, s. Text.

Quelle: Erhebungen des Planungsbüros Diekmann & Mosebach
am 24./25.05., 12./13.06., 30.06., 04./05.07., 16.07., 24.08. und 10.09.2012.

Gemeinde Rastede

Landkreis Ammerland

Faunistischer Fachbeitrag zum Bebauungsplan Nr. 99 A "Wohngebiet Am Stratjebusch"

Planart: Bestand Fledermäuse - Gattung *Myotis*

Maßstab	Projekt: 12-1656	Datum		Unterschrift
		Bearbeitet:	10/2012	Zilz
1 : 2.000	Plan-Nr. 1.1	Gezeichnet:	12/2013	Kreitsmann/Wiese
		Geprüft:	12/2013	Diekmann

Diekmann & Mosebach Regionalplanung, Stadt- und Landschaftsplanung
Entwicklungs- und Projektmanagement

Oldenburger Straße 86 26180 Rastede Tel. (04402) 91 16 30 Fax 91 16 40

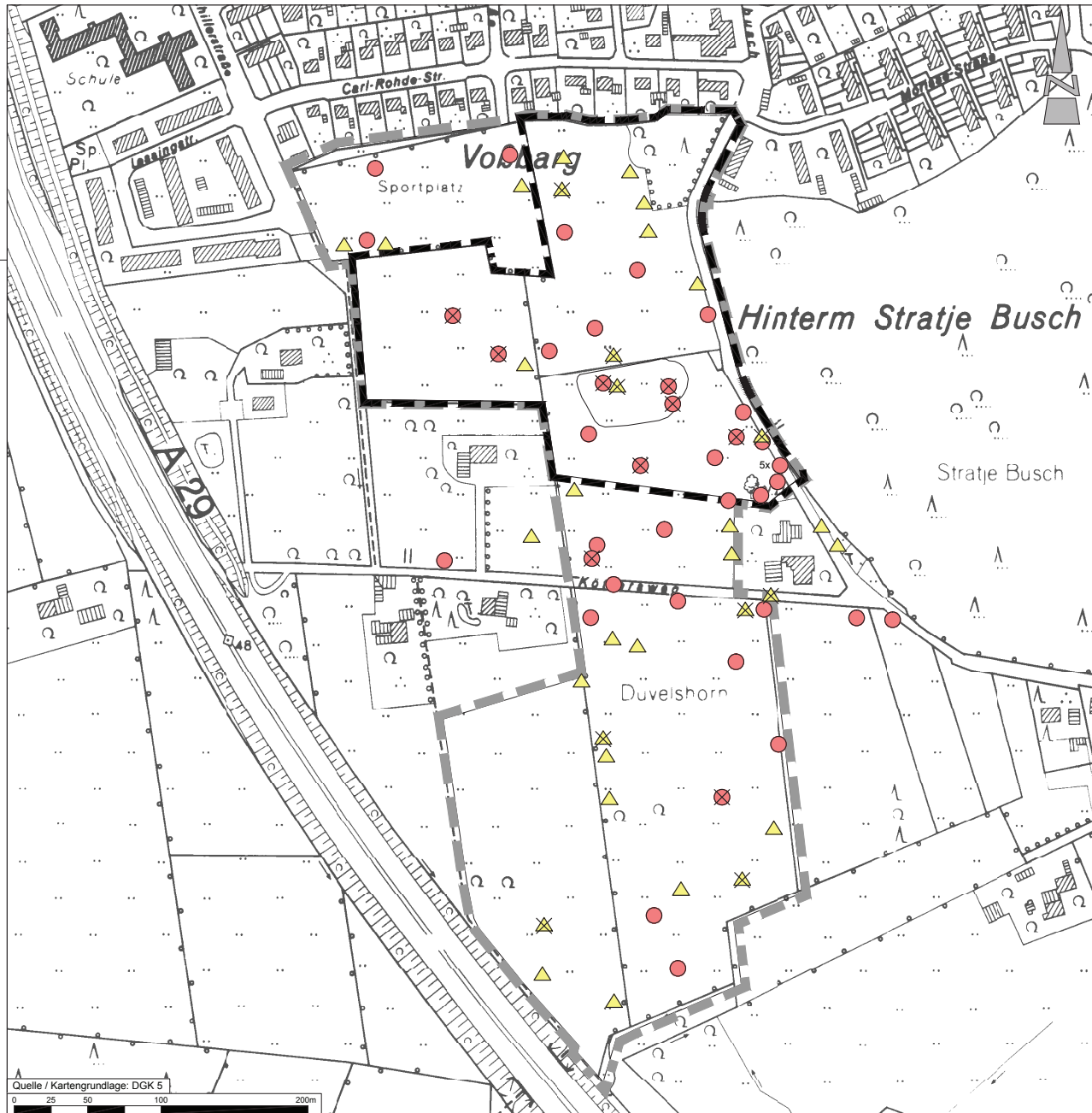


Stand 17.12.2013

Gemeinde Rastede

Faunistischer Fachbeitrag zum Bebauungsplan Nr. 99 A "Wohngebiet Am Stratjebusch"

Bestand Fledermäuse - Großer Abendsegler / Breitflügelfledermaus



Planzeichenerklärung



Grenze des Untersuchungsraumes



Grenze des Bebauungsplanes Nr. 99 A

Fundort-Nachweise von Fledermäusen im Untersuchungsgebiet

Deutscher Artname

Wissenschaftlicher Artname



Großer Abendsegler

Nyctalus noctula



Breitflügelfledermaus

Eptesicus serotinus



Jagdverhalten eines Individuums

5x

Anzahl Individuen zum Beobachtungszeitpunkt

Hinweis: Die verschiedenen Symbole repräsentieren Fundort-Nachweise der betreffenden Art, s. Text.

Quelle: Erhebungen des Planungsbüros Diekmann & Mosebach
am 24./25.05., 12./13.06., 30.06., 04./05.07., 16.07., 24.08. und 10.09.2012.

Gemeinde Rastede

Landkreis Ammerland

Faunistischer Fachbeitrag zum Bebauungsplan Nr. 99 A "Wohngebiet Am Stratjebusch"

Planart: Bestand Fledermäuse - Großer Abendsegler /
Breitflügelfledermaus

Maßstab	Projekt: 12-1656	Datum	Unterschrift
1 : 2.000	Plan-Nr. 1.2	Bearbeitet: 10/2012	Zilz
		Gezeichnet: 12/2013	Kreitsmann/Wiese
		Geprüft: 12/2013	Diekmann

Diekmann & Mosebach Regionalplanung, Stadt- und Landschaftsplanung
Entwicklungs- und Projektmanagement

Oldenburger Straße 86 26180 Rastede Tel. (04402) 91 16 30 Fax 91 16 40

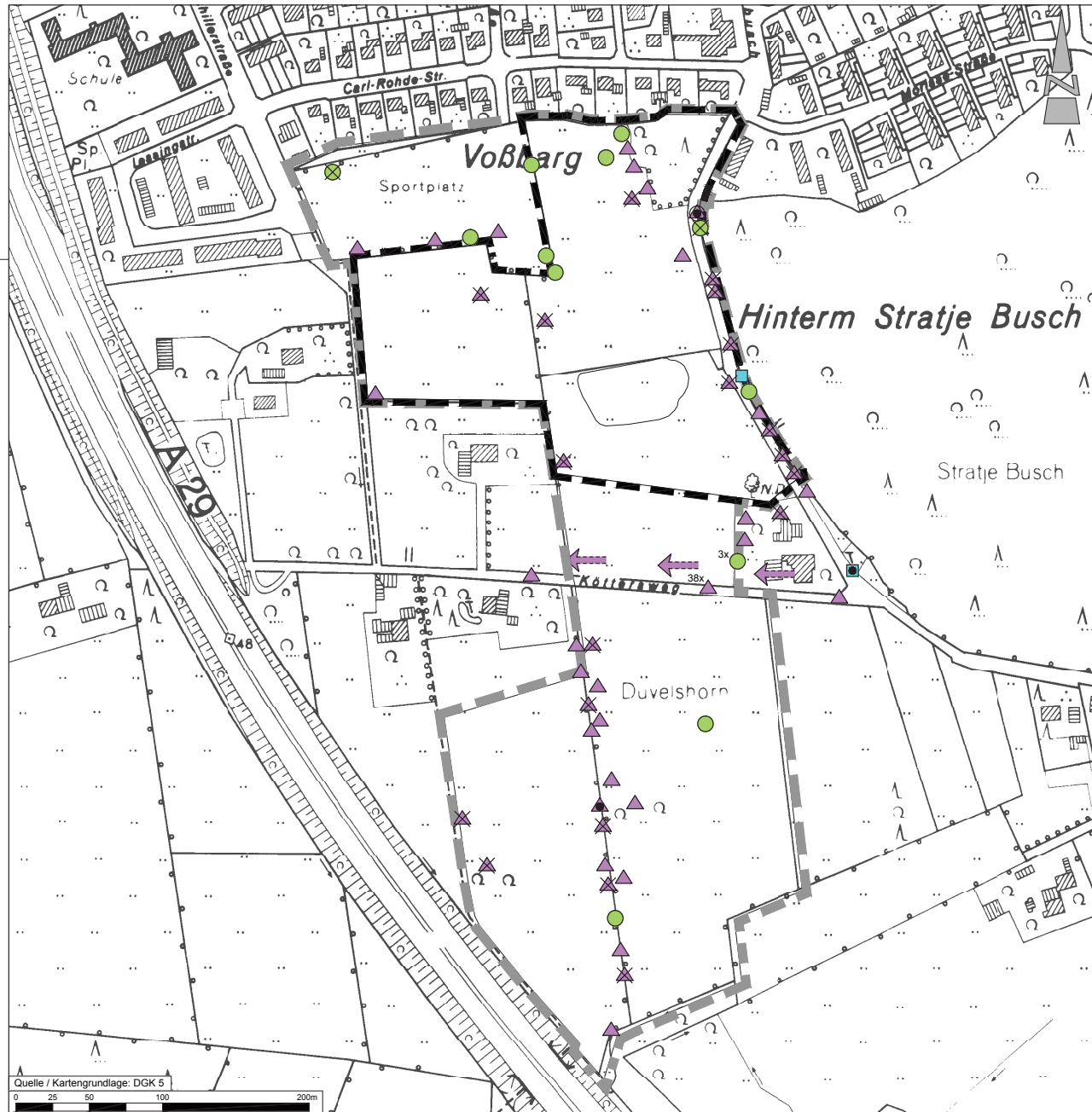


Stand 17.12.2013

Gemeinde Rastede

Faunistischer Fachbeitrag zum Bebauungsplan Nr. 99 A "Wohngebiet Am Stratjebusch"

Bestand Fledermäuse - Gattung *Pipistrellus*



Planzeichenerklärung



Grenze des Untersuchungsraumes



Grenze des Bebauungsplanes Nr. 99 A

Fundort-Nachweise von Fledermäusen im Untersuchungsgebiet

Deutscher Artname

Wissenschaftlicher Artname

Pipistrellus unbestimmt

Pipistrellus spec.

Rauhhauffledermaus

Pipistrellus nathusii

Zwergfledermaus

Pipistrellus pipistrellus

Jagdverhalten eines Individuums

Soziallaut eines Individuums

Balz eines Individuums

Nachgewiesene Flugstraße Zwergfledermaus

16x Anzahl Individuen zum Beobachtungszeitpunkt

Hinweis: Die verschiedenen Symbole repräsentieren Fundort-Nachweise der betreffenden Art, s. Text.

Quelle: Erhebungen des Planungsbüros Diekmann & Mosebach
am 24./25.05., 12./13.06., 30.06., 04./05.07., 16.07., 24.08. und 10.09.2012.

Gemeinde Rastede

Landkreis Ammerland

Faunistischer Fachbeitrag zum Bebauungsplan Nr. 99 A "Wohngebiet Am Stratjebusch"

Planart: Bestand Fledermäuse - Gattung *Pipistrellus*

Maßstab	Projekt: 12-1656	Datum	Unterschrift
1 : 2.000	Plan-Nr. 1.3	Bearbeitet: 10/2012	Zilz
		Gezeichnet: 12/2013	Kreitsmann/Wiese
		Geprüft: 12/2013	Diekmann

Diekmann & Mosebach Regionalplanung, Stadt- und Landschaftsplanung
Entwicklungs- und Projektmanagement

Oldenburger Straße 86 26180 Rastede Tel. (04402) 91 16 30 Fax 91 16 40

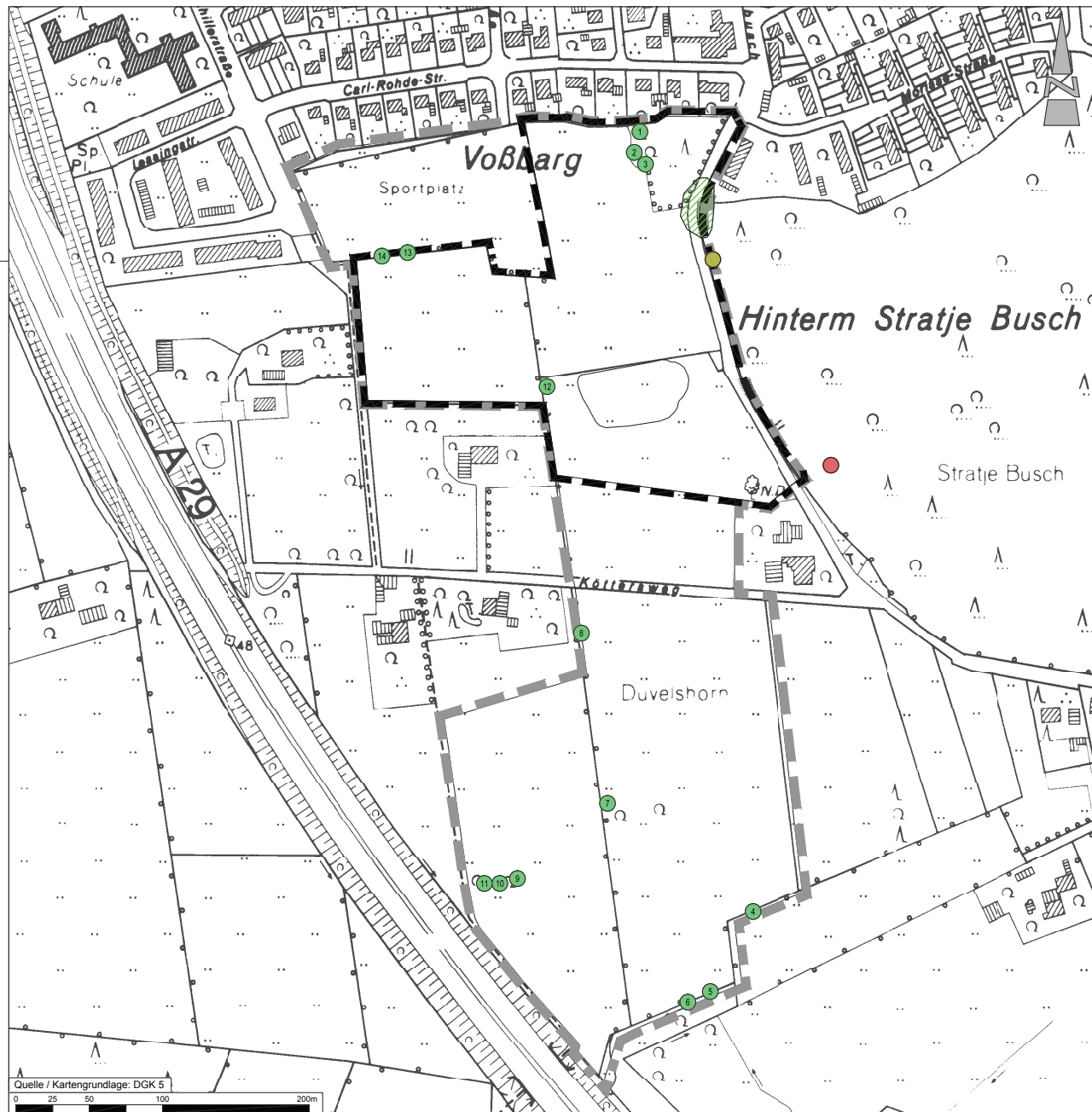


Stand 17.12.2013

Gemeinde Rastede

Faunistischer Fachbeitrag zum Bebauungsplan Nr. 99 A "Wohngebiet Am Stratjebusch"

Fledermausquartiere und Potenzialbäume



Planzeichenerklärung



Grenze des Untersuchungsraumes



Grenze des Bebauungsplanes Nr. 99 A

Potenzialbäume für Fledermausquartiere

Nr.	Baumart	Merkmal
1	Quercus robur	Nistkasten, Fäulnishöhle
2	Prunus spec.	Stammaufriss/Fäulnishöhle
3	Salix spec.	Fäulnishöhlen
4	Quercus robur	Fäulnishöhle, Totast (Stamm)
5	Alnus glutinosa	Spechthöhle
6	Salix spec.	Fäulnishöhlen
7	Alnus glutinosa	Fäulnishöhle, Totast mit Spechthöhle
8	Quercus robur	
9	Quercus robur	Totäste, Spechthöhle
10	Quercus robur	Spechthöhle
11	Quercus robur	Totast
12	Quercus robur	Totäste
13	Quercus robur	Stammaufriss
14	Quercus robur	Totast, 3 x Spechthöhle

Fundort-Nachweise von Quartieren bzw. Balzrevieren im Untersuchungsgebiet

- Quartierverdacht Großer Abendsegler
- Quartierbaum Myotis unbestimmt
- Balzrevier Zwergfledermaus

Quelle: Erhebungen des Planungsbüros Diekmann & Mosebach
am 24./25.05., 12./13.06., 30.06., 04./05.07., 16.07., 24.08. und 10.09.2012.

Gemeinde Rastede

Landkreis Ammerland

Faunistischer Fachbeitrag zum Bebauungsplan Nr. 99 A "Wohngebiet Am Stratjebusch"

Planart: Fledermausquartiere und Potenzialbäume

Maßstab	Projekt: 12-1656	Datum	Unterschrift
1 : 2.000	Plan-Nr. 1.4	Bearbeitet:	10/2012 Zilz
		Gezeichnet:	12/2013 Kreitsmann/Wiese
		Geprüft:	12/2013 Diekmann

Diekmann & Mosebach Regionalplanung, Stadt- und Landschaftsplanung
Entwicklungs- und Projektmanagement

Oldenburger Straße 86 26180 Rastede Tel. (04402) 91 16 30 Fax 91 16 40

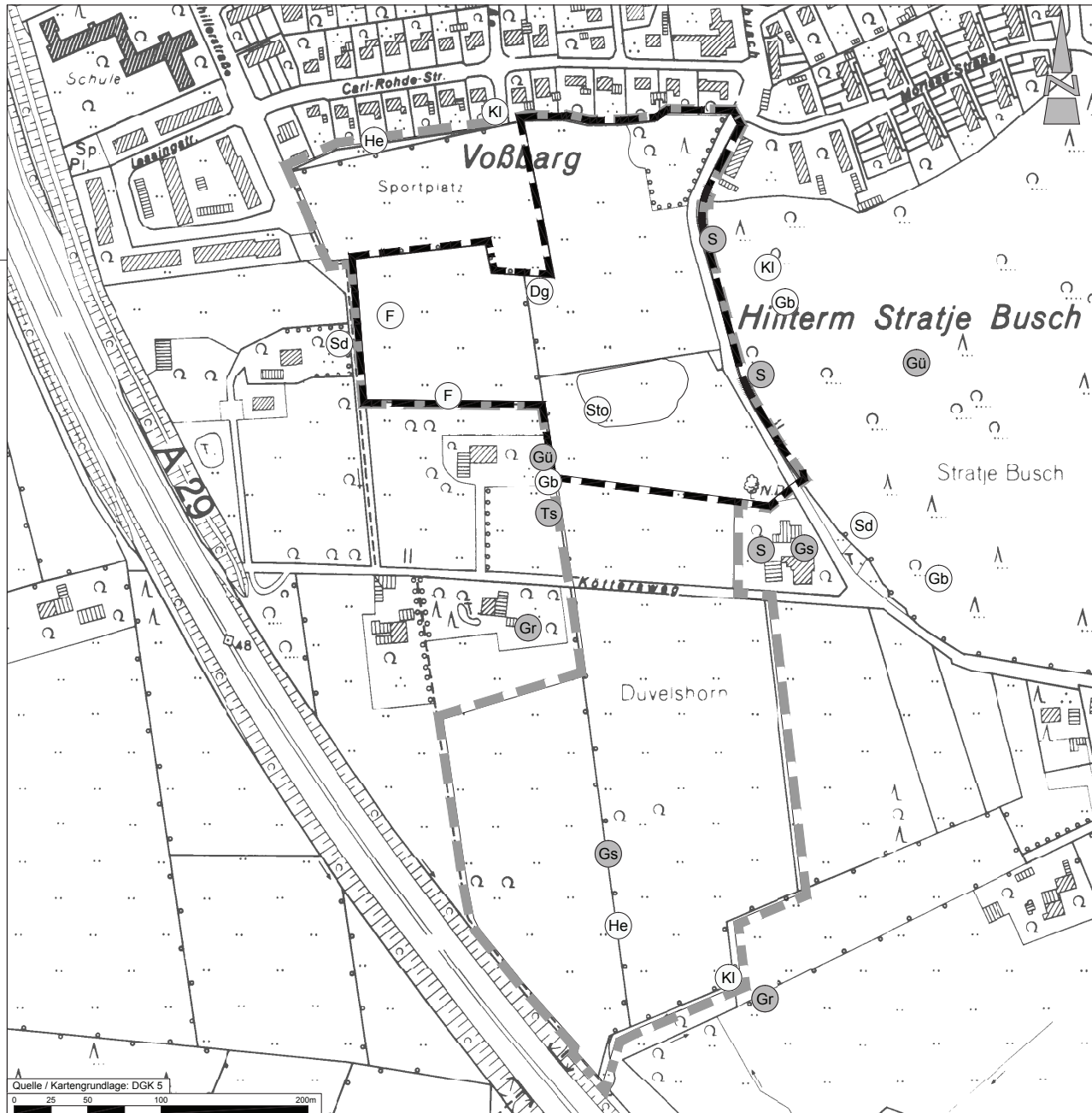


Stand 17.12.2013

Gemeinde Rastede

Faunistischer Fachbeitrag zum Bebauungsplan Nr. 99 A "Wohngebiet Am Stratjebusch"

Bestand Brutvögel



Planzeichenerklärung



Grenze des Untersuchungsraumes



Grenze des Bebauungsplanes Nr. 99 A

Ausgewählte Brutvögel im Untersuchungsgebiet (Erfassung 2012)

Deutscher Artname	Wissenschaftlicher Artname	RL D 2007	RL Nds. 2007	RL T-W 2007	BNatSchG BartSchV 2009
Ⓒ Dorngrasmücke	<i>Sylvia communis</i>	/	/	/	\$
Ⓕ Fitis	<i>Phylloscopus trochilus</i>	/	/	/	\$
Ⓒ Gartenbaumläufer	<i>Certhia brachydactyla</i>	/	/	/	\$
Ⓒ Gartenrotschwanz	<i>Phoenicurus phoenicurus</i>	/	3	3	\$
Ⓒ Grauschnäpper	<i>Muscicapa striata</i>	/	V	V	\$
Ⓒ Grünspecht	<i>Picus viridis</i>	/	3	3	\$\$
Ⓖ Heckenbraunelle	<i>Prunella modularis</i>	/	/	/	\$
Ⓖ Kleiber	<i>Sitta europaea</i>	/	/	/	\$
Ⓒ Singdrossel	<i>Turdus philomelos</i>	/	/	/	\$
Ⓒ Star	<i>Sturnus vulgaris</i>	/	V	V	\$
Ⓒ Stockente	<i>Anas platyrhynchos</i>	/	/	/	\$
Ⓖ Trauerschnäpper	<i>Ficedula hypoleuca</i>	/	V	V	\$

- Ⓒ Gefährdete Arten und Arten der Vorwarnliste
Ⓖ ausgewählte Zeigerarten

Hinweis: Die verschiedenen Symbole repräsentieren jeweils ein Revier/Brutpaar der betreffenden Art.

RL D: Gefährdung nach Rote Liste Deutschland (Südbeck et al. 2007)

RL Nds.: Gefährdung nach Rote Liste Niedersachsen (Krüger & Oltmanns 2007)

RL T-W: Gefährdung nach Rote Liste Niedersachsen, Region Tiefland West (Krüger & Oltmanns 2007)

Gefährdungsgrade: 3 = gefährdet, V = Art der Vorwarnliste, / = ungefährdet

BNatSchG/BartSchV: Stand: 2009
\$ = besonders geschützte Art gem. § 7 Abs. 2 Nr. 13 BNatSchG
\$\$ = streng geschützte Art gem. § 7 Abs. 2 Nr. 14 BNatSchG bzw.
gem. Anlage 1 Spalte 3 der BartSchV.

Quelle: Erhebungen des Planungsbüros Diekmann & Mosebach
am 23.03., 26.03., 27.03., 05.04., 20.04., 15.05., 25.05., 05.06. und 15.06.2012.

Gemeinde Rastede

Landkreis Ammerland

Faunistischer Fachbeitrag zum Bebauungsplan Nr. 99 A "Wohngebiet Am Stratjebusch"

Planart: Bestand Brutvögel

Maßstab	Projekt: 12-1656	Datum	Unterschrift
1 : 2.000	Plan-Nr. 2	Bearbeitet: 08/2012	Kinder
		Gezeichnet: 12/2013	Kreitsmann/Wiese
		Geprüft: 12/2013	Diekmann

Diekmann & Mosebach Regionalplanung, Stadt- und Landschaftsplanung
Entwicklungs- und Projektmanagement

Oldenburger Straße 86 26180 Rastede Tel. (04402) 91 16 30 Fax 91 16 40



Stand 17.12.2013

GEMEINDE RASTEDE

Landkreis Ammerland

Bebauungsplan Nr. 99 A „Wohngebiet Am Stratjebusch“

Beteiligung der Behörden und sonstiger
Träger öffentlicher Belange
(§ 4 (2) BauGB u. § 4a (3) BauGB)

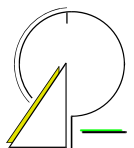
und

Beteiligung der Öffentlichkeit
(§ 3 (2) BauGB u. § 4a (3) BauGB)

ABWÄGUNGSVORSCHLÄGE

für die übrigen Stellungnahmen, die im Rahmen der öffentlichen Auslegung
sowie der erneuten Auslegung eingegangen sind

02.07.2014



Träger öffentlicher Belange

von folgenden Stellen wurden keine Anregungen in der Stellungnahme vorgebracht:

1. Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Oldenburg
Theodor-Tantzen-Platz 8
26122 Oldenburg
2. Niedersächsisches Landesamt für Denkmalpflege
Referat Archäologie
Ofener Straße 15
261212 Oldenburg
3. Landwirtschaftskammer Niedersachsen
Forstamt Weser Ems
Im Dreieck 12
26127 Oldenburg
4. Landwirtschaftskammer Niedersachsen
Bezirksstelle OL-Nord
Im Dreieck 12
26127 Oldenburg
5. Kabel Deutschland Vertrieb + Service GmbH
Bavinkstraße 23
26789 Leer
6. ExxonMobil Production Deutschland GmbH
Riethorst 12
30659 Hannover
7. Deutsche Telekom Netzproduktion GmbH
Ammerländer Heerstraße 138
26129 Oldenburg

Träger öffentlicher Belange

von folgenden Stellen wurden Anregungen in der Stellungnahme vorgebracht:

1. Landkreis Ammerland
Ammerlandallee 12
26655 Westerstede
2. Oldenburgisch-Ostfriesischer Wasserverband
Georgstraße 4
26919 Brake
3. Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr
Geschäftsbereich Oldenburg
Kaiserstraße 27
26122 Oldenburg
4. EWE Netz GmbH
Netzregion Oldenburg/Varel
Neue Straße 23
26316 Varel

Anregungen	Abwägungsvorschläge
Landkreis Ammerland Ammerlandallee 12 26655 Westerstede	
<p><u>Stellungnahme vom 08.05.2014</u></p> <p>Da dieses Bauleitplanverfahren nach den mir bislang vorliegenden Informationen nach dem 20.09.2013 förmlich eingeleitet wurde, ist das BauGB in der durch das "Gesetz zur Stärkung der Innenentwicklung in den Städten und Gemeinden und weiteren Fortentwicklung des Städtebaurechts" aktualisierten Fassung zu beachten; das heißt, gemäß § 1 a Absatz 2 Satz 4 BauGB ist insbesondere die Notwendigkeit der Umwandlung landwirtschaftlich genutzter Flächen zu begründen. Für diese aus dem Flächennutzungsplan in der Fassung der teilweise parallel in Aufstellung befindlichen 60. Änderung zu entwickelnde verbindliche Bauleitplanung sehe ich die neue Vorgabe aus inhaltlicher Sicht zwar als beachtet an. Da § 1 a Absatz 2 Satz 4 BauGB dem Wortlaut nach für Bauleitpläne, also auch für jeden Bebauungsplan gilt, rege ich an, die Begründung noch entsprechend anzureichern, um eine eventuelle Angreifbarkeit dieser Planung aus rein formalen Gründen zu vermeiden.</p> <p>Ich gehe davon aus, dass die zeichnerisch festgesetzte Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB mit zusätzlicher textlicher Festsetzung Nr. 15, die als Fläche für die Wasserwirtschaft, den Hochwasserschutz und die Regelung des Wasserabflusses überlagernd festgesetzt ist, eine öffentliche Fläche sein wird, so dass zur Einbindung in das naturschutzfachliche Folgenbewältigungsprogramm eine dingliche Sicherung nicht vonnöten sein wird. Ich bitte meine Annahme zu bestätigen und dies in der Begründung/ im Umweltbericht zu dokumentieren.</p> <p>Für Festsetzungen gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB als Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft bitte ich noch darzulegen, wie die Umsetzung dieser Maßnahmen auf (privaten) nicht überbaubaren Flächen im allgemeinen Wohngebiet sichergestellt werden soll.</p> <p>Meiner Unteren Naturschutzbehörde ist rechtzeitig vor Satzungsbeschluss eine aktuelle Übersicht über das Ökokonto der Gemeinde mit Nachweis</p>	<p>Der Anregung wird gefolgt und die Begründung entsprechend redaktionell ergänzt.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die Gemeinde hegt derzeit keine Absichten zum Verkauf der Maßnahmenfläche. Sofern zu einem späteren Zeitpunkt eine Veräußerung in Betracht kommt, werden die umzusetzenden Maßnahmen und Auflagen, die im Zuge des Genehmigungsverfahrens getroffen werden, zu diesem späteren Zeitpunkt über einen Grundbucheintrag dinglich gesichert. Unabhängig von den Eigentumsverhältnissen ist die Umsetzung der Schutzmaßnahmen und Auflagen somit langfristig sichergestellt. Die Funktionsfähigkeit des in der Maßnahmenfläche gelegenen Biotops wird hierüber ebenfalls langfristig sichergestellt.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die Umsetzung der Maßnahmen wird künftig über eine entsprechende Regelung in den Grundstückskaufverträgen sichergestellt.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Eine aktuelle Übersicht aus dem Ökokonto der Gemeinde als Nachweis der aus dem Planvorhaben</p>

Anregungen	Abwägungsvorschläge
<p>der für diese verbindliche Bauleitplanung fehlenden Kompensationswert-einheiten (meines Erachtens hat sich die Gemeinde geringfügig um 369 Wertpunkte zu ihren Ungunsten verrechnet) zu übersenden.</p> <p>Wie schon telefonisch besprochen bitte ich darum, die Stellungnahme der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr vom 10.04.2014 zu berücksichtigen.</p> <p>Im dritten Absatz des Kapitels 3.5 der Begründung ist das Wort "jeweils" missverständlich, denn nach dem gegenüber dem Vorentwurf geänderten Entwurf der Planzeichnung ist im Westen des Plangebietes nur noch eine Erschließungsstraße mit nur noch einer Wendeanlage geplant.</p> <p>Die Abbildung 1 der Begründung ist insofern ebenfalls nicht mehr aktuell. Ich bitte auch um Klarstellung, wie viel Baugrundstücke entstehen sollen (Kapitel 3.5 der Begründung: "ca. 35 Baugrundstücke für Einzel- und Doppelhäuser bzw. 3 Grundstücke für Reihenhäuser"; Kapitel 5.1 der Begründung: "23 Baugrundstücke für eine ortstypische Einzel- und Doppelhausbebauung").</p> <p>Zur besseren Transparenz dieser Planung rege ich an, die textliche nachrichtliche Übernahme Nr. 3, wonach sich das Plangebiet teilweise im Wasserschutzgebiet Alexandersfeld (Schutzzone III B) befindet, auch zeichnerisch nachrichtlich gemäß § 9 Abs. 6 BauGB (Planzeichen Nr. 10.3 der Anlage zur Planzeichenverordnung) in die Planzeichnung zu übernehmen.</p>	<p>resultierenden Ersatzmaßnahmen wird der Unteren Naturschutzbehörde vor Satzungsbeschluss übersandt.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die betreffende Stellungnahme wurde berücksichtigt (s. u.).</p> <p>In Kapitel 3.5 werden die Inhalte des städtebaulichen Entwicklungskonzepts zu dieser Bauleitplanung dargelegt, welches die Gesamtfläche des geplanten „Wohngebietes Am Stratjebusch“ umfasst, die über die parallele 60. Flächennutzungsplanänderung bauleitplanerisch vorbereitet wird. Hiernach sind auch weiterhin zwei Wendeanlagen vorgesehen. Die Wendeanlage im Nordwesten liegt innerhalb des zweiten Bauabschnitts und wird künftig über einen weiteren Bebauungsplan entwickelt. Die Begründung wird im Weiteren diesbezüglich eindeutiger gefasst.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Abbildung 1 in Kapitel 3.5 zeigt das städtebauliche Entwicklungskonzept zur Gesamtfläche des geplanten „Wohngebietes Am Stratjebusch“, das im Vorfeld zu dieser Bauleitplanung erstellt wurde und im Hinblick auf die Erschließung, Anzahl der Baugrundstücke und Grundstücksaufteilung einen vorläufigen Planungsstand darstellt. Die Entwicklungsvorstellungen haben sich im Zuge des Bauleitplanverfahrens kleinteilig dahingehend weiterentwickelt, dass gegenüber den ursprünglichen Entwicklungszielen nunmehr ein größeres Flächenangebot für eine mögliche Reihenhausbauung vorgesehen ist, wodurch sich ein reduziertes Angebot an Baugrundstücken für eine Einzel- und Doppelhausbebauung ergibt (ca. 23 Baugrundstücke gegenüber ursprünglich ca. 35 Baugrundstücken für eine Einzel- und Doppelhausbebauung für den ersten Entwicklungsabschnitt). Das städtebauliche Konzept wurde an die geänderten Entwicklungsvorstellungen im weiteren Verfahren nicht angepasst. Das Kapitel 3.5 wird um diesen Sachverhalt klarstellend ergänzt.</p> <p>Der Anregung wird nicht gefolgt. Der nachrichtliche Hinweis zum betroffenen Schutzgebiet wird seitens der Gemeinde Rastede als ausreichend erachtet.</p>

Anregungen	Abwägungsvorschläge
<p>Mein Gesundheitsamt wiederholt seine Anregung, folgende Anzeigepflicht als Hinweis in die Begründung aufzunehmen: "Sollte die Nutzung einer Brauchwasseranlage (z.B. Regenwasserzisterne, Hausbrunnen, Grauwassernutzung) im Haushalt vorgesehen sein (z.B. Toilettenspülung), ist dieses dem Gesundheitsamt, Lange Straße 36, 26655 Westerstede, anzuzeigen. Die Installation solcher Anlagen muss den technischen Normen entsprechen. Querverbindungen, z.B. Eigenwasserversorgungsanlage/öffentliche Wasserversorgung) sind auch innerhalb der Hausinstallation nicht zulässig."</p>	<p>Der Hinweis zur Nutzung von Brauchwasseranlagen wird zur Kenntnis genommen. Die ordnungsgemäße Installation solcher Anlagen entsprechend den geltenden technischen Normen wird im Zuge der konkreten Bauausführung sichergestellt.</p>
<p><u>Stellungnahme vom 25.06.2014</u></p> <p>Der Landkreis Ammerland hat keine weiteren Anregungen.</p>	
<p>Oldenburgisch-Ostfriesischer Wasserverband Georgstraße 4 26919 Brake</p>	
<p><u>Stellungnahme vom 06.05.2014 und vom 10.06.2014</u></p> <p>In unserem Schreiben vom 10.2.2014 - T la-99/14/Sa/wil- haben wir bereits eine Stellungnahme zu dem o. g. Vorhaben abgegeben. Bedenken und Anregungen werden daher, soweit unsere damaligen Hinweise beachtet werden, nicht mehr vorgetragen.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Durch das Planvorhaben wird die im Nordosten des Plangebietes verlaufende Wasserversorgungsleitungen des OOWV (DN 100) nicht berührt, da sie innerhalb der Straßenverkehrsverkehrsfläche „Am Stratjebusch“ verläuft. Es wird in diesem Zusammenhang auf die Abwägungsvorschläge zur nebenstehenden Stellungnahme verwiesen.</p>
<p>Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr Geschäftsbereich Oldenburg Kaiserstraße 27 26122 Oldenburg</p>	
<p><u>Stellungnahme vom 10.04.2014</u></p> <p>Das Plangebiet o.g. Bauleitpläne liegt mit Entfernungen zwischen 150 und 400 m östlich der von der Nieders. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, Geschäftsbereich Oldenburg betreuten A 29 und ist u. a. durch Emissionen belastet, die vom Verkehr auf der A 29 ausgehen. Folgendes ist zu beachten:</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Laut Stellungnahme des Schallgutachters vom 19.05.2014 ergibt sich durch den höheren Verkehrsansatz nach dem nebenstehend angeführten Planfall 4 für das Plangebiet tags und nachts eine Pegelerhöhung von 2 dB, die jedoch aus Sicht der Gemeinde Rastede aus den folgenden Gründen vernachlässigt</p>

Anregungen	Abwägungsvorschläge
<p>Im Zuge der Straßenverkehrszählung 2010 wurden auf dem betroffenen Streckenabschnitt der A29 folgende Belastungen ermittelt (Zählstelle 139): DTV = 32.589 Kfz/24 h, Mt = 1898, Pt = 6,4 %, Mn = 227, Pn = 11,9 %.</p> <p>In der Verkehrsuntersuchung für die Küstenautobahn A 20 Westerstede bis Drochtersen (Stand: Februar 2012) wird im Planfall 4 für das Jahr 2025 folgende Belastung prognostiziert: 51.400 Kfz/24 h, davon 6520 SV/24 h. Auf der A 29 sind demnach deutlich höhere Verkehrsbelastungen zu erwarten, als die in der Schallimmissionsprognose des Büros ted, Bremerhaven vom März 2014 angenommenen. Ich bitte, dies in der schalltechnischen Berechnung zu berücksichtigen.</p> <p>Nach Abschluss des Verfahrens bitte ich unter Bezug auf Ziffer 38.2 der Verwaltungsvorschriften zum BauGB um Übersendung von zwei Ablichtungen der gültigen Bauleitpläne.</p>	<p>werden kann:</p> <p>Eine Änderung des Mittelungspegels um mehr als 3 dB wird im Kontext mit der 16. BImSchV als eine wesentliche Änderung verstanden, da diese von der Mehrzahl der Betroffenen subjektiv als eine Änderung der Immissions-situation wahrgenommen wird. In Bezug auf den betrachteten Verkehrsweg ergibt sich rechnerisch eine Pegelerhöhung um 3 dB bei einer Verdopplung der Verkehrsmenge (Entspricht einer Verkehrsstärke von Mt = 4600 Kfz/h und Mn = 660 Kfz/h bzw. einem DTV \approx 78000 Kfz/24 h in Bezug auf den Ansatz aus der Zählung 2010 +20%). Die nebenstehenden Ausführungen zeigen, dass man im Planfall 4 von einer Verdopplung der Verkehrsmenge auf dem relevanten Abschnitt der geplanten Küstenautobahn weit entfernt ist.</p> <p>Eine Vernachlässigung der ermittelten Pegelerhöhung von 2 dB im Vergleich zu dem im Gutachten ursprünglich gewählten Verkehrsansatz sieht die Gemeinde Rastede zudem als vertretbar an, da für den Streckenabschnitt bislang noch kein Antrag auf Planfeststellung gestellt wurde. Die Begründung zum Bebauungsplan Nr. 99A wird im Weiteren um die o. g. Ausführungen ergänzt.</p>
<p><u>Stellungnahme vom 12.06.2014</u></p> <p>Meine Stellungnahme vom 10.04.2014 wurde bei der Änderung des Bebauungsplanentwurfes nicht berücksichtigt. Das Büro ted, Bremerhaven hat die Prognosewerte 2025 von der Nieders. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr zwar am 24.04.2014 zugesandt bekommen (siehe Anlage), die schalltechnische Untersuchung vom 14.03.2014 wurde aber offensichtlich nicht überarbeitet (vergl. Ziff. 4.2.1 der Begründung).</p> <p>Zu den geänderten oder ergänzten Teilen des Planentwurfes sind keine Anregungen oder Hinweise vorzutragen.</p>	<p>Der Hinweis wird mit Verweis auf die o. g. Ausführungen zur Stellungnahme der Nieders. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, Geschäftsbereich Oldenburg vom 10.04.2014 zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>

EWE Netz GmbH Netzregion Oldenburg/Varel Neue Straße 23 26316 Varel		
<u>Stellungnahme vom 24.06.2014</u> Wie beziehen uns auf die oben genannte Angelegenheit und nehmen dazu wie folgt Stellung: Wir bitten Sie, uns in dem Plangebiet eine Versorgungstrasse zur Verfügung zu stellen, die nicht durch eine geschlossene Fahrbahndecke überbaut wird. Außerdem sollte Platz für Transformatorstationen berücksichtigt werden. Ebenso bitten wir darum, dass durch spätere Anpflanzung unsere Leitungen nicht durch tiefwurzelnende Bäume gefährdet werden.		Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und im Rahmen der Ausführungsplanung berücksichtigt. Ggf. benötigte Flächen für Transformatorstationen können künftig von den Baugrundstücken abgeteilt werden.

Anregungen von Bürgern

von den Bürger wurden keine Anregungen in der Stellungnahme vorgebracht.

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2014/123

freigegeben am **03.07.2014**

GB 3

Sachbearbeiter/in: Frau Tabea Triebe

Datum: 02.07.2014

Aufstellung einer Satzung zur Regelung der Außenwerbung

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	15.07.2014	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	21.07.2014	Verwaltungsausschuss
Ö	22.07.2014	Rat

Beschlussvorschlag:

1. Die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen werden auf der Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 15.07.2014 berücksichtigt.
2. Die bisherige Beschlussfassung und Abwägung wird bestätigt.
3. Die Satzung zur Regelung der Außenwerbung wird als örtliche Bauvorschrift gemäß § 1 Abs. 3 BauGB in Verbindung mit § 84 Abs. 3 Nr. 2 Niedersächsische Bauordnung (NBauO) beschlossen.

Sach- und Rechtslage:

Mit der Satzung zur Regelung der Außenwerbung soll eine Steuerungsmöglichkeit geschaffen werden, das berechnigte Interesse der Gewerbetreibenden an der Präsentation ihres Angebotes mit dem Schutz des Erscheinungsbildes des Ortes in Einklang zu bringen. Eine Überfrachtung des öffentlichen Raumes durch besonders störende Werbeformen oder Werbung für Leistungen und Produkte, welche nicht vor Ort angeboten werden, kann hierdurch im Geltungsbereich der Satzung vermieden werden.

Nachdem der ursprünglich vorgesehene Geltungsbereich angepasst wurde (s. Vorlage 2014/047), hat zwischenzeitlich die Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange stattgefunden. Wesentliche Stellungnahmen wurden nicht abgegeben. Somit kann der Satzungsbeschluss gefasst werden.

Finanzielle Auswirkungen:

Haushaltsmittel stehen zur Verfügung.

Anlagen:

1. Satzungstext
2. Begründung
3. Abwägungsvorschläge

Gemeinde Rastede

Landkreis Ammerland



Satzung der Gemeinde Rastede zur Regelung der Außenwerbung in Teilen des Gemeindegebietes

Örtliche Bauvorschriften

gemäß § 84 Abs. 3 Nr. 2 der Niedersächsischen Bauordnung (NBauO)

Fassung zum Satzungsbeschluss

Planungsstand: 02.07.2014

Präambel

Aufgrund des § 84 Abs. 3 Nr. 2 der Niedersächsischen Bauordnung (NBauO) vom 03.04.2012 hat der Rat der Gemeinde Rastede in seiner Sitzung am die folgenden örtlichen Bauvorschriften über die Regelung der Außenwerbung im Gemeindegebiet als Satzung beschlossen.

§ 1

Räumlicher Geltungsbereich

Der räumliche Geltungsbereich dieser Satzung umfasst die Seitenbereiche folgender Straßen in den Ortsteilen Rastede und Hahn-Lehmden der Gemeinde Rastede jeweils in einem Abstand von 40 m von der Fahrbahnkante:

Ortsteil Rastede

- **Oldenburger Straße**, von der Einmündung der Straße *Auf der Raade* bis zur Einmündung der Straße *Am Vorwerk*,
- **Kleibroker Straße**, von der *Oldenburger Straße* bis zur Einmündung der Straße *Am Brink*,
- **Raiffeisenstraße**, von der *Oldenburger Straße* bis zur Einmündung der Straße *Auf der Raade*,
- **Bahnhofstraße**, von der *Oldenburger Straße* bis zur Einmündung in die *Ladestraße*.

Ortsteil Hahn - Lehmden

- **Wilhelmshavener Straße**, von der Einmündung der Straße *Meenheitsweg* bis zur Einmündung der *Wiefelsteder Straße*.

Der räumliche Geltungsbereich dieser Satzung ist in den Anlagen 1 und 2 zeichnerisch dargestellt. Die Anlagen sind Bestandteil dieser Satzung.

§ 2

Sachlicher Anwendungsbereich

2.1

Die örtlichen Bauvorschriften dieser Satzung regeln die über die §§ 10 und 50 der NBauO hinausgehenden Anforderungen an die Anordnung und Art von Werbeanlagen.

2.2

Diese Satzung findet Anwendung bei der Neuerrichtung von Werbeanlagen sowie bei deren Um- oder Neugestaltung. Soweit bestehende Werbeanlagen den Anforderungen dieser Satzung nicht genügen, sind sie bei genehmigungspflichtiger Änderung oder Erneuerung den Regelungen dieser Satzung anzupassen.

2.3

Die örtlichen Bauvorschriften dieser Satzung gelten für alle Werbeanlagen im Sinne des § 50 Abs. 1 der NBauO.

2.4

Die Örtlichen Bauvorschriften über die Gestaltung von Werbeanlagen, die in Verbindung mit der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 60 „Ortskern Rastede“ und des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 8 „Oldenburger Straße / Bahnhofstraße“ erlassen wurden, haben weiterhin Bestand.

Werbeanlagen, die in den Geltungsbereichen der o. a. Bebauungspläne errichtet werden und gleichzeitig vom Geltungsbereich dieser Satzung erfasst werden, müssen damit sowohl den Anforderungen des jeweiligen Bebauungsplanes entsprechen als auch den Anforderungen dieser Satzung.

§ 3

Standort der Werbeanlagen

Innerhalb des räumlichen Geltungsbereiches dieser Satzung sind Werbeanlagen nur zur Eigenwerbung an der Stätte der Leistung zulässig. Dies gilt sowohl für direkt am Gebäude angebrachte Werbeanlagen als auch für freistehende Werbeanlagen (z. B. Aufsteller, Pylone und Fahnenmasten).

Ausgenommen von dieser Regelung sind:

- Auslagen, Dekorationen und Plakatwerbung in Fenstern und Schaukästen,
- Werbeanlagen, die vorübergehend für öffentliche Wahlen oder Abstimmungen angebracht oder aufgestellt werden.

Ausnahmsweise können Werbeanlagen auch auf einem Grundstück errichtet werden, das unmittelbar an das Grundstück der Stätte der Leistung angrenzt.

§ 4

Ausschluss von Werbeanlagen

Im räumlichen Geltungsbereich dieser Satzung sind folgende Werbeanlagen unzulässig:

1. Werbeanlagen mit beweglichen Teilen mit einer Ansichtsfläche größer als 1 qm,
2. Werbung in Form von Lauf-, Wechsel- und Blinklicht,
3. Lichtwerbung in folgenden Farben: RAL 1026 Leuchtgelb, RAL 2005 Leuchtorange, RAL 2007 Leuchthellorange, RAL 3024 Leuchtrot, RAL 3026 Leuchthellrot, RAL 6038 Leuchtgrün sowie Töne, die diesem Farbspektrum entsprechen,
4. Werbung mit Einsatz von Bildwerfern und Lasern (Lichtwerbung am Himmel oder auf Projektionsflächen),
5. Werbeanlagen, von denen Beschallungen zum Zwecke der Werbung ausgehen.

§ 5
Abweichungen nach § 66 NBauO

Die Bauaufsichtsbehörde kann Abweichungen von den Bestimmungen dieser Satzung zulassen, wenn die Einhaltung der Örtlichen Bauvorschriften im Einzelfall zu einer offenbar nicht beabsichtigten Härte führen würde.

§ 6
Ordnungswidrigkeiten

Ordnungswidrig handelt gemäß § 80 Abs. 3 NBauO, wer vorsätzlich oder fahrlässig eine Maßnahme durchführt oder durchführen lässt, die nicht den Anforderungen dieser örtlichen Bauvorschriften über die Regelung der Außenwerbung im Gemeindegebiet entspricht.

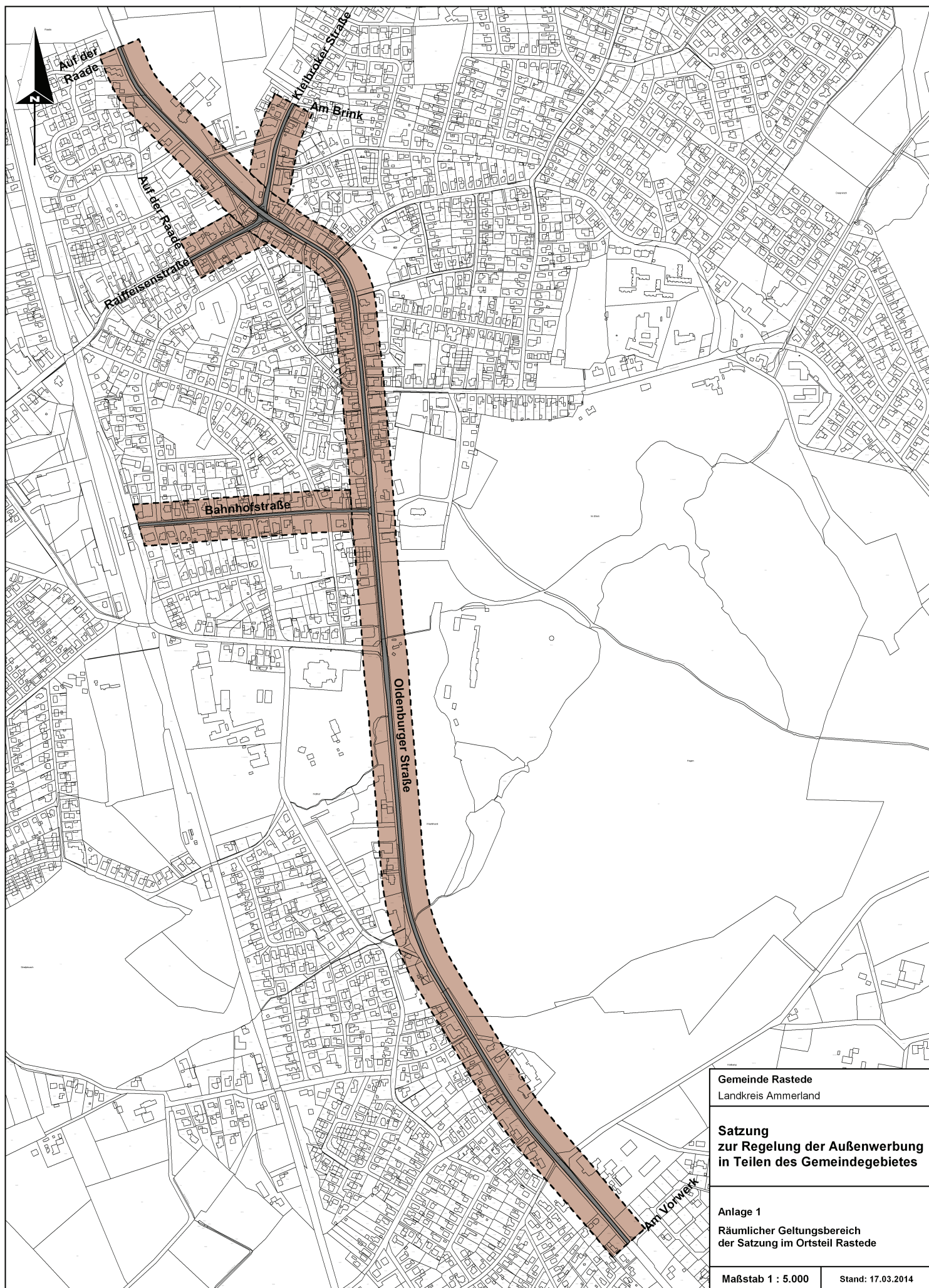
Gemäß § 80 Abs. 5 NBauO können Ordnungswidrigkeiten mit einer Geldbuße geahndet werden.

§ 7
Inkrafttreten

Diese örtlichen Bauvorschriften zur Regelung der Außenwerbung im Gemeindegebiet treten am Tage nach ihrer ortsüblichen Bekanntmachung in Kraft.

Rastede, den

.....
Der Bürgermeister



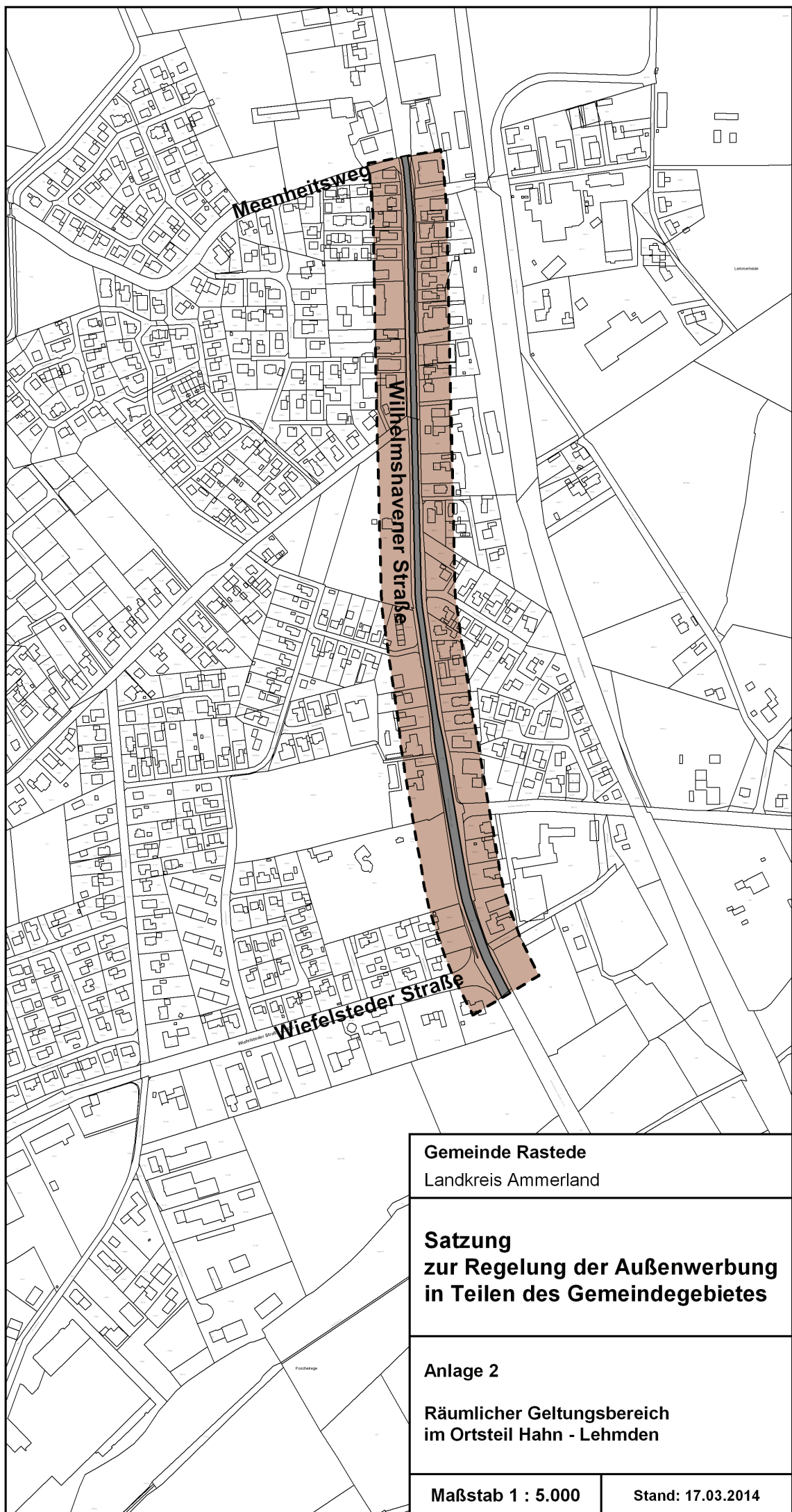
Gemeinde Rastede
Landkreis Ammerland

**Satzung
zur Regelung der Außenwerbung
in Teilen des Gemeindegebietes**

Anlage 1
Räumlicher Geltungsbereich
der Satzung im Ortsteil Rastede

Maßstab 1 : 5.000

Stand: 17.03.2014



Gemeinde Rastede
Landkreis Ammerland

Satzung
zur Regelung der Außenwerbung
in Teilen des Gemeindegebietes

Anlage 2

Räumlicher Geltungsbereich
im Ortsteil Hahn - Lehmden

Maßstab 1 : 5.000

Stand: 17.03.2014

Gemeinde Rastede

Landkreis Ammerland



Satzung der Gemeinde Rastede zur Regelung der Außenwerbung in Teilen des Gemeindegebietes

Örtliche Bauvorschriften gemäß § 84 Abs. 3 Nr. 2 der Niedersächsischen Bauordnung (NBauO)

Begründung

Inhalt

1. Anlass und Zielsetzung
2. Regelungsinhalte
 - 2.1 Räumlicher Geltungsbereich (§ 1)
 - 2.2 Sachlicher Anwendungsbereich (§ 2)
 - 2.3 Standort der Werbeanlagen (§ 3)
 - 2.4 Ausschluss von Werbeanlagen (§ 4)
3. Hinweise zur Anwendung der Satzung

Fassung zum Satzungsbeschluss

Planungsstand: 02.07.2014

1. Anlass und Zielsetzung

Der Wettbewerb im Gewerbe, im Einzelhandel, im Dienstleistungssektor und in der Gastronomie führt zu einem wachsenden Druck auf die Betreiber, sich durch immer auffälligeres Marketingmaßnahmen am Markt zu behaupten. Durch den Fortschritt der Technik im Bereich der Werbemedien wird dieser Prozess noch unterstützt. Als Folge davon droht den Städten und Dörfern eine Überfrachtung der öffentlichen Räume mit einer Vielzahl von verschiedenen Werbeanlagen, was zu einer empfindlichen Störung des Ortsbildes führen kann.

In der Gemeinde Rastede konnte das Ortsbild bislang weitgehend von störenden Werbeanlagen freigehalten werden. Damit auch in Zukunft eine klare Entscheidungsgrundlage hinsichtlich der Zulässigkeit von Werbeanlagen gegeben ist, hat sich die Gemeinde Rastede entschlossen, über die Vorgaben der §§ 10 und 50 NBauO hinausgehend, die Außenwerbung in Teilen des Gemeindegebietes durch den Erlass von örtlichen Bauvorschriften zu regeln.

Einen besonderen Schutzanspruch an das Ortsbild haben insbesondere die Straßenzüge, die von Baudenkmalen bzw. von besonders ortsbildprägenden Gebäuden bestimmt werden. Betroffen davon sind im Ortsteil Rastede vornehmlich die *Oldenburger Straße* einschließlich der Einmündungsbereiche der *Kleibroker Straße* und der *Raiffeisenstraße* sowie die *Bahnhofstraße*; im Ortsteil Hahn-Lehmden die *Wilhelmshavener Straße*.

Kernstück der Satzung ist deshalb die Festlegung, dass entlang dieser Streckenabschnitte Werbeanlagen grundsätzlich nur an der Stätte der Leistung zulässig sind. Fremdwerbung wird in diesen Bereichen nicht zugelassen. Damit soll eine Überfrachtung der Straßenräume mit Werbeanlagen verhindert werden, die sich negativ auf das Ortsbild im Umfeld der denkmalgeschützten bzw. ortsbildprägenden Bausubstanz auswirken würde.

Darüber hinaus werden in der Satzung einige besonders störende Werbeanlagen grundsätzlich ausgeschlossen.

Mit diesen Regelungen verfolgt die Gemeinde Rastede auch das städtebauliche Ziel, das berechnete Interesse der Gewerbetreibenden an der Präsentation ihres Angebotes, mit dem Schutz des Erscheinungsbildes der betroffenen Straßenzüge in Einklang zu bringen.

Deshalb wird den örtlichen Gewerbetreibenden weitgehend freie Hand bei der Gestaltung ihrer Werbeanlagen an der Stätte der Leistung gelassen. Einschränkungen ergeben sich dabei nur durch die Vorgaben des § 50 Abs. 2 NBauO, nach denen Werbeanlagen nicht erheblich belästigen dürfen, durch den § 4 der Satzung, in dem einige besonders störende Werbeanlagen ausgeschlossen werden und durch weitergehende Regelungen, die im Rahmen der Aufstellung von Bebauungsplänen getroffen wurden (vgl. § 2 Abs. 4 der Satzung).

Nicht zulässig sind dagegen Einrichtungen für Fremdwerbung, also Werbeträger für nicht am Ort der Werbung ansässige Betriebe, Dienstleistungen oder Produkte. Hierbei ist der Nutzen für die Gemeinde sehr gering, das Störpotenzial aufgrund einer möglichen Überhäufung von Anlagen für das Ortsbild, insbesondere für Straßenzüge, die von Baudenkmalen geprägt werden, jedoch groß. Außerdem besteht die Gefahr, dass die Werbung der örtlichen Betriebe nicht ihre volle Wirkung entfaltet, wenn sie von Fremdwerbung überlagert wird.

Durch die vorliegende Satzung werden somit besondere Anforderungen an den Standort und die Art von Werbeanlagen gestellt. Die örtlichen Bauvorschriften sollen einer möglichen Abwertung des Ortsbildes in den betroffenen Straßenräumen entgegenwirken und für die örtlichen Gewerbetreibenden Rechtssicherheit hinsichtlich der Errichtung ihrer Werbeanlagen bieten.

2. Regelungsinhalte

2.1 Räumlicher Geltungsbereich (§ 1)

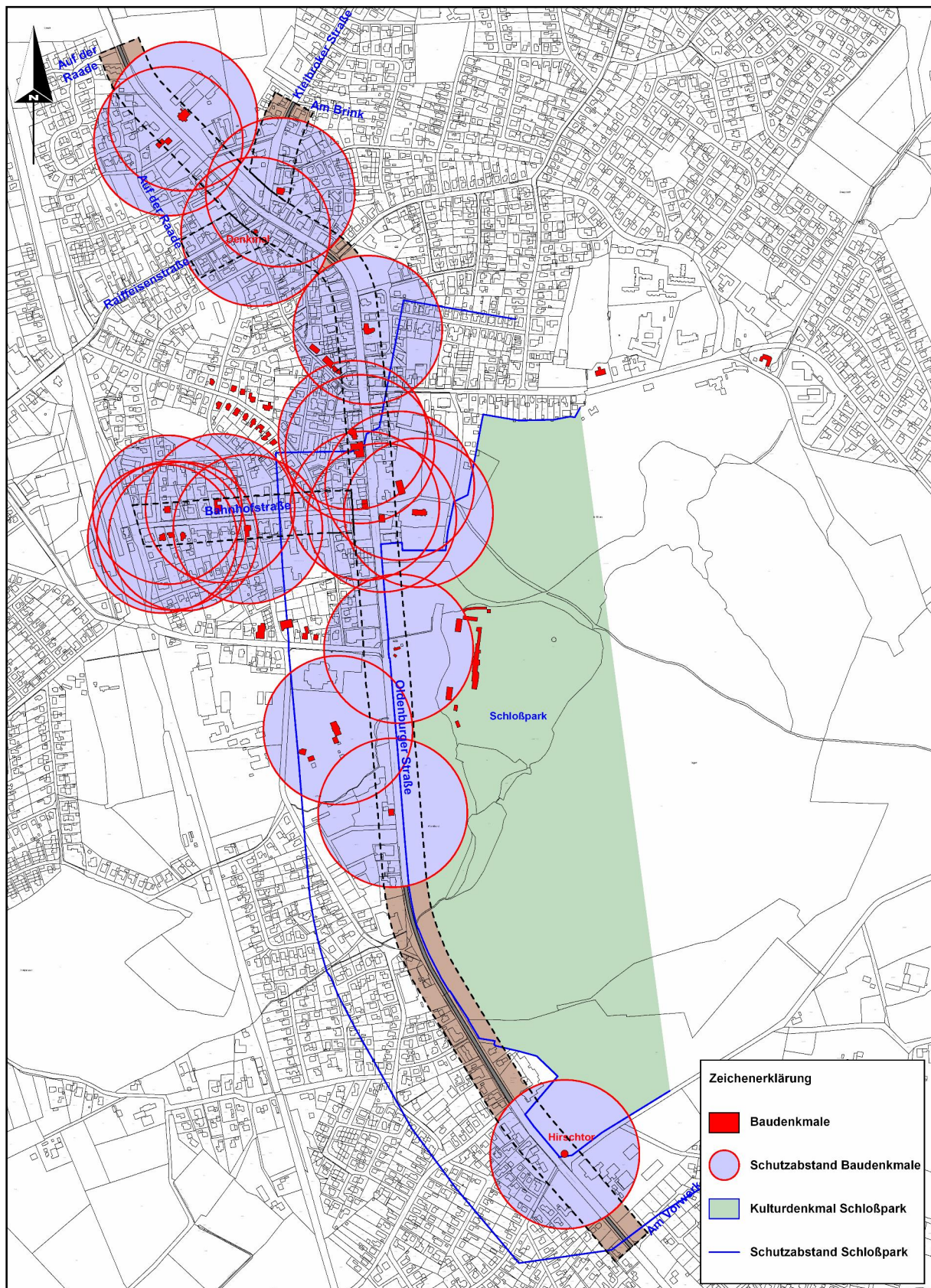
Ortsteil Rastede

Aufgrund der Zielsetzung der Satzung, nämlich die Eigenart und den Eindruck der Baudenkmale und ihres Umfeldes entlang der Durchfahrtsstraßen zu erhalten bzw. hervorzuheben, wird der räumliche Geltungsbereich der Satzung auf die Seitenbereiche der betroffenen Streckenabschnitte der *Oldenburger Straße*, der *Kleibroker Straße*, der *Raiffeisenstraße* und der *Bahnhofstraße* bis zu einer Entfernung von 40 m bis zur Fahrbahnkante (durchschnittliche Grundstückstiefe) beschränkt. Hier ist ein ausreichender Denkmalbesatz vorhanden, die die Einschränkung des Eigentumsgrundrechts und der freien Marktentfaltung rechtfertigt.

Entlang der betroffenen Straßenabschnitte befinden sich folgende denkmalgeschützte Gebäude bzw. sonstige Kulturgüter:

- Oldenburger Straße 198	Torhäuschen
- Oldenburger Straße 200	Kavaliershaus
- Oldenburger Straße 202/202a	Gartenpavillon
- Oldenburger Straße 202/202a	Gesamter Schlosspark
- Oldenburger Straße 202/202a	Schloss
- Oldenburger Straße 202/202a	Marstall
- Oldenburger Straße 204	Torhäuschen II
- Oldenburger Straße 219	Gasthaus, ehemals Rasteder Hof
- Oldenburger Straße 229	Wohn-/Geschäftshaus
- Oldenburger Straße 233	Wohn-/Geschäftshaus
- Oldenburger Straße 256	Villa
- Oldenburger Straße 295	Wohnhaus
- Oldenburger Straße 310	Wohnhaus
- Oldenburger Straße / Parkstraße	Hirschtor
- Oldenburger Straße / Raiffeisenstraße	Denkmal
- Oldenburger Straße / Feldbreite	Palais
- Bahnhofstraße 2	Gasthaus, ehemals Rasteder Hof
- Bahnhofstraße 13/13a	Wohnhaus
- Bahnhofstraße 18	Wohnhaus
- Bahnhofstraße 23	Wohnhaus
- Bahnhofstraße 24a	Wohnhaus
- Bahnhofstraße 25	Wohnhaus
- Bahnhofstraße 27	Wohnhaus
- Denkmalplatz	Kirche, Pastorat, Wohnhaus

Die genaue Lage der Bau- und Kulturdenkmale sind der nachfolgenden Karte zu entnehmen.



Die Gemeinde Rastede hält einen Abstand von 150 m zu den Baudenkmalen für angemessen, um den Umgebungsschutz sicherzustellen. Aufgrund des besonderen Erscheinungsbildes des Schloßparks mit seinen Gebäuden, Einrichtungen (z. B. das Hirschtor) und Grünanlagen wird dafür ein Schutzabstand von 200 m angesetzt.

Wie aus der obigen Karte hervorgeht, wird fast der gesamte Geltungsbereich dieser Satzung durch die Schutzbereiche für die Baudenkmale und den Schloßpark abgedeckt. Lediglich die Enden des Geltungsbereiches im Bereich der Oldenburger Straße und der Kleibroker Straße bilden dabei eine Ausnahme. Hier wird der räumliche Geltungsbereich jeweils bis zur nächstgelegenen Straßeneinmündung gezogen, um einen klar definierten Bezugspunkt zu erhalten.

Zur rechtlichen Klarstellung wird der räumliche Geltungsbereich im Ortsteil Rastede in einer Karte dargestellt, die als Anlage 1 beigelegt und Bestandteil der Satzung ist.

Ortsteil Hahn-Lehmden

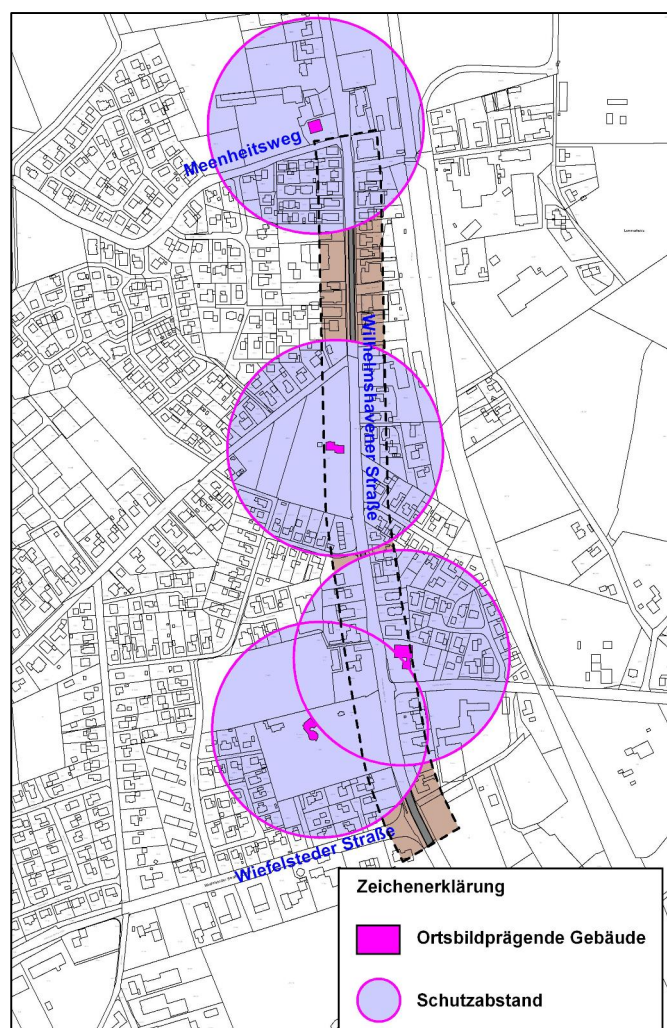
Im Ortsteil Hahn-Lehmden sind entlang der *Wilhelmshavener Straße* zwar keine Objekte als Baudenkmal ausgewiesen, dafür wurden jedoch im Zuge einer Voruntersuchung zur Dorferneuerung vier Gebäude bzw. Hofstellen als besonders ortsbildprägend und erhaltenswert identifiziert. Dabei handelt es sich um folgende Objekte (siehe auch nachstehende Karte):

- Wilhelmshavener Str. 231
- Wilhelmshavener Str. 189
- Wilhelmshavener Str. 168
- Wilhelmshavener Str. 155 (Kirche)

Aus der Karte sind auch die jeweiligen Schutzbereiche (Radius 150 m) für die Objekte ersichtlich.

Zwischenzeitlich wurde die Maßnahme **Rastede - Nord** (mit den Orten Hahn-Lehmden, Nethen, Bekhausen mit Wapeldorf, Rasteder Berg und Heubült sowie Delfshausen mit Lehmdermoor und Kleibrok) in das Dorferneuerungsprogramm aufgenommen.

Im Rahmen der Umsetzung der Dorferneuerungsmaßnahme ist unter anderem vorgesehen, ein gestalterisches Gesamtkonzept für die öffentlichen Dorffinnenbereiche in Hahn-Lehmden zu erstellen. Durch die gestalterische Anpassung der öffentlichen Räume an einen dorftypischen Charakter wird die Attraktivität des Dorfkerns gefördert und die Außenwirkung verbessert. Ergänzend dazu sollen die ortsbildprägenden Gebäude gesichert und wo es erforderlich ist, auch gestalterisch aufgewertet werden.



Um diese bestimmten städtebaulichen Absichten zu unterstützen und insbesondere die ortsbildprägenden Gebäude in ihrer Wirkung auf das Erscheinungsbild des Ortes nicht zu beeinträchtigen, wird auch der Streckenabschnitt der *Wilhelmshavener Straße* zwischen Einmündung *Meenheitsweg* und Einmündung *Wiefelsteder Straße* in den Geltungsbereich der Satzung aufgenommen. Wie auch im Ortsteil Rastede wird der räumliche Geltungsbereich der Satzung auf die Seitenbereiche des betroffenen Streckenabschnitts bis zu einer Entfernung von jeweils 40 m bis zur Fahrbahnkante (durchschnittliche Grundstückstiefe) beschränkt.

Zur rechtlichen Klarstellung wird der räumliche Geltungsbereich im Ortsteil Hahn-Lehmden in einer Karte dargestellt, die als Anlage 2 beigelegt und Bestandteil der Satzung ist.

2.2 Sachlicher Anwendungsbereich (§ 2)

Gemäß § 84 Abs. 3 NBauO kann eine Gemeinde, um bestimmte städtebauliche, baugestalterische oder ökologische Absichten zu verwirklichen oder um die Eigenart oder den Eindruck von Baudenkmälern zu erhalten oder hervorzuheben, auch über die in den §§ 10 und 50 genannten Anforderungen hinaus gehend, durch örtliche Bauvorschrift für bestimmte Teile des Gemeindegebietes besondere Anforderungen an die Art, Gestaltung oder Einordnung von Werbeanlagen stellen, sie insbesondere auf bestimmte Gebäudeteile, auf bestimmte Arten, Größen, Formen und Farben beschränken oder in bestimmten Gebieten oder an bestimmten baulichen Anlagen ausschließen. Aufgrund dieser Ermächtigung wird die vorliegende Satzung aufgestellt und regelt die zulässige Anordnung und Art von Werbeanlagen.

Die örtlichen Bauvorschriften dieser Satzung gelten für alle Werbeanlagen im Sinne des § 50 Abs. 1 NBauO. Dieser definiert Werbeanlagen als örtlich gebundene Einrichtungen, die der Ankündigung oder Anpreisung oder als Hinweis auf Gewerbe oder Beruf dienen und von allgemein zugänglichen Verkehrs- oder Grünflächen aus sichtbar sind. Hierzu zählen insbesondere Schilder, Beschriftungen, Bemalungen, Lichtwerbungen, Schaukästen sowie für Zettel- und Bogenanschlüsse oder Lichtwerbung bestimmte Säulen, Tafeln und Flächen.

Die vorliegende Satzung ist bei der Neuerrichtung sowie bei der Um- oder Neugestaltung von allen dauerhaften Werbeanlagen anzuwenden. Somit genießen bestehende Werbeanlagen Bestandsschutz, auch wenn sie den Anforderungen dieser Satzung nicht genügen. Diese sind jedoch bei einer Änderung oder Erneuerung den Regelungen der Satzung anzupassen. Die Satzung gilt auch für Werbeanlagen, die keiner baurechtlichen Genehmigung bedürfen, da auch von ihnen negative Auswirkungen auf das Ortsbild ausgehen können.

Angemerkt sei an dieser Stelle, dass für städtebaulich besonders sensible Bereiche in der Ortslage Rastede, die Gestaltung von Werbeanlagen bereits im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung geregelt wird. Die dort erlassenen Örtlichen Bauvorschriften über Gestaltung bleiben weiterhin in Kraft. Werbeanlagen, die in den Geltungsbereichen der in der Satzung angeführten Bebauungspläne errichtet werden und gleichzeitig vom Geltungsbereich dieser Satzung erfasst werden, müssen somit sowohl den Anforderungen des jeweiligen Bebauungsplanes entsprechen als auch den Anforderungen dieser Satzung.

2.3 Standort der Werbeanlagen (§ 3)

Im § 3 der Satzung wird geregelt, dass innerhalb ihres räumlichen Geltungsbereiches Werbeanlagen für Fremdwerbung ausgeschlossen werden. Solche Werbeträger sind erst in einem Abstand von mehr als 40 m von der Fahrbahnkante zulässig. Somit ist davon auszugehen, dass eine Störung oder Beeinträchtigung des Erscheinungsbildes des Straßenraums und der sich direkt anschließenden denkmalgeschützten oder ortsbildprägenden Bebauung unterbleibt.

Werbeanlagen sind nur dann zulässig, wenn sie sich an der Stätte der Leistung befinden. Damit kommt in der Regel nur das betreffende Betriebsgrundstück als Standort in Frage. In Ausnahmefällen (z. B. bei Grenzbebauung) kann auch das direkt angrenzende Grundstück noch der Stätte der Leistung zugeordnet werden.

Ausgenommen von dieser Regelung sind Auslagen, Dekorationen und Plakatwerbung in Fenstern und Schaukästen sowie Werbeanlagen, die vorübergehend für öffentliche Wahlen oder Abstimmungen angebracht oder aufgestellt werden. Diese Ausnahmeregelung erlaubt es zum Beispiel, dass in Schaufenstern Plakate mit Werbung für kulturelle oder sonstige Veranstaltungen aufgehängt werden, was der gängigen Praxis entspricht und sich nicht wesentlich störend auf das Ortsbild auswirkt. Darüber hinaus gehört es zum Wesen von Schaufenstern, Hinweise auf Produkte oder Hersteller zu geben, auch wenn diese keinen direkten Bezug zur Stätte der Leistung haben. Werbeeinrichtungen, die im Vorfeld öffentlicher Wahlen oder Abstimmungen errichtet werden, sind grundsätzlich nur temporär zulässig und stören damit nicht dauerhaft das Erscheinungsbild des öffentlichen Raums.

2.4 Ausschluss von Werbeanlagen (§ 4)

Wie oben bereits angeführt, will die Gemeinde Rastede die Art der Gestaltung von Werbeanlagen weitgehend den Gewerbetreibenden überlassen.

Da jedoch einige Werbemedien als besonders störend und aufdringlich empfunden werden bzw. von einigen Werbemedien auch eine Beeinträchtigung der Verkehrssicherheit ausgehen kann, werden Werbeanlagen mit beweglichen Teilen mit einer Ansichtsfläche, die größer als 1 qm ist, Werbung in Form von Lauf-, Wechsel- und Blinklicht, Lichtwerbung in grellen Farben sowie Werbung mit Einsatz von Bildwerfern und Lasern (Lichtwerbung am Himmel oder auf Projektionsflächen) grundsätzlich ausgeschlossen.

Gleiches gilt grundsätzlich für Werbeanlagen, von denen Beschallungen zum Zwecke der Werbung ausgehen. Ausnahmen hiervon können gemäß § 5 der Satzung zu besonderen Anlässen (z. B. Betriebsjubiläen oder Gemeindefeste) auf Antrag bei der Gemeinde Rastede zeitlich begrenzt zugelassen werden.

3. Hinweise zur Anwendung der Satzung

1.

Diese örtlichen Bauvorschriften sind in Ergänzung zu den Vorgaben des § 50 NBauO und den Festsetzungen der verbindlichen Bauleitplanung anzuwenden.

2.

Die Anwendung des Niedersächsischen Straßengesetzes (NStrG) und des Niedersächsischen Denkmalschutzgesetzes (NDSchG) bleibt von den Vorschriften dieser Satzung unberührt.

Werbeanlagen an Baudenkmalen müssen neben der Einhaltung der Satzung auch den denkmalrechtlichen Anforderungen genügen. Hierfür ist eine denkmalrechtliche Genehmigung nach § 10 NDSchG bei der Unteren Denkmalschutzbehörde des LK Ammerland einzuholen. Ferner ist auch eine denkmalrechtliche Genehmigung nach § 8 NDSchG erforderlich, wenn in der Umgebung eines Baudenkmals eine Werbeanlage errichtet werden soll.

Bei der Platzierung von Werbeanlagen sind innerhalb der förmlich festgelegten Ortsdurchfahrten die Anforderungen der Ziffer 6.3.9.3 (freizuhaltende Sichtfelder) der Richtlinien für die Anlage von Stadtstraßen (RASt 06) zu beachten.

3.

Um nicht beabsichtigte Härten für die Bauherrin bzw. den Bauherrn einer Werbeanlage zu vermeiden, erlaubt der § 5 der Satzung in Einzelfällen Abweichungen von den Bestimmungen der Satzung.

Abweichungen können von der Bauaufsichtsbehörde nur zugelassen werden, wenn diese unter Berücksichtigung des Zwecks der jeweiligen Anforderung und unter Würdigung der öffentlich-rechtlich geschützten nachbarlichen Belange mit den öffentlichen Belangen, insbesondere den Anforderungen nach § 3 Abs. 1 NBauO vereinbar sind. Die Zulassung einer Abweichung bedarf eines schriftlichen und begründeten Antrags. Über den Antrag entscheidet der Landkreis Ammerland im Einvernehmen mit der Gemeinde Rastede.

4.

Damit der § 80 Abs. 3 NBauO (Ordnungswidrigkeiten) zum tragen kommt, wird in § 6 der Satzung auf diese Bußgeldvorschrift verwiesen.

5.

Abweichend vom § 10 Abs. 3 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes tritt die Satzung am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

**GEMEINDE RASTEDE
LANDKREIS AMMERLAND**

**Entwurf der Satzung
zur Regelung der Außenwerbung
in Teilen des Gemeindegebietes**

Abwägung der im Rahmen

- **der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB,**
- **der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB**

eingegangenen Stellungnahmen

Im Rahmen der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB wurden keine Stellungnahmen abgegeben.

Die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie die Abwägungsergebnisse der Gemeinde Rastede zu diesen Stellungnahmen sind aus der nachfolgenden Aufstellung ersichtlich.

Stand: 27.06.14

**Niedersächsische Landesbehörde
für Straßenbau und Verkehr (GB Oldenburg)
(Stellungnahme vom 21.05.14)**

1.

Der Geltungsbereich o. g. Satzung beinhaltet u. a. die L 825, die K 131 und die K 133 innerhalb gem. § 4 (2) NstrG festgesetzter Ortsdurchfahrten.

Neben dem Nieders. Straßengesetz sind innerhalb der Ortsdurchfahrten auch die Richtlinien für die Anlage von Stadtstraßen (RASt 06) zu beachten, d. h. bei der Genehmigung / Aufstellung von Werbetafeln sind die gemäß RAST 06, Ziff. 6.3.9.3 in den Knotenpunkten und einmündenden Zufahrten freizuhaltenden Sichtfelder zu berücksichtigen (siehe Anlage). Ich bitte, einen Hinweis zu den freizuhaltenden Sichtfeldern in den Bebauungsplanentwurf aufzunehmen.

2.

Nach Abschluss des Verfahrens bitte ich unter Bezug auf Ziffer 38.2 der Verwaltungsvorschriften zum BauGB um Übersendung von zwei Ablichtungen des gültigen Bauleitplanes.

Abwägung der Gemeinde Rastede

zu 1.

Der Anregung wird gefolgt.

Ein Hinweis auf die RAST 06, Ziff. 6.3.9.3 wird in die Begründung zur Satzung (Kapitel 3) aufgenommen.

zu 2.

Der Bitte wird gefolgt.

**Landkreis Ammerland
(Stellungnahme vom 18.06.2014)**

1.

Ich weise darauf hin, dass von örtlichen Bauvorschriften über Gestaltung Abweichungen nach § 66 NBauO erteilt werden können, jedoch keine Ausnahmen und Befreiungen. Die Bauaufsichtsbehörde kann danach Abweichungen von Anforderungen dieses Gesetzes und aufgrund dieses Gesetzes erlassener Vorschriften zulassen, wenn diese unter Berücksichtigung des Zwecks der jeweiligen Anforderung unter Würdigung der öffentlich-rechtlich geschützten nachbarlichen Belange mit den öffentlichen Belangen insbesondere den Anforderungen nach § 3 Abs. 1 NBauO vereinbar sind. Ich bitte daher, § 5 der Satzung entsprechend zu korrigieren.

2.

Ich bitte weiter, den Hinweis meiner Unteren Denkmalschutzbehörde zu beachten, wonach das Anbringen von Werbeanlagen an einem Baudenkmal der Genehmigungspflicht gemäß § 10 Nds. Denkmalschutzgesetz (NDSchG) unterliegt.

Ferner muss das Aufstellen einer Werbeanlage auf der Grundlage des Umgebungsschutzes gemäß § 8 NDSchG beurteilt und gemäß § 10 NDSchG genehmigt werden. Der Umgebungsschutz eines Baudenkmals kann im Einzelfall dazu führen, dass auch für Werbeanlagen außerhalb des Satzungsbereiches Verbote bestehen können.

3.

Abschließend bitte ich um Beachtung der Stellungnahme der Nieders. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr vom 21.5.2014.

Abwägung der Gemeinde Rastede

zu 1.

Der Anregung wird gefolgt.

Der § 5 der Satzung wird entsprechend korrigiert und erhält nunmehr folgende Fassung:

§ 5

Abweichungen nach § 66 NBauO

Die Bauaufsichtsbehörde kann Abweichungen von den Bestimmungen dieser Satzung zulassen, wenn die Einhaltung der Örtlichen Bauvorschriften im Einzelfall zu einer offenbar nicht beabsichtigten Härte führen würde.

zu 2.

Der Anregung wird gefolgt.

Ein entsprechender Hinweis ist bereits im Kapitel 3 der Begründung zur Satzung enthalten.

zu 3.

Der Bitte wird gefolgt.

**Oldenburgische
Industrie- und Handelskammer
(Stellungnahme vom 23.06.14)**

1.

Die Gemeinde Rastede verfolgt mit der Aufstellung der oben genannten Bauvorschrift (im Folgenden „Satzung“ genannt) das Ziel, die Werbung an den Hauptdurchfahrtsstraßen zu regeln. Das Interesse der Gewerbetreibenden an der Präsentation soll mit dem Schutz des Erscheinungsbildes der einzelnen Ortschaften in Einklang gebracht werden.

Mit Schreiben vom 24.06.2013 haben wir uns zu dem Verfahren bereits geäußert.

Die Aufstellung einer Außenwerbesatzung ist grundsätzlich zu befürworten, wenn das Ziel verfolgt wird, die Erhaltung und Qualifizierung der städtebaulichen und gestalterischen Qualitäten einer Gemeinde mit der qualitativen Aufwertung der Werbemöglichkeiten für die Gewerbetreibenden zu verbinden.

Wir begrüßen, dass die Gemeinde Rastede unserer Empfehlung gefolgt ist, den Handels- und Gewerbeverein (HGV) Rastede e.V. in die Entwicklung der Satzung mit einzubeziehen. Der HGV Rastede e.V. macht keine Einwände gegen den beabsichtigten Regelungsinhalt der Satzung geltend.

Zudem haben wir in unserer Stellungnahme empfohlen, den Gewerbetreibenden in Nebenstraßen die Möglichkeit zu bieten, auf sich aufmerksam machen zu können, solange die städtebaulichen und gestalterischen Qualitäten gewahrt bleiben.

In ihrer Abwägung folgt die Gemeinde Rastede dieser Anregung. Sie wird bei Bedarf entsprechende Überlegungen anstellen und mit den betroffenen Gewerbetreibenden abstimmen.

Mit Paragraph 5 der Satzung ist die Möglichkeit gegeben, Ausnahmen und Befreiungen von den Bestimmungen dieser Satzung zuzulassen. Wir gehen davon aus, dass Paragraph 5 insbesondere dann Anwendung findet, wenn Gewerbetreibende in Nebenstraßen entsprechende Anliegen umsetzen wollen.

Vor diesem Hintergrund haben wir gegen die Aufstellung einer örtlichen Bauvorschrift zur Regelung der Außenwerbung in Teilen des Gemeindegebietes keine Bedenken.

Abwägung der Gemeinde Rastede

zu 1.

Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.

B e s c h l u s s v o r l a g e**Vorlage-Nr.: 2014/031A**

freigegeben am 07.07.2014

GB 2

Sachbearbeiter/in: Sabine Meyer

Datum: 25.06.2014**Schaffung eines gemeinsamen Schuleinzugsbereiches "Am Stratjebusch" -
Antrag der CDU-Fraktion****Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
N	21.07.2014	Verwaltungsausschuss
Ö	22.07.2014	Rat

Beschlussvorschlag:

Im Rahmen des Geltungsbereiches der 60. Änderung des Flächennutzungsplanes „Wohngebiet Am Stratjebusch“ werden die Schuleinzugsgebiete der Grundschulen Leuchtenburg und Feldbreite zu einem gemeinsamen Schuleinzugsbereich mit Wahlmöglichkeit für beide Grundschulen ab dem Schuljahr 2015/2016 zusammengefasst.

Die Satzung über die Anpassung der Schuleinzugsgebiete Feldbreite und Leuchtenburg wird in der als Anlage beigelegten Fassung nebst Anlage beschlossen.

Sach- und Rechtslage:**Beschlussauszug****öffentliche Sitzung des Schulausschusses vom 29.04.2014****Tagesordnungspunkt 6****Schaffung eines gemeinsamen Schuleinzugsbereiches "Am Stratjebusch" - Antrag der
CDU-Fraktion****Vorlage: 2014/031****Sitzungsverlauf:**

Herr Alexander von Essen weist ergänzend zum Antrag eingangs darauf hin, dass die Grundschule Leuchtenburg sehr gut angenommen wird und attraktiv ist, sodass es aus Sicht der CDU-Fraktion sinnvoll ist, mit der Schaffung eines gemeinsamen Schuleinzugsbereiches die Schule dauerhaft auf sichere Beine zu stellen. Im Übrigen sprechen auch die direkte Nähe und die Anbindung des Baugebietes über den Tunnelweg für eine Änderung.

Herr Sundermann weist auf entsprechendem Hinweis von Herrn Alexander von Essen darauf hin, dass die Schülerinnen und Schüler aus dem Baugebiet Südlich Schlosspark keinen Vorrang haben, sondern aufgrund des derzeit laufenden Anmeldeverfahrens für das Schuljahr 2015/16 bereits die Plätze an den Schulen vergeben werden, sodass für das Baugebiet Stratjebusch nach derzeitigen Erkenntnissen zum Schuljahr 2015/16 keine beziehungsweise nur noch einige Restplätze in Leuchtenburg zur Verfügung stehen werden.

Herr Janßen unterstreicht ebenfalls die gute Anbindung des Baugebietes an die Grundschule Leuchtenburg, betont jedoch, dass eine Entscheidung zum jetzigen Zeitpunkt nicht zielführend ist, sondern stattdessen die Ergebnisse der soeben beauftragten Planungen erst einmal abzuwarten und den Tagesordnungspunkt solange zurückzustellen.

Herr Roese bemerkt, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Antrag kritisch diskutiert hat und unter anderem zu der Auffassung gekommen ist, dass den Eltern keine Hoffnung auf ein Wahlrecht gemacht werden darf, das bis auf wenige Restplätze faktisch aufgrund der derzeit laufenden Platzvergabe zum Schuljahr 2015/16 nicht besteht.

Herr Alexander von Essen betont, dass die CDU-Fraktion die Situation ganz anders betrachtet und mit dem Antrag auch vor dem Hintergrund der stets schwankenden Schülerzahlen erreicht werden soll, Planungssicherheit für die nächsten Jahre zu haben.

Frau Fisbeck unterstützt den CDU-Antrag sowie die Wahlmöglichkeit unter verschiedenartig strukturierten und konzipierten Schulen ausdrücklich und betont, dass sich trotz einiger Widerstände die Schaffung eines gemeinsamen Schuleinzugsbereiches für den Bereich Südlich Schlosspark mit entsprechenden Wahlmöglichkeiten bewährt hat. Im Übrigen hat sich die FDP stets gegen starre Einzugsbereiche ausgesprochen und stattdessen ein Wahlrecht für die Eltern gefordert.

Herr Süre bemerkt, dass der CDU-Antrag grundsätzlich in die richtige Richtung geht, jedoch zum jetzigen Zeitpunkt nicht sinnvoll ist, sodass wie von Herrn Janßen eingangs bereits erläutert zunächst die Planungsergebnisse abgewartet werden sollten, bevor abschließend über die Schuleinzugsgebiete entschieden wird.

Sodann lässt der Ausschussvorsitzende Herr Krause über den weitergehenden Antrag der SPD-Fraktion, den Tagesordnungspunkt zunächst zurückzustellen, abstimmen.

Bei 5 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und einer Enthaltung wird der Antrag abgelehnt.

Abschließend lässt der Ausschussvorsitzende Herr Krause über den eingereichten CDU-Antrag abstimmen.

Beschlussempfehlung:

Im Rahmen des Geltungsbereiches der 60. Änderung des Flächennutzungsplanes „Wohngebiet am Stratjebusch“ werden die Schuleinzugsgebiete der Grundschulen Leuchtenburg und Feldbreite zu einem gemeinsamen Schuleinzugsbereich mit Wahlmöglichkeit für beide Grundschulen ab dem Schuljahr 2015/2016 zusammengefasst.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	5
Enthaltung:	2
Ungültige Stimmen:	

Entsprechend den Vorgaben des Niedersächsischen Schulgesetzes sind Schuleinzugsbereiche vom Schulträger festzulegen. Bisher ist der Geltungsbereich des 60. Flächennutzungsplanes der Grundschule Feldbreite zugeordnet. Auf die Vorlage 2014/031 wird Bezug genommen.

Die Erklärung der Erziehungsberechtigten bezüglich der Schulwahl, die regelmäßig bis zum 30.04. des Jahres vor der Einschulung abzugeben ist, soll nunmehr für den Bereich „Am Stratjebusch“ gegenüber der Grundschule Feldbreite abgegeben werden. Das Sekretariat der Grundschule Feldbreite ist kontinuierlich besetzt. Als zentrale Anlaufstelle soll von dort bereits zum Zeitpunkt der Meldung überwacht werden, dass die Einzügigkeit der Grundschule Leuchtenburg bzw. die Zweizügigkeit der Grundschule Feldbreite nicht überschritten wird.

Finanzielle Auswirkungen:

Keine.

Anlagen:

1. Entwurf der Satzung über die Anpassung der Schuleinzugsgebiete Feldbreite und Leuchtenburg.
2. Übersichtsplan

Satzung über die Anpassung der Schuleinzugsgebiete Feldbreite und Leuchtenburg

Aufgrund der §§ 10 und 58 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes in der Fassung vom 17.12.2010 (Nds. GVBl. S. 576) zuletzt geändert durch Gesetz vom 16.12.2013 (Nds. GVBl. S. 307), und des § 63 Abs. 2 des Niedersächsischen Schulgesetzes (NSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.03.1998 (Nds. GVBl. S. 137), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 19.06.2013 (Nds. GBVl. S. 165), hat der Rat der Gemeinde Rastede am 22.07.2014 folgende Satzung beschlossen:

§ 1 Allgemeines

Die Gemeinde Rastede ist Schulträger für die Grundschulen im Gemeindegebiet Rastede. Sie legt gemäß § 63 Abs. 2 des Niedersächsischen Schulgesetzes als Schulträger die Schulbezirke fest.

§ 2 Gegenstand

Für die Schuleinzugsgebiete der Grundschulen Feldbreite und Leuchtenburg wird für das nachfolgend näher bezeichnete Teilgebiet ein Wahlrecht eingeräumt, durch Erklärung eine Beschulung des schulpflichtigen Kindes entweder an der Grundschule Feldbreite oder an der Grundschule Leuchtenburg wahrzunehmen. Das Teilgebiet ist gemeinsamer Schuleinzugsbereich für die Grundschulen Feldbreite und Leuchtenburg.

Das Wahlrecht findet eine Begrenzung in der möglichen Höchstgrenze der Schülerinnen und Schüler die eine Zweizügigkeit bei der Grundschulen Leuchtenburg ergeben würde oder eine Dreizügigkeit bei der Grundschule Feldbreite.

§ 3 Teilgebiet

Das Teilgebiet wird begrenzt auf das Gebiet der 60. Flächennutzungsplanänderung „Wohngebiet Am Stratjebusch“. Die Grenzen des Teilbereiches ergeben sich aus der Anlage 1 zu dieser Satzung, die gleichzeitig Bestandteil dieser Satzung ist.

§ 4 Erklärungsfrist

Maßgeblich für die Feststellung an welcher Grundschule die Beschulung stattfinden wird, ist eine Erklärung der Erziehungsberechtigten. Die Erklärung ist regelmäßig bis zum 30.04. des Jahres vor der Einschulung gegenüber der Grundschule Feldbreite abzugeben. In den Fällen einer Überschreitung der Höchstgrenze der Zügigkeit gilt die Reihenfolge des Erklärungszuganges, wobei Geschwisterkindern Vorrang eingeräumt werden muss.

§ 5 Inkrafttreten

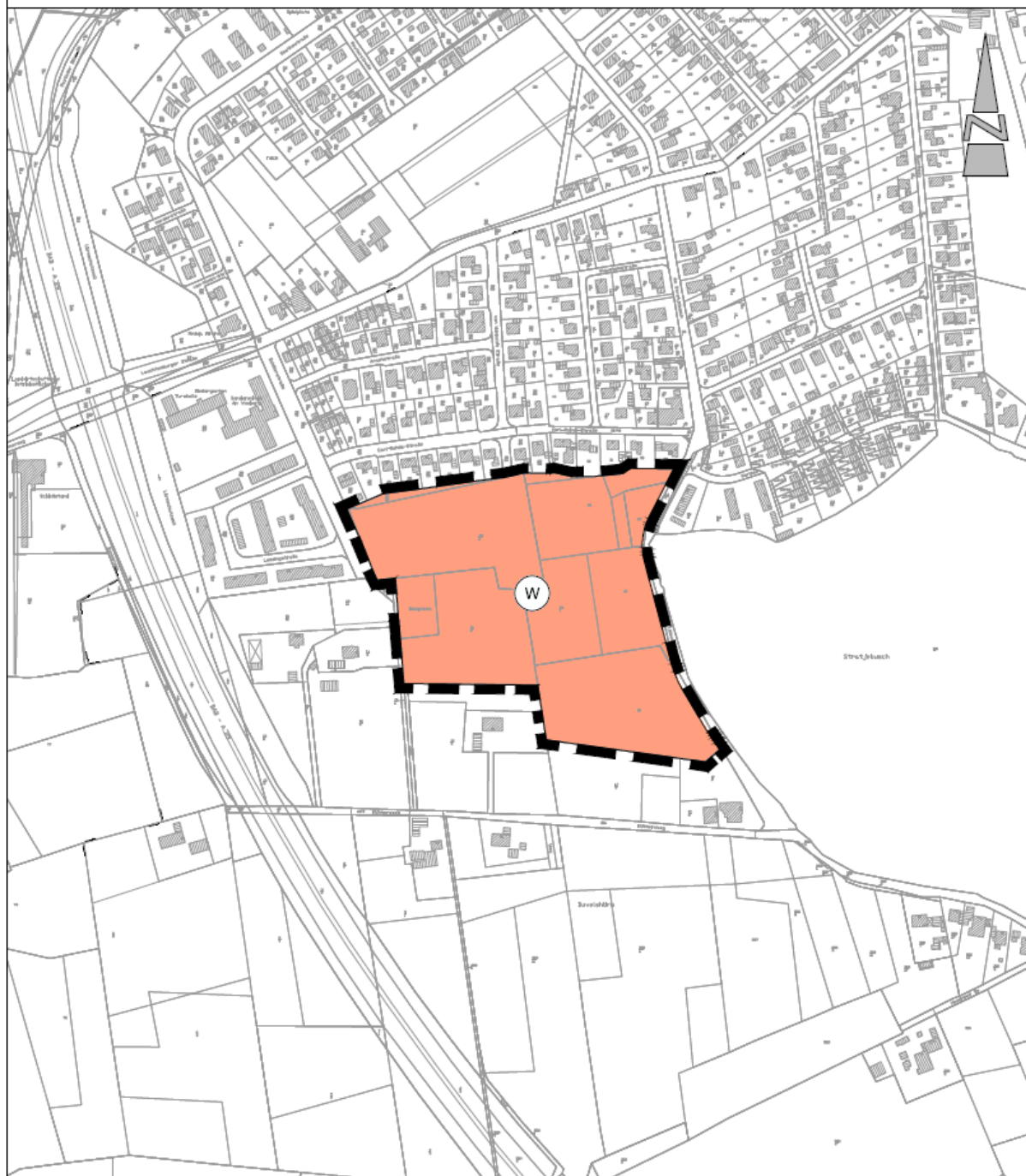
Die Satzung tritt zum 01.08.2014 in Kraft.

Rastede, 22.07.2014

Gemeinde Rastede
Der Bürgermeister

von Essen

60. Flächennutzungsplanänderung "Wohngebiet Am Stratjebusch"



Kartengrundlage: Amtliche Karte 1 : 5,000 (AK5)
Maßstab: 1:5,000
Quelle: Auszug aus den Geobasisdaten der Niedersächsischen
Vermessungs- und Katasterverwaltung.

© 2008



Landesamt für Geoinformation
und Landentwicklung Niedersachsen
Regionaldirektion Oldenburg

M 1 : 5,000